

Colloquium Geographicum

ISSN 0588-3253

Band 23

Raumwirksame Staatstätigkeit

**Festschrift für Klaus-Achim Boesler
zum 65. Geburtstag**

herausgegeben
von

Rainer Graafen und Wolf Tietze

1997

Bonn

Colloquium Geographicum

ISSN 0588 - 3253

Herausgegeben von W. Lauer, K.-A. Boesler und E. Ehlers

Schriftleitung: H.-J. Ruckert

Band 23

RAUMWIRKSAME STAATSTÄTIGKEIT

Festschrift für Klaus-Achim Boesler
zum 65. Geburtstag

Herausgegeben von
Rainer Graafen und Wolf Tietze



1997

In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN
— Dümmlerbuch 7423 —

RAUMWIRKSAME STAATSTÄTIGKEIT

RAUMWIRKSAME STAATSTÄTIGKEIT


Herausgegeben von
Rainer Graafen und Wolf Tietze

Mit 16 Abbildungen und 14 Tabellen

Mit Beiträgen von:

Hermann Breuer, Eckart Ehlers, Klaus Fehn, Wolf Gaebe, Werner Gocht,
Rainer Graafen, Reinhold Grotz, Eva den Hartog-Niemann, Detlef Herold,
Peter Knauer, Klaus Kost, Günter Kroner, Ott Kurs, Thomas Palaschewski,
Frank R. Pfetsch, Jutta Schlimm, Hans-Dietrich Schulz, Dietrich Soyez,
Walter Sperling, Wolf Tietze, Götz Voppel, Gabriel Wackermann, Klaus D. Wiek

In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN

 **Dümmelerbuch 7423**

alle Rechte vorbehalten

ISBN 3 - 427 - 74231 - 8

© 1997 Ferd. Dümmers Verlag, 53113 Bonn

Layout: Peter Burggraaff

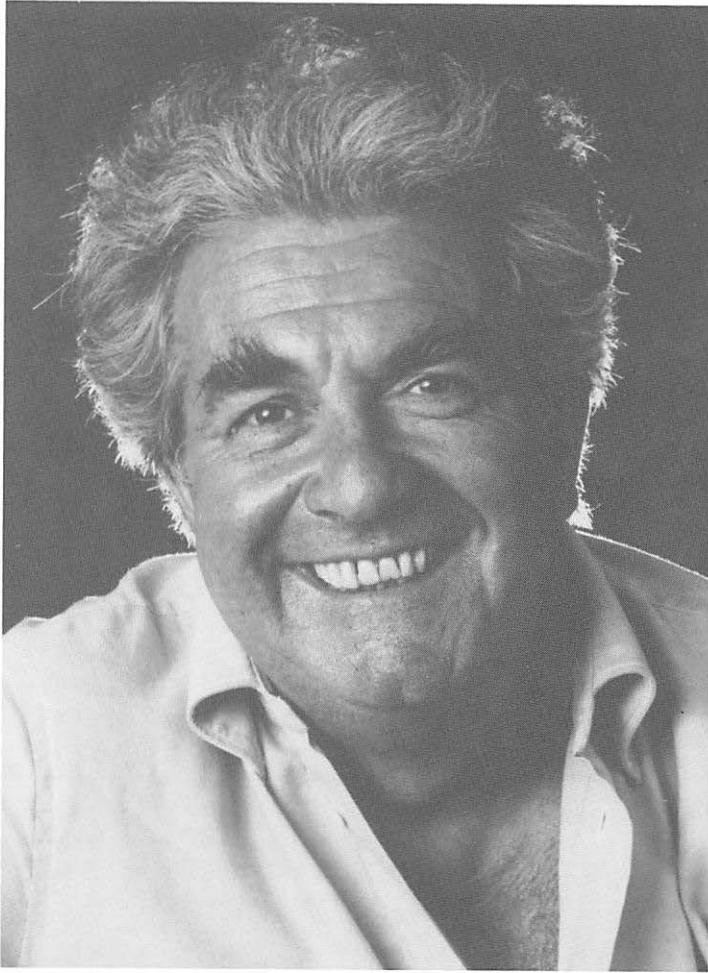
Druck und Einband: Druckerei Plump, 53619 Rheinbreitbach

INHALT

RAINER GRAAFEN Klaus-Achim Boesler zum 65. Geburtstag	S. 9
HERMANN BREUER Verwaltungsmodernisierung und Kommunales Controlling: Neue Rahmenbedingungen für Politikberatung und Informationsmana- gement	S. 13
ECKART EHLERS Stadtgestalt als Ausdruck raumwirksamer Staatstätigkeit - Zur Ikongraphie der Stadt Stade/Elbe	S. 27
KLAUS FEHN Die "artgemäße deutsche Kulturlandschaft" als "biologisch seelische Umwelt" des "deutschen Menschen" in der Spätphase des National- sozialismus. Leitbilder - Planungen - Verwirklichungen	S. 43
WOLF GAEBE Beiträge der Geographie zur Umweltforschung und Planung	S. 53
WERNER GOCHT Mineral Resources and the Environment: The New Concept of International Commodity Policy	S. 67
RAINER GRAAFEN Veränderungen im Siedlungsbild von Pokhara (Nepal) nach der Schließung der tibetisch-nepalesischen Grenze	S. 75
REINHOLD GROTZ Das Filialnetz australischer Banken nach der Deregulierung. Die Rolle von Banken in der regionalwissenschaftlichen Forschung	S. 85
EVA DEN HARTOG-NIEMANN Umstrukturierungsprozesse in der Region Bonn/Rhein-Sieg als Folge des "Berlin-Beschlusses". Probleme und Chancen im Zusammenspiel mit dem vorhandenen räumlichen Potential - dargestellt am Beispiel der Stadt Rheinbach	S. 93
DETLEF HEROLD Renaissance der Geopolitik - ein Beispiel	S. 105

PETER KNAUER Umwelt- und Geoinformationssysteme für die Raum- und Um- weltplanung - Eine kritische Zwischenbilanz	S. 111
KLAUS KOST Geopolitik und kein Ende. Thesen zur Gegenwart der Politischen Geographie in Deutschland	S. 133
GÜNTER KRONER Unterbringung und Versorgung von Zuwanderern - Raum- ordnerische Aspekte zur Integration von Aussiedlern	S. 153
OTT KURS Politische Geographie in Estland 1919-1994	S. 161
THOMAS PALASCHEWSKI Äußere Sicherheit und Konfliktsachen - Überlegungen aus politisch-geographischer Sicht	S. 173
FRANK R. PFETSCH Der Raum als Kategorie des Politischen. Die Zukunft des Territorialstaats	S. 185
JUTTA SCHLIMM Militärische Altlasten - Aufgabe der Umwelt- und Wirtschaftspolitik	S. 195
HANS-DIETRICH SCHULTZ Vom harmlosen Gliederungskonzept zum imperialen Programm. Der Mitteleuropabegriff in der deutschsprachigen Geographie des 18./19. Jahrhunderts	S. 201
DIETRICH SOYEZ Raumwirksame Lobbytätigkeit	S. 217
WALTER SPERLING Geographische Namen politisch instrumentalisiert: Das Beispiel Lothringen	S. 233
WOLF TIETZE Raumwirksame Staatstätigkeit. Anmerkungen zu einem Begriff, der mit den wissenschaftlichen Leistungen von Klaus-Achim Boesler eng verbunden ist	S. 249

GÖTZ VOPPEL Die Entwicklungspotentiale im Wirtschaftsraum Leipzig	S. 255
GABRIEL WACKERMANN Dezentralisierung und Regionalisierung in Frankreich im Hinblick auf das zukünftige Europa	S. 269
KLAUS D. WIEK Was geht den Staat der Wohnwert an?	S. 281
Verzeichnis der Schriften von K.-A. Boesler	S. 301
Bei K.-A. Boesler angefertigte Dissertationen	S. 309



Ulan - Ad - Parker

Klaus-Achim Boesler zum 65. Geburtstag

Untrennbar mit dem Namen Klaus-Achim Boesler verbunden sind die Begriffe "Raumwirksame Staatstätigkeit" und "Politische Geographie". Er zählt nicht nur zu den führenden europäischen Persönlichkeiten der Politischen Geographie, sondern genießt auch weltweit höchstes wissenschaftliches Ansehen.

Der am 22.9.1931 in Leipzig geborene Jubilar studierte Geographie und Volkswirtschaftslehre zunächst an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und später an der Freien Universität Berlin. 1959 wurde er von der dortigen mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät zum Dr. rer. nat. promoviert. Zur Bearbeitung des Themas seiner vielbeachteten Dissertation "Die städtischen Funktionen. Ein Beitrag zur allgemeinen Stadtgeographie aufgrund empirischer Untersuchungen in Thüringen" hat ihn nicht nur sein Lehrer Prof. Dr. Dr. Joachim H. Schultze inspiriert, sondern auch sein Vater, oö. Prof. Dr. Felix Boesler, der zunächst an der Universität Königsberg und später an der Universität Jena lehrte.

In der Politischen Geographie geradezu berühmt geworden ist Klaus-Achim Boesler durch seine 1966 erschienene Habilitationsschrift "Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit". Ihm ist es maßgeblich zuzurechnen, daß in der heutigen Geographie "Raumwirksame Staatstätigkeit" zu den am meisten verwendeten und zentralsten Begriffen gehört.

Ein besonderes Verdienst seiner Habilitationsschrift besteht aber auch in folgendem: Da sich im Dritten Reich die sog. "Geopolitik" bedauerlicherweise oft in den Dienst des totalitären Regimes gestellt hatte, wagten es nach 1945 die deutschen Geographen kaum, sich mit politischem Handeln auseinanderzusetzen, auch wenn Politische Geographie und Geopolitik etwas Verschiedenes sind; vgl. zu den Begriffen Boesler, Politische Geographie, 1983, S. 36ff.

Klaus-Achim Boesler weist in seiner Habilitationsschrift in zuvor noch nicht dagewesener Art anhand von sieben Untersuchungsgebieten den Wandel der Landschaft durch staatliches Handeln nach. Die Arbeit gab zahlreichen Geographen den Anstoß, auf diesem Gebiet weiter zu forschen und die raumbedeutsamen staatlichen Einwirkungen auch in anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland zu analysieren. Selbstverständlich hat ebenfalls Klaus-Achim Boesler weiter in dieser Richtung gearbeitet; er hat sich in Lehre und Forschung aber auch stets mit allen anderen Bereichen der Wirtschaftsgeographie befaßt und seine Forschungsergebnisse in grundlegenden Monographien und Aufsätzen publiziert.

Ein Jahr nach seiner Habilitation wurde Klaus-Achim Boesler apl. Prof. an der Freien Universität Berlin, und seit 1973 ist er o. Prof. und Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeographie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er hat nicht nur in starkem Maße interdisziplinär geforscht (vor allem in den sich überschneidenden Bereichen der Fächer Geographie, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft), sondern sich auch nachhaltig der Angewandten Geographie gewidmet. Dies zeigt sich u.a. darin, daß er von zahlreichen hochrangigen Behörden und Institutionen um die Anfertigung von Fachgutachten gebeten wurde (vgl. hierzu sein Schriften-

verzeichnis). Praxisorientiert sind auch seine beiden 1982 und 1983 erschienenen Bücher "Raumordnung" und "Politische Geographie". Nicht von ungefähr findet man sie außer in den Bibliotheken Geographischer Institute auch in den Bibliotheken vieler Behörden des Bundes, der Länder und der Europäischen Union, die sich mit der Nutzung und Gestaltung des Raumes befassen. Klaus-Achim Boesler ist daher als Wissenschaftler weit über die Grenzen des Faches Geographie hinaus bekannt und geschätzt.

Als in der 70er Jahren der Studiengang mit dem Ziel des "Diplom-Geographen" ausgebaut wurde, war es eines seiner wesentlichen Anliegen, die Studenten praxisnah auszubilden. Er hat seine Diplomanden und Promovenden stets weitsichtig hinsichtlich der Fächerkombinationen beraten und oft empfohlen, in Examensarbeiten sehr aktuelle Themen von hohem Schwierigkeitsgrad zu bearbeiten (z.B. bzgl. Ressourcennutzung, Standortplanung oder Europäische Union). Er verstand es, seinen Schülern Mut zuzusprechen, neue oder bisher erst wenig betretene Pfade zu gehen und hat dadurch sicherlich dazu beigetragen, daß außergewöhnlich viele von ihnen Stellen an Universitäten, in Bundes- und Landesbehörden sowie bei privaten Organisationen erhalten haben. Die lange Liste der bei ihm angefertigten Dissertationen befindet sich ebenfalls in der Festschrift. Daneben muß weiterhin die kaum mehr zu überschauende Anzahl an Diplom- und Staatsexamensarbeiten erwähnt werden, die er betreut hat.

An diesem Punkt ist auch die herausragende menschliche Seite von Klaus-Achim Boesler zu würdigen. Er hat sich stets ausgiebig Zeit genommen, um mit seinen Schülern die bei der Anfertigung der oft schwierigen Examensarbeiten auftretenden Probleme zu diskutieren. Trotz seiner vielfältigen Aufgaben als Direktor eines großen Institutes und seiner Verpflichtungen im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung hat er weltweit auf zahlreichen Tagungen und Kongressen seine jeweils neuen Forschungen zur Politischen Geographie vorgetragen und durch seine Ergebnisse und neuen Ideen den Forschungsstand in diesem Bereich in außergewöhnlich großem Maße erweitert. Daneben bleibt auch seine Mitarbeit in höchsten wissenschaftlichen Kommissionen zu nennen, unter anderem im Deutschen National-Komitee des UNESCO-Programms "Man and the Biosphere" sowie als korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Darüber hinaus ist er als Mitherausgeber international renommierter Publikationsreihen ("Bonner Geographische Abhandlungen", "Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde", "Colloquium Geographicum") schon seit vielen Jahren bemüht, die Ergebnisse von Forschungen an den Bonner Geographischen Instituten an die Öffentlichkeit zu tragen.

In den letzten Jahren hat sich Klaus-Achim Boesler auch besonders um die Herstellung von Kontakten zwischen der deutschen Geographie und den supranationalen europäischen Organisationen, vor allem in Brüssel, verdient gemacht. Entsprechend der zunehmenden Einflußnahme dieser Institutionen auf die räumliche Entwicklung in Europa hat er auf Vorträgen vor leitenden Gremien wiederholt auf die Erforderlichkeit der Mitwirkung der Geographie bei räumlichen Planungen hingewiesen. Für seine Studenten war es eine außerordentliche Bereicherung, daß er regelmäßig Exkursionen zu den Institutionen der EU und der NATO durchgeführt hat und hochrangige Mitarbeiter aus Brüssel für Lehraufträge an der Universität Bonn gewinnen konnte.

Die Beiträge der Festschrift spiegeln durchaus die Forschungsrichtungen von Klaus-Achim Boesler wider und sind von Freunden, Kollegen und Schülern verfaßt. Sie ehren hierdurch Klaus-Achim Boesler als eine der herausragendsten Persönlichkeiten der Politischen Geographie der Nachkriegszeit und wünschen ihm weiterhin viel Schaffenskraft und ein erfülltes Leben.

Prof. Dr. Rainer Graafen
Geographisches Institut der Universität in Koblenz
Rheinau 1
D-56075 Koblenz

Verwaltungsmodernisierung und Kommunales Controlling: Neue Rahmenbedingungen für Politikberatung und Informationsmanagement

Parallel zur schärfsten Rezession in Nachkriegsdeutschland verbreitet sich seit etwa 1992 ein einschneidender Prozeß der Verwaltungsmodernisierung. Damit einher geht ein sich veränderndes Verständnis von der Rolle des Staates und der **Aufgabenverteilung** zwischen Verwaltung und Politik. Hierbei geht es vor allem um eine neue Grenzziehung bei der Verteilung privater bzw. unternehmerischer sowie öffentlicher bzw. politischer Gestaltungsaufgaben und Dienstleistungen.

Am weitesten fortgeschritten sind diese Diskussion und ihre Umsetzung in den Kommunen. Sie reagieren auf ihre dramatisch verschlechterte Finanzsituation und die erheblich verringerten Gestaltungsspielräume mittlerweile keineswegs nur noch mit Leistungseinschränkungen und Gebührenerhöhungen. Mit dem Prozeß der Verwaltungsmodernisierung steht auf breiter Front ihr kameralistisches System der Finanzausstattung und -kontrolle zur Debatte.

Beides, die erneut gestellte Frage nach Rolle und Aufgaben des Staates und seiner Kommunen, aber auch die damit verbundene Verwaltungsmodernisierung haben Konsequenzen für die Politikberatung und damit auch für ein sie unterstützendes Informationsmanagement. Gleichzeitig betrifft dieser Prozeß das Selbstverständnis der Geographie sowohl in ihrer Rolle bei der Politikberatung, wie auch als Planungswissenschaft. Denn aus der Diskussion um eine neue Aufgabenverteilung öffentlicher und privater Leistungen und Angebote wandelt sich der Staat bzw. kommunales Handeln sowohl als Gegenstand politischer Geographie wie auch in seiner Raumwirksamkeit.

Ich will zunächst den Versuch machen, das Thema Verwaltungsmodernisierung/-Controlling aus dem sich wandelnden Selbstverständnis, speziell von Kommunalverwaltung, zu entwickeln. Darüber hinaus geht es darum, Parallelen und Unterschiede von Steuerungsansätzen für Verwaltungsreorganisation aufzuzeigen und die Anforderungen an ein modernes Informationsmanagement für *und* als Politikberatung auszuloten und gleichzeitig hieraus erwachsende Risiken und Chancen für die Geographie anzureißen.

1. Reorganisationsversuche kommunaler Verwaltung

1.1 Wandel von Anforderungen, Aufgaben und Selbstverständnis von Kommunalverwaltung

Der aktuelle Prozeß der Verwaltungsmodernisierung und die mit ihm verbundene Diskussion um Leistungsfähigkeit und Effizienz, aber auch Umfang staatlicher Dienstleistungen bedeutet für die Verwaltung keinen Meteoriteneinschlag. Die

Bedingungen für diese Diskussion, die auch nach effizienteren Planungsmitteln bzw. Steuerungsmodellen fragt, hat sich über 30 Jahre entwickelt.

Das bis zum Ende der 50er Jahre vorherrschende Verständnis von Kommunalverwaltung als reiner Vollzugsverwaltung beginnt sich erst in den 60er Jahren weiterzuentwickeln, hin zur "planenden Verwaltung" mit ihrem Verwaltungsexpertentum und ihrer Technokratisierung. In den 70er Jahren erhält "Bürgerorientierung" ein stärkeres Gewicht gegenüber der Planungstechnokratie. Bürgerbeteiligung wird ein Element der sich etablierenden Stadtentwicklungsplanung. Der Anspruch der Stadtentwicklungsplanung in den 70er Jahren, die strategische Planung der Fachdienststellen zu koordinieren, hat sich allerdings nur kurzfristig realisieren lassen und gilt nunmehr weitgehend als gescheitert: Stadtentwicklungsplanung verlor schon bald ihren Einfluß auf die Fachverwaltung. Wesentlich durch sie vorangetrieben wurde allerdings ein erheblich erweitertes Aufgabenverständnis von Verwaltung, das bis heute spürbar ist und in dem Verwaltung zunehmend als Moderator kommunaler Standort- und Lebensbedingungen fungiert. Erinnert sei beispielsweise an die Versuche, den sektoralen Strukturwandel offensiv mitzugestalten, etwa durch Arbeitsmarktkonferenzen, Technologieagenturen/Gründerzentren oder Regionalkonferenzen.

Der Wandel von Anforderungen und Aufgaben vollzog sich bis vor kurzem vor allem über die Neudefinition und Addition von Aufgabenfeldern. Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre erreicht die Ausweitung des Aufgabenverständnisses von Kommunalverwaltung ihren Höhepunkt. Ein Beispiel hierfür ist das kommunale Engagement für die Moderation gesellschaftlicher Entwicklungen wie etwa der Gleichstellung der Frau.

Gleichzeitig setzt jedoch eine Gegenbewegung ein, die unter dem Eindruck einer nachhaltigen Personalausweitung und zunehmender finanzieller Engpässe auf die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf "zentrale Geschäftsfelder" von Verwaltungshandeln drängt. Diese Gegenbewegung, überwiegend wirtschaftsnah vorgetragen, honoriert nicht die Ausweitungen des kommunalen Aufgabenverständnisses. Sie fordert statt dessen "Good Governance", was sich eher in schnelleren Genehmigungsverfahren ausdrücken soll als in neuen "Geschäftsfeldern" wie Beschäftigungsförderung oder Europapolitik (vgl. Breuer, H., 1993).

1.2 Kostendiktat und Wirtschaftlichkeit: Privatisierung und Ökonomisierung als Antwort auf Glaubwürdigkeitsverluste des Systems Kommunalverwaltung und -politik

Ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen den heutigen Reorganisationsversuchen und denen der 60er und 70er Jahre: Die Anlagerung zusätzlicher, problemlösungsbezogener Personalressourcen, wie z.B. die Stadtentwicklungsplanung oder die Stadterneuerung ist mittlerweile unter dem Eindruck fehlender finanzieller Handlungsspielräume nicht mehr diskutabel. Heute begreift Verwaltung sich zunehmend selbst als die zu ändernde Struktur. Die Restrukturierungsanforderungen an die Kommunalverwaltung haben die Sanierung privater Unternehmen zum Vorbild. Denn auch die Sanierung privater Unternehmen hat die Neuorganisation der Unternehmensverwaltung und

die Optimierung von Organisationsstrukturen bei der Produkt- und Leistungserstellung und Vermarktung zum Ziel. Über die Konsequenzen dieser privatwirtschaftlichen Management-Konzepte für die Kommunalverwaltung ist sich die veröffentlichte Meinung durchaus im klaren: **Es geht um die Ökonomisierung der Verwaltung.**

Aber öffentliche Verwaltungen sind nur bedingt mit privaten (Dienstleistungs-) Unternehmen vergleichbar. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, daß öffentliche Verwaltungen ihre Aufträge und die erforderlichen Finanzmittel durch politischen Beschluß erhalten. Die Privatwirtschaft findet am Markt Käufer, die ihre Produkte und Dienstleistungen zu Marktpreisen abnehmen. Private Unternehmen lassen sich so über den Ertrag steuern. Diese Steuerungsmöglichkeit über Umsatz und Gewinn oder Verlust ist für öffentliche Verwaltungen nicht gegeben. Hinzu kommt die Schwierigkeit, Qualität und Nutzen öffentlicher Leistungen zu bewerten.

Fehlende Marktpreise für öffentliche Dienstleistungen und konfligierende Bedürfnisse heterogener Bevölkerungsgruppen bedeuten aber keinesfalls, daß in der Kommunalverwaltung die Voraussetzungen für die Anwendung privatwirtschaftlicher Sanierungsmethoden nicht gegeben seien. Denn Privatwirtschaft und öffentliche Verwaltungen unterscheiden sich grundsätzlich nicht in der Bewertung des Erstellungsprozesses ihrer Leistungen.

1.3 Rolle des Kommunalen Controlling im Prozeß der Verwaltungsmodernisierung

Mit dem Wort "Controlling" wird oftmals vorschnell das deutsche Wort Kontrolle verbunden. Der Begriff "Controlling" stammt aus der amerikanischen Verwaltung. Er wurde später von der Privatwirtschaft adaptiert und wird korrekt mit 'Steuerung' übersetzt. Einen schönen Überblick zur Geschichte sowie zu den Grundstrukturen des Controlling gibt Schmidberger (1993). Elemente einer modernen Verwaltungssteuerung, für die ein "Kommunales Controlling" aufzubauen ist, sind

- Definition von Aufgabenkreisen mit Übertragung von Eigenverantwortung über Ziele, Budget, Mitarbeiter/innen (-belohnung) etc.,
- Aufhebung der Trennung von Kosten- und Leistungsverantwortung,
- Straffung vertikaler Verantwortlichkeiten und Abbau horizontaler Querschnittskompetenzen,
- Externalisierung von Leistungen.

Neben der Forderung nach Kosten- und Leistungstransparenz steht die Frage nach der Gültigkeit des Leistungsangebotes bzw. die Notwendigkeit seiner empirischen Überprüfung. Kommunales Controlling als zentrales Steuerungssystem sorgt durch ein abgestuftes System von Informationsbezügen dafür, daß

- die politische Führung der Stadt die Erfüllung ihrer strategischen Vorgaben kontrollieren kann;

- die Verwaltungsführung eine Zersplitterung der Verwaltung in - u. U. sogar im Sinne strategischer Vorgaben gegeneinander arbeitende - Teilverwaltungen verhindern kann.

Kommunales Controlling verknüpft also die Führungsfunktionen Planung, Analyse und Steuerung durch ein - je nach Stufe strategisches bzw. operatives - Informationssystem, welches auf jeder Stufe die notwendigen Informationen für die Führung bereitstellt (vgl. Breuer, H., Christmann, A., 1993).

2. Umsetzungsstand der Verwaltungsmodernisierung und des Kommunalen Controlling

Seit dem Beginn der 90er Jahre ist eine breite Welle erster - überwiegend prototypischer - Einführungsversuche von Controlling-Elementen in den Verwaltungen deutscher Städte zu beobachten.

Derzeit besteht allerdings eine empfindliche Informationslücke zwischen Anspruchsforderungen, Zielbestimmungen und theoretischen Konzepten für eine neue Stadtsteuerung und dem Stand ihrer Umsetzung in der "Controllingwirklichkeit" deutscher Kommunalverwaltungen: Das Wissen über das "real existierende Controlling" deutscher Kommunalverwaltungen existiert derzeit nur in Form herausgehobener Einzelbeispiele.

Eine im Sommer 1993 vom Ausschuß "Finanzen und Kommunales Controlling" des Verbandes Deutscher Städtestatistiker durchgeführte Umfrage versuchte, den Einführungsstand bzw. die vorgefundenen Controlling-Aktivitäten von Städten mit mehr als 100 000 deskriptiv zu ordnen.

Wie zu erwarten, ergab die Auswertung eine Kombinationsvielfalt von Durchführungsansätzen, organisatorischen Einbettungen bzw. Zuständigkeiten und Planungs- bzw. Realisierungsständen. Schon eine typisierende Auswertung der organisatorischen Einbettungen des Controlling ist angesichts der Kombinationsvielfalt, die für die noch andauernde Einführungsphase typisch ist, kaum leistbar.

Wenig bekannt ist aber auch, daß die Controllingwirklichkeit deutscher Unternehmen keineswegs einem einheitlichen Controlling-Modell folgt und ebenfalls eine bemerkenswerte Kombinationsvielfalt von Methoden und organisatorischen Einbettungen aufweist und - durchaus ähnlich wie die öffentliche Verwaltung - eine hohe Kontroll- sowie ex-post-Lastigkeit erkennen läßt und erstaunlich selten strategische Zielplanung in den Vordergrund stellt (Amshoff, B., 1993).

Es lassen sich jedoch 4 Elementgruppen von Controlling-Aktivitäten zusammenfassen, die als zentral für ein Controlling öffentlicher Verwaltungen gelten können (Breuer, H., 1994).

2.1 Budgetierung und Dezentralisierung mit Fach- und Ressourcenverantwortung

Budgetierungs- bzw. Dezentralisierungsaktivitäten fanden sich unter den befragten Städten am häufigsten wieder. Für alle befragten Städte muß einschränkend berücksichtigt werden, daß die flächendeckende Dezentralisierung derzeit noch eine seltene Ausnahme ist, d.h. in aller Regel handelt es sich bei den Aktivitäten im Bereich Budgetierung mit Fach- und Ressourcenverantwortung um Pilotprojekte einzelner, meist kostenrechnender Ämter.

2.2 Einrichtung einer Controlling-Organisation

Die Tatsache, daß in hohem Maße die Übernahme bzw. Weiterentwicklung von Controlling-Aufgaben in Hauptämtern bzw. der Kämmereien stattfindet, signalisiert eine verbreitete Auffassung, Controlling "aus eigener Kraft" durch Neuausrichtung bestehender Einheiten einführen zu können. Bei der Bewertung der vorgefundenen Aktivitäten für die Einrichtung einer Controlling-Organisation in Verbindung mit den entsprechenden Budgetierungs- bzw. Dezentralisierungsansätzen verfestigt sich daher der Eindruck, daß sich in dieser frühen Einführungsphase - bedingt durch die äußerst angespannte Haushaltslage - die Einführung des Controlling weniger als Steuerungsmodell, sondern als Kostenkontrolle vollzieht.

2.3 Ziel- und Leistungsvereinbarungen; Berichtswesen mit Kennzahlen; Strategisches Informationssystem

Ein weiteres Indiz hierfür ist der äußerst geringe Realisierungsstand der Aktivitäten aus den Elementgruppen "Ziel- und Leistungsvereinbarung", "Berichtswesen", "Informationssystem". Dies bedeutet, daß die zentralen Steuerungsinstrumente derzeit noch fehlen; sie befinden sich überwiegend noch im Aufbau.

2.4 Kosten- und Leistungsrechnung

Das Vorhandensein bzw. der schnellstmögliche Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung gilt als Grundvoraussetzung für die Übertragung des privatwirtschaftlichen Controlling-Modells auf die öffentliche Verwaltung: Die Notwendigkeit, eine aufgabenbezogene Zurechnung von Aufwand (Kosten) und die Gegenüberstellung des hierdurch erreichten "Ertrages" im Sinne der zu erfüllenden Dienstleistung bzw. ihrer (Aus-)Wirkung vorzunehmen, erfordert neue Rechenwerke, die neben die kamerale Rechnungslegung treten. Hierzu muß zusätzlich zur haushaltsstellenbezogenen Kostenplanung und -feststellung eine dienststellen- bzw. aufgabenbezogene Kostenermittlung eingerichtet werden.

An der Kombinationsvielfalt von Durchführungsansätzen, organisatorischen Einbettungen bzw. Zuständigkeiten, aber auch Planungsperspektiven und Realisierungsständen, wie sie sich 1993 darstellte, hat sich zwei Jahre später noch nichts wesentliches geändert (Bartella, R., 1995).

3. Unterschiede zur Verwaltungsreorganisation der siebziger Jahre und Chance: Kommunales Informationsmanagement und Berichtssysteme

Die wesentlichen Unterschiede, die zwischen den Planungstechniken und Zielbildungssystemen der späten 60er und 70er Jahre auf der einen und dem heutigen Kommunalen Controlling bestehen, liegen - bei aller semantischer Übereinstimmung - vor allem in den Unterschieden bei den technischen Möglichkeiten der Datenhaltung und -organisation bzw. Informationsversorgung.

3.1 Kommunales Informationsmanagement Instrumente und Ressourcen

Der mit der Dezentralisierung entstehende neue Informationsbedarf erfordert zwingend ein gesamtstädtisches Informationsmanagement. Voraussetzung hierfür ist eine DV-Infrastruktur und ein strategisches Informationssystem, das Steuerungsentscheidungen auslöst, deren Richtigkeit man aber auch am Ergebnis der durchgeführten Maßnahmen kontrollieren kann. Dies bedeutet, sowohl Daten zur Bedarfsabschätzung, wie auch Informationen über Leistungen und ihre Kosten aber auch Aussagen über Bedarfsgerechtigkeit und Akzeptanz der vielfältigen städtischen Leistungsangebote zu ermitteln und systematisch bereitzustellen.

Informationssysteme für Kommunales Controlling müssen sich allerdings an dem Anspruch messen lassen, eine nach Adressaten differenzierte Auswahl, Breite und Tiefe der Informationen sowie eine den jeweiligen Fragestellungen angemessene Periodizität bzw. Aktualität zu sichern.

Dies ist ein Anspruch an Staatshandeln unterstützende Informationssysteme, der schon etwa 1680/85 formuliert wurde. So weist Boesler (nach Holz, 1966) auf Leibniz hin, der für seinen Herzog Ernst August unter dem Titel "Entwurf gewisser Staatstafeln" Informationen bereitgestellt wissen wollte, die „... eine schriftliche kurze Verfassung des Kerns aller zu einer Landesregierung gehörigen Nachrichten, so ein gewisses Land in Sonderheiten betreffen ... daß der hohe Landesherr alles leicht darin find, was er bei jeder Begebenheit zu betrachten (hat)“ (Boesler, K.-A., 1983, S. 21).

Die Nähe dieser Formulierung für unsere heutigen Ansprüche bei der Planungsunterstützung und Entscheidungsvorbereitung, aber auch Wirkungskontrolle ist beeindruckend. Sie trifft im Kern aktuelle Funktionsbeschreibungen, wie sie für ein Management-Informationssystem (MIS), aber auch für ein Kommunales Informationssystem, zutreffen.

Grundlage für eine modernes und zukunftsweisendes kommunales Informationsmanagement ist ein Datenbereitstellungskonzept für die Datenerschließung, die

Standardisierung der Daten sowie die Auswertung und Analyse unter Einbeziehung der dezentralen Fachdienste und ihren Anforderungen für ein operatives aber auch strategisches Controlling.

Wichtige Schritte auf diesem Weg hat das Kölner Amt für Statistik und Einwohnerwesen mit der frühzeitigen Etablierung des Strategischen Informationssystems SIS unternommen. SIS wurde von einer Entwicklungs- und Anwendergemeinschaft im KOSIS-Verbund unter Federführung der Stadt Köln entwickelt und ist bei einer wachsenden Anzahl von Städten als Planungs- und Führungsinformationssystem, bzw. von Bundesländern als "Landesinformationssystem" inzwischen im praktischen Einsatz. Darüber hinaus ist SIS Bestandteil von Projekten mit mehreren europäischen Partnern, die von der Europäischen Union gefördert werden und erfreut sich wachsender Nachfrage aus verschiedenen Bereichen der Privatwirtschaft, der Kammern und Verbände.

Die heute verfügbare Version 3 des SIS ist geeignet, die strategische Informationsbasis einer Großstadtverwaltung aufzubauen. Informationsgrundlagen sind vor allem die im Verwaltungsvollzug entstehenden Einzeldaten, die sogenannten Rohdaten. Diese Daten werden standardisiert, beschrieben und mit nutzungsrelevanten „Referenzinformationen“, den sogenannten Metadaten, versehen. Diese Daten werden auf die Informationsbedürfnisse der Nutzer zugeschnitten, kombiniert und verdichtet und in einer datenschutzrechtlich unbedenklichen Form für die dezentrale Nutzung bereitgestellt. Idealerweise werden anonymisierte Einzeldatensätze verarbeitet, um ein Höchstmaß an nachträglicher Verknüpfung bzw. nutzungsgerechter Aggregation zu ermöglichen. Dies ist auch die Voraussetzung für eine flexible, kleinräumige Auswertbarkeit der Sachdaten. Das hierfür im Statistischen Amt der Stadt Köln zusammen mit der Firma strässle entwickelte Geo-Informationssystem GRADIS greift in direkter "Programm zu Programm"-Kommunikation auf die adressscharf gespeicherten Sachdaten des SIS zu.

Allerdings darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Umsetzung dieses Datenorganisations- und Informations-Managementkonzeptes Zeit braucht. Dies betrifft vor allem den erstmaligen Aufschluß, d.h. die Standardisierung, Plausibilisierung und Beschreibung neuer, operativer Verwaltungsdaten, wie z.B. zum Sozialhilfeleistungsbezug, zum Bestand und zur Belegung von Sozialwohnungen, aus dem Meldewesen, oder auch die Kfz-Zulassungs- und Halterdaten.

Somit gilt für die Etablierung statistischer Berichts- und Beobachtungssysteme, bzw. die Einrichtung von Informationssystemen für die Verwaltungssteuerung und das Kommunale Controlling das gleiche Zeitproblem wie für die Durchsetzung der gesamtstädtischen und hinsichtlich ihrer Sektoralplanungen vernetzten Zielplanungskonzepte der Stadtentwicklungsplanung: "Die Erstellung - noch vielmehr die politische Vermittlung - (...) nahm dann meist Jahre in Anspruch und konnte damit die Fröstigkeit politischer Ungeduld nach Antworten nicht einholen" (vgl. Haverkamp, H.-E., Schimanke, D., 1983; S. 20).

Daher legt das SIS-Konzept auch größten Wert auf Komfortabilität und Schnelligkeit der Datenaktualisierung. Nach Abschluß der Aufschluß- und Erstbeschreibungsarbeiten werden die "Basisdaten" mit einer Aktualisierungskette bis hin zu den räumlich und/oder sachlich aggregierten "Informationspaketen" sowie den daraus nutzerspezi-

fisch abgeleiteten bzw. weiterverdichteten Auswertungen verbunden. Dies stellt sicher, daß mit Einlagerung einer neuen Zeitscheibe der jeweiligen "Basisdaten" alle weiteren Aggregationen und Auswertungen automatisch aktualisiert werden. Der Rationalisierungseffekt dieser Datenorganisation *steigt* daher mit dem Fortschreibungsbedarf, der Komplexität und Differenzierung einer kundenorientierten Informationsbereitstellung.

3.2 Beispiele der Datenbereitstellung für operatives und strategisches Controlling

Für den Bereich der kommunalen Sozialpolitik ist mittlerweile vor dem Hintergrund von Budgetierung, Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Informationsbedarf für Ursachenanalysen unterschiedlicher Benachteiligungen, Bedarfsveränderungen an das Leistungsspektrum der Kommunalen Sozialpolitik, Reichweiten und Wirkungen privater und städtischer Sozialleistungen bzw. Angebote sowie Wirkungsbeobachtung der Maßnahmenprogramme größer denn je.

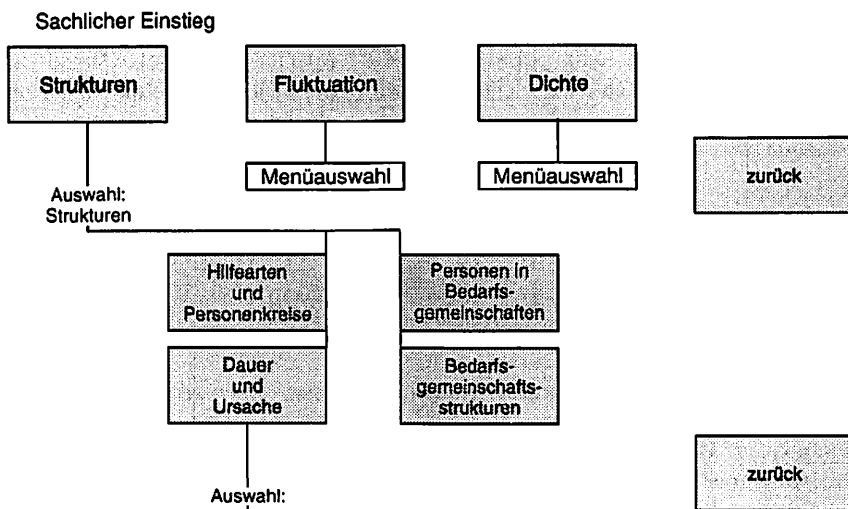
In Zusammenarbeit mit dem Sozialdezernat und dem Sozialamt sind hierzu die Verwaltungsprozeßdaten aus dem Sozialhilfeverfahren erfolgreich erschlossen worden. Möglich ist nunmehr die Beobachtung aller erforderlichen Kombinationen soziodemographischer Lebenslagen und ihrer Ursachenstruktur für den Sozialhilfebezug.

Parallel und flankierend wird derzeit mit Anwendern aus Fachdezernaten ein neues Produkt entwickelt, das künftig im Mittelpunkt der kommunalstatistischen Dienstleistungen in Köln steht. Es geht um die Realisierung eines kundenspezifischen Endbenutzerwerkzeuges, mit dessen Hilfe ohne besondere Datenverarbeitungskennnisse (Standard-) Berichte generiert und Controlling- und Strukturdaten des SIS im Rahmen eines Führungsinformationssystems problemgerecht bereitgestellt und analysiert werden können. Für diesen "Zugriffmanager", oder "Controlling-Assistenten" müssen die Ausschnitte der benötigten Daten im SIS, deren Struktur und Aggregationsstufe mit dem Anwender abgestimmt werden.

Dieser ist jedoch für den Kunden keine Einbahnstraße. Innerhalb der hierarchisch aufgebauten Informationspfade, an deren Ende die "Führungsinformation" steht, kann der Anwender von der höchsten Aggregationsstufe bis zu "seinen" Einzeldaten das Zustandekommen der Über- oder Unterschreitung überprüfen (Drill-Down-Funktion).

Das nachfolgende Menue sowie die Tabelle stammt aus diesem Zugriffsmanagement für die Kölner Sozialberichterstattung, dem sog. "Sozialhilfe-Assistenten". Er befindet sich derzeit im Produktionsbetrieb im Sozialdezernat und ist darüber hinaus auch bei anderen Fachämtern mit verwandten Fragestellungen bzw. identischen Zielgruppen (z.B. kommunale Beschäftigungsförderung im Amt für Wirtschaftsförderung, Amt für Wohnungswesen) installiert.

Sozialhilfe - Assistent



Stadtteil 401 Ehrenfeld			
Stadtbezirk 4 Ehrenfeld	Stand 01.01.1995		
Anzahl Haushalte insgesamt 17 390	Bedarfsgem. * 1448	Dichte (%) 8,33	Rangziffer 22
Grund des SH - Bezuges	Bedarfsgem.	Anteil (%)	Betrag (DM)
unzureichendes Einkommen	85	5,3	79 963
Arbeitslosigkeit	549	34,0	479 778
Krankheit / Behinderungen	168	10,4	141 248
unzureichende Rente	165	10,2	116 827
häusliche Bindung	191	11,8	247 610
Ursache liegt beim Unterhaltspflichtigen	138	8,5	130 371
sonstige Ursachen	319	19,8	256 412
Dauer des SH - Bezuges nach Ursachen	unter 1 Jahr	1 bis 4 Jahre	über 4 Jahre
unzureichendes Einkommen	22	40	23
Arbeitslosigkeit	198	167	184
Krankheit / Behinderungen	34	48	86
unzureichende Rente	26	42	97
häusliche Bindung	46	80	65
Ursache liegt beim Unterhaltspflichtigen	14	31	93
sonstige Ursachen	142	125	52
* ohne Asylbewerber			
Quelle: Stadt Köln, Verwaltungsvollzug Amt für Statistik und Einwohnerwesen - Statistisches Informationssystem			

Abb. 1: Menuebild

Ein Großteil von in aller Regel nicht veränderbaren Lebenslagen erklärt, warum Haushalte bzw. Personen mehrheitlich längerfristig Sozialhilfe beziehen und Sozialhilfe immer seltener eine kurzfristige Überbrückung besonderer Lebenslagen darstellt. Die hohen Anteile langfristigen Sozialhilfebezugs finden sich bei Ursachenkomplexen, die erkennen lassen, daß eine Rückkehr in die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines selbständigen Lebensunterhalts eher mit der Hilfe staatlicher Lotterien, als mit der staatlichen Sozialhilfeunterstützung möglich erscheint: Krankheit/Behinderung und fehlende bzw. unzureichende Rente.

4. Konsequenzen für die Geographie als Wissenschaft von den Raumbezügen politischen Handelns

4.1 Wird das Kommunale Informationsmanagement zur Politikberatung?

Anwendungsorientierte Geographische Institute haben in den letzten 15 bis 20 Jahren versucht, Marktsegmente im Bereich der Politikberatung zu erschließen und auszubauen. Meines Wissens gibt es bisher keinen systematischen Überblick über die thematisch/methodische Verteilung erfolgreich angebotener bzw. "verkaufter" wissenschaftlicher "Leistungen" oder "Produkte" der Geographischen Institute im allgemeinen und für die hier interessierende "Kundengruppe": Kommunalpolitik bzw. -verwaltung im besonderen.

In der gesamten "Kundengruppe" sind vor allem Flächennutzungs- und Stadtentwicklungsplanung als bedeutsame Abnehmer wissenschaftlicher Leistungen der Geographie zu nennen. Als Ergebnis der zunehmenden Demontage des sektoral übergreifenden Steuerungsanspruchs der Stadtentwicklungsplanung treten zunehmend die **Fachplanungen** als Nachfrager nach Standort- und Marktanalysen sowie Umwelt- und Verkehrsplanungen, aber auch Wohnungsmarkt- und demographische Analysen, beispielsweise für Jugend- und Altenplanung, in Erscheinung. Dies bedeutet aber keineswegs zwingend eine Markterweiterung für Angebote der Geographie als Planungswissenschaft. Denn genau an dieser Stelle konkurriert sie zunehmend mit einem reorganisierten kommunalen Informationsmanagement, das - wie oben skizziert - sein Informationsangebot zur Planungsunterstützung, Entscheidungsvorbereitung und Wirkungskontrolle ausbaut.

Jedoch vor dem Hintergrund der Dezentralisierung von Fach- und Ressourcenverantwortung stellt sich die berüchtigte Frage nach dem "make or buy" bei der Heranziehung von Informationsdienstleistungen auch für ein kommunales Informationsmanagement immer dringlicher. Daher konkurriert die (verwaltungsexterne) Politikberatung künftig mit einem (internen) kommunalen Informationsmanagement, das durch den Betrieb von Berichts- und Führungsinformationssystemen automatisch in die Rolle des Consultant bzw. Politikberaters hineingerät.

Es stellt sich daher für die Geographie als Anbieter wissenschaftlicher Leistungen für die Politikberatung immer dringlicher die Frage nach den künftig auf dem "freien

Markt" verkäuflichen "Produkten", mit deren Erlös sich ihre wissenschaftliche Basis personell und instrumentell verbreitern läßt.

Ohne auf die Diskussion um die Unabhängigkeit der Wissenschaft auch nur annähernd eingehen zu können, glaube ich, daß ein Rückzug auf Drittmitteltöpfe der Forschungsförderung nicht ausreichen wird, um den eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs praxisnah zu qualifizieren. Darüber hinaus entwickelt sich m.E. hieraus schnell ein empfindlicher "Fühlungsverlust" zu den Akteuren in Kommunalpolitik und -verwaltung bzw. den "Produzenten" räumlicher Entwicklungen, ihren Entscheidungsstrukturen und Handlungsinstrumenten. Eine systematische Marktbeobachtung und die zielgerichtete Entwicklung eines Images für die Geographie als Politikberatungsdisziplin erscheint mir hierbei ebenso zwingend wie derzeit defizitär.

4.2 Ändern sich mit einer reorganisierten Verwaltung auch die Raumbezüge Kommunalen Politik?

Auch diese Fragestellung kann hier nur oberflächlich angerissen werden. Es leuchtet jedoch ein, daß sich mit der angestrebten schlankeren Verwaltung mittelfristig auch ihre Rolle als direkter bzw. indirekter "Produzent" räumlicher Strukturen ändern wird.

An dieser Stelle fällt jedoch auf, daß unter diesem speziellen Blickwinkel einer Politischen Geographie nach wie vor keine breite (imagebildende) Forschungsproduktion auszumachen ist. Dies ist eine absurde Situation angesichts der weiter oben beschriebenen, mittlerweile jedoch schon wieder abgeschlossenen Aufgabenausweitung kommunaler Politik und dem daraus erwachsenen Evaluierungsbedarf ihrer intendierten räumlichen Wirkungen. Wenn ich es richtig sehe, fehlt nach wie vor die von Boesler schon 1983 reklamierte Theorie zur Raumwirksamkeit Sektoraler Kommunalpolitik, der sie umsetzenden Verwaltung, ihren Organisationsstrukturen und Zielbildungselementen.

Bekannte geographische Forschungsergebnisse treffen allerdings implizit, oder indirekt Aussagen zur Raumwirksamkeit des Systems Kommunalpolitik: hierzu gehören beispielsweise Gentrification-Studien oder die mittlerweile große Zahl sozialökologischer Analysen. Einen guten Überblick über die Landschaft stadtanalytischer Forschungsansätze zur Erklärung von Sozialstrukturen gibt Warmelink (1993). Die Wahrnehmungsstrukturen soziodemographischer Gruppen und die Frage der Persistenz ihrer Lebenslagen wird bisher jedoch nicht systematisch in den Kontext der Beschreibung von Reichweiten Kommunalen Politik, ihrer Ziele und Organisationsmittel sowie der aufgewandten Ressourcen gestellt.

Raumwirksamkeit von Kommunalpolitischen Leitlinien oder Organisationsstrukturen wird nach wie vor nur in Ausnahmen zum Ausgangspunkt von Entwicklungsanalysen gemacht. Eine bemerkenswerte Analyse kommunaler bzw. regionaler wirtschafts- und strukturpolitischer Leitlinien legte Karutz 1993 vor. An dieser Stelle ergäben sich jedoch künftig interessante Chancen für eine Geographie, die sich zur Aufgabe macht, Raumwirksamkeiten von Politik nicht nur festzustellen, sondern vor dem Hintergrund systematischer Vergleiche auch zu beurteilen. Diese Forschungs- und Erkenntniszieldefinition bietet die Chance, (Kommunal-) Politischen Gestaltungsauftrag

bei der Auswahl von Zielen, Organisationsmitteln und den erforderlichen Ressourcen politikberatend zu unterstützen.

4.3 Integration von Verwaltungs- und Planungswissenschaft in der Politischen Geographie

Politische Geographie muß daher noch stärker Forschungsergebnisse und methodisches Handwerkszeug aus Disziplinen wie Organisations- und Verwaltungswissenschaften, Politikwissenschaften, aber auch der Betriebswirtschaftslehre aufnehmen und integrieren. Dies ist erforderlich, um die (betriebs-) wirtschaftlichen und politischen Raumgestaltungskräfte und Akteure zum Ausgangspunkt bzw. Gegenstand der Forschung machen zu können. Dies prädestiniert sie zum gefragten Dienstleistungspartner für eine Kommunalpolitik, die ihrerseits immer stärker zum effektiven Ressourceneinsatz gezwungen wird und immer dringlicher auf die frühzeitige Wirkungseinschätzung von strategischen Leitlinien und Investitionen angewiesen ist.

Diese Dienstleistung wird bisher traditionell überwiegend von Consultant-Firmen angeboten. Sie betreiben weitgehend eine projektbezogene Integration interdisziplinärer Forschungsergebnisse, wie sie im Prinzip auch ein länderkundlicher Ansatz in der Geographie verfolgt (hat). Im nachhinein ist es daher nur schwer nachvollziehbar, daß ausgerechnet die Geographie mit ihrem reichen empirischen Wissen über Standortbedingungen und deren Genese den Markt für die wissenschaftliche Fundierung von Standortentscheidungen und Investitionsbeurteilungen im Vorfeld des Europäischen Binnenmarktes, bei der Osterweiterung der europäischen Märkte, aber auch für die dynamischen Entwicklungszonen in Asien bisher nur streifen konnte (Boesler, K.-A.; den Hartog-Niemann, E., 1990).

Auch hier greift dieselbe Erklärung, nach der im Mittelpunkt des geographischen Erkenntnisinteresses zu wenig die den Prozessen zugrunde liegenden Antriebskräfte, sondern überwiegend die von ihnen gestaltete Oberfläche beschrieben und analysiert werden. Es gilt daher, den Status des Chronisten von "Gewordenem" bzw. der sich im Raum "abgelagerten" Prozesse konzeptionell und instrumentell stärker als bisher um die Fähigkeit zu erweitern, politisches (auch unternehmenspolitisches) Handeln hinsichtlich seiner Wirkung auf *künftige* Raumgestaltung abzuschätzen und zu bewerten.

Ich will hier nicht den Eindruck erwecken, die Geographie bzw. Politische Geographie hätte sich dieser Aufgabe bisher noch nicht gestellt. Erinnerung sei an Studien über räumliche Wirkungen sektoraler (Unternehmens-)Politik (Graafen, R., 1984; Boesler, K.-A. und Breuer, H. 1985; Bott, A. 1989; Stehlmann, U., 1989; Boesler, K.-A., Bott, A., Ebus, A., 1990;). Nicht zuletzt deshalb gilt es, einen "Forschungskorridor" politisch-geographischer Analysen abzustecken und ihre empirischen Befunde im Hinblick auf die Generalisierbarkeit der Wirkungen staatlichen Handelns und seiner "externen Effekte" (Boesler, K.-A., 1987) auszuwerten.

Hiermit schafft sich die Disziplin eine erweiterte theoretische Fundierung. Gleichzeitig würde die Grundlage für eine Wiedererkennbar- bzw. Etikettierbarkeit des empirischen Anspruchs und der Politikberatungskompetenz von einem zentralen Bereich der Politischen Geographie verbessert.

Kurzfassung

Parallel zur schärfsten Rezession in Nachkriegsdeutschland verbreitet sich seit etwa 1992 ein einschneidender Prozeß der Verwaltungsmodernisierung. Am weitesten fortgeschritten sind diese Diskussion und ihre Umsetzung in den Kommunen.

Zunächst wird das Thema Verwaltungsmodernisierung/Controlling aus dem sich wandelnden Selbstverständnis von Kommunalverwaltung entwickelt. Einer kurzen Entwicklungsbeschreibung des Standes von Verwaltungsmodernisierung und Controlling in deutschen Kommunalverwaltungen folgen Überlegungen zu den Anforderungen an ein modernes Informationsmanagement und Beispiele für Umsetzungsstrategien und -ergebnisse.

Abschließende Überlegungen befassen sich mit Konsequenzen dieser Entwicklung für das Selbstverständnis der Geographie sowohl in ihrer Rolle bei der Politikberatung, wie auch als Planungswissenschaft.

Summary

Accompanying the most severe recession in post-war Germany, an incisive process of modernizing administration has been put forth since about 1992. The discussion and realization has been advanced the most at local government level.

To begin with, the topic of modernizing administration/controlling is unfolded from the changing way local government sees itself. After having briefly described the stage of development referring to modernizing administration, further demands on modern information management will be considered as well as strategies in realization and results.

Finally there will be considerations, dealing with the consequences of this developments to the way geography sees itself. This can be applied to its importance in consulting politics as well as a science, which supports operations planning.

Literatur

AMSHOFF, B.: Controlling in deutschen Unternehmungen. Wiesbaden 1993.

BARTELLA, R.: Aktuelle Entwicklungen von Stadtsteuerung/Controlling in den Kommunalverwaltungen: Konsequenzen für kommunale Statistikdienstleistungen; Tagungsbericht:

Frühjahrstagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (VDSSt), Oberhausen, 1995.

BOESLER, K.-A.: Politische Geographie. Stuttgart 1983.

- BOESLER, K.-A.: Die Raumbezüge Politischen Handelns - Ansätze einer Neubelebung der Politischen Geographie in der Bundesrepublik Deutschland. In: HÜTTEROTH, W.-D.; BECKER, H. [Hrsg.]: 45. Dt. Geographentag Berlin. Tagungsbericht und wiss. Abhandlungen, Stuttgart 1987.
- BOESLER, K.-A.; BREUER, H.: Standortrisiken und Standortbedeutung der Nichteisen- Metallhütten in der Bundesrepublik Deutschland - Wechselwirkungen zwischen Ressortpolitik, Industriestruktur und Raum. Trier 1989. (Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 233).
- BOESLER, K.-A.; BOTT, A.; EBUS, A.: Die Beschäftigungswirkungen von Zuliefer-Verflechtungen und konsumrelevanten Einkommenszahlungen des Kölner Chemiegürtels. Studie, erstellt im Auftrag des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt Köln. Bonn 1990.
- BOESLER, K.-A.; den HARTOG-NIEMANN, E.: Konsequenzen des EG-Binnenmarktes für die Wirtschaftsförderung in der Region Köln: Analyse der Wirtschaftsstruktur; erstellt im Auftrag der Industrie- und Handelskammer zu Köln. Bonn 1990.
- BOTT, A.: Die Zulieferbeziehungen von "Volkswagen de Mexico S.A. de C.V.". Regionale Beschäftigungseffekte eines transnationalen Unternehmens in Mexiko. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Institut für Wirtschaftsgeographie der Universität Bonn. Bonn 1989.
- BREUER, H.: Statistische Dienstleistungen und Kommunales Controlling: Alter Wein in neuen Schläuchen? Vortrag, gehalten auf der Sitzung des VStAusschusses Finanzen und Kommunales Controlling in Frankfurt, 25./26. März 1993.
- BREUER, H.; CHRISTMANN, A.: Kommunales Informationsmanagement unterstützt bürgernahe, dienstleistungsorientierte Verwaltung. Der Städtetag (1993) H. 9.
- BREUER, H.: Controlling in deutschen Kommunalverwaltungen: Umfrageergebnisse zum Implementationsstand von Organisations- und Informationsstrukturen. Stadtforschung und Statistik (1994) H.1.
- GRAAFEN, R.: Die rechtlichen Grundlagen der Ressourcenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Beitrag zur Rechtsgeographie. Bonn 1984. (Bonner Geogr. Abhandlungen, Bd. 69).
- HAVERKAMPF, H.-E.; SCHIMANKE, D.: Stadtplanung als Handlungsressource der Kommunalverwaltung? In: LÖLHÖFFEL, D. von; SCHIMANKE, D. [Hrsg.]: Kommunalplanung vor neuen Herausforderungen. Basel 1983, S. 14-29. (Stadtforschung aktuell Bd. 2).
- SCHMIDBERGER, G.: Controlling für öffentliche Verwaltung. Wiesbaden 1993.
- STEHLMANN, U.: Die Energieversorgung des Linken, Unteren Niederrheins mit leitungsgebundener Energie. - Eine Analyse der regionaler Zusammenhänge von Gebietsstruktur und Angebot der Versorgungsunternehmen. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Institut für Wirtschaftsgeographie der Universität Bonn. Bonn 1989.
- WARMELINK, F.: Stabilität und Wandel der Sozialstruktur in Kölner Stadtvierteln. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Geographisches Institut der Universität Köln. Köln 1993.

Dipl-Geograph Hermann Breuer
 Amt für Statistik und Einwohnerwesen
 Stadthaus Chorweiler
 Alter Ring 4
 D-50765 Köln

Stadtgestalt als Ausdruck raumwirksamer Staatstätigkeit - Zur Ikonographie der Stadt Stade/Elbe

In seiner Habilitationsschrift hat Klaus-Achim BOESLER das Thema des „Kultur-landschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit“ (1969) bearbeitet. Eingebettet in den fachwissenschaftlichen Diskurs der frühen 70er Jahre, definiert BOESLER (1974, S. 30) wenig später die „Politische Geographie... als Lehre von der raumwirksamen Staatstätigkeit und ihren Motivationskreisen“.

Ohne hier auf Definitions- und Inhaltsfragen der Politischen Geographie und ihrer gegenwärtigen Renaissance einzugehen, sollen die folgenden Überlegungen zu einem speziellen Aspekt raumwirksamer Staatstätigkeit Stellung beziehen: zu Genese, Persistenz und Wandel politisch-militärisch motivierter Stadtstrukturen. Städte blicken, vor allem in Räumen alter Hochkulturen, auf eine zum Teil Jahrhunderte oder gar Jahrtausende währende Geschichte zurück. Stadtgestalten, nicht selten zu einem Konglomerat historischer Grund- und Aufrisse von urbanen Formen geronnen, sind Ausdruck dieser Geschichte.

Kriegerische Ereignisse in Vergangenheit und Gegenwart, Verfall historischer Bausubstanz, Feuersbrünste oder Umgestaltungen gewachsener Stadtstrukturen durch Technik und Verkehr haben häufig zu tiefgreifenden Veränderungen alter Stadtbilder und -grundrisse geführt. Eine solche Feststellung betrifft Städte in allen Kulturkreisen. In einer Zeit rasanter Modernisierung aller Lebensbereiche, einer zunehmenden Motorisierung in weltweitem Maßstab und der Globalisierung von Lebensstilen tragen diese Entwicklungen zu Nivellierung und Vereinheitlichung urbaner Strukturen und von Urbanität bei. Umso bemerkenswerter - und gleichsam als Gegenreaktion gegen solche Tendenzen - sind die in Deutschland und in anderen Teilen Europas zu beobachtenden Bemühungen der Erhaltung alter Bausubstanzen und Kulturlandschaften.

Städte als die wohl komplexesten Gebilde menschlichen Zusammenlebens sind in Form und Gestalt nicht nur Ausdruck kulturraumspezifischer Vielfalt in weltweitem Maßstab (EHLERS, Hg., 1992; HOFMEISTER 1980), sondern zugleich Ausdruck von Regionalkultur (SCHÖLLER 1967). Neben die regionale Dimension treten zeitbedingte urbane Raumvorstellungen und Gestaltungsprinzipien als weiteres Differenzierungsmerkmal. Damit gewinnen Raum, Geschichte und regional differenzierte Kultur nahezu gleichberechtigte Bedeutung für Stadtgestaltung und Stadtgestalten.

Diese Feststellung gilt auch für die Städte Deutschlands. Auch die meisten von ihnen sind in ihrer Anlage und Architektur Ausdruck raumwirksamer Staatstätigkeit. Neben den sich vor allem in Baumaterialien, spezifischen Hausformen oder Architekturmustern ausdrückenden Regionalismen einer bodenständigen Volkskultur sind es herrschaftlich-politisch bestimmte Gestaltungsprinzipien, die die Vielfalt deutscher Stadtkulturlandschaften ausmachen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund unterscheidet P. SCHÖLLER (op. cit.) beispielsweise nicht nur zwischen Bischofsstädten, Bürgerstädten und Fürstenstädten einerseits, sondern - regional und damit zugleich kulturell

differenzierend - andererseits zwischen fränkischen, bairisch-alpenländischen, südwest- und mitteldeutschen Städten sowie solchen entlang der Küsten oder im ostelbischen Binnenland.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Stadt Stade/Elbe, die im Jahre 1994 ihr tausendjähriges Jubiläum als Stadt feierte. Ohne hier auf die Ergebnisse einer gut dokumentierten Stadtgeschichte (vgl. dazu zuletzt STADT STADE, Hg., 1994) einzugehen, sei das Beispiel Stade deshalb gewählt, weil die Stadt eine seit den Siedlungsanfängen sich fast kontinuierlich fortentwickelnde und bis heute im Stadtgrundriß dokumentierte Genese genommen hat, die vor allem seit der frühen Neuzeit durch staatlichen Festungsbau nicht nur "eingekapselt" und festgeschrieben wurde, sondern in der Folgezeit auch die beiden Weltkriege infolge kriegerischer Unversehrtheit überlebte. Jahrhundertelange wirtschaftliche Stagnation und geographische Abseitslage haben nicht nur die alte Bausubstanz und den Grundriß, sondern zugleich den Gegensatz von historischer Altstadt und jüngeren Erweiterungen "extra fosses" konserviert. Erst seit den 70er Jahren und nach einer kontroversen Diskussion um Erhalt oder Abriß/Modernisierung der altstädtischen Bausubstanz wurde als Ergebnis einer forcierten Industrialisierung und einer entsprechenden Steuerkraft der Kommune eine umfassende Altstadtsanierung eingeleitet, die heute Stade zu einem für viele Experten gelungenen Beispiel behutsamer Stadterneuerung macht.

Die räumliche Begrenzung der folgenden Ausführungen auf die von den Schwedenbefestigungen umschlossene Altstadt und ihre Glacis sowie die zeitliche Einengung auf die Entwicklung dieses Terrains seit der Mitte des 17. Jahrhunderts erfolgt vor dem Hintergrund, daß infolge der zuvor genannten Kriterien "Stade als vielleicht einzige Stadt in Deutschland heute noch einen lebendigen Eindruck von einer Festungsstadt des 17. Jahrhunderts" (EICHBERG 1976, S. 118) vermittelt.

So wie die schwedischen Besatzer Stade nicht nur zur Haupt- und Landesfestung ihrer norddeutschen Territorien ausbauten und zumindest in drei markanten Baumun- menten noch heute auch architektonisch präsent sind, so haben auch spätere Landesherr- schaften ikonographisch innerhalb der Altstadt und an seiner unmittelbaren Peripherie ihre Spuren hinterlassen. Deren gegenwärtige Musealisierung und konservierende Sanierung ist ein Beispiel gegenwärtiger raumwirksamer Staatstätigkeit. So lassen sich diese Aktivitäten auf dem eng umgrenzten Gebiet der Stader Altstadt an drei historisch wie gesellschaftspolitisch unterschiedlichen Epochen festmachen:

- Stade als Schwedenfestung des 17. und 18. Jahrhunderts,
- Stade als preußischer Regierungssitz seit 1883/85,
- Stade als Beispiel staatlich geförderter Altstadtsanierung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Stade als Schwedenfestung des 17. und 18. Jahrhunderts

Im Gegensatz zu weiten Teilen des deutschen Sprachraumes, die während des Dreißig- jährigen Krieges (1618-1648) gebrandschatzt wurden und generellem Kulturland- schaftsverfall unterlagen, blieben das Elbe-Weser-Dreieck - wie auch andere Teile des

nordwestlichen Deutschland - von kriegerischen Verwüstungen, Epidemien und Hungersnöten weitgehend verschont. Das vor allem zwischen Dänen und Schweden umstrittene Erzstift Bremen, zu dem Stade gehörte, fiel 1645 endgültig an die schwedische Krone, nachdem es 1632/33 bereits kurzfristig zu Schweden gehört hatte. Mit der Besetzung der Stadt Stade durch schwedische Truppen am 14.2.1645 begann seit 1646, verstärkt nach 1680 der Ausbau der Stadt zur Landesfestung der schwedischen Territorien in Norddeutschland.

Die doppelte Funktion Stades als Verwaltungssitz und Zentralfestung fand ihren Ausdruck in einer raumwirksamen Staatstätigkeit, die der Stadt bis heute ihre unverwechselbare und einmalige Physiognomie und Grundrißgestaltung verleihen. Prägendster Ausdruck der schwedischen Staatstätigkeit zwischen 1646 und 1710 ist der eindrucksvolle und sukzessive Ausbau der Stadt nach "einem einheitlichen Plan" (EICHBERG 1976, S. 103), der die alte Stadt mit einem Kranz von Bastionen und Ravelins umgab. Die mehrfachen Aus- und Umbauten bei gleichzeitig ständiger Ausweitung der Festungswerke schufen einen bis heute das Stadtbild dominierenden Festungsring um den mittelalterlichen Stadtkern, der der heutigen Stadt ihr besonderes Gepräge verleiht (vgl. Abb. 1).

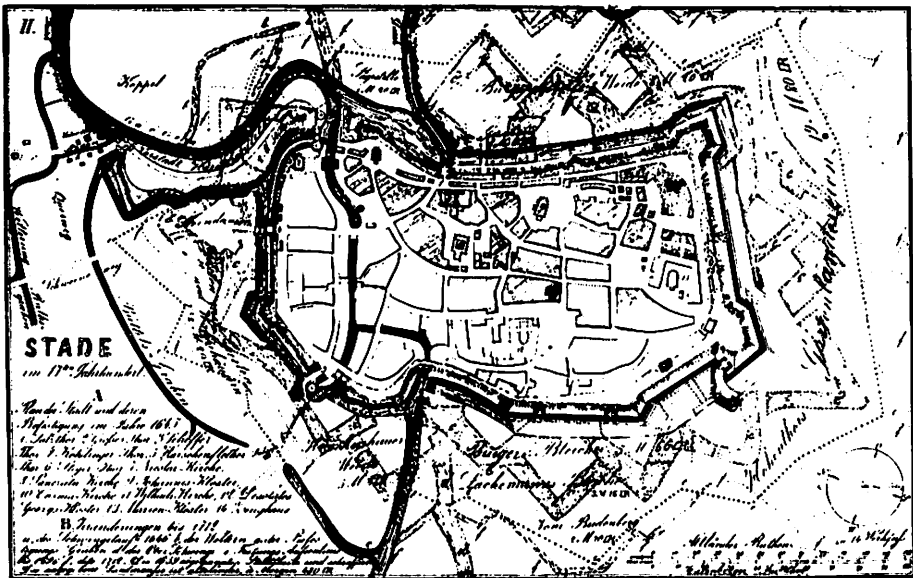


Abb. 1: Bauliche Veränderungen des Stader Festungsgürtels 1645-1712 (mit Darstellung der abgebrannten Stadtteile 1659). Nach: Stadt-Sparkasse Stade, Hg. Blick auf Stade. Ansichten und Pläne aus sieben Jahrhunderten. Stade 1974.

Im Gegensatz zu den gegen Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend von Stockholm aus organisierten und kontrollierten Fortifikationen blieb die "innerstädtische" Entwicklung

der mittelalterlichen Stadt von den Schweden weitgehend unbeeinflusst. Selbst der verheerende Stadtbrand von 1659, dem über 500 Häuser und damit fast zwei Drittel der Altstadt zum Opfer fielen, führte zu keinen Umgestaltungen des Grundrisses oder zur Errichtung "demonstrativer" Architektur schwedischer Herrschaft (Abb. 1). Lediglich der ursprünglich als Provianthaus der schwedischen Truppen dienende sog. "Schwedenspeicher" und das Zeughaus, ehemals Waffenarsenal der schwedischen Garnison, sowie das 1667/68 wiedererrichtete Rathaus im Zentrum der Stadt demonstrieren schwedische Administration und Herrschaft. Die Portale aller drei Gebäude tragen bis heute die Embleme des Schwedenkönigs Karls XII und belegen somit die vorübergehende Fremdherrschaft und Fremdbestimmung des Stader Raumes durch Schweden als europäische Großmacht (vgl. Abb. 4).

Tab. 1: Fortifikationen in Stade 1645 - 1712 (zusammengestellt nach EICHBERG 1976)

Jahr	Bastionen	Ravelins	Sonstige (Werke der contrescarpe)
1645	4	-	
1648	7	3	
1676	9	4	10
1712	9	8	11

Die gewaltigen Festungswerke der Stadt, bleibendes Zeugnis raumwirksamer Staats-tätigkeit des schwedischen Absolutismus, umschließen die mittelalterliche Stadt und trennen diese von den Ausbauten des 19. und 20. Jahrhunderts. Der kontinuierliche und systematische Ausbau der Festung mit Bastionen, Ravelins und großen Contrescarpes sowie der daraus resultierende Flächenverbrauch führten zu einer deutlichen räumlichen Trennung zwischen der Stadt und ihrem agraren Umland. Ebenso aber wie deren Errichtung mit umfanglichen Enteignungen von Grund und Boden sowie mit beträchtlichen Zerstörungen von Gebäuden, Acker- und Gartenland verbunden war (GOSSEL 1951), so bedeuteten auch deren Aufgabe und Planierung ab 1871 einen bis heute fortwirkenden Eingriff in die Stadtgestalt. Mit der Umgestaltung der Bastionen und Ravelins in einen fast durchgängigen Park- und Grüngürtel (vgl. Abb. 2 und 3) fixierten die Behörden des seit 1866 preußischen Stade nicht nur die bis heute markante Trennung von mittelalterlicher Stadtanlage und den jüngeren Vorstädten, sondern zugleich die Grundlagen für ihre eigene Bautätigkeit als Ausdruck preußischer Herrschaft und Verwaltung.

Stade als preußischer Regierungssitz

Mit dem kurzen Zwischenspiel dänischer Herrschaft (1710 - 1715) und dem Erwerb der Herzogtümer Verden und Bremen durch das Kurfürstentum Hannover im Jahre 1715 begann eine fast 150 Jahre währende Stagnation der Stadtentwicklung. Die auch im neuen Territorium abseitige Randlage der Stadt, die Gewichtsverlagerungen politischer

Entscheidungen von Hannover nach London infolge des durch Personalunion vereinten Kurhannover und England, die vorübergehende Eingliederung des Raumes in das napoleonische Königreich Westfalen bzw. in das Kaiserreich Frankreich sowie die Wiederherstellung des Kurfürstentums Hannover im Jahre 1813: diese und andere Ereignisse ließen Stade im 19. Jahrhundert als überregional unbedeutendes Landstädtchen mit allenfalls lokalen Stadt-Umland-Beziehungen verharren (JÄGER 1994). Auch erste Stadterweiterungen "extra muros" in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts markieren lediglich Anpassungen an geringfügiges Bevölkerungswachstum und landstädtische, vor allem auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte basierende Gewerbeentwicklungen (BOHMBACH 1994). Es versteht sich von selbst, daß die schwedischen Fortifikationen der Stadtentwicklung längst als Hindernis dienten.

Die Entfestigung der Stadt ging einher mit deren Ausbau zum Sitz der preußischen Bezirksregierung (1883/85). Altstädtische Bebauung und innerstädtische Bebauungsdichte verhinderten ebenso wie wohl das Selbstverständnis der preußischen Verwaltung deren städtebauliche Repräsentanz im altstädtischen Kern. Statt dessen wurden eine Reihe öffentlicher Bauten mit einer mehr oder weniger demonstrativen Architektur errichtet, die sich markant an der Peripherie der mittelalterlichen Stadt, z.T. auf den geschleiften Festungsbauten, erstrecken.

Die Dokumentation der zwischen 1883/85 und 1914 errichteten öffentlichen Gebäude und ihre Lokalisierung innerhalb der sich schnell erweiternden Stadt Stade machen die andersgeartete raumwirksame Staatstätigkeit der preußischen Regierung deutlich: sieht man von dem in zentraler Lage in der Altstadt 1890/91 errichteten Kaiserlichen Postamt sowie vom Amtsgericht ab, so konzentrierten sich die öffentlichen Neubauten an der Peripherie der Altstadt. Bevorzugter Standort von Schulen, Behörden und Museen wurden die planierten Entfestigungen der Wälle und Bastionen innerhalb des sog. Burggrabens, während das noch heute architektonisch imposante Regierungsgebäude als Sitz des preußischen Regierungspräsidenten zwischen 1887 und 1889 unmittelbar südlich des Burggrabens und in unmittelbarer Nachbarschaft zum 1881 errichteten Bahnhof erbaut wurde (vgl. Abb. 4).

Die Entwicklung der Stadt Stade als preußischer Regierungs- und Verwaltungssitz für den Elbe-Weser-Raum führte somit einerseits zwar zu objektbezogenen Neubaumaßnahmen, die der Stadt eine Reihe "Ikonen" staatlicher Architektur hinzufügten, das Stadtbild und die Stadtgestalt indes nur begrenzt beeinflussten oder gar veränderten. Lediglich die Bebauung der Wallanlagen zwischen Wallstraße und Neubourgstraße setzte für den Altstadtbereich neue Akzente. Stärker als die physiognomischen Veränderungen der Altstadt wirkten die Anlage des neuen Hafens (1879/80) sowie der Bau der Eisenbahn (1881) Harburg-Cuxhaven auf das Wachstum der Stader Wirtschaft und die räumliche Ausdehnung der Stadt über die alten Festungsgrenzen hinaus.



Abb. 2: Die Altstadt Stade im Luftbild

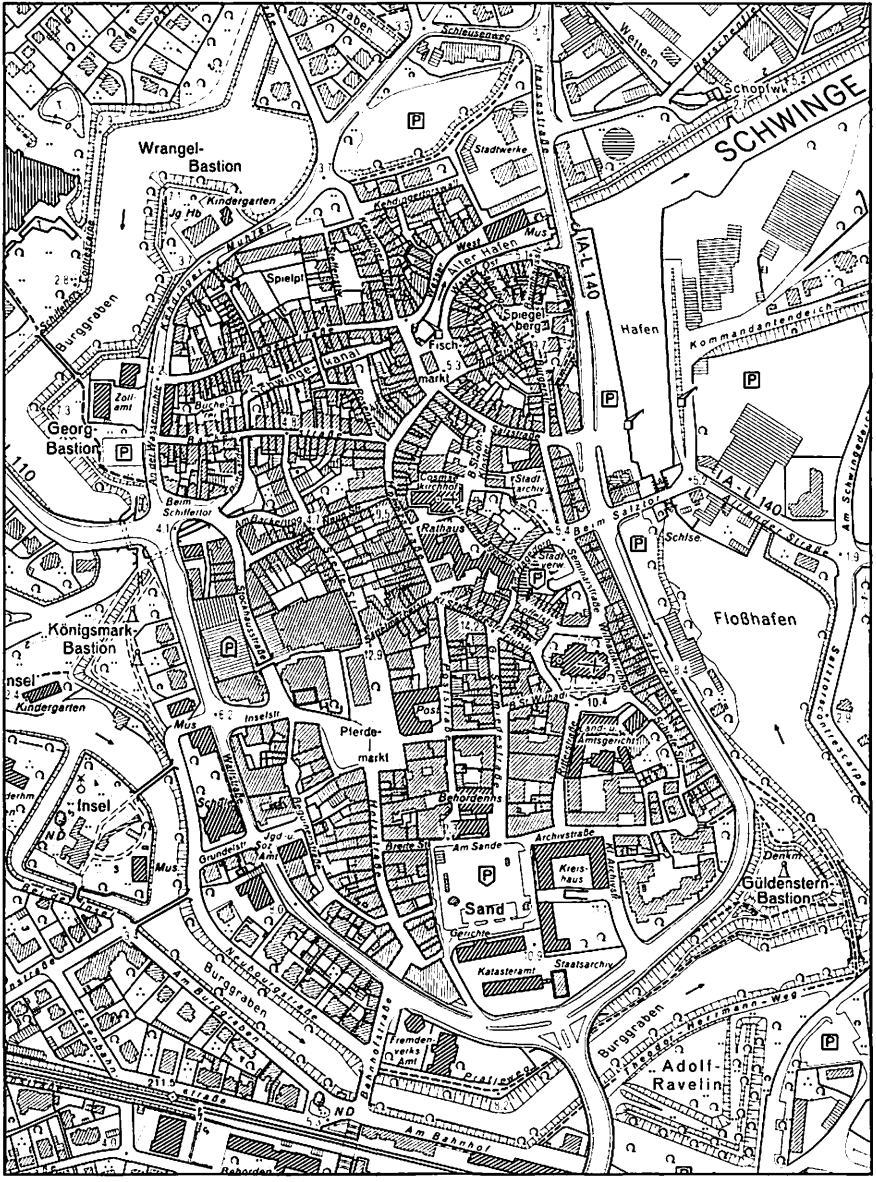


Abb. 3: Die Altstadt Stade nach Dt. Grundkarte 1:5000

Bemerkenswert ist, daß - ähnlich wie die schwedische Besatzung - auch die preußische Administration so gut wie keine baulichen oder gar grundrißverändernden Eingriffe in die altstädtische Bausubstanz vornahm. Im Gegenteil: sperrige Infrastruktur im Vorfeld der alten Festungswerke wie Hafenanlagen, Gleiskörper und Bahnhöfe trugen eher noch zur Akzentuierung des Gegensatzes zwischen Altstadt und den verschiedenen Neubauvierteln bei. Bis heute prägen die verkehrstechnischen Neuerungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts (vgl. Abb. 2 und 3) zusammen mit dem Grüngürtel den „dualen“ Charakter der Stadt. Sie haben somit entscheidend zur Konservierung des altstädtischen Ensembles beigetragen. Heute verstärken eine ringstraßenähnliche Führung des Autoverkehrs und der Ausbau großer Fußgängerbereiche in der Altstadt (vgl. Abb. 4 und 5) diesen Gegensatz von Altstadt und neuen Ausbazonen.

Stade als Beispiel staatlich geförderter Altstadtsanierung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts

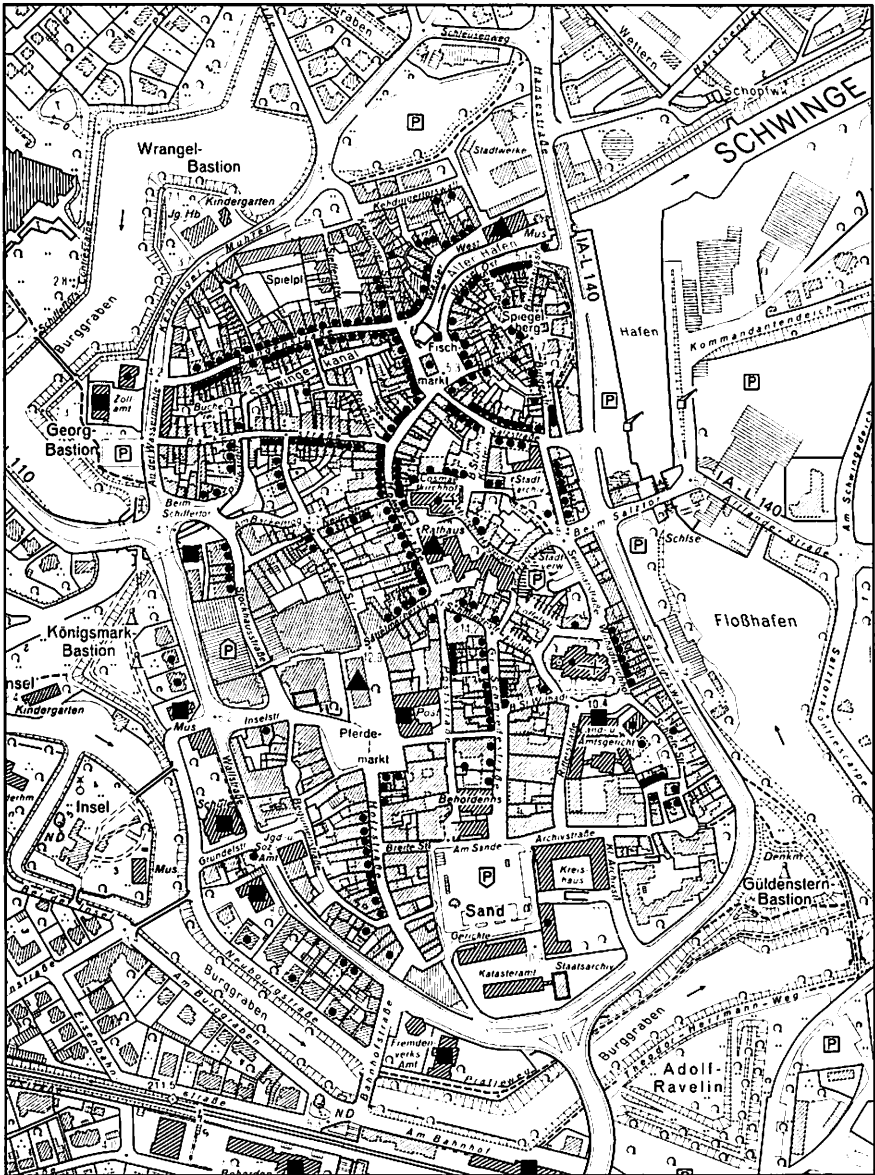
Eine dritte Facette des Themas “Stadtgestalt als Ausdruck raumwirksamer Staatstätigkeit” wird in Stade wirksam im Spannungsfeld von staatlich geförderter Industrieansiedlung, von damit einhergehenden Eingemeindungen und Stärkung der Steuerkraft sowie den darauf aufbauenden Konzepten einer umfänglichen Altstadtsanierung seit 1973.

Vor dem Hintergrund einer vom Land Niedersachsen nachhaltig geförderten Industrialisierung des Unterelbebereichs kommt es in Stade und in seiner unmittelbaren Umgebung zur Ansiedlung umfänglicher Industrien. Mit der Eröffnung des Ölkraftwerks Schilling 1962, der Verlagerung der Stader Saline (gegr. 1873) an die Schwingemündung im Jahre 1964 sowie der Entscheidung für den Bau des Kernkraftwerks Stade im Jahre 1967 (Inbetriebnahme 1972) sind die Grundlagen für die darauf folgende Industrieansiedlung des Raumes Stade-Bützfleth gelegt. Auf der Basis von Salz und Kernenergie werden ab 1969 das 550 ha große Gelände der Dow Chemie und das 150 ha große Areal der Vereinigten Aluminium-Werke (VAW) erschlossen und 1972/73 in Betrieb genommen (vgl. BUSSE 1970, 1971; KREBS 1980; NUHN-OSSENBRÜGGE, Hg., 1982; THOMAS 1972). Zusammen mit der Errichtung eines Zweigwerks der Deutschen Airbus Industries an der südöstlichen Peripherie der Stadt auf ehemaligem Fliegerhorst-Gelände sowie - parallel dazu - der Eingemeindung von fünf ehemals selbständigen Dörfern einschl. Bützfleth/Elbe als neuem Industriegebiet vollzieht sich ein schneller Wandel der Stadt zu einem überregional bedeutsamen Industriestandort. Ergebnis der staatlich geförderten Industrieansiedlung ist ein ab 1973 vehementer Anstieg des städtischen Gewerbesteueraufkommens (vgl. Abb. 6), der seinerseits die Inangriffnahme der Altstadtsanierung auslöst.

Wirtschaftliche Entwicklungen und räumliches Wachstum der Stadt zwischen 1871 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten zur Folge, daß die vom Kriege vollständig verschonte Altstadt Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre in einem desolaten Zustand war. Ein von der Stadt Stade (o.J.; 1990?) herausgegebener Rückblick auf die Sanierungsmaßnahmen zwischen 1972 und 1990 konstatiert, daß von den etwa 1500

Wohnungen der Stader Altstadt 800 "in einem extrem schlechten Zustand" waren. Dem damals herrschenden Zeitgeist entsprechend waren "stadtsanierende" Radikallösungen angedacht: "Ein Gutachten forderte 1966 die Flächensanierung für zwei große Gebiete um den Spiegelberg und um den Pferdemarkt... Eine andere Planungsgruppe ging 1971 sogar noch weiter: auch die gesamte Randzone der Altstadt sollte fast lückenlos einer radikalen Flächensanierung unterzogen werden..." (ebda., S. 4). Wohl nicht zuletzt unter dem negativen Eindruck des städtebaulich extrem fragwürdigen Flächensanierungskonzeptes, dem über zwei Drittel der altstädtischen Bausubstanz zum Opfer gefallen wären, erfolgte am 15. Mai 1972 ein definitiver Ratsbeschluß der Stadt, der als Sanierungsziele u.a. nannte: "Das städtebauliche Bild der Stader Innenstadt soll auch in Zukunft die charakteristischen Grundzüge behalten, die seit Jahrhunderten der Stadt ihren unverwechselbaren baulichen Rahmen gegeben haben. Diesen Rahmen zu erhalten, ist die künftige stadtgestalterische Aufgabe..." (Informationsschrift Altstadt-sanierung Stade, hg. von Stadt Stade/Neue Heimat Bremen, o.J., S. 4).

Mit der Festlegung eines zeitlich wie räumlich dreigeteilten Sanierungsplanes (vgl. Abb. 5) sowie vor dem Hintergrund schnell steigender Steuereinnahmen (vgl. Abb. 6) erfolgte eine zielstrebige und bis heute nicht abgeschlossene Altstadtsanierung. Ihre wesentlichen Ergebnisse geben Abb. 4 und 5 sowie Tab. 2 wieder. Zu der Konservierung des mittelalterlichen Stadtgrundrisses durch Wahrung des alten Straßennetzes und der kleinparzellierten Grundstücksgrenzen sowie der behutsamen Restaurierung erhaltungswürdiger öffentlicher Bausubstanz durch Stadt, Land und Bund hat vor allem das Instrument des Städtebauförderungsgesetzes erheblich beigetragen. Auf der Basis einer vom niedersächsischen Institut für Denkmalpflege durchgeführten Erhebung wurde eine bauliche Denkmalliste erarbeitet, die allein für den Altstadt kern weit über 200 "Baudenkmale" erfaßt und ausweist (vgl. Abb. 4). Deren weit fortgeschrittene Restaurierung geht einher mit teilweise so umfangreichen Objektsanierungen, daß ganze Straßenensembles fast als flächensanierte Areale in Erscheinung treten. Zusammen mit partiellem Abbruch nicht renovierungsfähiger Bausubstanz, behutsamen Neubauten in angepaßter Architektur und mit lokalspezifischen Baumaterialien, Verkehrsberuhigung und Ausweisung von Fußgängerzonen sowie der gezielten Schaffung von Kultureinrichtungen im Altstadtbereich ist eine bemerkenswerte und fast mustergültige Revitalisierung des alten Stadtkerns gelungen.



- ▲ Baudenkmale; Einzelobjekte Schwedenzeit 1645 - 1712
- Baudenkmale; Öffentliche Gebäude der preußischen Regierung, 1866 - 1914
- Baudenkmale (1993)

0 200m

Quelle: Verzeichnis der Kulturdenkmale / Amtsblatt Lüneburg Nr. 6 vom 15.3.1993

36 **Abb. 4: Schwedische, preußische und gegenwärtige Baudenkmäler in der Altstadt von Stade und ihrer Peripherie**

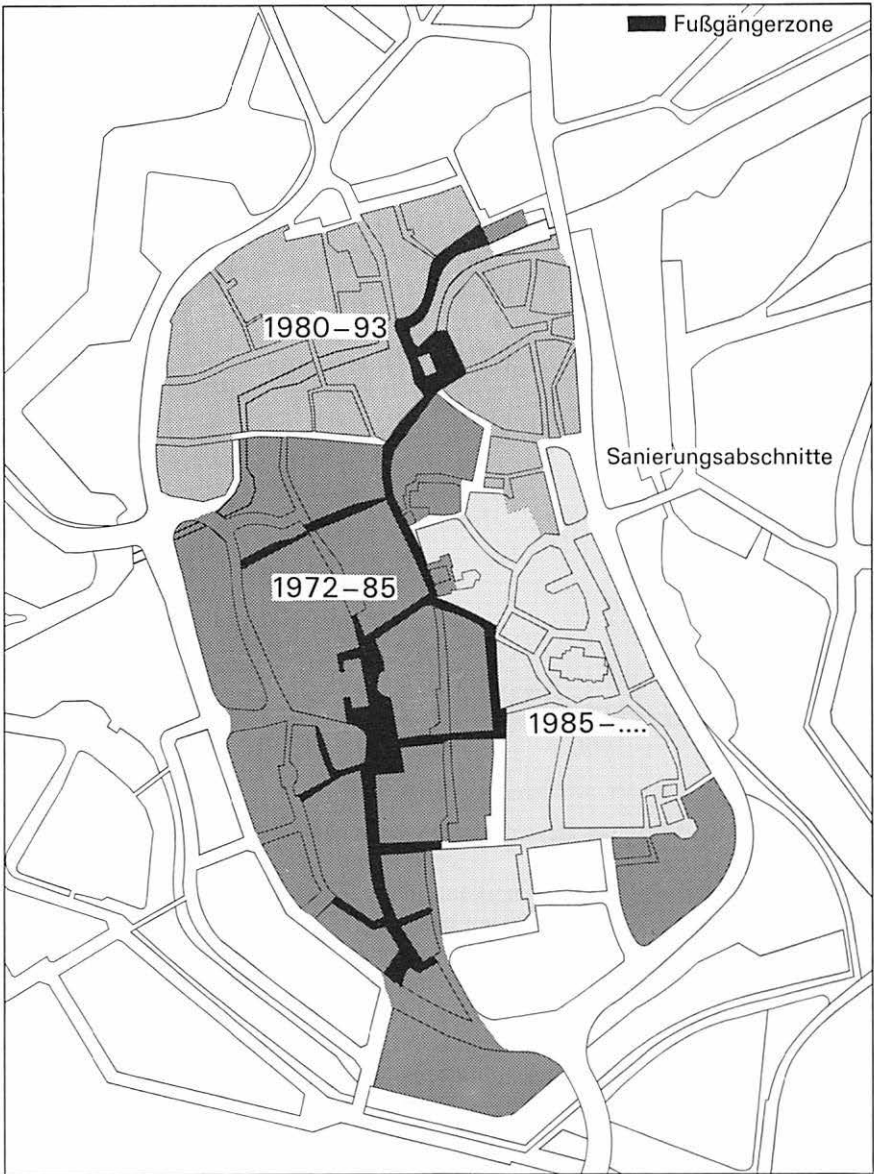
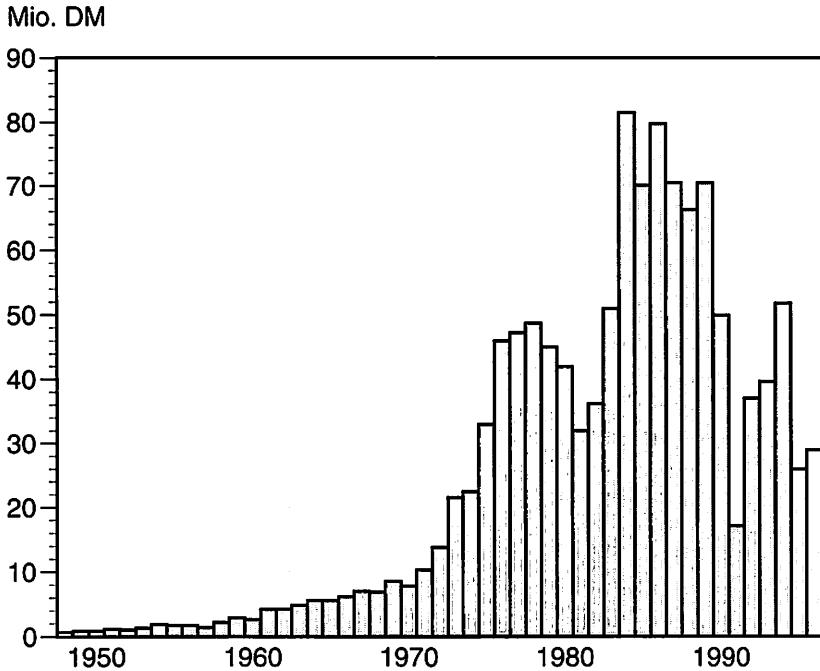


Abb. 5: Stadt Sanierung Stade: Sanierungsphasen-Fußgängerzonen-Verkehrsführung

Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens 1948-1996



Quelle: Stadtkämmerei und Steueramt der Stadt Stade

Abb.: 6 Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Stade 1948-1996

Zu den Erfolgen dieses Sanierungskonzeptes zählt, daß die Zahl der altstädtischen Wohnungen bereits bis 1990 von 490 auf über 730 anstieg und zugleich rund 32.000 m² neue Nutzfläche (ca. 8000 m² Wohnfläche und etwa 24000m² Gewerbefläche) geschaffen wurden. Die mit der Altstadtsanierung verbundene Wertsteigerung läßt sich materiell wie folgt umschreiben: etwa 81 Mill. DM aus öffentlichen Mitteln (davon 84% aus dem Städtebauförderungsgesetz bei gleichmäßiger Beteiligung von Bund, Land und Stadt) stehen geschätzte privatwirtschaftliche Folgeinvestitionen von über 280 Mill. DM gegenüber. Der sanierungsbedingte Mehrwert wird zu geringen Teilen über "Ausgleichsbeträge" der Grundstückseigentümer an die Stadtkasse kompensiert. Wichtiger indes sind Belegungsrechte und Mietpreisbindungen für Mieter einerseits, Unterhaltungspflicht für die sanierte Bausubstanz und über zehn Jahre wirksame steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für denkmalpflegerischen Aufwand für Eigentümer andererseits.

Tab. 2: Parzellierung und Ausgleichsbeträge Altstadtsanierung Stade

	Sanierungs- grundstücke	Zahl der		Erhoben	Noch zu erheben
		abs.	%	abs.	%
1975-85	235	229	98	6	2
1980-93	310	160	52	150	48
1985-	166	54	33	112	67
Zusammen	711	443	62	268	38

Quelle: Stadt Stade/Stadtdirektor/Neue Heimat Niedersachsen: Stade. Stadtsanierung 1972-1990 - Eine Bilanz (Stade 1990?).

Ebenso wichtig wie die materiellen Aspekte sind allerdings die ideellen, die sich in großer Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt, in der verbreiteten Akzeptanz des Sanierungsverfahrens, in der hohen Lebensqualität der konservierten oder erneuerten Altstadt und in ihrem bemerkenswerten Freizeitwert niederschlagen.

Raumwirksame Staatstätigkeit - direkt vermittelt über die vielfältigen Möglichkeiten des Städtebauförderungsgesetzes, indirekt über kommunales Gewerbesteueraufkommen, kanalisiert u.a. in Projekte der Altstadtsanierung - hat sich somit in den letzten 30 Jahren vor allem in einer speziellen Art "nachholender Entwicklung" der Stader Altstadt niedergeschlagen: Erhaltung und Modernisierung der altstädtischen Bausubstanz und somit in der nachhaltigen Revitalisierung des mittelalterlichen Kerns der Stadt. Anders aber als der Festungsbau eines absolutistisch geführten Staatswesens oder aber als die demonstrative Architektur einer auf Selbstdarstellung ausgerichteten Monarchie basiert die heutige Altstadtsanierung in ganz entscheidender Weise auf der Partizipation der Bürger. Insofern ist Staatstätigkeit nicht nur raumwirksames Agieren, sondern zugleich Ausdruck politischer Kultur, die sich über Teilnahme oder Nichtteilnahme der großen Masse der Bevölkerung definiert.

Schlußbemerkung:

Stadtgestalt als Ausdruck raumwirksamer Staatstätigkeit: die vorliegenden Ausführungen haben versucht, am Beispiel des nur etwa 30 ha umfassenden Altstadtkerns der Stadt Stade die Gültigkeit dieses Zusammenhangs über 300 Jahre hinweg zu beleuchten. Allerdings hat die heute besonders ausgeprägte Hinwendung zur Vergangenheit auch sehr rationale und gegenwartsbezogene Facetten. So verweist der Züricher Kulturphilosoph und Politologe H. LÜBBE (1988, S. 147) unter Bezugnahme auf die gegenwärtige "Vergangenheitszugewandtheit" unserer Gesellschaft auf folgenden Sachverhalt: "Neuerdings werden Siedlungen an Ort und Stelle samt ihrer Bewohner musealisiert. Das ist kaum übertrieben gesagt....Die Bewohner lassen sich das in den gelungenen, glücklichen Fällen schließlich gern gefallen. Ihre wirtschaftliche Basis stellt sich auf Einkünfte

aus dem aufblühenden Nostalgietourismus um, und sie verbessert sich dabei nicht selten. Im Extremfall werden heute ganze Kulturlandschaftsbilder museal konserviert“.

Diese Bemerkung trifft voll auf unser Fallbeispiel Stade zu. Wenn durch die Schaffung neuen Wohnraumes und zusätzlicher Gewerbeflächen auch eine „Musealisierung“ im engen Wortsinne verhindert wurde, so ist andererseits eine Art „Nostalgietourismus“ nicht von der Hand zu weisen. Er beschert der städtischen Wirtschaft zusätzliche Einnahmen durch florierenden Tagestourismus. Insofern ist die immer noch nicht abgeschlossene Altstadtanierung mehr als nur eine moderne Variante raumwirksamer Staatstätigkeit. Es ist „ein Paradebeispiel verantwortungsbewußter und bürgernaher Stadterneuerung“ (M. Wegner in der FAZ 217, 17.9.1994), das zugleich an „ein Deutschland-Bild, das mehr einem romantischen Traum als der historischen Wirklichkeit entspricht“ (ebda.), erinnert. Es ist aber auch ein ökonomisch sinnvolles Beispiel für die aufwendige Restaurierung von Vergangenheit zugunsten einer sinngebenden Gegenwart und Zukunft.

Literaturverzeichnis:

- BOESLER, K.-A., Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit. Berlin (Abh. 1. Geogr. Institut der FU Berlin Bd. 12) 1969
- BOESLER, K.-A., Gedanken zum Konzept der politischen Geographie. Die Erde 105, 1974, S. 7 - 33
- BOHMBACH, J., Zwischen Reaktion und Revolution: Stade von 1852 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. In: STADT STADE, Hg...., Stade 1994, S. 341-418
- BUSSE, C.H., Industriegeographische Wandlungen an der Unterelbe. Geogr. Taschenbuch 1970-1972. Wiesbaden 1970, S. 116-133
- BUSSE, C.H., Raumrelevante Vorhaben in Nordwestdeutschland. Projekte und Pläne und ihre Auswirkungen. Raumforschung und Raumordnung 29, 1971, S. 156-167
- EHLERS, E., Hg., Modelling the City - Cross-Cultural Perspectives. Bonn (Colloquium Geographicum Band 22) 1992
- EICHBERG, H., Militär und Technik. Schwedenfestungen des 17. Jahrhunderts in den Herzogtümern Bremen und Verden. Düsseldorf (Päd. Verlag Schwaner: Bochumer Historische Studien Bd. 7) 1976
- EICHBERG, H., Festung, Zentralmacht und Sozialgeometrie. Kriegsingenieurwesen des 17. Jahrhunderts in den Herzogtümern Bremen und Verden. Köln-Wien (Böhlau-Verlag) 1989
- FRITZEL, N.W., Der Stader Raum zur Schwedenzeit. Studien zur Kultur- und Geistesgeschichte. Stade (Einzelschriften des Stades Geschichts- und Heimatvereins e.V. Band 27) 1976
- GOSEL, A., Die für den Ausbau der Stader Festungsanlagen erfolgten Grundenteignungen in der Schwedenzeit (1646-94). Stader Jahrbuch NF Heft 41, 1951, S. 43-80
- HOFMEISTER, B., Die Stadtstruktur. Die Ausprägung in den verschiedenen Kulturräumen der Erde. Darmstadt (Erträge der Forschung Band 132) 1980
- JÄGER, K., Stade als Provinzhauptstadt 1715-1852. In: STADT STADE, Hg.... Stade 1994, S. 259-339
- KREBS, J., Neuere Industrieansiedlungen im Unterelberaum - die Beispiele Hamburger Hafenerweiterungsgebiet und Stade-Bützfleth. In: W. TAUBMANN, Hg., Exkursionen in Norddeutschland und angrenzenden Gebieten. Kiel 1980, S. 169-178

- KROLL, S., Stade um 1700. Sozialtopographie einer deutschen Provinzhauptstadt unter schwedischer Herrschaft. Stade (Veröffentl. aus dem Staatsarchiv Stade Band 16) 1992
- LÜBBE, H., Der verkürzte Aufenthalt in der Gegenwart. Wandlungen des Geschichtsverständnisses. In: P. KEMPER, Hg., "Postmoderne" oder Der Kampf um die Zukunft. Frankfurt/M. (Fischer-Taschenbuch 6638) 1988, S. 145-164
- NUHN, H.; J. OSSENBRÜGGE, Hg., Wirtschafts- und Sozialgeographische Beiträge zur Analyse der Regionalentwicklung und Planungsproblematik im Unterelberaum. Kiel-Hamburg (Arbeitsberichte und Ergebnisse zur wirtschafts- und sozialgeographischen Regionalforschung) 1982
- SCHÖLLER, P., Die deutschen Städte. Wiesbaden (Beihefte zur Geographischen Zeitschrift 17) 1967
- STADT STADE, Hg., Stade. Von den Siedlungsanfängen bis zur Gegenwart. Stade (Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Stade Band 16) 1994
- THOMAS, W., Standortdynamik des Wirtschaftsraumes Unterelbe/Stade. Neues Archiv für Niedersachsen 20, 1971, S. 285-304 und 21, 1972, S. 26-45

Prof. Dr. Eckart Ehlers
Geographisches Institut der Universität Bonn
Meckenheimer Allee 166
D-53115 Bonn

Die "artgemäße deutsche Kulturlandschaft" als "biologisch-seelische Umwelt" des "deutschen Menschen" in der Spätphase des Nationalsozialismus. Leitbilder - Planungen - Verwirklichungen

Am 21. Dezember 1942 erließ der Reichsführer SS, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Heinrich Himmler, eine Allgemeine Anordnung über die Gestaltung der Landschaft in den eingegliederten Ostgebieten (MÄDING, Regeln). Obwohl diese Anordnungen von wenigen Ausnahmen abgesehen wegen des für das Deutsche Reich ungünstigen Kriegsverlaufs nicht realisiert wurden, ist eine Beschäftigung mit dem hier komprimiert vorgetragenen Gedankengut doch sehr lohnend. Erstaunlicherweise liegen hierzu nur sehr wenige Untersuchungen vor; die meisten Veröffentlichungen zur Spätphase der NS-Zeit gehen auf die Siedlungspolitik gar nicht oder nur ganz am Rande ein. Ausnahmen stellen die Veröffentlichungen von G. Gröning und J. Wolschke-Bulmahn (GRÖNING u. WOLSCHKE-BULMAHN, Drang nach Osten) aus dem Wissenschaftsbereich der Landespflege und meine eigenen historisch-geographischen Veröffentlichungen (vgl. u.a. FEHN, Auswirkungen) dar. In der Anordnung vom 21. 12. 1942 wurden die ersten Ansätze in den Anordnungen vom 26. November 1940 zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und vom 30. Januar 1942 zur Planung und Gestaltung der Städte in den angegliederten Ostgebieten weiter ausgebildet und zu einem Gesamtsystem zusammengefaßt. Das Ideal einer "artgemäßen deutschen Kulturlandschaft" wird in allen wesentlichen Grundzügen vorgestellt, wobei diese einen weiten Bereich von der Wasserqualität bis zur Gestaltung von Ehrenmalen ansprechen. Neben dem Begriff "artgemäß" (z.B. bei MÄDING, Landespflege, S. 225 und MÄDING, Regeln, S. 29) findet sich auch noch die Formulierung "arteigen" (MEYER, Hrsg., Landvolk, passim). Die Einzelbestandteile des Begriffs "biologisch-seelische Umwelt" werden in den zeitgenössischen Veröffentlichungen häufig verwendet (z.B. bei MÄDING, Landespflege, S. 177="seelischer Lebensraum" bzw. S. 136="biologisch gesunder Lebensraum"); der zusammengesetzte Begriff "biologisch-seelischer Lebensraum" wurde von mir neu gebildet. Neben dem Begriff "deutsch" im Zusammenhang mit Landschaft bzw. Kulturlandschaft läßt sich auch gelegentlich "germanisch", "nordisch" oder "arisch" belegen.

Unmittelbar nach dem siegreichen Ende des Polenfeldzugs hatte Hitler am 6. Oktober 1939 "eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse" im Osten Mitteleuropas angekündigt. Da diese Maßnahmen nur durch Zwang zu realisieren waren, verwundert es nicht, daß Hitler am 7. Oktober 1939 den Reichsführer SS zum "Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums" mit uneingeschränkten Vollmachten ernannte (vgl. hierzu u.a. die kartographischen und textlichen Darstellungen in HILGEMANN, Atlas). Von Anfang an handelte es sich nicht nur um bevölkerungspolitische, sondern auch um siedlungspolitische Ziele. Es sollten nicht nur deutsche Menschen in den eroberten Gebieten angesiedelt und nichtdeutsche ausgesiedelt werden, sondern auch alle nötigen Maßnahmen durchgeführt werden, um eine deutsche

Kulturlandschaft zu schaffen. Die zeitgenössischen Formulierungen dieses Zieles lauteten z.B. "Verschmelzung von deutschem Volkstum und neuem Lebensraum zu einer Einheit" (SCHÜRMAN, Festigung, S. 481) oder "Schaffung eines gesunden Volksgefüges und dauerhafte, dem germanisch-deutschen Menschen artgemäße Gestaltung unseres Lebensraumes" (MEYER, Planung, S. 392).

Die Bedeutung des sog. Reichsaufbaus im Osten (WÄCHTER, Hrsg., Reichsaufbau) wurde sehr hoch eingeschätzt, wie zahlreiche gedruckte und ungedruckte Zeugnisse beweisen (vgl. z.B. PLANUNG OSTEN; NEUPERT, Hrsg., Siedlungsgestaltung; MEYER, Hrsg., Landvolk; BAUEN IM NEUEN REICH; MÄDING, Landespflege; SCHULTE-FROHLINDE u.a. Hrsg., Osten; GEISLER, Osten; SCHACHT, Hrsg., Bauhandbuch). Die eingegliederten Ostgebiete sollten gänzlich eingedeutscht werden. Soweit die neuen Herren es überhaupt für nötig hielten, ihr Vorgehen zu begründen, findet sich unter den Vorwürfen gegenüber den Polen erstaunlicherweise auch derjenige des angeblich unsachgemäßen, teilweise sogar als verbrecherisch bezeichneten Umgangs mit der ehemals deutschen Kulturlandschaft (so beispielsweise SCHÜRMAN, Osten, S. 485-486 und 535; WIEPKING-JÜRGENSMANN, Landschaftsfibel, S. 13; WEHR UND PFLUG; UNTERMENSCH; DER OSTEN).

In diesem Zusammenhang taucht immer wieder das Schimpfwort "Polnische Wirtschaft" auf. Wenn schon die 20 Jahre andauernde polnische Herrschaft in den 1919 abgetrennten deutschen Gebieten nach der Meinung der deutschen Kritiker einen derart großen Schaden an den Bauten und in der Landschaft verursacht hatte, so mußten die weiter östlich liegenden Bereiche konsequenterweise als für den deutschen Menschen unzumutbar und unbewohnbar bezeichnet werden (WÄCHTER, Reichsaufbau; SCHÜRMAN, Festigung).

Insgesamt galten die polnischen Landschaften als krank, verwahrlost und zerstört. Dementsprechend gliederten die deutschen Planer je nach dem Umfang der für nötig erachteten Arbeiten zum Aufbau einer deutschen Kulturlandschaft den sog. Neuen Deutschen Osten in drei Zonen, die sie Ergänzungs-, Umbau- und Neubauzone nannten. In der nordwestlichen Zone, die bis 1919 aus deutschen Gebieten bestand, glaubte man, mit verhältnismäßig geringen Ergänzungen und Ausbesserungen auskommen zu können. Für die mittlere Zone plante man einen tiefgreifenden Umbau. Schließlich blieb noch die östliche Zone, die angeblich einen derartigen kulturellen und zivilisatorischen Tiefstand aufwies, daß ein fast vollständiger Neubau einer deutschen Kulturlandschaft als nötig erachtet wurde.

Die folgende Zusammenstellung einer größeren Zahl von Charakterisierungen der Polen ermöglicht nicht nur, das ganze Ausmaß der damaligen Völkerhetze zu erkennen, sondern sie läßt auch bereits in groben Zügen indirekt die Vorstellungen von der idealen deutschen Kulturlandschaft bzw. der idealen Umwelt des deutschen Menschen erkennen.

Die polnischen Bauern galten bei den NS-Ideologen als ungebildetes kulturloses landwirtschaftliches Proletariat mit niedrigem Lebensstandard, ohne Bodenfestigkeit und verpflichtendem Stolz auf die eigene Scholle. Durch fehlende Naturverbundenheit und unorganische Siedlungsmethoden komme es zum Raubbau am Land, der ein ausgeräumtes Land hinterlasse. Der Pole sei unfähig, rationell zu wirtschaften, habe kein

Organisationstalent und keine Marktorientierung. Ihm fehle das starke Wollen und die Ausdauer, er lasse sich passiv treiben, wo er formen müsse. Mangelnde Gestaltungskraft sei mit schwachentwickeltem Ordnungssinn, gleichgültiger Anspruchslosigkeit und Schmutzigkeit gepaart. Diesen negativen menschlichen Eigenschaften entspreche der Zustand der Siedlungen, der Wirtschaftsflächen und der Verkehrswege. In den kleinen unhygienischen ländlichen Wohngebäuden finde sich oft nur ein Raum, der primitiv eingerichtet sei und dem alles fehle, was einen Raum gemütlich mache. Die Wirtschaftsgebäude seien ebenso unzweckmäßig und in solch schlechtem Zustand wie die Hofanlagen. Den Dörfern fehle eine vernünftige Planung; durch willkürliche und unorganische Bauaktionen seien wichtige Bauten falsch plaziert. Viele Dörfer glichen eher Wohnhaufen als geordneten Siedlungen; in den Einödsiedlungsgebieten fehle die Gemeinschaftskultur vollständig. Die Kulturlandschaft vermittele insgesamt einen einförmigen, leeren, entseelten, niederdrückenden, grauen, glanz- und leblosen Eindruck; sie biete dem Auge keinen Anhaltspunkt, da sie ungestaltet und unorganisch sei. Äcker und Wiesen geben nur geringe Erträge, da sie nicht genügend gepflegt wurden und darüberhinaus außerordentlich stark in einzelne Parzellen zersplittert seien. Viele Äcker seien versteint, vermurt und verunkrautet, viele Wiesen versauert und versumpft. Es bestünden noch ausgedehnte, nicht kultivierte Feuchtgebiete und zahlreiche unregelmäßig verlaufende Flüsse. Das Wegenetz genüge weder von seiner Ausdehnung noch von seinem Zustand her gehobeneren Ansprüchen. Besonders negativ wurde das weitgehende Fehlen von Wäldern, Gehölzen, Hecken und Buschgruppen vermerkt; darüberhinaus seien die bestehenden Wälder in einem sehr schlechten Zustand. Bei den meisten Städten handle es sich um zusammengewürfelte verdreckte kleine Ackerbürgerstädte mit einem wilden Durcheinander von kleinen Holzbuden und wenigen, meist scheußlichen in Würzelform erbauten massiven Häusern. Die sanitären und hygienischen Verhältnisse seien häufig noch sehr primitiv; es mangle auch an Licht und Luft in den Wohnungen. Der Industrie fehle die organische Verbindung mit den Städten. Die Arbeiterwohnungen wurden als inhumane würfelförmige Industriearbeiterblocks abqualifiziert, die im Gegensatz zu den aufwendigen, aber stillen Villen der Fabrikbesitzer stünden.

Die meisten der genannten negativen Kennzeichnungen der polnischen Menschen, ihrer Siedlungen und ihrer Kulturlandschaft finden ihre positive Entsprechung in Veröffentlichungen über die Zukunft des sog. Neuen Deutschen Ostens (Siehe vor allem MÄDING, Landespflege; MÄDING, Regeln; MEYER, Hrsg., Landvolk; NEUPERT, Hrsg., Siedlungsgestaltung, besonders Heft 5; RUSCH, Zukunftsfragen).

Der deutsche Mensch habe derartig hohe Ansprüche an seinen Lebensraum, daß er sich keinesfalls mit Kompromissen zufrieden gebe. Die deutsche Kulturlandschaft sei gesund, sauber, geordnet, geformt, übersichtlich, überschaubar, abgegrenzt, untergliedert, aufgelockert, bewegt, belebt, mannigfaltig, inhaltsreich, gestaltvoll, gepflegt, schön und wehrhaft. Der deutsche Mensch zeichne sich nicht nur durch die Beherrschung aller Methoden zur Erschließung des Bodens als Nahmland aus, sondern er sei auch sehr naturverbunden und an der Erhaltung des biologischen Gleichgewichts in der Natur interessiert.

Darüberhinaus gestalte er aber auch systematisch die ihn umgebende Landschaft zu einem kulturell hochstehenden und ästhetisch anspruchsvollen Lebensraum, da nur so das für den deutschen Menschen lebensnotwendige Heimatgefühl entstehen könne. Der Ausgangspunkt für alle Pläne des Deutschen Reiches in den okkupierten Gebieten war also die Vorstellung, daß zu den rassisch bedingten Fähigkeiten des deutschen Menschen auch das optimale Gestalten einer entsprechenden Kulturlandschaft gehöre. Diese Kulturlandschaft spiegele dann den hohen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungsstand, aber auch das einführende Verständnis für die Naturgegebenheiten wider. Im Sinne einer Wechselwirkung zwischen Mensch und Raum wirke die gestaltete Landschaft dann wiederum formend und bildend auf die Bewohner. Die NS-Ideologen betrachteten den deutschen Menschen als Produkt von Blut und Umwelt, wobei die Komponente Abstammung als unveränderlich, die Komponente Umwelt als veränderlich bezeichnet wurde. Dementsprechend kam es ihnen darauf an, einerseits den Einfluß nichtdeutscher Menschen auf die Kulturlandschaft auszuschalten und andererseits diese rassespezifisch zu gestalten. Es wird an verschiedenen Stellen betont, daß das deutsche Volk als erstes Volk der Geschichte konsequent daran gehe, sich eine bis in die letzten Kleinigkeiten stimmige Lebenslandschaft bzw. Heimatlandschaft zu schaffen. Besonders charakteristisch ist hierzu die Formulierung von B. v. Grünberg als Schlußsatz seines Buches (v. GRÜNBERG, Hauptgrundsätze): "Es gilt die Heimat eines unsterblichen Volkes zu bauen!". Diese Aufgabe beanspruchte unmittelbar hinter der "Mehring und Festigung des deutschen Volkstums" die höchste Priorität. Beide Ziele, also die "Volksordnung" und die "Ordnung des deutschen Lebensraumes", verschmolzen in eines, wenn man, wie dies häufig geschah, auf die "biologisch günstigste Leistung" an einem bestimmten Standort abstellte (MÄDING, Wirklichkeit, S. 363) und die Identität von "Volksgemeinschaft" und "Landschaftsgemeinschaft" als Endziel bezeichnete (WIEPKING-JÜRGENSMANN, Landschaftsfibel, S. 12).

Der hohe Stellenwert der "artgemäßen deutschen Kulturlandschaft", aber auch die unlösbaren Verbindungen dieser Vorstellungen mit einer expansiven Raumpolitik und einer aggressiven Rassenpolitik (vgl. z.B. GIORDANO, Hitler; BENZ, Generalplan Ost) werden in den einschlägigen Aussagen des führenden Vertreters der Landschaftspflege Heinrich Wiepking-Jürgensmann deutlich. Das erste Zitat stammt aus einem 1941 erschienenen Aufsatz (WIEPKING-JÜRGENSMANN, Raumordnung, S. 21), das zweite aus seiner 1942 vorgelegten "Landschaftsfibel" (WIEPKING-JÜRGENSMANN, Landschaftsfibel, S. 13): "Wer die Lehre von der Gleichwertigkeit der Völker im Osten vertritt, hat dort nichts zu suchen. Es gab und gibt keinerlei Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und dem, was den Sammelnamen 'Polen' trägt, oder aber wir würden die völkische und die Rassenlehre opfern. Unser Bauer ist im Sinne einer höheren Gerechtigkeit lebenstüchtiger als der polnische Baron und in jedem deutschen Arbeiter fluten und wirken unendlich aufbauendere Kräfte als in der polnischen Intelligenz. Vier Jahrtausende germanisch-deutscher Menschheitsentwicklung bezeugen eine unumstößliche Beweiskette". "Es gibt gesunde und kranke Landschaften. Immer ist die Landschaft eine Gestalt, ein Ausdruck und eine Kennzeichnung des in ihr lebenden Volkes. Sie kann das edle Antlitz seines Gesichts und seiner Seele ebenso wie auch die Fratze des Ungeists, menschlicher und seelischer Verkommenheit sein. In allen Fällen

ist sie das untrügliche Erkennungszeichen dessen, was ein Volk denkt und fühlt, schafft und handelt. Sie zeigt uns in unerbittlicher Strenge, ob ein Volk aufbauend und Teil der göttlichen Schöpfungskraft ist, oder ob das Volk den zerstörenden Kräften zugeordnet werden muß. So unterscheiden sich auch die Landschaften der Deutschen in all ihren Wesensarten von denen der Polen und Russen wie die Völker selbst. Die Morde und Grausamkeiten der ostischen Völker sind messerscharf eingefurcht in die Fratzen ihrer Herkommenslandschaften. Je verwahrloster und verkommenener, je ausgeräumter eine Landschaft ist, umso größer ist die Verbrechenshäufigkeit. Das gilt für die Alte Welt ebenso wie für den neuen Erdteil jenseits des großen Wassers. Diese Feststellung allein sollte jeden mit der Führung des Volkes Beauftragten zwingen, der Landschaft die Bedeutung beizumessen, die ihr zukommt. Sie ist neben der Blutpflege das tragende Gerüst einer jeden sinnvollen Volkspflege".

Die Planung einer deutschen Kulturlandschaft im Neuen Deutschen Osten sollte in mehreren Schritten ablaufen (vgl. dazu allgemein FEHN, Auswirkungen und die im Literaturverzeichnis genannten zeitgenössischen Veröffentlichungen). Zunächst waren die "volkspolitischen Vorgaben" festzulegen, die sowohl demographisch-soziale als auch ökonomische Gesichtspunkte enthielten. Dabei wurden als Ziele besonders die Förderung der bäuerlichen Familie als "Blutquell des deutschen Volkes" und die Sicherung der Ernährungsgrundlagen herausgestellt. Danach galt es, die Landschaftsstrukturen "zu erfühlen" und "die biologischen Möglichkeiten des Raumes" kennenzulernen. Danach folgte die Raumordnung unter Berücksichtigung der Vorgaben und der naturräumlichen Gegebenheiten und schließlich die Detailplanung, die wiederum in die Dorf-, Stadt- und Grünplanung zerfiel. Alle gestalterischen Maßnahmen sollten in den landschaftlichen Rahmen eingepaßt werden, wobei der Naturhaushalt im Gleichgewicht bleiben, der Eigenausdruck der Landschaft aber verstärkt werden sollte. Größere einförmige Gebiete waren vor allem unter Verwendung von Bäumen und Sträuchern in kleinere überschaubare Einheiten zu gliedern. Als nächster Schritt war die Bestimmung der einzelnen Flächen für Siedlungsstandorte, Grünräume, Verkehrslinien und andere Zwecke vorgesehen. Dieses Raumordnungsbild stellte den großen Rahmen für die Einzelplanung dar, die einen Kompromiß zwischen der restlosen Bestimmung durch die landschaftlichen Zwänge und der freizügigen Gestaltung suchte. In diesem Zusammenhang wurde mit dem Begriff der "ehrliehen und anständigen Baugesinnung" operiert, der dann attestiert wurde, wenn die Bauten in das Ganze der landschaftlichen Umgebung eingepaßt wurden. Zum Dorfbau gehörte die "Gestaltung der ländlichen Siedlungseinheiten einschließlich der betriebsgerechten Einteilung der Feldflur", zum Städtebau die Gestaltung der städtischen Siedlungseinheiten und zum Grünaufbau die Gestaltung des Bewuchses und seiner natürlichen Voraussetzungen im ländlichen und im städtischen Bereich außerhalb und innerhalb der Siedlungen und auch auf den Verkehrsflächen. Die neue übergreifende Wissenschaft der Landschafts- oder Landespflege stellte sich bewußt die Aufgabe, bei der Gestaltung aller Teilelemente des neuen Lebensraumes mitzuwirken. A.W. Schürmann formulierte dies prägnant folgendermaßen (SCHÜRMAN, Festigung, S. 535): "Der totale Neuaufbau räumt die Möglichkeiten ein, alle Maßnahmen der Umlegung, der Siedlung, des Wasserbaus, der

Landeskultur, des Wege- und Straßenbaus und nicht zuletzt der Land- und Forstwirtschaft in den großen Rahmen planvoller Landschaftspflege einzuplanen".

Für die Gestaltung der Landschaft spielten die Grünpläne die entscheidende Rolle, die deshalb hier ausführlicher zu behandeln sind (vgl. z.B. MEYER, Hrsg., Landvolk, S. 308; SCHACHT, Hrsg., Bauhandbuch, S. 49). Grünelemente dienten zur Schaffung von Landschaftsabgrenzungen vor allem im ungegliederten Flachland, z.B. durch Waldstücke an Gemarkungsgrenzen, und zu ihrer Markierung in reliefiertem Gelände, z.B. durch Bäume an Steilhängen. Geschlossener oder lockerer Baumwuchs galt als unverzichtbar in einer deutschen Kulturlandschaft wie überhaupt zahlreiche Zeugnisse es nicht übertrieben erscheinen lassen, die deutsche Landschaft mit einer grünen Landschaft gleichzusetzen. Für die Wälder traf ganz besonders die Bezeichnung "seelischer Lebensraum des Volkes" zu. Es wurde aber immer wieder auch betont, daß eine genügende Anzahl von Bäumen und Sträuchern auch zur Erhaltung des biologischen Gleichgewichts nötig sei (vgl. u.a. SEIFERT, Zeitalter). Grünzüge hatten die Städte von dem umgebenden Land sowie die städtischen Siedlungszellen untereinander zu trennen und dadurch die Gliederung zu unterstreichen (RICHTLINIEN). Die Landschaftsgestaltung umfaßte auch das Grün innerhalb der Siedlungen aber nicht, wie ausdrücklich betont wurde, "als Verschönerungskunst im oberflächlich gärtnerischen Sinne" (MEYER, Hrsg., Landvolk, S. 304). Einen besonderen Stellenwert hatten die Schutzpflanzungen im flachen Gelände, die gleichzeitig gegen Bodenschädigungen durch den Wind dienen und "das artgemäße und heimatische Gesicht der Landschaft" verdeutlichen sollten. Wichtig ist der Gedanke der Verbindung des Straßengrüns und des Grüns der Parkanlagen mit dem Landschaftsgrün außerhalb der Siedlungen durch Grünzüge. Ausdrücklich genannt wird auch die wichtige Stellung des Waldes und anderer Grünelemente für die Nah- und Fernerholungsgebiete. In den Städten existierten neben dem öffentlichen Grün, dessen geschlossene Form in Gestalt von Parkanlagen und Grünplätzen als überholt erklärt wurde, noch zahlreiche Gärten, die in größere Selbstversorgungsarten, kleinere Ziergärten (jeweils am Hause selbst), Kleingärten in einer gewissen Entfernung von den Wohnungen, die nur als vorübergehender Notbehelf akzeptiert wurden, sowie Pachtgärten unterschiedlicher Größe gegliedert werden können. Zu nennen sind als städtische Grünräume noch die größeren Wohnanlagen mit ihren Innenhöfen sowie die Straßen- und Platzräume.

Die Landschaft insgesamt sollte gesund sein. Es war demgemäß darauf zu achten, daß keine Substanzbeeinträchtigungen wie Bodenschäden, Wasserschäden, Luftschäden und Klimaschäden oder Beeinträchtigungen der Gestalt, wie z.B. die Bildung von Kultursteppen, vor allem durch einseitige Meliorationen, Abholzungen und Beseitigung von Ödland eintraten. Die Landschaft sollte in gut überschaubare Einheiten gegliedert sein, wobei entweder natürliche Gegebenheiten Gliederungsgesichtspunkte ergaben oder neue Akzente vor allem durch Waldstücke, Bäume und Sträucher gesetzt werden mußten. Die Landschaft war bei aller Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten doch nicht unveränderbar; sie konnte und sollte in bestimmten Grenzen "artgemäß" umgestaltet werden. Im Idealfall bedeutete dieses die Verbindung von optimalem Ertrag und Schönheit bis in die Kleinigkeiten. "Schön" definierten die Planer nicht als ästhetisch vollkommen, unabhängig vom jeweiligen Raumbezug, sondern als

standortgerecht. So heißt es: "Neuentstehendes muß sich der Landschaft einfügen, oder wenn dies nicht möglich ist oder nicht erwünscht, in sich schön sein" (SCHULTE-FROHLINDE, Hrsg., Osten, S. 7). Die Pflege der Landschaft wurde als wichtige Aufgabe bezeichnet mit dem Ziel, "die Vollkommenheit des standörtlichen natürlichen Lebens" zu erreichen und aus der Landschaft allmählich einen großen Garten werden zu lassen. Die deutsche Kulturlandschaft sollte zugleich sinnvoll und schön sein und vor allem die überlegene Kulturhöhe des deutschen Menschen widerspiegeln. Dies bedeutete auch die Verwendung von einheimischen Materialien für Bauten und einheimischen Pflanzen für Grünanlagen. Bei der Entscheidung, ob eine Pflanze bodenständig ist oder nicht, gab es zunächst oft erhebliche Schwierigkeiten. Es wurde deshalb ein Katalog geschaffen, worin die zugelassenen Arten aufgelistet wurden. Zur Schönheit der Landschaft gehörte einerseits die Mannigfaltigkeit und die Abwechslung verschiedener Kulturarten und andererseits die Strukturierung. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf weitere Details der Dorf- und Stadtplanung einzugehen (Neben einigen schon genannten Titeln sind für die Stadtplanung von Bedeutung: WOLF, Neuaufbau; UMLAUF, Stadtplanung.; REICHOW, Städtebau.; BOEHM, Städte; NEUORDNUNG). Ebenso kann der bemerkenswerte Umstand nicht weiter behandelt werden, daß die Planungen für den sog. Neuen Deutschen Osten von Anfang an in eine umfangreiche Raumordnung für das gesamte Deutsche Reich eingebettet waren. Charakteristisch hierfür ist die Äußerung von P. Jarmer: "Unter gleichzeitiger Besserung der räumlichen Verhältnisse im Altreich wird der Osten zu einer deutschen Landschaft gestaltet" (JARMER, Aufgabe, S. 2). Die Planungen für das Altreich wurden erstaunlicherweise bis zum Kriegsende vorangetrieben; zu diesem Problemfeld sind noch eingehende Forschungen nötig. Erste Ansätze hierzu bietet mein Aufsatz zur Bewertung des Arbeiterbauerntums (FEHN, Württemberg), in dem auch zahlreiche einschlägige zeitgenössische Titel genannt sind. Hinweise auf die zahlreichen noch heranzuziehenden Archivalien vor allem im Bundesarchiv von Koblenz gibt W. Nellner (NELLNER, Quellen; vgl. dazu auch FEHN, Innere Kolonisation).

Nach einer Definition des Göttinger Anthropologen Bernd Herrmann untersucht die historische Umweltforschung "die Beziehungen einer Lebensinheit zu ihrer Umgebung in einer ganzheitlichen Sicht" (HERRMANN, Hrsg., Umwelt). Bei der vorliegenden historisch-geographischen Studie handelt es sich bei der Lebensinheit um das diktatorisch regierte Deutsche Reich der späten NS-Zeit. Die häufig verwendete Trennung von physischer, gebauter und sozialer Umwelt ist für die zwischen 1939 und 1945 geplanten Maßnahmen im Neuen Deutschen Osten nur bedingt brauchbar. Denn es ging gleichermaßen um die richtigen Menschen wie um die artgemäßen Bauten und den einfühlsamen Umgang mit der Natur. Jedem Deutschen sollte unter Deutschen eine dem deutschen Wesen gemäß Lebensführung in einer artgemäß gestalteten Kulturlandschaft bzw. Umwelt ermöglicht werden. Obwohl sie sich wegen des für das NS-Regime ungünstig sich entwickelnden Kriegsverlaufs nicht realisieren ließen, sind die teilweise sehr detaillierten Planungen doch eine außerordentlich wichtige Quelle für die Siedlungspolitik und das Umweltverständnis der Zeit. Die beteiligten Technokraten beriefen sich nach Kriegsende auf ihren Status als unpolitische Fachleute, bedauerlicherweise mit Erfolg (vgl. hierzu, FEHN, Siedlungspolitik). Viele Teilelemente der

Landesplanung im Neuen Deutschen Osten tauchten nun wieder auf, ohne daß sie im neuen politischen Umfeld Anstoß erregten. Das Bewußtsein für die zeitweilige Verbindung dieser Leitbilder mit einem menschenverachtenden Rassismus und einem aggressiven Expansionsdrang war in weiten Kreisen verloren gegangen. Wer die fraglichen Leitbilder und Pläne vor 1945 aber genau kennt, wird Verständnis dafür aufbringen, daß bei unseren östlichen Nachbarn viele anscheinend neutrale deutsche Begriffe wie z.B. Kulturlandschaft, Raumordnung, Heimat und sogar Wald negative Untertöne aufweisen.

Summary

German cultural landscape "reflecting German character" as a "biological-psychic environment" of "Germans" at the late stage of National Socialism: models - plans - realization

On October 6th, 1939, following the German victory over Poland, a new phase of National Socialist settlement and population policy began. A large team of experts developed detailed plans for an ideal environment for the Germans, in which the recently conquered areas were employed as models for the purposes of experimentation. It is surprising that numerous publications on the "Third Reich" do not sufficiently stress the close links between racial politics, spatial planning and landscape conservation. They are nonetheless models of an alarming consequence, which had by then already been translated into extensive planning. Actual realization not only in the conquered areas, but, in spite of all kinds of appeasement even in the original Reich, was only prevented by the fall of the National Socialist regime. According to the opinion of ideologists and planners enslaved by ideology, even there a lot remained to be done.

Literatur

Das Bauen im Neuen Reich, 2 Bände, Bayreuth 1938, 1943

BENZ, W.: Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939-1945. In: W. BENZ [Hrsg.]: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ergebnisse, Folgen, Frankfurt 1985, S. 39-48

BOEHM, H.: Die Gestalt der Städte des neuen Ostens. In: Raumforschung und Raumordnung 5, 1941, S. 221-225.

FEHN, K.: Innere Kolonisation im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945. Zum historisch-geographischen Quellenwert zeitgenössischer Veröffentlichungen aus dem Dritten Reich. In: W. PINKWART [Hrsg.], Genetische Ansätze in der Kulturlandschaftsforschung. Festschrift für Helmut Jäger, Würzburg 1983, S. 219-230

FEHN, K.: Württemberg und der sog. "Neue Deutsche Osten". Zum Wechsel der Beurteilung des Arbeiterbauerntums im Deutschen Reich nach der Besetzung Polens 1939. In: B. MOHR u.a. [Hrsg.]: Räumliche Strukturen im Wandel. Festschrift für Wolf Dieter Sick, Teil A: Beiträge zur Landeskunde Mitteleuropas, Bühl 1990, S. 35-93

- FEHN, K.: Die Auswirkungen der Veränderungen der Ostgrenze des Deutschen Reiches auf das Raumordnungskonzept des NS-Regimes (1938-1942). In: SAGG 9, 1991, S. 199-227
- FEHN, K.: Die Siedlungspolitik im "Dritten Reich". In: H. PREUSCHOFT u. U. KATTMANN [Hrsg.]: Anthropologie im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik, Oldenburg 1992, S. 33-57
- GEISLER, W.: Der deutsche Osten als Lebensraum für alle Berufsstände, Berlin 1942
- GIORDANO, R.: Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg, Hamburg 1989
- GRÖNING, G. u. WOLSCHKE-BULMAHN, J.: Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges in den "eingegliederten Ostgebieten", München 1987
- GRÜNBERG, B. v.: Hauptgrundsätze der Siedlungspolitik. Notwendigkeit eines totalen Landesausbaues in Dorf und Stadt, Berlin 1940
- HERRMANN, B. [Hrsg.]: Umwelt in der Geschichte. Beiträge zur Umweltgeschichte, Göttingen 1989
- HILGEMANN, W.: Atlas zur deutschen Zeitgeschichte 1918-1968, München 1984
- JARMER, E.: Die Aufgabe der Raumordnung im neuen Osten. In: Raumforschung und Raumordnung 5, 1941, S. 1-2
- MÄDING, E.: Landespflege. Die Gestaltung der Landschaft als Hoheitsrecht und Hoheitspflicht, Berlin 1942
- MÄDING, E.: Regeln für die Gestaltung der Landschaft. Einführung in die Allgemeine Anordnung Nr. 20/VI/42 des Reichsführers SS, Reichskommissars für Festigung deutschen Volkstums über die Gestaltung der Landschaft in den eingegliederten Ostgebieten, Berlin 1943
- MÄDING, E.: Wirklichkeit und Gestaltung des Landes. In: Reich, Volksordnung, Lebensraum 6, 1943, S. 353-382
- MEYER, K.: Planung und Ostaufbau. In: Raumforschung und Raumordnung 5, 1941, S. 392-397
- MEYER, K. [Hrsg.]: Landvolk im Werden. Material zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten und zur Gestaltung des dörflichen Lebens, Berlin 1942
- NELLNER, W.: Die Bestände des Bundesarchivs in Koblenz. Wichtige Quellen für die historische Geographie besonders des 20. Jahrhunderts. In: SAGG 5, 1987, S. 269-283
- Zur Neuordnung des Bauwesens und Bodenrechts, Jena 1944
- NEUPERT, K. [Hrsg.]: Siedlungsgestaltung aus Volk, Raum und Landschaft Nr. 1-9, Berlin 1940-1942
- Der Osten. Sonderlehrgang für die Wehrmacht, Berlin 1941
- Planung und Aufbau im Osten. Erläuterungen und Skizzen zum ländlichen Aufbau in den neuen Ostgebieten, Berlin 1942
- REICHOW, H.: Grundsätzliches zum Städtebau im Altreich und im neuen deutschen Osten. In: Raumforschung und Raumordnung 5, 1941, S. 225-230.
- Richtlinien für die Ordnung und Beschaffung von Grünflächen in der Stadt- und Landesplanung. In: Raumforschung und Raumordnung 7, 1943, S. 92ff.
- RUSCH, M.: Zukunftsfragen des Wohnungs- und Siedlungsbauwesens im deutschen Osten. In: Jahrbuch des gemeinnützigen Wohnungswesens 2, 1940, S. 193-210
- SCHACHT, H.J. [Hrsg.]: Bauhandbuch für den Aufbau im Osten, Berlin 1943
- SCHÜRMAN, A.W.: Der deutsche Osten ruft. Wirtschaftsraum und Wirtschaftskräfte der wiedergewonnenen Ostgebiete, Hamburg 1942
- SCHÜRMAN, A.W.: Festigung deutschen Volkstums in den eingegliederten Ostgebieten. In: Reich, Volksordnung, Lebensraum 6, 1943, S. 475-538

- SCHULTE-FROHLINDE, J. u.a. [Hrsg.]: Der Osten. Landschaftliche Grundlagen des deutschen Bauschaffens, München 1940
- SEIFERT, A.: Im Zeitalter des Lebendigen. Natur - Heimat - Technik, Planegg 1943
- SS-Hauptamt [Hrsg.]: Der Untermensch. Berlin 1942
- UMLAUF, J.: Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten. In: Raumforschung und Raumordnung 5, 1941, S. 100-122.
- WÄCHTER, F. [Hrsg.]: Reichsaufbau im Osten, München 1941
- Wehr und Pflug im Osten, o.O. 1942 (Tornisterschrift des Oberkommandos der Wehrmacht, Abt. Inland, Heft 651)
- WIEPKING-JÜRGENSMANN, H.: Raumordnung und Landschaftsgestaltung. In: Raumforschung und Raumordnung 5, 1941, S. 17-23
- WIEPKING-JÜRGENSMANN, H.: Die Landschaftsfibel, Berlin 1942
- WOLF, P.: Der Neuaufbau von Dorf und Stadt im deutschen Ostraum, Leipzig 1941

Nachtrag: Zur Thematik des vorliegenden Aufsatzes wird in Bälde die 1996 am Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn abgeschlossene Dissertation von Michael Hartenstein zum Thema: "Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den eingegliederten Ostgebieten" 1939 bis 1944 unter besonderer Berücksichtigung der Dorfplanung erscheinen.

Prof. Dr. Klaus Fehn
Seminar für Historische Geographie der Universität Bonn
Konviktstraße 11
D-53113 Bonn

Beiträge der Geographie zur Umweltforschung und Planung

Bevor ich an einem konkreten Projekt einen Beitrag der sozial- und wirtschaftswissenschaftlich orientierten Geographie zur Lösung öffentlicher Planungs- und Gestaltungsaufgaben erläutere, versuche ich kurz Gegenstand, Ansatz und Forschungsaufgaben der Geographie darzustellen und die Beteiligung von Geographen an der politischen Willensbildung und -umsetzung zu skizzieren.

Geographie im System der Wissenschaften

1. Gegenstand der Geographie

Trotz des Fehlens eines gemeinsamen Forschungsprogramms und trotz inhaltlich wie methodisch sehr unterschiedlicher Grundrichtungen in der Geographie, einer natur- und geowissenschaftlichen und einer sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Grundrichtung, die jeweils innerfachlich weiter ausdifferenziert werden, kann nach HARD im Unterschied zur abstrakten Perspektive der Naturwissenschaften eine ökologische Perspektive als das gemeinsame geographische Kernparadigma angesehen werden. Dies erscheint für die physische Geographie eher einsichtig als für die Sozial- und Wirtschaftsgeographie. Es gibt aber eine Reihe von Ansatzpunkten humangeographischer Umweltforschung.

Entsprechend der räumlich sehr unterschiedlichen Forschungsfelder, zwischen Stadtteilen und Kontinenten, greift die Sozial- und Wirtschaftsgeographie Probleme der Lebensumwelt auf wie auch Probleme der globalen Organisation von Unternehmensfunktionen, z.B.

- Innerstädtische Umzüge,
- Mobilität älterer Menschen,
- räumliche Auswirkungen des "modal split", d.h. der Entscheidung für öffentliche oder individuelle Verkehrsmittel,
- Strukturwandel in alten Gewerbegebieten,
- "gentrification",
- kommunale Flächennutzung und Flächenverbrauch und
- Standorte transnationaler Unternehmen.

2. Forschungsansätze der Geographie

Die sozial- und wirtschaftswissenschaftlich orientierte Geographie weist eine Vielzahl von Theorien und Analysemethoden auf. Aus einer beschreibenden, methodisch unsicheren Disziplin hat sich eine mit quantitativen Verfahren arbeitende theoretische und empirische Wissenschaft herausgebildet (GEBHARDT 1993, S. 3). Kritik an der Landschaftsforschung und Länderkunde, an einem Theoriedefizit und an der zu geringen gesellschaftlichen Verwertbarkeit geographischer Erkenntnisse führte um 1970 zu der Neuorientierung der Sozial- und Wirtschaftsgeographie nach dem Vorbild der Naturwissenschaften (SEDLACEK 1989, S. 9). Beeinflusst durch den kritischen Rationalismus wurde eine einheitliche wissenschaftliche Theoriebildung gefordert, bezogen auf die Humangeographie eine analytische oder szientifische Sozial- und Wirtschaftsgeographie. Der szientifische Forschungsansatz wurde Anfang der 80er Jahre heftig kritisiert, da szientifische Positionen normative Aussagen für nicht begründbar halten und sich das Erkenntnisinteresse auf die Suche nach allgemeinen Erklärungen und Prognosen, auf empirisch überprüfbare Hypothesen und auf die empirische Wissensfindung mit Hilfe quantitativer Verfahren beschränkt. Kritisiert wird auch die mechanistische und unkritische Anwendung naturwissenschaftlicher Methoden. Die Fülle der Alltagserfahrungen wird auf einige Datensätze reduziert und in eine a priori-Struktur, ein Modell, gezwungen (GEBHARDT 1993, S. 53).

Anstelle des normativ-quantitativen Paradigmas wird wieder ein interpretativ-qualitatives Paradigma diskutiert, das nicht mit Hypothesen und quantitativen Verfahren arbeitet, sondern Handlungssituationen phänomenologisch und hermeneutisch zu verstehen sucht, d.h. aus einer ganzheitlichen Sicht, z.B. einer Lebenssituation, aus der eigenen Erfahrung und aus dem historischen Kontext. "Objektivität" und intersubjektive Nachprüfbarkeit der Ergebnisse sind nicht mehr selbstverständliche Prämissen wissenschaftlichen Arbeitens, Faktoren wie persönliches Engagement und emotionale Beteiligung werden höher bewertet.

Der phänomenologisch-hermeneutische Ansatz, der das interpretative "Verstehen" an die Stelle des analytischen "Erklärens" setzen will, wird jedoch nicht als einzige Alternative zum analytischen oder szientifischen Ansatz diskutiert. Systemtheoretische Ansätze bedeuten eine weniger radikale Abkehr vom positivistisch-szientifischen Ansatz als der phänomenologisch-hermeneutische Ansatz, ebenso entscheidungs- und handlungstheoretische Ansätze.

Bei den systemtheoretischen Ansätzen, u.a. der Analyse vernetzter Systeme, interessiert vor allem das Funktionieren der Systeme, die überwiegend als sich selbst regulierende Organisationsformen aufgefaßt werden. Die geographische Handlungsforschung versteht sich dagegen als ausgesprochene Gegenposition zur empirisch-analytischen Sozialwissenschaft. Sie deutet Handlungen im Unterschied zum phänomenologisch-hermeneutischen Ansatz nicht individuell, sondern sucht, bezogen auf politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Handlungsbedingungen nach rationalen Erklärungen der Handlungen von Akteuren, der Handlungsabläufe oder Handlungsfolgen. Verhalten wird im Unterschied zu Handeln mehr als Reaktion und

stimuliertes Tun verstanden, Handeln einschließlich Planungshandeln als zweckgerichtetes und differenziert begründetes Tun.

HARD (1992, S. 50) vermutet, daß sich ein Großteil der geographischen Fragestellungen, insbesondere das Handeln in der Umwelt (das alltagsweltliche Handeln), durch einen einheitlichen sozialwissenschaftlichen Forschungsansatz erklären läßt, der Wissen, Technik, Werte, Normen, Interessen und Macht berücksichtigt. Da sich die räumlichen Organisations- und Gestaltungsmuster sowohl an sozialen Normen und kulturellen Werten orientieren als auch an räumlichen Elementen, kann es z.B. eine räumliche Handlungstheorie nicht geben. Für normorientierte Handlungstheorien, die räumliche Organisationsmuster erklären können, gibt es jedoch nur wenige Beispiele.

„Raumgebundenheit“ ist kein konstituierendes Merkmal der Geographie, da auch das Handeln von Personen oder Gruppen raumgebunden ist (SEDLACEK 1982a, S. 191). Die räumliche Komponente ist weder auf die Geographie beschränkt noch an sie gebunden, sie ist auch für andere Erfahrungswissenschaften wichtig, für die Klimatologie und Biologie ebenso wie für die Ökonomie, die Soziologie und den Städtebau. Sie wurde in den Naturwissenschaften stärker beachtet als in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die sich nur langsam von der Vorstellung eines „Wunderlandes ohne räumliche Dimension“ gelöst haben. Bis etwa 1970 wurde die Landschafts- oder Länderkunde als eigentliche Aufgabe der Geographen angesehen. Der Versuch, durch Landschaft oder Länder die Geographie als eine „Raumwissenschaft“ von anderen „systematischen“ Sachwissenschaften abzugrenzen, war von Anfang an problematisch. Geographen beobachten die Realität zwar anders als z.B. Ökonomen, Soziologen oder Physiker. Arbeitsteilung und Kooperation beschreiben aber treffender als Integration den Beitrag der Geographie. Um das Verhältnis von Mensch und Umwelt zu analysieren, bedarf es keiner quasi-hybriden Beobachterposition. Die Geographie ist keine Raumwissenschaft, auch nicht integrativer und praxisnäher als andere Disziplinen und deshalb keine „integrative“ Raum- oder Umweltwissenschaft, sondern eine Disziplin mit einer naturwissenschaftlichen und einer sozialwissenschaftlichen Ausrichtung.

Der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Geographie ist häufig vorgeworfen worden, Handlungen von Menschen im Raum nur nachzuvollziehen und gegenüber Ideologien und Interessen unkritisch zu sein. Handlungen können nur erklärt werden, wenn die Ebene des unabhängigen und distanzierten Beobachters mit der Ebene der Akteure, der Insider-Position, verknüpft wird, z.B. Untersuchungen der Wanderungsströme mit Untersuchungen der Wanderungsentscheidungen, Untersuchungen der Globalisierung der Produktion mit Untersuchungen der Investitionsentscheidungen. Makrostudien stützen sich auf Sekundärdaten, Struktur- und Verflechtungsvariablen für Gebietseinheiten aus amtlichen Erhebungen, Mikrostudien auf Primärdaten für Unternehmen und Haushalte aus Befragungen. Durch Makrodaten werden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, das System, erfaßt, durch Daten von Akteuren die Lebenswelt. System- und Lebenswelt sind vielfach verflochten.

3. Aufgaben der Geographie

Die Geographie hat wie andere Wissenschaften auch mehrere Aufgaben, einen Bildungsauftrag und einen Partizipationsauftrag. Der Bildungsauftrag wird seit Einführung der Diplomstudiengänge Geographie Ende der 50er Jahre deutlicher: Probleme der Menschen im Umgang mit der Natur bewußt machen und Handlungsorientierungen zur Gestaltung der Lebenswelt anbieten. Dieser Auftrag entspricht einem unterstellten politischen und gesellschaftlichen Interesse und Praxisbedürfnis.

In den Lehramtsstudiengängen vermittelt die Geographie künftigen Lehrern Wissen über Welt und Umwelt, das in der Schule an Schüler weitergegeben wird und für weite Teile der Bevölkerung die Wahrnehmung und Interpretation der täglichen Welt- und Umwelterfahrung mitbestimmt. Damit ist eine besondere Verantwortung des Fachs verbunden. Wer Kategorien und Erklärungen zur Verarbeitung von Erfahrung und Informationen für ein bewußtes und autonomes Handeln vermitteln will, muß Werturteile, Normen und Ideologien nennen und bewußt machen. In den Magister- und Diplomstudiengängen vermittelt die Geographie Wissen für eine Tätigkeit in der Planung und in Unternehmen. Es soll raumbezogenes Handeln ermöglichen. Die Geographie versucht deshalb durch praxis- und anwendungsnahe Inhalte zusammen mit anderen Fachwissenschaften Menschen für politische Entscheidungen, z.B. in Kommunen oder Betrieben, zu qualifizieren.

Neben der Vermittlungsfunktion hat die Geographie die Aufgabe, an Veränderungen der Umwelt und der räumlichen Ordnung aktiv mitzuwirken. Sie kann sich nicht auf die Datenbeschaffung und -aufbereitung beschränken, sie muß als normative Handlungswissenschaft auch an der Lösung akuter gesellschaftlicher Probleme mitwirken. Das setzt aber auch die Mitwirkung an der Suche der Ziele voraus.

Auch wenn wissenschaftliche Gutachten häufig nur die Alibifunktion haben, bestimmte Lösungsvorstellungen zu stützen und Einzelinteressen zu dienen, ermöglichen sie eine Begründung und Vorstellung von Handlungsalternativen.

Beteiligung der Geographie an der politischen Willensbildung und -umsetzung

1. Erarbeitung von Handlungskonzepten und Planungsstrategien

Die räumliche Ordnung von Siedlungen, Wirtschaft und Infrastruktur ist das Ergebnis menschlichen Handelns. Sie stellt ein Artefakt dar, das im Laufe der Zeit entstanden ist und fortwährend verändert wird. An der Erhaltung und Veränderung der räumliche Ordnung sind viele Experten und Interessengruppen beteiligt, Planer, Wissenschaftler, öffentliche und private Investoren und Akteure, die z.T. miteinander, z.T. gegeneinander arbeiten. Den Planern sind die Ziele entweder vorgegeben oder sie entscheiden, unterstützt durch Experten und beeinflusst durch Interessen, selbst über die Ziele der räumlichen Gestaltung, z.B. über den Ausweis von Bauland und neuen Gewerbegebieten. Die räumliche Ordnung ist immer eine Ordnung derjenigen, die sich mit ihren Interessen durchgesetzt haben (SEDLACEK 1982a, S.199).

Grundlagenwissenschaften und Experten werden zunehmend, u.a. im Rahmen einer public-private partnership, an der politischen Willensbildung und Erarbeitung von Handlungskonzepten beteiligt, z.B.:

- an der Lösung von Flächennutzungskonflikten zwischen Wohnen, Gewerbe und Naherholung,
- an Konzepten und Projekten der Stadtplanung zur Verbesserung der Lebensqualität und
- an sozial- und umweltverträglichen Verkehrslösungen und Wohnungsbaukonzepten.

Wenn die Ziele feststehen, muß über die Mittel entschieden werden, z.B. zur Förderung von Industrieansiedlungen oder Fremdenverkehr. Dabei müssen Umweltfolgen und soziale Kosten, u.a. gesundheitliche Schäden, Verkehrsstau, mitbedacht werden. Der Geographie stellt sich generell die Aufgabe, an sozialverträglichen und die Natur nicht beeinträchtigenden oder gar naturzerstörenden Lösungen mitzuwirken. Lösungsvorschläge müssen lebensweltliche Bedingungen und Vorstellungen der Menschen berücksichtigen. Entwürfe für die aktive Gestaltung und Weiterentwicklung der Lebenswelt werden zwar im Kontext wissenschaftlicher Untersuchungen meist als Abschlußergebnis gesehen, im Kontext der Lebenswelt stellen sie jedoch nur Zwischenergebnisse dar. Gültigkeit erlangen sie nicht durch ihre Objektivität und Wahrheit oder durch die Übereinstimmung mit einer Theorie, sondern durch die Lebenswelt, d.h. durch die Akzeptanz und praktische Umsetzung in Alltagshandeln (SEDLACEK 1989, S. 15).

Planungsstrategien sind in komplexen Gesellschaften komplizierter als in archaischen Gesellschaften, z.B. in Neuguinea, wo das aus dem Gleichgewicht geratene Ökosystem Schweinehaltung und Gartenbau durch sakrale Feste, hier Schlachtungen, wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann (HARD 1987a, S. 127). Während in Neuguinea eine "theologisch abgesicherte ökologische Lösung" gefunden wurde, bedarf es in hochentwickelten Gesellschaften langwieriger und mühseliger Abstimmungsprozesse. Das zeigt z.B. die Suche nach einer neuen Schnellverkehrsstrasse. Dabei müssen auch bewährte Planungskonzepte in Frage gestellt werden, z.B. das Konzept zentraler Orte, das auf geographische Forschungen, die Dissertation von Walter CHRISTALLER, zurückgeht und eine sehr weite Resonanz als Organisations- und Steuerungsinstrument der räumlichen Entwicklung gefunden hat. Diese "zur raum- und siedlungsstrukturellen Leitvorstellung der Raumordnung erhobene modelltheoretische Abstraktion" (DEITERS 1992, S. 16) sollte in der ursprünglichen Formulierung nur ein Erklärungsrahmen zum Verständnis allgemeiner Regelmäßigkeiten der Größe und räumlichen Verteilung von Städten sein. "Der diesem Modell innewohnende normative Aspekt, nämlich ein hierarchisch aufgebautes Zentralsystem zur bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung in der Fläche darzustellen, faszinierte die Raumplaner bei ihrer Suche nach Mindestversorgungsstandards in benachteiligten Gebieten" (DEITERS 1992, S. 16). In Verbindung mit einem System von Entwicklungs-, Verkehrs- und Siedlungsachsen wurde die zentralörtliche Gliederung als punktaxiales System zum lange wichtigsten Raumordnungskonzept in Deutschland (DEITERS 1992, S. 16). Kritik bezieht sich auf die Annahmen des Modells, die die Alltagswelt durch Handlungsmaximen der ökonomischen

mischen Rationalität und Wertneutralität indoktriniert, und auf Veränderungen der Siedlungsstruktur durch Planer und Raumordnungspolitiker nach einem normativ-idealen Planungsmodell. Kritisiert wird auch die Nichtberücksichtigung wichtiger ökonomischer und sozialer Raumbeziehungen und der produzierenden Tätigkeiten in Landwirtschaft und Industrie sowie die starren Erreichbarkeitsnormen. Nicht die Realität muß dem Planungsmodell angepaßt werden, die räumlichen Organisationsmuster müssen vielmehr dem Handeln der Menschen und den sozial-kulturellen Normen entsprechen, Handlungsfolgen aus Handeln abgeleitet werden. Geographen haben auch am Gegenkonzept zur ausgleichsorientierten Raumordnungspolitik mitgearbeitet, dem Konzept einer großräumig-funktionalen Arbeitsteilung. Ökologischen Belangen soll durch den Ausweis von Vorranggebieten eine stärkere Geltung als bisher verschafft werden (DEITERS 1992).

Die Alltagserfahrung zeigt, daß eine stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit bei der Lösung von Zielkonflikten notwendig ist, z.B. zwischen dem Städtebau, der sehr viel Fläche verbraucht und dem Natur- und Bodenschutz. Jeden Tag wird eine Fläche von rund 100 ha mit Wegen, Wohngebäuden und Gewerbegebieten zugebaut. Bei komplexen und kostspieligen Infrastrukturvorhaben, wie bei z.B. der städtebaulichen Erneuerung, Umstrukturierung und Wiederbelebung größerer innerstädtischer Areale wie in Mannheim-Neckarau ist eine Kooperation von Behörden und privaten Investoren erforderlich. Geographen haben vor allem technische Kenntnisse und Erfahrung mit der Erarbeitung von Wissen, weniger mit den Formen der politischen Willensbildung und der Erarbeitung von Handlungsorientierungen zur Gestaltung der räumlichen Umwelt.

Bevor ich einen Beitrag der Geographie zur Lösung öffentlicher Planungs- und Gestaltungsaufgaben am Beispiel eines Gutachtens für eine Kommune erläutere, fasse ich kurz zusammen:

- Die Geographie weist eine Vielzahl von Fachtheorien auf.
- Phänomenologisch-hermeneutische, systemtheoretische, entscheidungs- und handlungstheoretische Forschungsansätze sind Reaktionen auf die Kritik an positivistisch-wissenschaftlichen Forschungsansätzen in der Sozial- und Wirtschaftsgeographie.
- Handlungen von Menschen können handlungstheoretisch nur durch die Verknüpfung von Makro- und Mikrostudien erklärt werden.
- Die Geographie hat einen Bildungs- und einen Partizipationsauftrag: Vermittlung gesellschaftlich relevanten Wissens und als normative Handlungswissenschaft, Mitwirkung an Veränderungen der Umwelt und der räumlichen Ordnung.
- Der Partizipationsauftrag der Geographie besteht nicht nur in der Datenbeschaffung und -aufbereitung, sondern auch in der Mitwirkung an der Suche nach Zielen und Lösungen.

Beispiel: Mannheim-Neckarau

Das Gutachten für die Stadt Mannheim wurde finanziert vom BMBau im Förderprogramm "experimenteller Städtebau", vom Land Baden-Württemberg und der Stadt Mannheim. Das von der Stadt Mannheim für das Modellvorhaben vorgeschlagene alte Gewerbegebiet (erste Ansiedlungen in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, Hauptansiedlung in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts) eignet sich für ein Projekt der Stadterneuerung und des Stadtumbaus wegen der citynahen Lage und der hervorragenden überregionalen Verkehrsanbindung (Abb. 1). Es entspricht jedoch baulich, infrastrukturell und ökonomisch, bezogen auf die Tätigkeitsstruktur, nicht den Standortanforderungen moderner dienstleistungs-, technologie- und kontaktintensiver Unternehmen mit regionaler und überregionaler Bedeutung. Dieses Ziel, die Entwicklung des Gewerbegebietes Neckarau zu einem Standort für regional und überregional bedeutsame Tätigkeiten mit hohen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitsplätze und Entlastungsstandort für die Innenstadt Mannheims und die Oststadt, bestimmte die Untersuchung. Um konkrete und realistische Vorschläge erarbeiten zu können, durch die eine Aufwertung und Attraktivitäts- und Imageverbesserung eingeleitet werden kann, bedarf es zunächst einer differenzierten Standortanalyse.

Sie wurde in drei Schritten durchgeführt:

- Kartographische Bestandsaufnahme
- Makroanalyse (Auswertung amtlicher Daten) und
- Mikroanalyse (Befragungen von Experten, Unternehmen und Grundstückseigentümern).

Zu 1.: Es wurden alle Grundstücke und Nutzungen, Gebäude und Geschoßflächen erfaßt.

Zu 2.: Nach den Daten der Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987 weist der Rhein-Neckar-Raum nur eine durchschnittliche Wachstumsdynamik auf. Auch die Beschäftigungsabnahme im sekundären Sektor, die De-Industrialisierung, und die Beschäftigungszunahme im tertiären und quartären Sektor entsprechen dem Bundesdurchschnitt. Deutliche Wachstumsunterschiede bestehen jedoch zwischen den Oberzentren Mannheim und Ludwigshafen. Während die Beschäftigung in Heidelberg zwischen 1970 und 1987 um ein Viertel anstieg, nahm sie in Ludwigshafen nur leicht zu, in Mannheim dagegen absolut ab. Arbeitsplatzgewinne im tertiären und quartären Sektor haben hier Arbeitsplatzverluste im sekundären Sektor nicht ausgleichen können. Die Industrie, Motor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung über mehr als 100 Jahre, hat für Arbeitsmarkt und Wertschöpfung stark an Bedeutung verloren. In Mannheim werden Strukturschwächen durch Standortnachteile verstärkt: durch einen hohen Flächenverbrauch, durch fehlende Freiflächen und Erweiterungsmöglichkeiten sowie Nutzungskonflikte zwischen Industrie und Wohnbevölkerung.

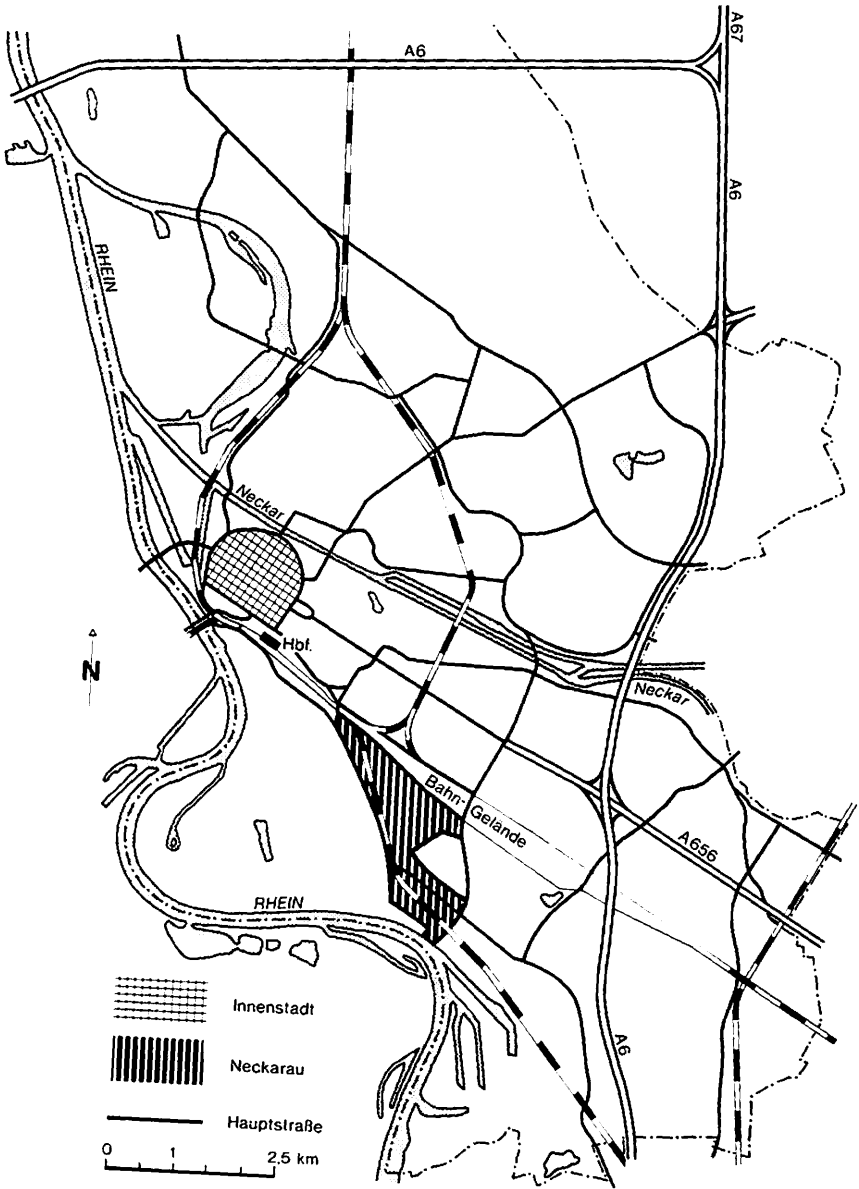


Abb. 1: Gewerbegebiet Mannheim-Neckarau

Ansiedlungen des 19. Jahrhunderts prägen noch heute die Nutzungsstruktur des Gewerbegebietes Neckarau. Zwei größere Betriebe, 1873 und 1875 gegründet, bilden in dem insgesamt kleingewerblichen Untersuchungsgebiet mit Gebäuden aus der Gründerzeit und dem unter Denkmalschutz gestellten Wasserturm architektonisch markante Eckpunkte. Die aufgegebenen Betriebe bilden zwar eine schöne Kulisse für einen "Tatort", in neue Nutzungskonzepte lassen sie sich jedoch nur schwer integrieren. Noch nicht 3% der Fläche entfallen auf Grün- und Freiflächen.

Der Anteil tertiärer und quartärer Tätigkeiten hat seit 1980 zwar deutlich zugenommen. Es haben sich jedoch überwiegend haushaltsorientierte Dienstleistungen mit geringen Wachstumschancen angesiedelt.

Zu 3.: Befragungen von Experten aus Verbänden, Organisationen, Parteien und Unternehmen zum Standort Mannheim sowie von Unternehmen bzw. Managern und Grundstückseigentümern zum Gewerbegebiet Neckarau ergänzen und vertiefen die Makroanalyse. Unternehmer und Manager gaben Auskunft zur Flächennutzung, zur Entwicklung und Struktur der Beschäftigten, zu Verkehr, Transporten und räumlichen Verflechtungen, zu geplanten Standort- und Investitionsentscheidungen und zum Gewerbeumfeld, die Grundstückseigentümer u.a. zu den Nutzungsabsichten und zu Investitionsplänen. Die Standortanalyse belegt offensichtliche ökonomische und städtebauliche Mängel im Gewerbegebiet Neckarau:

- eine ungünstige Wirtschaftsstruktur, erkennbar an der großen Zahl an Arbeitsplätzen mit relativ geringen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte,
- eine geringe Nutzungsdichte, erkennbar an der abnehmenden Arbeitsplatzdichte (Extensivierung). Flächenangebot und Flächennachfrage stimmen nicht überein: es gibt in Neckarau einerseits zu viele ungenutzte, untergenutzte und Brachflächen, andererseits fehlen Erweiterungsmöglichkeiten, die zu Verlagerungen zwingen,
- eine schlechte Erschließung und innerstädtische Anbindung des Gewerbegebietes,
- bauliche und architektonische Mängel. Es fehlen städtebauliche Identifikationspunkte und Grünflächen und
- Verfall von Bausubstanz.

Die Standortanalyse ist die Grundlage des Nutzungs- und Gestaltungskonzeptes, das zusammen mit Mannheimer und Stuttgarter Architekten erarbeitet wurde. Diesem Konzept liegt das Ziel und die Annahme zugrunde, daß das Gewerbegebiet Neckarau, ein baulich, ökologisch und ökonomisch degradierter Gewerbebestandort mit deutlichen Verfallerscheinungen aber auch vielen neuen Nutzungen, längerfristig zu einem Dienstleistungs- und Entlastungsstandort für die Mannheimer Innenstadt und die Oststadt entwickelt werden kann.

Ohne ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept mit Aussagen zu notwendigen Veränderungen im Gewerbegebiet und zur organisatorischen Umsetzung ist eine ökonomische und städtebauliche Aufwertung kaum erreichbar. Die Strukturverschiebung von Produktions- zu Dienstleistungstätigkeiten geht zwar weiter, um das Gewerbegebiet Neckarau jedoch zu einem Standort für hochrangige tertiäre und quartäre, informations- und kommunikationsintensive Tätigkeiten zu entwickeln - ein Entwicklungsziel, das über die allgemeine Gebietsaufwertung hinausgeht - bedarf es

gezielter struktureller und baulicher Verbesserungen. Diese Verbesserungen werden nicht eintreten, wenn Veränderungen allein den Grundstückseigentümern und privaten Investoren überlassen bleiben. Je größer die Kooperationsbereitschaft der Privatwirtschaft bei der weiteren Entwicklung von Neckarau, desto größer sind die Erneuerungschancen.

Die Aufwertung des Gewerbegebietes Neckarau soll nach Vorstellungen der Stadt Mannheim durch das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Initiativen und Investoren, d.h. durch "public-private partnership", von außen und aus dem Gebiet selbst erfolgen. Mehr denn je ist die Kooperation der Akteure notwendig. Überall, wo in alten Industrieregionen Strukturprobleme gelöst werden, in Pittsburgh, in Cleveland oder in Glasgow, arbeiten öffentliche und private Initiatoren als Impulsgeber und Katalysator zusammen. Die Stadt Mannheim kann eine Umstrukturierung nur wenig beeinflussen, sie besitzt hier nur wenige Grundstücke, hat kein Geld und wird zur Umstrukturierung von Neckarau auch kein Geld von Bonn und Stuttgart, Bund und Land, erhalten. Das endogene Potential muß deshalb genutzt und entwickelt werden. Die Unternehmer und Grundstückseigentümer zeigen zwar eine starke Bereitschaft, an einer Aufwertung des Gewerbegebietes mitzuarbeiten. Es muß jedoch im Einzelfall geklärt werden, wie weit sie Maßnahmen zur Umweltverbesserung mittragen und durch eigene Maßnahmen ergänzen. Damit die in Neckarau ansässigen Betriebe bereit sind, vorgeschlagene Maßnahmen mitzutragen und durch Standortentscheidungen und Investitionen zu unterstützen, müssen ihnen die Vorteile einer ökonomischen und städtebaulichen Aufwertung des Gebietes vermittelt werden. Die Unternehmer, Manager und Grundstückseigentümer erwarten allgemein frühzeitige Informationen durch die Stadt und eine Beteiligung am Planungsprozeß. Dafür sind jedoch neue Formen der öffentlichen und privaten Kooperation und der Organisation und Umsetzung des Nutzungs- und Gestaltungsprozesses notwendig, wenn sie gemeinsam erarbeitet werden sollen.

Der Bedarf für einen citynahen, gut erreichbaren und repräsentativen Entlastungsstandort der Innenstadt Mannheim und der Oststadt ist vorhanden und nimmt weiter zu. Neckarau ist zwar citynah gelegen und überregional gut angebunden, innerstädtisch jedoch nicht gut erreichbar und nicht repräsentativ. Während die Verbesserung der Erreichbarkeit allein eine öffentliche Aufgabe ist, kann eine Verbesserung der Wirtschafts- und Tätigkeitsstruktur und des Gebietsumfeldes sowie eine Nutzungsverdichtung nur gemeinsam erreicht werden.

Leitideen und grobe Tätigkeitsvorgaben erleichtern der Stadt, aber auch den Grundstückseigentümern Entscheidungen, welche Tätigkeiten mit dem angestrebten Tätigkeitsprofil vereinbar sind und welche Tätigkeiten dem Entwicklungskonzept zuwiderlaufen. Dem Entwicklungskonzept entspricht u.a. eine Ansiedlung innovativer forschungs- und entwicklungsintensiver Betriebe und von Wirtschafts-, Finanz- und von Beratungsdiensten. Dabei hat die Errichtung öffentlicher Einrichtungen, z.B. Bildungseinrichtungen, eine wichtige Signalfunktion für die Gebietsumstrukturierung. Nicht mit dem Nutzungskonzept vereinbar sind dagegen Produktions- und Lagertätigkeiten, Verkehrsbetriebe mit großem Flächenbedarf, Groß- und Einzelhandelsbetriebe mit geringer baulicher Verdichtung. Industriebetriebe werden sich hier nur dann hal-

ten können, wenn sie keine Emissionen verursachen und wenn sie international konkurrenzfähig sind. Dies sind Aussagen, die von den Gutachtern erwartet werden.

Durch folgende Maßnahmen kann die Stadt die Gebietsumstrukturierung unterstützen:

- Hilfe bei der Verlagerung von Betrieben mit störenden Emissionen sowie von Bau-, Handels- und Verkehrsbetrieben, die große Flächen beanspruchen, diese aber kaum nutzen (Betriebe, die wenige Arbeitsplätze anbieten und eine geringe Flächenproduktivität aufweisen).
- Ein Angebot von Flächen an verlagerungswillige Unternehmen, die in das angestrebte Nutzungskonzept passen und in Neckarau bleiben wollen. Ein solcher Flächentransfer ist jedoch nur möglich, wenn Grundstückseigentümer und Unternehmen frühzeitig zusammenkommen.
- Ein Beratungsangebot für verlagerungswillige Betriebe und Betriebe, die verlagert werden sollen und schließlich ein
- Bestandsschutz für Betriebe ohne störende Emissionen (im Sinne einer "erhaltenden Stadterneuerung").

Zwei Projekte, ein Gewerbestadtgebiet in Neckarau selbst und das Eurocity Center Nord, die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Mannheim, die durch das Eurocity Center Süd ergänzt werden soll, stützen und bestätigen das für Neckarau vorgeschlagene Entwicklungskonzept.

Zusammenfassung

Ich versuchte nach einigen allgemeinen Erläuterungen zum Gegenstand, zu den Aufgaben und zum Forschungsansatz der Geographie sowie zur Beteiligung der Geographie an der politischen Willensbildung und Umsetzung, an einem konkreten Projekt den Beitrag der Geographie zur Lösung öffentlicher Planungs- und Gestaltungsaufgaben aufzuzeigen. Dabei wurde beispielhaft für die Anforderungen an eine Grundlagenwissenschaft der räumlichen Planung nicht nur die Erarbeitung quantitativer und qualitativer, kleinräumig differenzierter Daten und Informationen erwartet, sondern darüber hinausgehend die Mitwirkung an der Erarbeitung von Zielen der Raumentwicklung, an einem Handlungskonzept und an den Umsetzungsstrategien und der Umsetzung selbst.

Summary

Following some general comments on the subject, the task and the research approach of geography, and on the part geography plays in the formation of demands and objects and their realization, the author attempts to demonstrate the contribution geography makes in areas of responsibility for public planning and design by referring to a concrete project.

In setting an example for the demands made on basic research in spatial planning, what was expected was not merely a working out of quantitative and qualitative small-scale differentiated data and information, but also extended beyond that to co-operation in working out aims of spatial development, of an action plan, of transfer strategies and of transfer itself.

Literatur

- BAHRENBURG, G.: Natur in der Humangeographie: Kann die Humangeographie einen Beitrag zur Umweltforschung leisten? In: M. SEGER und B. BACKÉ [Hrsg.]: Beiträge des 9. Kolloquiums für Theorie und quantitative Methoden in der Geographie. Klagenfurt 1993, S. 3-15. (Klagenfurter Geographische Schriften, H. 11).
- BAHRENBURG, G.: Unsinn und Sinn des Regionalismus in der Geographie. In: Geographische Zeitschrift 75 (1987) H.3, S. 149-160.
- BARTELS, D.: Schwierigkeiten mit dem Raumbegriff. In: Geographica Helvetica Beiheft 2/3 (1974), S. 7-21.
- DEITERS, J.: Zentrale Orte und eigenständige Regionalentwicklung. In: Pro Regio 10 (1992), S. 16-23.
- CHRISTALLER, W.: Angewandte Geographie. Raumwissenschaftliche Modelle. In: E. WEIGT [Hrsg.]: Festschrift für E. Scheu. Nürnberg 1966, S. 35-38.
- FLIEDNER, D.: Anthropogeographie. Paradigmenwechsel, kulturelle Evolution. In: Geographische Zeitschrift 80 (1992) H.1, S. 1-19.
- GAEBE, W. und R. MUSSEHL (1992): Modellvorhaben Gewerbegebiet Neckarau. Ökonomisches Gutachten. Mannheim. (Beiträge zur Mannheimer Stadtentwicklung).
- GEBHARDT, H.: Forschungsmethoden in der Kulturgeographie. Tübingen 1993. (Kleinere Arbeiten aus dem Geographischen Institut der Universität Tübingen, H. 13).
- HARD, G.: Zwei Versionen der klassischen Geographie oder: Wie man Geographietheorien vergleichend bewerten kann. In: M. SEGER und F. ZIMMERMANN [Hrsg.]: Festschrift für Bruno Backé. Klagenfurt 1992, S. 35-51. (Klagenfurter Geographische Schriften, H. 10).
- HARD, G.: Was ist Geographie? Re-Analyse einer Frage und ihrer möglichen Antworten. In: Geographische Zeitschrift 78 (1990) H. 1, S. 1-14.
- HARD, G.: "Bewußtseinsräume". Interpretationen zu geographischen Versuchen, regionales Bewußtsein zu erforschen. In: Geographische Zeitschrift 75 (1987a) H. 1, S. 127-148.
- HARD, G.: Das Regionalbewußtsein im Spiegel der regionalistischen Theorie. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 7/8 (1987b) H. 3, S. 419-440.

- SEDLACEK, P.: Qualitative Sozialgeographie. Versuch einer Standortbestimmung. In: P. SEDLACEK [Hrsg.]: Programm und Praxis qualitativer Sozialgeographie. Oldenburg 1989, S. 9-19. (Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung 6).
- SEDLACEK, P.: Wirtschaftsgeographie. Eine Einführung. Darmstadt 1988. (Die Geographie).
- SEDLACEK, P.: Angewandte Sozialgeographie und Stadtentwicklung. In: F. SCHAFFER und W. POSCHWATTA [Hrsg.]: Angewandte Sozialgeographie. Karl Ruppert zum 60. Geburtstag. Augsburg 1986, S. 405-420. (Beiträge zur Angewandten Geographie 12).
- SEDLACEK, P.: Kulturgeographie als normative Handlungswissenschaft. In: P. SEDLACEK [Hrsg.]: Kultur/Sozialgeographie. Beiträge zu ihrer wissenschaftstheoretischen Grundlegung. Paderborn 1982a, S. 187-216. (UTB 1053).
- SEDLACEK, P.: Kultur-/Sozialgeographie. Eine einführende Problemskizze. In: P. SEDLACEK [Hrsg.]: Kultur-/Sozialgeographie. Beiträge zu ihrer wissenschaftstheoretischen Grundlegung. Paderborn 1982b, S. 9-22. (UTB 1053).
- WEICHHART, P. und N. WEIXLBAUMER u.a.: Partizipative Planung auf der Stadtteilsebene. Nutzerspezifische Problemsichten am Beispiel kulturbezogener Infrastruktur in Lehen (Salzburg). In: Berichte zur deutschen Landeskunde Bd. 64 (1990), S. 105-130.
- WERLEN, B.: Handlungs- und Raummodelle in sozialgeographischer Forschung und Praxis. In: Geographische Rundschau 45 (1993), H. 12, S. 724-729.
- WOOD, G.: Die Umstrukturierung Nordost-Englands. Wirtschaftlicher Wandel, Alltag und Politik in einer Altindustrieregion. Dortmund 1984. (Duisburger Geographische Arbeiten 13).

Prof. Dr. Wolf Gaebe
 Institut für Geographie der Universität Stuttgart
 Azenbergstraße 12
 D-70174 Stuttgart

Mineral Resources and the Environment: The New Concept of International Commodity Policy

1. Introduction

The growing international awareness of the environment is reflected in very recent UNCTAD resolutions and documents on commodity policy. But twenty years ago, the Integrated Programme for Commodities (IPC) was adopted by the UNCTAD Conference in Nairobi in 1976 and neither the objectives nor the international measures of the programme reflect any concern for the environment. The Agreement Establishing the Common Fund for Commodities (CFC) as the key instrument of the IPC was signed in 1980 and does not deal with environmental issues for commodities. It was not until the UNCTAD VIII, concluded in February 1992 in Cartagena, Colombia, and the UNCED (UN Conference on Environment and Development), organized in Rio de Janeiro in June 1992, that the UN commodity policy started dealing with environmental issues and their impact on commodity production and trade. This new concern is reflected in practical terms in the Guidelines for CFC Second Account operations adopted in March 1993 by the Executive Board of the CFC. Among the priorities for the financing of projects it is mentioned that due emphasis should be given to measures which are to protect the environment in developing countries with a view to optimizing a level of economic exploitation of mineral resources which is also sustainable in the longer term.

As far as the present status of mineral resources and the environment is concerned, the following 6 theses should be mentioned:

- a) By the public, mining is widely considered a dirty industrial operation. The mining industry generates large quantities of solid, liquid and gaseous waste material in the form of overburden, tailings, toxic and drainage waters, dust and smoke emissions, all of which contaminate soil, water and air.
- b) While exploration of mineral deposits creates minor and local environmental damage only, mining has more serious effects such as land disturbance owing to excavation and waste disposal. But mineral dressing ("benefication") has the most significant potential for environmental damage because of the gas, dust, chemicals and ore waste disposals and discharge involved.
- c) For many decades, mining laws dealt primarily with matters of access to land for mining, rather than mining operations. But environmental regulations have been developed considerably in the last decade and a complex network of general environmental protection acts on national level, special mined-land reclamation laws as well as amendments to mining regulations have evolved.
- d) The fundamental change in the concept of the international commodity policy has provided more room for environment-oriented measures and actions. The new quality approach and the new sustainable development orientation of the international mineral policy focus on environmentally-sound mining operations.

- e) While the environment has become the single most important issue facing executives in large international mining companies, the implementation of environment-oriented mineral resources development programs is hampered in many developing countries by traditional small-scale mining, outdated technology, continued lack of management and lack of investment capital.
- f) To achieve the objectives of environment-oriented mineral resources development on international level, it is essential to transfer technology, managerial know-how and investment capital from industrialized mining countries to developing mining countries.

2. Mineral resources development and resources productivity

In the last 10 to 15 years, the following major trends in mineral resources development have been observed:

- the importance of minerals in world trade decreased from 4.4% in 1980 to 3.6% in 1992;
- the role of developing countries in world mineral/metal trade declined further and developing countries' mineral export earnings fell dramatically;
- in many mineral markets, the supply exceeded production and large stocks have been accumulated during the 80s. In recent years, some mineral markets are more in balance (Al, Cu, Fe, Ni);
- most mineral prices have shown a declining trend during the 80s and the early 90s and only very recently can an upward price movement be observed.

The stagnant mineral markets and the depressed prices lead to tough competition which is, on most mineral markets, more a cost/price-oriented competition than a quality-oriented competition. But cost reduction in the mining industry prevents the necessary internalization of ecological costs. It is still practice in the mining industry (and of course in many other industries) to externalize the ecological costs, such as pollution of soil, water and air as much as possible. In market economies it is also common practice to give priority to labor (or sometimes capital) productivity in production processes. The productivity of natural resources, including mineral resources, is not given high priority consideration. Subsidies for energy supply and mining operations are still common in both industrialized and developing countries.

It is essential to change this attitude, and when assessing income, assets and production costs of mining, the consumption of minerals as nonrenewable natural resources, as well as the exploitation of the environment (contamination, degradation) must be taken into account.

3. Recent changes in international commodity policy

The overall concept of the international commodity policy in the 70s and 80s is affirmed in the previously mentioned Integrated Programme for Commodities. The main objectives of the Programme are to achieve stable conditions in commodity trade, to improve commodity market structures and to sustain export earnings of developing countries. The two main instruments created for market interventions were: buffer stocks for price stabilization and export quota systems for price increase. The characteristics of the concept can be summarized as follows:

- there is a global approach towards the influencing of world mineral markets;
- there is a supply-side orientation with special reference to developing countries;
- there is a tendency towards central planning and administration in the framework of international commodity agreements;
- there is priority given to quantitative aspects, such as increase of export earnings, production quota or buffer stock management.

The crisis and the breakdown of the International Tin Agreement in late 1985 gave rise to a discussion on substantial changes in the concept, and new strategic deliberations evolved, such as:

- the global approach should be changed to a regional or country approach;
- the orientation should be changed from administration to market economy with special reference to the strengthening of competitiveness of producers in developing countries and to measures for more market transparency;
- more attention should be given to quality aspects, such as increase in productivity, quality assurance, environmental issues and sustainable development in all commodity producing countries.

Environmental issues became a focal point in the discussion about the new concept. UNCTAD VIII in February 1992 and the Rio Conference in June 1992 intensified the efforts for sound measures in the field of environment protection.

4. Restrictions for sufficient environmental measures in the mining industry in developing countries

The environmentally-sound management of mining and mineral dressing operations is hindered by various factors, especially in developing countries:

- a) the increasing globalization of many international mineral markets which results in more competition, depressed prices and mining operation losses;
- b) the structural unbalance of mineral markets with substantial oversupply, high quantities in commercial stocks, and price decreases, which results in the necessity of reducing production costs on the expenses of externalization of ecological costs;

- c) the poverty in least developed countries which results in various uncontrolled small-scale mining operations and in the lack of investment capital for environmental protection technology;
- d) the poor transfer of environmental technology from industrialized mining countries to developing mining countries, which results in a lack of modern technology for pollution control in developing countries.

5. International financial instruments for environment-oriented mining projects

The Common Fund for Commodities, as the key instrument of the UNCTAD Integrated Programme for Commodities, was established in 1989 as a new international financial institution with the aim of improving international co-operation in the field of commodities. Up to now, only the Second Account has been in operation and is financing projects focused on commodity development measures. In 1991, the Fund determined priorities for financing through the Second Account and stipulated that due emphasis should be given to measures which are likely to protect the environment in developing producing countries. In the list of designated International Commodity Bodies (ICB) are the following mineral organizations: The International Lead and Zinc Study Group, based in London, the International Copper Study Group, based in Lisbon, the International Nickel Study Group, based in The Hague, and the UNCTAD Intergovernmental Group of Experts on Tungsten, based in Geneva. According to the guidelines for project proposals, the Common Fund prefers to support measures which will help to protect the environment.

Although the financial instrument is available, the ICB's concerned in minerals are still not active in coming up with projects. Only the ILZSG started a project on the reduction of pollution in the field of hot-dip zinc galvanizing. It is not sure when the first mineral resources project on environment protection will be proposed.

The latest Lomé Convention (Lomé IV), signed in December 1989, continues with financial support for mining products by providing a special financing facility called SYSMIN. The agreement is, however, a regional cooperation scheme in favor of 69 African, Caribbean and Pacific (ACP) countries. This restricts the activities supported to a few mining countries in Africa (and PNG) and to a few minerals (Cu + Co, Mn, bauxite, Al₂O₃, Sn, iron ore, U, and phosphates). Article 216 of the Lomé Convention gives special attention to all measures for the proper integration of the mining sector in the country's overall economic and social development. The interpretation of this Article 216 gives support for environment-oriented projects in the mineral development sector. Two mining projects focused on environment production have been financed by SYSMIN already: in 1989, the EC approved a grant of 15.7 million ECU for the decontamination of cadmium-containing phosphates in Togo and in 1991, the phosphate industry in Senegal was supported with 15 million ECU for a similar project on reducing the cadmium content in phosphates. The latest SYSMIN grant went to Namibia for the rehabilitation of mines, including the Rössing uranium mine and measures for radiation protection.

In 1991, the World Bank, in cooperation with UNEP and UNDP, established the Global Environment Facility (GEF) as a pilot program for providing concessional funding to the incremental costs of measures to achieve global environmental benefits, including activities concerning land degradation. In March 1994, the GEF was restructured and the GEF Trust Fund received more than 2 billion US \$ for a period of 3 years. The 8 projects with primarily environmental objectives and the 17 projects containing significant environmental components implemented in 1994 were natural resources-oriented, but not focused on mineral resources or mining. There is, nevertheless, a potential for the financing of mining projects with environmental components (reafforestation of mined land!).

6. Conclusion

- There is an urgent need for developing a comprehensive international concept for environmental activities in the mineral resources sector. Governments of mineral producing countries and private mining companies are becoming more and more aware of the public concern on environmental issues, but only a few international projects with significant environmental components have been designed or are under implementation. The international financial instruments available go almost unused for mineral resources projects and up to now only two international regimes for mineral resources and the environment are in operation:
- part 11 of the UN Convention on the Law of the Sea which deals with deep sea mining, signed in 1982 and established in 1994
- the Convention for Regulation of Mineral Activities in Antarctica (CRAMRA) signed in 1988

Both agreements contain articles which deal with the environment, but are insignificant at present because no mining activity is going on in the deep sea or is planned in the Antarctica for the next 50 years. The private sector, however, formed the International Council on Metals and the Environment in 1991. The organization based in Ottawa has 14 founding members and should coordinate the industry's experience in addressing international environmental issues.

The new strategy for international mineral development has to consider the following essential points:

- the commodity policy aimed to regulate international markets and stabilize global prices in the framework of international bufferstock agreements has failed;
- public environmental concern and interest in sustainable development is growing;
- after the breakdown of the Soviet Empire, the mineral markets are more globalized;
- the structural adjustment programmes in many developing countries results in more market economy, with deregulation and privatization programs in the mineral sector.

Taking these 4 points into account, the strategy should be oriented to specified local problems of mineral exploration and production, such as minimizing destructive exploitation, waste management, land recultivation, recycling of water in dressing plants, the increasing of the recovery of ore minerals and byproducts, etc.

This is a quality approach and the main objectives can be defined as follows:

- the strengthening of the competitiveness of mineral producers in developing countries with special emphasis on small and medium-sized mines;
- R & D which results in the introduction of technological innovations in mining and mineral dressing in order to minimize waste, water consumption, mineral losses and dust emissions;
- the transferring of modern mining and mineral dressing technologies as well as managerial know-how from industrial mining countries to the developing mining countries;
- the organizing of international producer - consumer dialogue in order to enhance market transparency.

Immediate actions for improving the environment-oriented activities in the mineral sector are recommended on two levels:

- on project level by developing comprehensive guidelines for Environmental Impact Studies (EIS) or Environmental Assessment (EA). The World Bank issued the "operational directives on environmental assessment" in three volumes between 1989 and 1991, but the mining sector needs very specific guidelines and detailed directives for the classification of mineral exploration or mining projects in environmental categories.
- on a national level by the introduction of specific environmental accounting procedures for the mining industry. It is evident that National Accounts - including the UN System of National Accounts - treat the depletion and degradation of natural resources inappropriately. The natural capital of mineral resources is not fully integrated in the National Account and the potential for discoveries not even considered. A specific Environmental Accounting should be developed for mineral resources exploitation.

The Agenda 21, adopted at the UNCED Conference in Rio, calls for the development of environmentally-sound technologies in the mining industry and their transfer to countries like Brazil, Indonesia, China and India in order to reduce the danger of disastrous pollution from mining and mineral dressing operations in the next century.

An international debate on policy towards mining and the environment has started already; a few international financial sources are available and many problems are waiting to be solved. It is now time for action, otherwise the projection of the MINING JOURNAL, published in 1990, will come true, that is, that some mining companies might win their individual battle for environmentally-sound operations, but that the industry as a whole will lose the environmental war.

7. Zusammenfassung

In den Augen einer breiten Öffentlichkeit gehören der Bergbau und die Verhüttung von Erzkonzentraten zu den "schmutzigen" Industrien. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die Gewinnung mineralischer Rohstoffe mannigfaltige Reststoffe produziert, die möglichst kontrolliert gelagert und nur in minimierten Mengen an die Umwelt abgegeben werden dürfen.

Das Umweltbewußtsein ist in den letzten 10 Jahren deutlich gewachsen und auch der Bergbau muß sich den Problemen des Ressourcen- und Umweltschutzes stellen. Umweltschutzgesetze oder die Einführung von Öko-Audits haben die Rahmenbedingungen grundlegend geändert und auch auf internationaler Ebene finden ökologische Maßnahmen immer stärkere Beachtung.

Diese Entwicklung hat sogar zu einem Wandel in der internationaler Rohstoffpolitik geführt. Die Zeit der globalen und mengenorientierten Lösungsansätze für die Regulierung von Rohstoffmärkten ist vorbei, und Instrumente mit qualitativer und problemorientierter Zielsetzung werden bevorzugt. Der Wandel dokumentiert sich in den Entscheidungen und den Projektskomponenten des Gemeinsamen Rohstoff-Fonds, der EU-Bergbaufazilität SYSMIN und der Weltbank-Umweltfazilität. Alle drei Finanzierungsinstrumente unterstützen mehr und mehr Umweltschutzmaßnahmen im Bergbau.

8. References

* Vortrag gehalten als McKinstry Memorial Lecture in der Harvard University am 22. Februar 1995

1. AHMAD, J.; EL SEAFY, S.; LUTZ, E. [Hrsg.]: Environmental accounting for sustainable development. A UNEP-World Bank Symposium. Washington 1989
2. Common Fund for Commodities [Hrsg.]: Annual report of the managing director on the activities of the Fund 1994. Amsterdam 1994
3. Common Fund for Commodities [Hrsg.]: Second account operations. Basis instruments. Amsterdam 1991
4. DSE/UN [Hrsg.]: Mining and the environment. The Berlin guidelines. London 1992
5. EGGERT, R. G.: Mining and the environment. International perspectives on public policy. Washington 1994
6. GOCHT, W.; ZANTOP, H.; EGGERT, R.G.: International mineral economics. Berlin, Heidelberg, New York 1988
7. GOCHT, W. Wirtschaftsgeologie und Rohstoffpolitik. 2. völlig überarb. u. erw. Aufl. Berlin, Heidelberg, New York 1983
8. HARTANTYO, B.; SMIT, H.P. [Hrsg.]: International commodity development strategies. Amsterdam 1993
9. Lomé IV Convention (Spec. Issue). The Courier, No. 120, March-April 1990. Brussels 1990
10. MARSH, G.P.: Man and nature. Cambridge, Mass. 1965
11. Rio: One year later. In: UNESCO Sources, no. 47, May 1993, S. 6-16

12. RODDICK, J.: The results of the Rio Earth Summit. In: Science, Technology and Development, Vol. 10, No. 3, Dec., 1992, S. 347-363
13. SIMONIS, U.E.; WEIZÄCKER, E.U. von; HAUCHLER, I.;BÖLL, W.: Globale Umweltprobleme-Globale Umweltpolitik. Bonn-Bad Godesberg 1989 (Interdependenz 3/89)
14. Sustainable Development. (Spec. Issue) Natural Resources Forum, Vol. 18, No. 4, Nov. 1994. London 1994
15. UN [Hrsg.]: UNCTAD VIII. Analytical report by the UNCTAD Secretariat to the conference. New York 1992
16. UNCTAD [Hrsg.]: Revitalizing development growth and international trade. Report to UNCTAD VII. New York 1987
17. World Bank [Hrsg.]: Annual report 1994. Washington 1994

Prof. Dr. Dr. Werner Gocht
Forschungsinstitut für Internationale Technische
und Wirtschaftliche Zusammenarbeit RWTH
Ahornstraße 55
D-52056 Aachen

Veränderungen im Siedlungsbild von Pokhara (Nepal) nach der Schließung der tibetisch-nepalesischen Grenze

1. Die Bedeutung des Handels für die Siedlungsentwicklung von Pokhara

Die heute ca. 70.000 Einwohner zählende Stadt Pokhara liegt etwa 800 m über NN und ist die Hauptstadt des nepalesischen Distrikts Kaski. Nur rd. 35 km nördlich von Pokhara steigt der Himalaya-Hauptkamm bis zu 8.000 m auf; etwa 50 km nordwestlich der Stadt wird der Himalaya in Nord-Süd-Richtung vom Kali-Gandaki-Tal durchquert, dem tiefsten Durchbruchstal der Welt (vgl. Abb. 1). Durch das Kali-Gandaki-Tal verlief seit jeher eine der wichtigsten Fernhandelsverbindungen zwischen dem Hochland von Tibet und Indien. Im 17. Jahrhundert erweiterten Mitglieder der Volksgruppe der Newar einen Handelsweg von Tatopani im Kali-Gandaki-Tal nach Kathmandu und bauten Pokhara, das an den Ausläufern des Gebirges liegt, als großen Warenumserschlagplatz aus (Thapa, S. 10). Von Süden her konnten bis nach Pokhara Waren auf (wenn auch sehr einfachen) Karrenwegen befördert werden, während von Pokhara nach Norden hin nur ein Transport durch Tragtiere oder Menschen möglich war.

Eines der wichtigsten Güter aus Tibet war Salz; weiterhin wurden in beachtlichen Mengen auch folgende Waren talwärts gebracht: Tierwolle, Wollprodukte (z.B. Teppiche und Decken), Felle, Käse, Butter sowie lebende Schafe und Ziegen, die im Tiefland an hinduistischen Festen geschlachtet und verzehrt wurden. Vom Tiefland ins Hochgebirge erfolgte vor allem der Transport von Getreide, da dies dort wegen der Trockenheit und der Kälte nur in unzureichendem Maße angebaut werden kann. Daneben sind als bedeutende Handelswaren aus Indien aber auch noch Öl, Chili, Papier, Metallgut und, seit diesem Jahrhundert, Baumwollstoffe zu nennen (v. Führ-Haimendorf, S. 186f.). Unter anderem sind auch die weißen Baumwollzelte, die heute in Tibet zu einer typischen Form der Behausung geworden sind, durch das Kali-Gandaki-Tal ins Hochland gebracht worden. Über das Ausmaß der beförderten Waren geben seit dem 18. Jahrhundert für manche Jahre Schriftquellen Auskunft. Die Mengen des talwärts beförderten Salzes beispielsweise betragen noch zu Beginn unseres Jahrhunderts bis zu ca. 10.000 t jährlich (Graafen, S. 319).

Die großen Warenströme brachten einen beachtlichen Reichtum nach Pokhara, weil viele Menschen am Handel mit den zwischengelagerten Gütern verdienten oder Arbeit im Zusammenhang mit dem Warentransport fanden. Immerhin benötigten die Karawanen von Pokhara bis nach Lo Mantang in der Nähe der tibetischen Grenze ca. 12 bis 14 Tage. Beiderseits der Bhimsen Tol in Pokhara (vgl. Abb. 2) entwickelte sich vor allem seit Beginn des vorigen Jahrhunderts ein ca. 1,5 km langer Bazar, wobei ein Handelshaus neben dem anderen stand; in allen der meist dreigeschossigen Häuser befanden sich im Parterre Verkaufsräume. In vielen Häusern spiegelte sich der durch den Handel hervorgerufene Reichtum im großzügigen Grundriß, in der Raumaufteilung und in der massiven Bauweise aus Ziegelsteinen wider. 1920 erhielt der Bazar sogar eine Wasserleitung, und die Bhimsen Tol wurde gepflastert (Thapa, S. 13). Vergleichbare

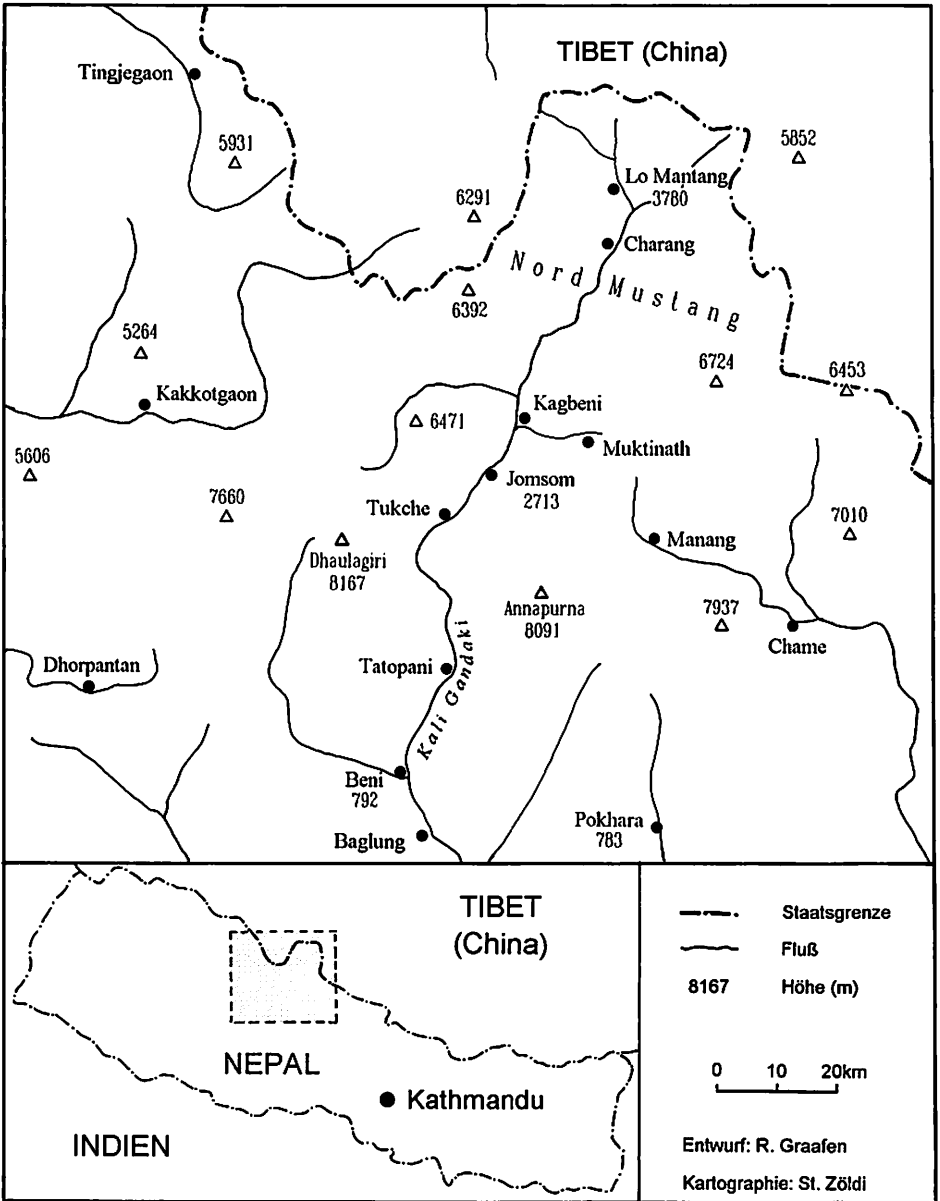


Abb. 1: Das Gebiet zwischen Pokhara und der tibetisch-nepalesischen Grenze

2. Die Folgen der Schließung der tibetisch-nepalesischen Grenze im Jahre 1959

Mit der Schließung der tibetisch-nepalesischen Grenze durch China (1959) erfolgte ein gravierender Rückgang des Handels. Der Fernhandel zwischen Tibet und Indien ist seit dieser Zeit nahezu ganz zum Erliegen gekommen. Heute findet fast nur noch ein Warenaustausch von regionaler Bedeutung statt, und zwar vor allem zwischen dem nordnepalesischen Distrikt Mustang und dem Distrikt Kaski.

Der durch die Schließung der Grenze verursachte Rückgang des Handels hatte auch größere Veränderungen im Siedlungsbild von Pokhara zur Folge. Insbesondere hat sich die Nutzung vieler ehemaliger Geschäftshäuser stark gewandelt. Aus Abb. 2 geht hervor, daß im Parterre von ca. einem Viertel der Häuser heute kein Geschäft mehr vorhanden ist. Entweder stehen in diesen Häusern die Räume heute leer, oder sie sind zu Wohnraum umfunktioniert worden. In den anderen Häusern sind noch Geschäfte vorhanden, wobei hauptsächlich folgende Waren angeboten werden: Handarbeitsgegenstände (z.B. Teppiche, Goldschmiedearbeiten), Stoffe, fabrikmäßig hergestellte Kleidung, Lebensmittel, Arznei und Fotomaterial oder Haushaltswaren (z.B. Töpfe, Geschirr). In vielen Fällen hat sich das Warenangebot im Vergleich zur Zeit vor der Grenzschließung erheblich verändert. Nur noch etwa ein Drittel der Läden verkaufen heute ähnliche Waren wie vor 1959. Das sind vor allem diejenigen, die Handarbeitsgegenstände oder Stoffe anbieten sowie die Restaurants. Insgesamt gesehen hinterläßt der Bazar heute einen ungepflegten Eindruck. Die meisten Häuser (auch viele derjenigen, die heute noch Geschäftsräume haben) zeigen mehr oder weniger starke Verfallserscheinungen, wie z.B. Schäden am Mauerwerk oder/und an den Dächern.

Nach 1959 kam es in Pokhara trotz des Rückgangs des Handels und des damit verbundenen Wohlstands zu einem beträchtlichen Anstieg der Einwohnerzahl und einer damit einhergehenden Siedlungstätigkeit um den alten Bazarbereich herum (vgl. Abb. 3). Als Grund dafür ist zum einen die in ganz Nepal zu beobachtende starke Abwanderung der Menschen aus den extrem armen Hochgebirgsregionen ins Mittelgebirge und ins Tiefland zu nennen. Des weiteren sind nach der Besetzung Tibets durch die Chinesen mehrere 10.000 Tibeter nach Nepal geflüchtet, wobei viele in Pokhara geblieben sind. So gibt es im Süden der Stadt heute ein eigenes "Tibetisches Dorf".

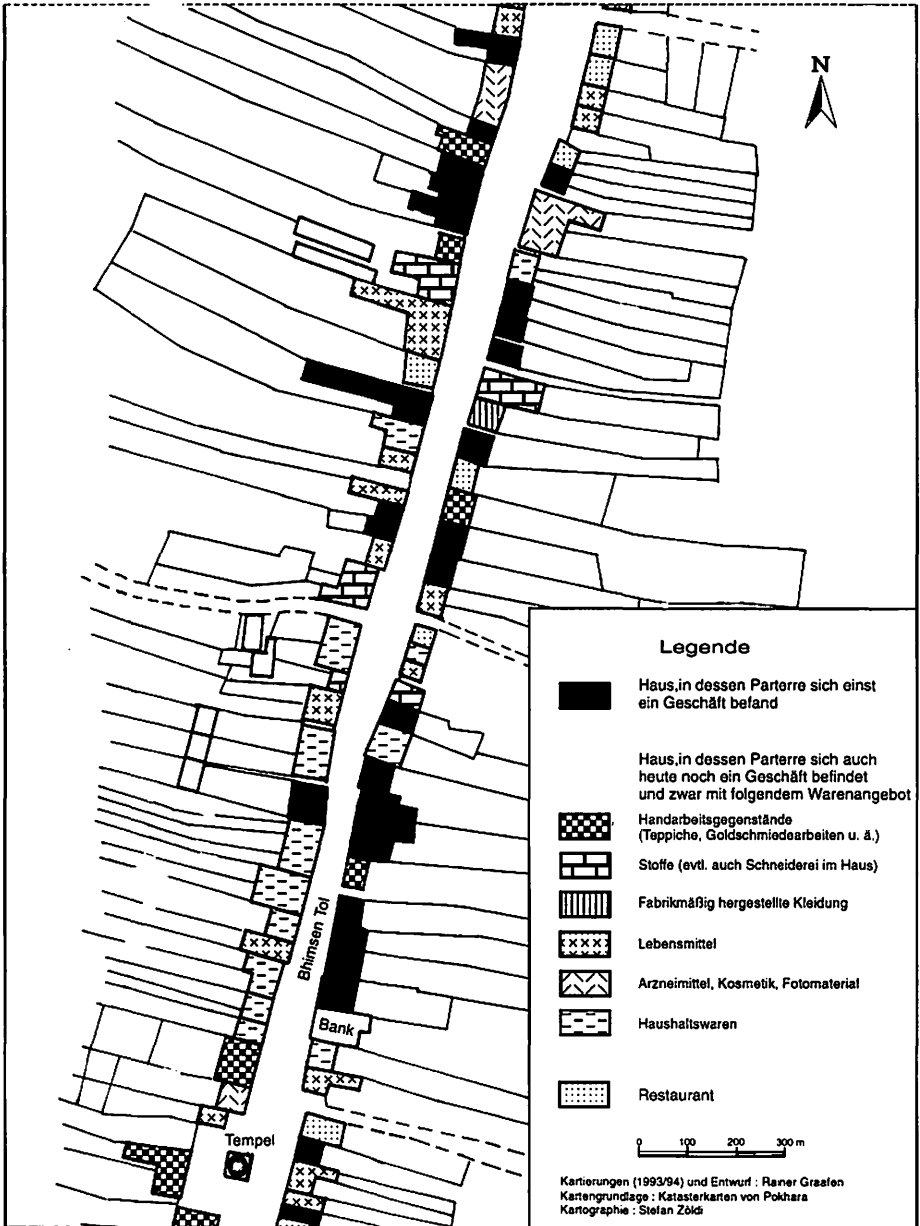


Abb. 2: Die heutige Nutzung der Häuser im einstigen Handelsviertel (Old Bazaar) von Pokhara

3. Maßnahmen der nepalesischen Regierung zur Förderung der Wirtschaft in Pokhara

Um die wirtschaftliche Situation in Pokhara, die sich mit der Schließung der tibetisch-nepalesischen Grenze schlagartig verschlechtert hatte, wieder zu verbessern, hat die nepalesische Regierung, zum Teil unterstützt durch ausländische Hilfe, mehrere bemerkenswerte Projekte realisiert. Hierzu gehören unter anderem die Verlegung einer Trinkwasserleitung (1961), die Versorgung mit Elektrizität (1969) und der Bau der beiden Fernstraßen an die indische Grenze (1969) und zu der ca. 200 km entfernten Hauptstadt Kathmandu (1973; Thapa, S. 5, 16f.). Die Regierung hat den in der Landwirtschaft tätigen Einwohnern von Pokhara (die Landwirtschaft ist auch heute noch der Haupterwerbszweig) dadurch sehr geholfen, daß sie mehrere große wasserbauliche Maßnahmen durchgeführt hat, die eine künstliche Bewässerung großer Flächen und somit zwei bis drei Ernten pro Jahr ermöglichen. Zu erwähnen sind vor allem das Fewa- und das Bijaypurprojekt (1961) sowie das Seti-Projekt (1985). In Pokhara fallen im Jahresdurchschnitt zwar ca. 3.500 mm Regen (Haffner, S. 15). Dieser verteilt sich aber nicht über die einzelnen Monate gleichmäßig, sondern konzentriert sich auf die Monsunzeit von Mitte April bis Anfang Oktober. Da es in der übrigen Zeit oft monatelang nicht regnet, sind auf Grund der künstlichen Bewässerung zwei bis drei Ernten pro Jahr möglich geworden.

Die Stadtverwaltung hat mit finanzieller Hilfe der Regierung im Südosten von Pokhara entlang der Ausfallstraße nach Kathmandu 1974 eine große Fläche als Industrie- und Gewerbegebiet ausgewiesen und erschlossen. Sie hat diese Maßnahme vorgenommen, um Arbeitsplätze auch außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. Heute finden sich dort zahlreiche meist kleinere Betriebe, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten oder Haushaltsgegenstände herstellen, wie z.B. Nudel-, Brot- und Möbelfabriken sowie metallverarbeitende Betriebe.

4. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für Pokhara

Zu einem starken wirtschaftlichen Aufschwung in Pokhara hat in den letzten Jahrzehnten auch der Fremdenverkehr beigetragen. Hierbei kommt der Stadt die einzigartige geographische Situation zu Gute, daß im Norden der nahezu 8.000 m hohe Himalaya-Hauptkamm steil aus der Ebene emporsteigt und daß insofern der Blick aus dem subtropischen Tiefland (ca. 800 m) auf das vergletscherte Hochgebirge kaum beeinträchtigt wird. 1962 belief sich die Zahl der Touristen auf 681 (Prakash, S. 3), während sie 1991 ihren Höchstwert erreichte (69.049) und 1993 auf 56.499 zurückging (vgl. Tab.).

Tab. 1: Besucher in Pokhara aus folgenden Staaten (ausgenommen Indien)

Jahr	USA	GB	BRD	Fra.	Japan	Austral.	Übrige	Summe
1976								31026
1977								26415
1978								28327
1979								29930
1980								31309
1981	2987	3557	5200	4843	3140	3079	10730	33536
1982	3384	3429	4739	5136	3003	2844	12308	34843
1983	3880	4120	4050	4122	4201	3162	8503	32028
1984	3818	4188	4044	3021	4145	3681	12165	35062
1985	4143	4160	4138	3407	3567	4074	13088	36577
1986	5092	5193	4101	3256	4080	3901	13816	39439
1987	5538	5519	5464	3649	7073	4958	18074	50275
1988	5848	6404	6040	4112	7510	5102	23096	58112
1989	6543	7332	5838	3882	8295	4389	28826	65105
1990	3470	5982	3895	2609	6102	3447	33983	59488
1991	4923	7778	5146	3281	7634	4112	29264	62138
1992	5534	9847	6789	4221	6363	3947	32348	69049
1993	5000	8096	5400	3290	5193	4408	25112	56499

(Nepal Tourism Statistics 1993)

Eine Vielzahl von Hotels entstand am landschaftlich besonders schön gelegenen Fewa-See, während in der Folgezeit der Bereich zwischen dieser Zone und dem alten Bazar immer dichter bebaut wurde (vgl. Abb. 3). Bei den auf der Karte eingezeichneten Hotels und Lodges handelt es sich nur um die behördlich registrierten. Die Zahl der behördlich nicht registrierten ist noch um ein zwei- bis dreifaches größer, so daß der südwestliche Bereich von Pokhara heute durch zahlreiche Beherbergungsbetriebe und Restaurants geprägt wird. Die Hotels und Lodges sind meist nicht allzu groß und werden oft von einzelnen Familien bewirtschaftet. Bei den Eigentümern handelt es sich in mehreren Fällen um Gorkha-Soldaten, die im Ausland als Söldner Geld verdient und sich hiervon nach ihrer Rückkehr eine Existenz aufgebaut haben.

Ungünstig für den Fremdenverkehr erscheint die Tatsache, daß sich zwischen 1992 und 1993 die Zahl der nach Pokhara gereisten Touristen um ca. 12.500 verringert hat. Nach Auskunft des Ministry of Tourism and Civil Aviation geht dies zum einen auf innenpolitische Instabilitäten in Nepal zurück. Darüber hinaus sei dies aber auch damit zu erklären, daß nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems viele asiatische Staaten um ausländische Touristen werben (z.B. Vietnam, Laos, Kambodscha) und diese oft jahrzehntelang verschlossenen Länder zumindest vorübergehend eine hohe Attraktivität auf dem Reisemarkt haben (Auskunft im Ministry of Tourism). Für die Förderung des Fremdenverkehrs im Ministry of Tourism zuständige Personen äußern sich jedoch optimistisch darüber, daß in den kommenden Jahren die Zahl der Touristen in Pokhara wieder ansteigen wird.

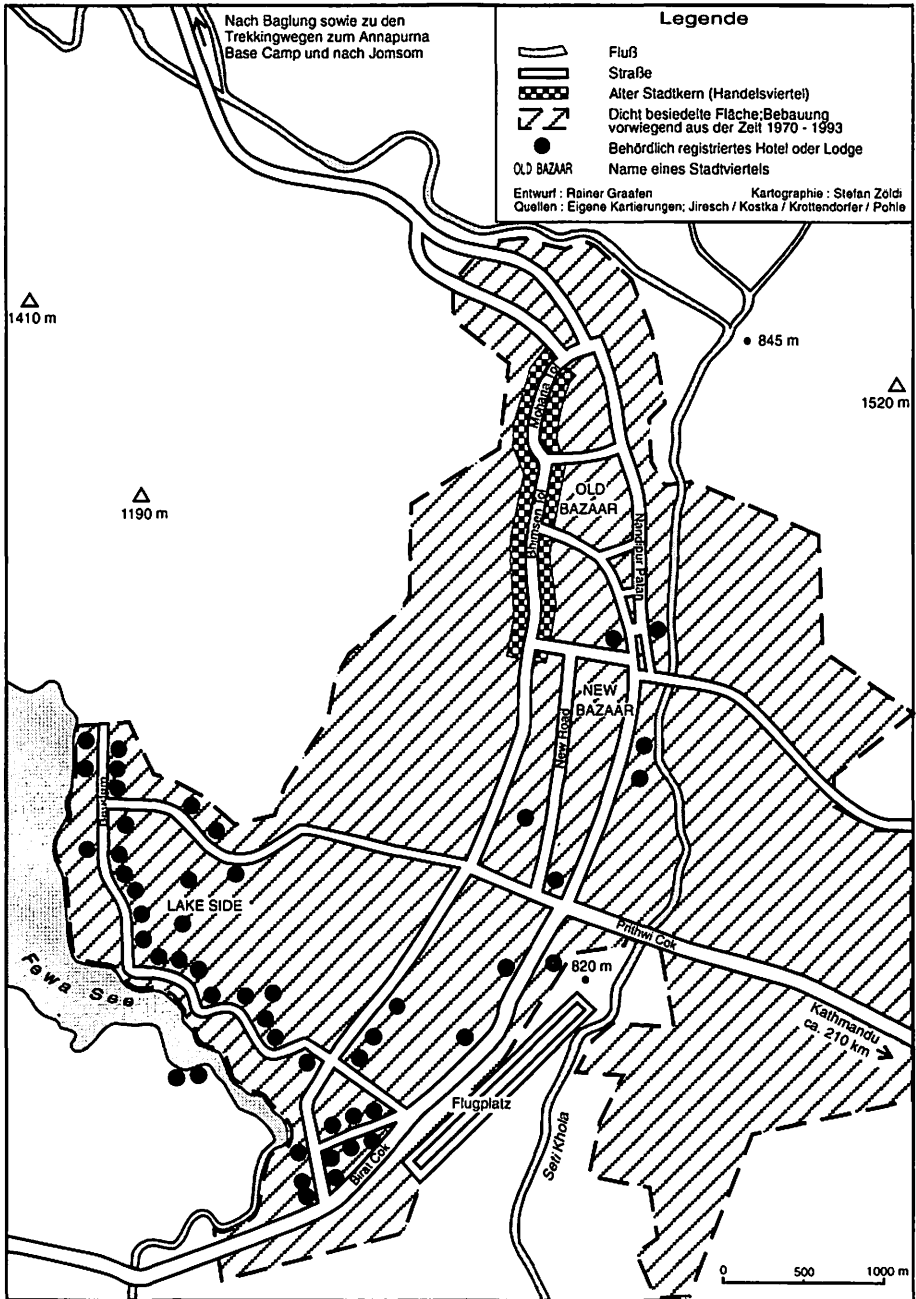


Abb. 3: Der alte Stadtkern von Pokhara und die baulichen Erweiterungen bis 1993

Zur Förderung des Fremdenverkehrs in Pokhara soll mittels eines weitgehend durch die USA finanzierten Entwicklungshilfeprojekts der alte Bazar im Bereich der Bhimsen Tol grundlegend restauriert und dann als Denkmalzone (eine der ersten Denkmalzonen in Nepal) ausgewiesen werden. Dadurch soll Pokhara neben der außerordentlichen landschaftlichen Schönheit auch in kultureller Hinsicht für ausländische Touristen interessant werden. Geplant ist, den Touristen während eines Spaziergangs durch die Bhimsen Tol an Hand der Geschäftshäuser und anderer mit dem einstigen Handel in Verbindung stehender Bauwerke (z.B. Karawansereien) die ehemals herausragende Bedeutung der Stadt als Handelszentrum zu veranschaulichen. Die Pacific Asia Travel Association Foundation hat bereits eine genaue Kartierung aller ca. 300 Häuser beiderseits der Bhimsen Tol durchgeführt und eine Bewertung hinsichtlich ihrer Erhaltungswürdigkeit vorgenommen (vgl. Pacific Asia Travel Association Foundation, Hrsg., S. 19ff.). Daher ist davon auszugehen, daß viele der seit der Schließung der tibetisch-nepalesischen Grenze zunehmend vom Verfall bedrohten Häuser in absehbarer Zeit wieder in ihrem ursprünglichen Aussehen restauriert sein werden.

5. Ausblick

In den nächsten Jahren könnte es zu einer weiteren recht starken Zuwanderung nach Pokhara und einem damit verbundenen Siedlungswachstum durch die Fertigstellung einer neuen, in westliche Richtung führenden Fahrstraße, kommen. Die ca. 70 km lange, kurvenreiche Straße durch das Mittelgebirge soll vorerst in Baglung im Kali-Gandaki-Tal enden (vgl. Abb. 1), wodurch ja einst die wichtige Fernhandelsverbindung zwischen Indien und Tibet verlief. 1995 war die im Bau befindliche Straße noch nicht für den allgemeinen Automobilverkehr freigegeben, konnte aber bereits von den Baustellenfahrzeugen durchgehend befahren werden. Interessanterweise ist die Straße von chinesischen Ingenieuren geplant worden, und die Finanzierung erfolgte bzw. erfolgt immer noch weitgehend durch die Chinesische Regierung. Inwieweit es nach der offiziellen Eröffnung der Straße tatsächlich zu größeren Abwanderungen aus dem sehr armen Gebiet um Baglung herum kommen wird, wird sich noch zeigen.

Summary

The town of Pokhara is located in the lowlands of Nepal, only about 35 kilometres off the Himalayan Range with a height of more than 8,000 metres. Through Pokhara runs an old trading route to the Kali Gandaki Valley and from there through the Himalaya to Tibet. About two hundred years ago, Pokhara became an important place for the exchange of goods from Tibet (especially salt) and from the lowlands (especially grain). Merchants have built large commercial houses in Pokhara, in which the commodities that had been transported from the highlands and the lowlands were sold. One commercial house stood next to another, and all had shops on the groundfloor. The whole street, with a length of about 2 km, looked like a bazaar. As the inhabitants of

Pokhara earned much money by trading, they could decorate their houses with luxurious woodcarvings.

The closing of the Tibetan border (in 1959) and the decline of the trade caused considerable changes in Pokhara. In 1993 I recorded the present use of the ancient commercial houses. In many of them is no longer a shop in the groundfloor and many begin to decay.

Since about 25 years, tourism has become a very important economic factor for Pokhara. Many hotels, lodges and restaurants have been built in the region between the old bazaar and the Lake of Fewa.

Quellen und Literatur

FÜRER-HAIMENDORF, Chr.: Himalayan Traders. London 1975.

GRAAFEN, R.: Verkehrswege und Handelssiedlungen im Nepal-Himalaya. - Zielsetzungen, Verfahren und erste Ergebnisse eines interdisziplinären DFG-Forschungsprojekts. In: "Siedlungsforschung", Jg. 12, 1994, S. 317-326.

GRAAFEN, R. und C. SEEBER: Alte Handelsrouten im Himalaya. - Das Kali-Gandaki-Tal in Nepal. In: "Geographische Rundschau", Jg. 45, 1993, S. 674-679.

HAFFNER, W.: Nepal Himalaya. Untersuchungen zum vertikalen Landschaftsaufbau Zentral- und Ostnepals. Wiesbaden 1979. (Erdwissenschaftliche Forschung, Bd. 12).

His Majesty's Government of Nepal. Ministry of Tourism and Civil Aviation - Department of Tourism [Hrsg.]: Nepal Tourism Statistics 1993. Kathmandu 1994.

Pacific Asia Travel Association Foundation [Hrsg.]: Pokhara Historic Resources Study and Proposal for a Conservation District - Pokhara, Nepal. San Francisco 1990.

Pokhara Town Map. In: JIRESCH, E; KOSTKA, R.; KROTTENDORFER, H; POHLE, P. [Hrsg.]: Annapurna. Satellite Image Trekking Map. Graz 1992.

PRAKASH, A.R.: Pokhara. A Valley in the Himalayas. Kathmandu 1993.

THAPA, L.: Pokhara. The Heart of Nepal. Kathmandu 1990.

Prof. Dr. Rainer Graafen
Geographisches Institut
der Universität in Koblenz
Rheinau 1
D-56075 Koblenz

Reinhold Grotz

Das Filialnetz australischer Banken nach der Deregulierung. Die Rolle von Banken in der regionalwissenschaftlichen Forschung

1. Die Rolle von Banken in der regionalwissenschaftlichen Forschung

Das Hauptinteresse wirtschaftsgeographischer Untersuchungen ist sowohl auf die Analyse ganzer Wirtschaftssysteme als auch auf einzelne Aspekte des Wirtschaftsgeschehens gerichtet. So werden beispielsweise für den gewerblichen Sektor neben den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Rohstoffversorgung, der Verarbeitungsprozeß (Technik, Arbeit, Organisation) und der Absatz von Waren untersucht. Aber von allen Produktionsfaktoren, die für eine Leistungserstellung zusammenwirken müssen, erfährt das Kapital die geringste Aufmerksamkeit.

Der Hauptgrund für diese stiefmütterliche Behandlung liegt wohl in der immer noch großen Bedeutung der klassischen Gleichgewichtsmodelle für die Standortfrage (Weber, Lösch), die vereinfachend davon ausgehen, daß Kapital äußerst mobil und daher zu gleichen Kosten überall frei verfügbar ist. Auch in neueren Lehrbüchern der Wirtschaftsgeographie wird dem Finanzwesen vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Erst im Laufe des letzten Jahrzehnts widmeten sich Regionalwissenschaftler und Wirtschaftsgeographen diesem Wirtschaftsfaktor etwas mehr, indem sie seine Bedeutung für den industriellen Wandel (z.B. Schamp u.a. 1993), aus der Sicht der großen Finanzplätze (z.B. Ter Hart und Piersma 1990) oder - wenn auch seltener - von einer regionalen Perspektive her aufgreifen (z.B. Dow 1992). Einen Überblick über den derzeitigen Wissensstand und die Fragestellungen gibt Klagge (1995).

In dem Maße wie die Finanzmärkte in vielen Volkswirtschaften - so auch in Australien - dereguliert wurden, lockerte sich die räumliche Bindung zwischen Kapitalgebern und Investoren. Technische Fortschritte ermöglichen die Übertragung von Informationen und Geld über große Distanzen innerhalb von Sekunden (Langdale 1985). Dies begünstigte räumliche Konzentrationsprozesse, denn Bankgeschäfte benötigen in höchstem Maße rasche und umfassende Informationen (Nähe zur Regierung, Presse, Konkurrenz) und andere Agglomerationsvorteile, die offensichtlich die Nachteile der Konzentration überwiegen (Schamp u.a. 1993, S. 35).

Die bisher unter räumlichen Gesichtspunkten erarbeiteten Forschungsergebnisse zeigen, daß Kapitalflüsse in zunehmendem Maße durch ein hierarchisch gegliedertes System von Finanzzentren gelenkt und kontrolliert werden (Shachar 1990). Dies beginnt bei den drei im Weltmaßstab führenden Finanzzentren London, New York und Tokio und führt auch auf kontinentaler und nationaler Ebene zu weiteren Hierarchiestufen (Australien: Sydney, Melbourne, Brisbane, Perth, Adelaide). Wenn nun die nationalen Kapitalmärkte nur durch wenige Wirtschaftszentren kontrolliert werden, stellt sich die Frage nach den Auswirkungen für die Kapitalversorgung in den Regionen. Dieser Aspekt ist bisher kaum von der Geographie oder der Regionalökonomie untersucht worden. In Deutschland ist das Problem nicht in gleicher Weise sichtbar wie in anderen

Ländern, weil hier Regionen und größere Städte über eigene regionale oder sogar lokale Bankensysteme verfügen, deren gesamte wirtschaftliche Leistung für die Regionen bzw. Städte häufig größer ist als die der Großbanken (Kreissparkassen, Volksbanken u.a.). In Australien fand jedoch in den letzten Jahrzehnten eine starke Konzentration der Banken durch Zusammenschlüsse und Übernahmen statt, so daß heute nur noch vier Großbanken, die landesweit operieren, übrig sind: Westpac, National Australia Bank, Australia und New Zealand Banking Group (ANZ), Commonwealth Bank. Hier stellt sich die Frage nach der regionalen Finanzversorgung und die Kontrolle von Investitionsentscheidungen durch regionsfremde Institutionen.

Leider gibt es auch für Australien nur wenige Arbeiten, die die Veränderungen im Finanzsektor und besonders die räumlichen Wirkungen der Deregulierungsmaßnahmen untersuchen. Die gesetzliche Neuordnung des Bankenwesens erfolgte innerhalb nur weniger Jahre nach der Regierungsübernahme durch die Australian Labor Party im Jahre 1983, indem sie das vorher stark reglementierte Trennbanksystem zugunsten von Universalbanken aufgab und durch die Zulassung von Auslandsbanken zusätzlichen Wettbewerb anstrebte. Die Geldinstitute reagierten rasch auf den Wandel. Bereits im Vorfeld der Deregulierung war es zu einer Fusions- und Übernahmewelle gekommen, die sich später fortsetzte. Der Fall von Restriktionen erlaubte auch den zahlreichen Bausparkassen und anderen Spezialinstituten, ihre Geschäftstätigkeit sektoral und räumlich in andere Gebiete auszudehnen. Die ganzen Vorgänge wurden von technischen und organisatorischen Entwicklungen flankiert.

Im folgenden sind einige Ergebnisse einer empirischen Untersuchung aus dem Jahre 1994 dargestellt, die im retail banking-Sektor (Privatkunden- und Kleingewerbebege- schäft) zusammen mit David Wadley vor allem im Bundesstaat Queensland gewonnen werden konnten. Leider erlauben die bisher erarbeiteten Ergebnisse erst wenige Antworten auf die im ersten Kapitel aufgeworfenen Fragen. Aus Platzgründen sollen hier vor allem einige Erkenntnisse aus der Analyse der Filialnetze vor und nach den Veränderungen dargestellt werden.

2. Die Wirkungen der Deregulierung auf das Filialnetz

Die Deregulierungsmaßnahmen für das Bankenwesen durch die australische Bundesregierung, die 1983 einsetzten, hatten erheblichen Einfluß auf das Finanzsystem des Landes. Die marktbeherrschenden Großbanken erhielten Konkurrenz durch sich ausdehnende Regionalbanken, neu zugelassene Auslandsbanken und vor allem durch die Geschäftsausweitungen ehemaliger Bausparkassen und Kreditgenossenschaften. Insgesamt wurden der Wettbewerbsdruck und die Preiskonkurrenz deutlich erhöht. Dies führte zu Zusammenschlüssen und als Folge davon auch zu organisatorischen Umstrukturierungen und Kostensenkungsmaßnahmen. Letzteres geschah beispielsweise im technischen Bereich mit einer raschen Installation von Bankautomaten und EFTPOS-Stellen (Electronic Fonds Transfer at Point of Sale), die viel rascher verlief als etwa in Deutschland. EFTPOS-Terminals werden seit 1985 in Einzelhandelsgeschäften, Restaurants, Tankstellen usw. eingerichtet. Sie erlauben es, mittels einer Magnetkarte

nicht nur Rechnungen zu begleichen, sondern mit dem Kauf usw. auch Bargeld vom Konto abzuheben. Man schätzt, daß 1995 über 40 000 Terminals installiert waren (über 2,2 pro 1000 Einwohner). Wie wirkten sich die neuen Rahmenbedingungen auf die Filialnetze aus?

Tab. 1: Entwicklung der Anzahl der Filialen der vier größten australischen Banken 1952-1993

	1952	1963	1972	1982	1992	1993
Commonwealth Bank ^a	429	643	771	951	1806	1756
National Australia Bank ^b	770	1049	1231	1313	1261	1256
Westpac ^c	925	1228	1381	1557	1299	1255
ANZ Bank ^d	430	517	1005	959	1291	1240

^a für 1992 und 1993 incl. der ehemaligen Filialen der 1990 übernommenen State Bank of Victoria

^b für 1952, 1963, 1972 und 1982 Filialen der Vorläuferbanken National Bank of Australia und Commercial Banking Company of Sydney

^c für 1952, 1963, 1972 und 1982 Filialen der Vorläuferbanken Bank of N.S.W. und Commercial Bank of Australia

^d für 1972, 1982, 1992 und 1993 incl. der ehemaligen Filialen der übernommenen Bank of Adelaide und der English, Scottish and Australian Bank

Quelle: Taylor/Hirst (1983), Reserve Bank of Australia (versch. Jahrgänge)

Für alle vier Großbanken gilt, daß sie bis 1982, dem Jahr vor Einsetzen der Deregulierung - zumindest tendenziell - ihr Filialnetz ausdehnten (vgl. Tab. 1). Für die Wirkung der Fusionen und Übernahmen von Banken gilt immer noch der Satz, den Taylor und Hirst (1984) formulierten: "when bank mergers occur, branch closures follow". Aber die Bereinigungen der Netze verliefen moderat, was durch die Berechnung von Dispersionsindices auf der Basis der acht Bundesstaaten untermauert werden kann. Je höher dieser Index ist, desto unausgewogener ist die Verteilung der Filialen auf die Staaten. Der Wert Null entspricht einer völligen Gleichverteilung. Obwohl die räumliche Gliederung relativ grob ist, zeigen die Werte doch, daß die Filialen aller vier Großbanken 1993 deutlich gleichmäßiger über den Siedlungsraum verteilt waren als noch 1986 (Tab. 2). Aus kleinräumigen Analysen läßt sich dies so interpretieren, daß vornehmlich dort reduziert wurde, wo eine Überausstattung durch früher konkurrierende Filialen bestand.

Tab. 2: Indices der räumlichen Verteilung der Filialnetze der vier größten australischen Banken 1986 und 1993

	1986	1993
Commonwealth Bank	0,49	0,40
National Australian Bank	0,27	0,24
Westpac	0,11	0,09
ANZ Bank	0,27	0,20

Quelle: Reserve Bank of Australia, eigene Berechnungen

Allerdings dehnten die früher in ihrer Tätigkeit stark eingeschränkten Regional- und Spezialbanken ihr Filialnetz deutlich aus. Zwar erreicht es in der Gesamtheit der sechs führenden noch nicht die Größe einer Großbank, aber die Zahl ihrer Filialen verdreifachte sich in nur vier Jahren auf 886 Niederlassungen. Da auch andere Klein-, Regional- oder Staatsbanken expandieren konnten, ging der Anteil der vier Großbanken an der Gesamtzahl aller Bankfilialen von 86% (1987) auf 78% (1993) zurück. Auf die Bedeutung sogenannter "agencies", d.h. selbständiger Agenturen, die im Auftrag einfache Bankfunktionen ausüben, kann hier nicht eingegangen werden.

Die kleineren Banken beschränken sich in ihrer Tätigkeit hauptsächlich immer noch auf einen Bundesstaat (Tab. 3). Greifen sie auf einen anderen Staat aus, errichten sie zumeist eine Repräsentanz in der Hauptstadt und/oder sie dehnen ihr Netz in grenznahe Regionen aus. Letzteres ist besonders häufig im Grenzbereich der Bundesstaaten New South Wales und Queensland zu beobachten, wo das große grenzüberschreitende und rasch wachsende Fremdenverkehrsgebiet Gold Coast lokalisiert ist. Typischerweise umfaßt das Kerngeschäft der Kleinbanken den Privatkundenbereich und das Baukreditwesen.

Ausländische Banken beschränken sich bewußt auf die großen, hauptstädtischen Märkte, wobei allein die Citibank eine größere Zahl von Niederlassungen aufbauen konnte (Tab. 3). Es ist anzunehmen, daß die seltener vertretenen Banken sich wenig um das retail banking kümmern bzw. es bewußt meiden.

Am Beispiel Queensland lässt sich ein deutlicher Unterschied der Filialnetze zwischen den Großbanken und Regionalbanken feststellen. So weisen erstere unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen und wirtschaftlicher Aktivitäten eine vergleichsweise ausgeglichene Verteilung ihrer Filialen über die Gesamtfläche aus, während letztere zwar im dicht besiedelten Südosten sowie in den Gunsträumen entlang der Küste, dagegen in peripheren Räumen aber kaum vertreten sind. Die Konzentration auf die Wachstumsmärkte im Südosten Queensland - die direkte Umlandzone des Verdichtungsraumes Brisbane, die Gold Coast und die Sunshine Coast - ist bei den kleineren Regionalbanken damit wesentlich stärker ausgeprägt als bei den Großbanken. Die "big four" unterscheiden sich in ihrer generellen Raumerschließungsstrategie nur wenig untereinander, alle unterhalten auch in größeren Orten des ländlichen

Hinterlandes Filialen. Allerdings werden in der Regel kleinere Standorte gemieden, wenn dort schon andere Banken präsent sind.

Tab. 3: Anzahl der Filialen ausgewählter australischer Banken nach Bundesstaaten und Territorien 1993

	NSW	VIC	QLD	SA	WA	TAS	NT	ACT	Total
Commonwealth Bank	518	751	226	92	118	25	5	21	1756
National Australia Bank	393	370	266	85	106	10	7	19	1256
Westpac	465	297	215	85	133	29	11	20	1255
ANZ Bank	352	365	208	132	126	38	8	11	1240
State Bank of NSW	239	1	6					5	251
Advance Bank	189	2	25	1				22	239
State Bank of SA			2	174			3		179
R & I Bank of WA	3	2	3	1	114				123
Metway Bank	4	1	92						97
Challenge Bank	1	22	1	1	39				64
Trust Bank TAS		1				58			59
Bank of QLD			51						51
Citibank	6	4	3	1	1	1		1	17

Quelle: Reserve Bank of Australia, Jahresberichte der Banken

Die Ausstattung von Siedlungen mit Bankfilialen entspricht derzeit etwa folgendem Muster: Die fünf großen Metropolitan Areas (Sydney, Melbourne, Brisbane, Perth, Adelaide) weisen jeweils eine große Zahl lokaler Niederlassungen aller wesentlichen Banken auf. Eine ähnliche Situation besteht in Städten in der Größenklasse zwischen 50 000 und 400 000 Einwohnern. Allerdings unterhalten die meisten Großbanken im Gegensatz zu den Millionenstädten hier häufig keine mit allen Entscheidungskompetenzen ausgestatteten Spezialstrukturen mehr. Zudem sind in Städten dieser

Größenklasse nicht mehr alle in den jeweiligen Bundesstaaten tätigen Banken präsent. Auf der nächsten Hierarchiestufe des Siedlungssystems (Siedlungen zwischen 25 000 und 50 000 Einwohner) unterhalten die vier australischen Großbanken in der Regel ein bis zwei Filialen. Zudem sind einzelne kleinere Banken mit einer Filiale vertreten. Letztere sind in der nächsten Siedlungsgrößenklasse mit 5000-25 000 Einwohnern meist gar nicht mehr vertreten und lediglich die Großbanken unterhalten je eine Filiale. Noch stärker ausgedünnt stellt sich das Filialnetz in kleineren Gemeinden dar. Während in Siedlungen mit 2000-5000 Einwohnern max. 2 oder 3 Banken durch jeweils eine Filiale vertreten sind, ist in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern häufig nur noch eine einzige Bank präsent.

Allerdings müssen einige dieser Einzelstandorte als "vererbte" bzw. persistente Standorte betrachtet werden, die unter heutigen Bedingungen vermutlich nicht mehr gewählt werden würden. Wenn es zu "Bereinigungen" der Netze von Großbanken kommen sollte, wie sie von Westpac angekündigt wurden, ist auch im peripheren Raum mit Schließungen zu rechnen. Dabei werden vermutlich betriebswirtschaftliche Gründe Vorrang vor infrastrukturellen Versorgungsgesichtspunkten der Bevölkerung erhalten, so daß es möglicherweise regional zu einer geringeren Bankenpräsenz kommen kann. Da jedoch auch Großbanken nicht freiwillig auf Geschäftspotentiale verzichten werden, die ihnen zudem im Outback fast konkurrenzlos gehören, ist mit neuen, kostensparenden Organisationsstrukturen zu rechnen. Sie werden eine Weiterbedienung auch ohne eine feste Niederlassung ermöglichen. Ansätze dazu werden bereits erprobt, sie gehen in Richtung mobiler Filialen.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß es im Beobachtungszeitraum 1983 - 1993 zu keiner bedeutenden Reduktion der Bankenpräsenz in der Fläche kam, dies gilt insbesondere für den infrastrukturell schlechter ausgestatteten Outback. Befürchtungen, die Deregulierung des Bankenwesens könne zu einer räumlichen Konzentration der Geschäftsaktivitäten auf die ertragreichsten Bereiche führen, sind bisher nicht eingetreten.

Technologische Neuerungen und veränderte Organisationsstrukturen, die hier nicht angesprochen werden konnten, wirkten sich in den Verdichtungsräumen und den küstennahen Wachstumsregionen rascher aus als im Hinterland. Die Ursache liegt in der verschärften Konkurrenzsituation durch neu in den Markt eintretende retail banks sowie Auslandsbanken. Sie erzwangen bei den altetablierten Instituten über neue Organisationsformen und einen höheren Technikeinsatz mehr Effizienz und Kosteneinsparungen. Dadurch erhöhten sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land bezüglich der Organisationsstruktur der Banken. Während in urbanen Räumen neue, effizienzsteigernde Arbeitsteilungen, Spezialisierungen und Marketingstrategien rascher durchgesetzt werden, haben sich in der Peripherie traditionelle Strukturen noch weitgehend erhalten. Dort bieten Bankfilialen noch sehr häufig universell Finanzdienstleistungen an. Durch die Konzentration der neuen Anbieter auf die lukrativen Wachstumsmärkte sind die wettbewerbsfördernden Effekte der Deregulierung sowie organisatorische und technische Innovationen außerhalb der stark verstederten Räume nur sehr begrenzt und häufig nur indirekt wirksam. Ob in weiteren Schritten der Umstruk-

turierung auch das ländliche Filialnetz der Großbanken betroffen sein wird, bleibt abzuwarten.

Summary

The branch network of Australian banks after deregulation

Banking systems play an important role for regional development. But in research its influence is often neglected, mainly because of lack of information. The paper deals with changes in the Australian banking sector after deregulation measures have been taken. The focus lies on branch networks, where the long established "big four" banks are compared with smaller regional banks, former building societies, etc. The latter group has expanded their number of branches considerably, whereas the former reduced it after mergers and take-overs. A case study of the state of Queensland reveals that the downsizing mainly occurred in highly urbanized areas where the branch network is relatively dense. On the other hand young and small banks are also concentrated on large urban centres. Here competition grew and reorganization and restructuring took place. But peripheral regions after ten years are little affected by the results of deregulation. Further studies are needed to identify the effects on and the costs of financial services.

Literatur

- ABBOTT, K.: Financial deregulation in retrospect. In: *Journal of Australian Political Economy* 27 (1990), S. 88-98.
- DALY, M.T. and LOGAN, M.I.: *The brittle rim: Finance, business and the pacific region.* Ringwood 1989.
- DOW, C.S.: The regional financial sector: A Scottish case study. In: *Regional Studies* 26 (1992), S. 619-631.
- DUNOON, D. and MATHEWS, J.: *Westpac: restructuring of retail branches.* Kensington, N.S.W. 1991. (University of N.S.W. Studies in Organisational Analysis and Innovation No. 1).
- HOBSON, J.: *Australian banking review. Shattering the status quo.* ANZ McCaughan Report, Melbourne, Sydney 1993.
- KAVANAGH, J.: Farewell to the old bank branch. In: *Business Review Weekly* 16 (1994) No. 17, S. 52-56.
- KLASSE, B.: Strukturwandel im Bankenwesen und regionalwirtschaftliche Implikationen. In: *Erdkunde* 49 (1995), S. 285-304.
- LANDER, R.: Renaissance in ANZ retail banking. In: *Australian Business Monthly*, March 1992, S. 67-74.
- LANGDALE, J.: Electronic funds transfer and the internationalisation of the banking and finance industry. In: *Geoforum* 1985, S. 1-13
- McGRATH, M.: *Financial institutions, instruments and markets in Australia.* Sydney et al. 1994.

- MILTON-SMITH, J.: Strategic issues for Australian banks in the 1990's. In: Proceedings of the 4th Australian Institute of Bankers Banking and Finance Conference, Melbourne, Victoria, July 5-6, 1993, S. 135-155.
- OECD [Hrsg.]: Banks under stress. Paris 1992.
- O'BRIEN, R.: Global financial integration: The end of geography. London 1992.
- The Parliament of the Commonwealth of Australia [Hrsg.]: A pocket full of change. Banking and deregulation. Report of the House of Representatives Standing Committee on Finance and Public Administration. Canberra 1991.
- PAULY, L.W.: Foreign banks in Australia. The politics of deregulation. Mosman, N.S.W. 1987.
- PERKINS, J.O.N.: The deregulation of the Australian financial system: The experience of the 1980s. Melbourne 1989.
- SCHAMP, E.W.; LINGE, G.J.R. and ROGERSON, C.M. [Hrsg.]: Finance, institutions and industrial change: spatial perspectives. Berlin, New York 1993.
- SHACHAR, A.: The global economy and world cities. In: A. SHACHAR und S. ÖBERG [Hrsg.]: The world economy and the spatial organisation of power. Aldershot 1990, S. 149-160.
- TAYLOR, M.J. und HIRST, J.: Australian banking. The current round of rationalisation and restructuring. In: Australian Geographical Studies 21 (1983), S. 266-271.
- TAYLOR, M.J. und HIRST, J.: Environment, technology, and organisation: the restructuring of the Australian trading banks. In: Environment and Planning A 16 (1984), S. 1055-1078.
- TER HART, W.M. und PIERSMA, J.: Direct representation in international financial markets: the case of foreign banks in Amsterdam. In: TESG 81 (1990), S. 82-93

Der Autor dankt David Wadley, Brisbane, sowie Boris Braun und Thomas Poggenpohl, Bonn, für ihre freundliche Unterstützung.

Prof. Dr. Reinhold Grotz
 Geographisches Institut der Universität Bonn
 Meckenheimer Allee 166
 D-53115 Bonn

Umstrukturierungsprozesse in der Region Bonn/Rhein-Sieg als Folge des "Berlin-Beschlusses". Probleme und Chancen im Zusammenspiel mit dem vorhandenen räumlichen Potential - dargestellt am Beispiel der Stadt Rheinbach

1. Einleitung

Rheinbach, eine Kleinstadt am Rande der Eifel mit funktionaler Zuordnung eines Mittelzentrums, durchlebt derzeit rasante Strukturwandlungsprozesse. Diese Prozesse setzen an ein Potential an, das auf Entwicklungsprogramme der letzten 40 Jahre zurückzuführen ist. Die Geschwindigkeit der ablaufenden Prozesse hat nicht zuletzt aufgrund des "Berlin-Beschlusses" vom 20.6.1991 erheblich zugenommen.

Die Stadt Rheinbach gilt als einer der Kristallisationspunkte für die Neuorientierung der Region Bonn/Rhein-Sieg (vgl. Breuer 1994, S. 56). Das Land Nordrhein-Westfalen verspricht sich vielseitige Synergieeffekte für die Gesamtregion, sollte es gelingen, geplante zukunftsweisende Investitionen in der Praxis zu realisieren. Erste Schritte in diese Richtung sind über Zuschüsse aus dem Soforthilfe-Programm sowie dem Beschluß des Landtages, Rheinbach als linksrheinischen Standort einer dezentralen Fachhochschule Rhein-Sieg festzulegen, bereits getan. Der Gemeinde innerhalb der Region Bonn/Rhein-Sieg, als unterste Planungsebene, kommt als Baustein im Umstrukturierungsprozeß der Gesamtregion eine Schlüsselfunktion zu. Die folgende Arbeit beabsichtigt, neben der Darstellung der Entwicklungskonzepte der Stadt die Notwendigkeit eines Strukturwandels aufzuzeigen und Probleme bei der Implementation der Ziele sichtbar zu machen.

2. Struktur und Entwicklung der Stadt Rheinbach bis 1990

Die Stadt Rheinbach besteht aus der Kernstadt (1992: 56% der 23.629 Einwohner) und 10 Ortschaften. Sie liegt 22 km südwestlich von Bonn, ist ca. 45 km von Köln und 14 km von Euskirchen entfernt. Die Stadt liegt im Südwesten des Rhein-Sieg-Kreises, der sich kragenförmig um die Stadt Bonn legt, und unmittelbar an die Kreise Euskirchen und Ahrweiler angrenzt.

Im Entwurf des Landesentwicklungsplanes NRW vom Februar 1994 wird die Stadt als Mittelzentrum mit 50.000 - 100.000 Einwohnern im mittelzentralen Versorgungsbe- reich und damit als Entwicklungsschwerpunkt ausgewiesen. Rheinbach ist das einzige Mittelzentrum der ländlichen Zone im linksrheinischen Teil des Rhein-Sieg-Kreises und liegt zudem im Schnittpunkt mehrerer Entwicklungsachsen zweiter (A 61) und dritter Ordnung (Bonn-Rheinbach). Der LEP III weist Rheinbach als Freizeit- und Erholungs- schwerpunkt mit überregionaler Bedeutung aus. Der Gebietsentwicklungsplan (1987)

sieht für Rheinbach eine Funktionsentwicklung in den Bereichen Wohnen, Erholung und Gewerbeentwicklung vor.

Von den 5.095 erfaßten Beschäftigten (vgl. Arbeitsstättenzählung -1987) sind ca. 1/5 dem Verarbeitenden Gewerbe zuzuordnen. In der Regel handelt es sich um Klein- bzw. Mittelbetriebe mit durchschnittlich 6,4 Beschäftigten. Tragende Säulen dieser Wirtschaftsabteilung sind die Glas- und Keramikindustrie, daneben aber auch Holzverarbeitung und Elektrotechnik.

In der Zeit zwischen 1816 und 1932 war Rheinbach Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Die damit verbundene zentralörtliche Bedeutung führte zu einem Ausbau der Infrastruktur der Stadt (Amtsgericht, Krankenhaus, Bahn, Post, weiterführende Schulen, Justizvollzugsanstalt sowie eine Konzentration von Handel und Handwerk).

Zwischen 1950 und 1990 verdoppelte sich die Bevölkerungszahl von 11.228 langsam und nahezu stetig. Lediglich ein Bruch in der Entwicklungslinie war zu verzeichnen, der durch die kommunale Neugliederung von 1969 hervorgerufen wurde und die Eingemeindung mehrerer Umlandgemeinden zur Folge hatte. Anders als in den meisten Umlandgemeinden Bonns, deren Bevölkerungszahl sich z.T. mehr als verfünffachte, sah sich Rheinbach niemals als sog. "Schlafstadt" Bonns und konzentrierte sich damit in seinen Entwicklungsstrategien nur begrenzt auf verstärkten Wohnungsbau. Zwischen 1979 und 1987 stieg die Zahl der Wohnungen nur um 13,4%.

Tab. 1: Zuwachsraten im Vergleich

	1970	1987	Diff %	Diff % Kreis	Diff% Meckenheim
Bevölkerung	18.593	22.161	+ 19,2	+ 26,4	+ 160,9
Beschäftigte	3.700	5.095	+ 37,7	+ 40,2	+ 348,0
Arbeitsstätten	596	796	+ 33,6	+ 61,8	+ 275,8

Quelle: Arbeitsstättenzählung 1970/87

Sowohl die Zahl der Arbeitsstätten, als auch die der Beschäftigten verzeichneten im Zeitraum der letzten Volkszählungen im Vergleich zur Entwicklung des Rhein-Sieg-Kreises nur unterdurchschnittliches Wachstum. Besonders im Tertiären Sektor waren mit +85,2% im Vergleich zur Entwicklung im Rhein-Sieg-Kreis (+165%) nur unterdurchschnittliche Zuwächse zu verzeichnen. Der Beschäftigtenrückgang im Produzierenden Gewerbe verlief durchaus moderat (-13% Beschäftigte).

Neben der zentralörtlichen Bedeutung prägt vor allem der hohe Freizeitwert der Stadt deren Entwicklung. 47% der Katasterfläche der Stadt stehen unter Landschaftsschutz; etwa die Hälfte der Gemarkungsfläche gehört zum Naturpark Kottenforst-Ville, der besonders für die Bevölkerung der Städte Bonn und Köln von Bedeutung ist.

Aufbauend auf diesem natürlichen Potential stand die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt im Vordergrund aller Entwicklungsstrategien. Der Ausbau des Mittelzentrums galt zunächst als vorrangiges Ziel. Neben dem Ausbau des überregional bedeutsamen Schulangebotes bedeutete dies z.B. den Bau einer Tageserholungsanlage (18,3 ha), sowie eines Freizeitbades, Glasmuseum und verstärkte Denkmalpflege

(Nachbau mittelalterlicher Bausubstanz). Mit Unterstützung von Bund und Land erfolgten umfangreiche Sanierungsmaßnahmen (Umfang ca. 16 Mio. DM) im Stadtkern.

Während die Nachbarstadt Meckenheim durch Ausweisung von Gewerbeflächen einen Industrie- und Gewerbepark (Kottenforst) aufbaute, blieben in Rheinbach umfangreiche potentielle Gewerbeflächen zunächst ungenutzt. Mit dem Ratsbeschuß vom 19.3.1990 für eine vorrangige Gewerbeansiedlungspolitik leitete der Rat der Stadt Rheinbach eine neue Entwicklungsphase ein.

3. Der "Berlin-Entscheid"

3.1 Betroffenheit der Stadt Rheinbach durch den "Berlin-Entscheid"

Die Erwerbsstruktur ist durch einen hohen Auspendleranteil gekennzeichnet (53,3% von 9.572 Erwerbstätigen). 61% der Auspendler sind in Bonn tätig; ca. 600 dieser Auspendler sind in obersten Bundesbehörden beschäftigt. Laut Breuer (1994) ist zuzüglich mit einer Zahl von 30% "Verbände-Pendler" zu rechnen (S. 29). In seiner Studie errechnet Breuer den "Betroffenheitsgrad" der Gemeinden (=Beschäftigte und zugehörige Haushaltsmitglieder von Personen, die in obersten Bundesbehörden bzw. bei Verbänden beschäftigt sind, in Relation zur Einwohnerzahl der Wohngemeinde). Dabei kommt er in Bezug auf Rheinbach zu dem Ergebnis, daß ca. 10% der Bevölkerung direkt "betroffen" sind. Damit liegt Rheinbach in der Skala der Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises im Mittelfeld (S. 29).

Problematischer als diese Zahlen sind die Berechnungen der sog. "mittelbar Betroffenen", also der Personen, die z.B. durch die Vergabe von Wartungs- oder Reparaturaufträgen durch hauptstadtgebundene Einrichtungen von der Bundeshauptstadt profitierten.

In der Ratssitzung vom 22.6.92 erläuterte Tengler (Wirtschaftsförderung Rhein-Sieg-Kreis), daß von den erwarteten 23.000 Arbeitsplätzen, die den Berechnungen zufolge verloren gehen sollen, voraussichtlich 7.300 durch andere Bundeseinrichtungen kompensiert würden. Demzufolge müßten 15.000 Arbeitsplätze über eine Steigerung der wirtschaftlichen Kapazitäten aufgefangen werden.

Wenngleich in Frage zu stellen ist, ob diese Zahlen den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen werden, so demonstrieren sie dennoch, daß nicht nur die Stadt Bonn, sondern in besonderem Maße die Region Bonn/Rhein-Sieg gefordert ist, den Strukturwandel nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ mitzugestalten.

3.2 Der "Ausgleichsvertrag"

Ziel des "Ausgleichsvertrages" für die Region Bonn sollte nunmehr sein, der Region Bonn den Start in neue funktionale Zuweisungen zu erleichtern. Im Rahmen einer gutachterlichen Stellungnahme im Auftrag der Strukturfördergesellschaft mbH Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler stellt Breuer (TH Aachen) aus dem "Bonn-Vertrag"

(Vertrag über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn. 1994) zwei Aspekte als "normsetzend" heraus:

- 1) Art. 1 (2): Der Ausgleich soll insbesondere der "Entwicklung Bonns zu einer Region mit zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur" dienen.
- 2) als Ausgleichsgrundsatz wird in Art. 3 (1) unterstrichen, daß die Maßnahmen "geeignet sein müssen, den im Sinne des Art. 1 angestrebten Strukturwandel zu unterstützen." Die Maßnahmen zur Wirtschaftsstrukturförderung" sollen frühzeitig "Initialwirkung gegenüber der Region entfalten und eigenes Engagement fördern". Entsprechend Art. 5 (3) sind Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen:
- 3) als Zinszuschuß für den Erwerb von Grundstücken für Gewerbe-, Industrie- und Sondergebiete,
- 4) in Form einer Beteiligung an den Planungskosten o.g. Flächen,
- 5) und schließlich zur Förderung von Planung und Errichtung von Gewerbe- und Technologieparks.

Bis zum Jahr 2004 sehen die Ausgleichsmaßnahmen Gesamtleistungen im Wert von 2,81 Mrd. DM vor. Sie werden als "Anschubfinanzierung" betrachtet, um eine "nachhaltige strukturelle Verbesserung für die Region" einzuleiten. Zusätzlich wurden 210 Mio. DM als "Soforthilfemittel" (seit 1992) zur Verfügung gestellt.

4. Wirtschaftsförderung und Gewerbeentwicklung in Rheinbach

4.1 Erste Planungsschritte

Für Rheinbach erfolgte der "Berlin-Entscheid" zu einem Zeitpunkt, in dem die Stadt von der bisherigen Entwicklungspolitik abweichend, Gewerbeansiedlung erstmals als vorrangiges Ziel der Stadtpolitik beschlossen hatte (Ratsitzung vom 19.3.90). Gleichzeitig wurde mittelbare oder unmittelbare Grundstücksvorratspolitik beschlossen.

Mit diesem Entschluß bringt sich die Stadt bzgl. der Strukturentwicklung der Region in eine herausragende Position: Im Dezember 1990 war festgestellt worden, daß von den ca. 1.550 ha Industrie- und Gewerbefläche im Kreis und Stadt Bonn nur noch 300 ha verfügbar sind. Etwa die Hälfte dieser noch nicht belegten Flächen entfallen auf die Stadt Rheinbach. Unter "Ziel 6" wird daher im Gebietsentwicklungsplan Rheinbach als Gewerbe- und Industrieansiedlungsstandort mit größeren Flächenreserven ausgewiesen.

Der Rat vergab 1990 den Auftrag für ein neues Gewerbeansiedlungskonzept, welches im Juni 1991 vorgelegt wurde. In der Konsequenz dieses Konzeptes beschloß die Stadt die Änderung eines Bebauungsplanes sowie die Auslagerung der bisher durch die Stadt erfolgte Wirtschaftsförderung in eine 1992 neu gegründete "Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH", deren Aufgabe primär in der gezielten Vermarktung der Flächen liegt.

Von den 199 ha als Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich ausgewiesenen Flächen waren 155 ha noch nicht belegt. Die Stadt teilte dieses Gebiet in 6 Bauabschnitte auf, die in verschiedenen Zeitabschnitten nach und nach belegt werden sollen. Im

Gewerbeansiedlungskonzept (25.6.91) geht Jansen von einem Arbeitsplatzpotential für das gesamte Plangebiet von ca. 4.000 Beschäftigten aus. Dies wiederum impliziert ein Umdenken der Stadt bezüglich ihrer Wohnansiedlungspolitik: Bei 4.000 potentiellen Arbeitsplätzen ist von einem Wohnbedarf von mindestens 1.000 neuen Wohneinheiten auszugehen. Entsprechend werden Planungen zur Errichtung eines neuen Wohngebietes vorangetrieben (Weilerfeld).

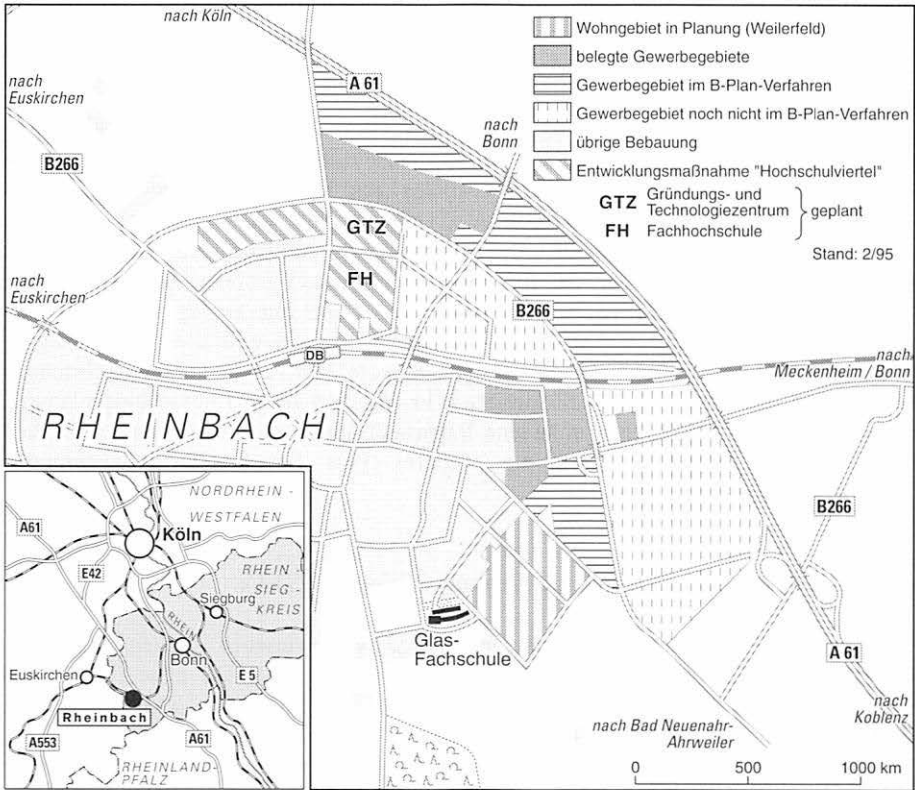


Abb.1: Planungsabschnitte der Stadt Rheinbach (den Hartog-Niemann)

Zunächst kaufte die Stadt ein 30 ha großes Gelände und begann Planungen für einen "Gewerbe- und Büropark Nord". Schwerpunktmäßig wurde in diesem Gebiet die Förderung des ansässigen Gewerbes betrieben. Derzeit befinden sich in diesem Bauabschnitt neben einem Möbellager ein Unternehmen der Elektro- und Sicherheitstechnik, eine Möbeltischlerei, ein Blumengroßhandel, ein Tiefbau- Straßenbauunternehmen, eine Druckerei und ein Tankschutzunternehmen. Lediglich bei den beiden

Letztgenannten handelt es sich nicht um Betriebe mit Betriebsverlagerungen aus Rheinbach. Für die künftig ansiedelnden Firmen zeigt sich ein ähnliches Bild. Auch hier handelt es sich um Betriebsverlagerungen (meist) aus Rheinbacher Ortschaften und in der Regel um Handwerksbetriebe (Fliesen, Zimmerei, Gartenbau, Karosseriebau, Sanitäranlagen). Als Ansiedlungserfolg wird ebenfalls eine Firma für Datensicherheit und Bürotechnik gewertet. Bei der weitergehenden Belegung der Flächen geht die Stadt Rheinbach von einem "Leitbranchenkonzept" aus. Aufbauend auf dem endogenen Potential der Stadt, welches im besonderen durch das Glashandwerk geprägt wird (Glasverarbeitung, Glaskunst, Glasmuseum, Staatliche Glasfachschule), sollten hier nur diesem Konzept entsprechende Betriebe aus dem Bereich *Glas/Keramik/Neue Werkstoffe* Berücksichtigung finden. Dieses Konzept wurde in zunehmendem Maße Objekt umfassender politischer Auseinandersetzungen, auf die später weiter eingegangen wird.

Die Entwicklungschancen des Rheinbacher Gewerbegebietes werden allgemein positiv eingeschätzt (z.B. Breuer 1994, S. 56). Neben der verfügbaren Fläche, "Fläche ist nicht alles, aber ohne Fläche ist alles nichts" und dem beschriebenen endogenen Potential, der guten Verkehrsanbindung (A 61) und der Nähe zu den Oberzentren Bonn, Köln und Aachen wird insbesondere die Einbindung im europäischen Wirtschaftsraum hervorgehoben. Breuer betont, daß hier Gewerbeflächen in großem Umfang in einem Raum "mit vorzüglicher wirtschaftsgeographischer Lage" zur Verfügung stehen, von denen, "bei gezielter Ausnutzung, umfangreiche Synergieeffekte für die gesamte Region ausgehen können" (vgl. auch: Tengler, Ratsitzung vom 22.6.92). Die oben beschriebene Gewichtung des Freizeitfaktors für die Stadt in der ehemaligen Entwicklungsplanung, sowie die bereits nahezu abgeschlossene Innenstadtsanierung stellen zudem bezüglich der "weichen" Standortfaktoren ein weiteres Plus für Standortentscheidungen potentieller Interessenten dar.

4.2 Das Gründungs- und Technologiezentrum Rheinbach (GTZ)

Nach Umwidmung der im Bebauungsplanes Nr. 53. ausgewiesenen Flächen im Rahmen des Konzeptes "Büro- und Gewerbepark" setzte die neue WFEG neue Image- und Marketingstrategien an; es wurde der Begriff vom "TIP-Rheinbach" (Technologie im Park) geprägt. Auf 4.000 qm ist ein Gründungs- und Technologiezentrum geplant, welches sowohl von Seiten des Landes, als auch von Seiten des Bundes umfangreiche Förderung erfährt: Dieses Zentrum ist mit den Maßnahmen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises abgestimmt und wurde in die Liste der "Sofortmaßnahmen" der Ausgleichsleistungen für die Region Bonn sowie in das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes NRW aufgenommen. Von den veranschlagten Baukosten in Höhe von DM 15,74 Mio. werden ca. 12 Mio. über Ausgleichsmittel des Bundes und Förderungen des Landes abgedeckt, 2,6 Mio. werden von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft und der Rest von der Stadt Rheinbach zu tragen sein.

Vorgesehen sind Büro-, Werkstatt-, Labor- und Werkhallenflächen in variabler Größe; ein administratives Service-Centrum, Konferenz- und Schulungsräume. Daneben

werden Beratungsdienstleistungen zur Verfügung gestellt. Nach Buse (Geschäftsführer der WFEG Rheinbach) liegen die Funktionen des GTZ:

- 1) in der Gründungsunterstützung (zeitlich begrenzte Staffelmieten, Infrastrukturleistungen)
- 2) als Zentrum der Leitbranchenkonzeption
- 3) und schließlich im Technologietransfer.

4.3 Die Bedeutung der Fachhochschule Rhein-Sieg

Neben den bereits beschriebenen Investitionshilfen des Bundes beschloß der Bundestag im Ausgleich für den Wissenschaftsstandort Bonn die Errichtung einer Fachhochschule Rhein-Sieg. Ministerin Anke Brunn bezeichnete diese Fachhochschule als "Hoffungsträger und Impulsgeber für den Strukturwandel" (23.02.1994) in der Region. Der Kreistag legte sich im Dezember 1993 auf eine dezentrale Fachhochschule mit zwei Standorten fest. Ende 1994 verabschiedete der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen das Gesetz zur Errichtung einer Fachhochschule Rhein-Sieg mit der Festschreibung auf zwei Standorte: St. Augustin (rechtsrheinisch) und Rheinbach. Der Aufteilung der Fachhochschule auf zwei verschiedene Standorte liegen in erster Linie strukturpolitische Aspekte zugrunde: Von der Kombination: Technologiepark mit Start-Up-Center, Gewerbeflächen, Glasfachschule und Fachhochschule verspricht sich die Landesregierung umfangreiche Synergieeffekte für die gesamte Region. Aus diesem Grunde wird die geplante Fachhochschule in unmittelbarer Nähe zum GTZ errichtet.

Die zu erwartenden Synergieeffekte umschreibt Zulauf, (Förderkreis Fachhochschule Rhein-Sieg; "runder Tisch" 1994) in drei Punkten:

- 1) die FH stärke die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen durch intensive Kooperation. Dies führe zum Wachstum der einheimischen Wirtschaft;
- 2) es entstehe ein "innovatives Klima" und damit ein wichtiger Standortvorteil, was zur Ansiedlung neuer, auswärtiger Betriebe führe, und schließlich
- 3) über gezielte Beratung und Information sei zu erreichen, daß Neugründungen direkt aus der Fachhochschule heraus möglich werden.

Das tatsächliche Ausmaß der Auswirkungen des Hochschulbetriebs wird abzuwarten sein. Es ist allerdings davon auszugehen, daß ein Studienbetrieb mit ca. 2.000 Studenten regionale Inputleistungen nach sich ziehen wird. Zunächst sind in der ersten Ausbaustufe für die Abteilung Rheinbach ca. 1.000 Studienplätze vorgesehen.

5. Implementationsprozeß der dargestellten Planungen

5.1 Diskussion am "runden Tisch"

In einer Diskussionsrunde "am runden Tisch" (Rheinbach, 23.2.1994) diskutierten verschiedene Fachleute die dargelegten Planungskonzeptionen. Im Prinzip bestand Einvernehmen darüber, daß es sich bei dem Rheinbacher Planungsgebiet um wertvolle Flächen handelt, welche sehr sorgfältig belegt werden sollten. Dr. Send (Min. WMT NW) stellte fest, daß in NRW derzeit 44 Technologiezentren bestehen (und weitere 6 in Bau sind). Aufgrund dieser Konkurrenz sei "ein eigenes Profil für dieses Gewerbegebiet von entscheidender Bedeutung". Ähnlich äußerte sich auch Krämer (Handwerkskammer Köln), das Gewerbegebiet "sollte ein Marktsegment abdecken und sich damit von anderen TZ abheben!" Arens (Strukturfördergesellschaft Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler) sprach sich sehr für ein solches Zentrum in Verbindung mit einem Leitbranchenkonzept aus, da hier "langfristigen Strukturentwicklungen" Rechnung getragen wird. Breuer (RWTH Aachen) und Tengler (Kreisverwaltung Siegburg) unterstrichen in ihren Ausführungen die imagebildenden Effekte, die von einem Leitbranchenkonzept ausgehen. Diese seien, langfristig gesehen, wesentlich umfangreicher *strukturbildend*, als die bei ungeregelter Ansiedlung erreichten direkten Arbeitsplatzeffekte (vgl. S. 22).

Die Tragfähigkeit eines Leitbranchenkonzeptes "Glas, Keramik, neue Werkstoffe" wurde von den Fachleuten aus der Wirtschaft hingegen nicht kritiklos unterstrichen. Vertreter der jeweiligen Industriezweige äußerten insbesondere Sorge über erforderliche Kapazitätsauslastungen. Bringen die sog. innovativen Industrien soviel Technologie mit sich, daß ein Technologiezentrum ausgelastet wird? Besonders Vertreter der Keramikindustrie (Blumenberg, Geschäftsführer der Deutschen keramischen Gesellschaft) bezweifelten ein ausreichendes Gründerpotential. Als weiteres kritisches Argument wurde der Arbeitsplatzabbau in den anvisierten Industriezweigen herausgestellt (z.B. Vorpeil - Vereinigte Glaswerke, Aachen). Kammern und Wissenschaft unterstrichen allerdings, daß, wenn es gelänge, den Schwerpunkt der Ansiedlungen im Bereich Technologie-neue Werkstoffe anzulegen, zitierte Arbeitsplatzverluste irrelevant seien. Hier handele es sich zumeist um konjunkturell, aber auch strukturell bedingte Arbeitslosigkeit, die mit einem Abbau der Fertigungstiefe einhergehe. Ein Technologiezentrum aber, das in enger Kooperation mit Fachhochschule, Glasfachschule, Universitäten und Kammern arbeitet, gibt insbesondere mittelständischen Unternehmen die Chance, innovativ tätig zu sein und damit eine Arbeitsmarktlücke zu füllen.

5.2 Bemerkungen zur Entwicklung der Wirtschaftsförderungskonzeption zwischen 1992 und 1994

- Ein Vergleich der "Grundsätze zur Wirtschaftsförderung der Stadt Rheinbach" vom August 1992 und dem neu vorgelegten Entwurf der WFEG vom 10.2.1994 gibt Hinweise darauf, daß innerhalb von knapp 2 Jahren, in denen auch die Geschäftsführung der WFEG wechselte, wesentliche Änderungen der Bewertung zukünftiger Entwicklungsstrategien erfolgten. Kernpunkt der Diskussion sind Interpretation und Umsetzung des sog. "Leitbranchenkonzeptes". Der neu vorgelegte Entwurf stellt als Primärziel Gewerbeförderung und Gewerbeansiedlung heraus. Von Seiten der WFEG war noch in der Diskussion "am runden Tisch" unterstrichen worden, daß der Erfolg von Technologiezentren "nicht allein am Auslastungsgrad der vermieteten Fläche, sondern vielmehr an den ursprünglichen Zielsetzungen der Förderung des Technologietransfers"..."und die Funktion im wesentlichen darin gesehen wird, innovative Aktivitäten zu bündeln und damit Synergieeffekte zu erzeugen, die für die gesamte Wirtschaftsregion von Bedeutung sind" (vgl. S. 3 - "runde Tisch Gespräch"). Auf Seite 19 des o.g. neuen Entwurfes wird hingegen dargelegt, daß die Leitbranchenkonzeption „nur eine von vielen Zielsetzungen innerhalb eines Zielsystems“ sei, andere Zielsetzungen hätten ein „z.T. noch höheres Gewicht“. (z.B. Bestandssicherung, Arbeitsplatzdichte, Ausbildungsplätze, Steuerkraft oder auch die Einhaltung von Zeitperspektiven und Finanzierungsvorhaben). Im folgenden wird festgestellt, daß sich ein derartiges Leitbranchenkonzept gar negativ zu anderen Zielsetzungen verhalten könne, da
- High-Tec Betriebe i.d.R. durch niedrige Arbeitsplatzquoten gekennzeichnet seien,
- kein ausgewogenes Branchen- und Betriebsgrößenmix entstehen könne, und
- Finanzierungsvorhaben mit Flächenreservierungen für Leitbranchenkonzepte kollidieren müssen.

Entsprechend änderte sich auch die Einstellung zu einer Bodenvorratspolitik durch die Stadt. In beiden Versionen wird unterstrichen, daß diese Politik die Stadt in die Lage versetze " nicht nur fast jede gewünschte Grundstücksgröße an(zu)bieten, sondern auch steuernd bei der Besetzung der Gewerbeflächen mit Betrieben mitwirken zu können" (1992, S. 6). In der neuen Version fällt allerdings die Streichung der Begründung dieser Politik mit der Zielrichtung einer "geordneten Stadtpolitik" (1992, S. 6) auf. Vielmehr wird der Gesichtspunkt "einer erwünschten Besetzung des Gewerbegebietes mit Betrieben, die eine hohe Dichte und eine hohe Qualität von Arbeitsplätzen mit einer hohen Wertschöpfung und Steuerkraft verbinden" als Argument hervorgehoben (1994, S. 9).

Es ist einsichtig, daß eine Stadt wie Rheinbach nicht in der Lage ist, eine 155 ha große Fläche über längere Zeit vorzuhalten. Dies würde den Finanzhaushalt der Stadt, aber auch "die Wirtschaftlichkeit der WFEG" überfordern (1994, S. 32). Aus den Grundsätzen der Wirtschaftsförderung geht hervor, daß sich die WFEG zumindest teilweise aus Leistungsentgelten für ihre Maklertätigkeit finanziert (S. 10). Die Gesellschaft spricht sich daher dafür aus, zwischen Erwerb der Flächen und deren

Wiederverkauf max. 7-8 Jahre vorzusehen, bzw. von einem Ankauf größerer Flächen seitens der Stadt zum jetzigen Zeitpunkt abzusehen. Wissenschaftliche Gutachter, wie Breuer und Jansen, sowie die für die Strukturentwicklung der Region Bonn/Rhein-Sieg zuständigen Planer (z.B. Tengler) hingegen hatten bisher mehrfach darauf hingewiesen, daß eine gesteuerte qualitative Besiedlung des Gebietes "einen langen Atem" brauche. Nur in diesem Fall ist eine enge Kooperation mit dem (mit beachtlicher finanzieller Unterstützung von Bund und Land) geplanten Technologiezentrum und der Fachhochschule realisierbar.

6. Zusammenfassung und Abschlußbemerkungen

Mit Rheinbach präsentiert sich in der Region Bonn/Rhein-Sieg eine Stadt als einer der Kristallisationspunkte für die Entwicklung der Region Bonn/Rhein-Sieg. Landes- und Bundesregierung unterstreichen diese Tatsache durch umfangreiche Fördermaßnahmen. Die Zuweisung der Fördermittel aber ist nicht zuletzt das Ergebnis des hochwertigen endogenen Potentials der Stadt. Harte wie weiche Standortfaktoren bieten günstige Konstellationen für eine auch überregional bedeutsame Strukturentwicklung. Es gilt, wertvolle Gewerbefläche zukunftsweisend zu belegen.

Derzeit allerdings deutet sich die Gefahr einer zu schnellen Veräußerung der Flächen an. Es zeichnet sich ab, daß hier ein traditionelles Gewerbegebiet entstehen könnte, von dem Synergieeffekte in größerem Umfang kaum zu erwarten sind. Besonders in der Anfangsphase des Gewerbegebietes sollte darauf geachtet werden, daß eine gezielte Auswahl der Betriebe erfolgt. Ein qualitativ hochwertiges Gewerbegebiet, das dem ursprünglichen Synergie-Gedanken gerecht wird, braucht Zeit. Erforderlich ist diese Zeit insbesondere zum Aufbau eines Images, das Voraussetzung zur Akquisition hochwertiger Betriebe ist.

Trotz einer andauernden Grundsatzdebatte in den politischen Gremien des Rates der Stadt Rheinbach scheint die Entwicklungsplanung von dem zunächst hochgesteckten Ziel abzuweichen. Dies hätte zur Folge, daß Regionalentwicklung zugunsten der Stadtentwicklung weicht. Dies wäre umso bedauerlicher, als in diesem Fall die Stadt Rheinbach eine Chance vertut, als Kristallisationspunkt für die gesamtträumliche Entwicklung einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Der "Berlin-Beschluß" fordert Entwicklungsstrategien der Elemente der Region für die Gesamtregion. Ein Mittelzentrum, das alle wesentlichen Standortfaktoren für hochwertige Gewerbeansiedlung aufweist, sollte sich dieser Aufgabe bewußt sein.

Wirtschaftsförderung muß nicht zwingend einen Widerstreit zwischen bestehenden Strukturen und innovativer Entwicklung darstellen. Breuer faßte dies beim "Runden Tisch" treffend mit folgenden Worten zusammen: *"Das Vorhandene sollte sich wiedererkennen, aber auch das Neue muß möglich sein"*.

Zusammenfassung

Rheinbach, eine Kleinstadt am Rande der Eifel mit funktionaler Zuordnung eines Mittelzentrums, durchlebt derzeit rasante Strukturwandlungsprozesse. Diese Prozesse setzen an ein Potential an, das auf Entwicklungsprogramme der letzten 40 Jahre zurückzuführen ist. Die Geschwindigkeit der ablaufenden Prozesse hat nicht zuletzt aufgrund des "Berlin-Beschlusses" vom 20.6.1991 erheblich zugenommen.

Die Stadt Rheinbach gilt als einer der Kristallisationspunkte für die Neuorientierung der Region Bonn/Rhein-Sieg. Das Land Nordrhein-Westfalen verspricht sich vielseitige Synergieeffekte für die Gesamtregion, sollte es gelingen, geplante zukunftsweisende Investitionen in der Praxis zu realisieren.

Der Gemeinde innerhalb der Region Bonn/Rhein-Sieg, als unterste Planungsebene, kommt als Baustein im Umstrukturierungsprozeß der Gesamtregion eine Schlüsselfunktion zu. Die vorgelegte Arbeit stellt die Entwicklungskonzepte der Stadt dar, zeigt die Notwendigkeit eines Strukturwandels auf und macht Probleme bei der Implementation der Ziele sichtbar. Dabei zeigt sich, daß Entwicklungsstrategien von Bund und Land nicht in jedem Fall mit denen der entscheidenden Gremien, die für die Stadtentwicklungsplanung und Wirtschaftsförderung verantwortlich sind, übereinstimmen. Dies könnte für die Entwicklung der Gesamtregion von entscheidender Bedeutung sein.

Summary

Rheinbach, a small town and middle-order centre on the edge of the Eifel mountains currently experiences rapid structural changes. This adds to a potential having been created by development programmes during the last forty years. The place of change has accelerated considerably not least because of the decision on the German Capital ("Berlin Decision") of January 6th, 1991.

The town of Rheinbach is being regarded as a focal point for the reorientation of the region Bonn/Rhein-Sieg. Various synergy-effects for the entire region are anticipated, provided that envisaged innovative investments will be realized.

The municipality as lower planning tier maintains a key role as a factor of structural change of the whole region. The article demonstrates the necessity for structural change, characterises the local concepts of development and illustrates problems of implementation. Meanwhile it emerges that the development strategies of Federal and State Government do not always match with those of the local bodies concerned with urban planning and support of business. This could restrict the development of the whole region.

Literatur

- BREUER, H.W.: Gewerbeflächen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler. Standortbewertungen und Nutzungskonzepte für Technologie- bzw. wissenschaftsorientierte Vorhaben (von regionalwirtschaftlicher Bedeutung). Aachen 1994.
- JANSEN, P.G.: Gewerbeansiedlungskonzept für die Stadt Rheinbach. o.O., o.J.
- KALENBERG, H.: Rheinbach im Strukturwandel. In: Die Eifel, 1994, S. 201-204.
- Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt kreisfreie Stadt Bonn/Rhein-Sieg-Kreis. Bekanntmachung vom 14.04.1987 - VL B 2-60.67 MBL.NW.1987, S. 636.
- Planungsstelle Gewerbliche Ansiedlung und Innenstadtsanierung. Handwerkskammer zu Köln und Industrie- und Handelskammer zu Köln [Hrsg.]: Die Stadt Rheinbach als Standort für Einzelhandel und einzelhandelerorientiertes Handwerk. Band I. Köln 1988.
- Stadt Rheinbach: Niederschrift über die Sitzung des Rates (5/21) vom 22.6.1992.
- ders.: Grundsätze zur Wirtschaftsförderung. Rheinbach 1992.
- Vereinbarungen über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn. 29.06.1994. Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach (WFEG): Grundsätze zur Wirtschaftsförderung der Stadt Rheinbach -Entwurf-. Rheinbach 10.2.1994.
- ders.: Fachgespräche "am runden Tisch" zum Projekt "Gründungs- und Technologiezentrum Rheinbach - Glas, Keramik, mineralische Werkstoffe" am 23. Febr. 1994. Dokumentation. Rheinbach 1994.
- ders.: Gründungs- und Technologiezentrum Rheinbach - Glas, Keramik, mineralische Werkstoffe. Konzeption. Rheinbach 1993.
- ders.: Gründungs- und Technologiezentrum Rheinbach - Glas, Keramik, mineralische Werkstoffe. Konzeption. Rheinbach 1994.

Dr. Eva den Hartog-Niemann
Institut für Wirtschaftsgeographie der Universität Bonn
Meckenheimer Allee 166
D-53115 Bonn

Detlef Herold

Renaissance der Geopolitik - ein Beispiel

Der Titel dieses Beitrages eines Hobbygeographen - wie Klaus Kost die hochschulfernen "anwendenden Geographen" auf dem Geographentag in Bochum im Oktober 1993 treffend bezeichnete - ist eine bewußte Provokation, die davon ausgeht, daß die Geopolitik auch in Deutschland längst wiedergeboren ist. Dieser Phönix aus der Asche der heißen Kriege dieses Jahrhunderts und des eben erst beendeten Kalten Krieges darf jedoch keine schlichte Wiedergeburt sein, sondern muß einige Lehren aus seinem Vorleben beherzigen. Ein konkretes Beispiel soll These und Forderung stützen.

1. Über das Vorleben und die Lehren

Stehvermögen und ein langer Atem waren nötig, um aus der totalen Negierung der Geopolitik - das heißt deren wissenschaftlich begründete und ideologisch-emotional verstärkte Ablehnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges - zu einem neuen Anfang für diesen geographischen Forschungszweig zu finden. Von den neueren anwendungsbezogenen Geowissenschaften etablierte sich in den 50er und 60er Jahren zunächst die Raumforschung und Raumordnung, in den 60er Jahren gesellte sich die Angewandte Geographie dazu, in den 70er und 80er Jahren folgten Ökologie und Umweltforschung als spezifisch politikorientierte Forschungsdisziplinen.

Noch in den 60er und 70er Jahren wurde es als nicht opportun von den Geographen in Deutschland - besser: in den beiden Teilen Deutschlands - angesehen, sich mit der Geopolitik in anderer als negativ-kritischer Weise zu befassen. Dabei war der Begriff Geopolitik in Deutschland trotz seiner Tabuisierung - und im westlichen und östlichen Ausland schon gar nicht - wirklich verschwunden, vielmehr überlebte er im deutschen Sprachraum als Adjektiv: "geopolitische Lage" und andere mehr oder (meistens) weniger sinnvolle Wortkombinationen lassen sich in Leitartikeln und Politikerreden finden. Mit der sich abzeichnenden Auflösung des Ostblocks in den 80er Jahren wurde er häufiger verwandt, und seit den epochalen Umbrüchen der beginnenden 90er Jahre ist raumbezogenes politisches Denken nicht mehr tabuisiert, vielmehr hat es eine geradezu bedenklich stimmende Konjunktur. Die sogenannten "neuen" Risiken und Herausforderungen (Bevölkerungsexplosion, Vergrößerung, ethnische Minderheiten, Nationalismus, Fundamentalismus, nationale und internationale Massenwanderungen, Fehlernährung und Hungersnöte, Verknappung natürlicher Rohstoffe, Umweltverschmutzung und Klimaänderung, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus und organisiertes Verbrechen) haben die Rolle der militärischen Bedrohung in der Zeit des Kalten Krieges insoweit nahtlos und schnell übernehmen müssen, als Streitkräfte über die nationale Selbstverteidigungsaufgabe hinaus zu legitimieren sind.

Noch auf der Jahrestagung des Internationalen Institutes für Strategische Studien (IISS London) im Herbst 1991 in Zürich gab der Hauptredner Zbigniew Brzezinski das - ironisch gemeinte - Motto aus, man müsse schleunigst lernen, in welchem Land Duschanche Hauptstadt sei. Doch längst haben die nuklearstrategischen Analytiker sich umorientiert auf "operations others than war", und jene rethorisch-geographische Ratlosigkeit gibt es in diesen Kreisen nicht mehr. Die internationale "strategic community" hat den geopolitischen Forschungsansatz wiederentdeckt. Die Wechselbeziehungen zwischen geographisch bedingten Faktoren einerseits und politischen Planungen und Entscheidungen andererseits sind Gegenstand strategischer Analysen geworden.

Hier setzt eine fundamentale Aufgabe historisch-geographischer Forschung ein: die Erkenntnisse aus der eigenen Wissenschaftsgeschichte in die Gegenwart umzusetzen. Die Irrwege der deutschen Geopolitik (Biologismus, Determinismus) haben die Geographen zu der Erkenntnis geführt, daß geopolitische Forschung allein durch die possibilistische Sichtweise geleitet sein darf. Damit gekoppelt ist die zweite Erkenntnis, daß politische Abstinenz der Wissenschaft nicht zur Ehre gereicht, zumal in ihrem Namen betriebener Mißbrauch auch den nicht direkt betroffenen Forschern angelastet wird. Die politische Verantwortung gebietet auch dem Wissenschaftler, den Elfenbeinturm zu verlassen und Aufgaben für die Allgemeinheit zu übernehmen. Nicht nur vornehme Zurückhaltung zielt den Wissenschaftler, auch engagierte Verantwortung ist gefragt. In diesem doppelten Sinn - kritischer Warner und fachlich qualifizierter Analytiker zu sein - müssen sich auch die deutschen Geographen an der internationalen Strategiediskussion beteiligen. Die geopolitische Konjunktur hat gerade erst begonnen.

2. Der Anstoß

Ein Beleg dafür ist die Entstehung und erste Bewährungsprobe des Geopolitischen Arbeitskreises deutschsprachiger Wissenschaftler (Geopolitical Analyses Working Group), der am 7. April 1995 in Waldbröl gegründet wurde und Professor Klaus-Achim Boesler von der Universität Bonn mit dem Vorsitz betraute. Diese Gruppe anwendungsorientierter Forscher und sicherheitspolitischer Experten beriet und begleitete das 1. Internationale Geopolitische Forschungskolloquium über Euro-Atlantische Sicherheit (IGFK), das etwa 50 Analytiker für vier Tage im November 1995 am George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen zusammenführte.

Die Entstehungsgeschichte dieser neuen Institutionen ist mit den erwähnten epochalen Umwälzungen verwoben und ideengeschichtlich wie materiell in der veränderten geopolitischen Umwelt in Europa und Eurasien verankert. Ausgangspunkt war der einleitend erwähnte Geographentag in Bochum. Eine der Sitzungen befaßte sich mit neuen Raumstrukturen globaler Politik (Leitung: Boesler/Wackermann) und der möglichen Renaissance geopolitischen Denkens (Leitung: Sandner/Ossenbrügge). Die Diskussionen waren lebhaft und teilweise kontrovers. Was aber würde das langfristige Ergebnis sein, fragten sich einige Teilnehmer am Ende dieses Sitzungstages. Die vorläufige Antwort fanden sie schnell und einvernehmlich: sicherlich nicht mehr als auf

den anderen beiden Geographentagen (Berlin 1981 und Mannheim 1985), auf denen politisch-geographische Themen behandelt worden waren - ehrenvolle Manuskriptabdrucke in den offiziellen Abhandlungen und Tagungsberichten. So kam man überein, zusätzlich die Herausforderung durch die sich abzeichnende Renaissance der Geopolitik anzunehmen und initiativ zur wissenschaftlichen Diskussion auf diesem Sektor beizutragen.

3. Der Geopolitische Arbeitskreis

Von vornherein ging es darum, einen unabhängigen organisatorischen Fixpunkt und ein geeignetes wissenschaftliches Forum zu schaffen, deren wichtigste Aufgaben sein sollten: an der öffentlichen Diskussion über Geopolitik und über geopolitische Inhalte mit wissenschaftlich fundierten Beiträgen teilzunehmen, um geographisch bedingtes deterministisches Denken zu korrigieren und politisch-strategische Forschung zu fördern. Der entsprechend diesem Ziel in Waldbröl gegründete Geopolitische Arbeitskreis umfaßt deutsche und österreichische Geographen, Politikwissenschaftler und andere Analytiker, die an sicherheitspolitischen Fragen interessiert sind. (Der Tradition des Deutschen Geographentages folgend wird hoffentlich bald auch die Schweiz als drittes deutschsprachiges Land in Europa vertreten sein.) Wenn diese sprachgeographische Zusammensetzung der Kerngruppe auch nur eine der Voraussetzungen für die künftige Wirksamkeit des Arbeitskreises ist, so zeigt sich darin doch von vornherein deren wissenschaftliche Offenheit und internationale Ausrichtung, zumal der organisatorisch-räumliche Bezugsrahmen für die zu beteiligenden Wissenschaftler, Experten, Entscheidungsträger, Fachjournalisten und anderen Multiplikatoren die transatlantische und osteuropäische Komponente einbeziehen muß. Dies entspricht nicht nur der Einbindung des deutschen Sprachraumes in die euro-atlantische Sicherheitszone, sondern hilft wissenschaftliche Enge und Einseitigkeit zu vermeiden. Interdisziplinäre Vielfalt und euro-atlantische Ausrichtung sollen provinzielle und nationale Kurzsichtigkeit und Einseitigkeit ausbalancieren und den wissenschaftlichen Ertrag und dessen praktische Anwendbarkeit verbessern.

4. Das Internationale Geopolitische Forschungskolloquium

Die wissenschaftliche Betreuung des IGFK ist die erste konkrete Aufgabe des Arbeitskreises. Das Kolloquium wurde vom Research and Conference Center (RCC) des Marshall Center durchgeführt. Das Rahmenthema lautete "Geopolitische Grundlagen und Perspektiven für Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa und Eurasien". Der Veranstaltungstyp und das Thema entsprechen dem Auftrag des RCC in geradezu idealer Weise, denn es soll als internationales Forum für den Gedankenaustausch über Fragen von vitaler Bedeutung für die europäische Sicherheit dienen. Weiterhin soll es die internationale Zusammenarbeit fördern, die Funktionsfähigkeit von Demokratie und

Marktwirtschaft verbessern und den Zusammenhalt zwischen den Staaten der euro-atlantischen Sicherheitsgemeinschaft stärken.

Das Forschungskolloquium vereinte Forscher und Praktiker aus den Staaten beiderseits des Atlantik zu wissenschaftlichem Gedankenaustausch, förderte das gegenseitige Verständnis und soll zu weiterer Zusammenarbeit führen. Es entspricht damit durchaus einem zentralen sicherheitspolitischen Anliegen der Nordatlantischen Allianz: die westliche Sicherheitsgemeinschaft auf Osteuropa und Zentralasien auszudehnen, um die politische Stabilität zu festigen und kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Das Kolloquium ist der zentrale Teil eines vierstufigen wissenschaftlichen Verfahrens, dessen Ergebnis eine wissenschaftliche Publikation sein wird. Zunächst fertigten die künftigen Autoren des Sammelbandes Entwürfe ihrer Artikel an, die die Grundlage ihrer Vorträge auf dem IGFK waren. Diese Entwürfe wurden den jeweils zwei Kommentatoren so rechtzeitig zugeleitet, daß diese sich vorbereiten und ihre eigenen Entwürfe konzipieren konnten. Der jeweilige Hauptredner und die beiden Kommentatoren bilden also ein Team, das insgesamt drei Artikel zu einem gemeinsamen Thema zu schreiben und zuvor als Panel zu diskutieren hatte - woran sich alle Konferenzteilnehmer beteiligten. Nach dem Kolloquium überarbeiteten alle Referenten ihre Entwürfe, die im anschließenden Halbjahr editiert und zu einem Buch in englischer Sprache zusammengefaßt werden.

Hier ist hinzuzufügen, daß alle - gewissermaßen handverlesenen - Teilnehmer gehalten waren, an dem gesamten IGFK teilzunehmen: alle waren wissenschaftlich qualifiziert, die Referenten standen in der Regel im Rang von Hochschullehrern. Die in der Nordatlantischen Allianz übliche und für deren Solidarität notwendige geographische Balance wurde gewahrt: anglo-amerikanische, westeuropäische und osteuropäische Wissenschaftler waren etwa zu gleichen Teilen bei den Referenten vertreten, bei den anderen Teilnehmern bildeten die Ost- und die Westeuropäer die quantitativen Schwerpunkte.

Um die Transparenz des Vorhabens "neuer institutionalisierter Anfang für die Geopolitik im deutschsprachigen Raum" zu gewährleisten und allfälligem Mißtrauen bestmöglich zu begegnen, sei auch noch der Inhalt des IGFK umrissen. Eingeleitet wurden die Vorträge mit einer kritischen Bewertung des gegenwärtigen Diskussionsstandes der Politischen Geographie und der Geopolitik. Der nächste Vortrag befaßte sich dann grundsätzlich mit der Rahmenthematik des Kolloquiums. Hierauf wurden die neuen Dimensionen der Sicherheitspolitik (Bevölkerungsentwicklung etc.) untersucht und bewertet. Die neuen nationalen und regionalen Strukturen in Osteuropa und Eurasien und deren kontinentale und regionale Wechselbeziehungen lenkten den Blick auf die neuen geographischen Bezüge der Politik in den Entwicklungsdemokratien. Marktwirtschaftliche Strukturen und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nationaler und regionaler Wirtschaftsräume in Osteuropa als sicherheitspolitisches Problem schlossen sich an. Mit der Diskussion der politisch-geographischen und sicherheitspolitischen Ausbildungs- und Erziehungskomponenten als Teil der und Voraussetzung für die Schaffung von demokratischen Erziehungseinrichtungen in Osteuropa erschloß das Kolloquium ein neues Feld wissenschaftlicher Analyse. Es wird nicht verwundern, daß dieser insgesamt sehr breite thematische Ansatz abschließend von zwei Wissenschaft-

lern nach seinen Inhalten und weiterführenden Erkenntnissen zusammengefaßt und bewertet worden ist. (Auf der Basis dieser Bilanzierung und des gesamten Konferenzverlaufes stehen die Forschungsergebnisse dieses IGFK bereits bei Abfassung dieses Beitrages, wenige Monate nach dem Ende des Kolloquiums, in der vorläufigen Form eines etwa 50-seitigen Konferenzberichtes zur Verfügung.)

5. Chance und Herausforderung

Das RCC ist grundsätzlich bereit, jedes Jahr ein solches Kolloquium mit wechselndem Rahmenthema durchzuführen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Eine solche Kontinuität und Transparenz ist aus der Sicht der internationalen geopolitischen Forschung sicherlich sehr begrüßenswert. Dabei bringt das Marshall Center nicht nur seine internationale Reputation als akademische Ausbildungs- und Forschungsstätte für politisch-militärisches Führungspersonal aus den neuen Demokratien ein, sondern auch seine professionelle Kompetenz als Veranstalter internationaler Konferenzen und, last but not least, seine finanzielle Unterstützung, ohne die ein solches Kolloquium gar nicht stattfinden könnte. Es versteht sich von selbst, daß das IGFK von den Veranstaltern aufmerksam beobachtet und seine Wiederholung von dessen Erfolg im Vergleich mit anderen einschlägigen Veranstaltungen abhängig gemacht wird.

Das Marshall Center nahm seine Arbeit 1993 auf. Es wurde gemeinsam von den Vereinigten Staaten (Department of Defense) und der Bundesrepublik Deutschland (Bundesministerium der Verteidigung) gegründet. Dank seiner Lage in Deutschland und seiner Zusammenarbeit mit den neuen Demokratien in Osteuropa und Eurasien ist es ein Symbol für die sicherheitspolitisch notwendige Partnerschaft der euro-atlantischen Staaten - seine schiere Existenz und Aufgabe beruhen also auf geopolitischen Erwägungen. Dieser genius loci und das Konzept des Kolloquiums korrespondieren mit einem der Grundsätze deutscher und europäischer Sicherheitspolitik: Deutschland und Mitteleuropa müssen der Hauptpfeiler der Brücke sein, die die Völker in Nordamerika, Europa und Eurasien friedlich und langfristig verbinden soll. Diese Staatengruppe hat das sozioökonomische und politische Potential und damit auch die moralische Verpflichtung, eine Insel des Fortschritts und der Stabilität zu werden, um dem Weltfrieden in gleicher Weise dienen zu können.

Zusammenfassung

Seit der Epochenwende am Ende der 80er Jahre dieses Jahrhunderts ist geopolitisches Denken auch in Deutschland nicht mehr tabuisiert. Die Wechselbeziehungen zwischen geographisch bedingten Faktoren einerseits und politischen Planungen und Entscheidungen andererseits sind Gegenstand strategischer Analysen geworden. Ausgehend von der eigenen Wissenschaftsgeschichte müssen sich die deutschen Geographen einer Doppelaufgabe verpflichtet fühlen: an der internationalen Strategiediskussion kreativ mitzuwirken und Raumdeterminismus zu brandmarken. Der Anfang 1995 in Waldbröl

gegründete Geopolitische Arbeitskreis deutschsprachiger Wissenschaftler und das Ende desselben Jahres vom Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen durchgeführte 1. Internationale Geopolitische Forschungskolloquium über Euro-Atlantische Sicherheit folgen dieser Zielsetzung. Die Forschungsergebnisse des Kolloquiums sind in vorläufiger Form (Konferenzbericht) bereits verfügbar und werden als Buch veröffentlicht werden.

Summary

After the epochal changes of the late 1980s, it has become acceptable also in Germany to engage in geopolitical thinking. Strategic analysis has come to focus on the mutual relationship between geographically predetermined factors and political planning and decision-making processes. Mindful of their own history of sciences, German geographers must feel obliged to carry out a dual task. On the one hand, they have to promote international discussions on strategy in a creative way, on the other hand, reject tendencies toward geographical determinism. It is exactly these objectives that the Geopolitical Working Group of German-speaking scientists, which was established in early 1995 in Waldbröl has in mind. The same principles were also pursued at the First International Geopolitical Research Colloquium on Euro-Atlantic Security, which was held later that same year at the Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen. The publication of the colloquium proceedings is forthcoming, but a preliminary report on the colloquium results has been compiled and is available upon request.

Dr. Detlef Herold
George C. Marshall European Center for Security Studies
Gernackerstraße 2
D-82467 Garmisch-Partenkirchen

Umwelt- und Geoinformationssysteme für die Raum- und Umweltplanung. Eine kritische Zwischenbilanz

1. Einleitung

Seit ca. Mitte der achtziger Jahre sind auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen, beginnend und vorrangig in den Kommunen und auf regionaler Ebene, geradezu flächenbrandartige Bemühungen um den Aufbau von Umweltinformationssystemen (UIS'e) zu verzeichnen. Eine Zusammenstellung des Umweltbundesamtes aus dem Jahre 1989 zählte bereits 41 abgeschlossene bzw. noch laufende Vorhaben zum Aufbau raumbezogener, medienübergreifender Umweltinformationssysteme (1). Diese Bemühungen werden einerseits durch zunehmenden legislativen Druck zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben (z.B. Altlastenerfassung, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Eingriffsregelung, Landschaftsplanung etc.), andererseits aber durch einen Bedarf in Kommunen, Landkreisen und Ländern gespeist, der deutlich darüber hinausgeht.

- Im wesentlichen werden folgende Motive und Bedarfsstrukturen gesehen:
- In den öffentlichen Verwaltungen waren vor Mitte der achtziger Jahre in erheblichem Umfang DV-Anlagen und die entsprechende Infrastruktur aufgebaut worden, die in erster Linie praktischen Verwaltungsaufgaben der Verarbeitung von Massendaten (Allgemeine Datenverwaltung, Gehaltswesen, Kataster etc.) dienen sollten, deren fast exponentiell zunehmende Leistungsfähigkeit und Reserven aber auch die Bewältigung neuer Aufgaben möglich machte.
- Die Soft- und Hardware-Entwicklung für die räumliche Verortung von Daten (Graphische Datenverarbeitung; Geographische Informationssysteme) hatte deutliche Fortschritte gemacht und war durch die rasch zunehmende kapazitive Leistung der Rechnerhauptspeicher, der Peripherie (Plotter) sowie der ebenso wachsenden Bedienungsfreundlichkeit der Systemoberflächen in eine neue Dimension der Verfügbarkeit geführt.
- Ein sich langsam vollziehender Generationswechsel hatte verstärkt jüngere Absolventen von Universitäten, Fachhoch- und Verwaltungsschulen in die Fachbehörden und Planungsverbände gebracht, die während des Studiums bereits mit graphischer DV in Berührung gekommen waren und gearbeitet hatten.

Vor allem aber ist als Grund für den wachsenden Bedarf an Umweltdaten und -informationen der hohe Druck zur Verbesserung und Ökologisierung der Umweltbeobachtung, Umweltberichterstattung und Qualitätsbewertung auf der kommunalen Ebene zu nennen. In den Städten und Landkreisen fokussieren sich die Umweltfragen: "Die Bündelung medialer Umweltprobleme ist eine wesentliche Charakteristik kommunaler umweltpolitischer Aufgabenstellungen" (2). Mit den Anforderungen an den kommunalen Umweltschutz "wachsen die Ansprüche an die kommunale Genehmigungs-, Überwachungs- und Sanierungstätigkeit, an die kommunale Daseinsvorsorge sowie an

die Koordinierung der gesamten Elemente kommunaler Gestaltungsaufgaben unter ökologischen Vorzeichen" (3).

Unter dem Eindruck jahrelanger Berichte über ökologische Probleme, Altlasten und partieller Katastrophen (u.a. die neuartigen Waldschäden ab 1983) genügten den Bürgern immer weniger die gesetzlich vorgeschriebenen Instrumente und sektoralen Ansätze etwa der Luftemissionsminderung und des Wasserrechts wie aber auch die raumbezogenen Vorgehensweisen der Landschaftsplanung oder der Umweltverträglichkeitsprüfung, soweit diese denn mangels nationaler Umsetzung der EG-Richtlinie vor 1990 überhaupt schon durchgeführt wurden. Immer stärker wurde das Verlangen nach einer medienübergreifenden Gesamtbilanz der jeweiligen gemeindlichen oder regionalen Umweltsituation.

Eine nicht repräsentative Befragung des Umweltbundesamtes (UBA) bei allen 1988 dort bekannten Gebietskörperschaften, die mit dem UBA gemeinsam Umweltinformationssysteme aufbauten, die an einem derartigen Vorhaben interessiert waren oder die aus eigener Kraft solche Projekte in Angriff nahmen, ergab das Bild, daß im wesentlichen zwei Motivgruppen dafür maßgebend waren.

- Zum einen die Motive der unsicheren Daten- und Beurteilungsgrundlagen für eine wirklich umfassende Bewertung der Umweltsituation (Daten werden in zu langen Abständen nur fallweise erhoben; unklare, weit verteilte Zuständigkeiten; keine Dauerbeobachtung eingerichtet; fehlende ganzheitliche Betrachtungsweisen und Methoden; Beschränkung des Umwelt- und Naturschutzes auf noch intakte Landschaftsteile; etc.);
- zum anderen das Verlangen nach einer Gesamtentwicklungsplanung auf ökologischer Grundlage (fehlende prognostische Orientierung der Raum- und Umweltplanung; hoher öffentlicher Druck in Richtung einer ökologischen Gesamtbeobachtung und -bewertung der Umweltlage; fehlende Bewertungsgrundlagen und Qualitätsziele etc.).

Zu Recht ist daher von dem Bedarf nach einer umfassenden Naturhaushaltsplanung (4) gesprochen worden und sind ökologisch orientierte Umweltinformationssysteme als "umfassende Flächen- und Ressourcenbilanzierungsverfahren" (5) für die Raum- und Regionalplanung gefordert worden.

2. Programmatische Vorgaben

Somit erweisen sich (raumbezogene, medienübergreifend bzw. ökosystemar angelegte) Umweltinformationssysteme als ein Ergebnis schon längerer Bemühungen um eine Ökologisierung der Umweltpolitik, wie sie u.a. mit dem Aktionsprogramm Ökologie (6) 1980/83 angestrebt wurden, von dem entscheidende Anstöße für die Entwicklung und Förderung der ökologischen Demonstrationsvorhaben (Umweltinformationssysteme für die ökologische Planung und die angewandte Ökosystemforschung; 7) und damit die Schaffung neuer Ansätze einer raumbezogenen integrierten Umweltpolitik ausgingen.

Programmatisch (Leitlinien Umweltvorsorge 1986; 8) und methodisch (Umweltgutachten 1987; 9) wurden die Anliegen des Aktionsprogramms erst später rezipiert und im Sinne einer Weiterentwicklung bzw. Ergänzung der Blickrichtung und des Instrumentariums der Umweltpolitik aufgenommen.

War diese anfangs vor allem eine grundsichernde, stark sektoral ausgerichtete Emissionsminderungspolitik, so bemühte sie sich zunehmend, bei allerdings unverminderter Fortsetzung der Emissionsminderung, durch den Ausbau und die Harmonisierung der Umweltbeobachtung (10), durch ökologische Planungsansätze, die angewandte Ökosystemforschung, die Entwicklung integrierender Instrumente wie die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie den Aufbau von Umweltkatastern und Umweltatlanten (als Vorstufen von Umweltinformationssystemen) neue Ansätze zu schaffen.

Abbildung 1 versucht, die Entwicklung der sektoralen Umweltpolitiken und ihre Ergänzung durch integrierte Ansätze zwischen 1970 und heute zu verdeutlichen.

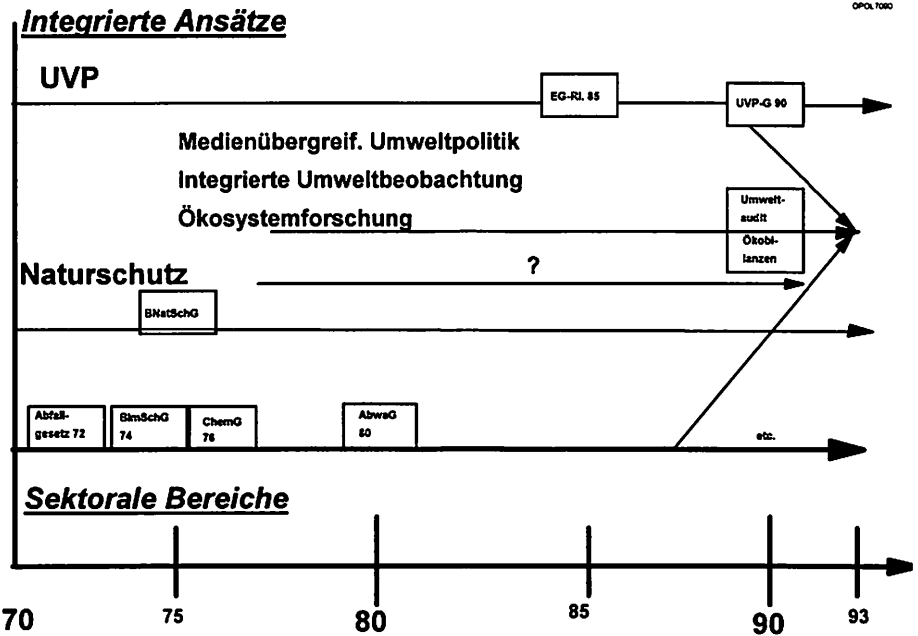


Abb. 1: Integrierte Ansätze

Der direkt über der Zeitachse liegende dicke Balken repräsentiert die sektoralen Bereiche der Umweltpolitik wie Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft etc., die sich, z.T. erfolgreich, über mehr als 20 Jahre entwickelt haben. Die darüber liegenden dünneren

Balken geben die Entwicklungslinien integrierter Ansätze wieder, die mit medienübergreifendem oder ökosystemarem Anspruch auftreten.

Hier ist in erster Linie der Naturschutz zu nennen (1976 Erlass des neuen Bundesnaturschutzgesetzes), der aber mit seinen Instrumenten der Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Arten- und Biotopschutz sowie Schutzgebietsausweisung auch aus den oben genannten Gründen letztlich nicht sehr erfolgreich war (11).

Wie gleichfalls geschildert, wurden eine Reihe von Aktivitäten (z.B. Aktionsprogramm Ökologie, Leitlinien Umweltvorsorge) entfaltet, durch die in Konkurrenz zum Naturschutz medienübergreifende oder ökosystemare Ansätze als Verfahren oder als gesetzliche Instrumente (z.B. UVP 1990) geschaffen und zur Anwendung gebracht wurden.

Somit ergibt sich der Stand, daß über fast zwei Jahrzehnte währende Bemühungen um "ökologische" Umweltpolitik so viel an Wissen und Kenntnissen erarbeitet haben, daß heute deutlich erkennbar ein Wandel der Grundausrichtung der Umweltpolitik erkennbar wird. Ein Symptom dieses angewachsenen Wissens ist das zunehmende Entstehen von raumbezogenen Umweltinformationssystemen.

Umweltinformationssysteme haben, mindestens historisch betrachtet, eine starke Kongruenz zur Raum-, Regional- und Stadtplanung. Die weitaus meisten der vom Umweltbundesamt seit 1980 geförderten ökologischen Demonstrationsvorhaben der ökologischen Planung und der Ökosystemforschung etwa sind aus der Raum- und Stadtplanung heraus entstanden. "Uranfänge" von UIS'en wie die "Systemanalyse Baden-Württemberg" oder das "Handbuch zur ökologischen Planung" (12) waren primär vom Bedarf an der Verbesserung der ökologischen Grundlagen für die räumliche Planung getragen.

Eine frühere Definition von ökologischer Planung deckt denn auch wesentliche Teile der Zielsetzungen heutiger Umweltinformationssysteme bereits mit ab: "Ökologische Planung ist ein flächenbezogener Ansatz einer umwelt- und ressourcenschonenden räumlichen Gestaltung, der ... alle ökologischen Raumpotentiale hinsichtlich ihrer Belastbarkeit und ihrer derzeitigen Belastung untersucht und darauf aufbauend Hinweise und Vorschläge für eine umweltverträgliche Raumentwicklung macht." (13)

3. Definition und Abgrenzung

Angesichts der Vielfalt und Zahl von Verfahren und Ansätzen von unterdessen aufgebauten bzw. in Aufbau befindlichen UIS'en erscheint es sinnvoll, eine Definition und Abgrenzung verschiedener Typen zu versuchen.

- 1) UIS'e im engeren Sinne sind methodische Verfahrensweisen, die, meistens herkommend von oder basierend auf Umweltatlanten, Umweltberichten, Umweltdatenbeständen oder -katastern unterschiedlichster Art u.ä., folgende Arbeitsschritte bzw. Elemente beinhalten: Erarbeitung einer ganzheitlichen (ökosystemaren) oder medienübergreifenden Konzeption
- 2) Beobachtung der Umwelt anhand von Indikatoren
- 3) Beschreibung des Status-quo-Zustandes der regionalen Umweltqualität

- 4) Prognose des Status-quo-Zustandes der regionalen Umweltqualität (z.B. durch Szenarien)
- 5) Vergleichende Bewertung des Status-quo- und des prognostizierten Zustandes mit Hilfe von Leitbildern, Umweltqualitätszielen und Umweltstandards
- 6) Einrichtung einer Dauerbeobachtung mit der Möglichkeit der Dauerüberwachung.

Hierzu zählen alle raumbezogenen (in der Regel, aber nicht notwendig) DV-gestützten Ansätze und Verfahren, die unter ökologischem Blickwinkel die Zielsetzung haben, regionale Umweltqualität darzustellen und zu bewerten.

Sie sind durch folgende Charakteristika zu kennzeichnen:

- UIS'e im engeren Sinne umfassen medienübergreifend alle Umweltbereiche; ihre Anwendung stellt die methodisierte Zusammenführung der einzelnen Umweltteilsektoren dar. Sie gehen davon aus, daß das auf der Basis einer ökologischen Konzeption erzeugte "Bild" bzw. Modell eines Untersuchungsraumes wenigstens tendenziell eine sicherere Grundlage für vorsorgende Umweltpolitik bietet als sektorale Ansätze.
- UIS'e sind den Zielsetzungen des Ökosystem- und Ressourcenschutzes verpflichtet, wie sie etwa in den §§ 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes verankert, durch dessen Instrumente (Eingriffsregelung etc.) aber bisher nicht hinreichend umgesetzt werden konnten.
- Es sind im Gegensatz etwa zur UVP oder der Landschaftsplanung u.a. Verfahren ohne fachgesetzliche Basis. UIS'e wollen in der Regel kein neues Planungsverfahren oder keine neue Planart institutionalisieren. Sie verstehen sich als Grundlage für gesetzgebundene, aber auch "freie" Instrumente und Ansätze der Raum- und Umweltplanung und arbeiten diesen als Dienstleistung zu:

A. Gesetzesgestützte Instrumente

1. Raumplanung

Instrument	Gesetzliche Grundlagen
Bundesraumordnung)	Bundesraumordnungsgesetz; Programme des Bundes
Landesplanung	Landesplanungsgesetze der Länder
Regionalplanung	Regionalplanungsgesetze der Länder
Stadtplanung; Bauleitplanung	Baugesetzbuch

2. Umweltpläne

Landschaftsrahmenpläne; Landschaftspläne	Bundesnaturschutzgesetz und Naturschutzgesetze der Länder
Abfallbeseitigungspläne	Abfallgesetze des Bundes und der Länder
Wasserwirtschaftliche Planarten	Wasserhaushaltsgesetz
Luftreinhaltepläne	Bundesimmissionsschutzgesetz und Immissionsschutzgesetze der Länder
u.a.	

3. Sonstige (ökologische) Instrumente

Umweltverträglichkeitsprüfung	UVP-Gesetz
Eingriffsregelung	Bundesnaturschutzgesetz und Naturschutzgesetze der Länder
Raumordnungsverfahren	Landesplanungsgesetze der Länder

B. Instrumente ohne fachgesetzliche Basis

Stadtentwicklungspläne	---
Umweltprogramme	---
Umweltberichte	---
Kommunale UVP	---
Umweltinformationssysteme	---
Planungs-UVP	---
Umweltqualitätszielkonzepte	---
Umweltbilanzen; Ökobilanzen	---

Abb. 2: Instrumente und Verfahren der ökologischen Raum- und Umweltplanung

Beispiele für medienübergreifende oder ökologische UIS'e sind:

- Umweltatlas Berlin/Ökologisches Planungsinstrument Naturhaushalt/Umwelt Berlin
- Stadtökologische Grundlageninformation Düsseldorf
- Ökosystemforschung Berchtesgaden (MAB 6)
- Ökosystemforschung Wattenmeer Schleswig-Holstein und Niedersachsen
- Natur- und Umweltinformationssystem Schleswig-Holstein
- Ökologische Belastungs- und Potentialanalyse Landkreis Wesermarsch
- Umweltinformationssystem (UMWISS) des Umlandverbandes Frankfurt (UVF)
- Umweltinformationssysteme Dortmund (14)

Dabei muß man sich aber davor hüten, nur UIS'e in diesem engeren Sinne für die "eigentlichen" Umweltinformationssysteme zu halten: "In der Vergangenheit setzten die politischen Teilbereiche bei divergierenden Zielvorstellungen und Nutzungsansprüchen ihre Interessen gegenüber denen der Umweltpolitik meist durch, da eine ganzheitliche Sicht kommunaler Umweltpolitik noch fehlt" (15). Eine derartige Behauptung impliziert, daß sektorale Maßnahmen der Umweltpolitik nicht erfolgreich sein können, was nicht richtig ist. Es kann nur darum gehen, daß ökologische, medienübergreifende UIS'e neben und unter Fortführung der Emissionsminderungs- und technischen Umweltschutzmaßnahmen, diese ergänzend, vor allem dazu beitragen,

- daß Emissionsverlagerungen stärker gesehen und vermieden werden,
- daß in deutlicherem Umfang raumbezogene und damit ökologische Potential-, Belastungs- und Gefährdungsabschätzungen möglich werden,
- daß eine interregionale und intersektorale Prioritätensetzung hinsichtlich der Bedeutung von Belastungen möglich wird und
- daß z.B. technizistische Lösungen (z.B. das bedenkenlose "Heranschaffen" etwa von Kühlwasser aus weit entfernten Lieferregionen) vermieden werden (vgl. auch Kapitel 3).

b) Umweltinformationssysteme im weiteren Sinne sind alle interaktiv nutzbaren, in der Regel ebenfalls DV-gestützten systematischen Datensammlungen, vor allem auch Systeme der "bloßen" Umweltbeobachtung bzw. -erfassung wie z.B.

- die Luftgütemeßnetze der Länder
- das Hintergrundmeßnetz des Umweltbundesamtes
- Bund/Länder-Meßprogramm für Oberflächengewässer
- Altlastenkataster
- Deponiekataster
- Meeresumweltdatenbank (MUDAB) des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH)
- u.a.

UIS'e im weiteren Sinne haben "reine" bzw. vorwiegend Beobachtungsaufgaben. Sie sammeln in erster Linie sektoral orientiert Daten über einzelne Umweltbereiche. Diese Daten werden evaluiert bzw. interpretiert, z.T. werden sie auch fachlich bewertet, sie sind in den meisten Fällen notwendige Grundlage für das Funktionieren von raumbezogenen, ökologischen UIS'en (im engeren Sinne; vgl. a), ihnen fehlen jedoch in der Regel die Arbeitsschritte der Bewertung und der Prognose. Allerdings gibt es Ausnahmen wie z.B. das Smogfrühwarnsystem mit Vorhersagefunktion. Sie beobachten, prognostizieren und bewerten umweltbezogene Qualitätszustände meistens nicht auf der Basis einer ökosystemaren oder medienübergreifenden Konzeption (16).

Vom Begriff des UIS's ist abzusetzen das Geographische Informationssystem oder Geo-Informationssystem (GIS). Wird jenes als gesamthafter, methodischer Ansatz der Umweltbeschreibung, -prognose und -bewertung räumlicher Umweltzustände beschrieben, so ist das GIS ein methodischer Baustein im Rahmen eines Umweltinformations-

systems und kann definiert werden als "rechnergestütztes System, das aus Hardware, Software, Daten und Anwendungen besteht. Mit ihm können raumbezogene Daten digital erfaßt, gespeichert und reorganisiert, modelliert und analysiert sowie alphanumerisch und graphisch präsentiert werden" (17).

4. Umweltinformation

Im Zusammenhang mit Umweltinformationssystemen müssen auch die Begriffsbestandteile Information und System noch einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Die gängigen Wege und Medien der Umweltinformation sind außerordentlich vielfältig. Sie reichen von einem Fernsehfilm über einen Giftmüll-Skandal, einem Artikel über Artenschwund und Artensterben in einer populären Zeitschrift bis zur Mitteilung der jeweiligen SO₂-Belastung in der Tagespresse.

Für den Politikbereich Umwelt gilt, daß die Gesellschaft und der einzelne Bürger, bis auf den Sektor Lärm, erst durch Informationen über Belästigungen, Belastungen und Gefährdungen aufmerksam gemacht werden muß. Der Mensch hat kein Organ z.B. für das Erkennen zunehmender, bedrohlicher Schwermetallkonzentrationen in seiner Nahrung.

In der Regel geschieht Umweltinformation ganz überwiegend punktuell, meist reaktiv und oft zufällig. Gesellschaft, Medien und Politik beschäftigen sich z.B. über eine gewisse Zeit mit dem "Stoff des Monats". Dabei geraten ökologische Zusammenhänge und langfristige Anreicherungsprozesse etc. selten oder nur kurz ins Blickfeld und werden politisch nicht problematisiert. Oft führt dieses punktuelle, z.T. hektische Reagieren auf Einzelprobleme und auf Einzelstoffe sogar zu falschen Reaktionen, durch die neue Umweltprobleme geschaffen werden.

UIS'e wollen diese Situation verbessern, in folgender Hinsicht:

- Durch sie soll Information über Umweltbelastungen vergleichmäßig, systematisiert und ökologisiert werden, d.h.
- das gesamte Belastungspotential eines Raumes soll erfaßt werden,
- Emmissions- bzw. Immissionsverlagerungen sollen vermieden werden.

Dies ist ein sehr häufig gebrauchtes Argument beim Plädoyer für eine ökologische Umweltpolitik, aber bisher noch nicht systematisch untersucht worden. Gleichwohl läßt sich beispielsweise die These vertreten, daß manche heutigen Engpässe und Notstände in der Abfallbeseitigung nicht in der Schärfe aufgetreten wären, wenn die anderen Umweltsektoren (z.B. Luftreinhaltung und Abwasserreinigung) ihre generelle Aufkonzentrations- und Verlagerungstendenz von Schadstoffen in die Endbeseitigung offener und kooperativer behandelt hätten. Ohne Zweifel haben sektorale Ansätze eine gewisse Tendenz zu technizistischen Lösungen. Am Beispiel des Kläranlagenbaus dargestellt: Die allein auf das "Medium Abwasser" bezogene Lösungsstrategie arbeitet zu wenig mit Wirkungsforschung und Bodenschutz (Welche Anreicherungen von Schadstoffen sind bei der Ablagerung zu erwarten?), zu wenig mit Wirtschaft und Infrastruktur (Wie kann man den Abwasseranfall steuern?) und nicht mit der Luftreinhaltung

(Ist die umweltverträgliche Verbrennung von Klärschlammen möglich?) zusammen, sie sucht die Lösung zu eng auf den eigenen Bereich beschränkt. Medienübergreifende UIS'e wollen diesen Zustand verbessern, u.a. durch folgende Leistungen:

- heutige Zustände sollen prognostizierbar gemacht werden, um im Sinne von Vorwarnung oder Früherkennung von Problemen ökologischer Systeme Maßnahmen eher ansetzen zu können,
- durch die ökologisch verknüpfende Betrachtungsweise sollen Problemverlagerungen zwischen Umweltsektoren vermieden werden,
- durch die Möglichkeit der kontinuierlichen raumbezogenen Plan- und Programm-UVP soll sich die langfristige Steuerungs-, aber auch Entwicklungsfähigkeit der ökologischen Systeme verbessern,
- UIS'e wollen den Modellbildungs-, Prognose- und Bewertungshorizont einzelfallbezogener, "spotartiger" Projekt-UVP'en erweitern,
- UIS'e sollen, und das ist ein entscheidender Leistungspunkt, intersektorale Prioritätensetzungen hinsichtlich der vorrangig zu ergreifenden Maßnahmen ermöglichen. Noch fast jede gut gemachte UVP hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Rangfolge der dringendsten Umweltprobleme eine andere war als vorher vermutet.
- Schließlich "paßt" sektorale Umweltpolitik in ihrer strukturellen Ausrichtung, und dies ist ein wesentlicher Grund für den Bedarf und Erfolg medienübergreifender UIS'e gerade im kommunalen Bereich, nicht zur Wirtschaft, nicht zur Infrastruktur und auch nicht zur Raumplanung. Eine Organisation des Umweltschutzes nach Verursacherbereichen wäre angemessener. So darf man als eine entscheidende Schwäche sektoraler Umweltpolitik ansehen, daß etwa Stoffströme einzelner Industriezweige nicht "aus einer Hand" nachverfolgt werden können. Die Raumplanung ist hier stärker auf die Verursacher, in ihrem Fall auf die flächenbeanspruchenden Nutzer, eingestellt. Ihre Abwägung der Nutzungsansprüche wird nicht nach Flächentypen getrennt vorgenommen (Gewässerflächen völlig unabhängig von linienförmigen Ansprüchen, diese wieder unabhängig von industriellen Flächen etc.), sondern auf den gesamten Raum bezogen. Genau dieser Ansatz wird auch in den ja meistens von der Stadt- bzw. Raumplanung initiierten UIS'en verfolgt (18).

5. Der Systembegriff

In der Regel wird, meist unausgesprochen und nicht hinterfragt, von einer weitgehend vollständigen Kongruenz der Systembegriffe bei Umweltinformationssystemen und Ökosystemen ausgegangen. Bisweilen entsteht so der Eindruck, medienübergreifende, ganzheitlich angelegte Umweltinformationssysteme seien, wenn auch vielleicht erst in fernerer Zukunft, in der Lage, lokale oder regionale Ökosysteme abzubilden und planbar zu machen.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen sind allerdings Zweifel angebracht, ob das übliche Vorgehen eines UIS's, d.h. die summative Abarbeitung der Sektoren (Luft, Lärm, Abfall, Boden, Wasser etc.), also die Vorgehensweise nach gesetzlich-

administrativ-vorgegebenem Muster, irgendwann, gleichsam durch einen methodischen Quantensprung, zu einem ganzheitlich-systemaren Ergebnis führt. Das Sammeln und Verknüpfen von immer mehr Daten und Indikatoren, so wird erwartet, führt das UIS irgendwann in eine neue Quantität und damit auch eine neue Qualität.

Biologie und Ökosystemforschung äußern immer stärker Zweifel daran, ob die bisher weithin geltende Leitvorstellung von Lebensräumen als Ökosystemen, so wie bisher verfolgt, richtig sind. Es wird bestritten, daß Ökosysteme Systeme sind, jedenfalls im Sinne etwa von *Software-* oder *Umweltinformations-Systemen*.

Während anthropogene Systeme sich durch eine dem System vorgelagerte Steuerung, einen leitenden Willen auszeichnen, fehlt natürlichen Systemen oder Ökosystemen eine derartige Steuerung. Im Zweifel entwickeln sich Ökosysteme eher, als daß eine "ordnende Hand" in ihnen erkennbar wird. Ökosysteme sind keine kybernetischen Systeme (19).

6. Zur Leistungsfähigkeit von Umweltinformationssystemen

Nachdem in vielen Städten, Landkreisen, Regionen und Bundesländern UIS'e im Aufbau und oft zu wesentlichen Teilen schon verwirklicht sind, ist es Zeit für eine kritische Zwischenbilanz. Anlaß für diese Bilanz sind die folgenden Punkte:

- Umweltinformationssysteme haben, wie alle DV-bezogenen Neuerungen, Aufbau-probleme. Sie stehen mit anderen Bereichen der Raum- und Umweltplanung im Wettbewerb um Personal und Finanzressourcen.
- Sie bedürfen dringend der engagierten Mitwirkungen der Fachwissenschaften und zuständigen Ressorts (z.B. Regionalplanung, Luftreinhaltung, Abfallamt etc.)
- Sie stellen in der Regel eine Innovation dar, die in den meisten, und nicht nur öffentlichen Institutionen mit oft abwartender Skepsis betrachtet werden.
- Ihre Leistungsfähigkeit war zum einen am Anfang tatsächlich nicht so groß wie heute (sie ist auch eine Funktion der Leistung der Rechner und der Peripherie), zum anderen erschloß diese sich dem nicht mit der Datenverarbeitungstechnik vertrauten Raum- bzw. Umweltplaner nur sehr bedingt und teilweise schleppend.

Alle diese Gründe haben dazu geführt, daß diejenigen, die UIS'e aufbauen wollten, meistens gemeinsam mit den Herstellern von Hard- und Software, zu hohe Versprechungen machten und damit eine zu große Erwartungshaltung auf der Seite der Fachplaner hervorriefen. Nachfolgend sind die wesentlichen Elemente dieser Versprechungen in vier Thesen zusammengefaßt:

- UIS'e stellen ein neues umweltpolitisches Instrument dar, sie bieten eine "neue Qualität" von Umweltpolitik.
- UIS'e müssen medienübergreifend/ökosystemar angelegt sein. Vor allem seien sie es, mit deren Hilfe eine integrierte ökologische Umweltpolitik (besonders im kommunalen Bereich) verwirklicht werden kann.

- UIS'e müssen DV-gestützt arbeiten. Datenbanken, DV-Anlagen und Geographische Informationssysteme sind geradezu konstitutive Elemente von UIS'en. Erst durch sie werden umweltpolitische Bemühungen zu Systemen der Information bzw. zu Informationssystemen.
- UIS'e ermöglichen bzw. schaffen teilweise eine neue Organisationsstruktur der (kommunalen) Umweltpolitik.

Diese vier Behauptungen sollen nachfolgend einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

6.1 Eine neue Qualität der Umweltpolitik durch UIS'e?

UIS'e beinhalten im wesentlichen drei methodische Schritte:

- den der Umweltbeobachtung, d.h. die Sammlung von Daten und Informationen über Umweltbestände, -belastungen und -qualitäten (z.B.: die SO₂-Immissionen im Gebiet X liegen in folgender Höhe ...);
- den der Wirkungsprognose, d.h. die Fortschreibung von Zuständen über die Zeitachse (z.B.: Wenn die SO₂-Immissionen so hoch bleiben, sind folgende Auswirkungen auf Mensch oder Natur zu erwarten ...) und
- den der Bewertung, d.h. die Messung von Ist-Zuständen und prognostischen Zuständen durch normative Vorgaben/Standards/Ziele (z.B.: Die SO₂-Emissionen sind zu hoch, sie müssen deutlich gesenkt werden, wenn die zu befürchtenden Auswirkungen vermieden werden sollen).

Die Hilfestellung, die UIS'e bei der Bearbeitung dieser methodischen Schritte leisten können, sind die folgenden:

- Sie erleichtern die Vorhaltung von Zustandsdaten (wenn sie DV-gestützt sind), sie erleichtern die Datensammlung und Datenerarbeitung hingegen, d.h. also den schwierigen und heiklen Prozeß der Erfassung, Angleichung und Harmonisierung von Daten nur sehr marginal (z.B. durch automatische Meßwerterfassung bei der Luft- oder Gewässerüberwachung)
- Sie erleichtern den technischen Vollzug der prognostischen Abschätzung von Umweltzuständen (z.B. Simulation von Umweltqualitäten durch Modelle; etwa: Zeitkartenerstellung im Vorhaben MAB-6-Berchtesgaden). Die Erstellung der Modelle, ihre Kalibrierung, die Identifizierung von Wirkungsketten etc. bleibt ganz die wissenschaftliche Leistung der Fachdisziplinen.
- Sie helfen bei dem fachlich und politisch schwierigsten Schritt, der Bewertung, allenfalls sehr randlich, z.B. durch die Speicherung von an anderer Stelle bereits verwendeten bzw. gesetzlichen Umweltstandards oder -qualitätszielen.

Nouhuys/Schmitt (20) haben aufgelistet, was (DV-gestützte) UIS'e tatsächlich leisten:

- Auswahl von Daten nach vorgegebenen Kriterien
- Klassifizierung von Daten
- Verknüpfung von Datensätzen
- Raum- und Zeitbezüge zwischen und von Meßdaten bestellen
- Modellberechnungen und Prognosen
- Überlagerung von raumbezogenen Daten
- Verschneidung von raumbezogenen Daten
- Suchen nach Ähnlichkeiten oder räumlicher Nähe
- Raumbezogene Text-, Bild- und Literaturverweise (21).

Daraus ergibt sich, daß (DV-gestützte) UIS'e einige Teilaspekte der o.g. Arbeitsschritte beschleunigen und komfortabler machen. Dies soll am Beispiel der Erstellung einer Planungskarte in konventioneller Weise und digitalisiert erläutert werden:

Die Erstellung einer Planungskarte zerfällt stets in zwei Arbeitsschritte:

- a) Sammlung, Erhebung, Bearbeitung von Daten über einen Raum
- b) Erstellung der Karte (z.B. auf Topographischer oder Verwaltungsgrenzengrundlage).

Nach dem oben gesagten ist sofort deutlich, daß die gesamte fachliche Arbeit wie bisher beim Wissenschaftler bleibt. Er muß die Daten (oft sehr mühsam) erheben, er muß sie zusammenführen, er muß evtl. über Lücken "hinweginterpretieren", er muß Gruppen oder Cluster bilden, und er muß die Darstellungsform festlegen. Nach diesen Schritten übergab er früher die Daten dem Zeichner und dieser sorgte für die technische Umsetzung bzw. Ausführung. Diese Arbeitsteilung hat sich eigentlich bis heute nicht geändert. Daß der heutige "Institutszeichner" nun zum Digitalisiertisch sowie zur workstation geht und z.B. ARC/Info in seinen Arbeitsspeicher lädt, ist zwar neu, aber ändert an der Arbeitsteilung insgesamt nicht viel.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß UIS'e einen ganz wesentlichen Teil ihrer Reputation und des durch sie geschaffenen Erwartungshorizontes aus dem Einsatz von Geographischen Informationssystemen (GIS) ziehen, noch vereinfacher gesagt, aus der Möglichkeit, DV-gestützt Karten zu erstellen. Jeder Raum- und Umweltplaner kennt durch Vorträge die Attraktivität visueller Darstellungen, insbesondere thematischer Umweltkarten, und er weiß auch um deren Wirkung auf die Zuhörer, wenn sie mit Hilfe der DV erstellt sind.

Es wird nicht erkennbar, daß aus der erheblichen Beschleunigung und Verbesserung technischer Arbeitsschritte wie der digitalen Erstellung von Karten, der Modellrechnungen, der Verschneidung u.a. gleichsam automatisch eine neue Qualität der Umweltpolitik entsteht. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, daß UIS'e

- keine Umweltgesetze ändern oder verschärfen; sie treffen auf die vorgegebenen gesetzlichen Instrumentarien und versprechen, deren planerische und informations-technische Basis zu verbessern,

- daß sie das Umweltbewußtsein nicht allein durch ihre komfortable Bedienung beeinflussen können und
- daß sie z.B. die relativ bescheidene Treffsicherheit ökologischer Wirkungsprognosen nicht verändern können.

Sie verändern zunächst nicht die Umsetzungs- und Erfolgchancen der Umweltpolitik; allerdings mögen durch die Möglichkeit der schnelleren Verarbeitung flächenbezogener Massendaten und entsprechender Verknüpfungen auch methodische Verbesserungen (schnellere Überprüfungen und Kontrollrechnungen; zügigere Erstellung und Modifizierung von Zeitschnitten u.a.) erreichbar sein.

6.2 Zur medienübergreifenden Ausrichtung von Umweltinformationssystemen

"In der Vergangenheit setzten die politischen Teilbereiche bei divergierenden Zielvorstellungen und Nutzungsansprüchen ihre Interessen gegenüber denen der Umweltpolitik meist durch, da eine ganzheitliche Sicht kommunaler Umweltpolitik noch fehlt" (22). Damit wird behauptet, daß ganzheitliche Umweltpolitik in der Auseinandersetzung mit Fachplanungen (Gewerbe, Infrastruktur, Verkehr etc.) deutlich erfolgreicher ist als die sog. sektorale, also herkömmliche Umweltpolitik.

Dies ist so nicht nachvollziehbar. Der Vergleich von drei Instrumenten der Umweltpolitik mit ganzheitlichem Anspruch, der Landschaftsplanung, der Eingriffsregelung und der Umweltverträglichkeitsprüfung auf der einen Seite mit dem Erfolg der Großfeuerungsanlagenverordnung von 1983 auf der anderen Seite zeigt dies. Für die Landschaftsplanung und die Eingriffsregelung hat der Sachverständigenrat 1987 festgestellt, daß diese neuen Instrumente des Bundesnaturschutzgesetzes von 1976 "praktisch keine Wirkung" erzielt haben; die UVP ist als gesetzliches Instrument zu jung, um schon Aussagen über Erfolge machen zu können, aber es läßt sich vermuten, daß die UVP nicht, wie ihre Apologeten wohl erwarten, der entscheidende Ansatzpunkt zur "ökologischen Umgestaltung Deutschlands" werden wird, sondern daß sie als zusätzlicher Verfahrensbaustein bei der Anlagengenehmigung durch ihre medienübergreifende Betrachtungsweise dafür sorgen wird, daß manche ohne die UVP so nicht gesehene Belastungspotentiale oder Auswirkungen erkannt und vermieden werden; wenn dies denn so zutreffen wird, wäre das als ein deutlicher Fortschritt anzusehen.

Vergleicht man nun die Bilanz dieser drei Instrumente mit der der Großfeuerungsanlagenverordnung, also einem klassischen sektoralen Instrument (technische Emissionsminderung im Luftsektor) eines klassischen Sektoralgesetzes (Bundesimmissionsschutzgesetz), durch deren Vollzug schon jetzt die SO₂-Emissionen um mehr als 2 Mio. t gesenkt worden sind und noch weiter gesenkt werden, dann wird deutlich, daß die Behauptung, nur ganzheitliche Umweltpolitik sei im Kampf der Interessen erfolgreich, völlig unhaltbar ist; zumal sich unzählige weitere, ähnliche Beispiele anführen lassen.

Aus der Erfahrung bisheriger Umweltpolitik, so muß man vielmehr sagen, läßt sich gerade auch ablesen, daß Umweltpolitik umso erfolgreicher ist, je sektoraler, je technischer und je bereichs- bzw. branchenspezifischer sie ist. Es gibt eine Fülle von

Belegen dafür, daß die sog. technische Umweltpolitik gerade dadurch ihre wesentlichen Erfolge errungen hat, daß sie in den Fachplanungen und Sektoralbereichen (z.B. Energieerzeugung, Industrieproduktion etc.) um die Verbesserung von Technologien und Verfahren (Stand-der-Technik-Politik) bemüht war.

Es läßt sich die Erwartung aussprechen, daß auch die UVP als (ganzheitlicher) "Königsweg der Umweltpolitik" umso erfolgreicher sein wird, je stärker sie auf die umweltfreundliche Gestaltung von Projekten und Anlagen Einfluß nehmen kann; um dies aber zu können, benötigen die planerisch-landschaftsökologisch ausgerichteten UVP-Gutachter dringend den technischen Sachverstand der sektoralen Experten.

Noch etwas anderes ist hier hervorzuheben: Jeder, der sich mit ganzheitlichem, raum- oder ökosystembezogenem Umweltschutz beschäftigt, wird bald schmerzlich bemerken, daß allen diesbezüglichen Instrumenten (Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, UVP, aber auch medienübergreifende Umweltinformationssysteme) zu weiten Teilen die Maßstäbe und Umweltqualitätsziele fehlen, an denen das festzumachen ist, was planerisch angestrebt wird: Meist kann nicht einmal ein grobes Leitbild für den Raum oder das Ökosystem angegeben werden, das vor einem Eingriff oder einem UVP-pflichtigen Projekt geschützt werden soll, geschweige denn konkrete, quantifizierte Qualitätsziele (Artenbesatz, Flächenanteile etc.). So greift denn jeder ganzheitliche Planer als erstes erst einmal schnell zu den gesetzlich festgelegten Grenzwerten der Sektoralbereiche (z.B. TA Luft).

Die Forderungen nach ganzheitlicher Ausrichtung von UIS'en oder nach

- 1) einer ökologischen, medien- und sektorübergreifenden Planung durch UIS'e (21),
- 2) einem "integrierten Umweltplan" (22),
- 3) einem umfassenden Umweltplan" (23),
- 4) einer "umfassenden Umweltplanung" mit "einer ganzheitlichen ökologischen Anschauungsweise" (24) sowie
- 5) nach "vernetztem Denken" (25)

sind auf diesem Hintergrund doch mit Vorsicht zu bewerten. Wahrscheinlich wird man dem Problem eher gerecht, wenn man das Begriffspaar "systemar-medial" nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung sieht. Medienübergreifende UIS'e sind in hohem Maße auf die Medien angewiesen, sie müssen notwendig auf ihnen aufbauen. Ohne die medialen bzw. sektoralen Daten, Informationen und Meßnetze sind medienübergreifende UIS'e nicht aufzubauen.

Daß, und in welchen Bereichen, der medienübergreifende Ansatz gleichwohl einen Fortschritt bedeutet, wurde bereits im Kapitel 3 erläutert. Zudem muß der Aufbau von UIS'en, wie die Erfahrung zeigt, iterativ bzw. bausteinartig erfolgen. Die meisten medienübergreifenden UIS'e begannen zunächst sektoral (erst einmal für den Bereich Luft, dann Wasser/Boden ... oder ähnlich).

Alle diese Argumente müssen dazu führen, daß der sehr hohe Anspruch, nur medienübergreifende, ganzheitliche UIS'en seien die "eigentlichen UIS'e" und nur mit ihnen sei erfolgreiche Umweltpolitik zu verwirklichen, unbedingt hinterfragt und reduziert werden muß.

6.3 Zur DV-Bindung von Umweltinformationssystemen

Die These, UIS'e können nur DV-gestützt sinnvoll eingesetzt werden, ist sowohl bei den Vorkämpfern für die Einrichtung raumbezogener UIS'e als auch bei den Herstellern und Anbietern von Hard- und Software sehr verbreitet.

Sie ist gleichwohl nicht richtig. Wenn UIS'e so definiert werden wie in den Kapiteln 2 und 3, nämlich als methodische Verfahren zur Umweltbeobachtung, zur Prognose von Umweltzuständen und zur Bewertung von Umweltqualitäten, u.a. um die o.g. Aufgaben erfüllen zu können (Intersektorale Prioritätensetzung, Vermeidung von Emissionsverlagerungen, Vermeidung innersektoraler, technischer Lösungen und stärkere Verursacherorientierung), so kann man dies ohne Zweifel auch ohne DV-Stützung abarbeiten. Es liegen qualitativ gute und erfolgreiche Beispiele für nicht-DV-gestützte, medienübergreifende Umweltinformationssysteme vor (26).

Gemäß den Aussagen in Kapitel 1, daß die elektronische Datenverarbeitung, vor allem Geographische Informationssysteme, im technischen Datenverarbeitungsbereich erhebliche Beschleunigungs- und Komfortabilitätsvorsprünge bieten, ist aber eben auch festzuhalten, daß sie in den Arbeitspunkten Datensammlung, Wirkungsprognose und Bewertung wenig oder garnicht weiterhelfen. UIS'e ohne DV-Stützung haben natürlich den Nachteil, daß ihre Datensammlungen schwerer aktualisierbar und in ihnen vorgenommene Modellberechnungen bei Wiederholungen aufwendiger sind. Ihr entscheidender Vorteil ist, daß sie erheblich schneller sind. So kann eine Planungs-UVF für Gebietskörperschaften mittlerer Größenordnung in ca. 24 Monaten planungsverwertbare Ergebnisse erbringen, ein Zeitraum, der für ein DV-gestütztes UIS unrealistisch ist.

Für die erheblich längere Aufbauzeit DV-gestützter UIS'e gibt es eine ganze Reihe von Ursachen; folgende seien hier angeführt:

- Der hohe Aufwand für die Datenharmonisierung und ihre maschinengerechte Aufarbeitung sowie der Programmier- und Steuerungsaufwand sowohl für die angebotenen als auch jeweils noch zu entwickelnden Software-Komponenten; ein Aufwand, der immer wieder massiv unterschätzt wird.
- Der Aufwand für die Transformation der fachlichen Vorstellungen in die Denkweise des DV-Spezialisten und der dann noch nötigen Anpassung an die Logik der jeweiligen Software wird in der Regel ebenfalls erheblich unterschätzt. Zum einen deshalb, weil die Aufgabenteilung zwischen Fachwissenschaftler und Datenvisualisierer (=Kartograph) sich in den letzten Jahren gewandelt hat. Der heutige DV-Spezialist versteht sich nicht mehr als bloßer "Visualisierer" der fachwissenschaftlichen Seite, sondern hat im Zuge des zunehmenden Stellenwertes von Datenbanken und DV-Systemen an Selbstbewußtsein sowie eigenen Wünschen und Zielen zugelegt. Er hat in der Regel studiert, er kennt seinen Stellenwert, er hat eigene Vorstellungen und er empfindet "seine" Datenbank, "sein GIS" als "seine Bereiche". Er will bei der Entwicklung eines UIS's "mitreden". Diese unterdessen übliche Arbeitsteilung zwischen Fachwissenschaftler und DV-Spezialist ist eine der entscheidenden Ursachen für Mängel und Verzögerungen beim Aufbau von UIS'en. Sie bedarf dringend der Überprüfung, die Arbeitsteilung muß auf eine neue Basis gestellt werden. Die angebotenen DV-Systeme müssen noch deutlich benutzer-

freundlicher werden und dem Fachwissenschaftler als selbstverständliches Werkzeug so zugänglich sein wie früher Kartenbrett und Schablone. Eine "Zwischenlösung" ist, daß Fachwissenschaftler und DV-Spezialist beim Aufbau von UIS'en in einer Person vereint sind. Die Erfahrung zeigt, daß bisher nur die kommunalen UIS'e erfolgreich in den (Teil-)Betrieb gehen konnten, bei denen diese Voraussetzung gegeben war.

- Zweitens: Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der Transformationsaufwand der Erwartungen des Fachwissenschaftlers zum DV-Spezialisten ganz erheblich aufwendiger ist als im Fall des Zeichners in früheren Zeiten. Dies hat nicht nur Ursachen in der Bipolarität von Fachmann und DV-Spezialist, sondern auch sehr wesentlich in der Notwendigkeit auf beiden Seiten, sich in die Logik der jeweiligen DV-Systeme einzudenken. Eine dem Fachwissenschaftler dienliche Verfügungsmöglichkeit über etwa die Software bzw. Benutzeroberfläche für ein Geographisches Informationssystem ist vielfach noch nicht gegeben. So liest sich der Erfahrungsbericht des DV-Spezialisten beim Aufbau eines Geographischen Informationssystems für ein Bundesland (Schleswig-Holstein) auf der Basis einer Software, die als einer der Marktführer gilt, so, als sei diese Software anlässlich dieses Projektes erstmalig in die Hände von Anwendern gelangt. Als positives Gegenbeispiel sei hier auf die Schlußberichte zum Vorhaben "Ökologischer Planungsansatz/Umweltatlas Berlin" (Fachbericht und DV-Handbuch; siehe Anmerkung 14) verwiesen.

6.4 Umweltinformationssysteme und Organisationsstruktur

Auch in diesem Punkt sind Zweifel angebracht. Die Argumente der Verfechter vieler UIS'e lauten in diesem Punkt wie folgt:

Auf dem Hintergrund vieler planerischer (z.B. Bauleitplanung), gesetzlicher (z.B. UVP) und politischer (z.B. Umweltberichte) Verpflichtungen sowie immer stärker wachsender Ansprüche der Bürger an die Kommunalverwaltungen in bezug auf Umweltinformationen werden Daten an vielen verschiedenen Stellen immer wieder erneut gesammelt und verarbeitet. Hinzu kommt ein Wildwuchs von parallel und unverbunden nebeneinander erstellten UIS'en (z.B. Meßnetze, Bodeninformationssysteme, Altlastenkataster u.a.) sowie speziellen Gutachten, etwa zu Standorten für Abfallanlagen.

Diese vielen parallelen Aktivitäten sind so nicht mehr hinnehmbar, weil sie zu aufwendig und zu teuer sind. Die Konzentration von Datenerfassung, -erarbeitung und -vorhaltung ist nötig.

Gleichzeitig haben sich die kommunalen Aufgaben und die Bedürfnisse der politisch Verantwortlichen sowie der Bürger in den Angelegenheiten des Umweltschutzes verändert: Wie eingangs dargelegt, bestehen Zweifel, ob die herkömmliche sektorale Struktur der Umweltpolitik zu den Aufgaben und Verwaltungsstrukturen in Städten und Landkreisen paßt. Dort werden Umweltprobleme als Ganzes, als intersektorale, medienübergreifende Problematik im unmittelbaren Lebensumfeld empfunden, und man

erwartet, daß sie auch so angepackt werden. Damit korrespondiert ein auf breiter Basis (siehe Kapitel 3.) auch sonst vorhandenes Gefühl der Notwendigkeit des verstärkten Zusammenführens der einzelnen umweltpolitischen Ansätze und Sektoren, der Erwartung nach verstärkter Beschäftigung mit Leitbildern der ökologischen Entwicklung.

Mit dieser Analyse liegen die Verfechter von UIS'en im kommunalen Bereich ohne Zweifel richtig, sogar in mehrfacher Hinsicht. Sie verbinden die stets populären Sparappelle (mehrere parallele Systeme sind zu aufwendig und zu teuer) mit gewachsenen Ansprüchen an die Umweltpolitik (Die Bürger verlangen mehr ganzheitliche Sicht, sie wollen im Sinne eines ökologischen Kassensturzes sehen, "woran wir denn nun tatsächlich sind").

Welche Schlüsse sie dann allerdings in sehr vielen Fällen daraus ziehen und wie sie diese Analyse umsetzen, das ist auf dem Hintergrund der gegebenen kommunalen Aufgaben- und Organisationsstruktur partiell schon fast revolutionär zu nennen, jedenfalls wirkt es so auf die (Verwaltungs-)Umgebung.

In der Regel macht sich, bisweilen aufgrund einer mehr oder minder undeutlichen Absichtserklärung des Stadtrates oder des zuständigen Dezernenten, eine Gruppe von Beamten und/oder Verwaltungsfachleuten auf den Weg, das oder "ihr" Umweltinformationssystem aufzubauen; diese Gruppe sitzt in unterschiedlichen Organisationseinheiten: mal im Umweltamt, mal bei der Stadtplanung, mal in der DV-Verwaltung, mal im Hauptamt, fast nie übrigens im Bereich des Naturschutzes.

Sie bemüht sich um erste Ressourcen, z.B. Gutachten- oder Forschungsgelder, ABM-Kräfte, sie kauft Hard- und Software zusammen (manchmal leihen Firmen auch komplette Ausstattungen aus), sie beginnt mit der Arbeit.

Nach und nach vergrößert sich, meist mit ersten Erfolgen des UIS's verknüpft, der Spielraum und es wächst die Neigung der Politik, verstärkt zu investieren.

Auf jeden Fall ist die Gruppe alsbald in etwas verwickelt, was sie so garnicht vorhergesehen bzw. gar gewollt hat, nämlich in einem Machtkampf um Finanzmittel, um Personal, um Daten und Informationen und auch um mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung seitens der Politiker und der Bürger. Sie kann gar nicht anders, als mit den anderen Behörden und Organisationen in einen Wettbewerb zu treten; in einen Wettbewerb, in dem sie immer auch eine ganz schwache Seite hat, nämlich dort, wo sie von ihren Konkurrenten beim Kampf um Personal, Sachmittel und Geltung, den Sektoral- und Fachbehörden nämlich, Daten und Informationen braucht, um ihren selbstgesetzten Anspruch einer medienübergreifenden, integrierten Umweltplanung erfüllen zu können.

7. Zusammenfassung

UIS'e stellen aus meiner Sicht keine neue Qualität von Umweltpolitik dar. Sie können allerdings einzelne methodische Schritte mit technischen Zulieferungen erheblich beschleunigen und komfortabler machen.

UIS'e müssen nicht auf jeden Fall medienübergreifend angelegt sein. Es gibt auch leistungsfähige sektorspezifische Ansätze. Es ist falsch, sektorale Umweltpolitik als erfolglos einzustufen und zu behaupten, erst ein ganzheitlich-integrierter Ansatz sei geeignet, die Umweltpolitik durchschlagskräftiger zu gestalten. Die ohne Zweifel gegebenen Vorteile einer stärker medienübergreifenden Umweltpolitik müssen deutlich vorsichtiger und pragmatischer formuliert werden (u.a. Möglichkeit der intersektoralen Prioritätensetzung).

UIS'e können DV-gestützt arbeiten, sie müssen es aber nicht. Der Schwerpunkt der Arbeit an UIS'n sollte stärker auf den Aspekt der Information von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit verlagert werden, weniger auf den der Sammlung von Datenbeständen und der Anlagen von Methodenbanken. Bisher hat die oft sehr schwierige (Nicht-)Zusammenarbeit von Umweltfachleuten und DV-Spezialisten so viele Reibungsverluste gezeitigt, daß jede Gebietskörperschaft kritisch prüfen muß, ob ihre Ziele und Zwecke wirklich nur durch ein UIS erfüllt werden können oder ob nicht in vielen Fällen ein "Einmal-Gutachten" reicht.

UIS'e schaffen keine neue Organisationsstruktur, sie geraten, oft ungewollt, in einen Machtkampf um Ressourcen und Geltung, der ihre Arbeit und ihre hohen Ansprüche behindert und gefährdet. Diesem Aspekt ist bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Es ist geboten, UIS'e und ihre Möglichkeiten auf realistischen raum- und umweltpolitischen Boden zu stellen. UIS'e bieten, richtig und realistisch eingesetzt, so viel an neuen umweltpolitischen Chancen, daß man sie nur stützen kann. Sie müssen und werden raum- und umweltpolitisch an Bedeutung und Profil gewinnen.

Summary

From the autor's point of view environmental information systems do not present a new quality of environmental policy. They are, however, capable of considerably accelerating and easing particular methodical steps with their technical provisions.

Environmental informations systems need not necessarily be set up as multi-media exercises. There are, after all, effective sector-specific approaches. It is wrong to classify sectoral environmental policy as unsuccessful and to maintain that only an all-inclusive, integrated approach is suited to make environmental policy a more intensely multi-media orientated environmental policy clearly need to be formulated more carefully and more pragmatically (amongst other things to consider the possibility of selecting intersectoral priorities).

Environmental information systems can operate on the basis of data processing, but they need not to. The focus of work on environmental information systems ought to be

shifted more to aspects of information for politics, administration and the public, and less to that of stocks-of-data collection and the setting up of methodology banks. Fraught with difficulties, (non)co-operation of environmental experts and data processing specialists has hitherto led to so many frictional losses that every regional organisation must carry out a critical assessment of its aims and purposes, and ask themselves, whether an environmental informations system is really the only way, or whether in many cases it could possibly be replaced by "once and for all assessment".

Environmental information system do not create a new organisational structure, but without wishing to do so they often become embroiled in a power struggle for resources and recognition, which hampers and threatens their work as well as their high demands - an aspect, that has hitherto been accorded too little attention.

It is advisable to put environmental information system and their possibilities firmly on the ground of a realistic spatial and environmental policy. Properly and realistically applied, they offer so much in the way of new chances for environmental policy that they deserve nothing but support. They need to, and will, indeed, gain in importance and profile in the politics of space and environment.

Anmerkungen

- 1) Umweltbundesamt, FG I 3.1 alt [Hrsg.]: Umweltbeobachtungs- und Umweltinformationssysteme, Zusammenstellung geplanter, laufender und abgeschlossener Vorhaben, Berlin 1989; Umweltbundesamt [Hrsg.]: Instrumentarien zur ökologischen Planung, Referate zum Statusseminar des Umweltbundesamtes am 12./13.6.19986 in Berlin, Berlin 19987 (UBA-Texte 14/87); Otto-Zimmermann, K. /W. du Bois: Aufgaben der kommunalen Umweltpflege und Stellenwert von Umweltdaten. In: W. du Bois/K. O. Zimmermann [Hrsg.]: Umweltdaten in der kommunalen Praxis, Datenbeschaffung und Datenverarbeitung für Umweltplanung, Überwachung und UVP, Taunusstein 1992, S. 13ff.
- 2) Töpfer, K.: UVP-Königsweg der Umweltpolitik. In: K.-H. Hübler/K. Otto-Zimmermann [Hrsg.]: UVP-Umweltverträglichkeitsprüfung - Gesetzgebung, Sachstand, Positionen, Lösungsansätze, Taunusstein 1989, S. 33; vgl. auch H. Pehle: Umweltschutz vor Ort, Die Umweltpolitische Verantwortung der Gemeinden. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 6/1990 vom 2.2.1990, Bonn
- 3) Ebd.
- 4) Vgl. Otto-Zimmermann, K. /W. du Bois: Aufgaben der kommunalen Umweltpflege und Stellenwert von Umweltdaten. In: W. du Bois/K. Otto-Zimmermann [Hrsg.]: Umweltdaten in der kommunalen Praxis, Datenbeschaffung und Datenverarbeitung für Umweltplanung, Überwachung und UVP, Taunusstein 1992
- 5) Kummerer, K.: Ökologisch orientierte Regionalplanung und räumliches Informationssystem. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung [Hrsg.]: Aktuelle Aspekte der Regionalplanung, Hannover 1990, S. 31
- 6) Bundesminister des Innern [Hrsg.]: Abschlußbericht der Projektgruppe "Aktionsprogramm Ökologie", Argumente und Forderungen für eine ökologisch ausgerichtete Umweltvorsorgepolitik, Bonn 1983 (Umweltbrief Nr. 29 vom 28.10.1983)
- 7) Knauer, Peter: Ökosystemforschung und ökologische Planung. In: Geographische Rundschau 38 (1986), Heft 6, S. 290ff.

- 8) Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hrsg.]: Leitlinien Umweltvorsorge - Leitlinien der Bundesregierung zur Umweltvorsorge durch Vermeidung und stufenweise Verminderung von Schadstoffen, Bonn 1986 (Umweltbrief Nr. 33 vom 17.12.1986)
- 9) Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1987, Wiesbaden 1987
- 10) Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Allgemeine ökologische Umweltbeobachtung - Sondergutachten, Wiesbaden 1990
- 11) Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1987, Wiesbaden 1987
- 12) Dornier System GmbH/Prognos AG/Arbeitsgruppe Landschaftspflege Freiburg: Systemanalyse zur Landesentwicklung Baden-Württemberg, 1975; Umweltbundesamt [Hrsg.]: Dornier System GmbH, Handbuch zur ökologischen Planung, Berlin 1981 (3 Bände)
- 13) Umweltbundesamt [Hrsg.]: Instrumentarien zur ökologischen Planung - Referate zum gleichnamigen Statusseminar des Umweltbundesamtes am 12./13.6.1986 in Berlin, Berlin 1987, S. 13
- 14) Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz: Ökologisches Planungsinstrument Naturhaushalt/Umwelt, Zwei Bände: Fachbericht und DV-Handbuch, Berlin 1990/91 (Gemeinsames Vorhaben des Umweltbundesamtes und der Senatsverwaltung im Rahmen des Umweltforschungsplans des BMU; Vorhaben 109 02 030; zu beziehen über die Senatsverwaltung oder das Umweltbundesamt); Büro für Kommunal- und Regionalplanung: Aufbau einer stadttökologischen Grundlageninformation Düsseldorf, Essen 1993 (Im Auftrag der Stadt Düsseldorf und des Umweltbundesamtes, gefördert im Rahmen des Umweltforschungsplans des BMU; erscheint demnächst in Reihe UBA-Texte); Umweltbundesamt [Hrsg.]: Ökosystemforschung Wattenmeer - Konzeptionen und Zwischenergebnisse des Ökosystemforschungsprogramms des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes, Berlin 1990 (UBA-Texte 7/1990); Haber, W. /L. Spandau/K. Tobias: Ökosystemforschung Berchtesgaden: 1. Schlußbericht über die Arbeiten der Fachdisziplinen (Hauptphase), 2. Umweltqualitätsziele für den Alpen- und Nationalpark Berchtesgaden, Berlin 1990 (Im Auftrag der Nationalparkverwaltung Berchtesgaden und des Umweltbundesamtes im Rahmen des Umweltforschungsplans des BMU; Vorhaben 101 04 040/04; UBA-Texte 15/90); ARGUMENT (Arbeitsgemeinschaft für Umweltforschung und Entwicklungsplanung e.V.: Fachliche und inhaltliche Anforderungen an das Natur- und Umweltinformationssystem Schleswig-Holstein, Kiel 1991 (Abschlußbericht, Teil 1); ARSU GmbH: Ökologische Potential- und Belastungsanalyse am Beispiel des Landkreises Wesermarsch, Berlin 1992 (Im Auftrag des Landkreises Wesermarsch und des Umweltbundesamtes gefördert im Rahmen des Umweltforschungsplans des BMU, Vorhaben 109 02 031/01; UBA-Texte 24/92); W. Höing: Das Umweltinformationssystem Dortmund; W. du Bois: Umweltinformationssystem (UMWISS) des Umlandverbandes Frankfurt (UVF), beide in: W. du Bois/K. Otto-Zimmermann: Umweltdaten in der kommunalen Praxis, Datenbeschaffung und Datenverarbeitung für Umweltplanung, Überwachung und UVP, Taunusstein 1992, S. 163ff.
- 15) Schmithals, E.: Umweltinformationssysteme: Empfehlungen der KGSt zu ihrem schrittweisen Aufbau. In: W. du Bois/K. Otto-Zimmermann, Umweltdaten in der kommunalen Praxis, Datenbeschaffung und Datenverarbeitung für Umweltplanung, Überwachung und UVP, Taunusstein 1992, S. 223
- 16) Knauer, Peter: Umweltbeobachtungs- und Umweltinformationssysteme-Verfahren für die ökologisch orientierte Planung und für die angewandte Ökosystemforschung, Oldenburg 1991 (Unveröff. Man.)
- 17) Bill, R./ D. Fritsch: Grundlagen der Geo-Informationssysteme, Bd. 1: Hardware, Software und Daten, Karlsruhe 1991, S. 5
- 18) Knauer, Peter: Umweltbeobachtungs- und Umweltinformationssysteme-Verfahren für die ökologisch orientierte Planung und für die angewandte Ökosystemforschung, Oldenburg 1991 (Unveröff. Man.)

- 19) U. Bröring/G. Wiegleb: Wissenschaftlicher Naturschutz oder ökologische Grundlagenforschung? In: Natur und Landschaft, Heft 6/1990, S. 283ff.
- 20) Nouhuys, Jo van/B. Schmitt: Daten verarbeiten und Informationen gewinnen. In: W. du Bois/K. Otto-Zimmermann: Umweltdaten in der kommunalen Praxis, Datenbeschaffung und Datenverarbeitung für Umweltplanung, Überwachung und UVP, Taunusstein 1992, S. 117
- 21) W. du Bois/K. Otto Zimmermann, ebd. S. 14, siehe Anmerkung 14
- 22) Ebd., S. 60
- 23) Ebd., S. 73
- 24) Ebd., S. 163/4
- 25) Ebd., S. 223
- 26) Vgl. das Vorhaben "Wesermarsch" und "Wilhelmshaven" (Siehe Anmerkung 14)

Prof. Dr. Peter Knauer
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Fachbereich Geowissenschaften
Institut für Geographie Domstraße 5
D-06108 Halle/Saale

Geopolitik und kein Ende. Thesen zur Gegenwart der Politischen Geographie in Deutschland

In den letzten Jahren ist im deutschsprachigen Raum eine Vielzahl von Arbeiten zum Themenbereich "Geopolitik" erschienen, die nicht nur im Sinne der historischen Reflexion zu verstehen sind. Die Spannweite der neueren Veröffentlichungen reicht von Versuchen der Wiederbelebung mit Verbindungen zum Haushoferschen Geopolitikan-satz¹ und streckenweise direkter Verknüpfung mit rechtsnationalistischen Kräften in Politik und Gesellschaft², bis hin zu Versuchen ehemals dem Marxismus nahestehender Geographen, eine "neue Geopolitik" zu begründen³. Zwischen diesen Polen der Renaissance der Geopolitik in Deutschland bewegen sich andere Studien, die sich mit der Wissenschaftsgeschichte der Geographie, insbesondere der Politischen Geographie⁴, befassen.

Letztere Arbeiten gilt es in ihrem Anwendungsbezug dahingehend weiter zu entwickeln, daß sie zu einer Stärkung und einem Ausbau der deutschen Politischen Geographie beitragen. Denn im Gegensatz zur eher journalistisch verwendeten Geopolitik und ihrem heute wie damals offenkundigem Ideologiebezug muß die Politische Geographie auf den Stand der aktuellen Wissenschaftsentwicklung gebracht und in ihr verankert werden. Nur dieser Weg erscheint beschreibbar, um dem Verhältnis von Politik und "Geo" einen höheren Stellenwert im System der Geographischen Wissenschaft in Deutschland zu verschaffen. Gelingt dies nicht, so wird die Geographie in Anbetracht des Bedeutungszuwachses politischer Entscheidungen auf Raumstrukturen und Raumfunktionen an Bedeutung in Wissenschaft und praktischer Anwendung verlieren. So werden z.B. die erheblichen Eingriffe der Europäischen Union und ihrer Instanzen in die regionale und sektorale Entwicklung der EU-Teilregionen⁵ nur mit einer fundierten und leistungsfähigen politisch-geographischen Analyse zu verstehen sein.

Demgegenüber fristet die Politische Geographie ein Kümmerdasein an den geographischen Instituten und Seminaren deutscher Hochschulen und Universitäten. Weder findet man den Lehrstoff der Politischen Geographie in Studien- und Prüfungsordnungen⁶, noch werden regelmäßig Veranstaltungen zu Geschichte, Theorie und Anwendung der Politischen Geographie angeboten. Der Politische Geograph ist ein ausgesprochener Exot unter den Hochschullehrern in Deutschland West wie Deutschland Ost.

Dieses Schattendasein, das im Gegensatz zur großen Verbreitung politischgeographischer Aktivitäten gerade im französischen und angloamerikanischen Sprachraum steht, ist immer noch weitgehend der eigenen Wissenschaftsgeschichte verschuldet. Die Schatten der Vergangenheit verweisen auf die geopolitischen Verwirrungen der Politischen Geographie bis 1945, obwohl durch kritische und historische Reflexionen diese Abstinenz überwunden werden könnte. Auch die entsprechenden konzeptionellen Neuansätze einer in politik- und sozialwissenschaftlicher Theorie verwurzelten neuen

Politischen Geographie nach 1945 in Deutschland sind vorhanden, wenn auch deren Verbreitung und Weiterentwicklung nur unbefriedigend erfolgte.

Wenige, wenn auch nicht minder bedeutende Vertreter der deutschsprachigen Politischen Geographie haben kontinuierlich dazu beigetragen, daß die Stigmatisierung der Politischen Geographie im Kanon der geographischen Teildisziplinen überwunden wird und es zu einem wissenschaftlichen Diskurs über Zielsetzung, theoretische Begründung und Anwendungsbezug in den 90er Jahren gekommen ist. Zu erwähnen sind vor allem die Studien von Schöller, Sandner und Boesler, von Seiten der wenigen "Nachwuchswissenschaftler" - ein terminus technicus, der den Sachverhalt des Generationswechsels im System der scientific community nur mangelhaft wiedergibt - insbesondere die Arbeiten von Ossenbrügge, der vor allem die Ergebnisse der angloamerikanischen politischgeographischen Forschung auswertete und nutzbar macht.

In diesem Zusammenhang muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Sprachregelung von einer im internationalen Wissenschaftssystem verankerten deutschsprachigen Politischen Geographie auch die Begriffe "geopolitique" und "geopolitics", damit auch "Geopolitik" und "geopolitisch" zu akzeptieren hat.

Im Gegensatz zur Geopolitik und Politischen Geographie in Deutschland bis 1945 hat eine moderne, zeitgemäße Politische Geographie die Kriterien allgemeingültiger Wissenschaftlichkeit zu beachten und zu erfüllen. Darunter fallen unter anderem:

- Die Definition der Politischen Geographie verankert diese geographische Teildisziplin als Teil eines demokratisch verfaßten Wissenschafts- und Hochschulsystems. Damit kommt der Beachtung und Einhaltung eines pluralistischen Wissenschaftsdiskurses ein hoher Stellenwert zu, der in der deutschen Wissenschaftsgeschichte bis 1945 allzu häufig, insbesondere seit den 30er Jahren, nicht zur Grundlage von Forschung und Praxisorientierung wissenschaftlichen Arbeitens zählt.
- Die Einbindung der Politischen Geographie und "Geopolitik" in die Internationalität des gesamten Wissenschaftssystems zumindest der sogenannten westlichen Welt, deren Reichweite mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Osteuropa zugenommen hat, muß gegeben sein. Die Auswüchse einer spezifisch "deutschen" Politischen Geographie, die nach ihrem Selbstverständnis in direktem Gegensatz zum liberalen Rechtsstaat und seinen Werten⁷ stand, haben wesentlich zum Niedergang der Politischen Geographie in Deutschland beigetragen. Auch im Bereich der Wissenschaften ist ein "deutscher Sonderweg" abzulehnen. Im Gegenteil bürdet die deutsche Wissenschaftsgeschichte gerade der Politischen Geographie ein selbstkritisch-reflektiertes und in historischer Verankerung bewußtes Vorgehen wissenschaftlicher Analyse und Praxisorientierung auf.
- Die Einhaltung intersubjektiver Überprüfbarkeit der politischgeographischen Forschungsergebnisse, die zur verbesserten Kenntnis von Raumstrukturen, Raumfunktionen und ihren meist politisch-gesellschaftlich bedingten Ursachen beitragen können, gehört mit zu den zwingenden Grundvoraussetzungen eines Neuanfangs der Politischen Geographie in Deutschland. Die Gewährleistung intersubjektiver Überprüfbarkeit bedeutet gleichzeitig die Abkehr von einem geographischen Determinismus, der in Verbindung mit einem organologischen Staatsverständnis zu

den Grundpfeilern von Politischer Geographie wie Geopolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörte. Gerade der Geodeterminismus, der auch in der Gegenwart häufig zu Fehldeutungen in Journalismus wie Wissenschaft führt⁸ und z.B. auch Gegenstand des sogenannten Historikerstreits in den ausgehenden 80er Jahren war⁹, hat wesentlich dazu beigetragen, die deutschsprachige Politische Geographie zu isolieren und in eine Sackgasse der Bedeutungslosigkeit zu manövrieren.

- Die Einbindung in ein System der Interdisziplinarität, das einen Alleinanspruch auf das Eigentliche, auf das eigene originäre Untersuchungsobjekt aus Sicht der jeweiligen Wissenschaft ausschließt, sollte gegeben sein. Die mentale Selbstbeschäftigung zahlreicher Geographen mit der Frage nach dem eigenen, eigentlichen Untersuchungsgegenstand geographischer Analyse und Theoriebildung hat nicht zu einem Bedeutungs- und Kenntniszuwachs geführt, sondern nur einen legitimatorischen Drang nach thematischer und methodischer Abgrenzung ausgelöst, der sich allzu häufig in geodeterministischen Scheinwelten verirrt hat oder einem beinahe theorie-los anmutenden Pragmatismus von 'Geländearbeit' und 'Naturerlebnis'¹⁰ förderte. Die Nutzbarmachung der Interdisziplinarität ist demgegenüber eine Berücksichtigung der Vernetzung von Gesichtspunkten, die je nach Teildisziplin ein Gesamtbild zusammenstellen. Diese erforderliche Vernetzung der Politischen Geographie bedeutet keineswegs den Verlust der Zuordnung zum System der geographischen Wissenschaft. Insbesondere muß die "methodische Verankerung in der Geographie"¹¹ gewährleistet sein.

Neben der seit Schöller geforderten und meist eingelösten Fundierung der Politischen Geographie auf sozialgeographischen Grundlagen¹², die zwar notwendig, aber nicht ausreichend ist, ist vor allem die Vernetzung mit der Politischen Wissenschaft von Bedeutung für die Weiterentwicklung der deutschsprachigen Politischen Geographie. Ein Blick in die gängigen Lehr- und Handbücher der Politischen Wissenschaft zeigt die Palette von geographischen Fragestellungen, die zwar geographisch relevant sind, doch von der Fachdisziplin nur selten aufgegriffen werden. Die Fragestellungen gehen dabei weit über Problemfelder von "Strukturwandel und Raumordnung"¹³ hinaus, bis zu Aufgabenstellungen aus den Bereichen Außenpolitik und internationale Politik¹⁴. Während die deutschsprachige Politische Geographie innenpolitische Fragestellungen kontinuierlich bearbeitet, zeichnen sich die deutschsprachigen Fachvertreter bis auf wenige Ausnahmen¹⁵ durch Abstinenz in Untersuchungen zu Außen- und internationaler Politik aus. Es ist zu hoffen, daß der 1995 im Nachklang zur wiedereröffneten politisch-geographischen Diskussion anlässlich des Bochumer Geographentages 1993 gegründete "Arbeitskreis geopolitische Analysen" einen Neuanfang der Politischen Geographie im Umgang mit außenpolitischen Themenfeldern leistet. Dieser von Boesler geleitete "Arbeitskreis geopolitische Analysen" wird sich vorrangig mit sicherheitspolitischen Themen auch und besonders unter dem Eindruck des Ende des Ost-West-Systemgegen-satzes befassen.

Mit der Einhaltung und Einlösung dieser genannten Kernkriterien kann die Renaissance der Politischen Geographie in Deutschland gelingen. Nicht die Wiederbelebung der Geopolitik à la Haushofer und Co ist gefragt, sondern ein erforderlicher Bedeutungsgewinn für eine moderne Politische Geographie. Dabei kommen der

Diskussion und Definition des Politik- und Staatsbegriffes zentrale Bedeutung zu. Die von Ante vorgelegte "Grundlegung des Gegenstandsbereiches der Politischen Geographie"¹⁶ kann in diesem Kontext nur als erster zaghafter Schritt verstanden werden, dieses Thema langjähriger Debatten in den Politikwissenschaften auch aus geographischer Sicht nachzuzeichnen. Aus der Fülle der Literatur sei an dieser Stelle nur auf die Arbeiten von Ulrich Beck verwiesen, der die Kategorien des Politischen "zwischen offizieller, etikettierter Politik (des politischen Systems) und Subpolitik (im Sinne von Subsystempolitik)" sieht (siehe Tab. 1)¹⁷.

Beck plädiert für eine "Erfindung des Politischen", da die bisherigen tradierten und nur teilweise bewährten Politiken angesichts der entstandenen "Weltrisikogesellschaft"¹⁸ versagen. "Erfindung des Politischen meint: schöpferische, selbstschöpferische Politik, die gerade nicht alte Gegnerschaften kultiviert und renoviert, aus ihnen die Mittel der Macht gewinnt und schärft, sondern neue Inhalte, Formen und Koalitionen entwirft und schmiedet. Gemeint ist eine Renaissance des Politischen, die - um ein Bild von Fichte aufzugreifen - 'sich selbst setzt': aus Aktivität ihre Aktivität entwickelt und entfaltet, sich sozusagen am eigenen Schopfe aus dem Sumpf des Eingefahrenen zieht. Gemeint ist nicht 'Gesinnungspolitik' (Max Weber) oder eine Politik der Lippenbekenntnisse. Die Erfindung des Politischen bedarf im Gegenteil einer machiavellistischen Realistik... Aber sie erschöpft sich darin nicht, sondern übt und ringt um Räume, Formen und Foren der Stil- und Strukturbildung und -findung innerhalb und außerhalb des politischen Systems"¹⁹.

Mit dieser Bestimmung des Politikbegriffes erhält die Geographie eine fundierte Verankerung in Theorie und Methodik der aktuellen Politikwissenschaft. Die Übertragbarkeit und Anwendung in politischgeographischen Analysen zeigt sich spätestens mit der parallelen Darstellung gegenwärtiger Definitionen von Politischer Geographie im deutschsprachigen Raum insbesondere von Boesler²⁰, dabei allerdings die Erkenntnisse gerade der angloamerikanischen Politischen Geographie beachtend²¹.

Tabelle 1: Kategorien des Politischen (nach Beck, 1993)

	einfach (regelanwendend)	reflexiv (regelverändernd)
Politik des politischen Systems	symbolische Politik, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, technischer und sozialer Fortschritt	Reaktivierung bzw. Metamorphose des Staates, Entkernung des Politischen
Sub (system)-politik	einfache Expertenrationalität, Dominanz technokratischen, bürokratischen Handelns; Privatheit	Rationalitätsreform, politischer Unternehmer, Beruf als politisches Handeln
Bedingungen der Politisierung	Streik, parlamentarische Mehrheit, staatliche Initiative, kollektiv-individualistische Lösungen (z.B. Auto, Versicherungen)	Stau, Blockade, und als eine Variante das Ringen um Konsens und Reformen der Modernisierungen innerhalb und außerhalb des politischen Systems

Gibt es eine Boesler-Schule der Politischen Geographie?

Nach 1945 war die Politische Geographie in Deutschland lange Zeit nicht existent. Während einerseits die Geopolitik für alle Verfehlungen der deutschen Geographie herhalten mußte, man es mittels des Hinweises auf Karl Haushofer und die Geopolitiklehre verstand, sich weiß zu waschen²², kam es nur vereinzelt zu einigen Versuchen, Geopolitik und Politische Geographie der Vorkriegsära wiederzubeleben²³.

Erst im Zuge der gesellschaftlichen Reformphase, die die Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 60er Jahre erfaßte, kam es zu ersten konzeptionellen Neuansätzen einer neuen Politischen Geographie, die sich dezidiert von Geopolitik und Politischer Geographie bis 1945 absetzte. In zahlreichen empirischen Studien, oftmals mit raumordnungspolitischen und wirtschaftsgeographischen Fragestellungen, wurde insbesondere der raumprägenden Kraft von Staatshandeln nachgegangen. Die Reformdebatte innerhalb der deutschen Geographie, insbesondere im Rahmen des Kieler Geographentages 1969 ausgetragen, gab auch die Plattform ab, um sich mit der Zukunft der deutschsprachigen Politischen Geographie zu befassen. Gemäß der Vorstellung, durch staatliches Handeln und staatliche Planung ließe sich der Wohlfahrtsstaat ausbauen, wurde auch die Aufgabenstellung der Politischen Geographie formuliert: "Politik als 'Zukunftsbewältigung' erfordert auch zukunftsorientierte raumordnungspolitische Entscheidungen, die wohlinformierte Entscheidungsträger und in den demokratischen Staaten auch Planungsbeteiligte voraussetzen. Der Politischen Geographie

erwächst damit die Aufgabe, die raumwirksame Staatstätigkeit in Prozeßabläufen und Zielalternativen zu analysieren, um zu Entscheidungshilfen für Planungsträger und zugleich zur besseren Transparenz des Entscheidungsfeldes raumwirksamer Staatsmaßnahmen für die Betroffenen zu gelangen²⁴.

Mit dieser Beschreibung der Aufgaben und Verwertung geographischer Forschung und Lehre gelangte Boesler zu einer Definition von Politischer Geographie, die für die deutsche Geographie geradezu revolutionär war und demzufolge von dem Hochschul-establishment nur begrenzt rezipiert wurde. 1974 war Boesler der Auffassung, daß die Politische Geographie aufzufassen ist "als Lehre von der raumwirksamen Staatstätigkeit und ihren Motivationskreisen. Ihre Objekte sind erdoberflächliche Verbreitungs- und Verknüpfungsmuster im Bereich staatlichen Handelns und Entscheidungsfindungen über Ziele und Instrumente, die sie bedingen"²⁵. Diese Definition bedeutete den Durchbruch für eine deutschsprachige Politische Geographie neuen Typs, die systematisch das raumwirksame Handeln primär des Staates ins Zentrum der wissenschaftlichen Betrachtung stellte. Dennoch war ein latenter Geodeterminismus nicht ausgeschlossen, da diese innovative Definition der Politischen Geographie die Raumgebundenheit staatlichen Handelns einschloß.

Mit dieser enormen Erneuerungsleistung für eine Politische Geographie modernen Zuschnitts, spiegelt Boeslers Definition die Meinung und Hoffnung der 60er und 70er Jahre wider, wonach über staatliches Handeln die Lösung gesellschaftlicher und sozial-ökonomischer Probleme erreicht werden könnte. Diese Überschätzung des Staates in seiner prägenden Rolle im demokratischen Gemeinwesen führt nach Beck zu einer "Inflationierung der Ansprüche", die charakteristisch für die begrenzte Sichtweite des Nationalstaatsprinzips ist: "Staatliche Politik soll für alles zuständig sein, und alle sollen und wollen an ihr teilhaben"²⁶.

Trotz dieser Überschätzung der Effekte staatlichen Handelns und staatlicher Eingriffe verkörpert Boeslers Definition den tatsächlichen Neuanfang der Politischen Geographie in Deutschland. Nicht nur daß eine strikte Abkehr von geodeterministischen und staatsorganologischen Konzepten und Zielvorgaben erfolgte, auch wurde erstmals der Kenntnisstand der benachbarten Sozial- und Politikwissenschaften systematisch in die Standortbestimmung der Politischen Geographie einbezogen. Eine Weiterführung vom raumwirksamen Staatshandeln auf die umfassendere Definition von der Raumwirksamkeit politischen Handelns schloß sich an. Verbände, Organisationen, aber auch Parteien und andere Personengruppen wurden nunmehr in der politischgeographischen Analyse berücksichtigt. So wurden unter der Anleitung Boeslers z.B. Analysen des Wechselverhältnisses von Agrar- und Umweltpolitik erstellt, deren Raumwirksamkeit ohne Agieren von Lobby- und Berufsverbänden nicht dargestellt werden darf²⁷. Der liberale Rechtsstaat äußert sich auch in einem Pluralismus der Akteure und Handlungsebenen, die der Politische Geograph im Rahmen seiner wissenschaftlichen Analyse zu beachten hat.

Ihren Niederschlag fand diese Fortentwicklung der Boeslerschen Politischen Geographie in der Integration der Entscheidungstheorie: "Politische Geographie", so Boesler 1983 in seinem Lehrbuch zur Politischen Geographie, "befaßt sich als empirische Wissenschaft mit den räumlichen Grundlagen und Wirkungen politischer

Strukturen und Prozesse. Es genügt der heutigen Politischen Geographie nicht mehr, sich auf die Darstellung und Erklärung räumlicher Verbreitungs- und Verknüpfungsmuster zu begrenzen. Sie geht einen Schritt weiter und fragt nach dem Zustandekommen dieser Prozesse, nach den Entscheidungsfindungen über Ziele und Instrumente²⁸. Damit wird Politik nicht nur als Staat, sondern als ganzheitliches "Beziehungsgefüge (s) von staatlicher und nichtstaatlicher Politik" mit zwei Zentralbegriffen verstanden:

- a) „der Begriff der räumlich lokalisier- und abgrenzbaren Gruppe“,
- b) „die räumlichen Organisationsformen der politisch-administrativen Systeme in ihren sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen“²⁹.

Diese Ergänzung berücksichtigt die politischen wie gesellschaftlichen Diskurse in den 80er Jahren, die geprägt waren von Kritik am staatlichen Handeln, vom Aufkommen neuer Parteien und Organisationen der neuen sozialen Bewegung. Boesler benennt "drei große Aufgabenbereiche der Politischen Geographie:

- a) „Die Erfassung und Darstellung der Elemente politischer Systeme im Raum... .
- b) Die Analyse der Begründung politischer Strukturen und Prozesse durch den Raum und raumgebundene Ressourcen... .
- c) Die Untersuchung der Raumwirkungen politischer Systeme“³⁰.

Insbesondere der zweite Aufgabenbereich und die mehrfach wiederholte These von der Raumgebundenheit politischen Handelns verführt zu der Fehlinterpretation, daß in Boeslers Politischer Geographie ein latenter Geodeterminismus enthalten ist. Der Hinweis auf die raumgebundenen Ressourcen z.B. darf nicht vom Zentrum der Boeslerschen Definition von Politischer Geographie ablenken, nämlich von dem politisch Handelnden mit verschiedenen Handlungsoptionen. Die scheinbare räumliche Bedingtheit der Politik reduziert sich als vorhandene räumliche Ist-Struktur, deren Nutzbarkeit und Auswirkungen keine deterministischen Zwangshandlungen und -entscheidungen bewirken. Letztendlich bleibt die Handlungsfreiheit des politischen Akteurs bestehen. 1990 hat Boesler diesen Zusammenhang von Politik und Raum, diesmal auf Staat und Raum beschränkt, erneut klargestellt: "Der Zusammenhang von Staat und Raum ist in zwei Richtungen zu sehen: einerseits wird er durch die Begriffe Gebiets-hoheit, Gebiets- und Verwaltungsorganisation, Grenzen und räumliche Rechtsgeltung bestimmt. Sie sind die Geltungsbereiche für die raumwirksame Staatstätigkeit, vornehmlich für den Erlaß und die Durchsetzung von Rechtsnormen. ... Andererseits bestehen Einflüsse des Raumes, also räumliche Potentiale und Strukturen, auf den Inhalt der Politik und die Form der Verwaltung. Diese Wechselbeziehungen sind das traditionelle Erkenntnisobjekt"³¹. Die Absage an jedwede Form eines Geodeterminismus wird deutlich. Boesler spitzt dies mit der Feststellung zu: "Nicht der Raum ist das Objekt der Politischen Geographie, sondern Handlungen politischer Akteure unter bestimmten räumlichen Bedingungen"³².

Parallel zu der Kennzeichnung einer scharfen Trennlinie zwischen geodeterministischer Geopolitik bzw. Politischer Geographie vergangener Jahrzehnte wird die Öffnung der Politischen Geographie für Fragen internationaler Politikverflechtungen vollzogen, die letztendlich einen Anschluß an die Standards internationaler Wissenschaftsdiskussi-

on darstellt³³. Dieses Themenfeld kann nur dann der Politischen Geographie erschlossen werden, wenn "es kein zurück zu einer Denkrichtung gibt, die in die Nähe alter Geopolitik führen könnte. Aus der Sicht der Politischen Geographie darf eines nicht in Frage gestellt werden: die Suche nach zwingenden Anleitungsbeziehungen zwischen Raumpotential und politischem Handeln kann nicht das Analyseziel sein"³⁴. Nur durch einen ständigen Prozess kritischer Reflexion und ein historisches Bewußtsein einer Politischen Geographie in demokratisch-gesellschaftlicher Verantwortung läßt sich dieser Rückfall in überwundene Theorieansätze vermeiden. Die Aufarbeitung der Wechselbeziehungen zwischen Politischer Geographie und Geopolitik im Zeitraum 1900 bis 1945 wurde demzufolge von Boesler angeregt und begleitet³⁵.

Mit dieser klaren Absage an geodeterministische Fehldeutungen schließt Boesler den Kreis einer mehr als 20jährigen Neubegründung und Weiterentwicklung der deutschen Politischen Geographie. Damit kommen wir zur Ausgangsfrage zurück, die lautete: Gibt es eine Boesler-Schule der Politischen Geographie?

Die Rückschau auf die wissenschaftlichen Leistungen und Ergebnisse führen zu einer Bejahung der Frage. Ohne Zweifel hat Boesler ein eigenes, ihm zu verdankendes in sich schlüssiges Konzept der Politischen Geographie entworfen, dessen demokratisch-pluralistischer Rationalismus dazu beitragen kann, das Schattendasein der Politischen Geographie in Deutschland zu beenden. Während vereinzelte Fachvertreter vorrangig außenpolitische Themen behandeln, gelingt es Boeslers theoretischen Begründungen, die Politische Geographie für Fragestellungen innen- und außenpolitischer Natur zu öffnen.

Inwieweit diese wissenschaftlichen Innovationen im Bereich der deutschen Hochschulgeographie institutionell verankert sind und auf eine neue Generation von Hochschullehrern und -forschern weitergegeben werden kann, ist schwer zu beurteilen. Eine Auswertung der deutschsprachigen Veröffentlichungen, einschlägiger Adressenverzeichnisse und Studienführer etc. kommt eher zu einer pessimistischen Einschätzung: Den wenigen Hochschulgeographen, die sich in Deutschland mit politisch-geographischen Themenstellungen befassen, ist es nur selten gelungen, fachorientierte Personalpolitik zur Rekrutierung von Nachwuchswissenschaftlern zu betreiben, die den aufgearbeiteten Boden weiter beackern. Insofern gibt es keine Boesler-Schule der Politischen Geographie, im Gegensatz zu vergleichbaren (Richtungs-) Schulen der Politischen Geographie insbesondere zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Abgesehen von der veränderten Hochschulverfassung weg von einer Eliteeinrichtung und hin zu einer demokratisch verfaßten Massenuniversität unserer Tage, in der es nur schwerlich zu Richtungsschulen wissenschaftlicher Ansätze kommen kann und sollte, ist das Fehlen von Fachvertretern der Politischen Geographie innerhalb der deutschen Hochschulgeographie nicht zu übersehen. Eine unterlassene Hochschulpersonalpolitik sowie parallel entstandene und zukünftig zunehmende Finanzeinsparpläne der Hochschulpolitik und -bürokratie lassen kurz- und mittelfristig keine Hoffnung auf eine Stärkung der Politischen Geographie in der deutschen Hochschulgeographie aufkommen. Diese verfehlte und unterlassene Nachwuchsförderung lastet einem Neuansatz der Politischen Geographie in Deutschland eine erhebliche Bürde auf - gerade vor dem Hintergrund deren notwendige Konsolidierung und Verstetigung.

Viele der Nachwuchswissenschaftler haben die Hochschule verlassen und üben Berufe mit angewandt-geographischem Aufgabenprofil aus. Auch wenn dies ohne Zweifel ein Erfolg einer gelungenen praxisorientierten Ausbildung ist, die auch in den Veranstaltungen von Boesler zu Raumordnung, Umweltpolitik u.ä. vermittelt wird, so bleibt das Defizit qualifizierter Nachwuchswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Politischer Geographie evident.

Haushofer ante portas?

Geopolitik scheint wieder in Mode zu kommen. Erfolgte die Verwendung des Begriffs Geopolitik bis Ende der 80er Jahre meist mit taktischem Machtkalkül³⁶, so tritt neuerdings der gleichfalls schon von Karl Haushofer und seinen Mitstreitern - meist angesehene Vertreter der deutschen Hochschulgeographie³⁷ - praktizierte Verwendungsbezug hervor, nämlich der von Sinn- und Orientierungshilfe in einer Epoche neuer Unübersichtlichkeiten globaler, regionaler und sozialer Veränderungen. Im Rahmen der Suche und Herausbildung neuer 'Weltordnungen' bietet die Geopolitik die Illusion scheinbar zeitloser und veränderungsfreier Stabilität. "Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Ende jener meteoritischen historischen Epoche, werden also eher traditionelle Bezüge politischer Weltordnung und Weltdeutung verlebendigt. So nimmt in kollektiver Wahrnehmung der Rückgriff auf Konzeptualisierung zu, die an Altes, gleichsam Vorvergangenes erinnern"³⁸. Zum Beispiel die ständigen Wiederholungen und Erinnerungen an die scheinbare Mittellage Deutschlands, sehr oft als geopolitische Lage bezeichnet³⁹, greift auf diese Konstanz alter Deutungsmuster zurück, wie sie dem Raum, dem 'Geo', zugeschrieben werden. 'Geo' wird damit zum politischen Programm⁴⁰.

Wir erleben die 90er Jahre bislang als Jahre des radikalen Umbruchs in Innen- und Außenpolitik, die das überholte Koordinatenkreuz des Kalten Krieges durcheinanderschütteln. In der Phase des Kalten Krieges gab es "einen Gegner, ein Ziel und das verlässliche Mittel der militärischen Verteidigung. Nach 1990 ist alles anders geworden. Das Ziel ist diffus, die Strategie unbekannt. Ob wir nun von der europäischen Friedensordnung oder der Sicherheitsarchitektur reden, niemand vermag zu sagen, was sie politisch bedeuten und wie sie innen- und zwischenstaatlich hergestellt werden sollen. Wie sieht ein internationales System aus, in dem Frieden herrscht?"⁴¹.

In dieser Phase des Umbruchs und der Suche nach neuen Orientierungsleitlinien erfährt nicht nur die Geopolitik der 20er und 30er Jahre eine Wiederauferstehung, wird die schon totgesagte Geopolitiklehre Karl Haushofers zum Instrument der Friedensstiftung, gar fälschlicherweise zur "Zügelung und Begrenzung der Macht"⁴² hochstilisiert. Diese Versuche der Renaissance deutscher Geopolitik aus der Vorkriegszeit entpuppen sich als ideologisch begründete Entlastungsversuche einer unwissenschaftlich wie undemokratisch begründeten Geopolitik, der wesentlich das Desaster der deutschen Politischen Geographie nach 1945 anzulasten sind. Vielmehr entstehen andere 'Geopolitiken', die sich 'kritische Geopolitik'⁴³ oder 'alternative Geopolitik'⁴⁴ nennen. Diese 'kritische Geopolitik', der eine eigene "geopolitische Methode"⁴⁵ nachgesagt wird, soll u.a. 'geopolitische Codes' herausarbeiten, um damit "Artikulationsformen

territorialer Interessen im militärischen, ökonomischen und kulturellen Bereich, über Transformation zu sogenannten 'nationalen Interessen' und damit einhergehende gesellschaftliche Verbindlichkeit⁴⁶ zu verdeutlichen. Kritische Geopolitik wird damit zur 'Enttarnungswissenschaft' jener machtpolitischen Bestrebungen, der gerade die Haushofersche Geopolitik dienen wollte.

Damit wird das Dilemma der Geopolitik seit ihrer Entstehung deutlich: Bis in die Gegenwart kumuliert in diesem Begriff ein Sammelsurium verschiedenster Theorieansätze, Ideologien und instrumenteller Absichten. Schon Kjelléns Geopolitiklehre wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts fälschlicherweise auf ein System der Geopolitik verkürzt, obwohl er sein System der Politik entworfen hat, in dem Geopolitik nur eine untergeordnete Rolle von ca. 25 Prozent einnimmt.

Diese Mißdeutung führt zu der gewollten wie unbewußt unterstützten Zielsetzung, Politik als geodeterminiertes Produkt zu erläutern. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch Kjellén seine Politiklehre als Beitrag zur Verbreitung einer nationalistischen Politik auf Basis eines organologischen Machtstaatsmodells verstand⁴⁷. Auch wenn dieses Thema an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden kann, so zeigt die Verwendung des Geopolitikbegriffes seine fast unbegrenzte, teilweise beliebige Verwendung, ohne daß eine Präzisierung und theoretische Fundierung in Eindeutigkeit erfolgt ist. Vielmehr ist der Geopolitik seit ihrer Geburt 1899 das Stigma der Fehlinterpretation und Beliebigkeit möglicher Begriffsdeutungen angehaftet geblieben.

Tabelle 2: System der Politik nach Kjellén

allgemeine Staatswissenschaft (Lehre vom Staat)		spezielle staatswissenschaft				
Systemeinheit	Hypothesen	Subsystem	Kategorien	Phänomen	Spezialwissenschaft	optimale Lebensform
STAAT gleich POLITIK	1. Staaten sind selbständige Wesen und Individuen	Geopolitik	Reich	Reichslage Reichsgestalt Reichsgebiet	Topopolitik Morphopolitik Physiopolitik	Naturgebiet
	2. das Wesen des Staates ist zuerst und zuletzt Macht, das Recht ist Diener	Ökopolitik	Reichshaushalt	Haushaltssphäre Selbstaushalt Haushaltsleben	Emporopolitik Autarkiepolitik Ökonomiepolitik	Autarkie
		Demopolitik	Staatsvolk	Volksschlag Volkskörper Volkseele	Ethnopolitik. Plethopolitik Psychopolitik	Nationalität
	3. Gegenstand der Politik ist nicht das Land, sondern die politische Organisation des Landes d.h. das Reich	Soziopolitik	Gesellschaft	Gesellschaftsform (=Gesellschaftskörper), Gesellschaftsleben	Fylopolitik Biopolitik	Sozialität
	Kratopolitik	Staatsregiment (= Verfassung)	Staatsform Staatsleben Staatsmacht	Nomopolitik Praxipolitik Archopolitik	Loyalität	

Trotz dieser deutlich erkennbaren Schwächen des Geopolitikbegriffes führt eine Strategie der Stigmatisierung von Geopolitik gleich welcher Richtung nicht weiter. Es muß zur Kenntnis genommen werden, daß 'geopolitique' und 'geopolitics' anerkannte Begriffe gerade von Geographen und Politikwissenschaftlern des nichtdeutschen Sprachraumes darstellen. Demnach geht es weder um die Tabuisierung des Begriffs Geopolitik noch um die Renaissance der Geopolitik à la Haushofer, sondern um die Einbindung einer Politischen Geographie in einen international etablierten Wissen-

schaftsdiskurs, der fest eingebunden in demokratische Staaten und Staatssysteme ist. Gerade in dieser Vernetzung liegt die Chance zur Überwindung jener Geopolitik, deren latenter Antidemokratismus und Geodeterminismus Antrieb für zahlreiche geopolitische Veröffentlichungen und Analysen bis 1945 war. Nicht mehr Machtgewinn und Machterhalt einer Nation und eines Staates zu Lasten anderer wird somit zum Motiv geopolitischer Analysen. Vielmehr führt eine Geopolitik modernen Typs auf die Handlungsebene politischgeographischer Forschungen und deren Praxisanwendung. Geopolitik wird somit definiert als angewandte Politische Geographie, die das Ziel der Politikberatung zum Zweck der Konfliktvermeidung globalen wie regionalen Ausmaßes verfolgt⁴⁸.

Auch wenn die Deutung der Geopolitik als angewandte Politische Geographie nicht gerade eine Neuerung darstellt⁴⁹, so erscheint die Ausrichtung an der Maßstabebene sowie dem Ziel der Konfliktvermeidung eine Chance für die Wiedereinführung des Begriffs Geopolitik mit neuem Inhalt im Rahmen geographiewissenschaftlicher Analysen und Studien zu bieten. Nicht nur daß mit dieser Definition eine eindeutige Absage an geopolitische Machtstrategen erfolgt, deren wissenschaftliche Qualität eher gering ausfällt, exemplarisch wären hier die Arbeiten von Brill und Ebeling⁵⁰ zu erwähnen, auch setzt die Zielvorgabe der Konfliktvermeidung die kritische Selbstüberprüfung getroffener Aussagen und deren Annahmen voraus. Implizit ist somit die Auseinandersetzung mit der fehlgeleiteten Geopolitik bis 1945 gegeben. Nicht die Tabuisierung und Stigmatisierung, sondern einzig die präzise Definition von Geopolitik und deren Weiterentwicklung als Teil eines demokratischen Wissenschaftssystems eröffnen der deutschsprachigen Politischen Geographie den Anschluß an internationale Kenntnis- und Diskussionsstandards. Was Czernpiel in der Beschäftigung mit der Aktualität Immanuel Kants feststellt, gilt gleichermaßen für die Politische Geographie und ihren Anwendungszweig Geopolitik: "Eine reife Demokratie, die auf einer entwickelten Marktwirtschaft aufruhet..., produziert den Frieden, weil sie die Interessen des Bürgers in Außenpolitik umsetzt. Hinzu kommt, daß ihre internen Wertverteilungsprozesse einen hohen Konsens erzeugen, so daß keinerlei Anlaß besteht, politische Konflikte nach außen abzulenken; das demokratische Herrschaftssystem bietet im Gegenteil strukturelle und normative Hindernisse für die Gewaltanwendung nach außen"⁵¹.

Die Ausrichtung der Geopolitik auf Fragestellungen regionaler wie globaler Konfliktvermeidung bedeutet auch die Erzeugung von Hindernissen gegenüber einer Renaissance von geopolitischen Weltordnungen, die im machtsstaatlichen Kalkül und Egoismus verstrickt bleiben.

Ausblick

Die Chancen für einen Bedeutungszuwachs der deutsche Politischen Geographie und ihrer praxisorientierten Subdisziplin Geopolitik sind zur Zeit eher positiv zu bewerten. Die Geographie, insbesondere ihre humanwissenschaftlichen Teile, sind gefordert, einen Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Schlüsselaufgaben unserer Zeit zu leisten, dabei zur Kenntnis nehmend, daß die räumlichen Auswirkungen von politischen Entscheidun-

gen und Eingriffen zu einem extrem vernetzten wie sensiblen System geführt haben. Globale wie regionale Ebenen haben an Stellenwert gewonnen, während die Maßstabsebene des Nationalstaates Bedeutungs- und Kompetenzverluste zu verzeichnen hat.

Demzufolge ist das Vakuum von politischgeographischen Analysen und gleichzeitigem Bedarf nach Politischer Geographie auch als Chance für die Gesamtdisziplin Geographie zu verstehen. Ein Zuwachs an qualifizierten und praxisbezogenen Arbeiten der Politischen Geographie in Deutschland könnte der Geographie insgesamt zu mehr Ansehen verhelfen. Bislang gelangen Ergebnisse geographischer Forschungen nur selten an Abnehmer und Nachfrager außerhalb des Zirkels von geographischen Fachwissenschaftlern. Häufig wird man mit der Frage konfrontiert, was die Geographie und deren Vertreter der Gesellschaft zu bieten habe. Unter einem Erdkundelehrer konnte man sich in der Regel etwas konkretes - häufig dennoch eher Vorurteilverbundenes - vorstellen. Seltener demgegenüber kennen Öffentlichkeit wie Arbeitgeber den Nutzen und die Tätigkeit von Diplomgeographen. Selbst wenn diese tägliche Kernarbeit der Aufklärung und Vorurteilsüberwindung in weiten Teilen bewältigt ist, so stellt sich dennoch die Frage nach den gesellschaftspolitischen Bezügen der geographischen Wissenschaft. Viel zu selten äußern sich Hochschullehrer der Geographie zu Themen, die die Fachwissenschaft ebenso interessieren, wie die Öffentlichkeit bewegt.

Leider schweigt die deutschsprachige Geographie zu den zentralen Problemfeldern in Gesellschaft und Politik. Ob Hauptstadtfrage, Sicherheitspolitik oder Wahlanalysen - die deutsche Geographie zeigt sich nicht in der Öffentlichkeit, obwohl gerade den Hochschulvertretern als Schlüsselgruppe der Fachpolitik die Wichtigkeit von Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer bekannt ist. Einerseits scheint das Bestreben ungebrochen, sich aus 'der Politik' herauszuhalten, obwohl deren Bedeutungszuwachs aus geographiewissenschaftlicher Sicht anerkannt wird. Andererseits bietet die bisherige Verbandsstruktur der Geographie in Deutschland und ihrer Interessenvertreter allzu oft einen Eindruck von Partialinteressenvertretung und Zersplitterung. Die Geographie meldet sich selten zu Wort, deren Kommentare und auffallende Berichte in den Medien sind kaum auffindbar. Geographie findet statt in scheinbar geschlossenem Zirkel von Fachvertretern innerhalb wie außerhalb der Hochschulen. Dies ist zu wenig. Der Schaden für die Fachwissenschaft ist heute schon erkennbar, die sich den Sparbegehrlichkeiten von Hochschulpolitikern und -bürokraten nur schwerlich entziehen kann. In den nächsten zehn Jahren wird ca. die Hälfte der derzeitigen Hochschullehrer in den Ruhestand treten. Das "gesamte stellenplanerische Folterinstrumentarium"⁵² einer rigiden Sparpolitik wird gerade jene Disziplinen treffen, die ihren Nutzen für eine unter permanentem und immer schneller wie tiefgreifender wirkendem Strukturwandel stehende Gesellschaft nicht aufzeigen kann. Dieser Gefahr ist vor allem die Hochschul- und Schulgeographie ausgesetzt.

Aber die deutsche Geographie braucht sich nicht zu verstecken. Geographen in zahlreichen Berufsfeldern, Forschungs- und Lehrtätigkeitsbereichen dokumentieren den großen Nutzen, die evidente gesellschaftliche Relevanz dieses Faches, das sich jedoch häufig mangelhaft darstellt, präsentiert und vermarktet. Eine Verstetigung und der Ausbau der Politischen Geographie werden dazu beitragen, daß Geographen sich auch zu Fragen zu Wort melden, die für die Sicherung und Erneuerung demokratisch

verfaßter Gesellschaftsordnungen überlebenswichtig sind. Internationale Beziehungen wie innenpolitisch wirkende Entscheidungen und Entscheidungsträger, Friedens- und Sicherheitspolitik, Umwelt- und Wirtschaftspolitik und vieles mehr - Themenfelder der Politischen Geographie, die ihr Schattendasein verlassen und ihre gesellschaftliche wie fachwissenschaftliche Relevanz unter Beweis stellen müssen. Es geht dabei nicht um die Doppelung der Erkenntnisse der Nachbardisziplinen. Nicht die Wirtschafts- und Sicherheitspolitik u.a. im eigentlichen Sinne sind von Interesse, dies überläßt man besser den Nachbardisziplinen, sondern die Handlungen der politischen Akteure unter bestimmten räumlichen Bedingungen und Auswirkungen interessieren die Politische Geographie. Eine Expansion der Politischen Geographie in Deutschland auf das internationale Niveau führt zwangsläufig zu einem Bedeutungszuwachs der Geographie insgesamt. Es ist eine vorrangige Aufgabe der Politischen Geographie in Deutschland, den Anschluß an internationale Qualitäts- und Quantitätsstandards zu gewinnen. Die Fundamente für einen Neuansatz der deutschsprachigen Politischen Geographie sind gegeben. Ob jedoch die fachpolitische Umsetzung und Verstetigung insbesondere an den deutschen Hochschulen gelingt, bleibt abzuwarten. Der Hinweis auf die Disziplingeschichte bis 1945 gilt jedoch nicht länger als Argument, manchmal auch als Alibi für das Schattendasein der Politischen Geographie in Deutschland.

Summary

Political geography in Germany still leads what can only be described as a shadowy existence. On the other hand, there is a periodic boom of topics reaching back to the anti-liberal and geodeterministic tradition of geopolitics. In recent times attempts have been started to develop a different, alternative kind of geopolitics, a critical academic discipline seeking to unmask new endeavours of power politics. In contrast to this, there is already a mature concept of a modern political geography which has been developed - among others - by Boesler. This is closely tied up with reflective confrontation with the history of academic geography which all too often sold itself to ideological endeavours outside the realms of academia and science.

Boesler's coherent concept of a political geography, based on a democratic and pluralistic rationalism and far detached from any kind of geodeterminism, can help political geography in Germany to step out of the shadows. Unfortunately, however, there is a lack of qualified academics within German geography who are researching questions of political geography. Nevertheless, a political geography which is securely anchored in an international academic system can contribute to geographers - in Germany as elsewhere - joining debates vital to the security and renewal of democratic states or multinational systems.

Anmerkungen

¹siehe Ebeling, F.: Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919-1945, Berlin 1994. Zu Ebeling siehe die eher negativ ausfallende Buchbesprechung von Wallraf, W. In: Welt-trends, Nr. 4 (1994), S. 159-164. Ebeling, dessen Verbindung zur neuen-alten Rechten von ihm selber erwähnt werden, ist vor allem ein nicht immer korrekter Umgang mit der Quellenanalyse und -kritik vorzuwerfen.

²siehe Weber, J.: Renaissance der Geopolitik. Deutschland in der Orientierungskrise. In: Criticon, Januar/Februar 1992, S. 31-33. In diesem Veröffentlichungsorgan der Neuen Rechten veröffentlichte regelmäßig der Bochumer Politologe Bernhard Willms, der der Betreuer von Ebelings Dissertation war. Zu Weber u.a. siehe Sandner, G.: Renaissance des geopolitischen Denkens in der Geographie? Versuchen, Herausforderungen, Perspektiven. In: Geographische Zeitschrift, 81. Jg. (1993), S. 248-252. Zu Willms siehe u.a. die stark nationalistisch getrübte Argumentation, die den Dreiklang von 'geopolitischer Mittellage' gleich Deutschland gleich Mitteleuropa verbindet. Siehe Willms, B.; Kleinewerfer, P.: Erneuerung aus der Mitte. Prag - Wien - Berlin. Diessseits von Ost und West, Herford 1988. Kleinewerfer, Aktivist einer nationalsozialistischen "Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik" ist wiederum eng mit Ebelings Versuch der Geopolitik-Reaktivierung verknüpft, siehe Ebeling, 1994, a.a.o., S. 11, 247-255.

³siehe, Lacoste, Y.: Geographie und politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik, Berlin 1990. Der innovative Wert von Lacoste wird jedoch eher skeptisch gesehen, siehe Dürr, H.; Sandner, G.: Anmerkungen zu Lacostes "Perspektiven einer neuen Geopolitik". In: Geographische Zeitschrift, 79. Jg. (1991), S. 246-252.

⁴siehe z.B. Rössler, M.: Wissenschaft und Lebensraum. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Berlin, Hamburg 1990 (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 8); Heske, H.: und morgen die ganze Welt. Erdkundeunterricht im Nationalsozialismus, Giessen 1988; Fahlbusch, M.: "Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!" Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920 - 1933, Bochum 1994 (Abhandlungen zur Geschichte der Geowissenschaften und Religion/Umwelt-Forschung, Beiheft 6); Kost, K.: Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Politischen Geographie und ihrer Terminologie unter besonderer Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie, Bonn 1988 (Bonner Geographische Abhandlungen, Heft 76).

Keiner der genannten Autoren übt eine Beschäftigung im Rahmen der Hochschulgeographie aus.

⁵siehe Harte, R.; Schüürmann, K.: Europäischer Binnenmarkt und kommunale Selbstverwaltung. In: Stadt und Gemeinde, 1993, S. 178-185. Schüürmann ist als Geograph Beschäftigter der Stadt Essen.

⁶siehe z.B. Zweiter Entwurf der Magisterordnung Geographie. In: Rundbrief Geographie, Heft 125 (1994), S. 4-11.

⁷siehe u.a. Vogel, W.: Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen, 3. Aufl., Bonn, Leipzig 1925 und ders.: Die Bilanz des staatlich-ökonomischen Lebensraumes. In: Haushofer, K.; Vogel, W. [Hrsg.]: Weltwirtschaftsdämmerung. Festschrift zum 10 jährigen Bestehen des Weltwirtschafts-Instituts der Handelshochschule Leipzig, Stuttgart 1934, S. 87-95.

⁸siehe zusammenfassend Schultz, H.-D.: Deutschlands "natürliche" Grenzen. "Mittellage" und "Mitteleuropa" in der Diskussion der Geographen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft, 15. Jg. (1989), S. 248-281.

⁹siehe Wehler, H.-U.: Entsorgung der deutschen Vergangenheit. Ein polemischer Essay zum "Historikerstreit", München 1988. Sehr interessant ist dazu die nichtdeutsche Sichtweise, siehe Der deutsche Historikerstreit aus mitteleuropäischer Sicht, Hamburg 1989.

¹⁰siehe Wirth, E.: Theoretische Geographie. Grundzüge einer Theoretischen Kulturgeographie, Stuttgart 1979.

¹¹Boesler, K.-A.: Politische Geographie, Stuttgart 1983, S. 33.

¹²siehe Schöller, P.: Wege und Irrwege der Politischen Geographie und Geopolitik. In: Erdkunde, 11. Bd. (1957), S. 1-20.

¹³Ellwein, T.: Politische Wissenschaft. Beiträge zur Analyse von Politik und Gesellschaft, Opladen 1987, S. 246.

¹⁴siehe Beyme, K.v. u.a. [Hrsg.]: Politikwissenschaft. Eine Grundlegung. III: Außenpolitik und Internationale Politik, Basel u.a. 1987.

¹⁵siehe z.B. Sandner, G.: Zentralamerika und der ferne karibische Westen. Konjunkturen, Krisen und Konflikte 1503 - 1984, Stuttgart 1985.

¹⁶siehe Ante, U.: Zur Grundlegung des Gegenstandsbereiches der Politischen Geographie, über das "Politische" in der Geographie, Stuttgart 1985 (Erdkundliches Wissen, Heft 75)

¹⁷Beck, U.: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt a.M. 1993, S. 206.

¹⁸ebd., S. 208.

¹⁹ebd., S. 210.

²⁰siehe Boesler, K. A., 1983, a.a.O., S. 33.

²¹siehe Ossenbrügge, J.; Sandner, G.: Zum Status der Politischen Geographie in einer unübersichtlichen Welt. In: Geographische Rundschau, 46. Jg. (1994), S. 676-684. Zur Einführung in die angloamerikanische Politische Geographie siehe die stellenweise überholten Veröffentlichungen von Taylor, P.J.: Political Geography. World-Economy, Nation-State and Locality, London, New York 1985 und Taylor, P.J.; House, J. [Hrsg.]: Political Geography. Recent Advances and Future Directious, Totowa 1984.

²²siehe Troll, C.: Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1937 - 1945. In: Erdkunde, 1. Bd. (1947), S. 3-48.

²³siehe z.B. Maull, O.: Politische Geographie, Berlin o.J. (1956) und Obst, E.: Geopolitik, Braunschweig 1952 (Die Verwaltung, Bd. 17) und Grabowsky, A.: Raum, Staat und Geschichte. Grundlegung der Geopolitik, Berlin, Köln 1960. Siehe auch die Entgegnung von Schöller, P.: Raum, Staat und Grabowsky. "Grundlegung einer Geopolitik", dargestellt in Zitaten. In: Erdkunde, 15. Bd. (1961), S. 149-154.

²⁴Boesler, K.-A.: Gedanken zum Konzept der Politischen Geographie. In: Die Erde, 105. Jg. (1974), S. 10.

²⁵ebd., S. 13.

²⁶Beck, U., a.a.O., S. 208-209.

²⁷siehe z.B. Kost, K.: Zielkonflikt und Zielharmonie zwischen Agrar- und Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Eine politischgeographische Studie, Bonn 1980 (Mskr. Staatsexamensarbeit).

²⁸Boesler, K.-A.: Politische Geographie, Stuttgart 1983, S. 34.

²⁹ebd., S. 32.

³⁰ebd., S. 35.

³¹ders.: Politisch-geographische Grundlagen. In: Tietze, W.; Boesler, K.-A.; Klink, H.-G.; Voppel, G. [Hrsg.]: Geographie Deutschlands. Bundesrepublik Deutschland. Staat - Natur - Wirtschaft, Stuttgart 1990, S. 1.

³²ders.: Politische Geographie - "Geopolitik" - Sicherheitspolitik: eine kritische Bewertung. Vortrag im Rahmen der Vorkonferenz zum Forschungskolloquium "Politische-Geographische

Grundlagen und Aussichten für die Demokratisierung in Osteuropa und Eurasien", 6. April 1995 in Waldbröl.

³³siehe z.B. O'Loughlin, G.: van der Wusten, H. [Hrsg.]: The new political geography of Eastern Europa. London, New York 1993 und Dodds, K.-J.: Geopolitics and foreign policy: recent developments in Anglo-American political geography and international relations. In: Progress in Human Geography, 18. Jg. (1994), S. 186-208.

³⁴Boesler, K.-A.: Die Behandlung der äußeren Sicherheit in der Politischen Geographie. In: Geographische Zeitschrift, 81. Jg. (1993), S. 199.

³⁵siehe Kost, K., 1988, a.a.O.

³⁶siehe ders.: Begriffe und Macht. Die Funktion der Geopolitik als Ideologie. In: Geographische Zeitschrift, 74. Jg. (1986), S. 14-30.

³⁷siehe ders., 1988, a.a.O.

³⁸Diner, D.: Weltordnungen. Über die Geschichte und Wirkungen von Recht und Macht, Frankfurt a.M. 1993, S.9; siehe auch Taylor, P.J.: Geopolitische Weltdeutungen. In: Geopolitik. Ein altes Konzept wird neu befragt, Berlin 1994, S. 25-37 (Weltrends, Nr. 4).

³⁹Aus der Vielzahl siehe z.B. Loth, W.: Träume vom Deutschen Reich. Gefahren einer Wiedervereinigung für das europäische Gleichgewicht und den Frieden. In: DIE ZEIT, Nr. 42 (12. Oktober 1984), S. 73 - 78. Zur Mittellage - Thematik auch bezogen auf Europa, siehe u.a. Schultz, H.-D., 1989, a.a.O.; Papcke, S.; Weidenfeld, W. [Hrsg.]: Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988; Schlögel, K.: Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa, Berlin 1986.

⁴⁰siehe Sandner, G.: Deterministische Wurzeln und funktionaler Einsatz des "Geo" in Geopolitik. In: Geopolitik. Ein altes Konzept wird neu befragt, 1994, a.a.O., S. 8-21.

⁴¹Czempiel, E.-O.: Europas Wegweiser zum Frieden. Über Immanuel Kant und die Aktualität seiner strategischen Konzepte. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 89 (1995), S. ZB3.

⁴²Ebeling, F., 1994, a.a.O., S. 230.

⁴³siehe z.B. Taylor, P.J.: Geopolitical World Orders. In: ders. [Hrsg.]: Political Geography of the Twentieth Century. A Global Analysis, London 1993, S. 31-61.

⁴⁴siehe Ossenbrügge, G.: Kritik der Geopolitik und Alternativen. In: Geographische Zeitschrift, 81. Jg (1993), S. 255.

⁴⁵Lacoste, Y., 1990, a.a.O., S. 31.

⁴⁶siehe Ossenbrügge, J.; Sandner, G.: Zum Status der Politischen Geographie in einer unübersichtlichen Welt. In: Geographische Zeitschrift, 46. Jg. (1994), S. 683.

⁴⁷siehe Holdar, S.: The ideal state and the power of geography. The life-work of Rudolf Kjellén. In: Political Geography, 11. Jg. (1992), S. 307-323.

⁴⁸so die Definition von J. Stadelbauer im Rahmen der konstituierenden Sitzung des "Arbeitskreises geopolitische Studien" in Waldbröl. 6.-7. April 1995.

⁴⁹siehe Kost, K., 1988, a.a.O., S. 75-80 und Overbeck, H.: Das politischgeographische Lehrgebäude von Friedrich Ratzel in der Sicht unserer Zeit (1957), Wiederabdruck in: Matznetter, J. [Hrsg.]: Politische Geographie, Darmstadt 1977, S. 332 (Wege der Forschung, Bd. 431).

⁵⁰siehe Brill, H.: Geopolitik und Geostrategie. Begründung - Degeneration - Neuansätze einer sicherheitspolitischen Grundlagendisziplin, Bergisch Gladbach 1993 (Verteidigungsanalysen 8 (1993) und Ebeling, F., 1994, a.a.O. Zu Brill und seiner Geopolitikvorstellung siehe Theißen, H.: Auf dem rechten Weg in die vermeintliche Normalität. Nationalismus, Europa - Skepsis und Geschichtsklitterung stehen im wiedervereinten Deutschland hoch im Kurs. In: Frankfurter Rundschau, 4. Januar 1994, S. 12.

⁵¹Czempiel, E.-O., 1995, a.a.O.

⁵²von Rohr, H.-G.: Veränderungen der Altersstruktur bei Hochschulgeographen. In: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie, 19. Jg. (1995), S. 43.

Literatur

- ANTE, U.: Zur Grundlegung des Gegenstandsbereiches der Politischen Geographie, über das "Politische" in der Geographie, Stuttgart 1985 (Erdkundliches Wissen, Heft 75).
- BECK, U.: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt a.M. 1993.
- BEYME, K.v. u.a. [Hrsg.]: Politikwissenschaft. Eine Grundlegung. III: Außenpolitik und Internationale Politik, Basel u.a. 1987.
- BOESLER, K.-A.: Die Behandlung der äußeren Sicherheit in der Politischen Geographie. In: Geographische Zeitschrift, 81. Jg. (1993), S. 199-203.
- BOESLER, K.-A.: Gedanken zum Konzept der Politischen Geographie. In: Die Erde, 105. Jg. (1974), S. 7-33.
- BOESLER, K.-A.: Politische Geographie, Stuttgart 1983.
- BOESLER, K.-A.: Politische Geographie - "Geopolitik - Sicherheitspolitik: eine kritische Bewertung", Vortrag im Rahmen der Vorkonferenz zum Forschungskolloquium "Politische - Geographische Grundlagen und Aussichten für die Demokratisierung in Osteuropa und Eurasien", 6. April 1995 in Waldbröl.
- BOESLER, K.-A.: Politischgeographische Grundlagen. In: TIETZE, W.; BOESLER, K.-A.; KLINK, H.-G.; VOPPEL, G. [Hrsg.]: Geographie Deutschlands. Bundesrepublik Deutschland. Staat - Natur - Wirtschaft, Stuttgart 1990.
- BRILL, H.: Geopolitik und Geostrategie. Begründung - Degeneration - Neuansätze einer sicherheitspolitischen Grundlagendisziplin. Bergisch Gladbach 1993 (Verteidigungsanalysen 8).
- CZEMPIEL, E.-O.: Europas Wegweiser zum Frieden. Über Immanuel Kant und die Aktualität seiner strategischen Konzepte. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 89 (Ostern 1995), S. ZB3.
- DINER, D.: Weltordnungen. Über die Geschichte und Wirkungen von Recht und Macht, Frankfurt a.M. 1993.
- DÜRR, H.; SANDNER, G.: Anmerkungen zu Lacostes "Perspektiven einer neuen Geopolitik". In: Geographische Zeitschrift, 79. Jg. (1991), S. 246-252.
- EBELING, F.: Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919 - 1945, Berlin 1994.
- ELLWEIN, T.: Politische Wissenschaft. Beiträge zur Analyse von Politik und Gesellschaft, Opladen 1987.
- FAHLBUSCH, M.: "Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!" Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920-1933, Bochum 1994 (Abhandlungen zur Geschichte der Geowissenschaften und Religion/Umwelt-Forschung, Beiheft 6).
- GRABOWSKY, A.: Raum, Staat und Geschichte. Grundlegung der Geopolitik, Berlin, Köln 1960.
- HARTE, R.; SCHÜÜRMAN, K.: Europäischer Binnenmarkt und kommunale Selbstverwaltung. In: Stadt und Gemeinde, 1993, S. 178-185.
- HESKE, H.: Und morgen die ganze Welt. Erdkundeunterricht im Nationalsozialismus, Giessen 1988.
- HOLDAR, S.: The ideal state and the power of geography. The life-work of Rudolf Kjellén. In: Political Geography, 11. Jg. (1992), S. 307-323.
- KOST, K.: Begriffe und Macht. Die Funktion der Geopolitik als Ideologie. In: Geographische Zeitschrift, 74. Jg. (1986), S. 14-33.
- KOST, K.: Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Politischen Geo-

- graphie und ihrer Terminologie unter besonderer Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie, Bonn 1988 (Bonner Geographische Abhandlungen, Heft 76).
- KOST, K.: Zielkonflikt und Zielharmonie zwischen Agrar- und Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Eine politischgeographische Studie, Bonn 1980 (Mskr. Staatsexamensarbeit).
- LACOSTE, Y.: Geographie und politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik, Berlin 1990.
- LOTH, W.: Träume vom Deutschen Reich. Gefahren einer Wiedervereinigung für das europäische Gleichgewicht und den Frieden. In: DIE ZEIT, Nr. 42 (12. Oktober 1984), S. 73-78.
- MAULL, O.: Politische Geographie, Berlin o.J. (1956).
- O'LOUGHLIN, G.; van der WUSTEN, H. [Hrsg.]: The new political geography of Eastern Europe, London, New York 1993 und DODDS, K.-J.: Geopolitics and foreign policy: recent developments in Anglo-American political geography and international relations. In: Progress in Human Geography, 18. Jg. (1994), S. 186-208.
- OBST, E.: Geopolitik, Braunschweig 1952 (Die Verwaltung, Bd. 17).
- OSSENBRÜGGE, J.: Kritik der Geopolitik und Alternativen. In: Geographische Zeitschrift, 81. Jg. (1993), S. 253-255.
- OSSENBRÜGGE, J.; SANDNER, G.: Zum Status der Politischen Geographie in einer unübersichtlichen Welt. In: Geographische Rundschau, 46. Jg. (1994), S. 676-684.
- OVERBECK, H.: Das politischgeographische Lehrgebäude von Friedrich Ratzel in der Sicht unserer Zeit (1957), Wiederabdruck in: MATZNETTER, J. [Hrsg.]: Politische Geographie, Darmstadt 1977, S. 332 (Wege der Forschung, Bd. 431), S. 303-337.
- PAPCKE, S.; WEIDENFELD, W. [Hrsg.]: Traumland Mitteleuropa? Beiträge zu einer aktuellen Kontroverse, Darmstadt 1988.
- RÖSSLER, M.: Wissenschaft und Lebensraum. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Berlin, Hamburg 1990 (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 8).
- SANDNER, G.: Deterministische Wurzeln und funktionaler Einsatz des "Geo" in Geopolitik. In: Geopolitik. Ein altes Konzept wird neu befragt, Berlin 1994, S. 8-21 (Weltrends Nr. 4).
- SANDNER, G.: Renaissance des geopolitischen Denkens in der Geographie? Versuchungen, Herausforderungen, Perspektiven. In: Geographische Zeitschrift, 81. Jg. (1993), S. 248-252.
- SANDNER, G.: Zentralamerika und der ferne karibische Westen. Konjunkturen, Krisen und Konflikte 1503-1984, Stuttgart 1984.
- SCHLÖGEL, K.: Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa, Berlin 1986.
- SCHÖLLER, P.: Wege und Irrwege der Politischen Geographie und Geopolitik. In: Erdkunde, 11. Bd. (1957), S. 1-20.
- SCHÖLLER, P.: Raum und Staat. "Grundlegung einer Geopolitik", dargestellt in Zitaten. In: Erdkunde, 15. Bd. (1961), S. 149-154.
- SCHULTZ, H.-D.: Deutschlands "natürliche" Grenzen, "Mittellage" und "Mitteleuropa" in der Diskussion der Geographen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. In: Geschichte und Gesellschaft, 15. Jg. (1989), S. 248 - 281.
- TAYLOR, P.J.: Geopolitical World Orders. In: ders. [Hrsg.]: Political Geography of the Twentieth Century. A Global Analysis, London 1993, S. 31-61.
- TAYLOR, P.J.: Geopolitische Weltdeutungen. In: Geopolitik. Ein altes Konzept wird neu befragt, Berlin 1994, S. 25-37 (Weltrends, Nr. 4).
- TAYLOR, P.J.: Political Geography. World Economy, Nation-State and Locality, London, New York 1985.

- TAYLOR, P.J.; House, J. [Hrsg.]: Political Geography. Recent Advances and Future Directous, Totowa 1984.
- THEIBEN, H.: Auf dem rechten Weg in die vermeintliche Normalität. Nationalismus, Europa - Skepsis und Geschichtsklitterung stehen im wiedervereinten Deutschland hoch im Kurs. In: Frankfurter Rundschau, 4. Januar 1994, S. 12.
- TROLL, C.: Die geographische Wissenschaft in Deutschland in den Jahren 1937-1945. In: Erdkunde, 1. Bd. (1947), S. 3-48.
- VOGEL, W.: Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen, 3. Aufl., Bonn, Leipzig 1925.
- VOGEL, W.: Die Bilanz des staatlich-ökonomischen Lebensraumes. In: HAUSHOFER, K.; VOGEL, W. [Hrsg.]: Weltwirtschaftsdämmerung. Festschrift zum 10jährigen Bestehen des Weltwirtschafts-Instituts der Handelshochschule Leipzig, Stuttgart 1934, S. 87-95.
- von ROHR, H.-G.: Veränderungen der Altersstruktur bei Hochschulgeographen. In: Standort. Zeitschrift für Angewandte Geographie, 19. Jg. (1995), S. 42-43.
- WEBER, J.: Renaissance der Geopolitik. Deutschland in der Orientierungshilfe. In: Criticon, Januar/Februar 1992, S. 31-33.
- WEHLER, H.-U.: Entsorgung der deutschen Vergangenheit. Ein polemischer Essay zum "Historikerstreit", München 1988.
- WILLMS, B.; KLEINWERFER, P.: Erneuerung aus der Mitte. Prag - Wien - Berlin. Diesseits von Ost und West, Herford 1988.
- WIRTH, E.: Theoretische Geographie. Grundzüge einer Theoretischen Kulturgeographie, Stuttgart 1979.

Dr. Klaus Kost
 Ostpreußenstraße 108
 D-45259 Essen

Günter Kroner

Unterbringung und Versorgung von Zuwanderern - Raumordnerische Aspekte zur Integration von Aussiedlern

Im Frühjahr 1993 hatte die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland - und zwar von Aussiedlern aus den ehemaligen Ostblockstaaten und von Ausländern - ein beträchtliches Ausmaß erreicht. Dagegen war das Angebot an neu fertiggestellten Wohnungen unzureichend, um die Unterbringung der Zuwanderer zu gewährleisten. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage ging immer weiter auseinander. Diese Situation galt für die Wohnungswirtschaft als besondere Herausforderung.

Das Deutsche Volksheimstättenwerk e.V. (vhw) - Bundesverband für Wohneigentum, Wohnungsbau und Stadtentwicklung - in Bonn hat daher im Juni 1993 eine Arbeitsgruppe "Zuwanderungsland Deutschland - Konsequenzen für die Kommunen und die Wohnungswirtschaft" ins Leben gerufen, der Angehörige von Bundes- und Landesministerien, von Kommunalen Spitzenverbänden und Gemeinden sowie von Einrichtungen der Wohnungswirtschaft angehörten. Den Vorsitz übernahm Professor Dr. Klaus Borchard, Lehrstuhl für Städtebau und Siedlungswesen der Universität Bonn. Der Verfasser dieses Beitrages hat ein Grundlagenpapier erstellt und die Arbeitsgruppe inhaltlich betreut.

Diese Arbeitsgruppe hat in mehreren Sitzungen die anstehenden Themen und Ziele diskutiert und ein Thesen- und Empfehlungspapier vorbereitet, das im Frühjahr 1994 fertiggestellt wurde (1). Nach eingehenden Diskussionen des Thesenpapiers in den Gremien des vhw wurde dieses am 28.11.1994 auf ein Symposium in Düsseldorf der Öffentlichkeit vorgestellt und mit Politikern sowie "Akteuren vor Ort" erörtert.

Der vorliegende Beitrag basiert auf dem erwähnten Grundlagenpapier, bezieht die Ergebnisse der Arbeiten der Arbeitsgruppe mit ein und betont insbesondere den raumordnerischen Teil der "Grundsätzlichen Zielvorstellungen" des Thesenpapiers.

*

Bis weit in die 80er Jahre waren bei der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland als Tendenzen eine leichte Bevölkerungsabnahme und Verschiebungen in der Altersstruktur festzustellen. Prognosen und Modellrechnungen - so z.B. des Statistischen Bundesamtes - gingen daher seinerzeit davon aus, daß zwar bis zum Jahre 2000 für das gesamte (damalige) Bundesgebiet noch nicht mit einem erheblichen, danach und langfristig aber mit einem verstärkten Bevölkerungsrückgang zu rechnen sei.

Bereits in den Jahren 1987 und 1988 - also vor der Wende - ist aber die Bevölkerungsentwicklung des Bundesgebietes durch einen Strukturbruch bei den Außenwanderungen - genauer: bei den Zuzügen über die Grenzen der Bundesrepublik durch Aussiedler aus Osteuropa und Übersiedler aus der ehemaligen DDR - geprägt worden (2).

Sodann sind vor allem im Gefolge der gewaltigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa die Asylbewerberzahlen seit 1989/90 rasant gestiegen. Auch haben sich die Muster der Binnenwanderung seit der deutschen Vereinigung geändert; hier überwog (und überwiegt zur Zeit noch) die Ost-West-Wanderung aus den neuen Ländern in die alten Bundesländer. Schließlich brachte die Überführung der über 40jährigen sozialistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft erhebliche Anpassungsschwierigkeiten in den neuen Ländern mit sich und bedingten die gravierenden Mängel im Wohnungsbestand dort umfassende Sanierungen und Modernisierungen.

Die veränderten Rahmenbedingungen sowie die Tatsache, daß der Ausländerzuwachs allein 1992 ca. 600.000 Personen ausmachte und damit ein beträchtliches Ausmaß erreicht hatte, stellten für die Wohnungswirtschaft - wie eingangs erwähnt - eine besondere Herausforderung dar. Die Unabhängige Arbeitsgruppe des vhw war daher bemüht, den Fragenkomplex aufzugreifen, aber auch prognostische Aussagen mit einigen raumordnerischen Zielvorstellungen zu verknüpfen, um eine möglichst raumordnungsgerechte Bewältigung der anstehenden wohnungswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Probleme aufzuzeigen und vorzubereiten.

*

Während im vereinigten Deutschland zum Jahresende 1989 insgesamt 79,113 Millionen Menschen lebten, wird deren Zahl unter gewissen Annahmen auf etwa 83,1 Millionen zum Jahresende 2000 ansteigen. Gegenüber früheren Prognosen, die leichte Bevölkerungsabnahmen erwarten ließen, bedeutet dies eine Zunahme von etwa 5%. Hinter dieser Gesamtentwicklung verbergen sich allerdings gravierende West-Ost-Unterschiede mit zum Teil gegenläufigen Tendenzen: In den alten Ländern wird zum Beispiel mit Zuwächsen von fast 9% gerechnet, in den neuen Ländern hingegen mit einer Bevölkerungsabnahme um fast 7%.

Zu diesem Ergebnis kommt die "Regionale Bevölkerungsprognose 2000 der BfLR" (3). Ohne auf die sehr umfassenden regionalen Ergebnisse dieser Vorausschätzung näher einzugehen, ist hier - neben dem Gesamtergebnis und den signifikanten Unterschieden im West-Ost-Vergleich - festzuhalten, daß die Wanderungen, insbesondere die Außenwanderungen, die wichtigste Komponente der Bevölkerungsentwicklung in den 90er Jahren sein werden. Denn auch in den vergangenen fünf Jahren hat die Bundesrepublik eine Zuwanderungswelle erlebt, wie es sie seit 1950 nicht mehr gegeben hat. Auch wenn das genaue Ausmaß der künftigen Entwicklung noch nicht absehbar ist, wird von weiteren Zuwanderungen in und nach Europa auszugehen sein. Dabei wird die Bundesrepublik aufgrund der erreichten wirtschaftlichen und sozialen Standards eine besondere Anziehungskraft auf die Zuwanderer ausüben und von Zuwanderungen überproportional betroffen sein.

Die Prognose der BfLR geht davon aus, daß an dem erwarteten Außenwanderungsgewinn von 4,9 Millionen Personen alle Raumordnungsregionen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, teilhaben werden. Auf die alten Länder allein werden dabei

rund 88% des Außenwanderungsgewinns entfallen. Bei den neuen Ländern wird ein Außenwanderungsgewinn von rund 600.000 Personen erwartet, der aber in den meisten Regionen nicht ausreichen wird, die aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Ost-West-Wanderung resultierenden Bevölkerungsverluste zu kompensieren.

Insgesamt gesehen wird eine erhebliche räumliche Umverteilung der Bevölkerungspotentiale in der Bundesrepublik von Ost nach West, und hier vor allem zugunsten einiger Regionen mit großen Verdichtungsräumen, erwartet.

Diese (weiterhin) zu erwartende West-Wanderung und die Konzentrationstendenzen sind vom Standpunkt der Raumordnung aus keineswegs gutzuheißen. Denn erstere verstärkt die bestehenden Disparitäten und das West-Ost-Gefälle, und ein ungehinderter Zustrom von Zuwanderern in die Verdichtungsräume schafft dort zunehmend Probleme. Diese Zuwanderung in Verdichtungsräume wird vermutlich anhalten und dort vermehrt zu negativen Folgewirkungen führen. So wird sich Wohnraum weiter verknappen und werden sich die Probleme der Wohnungsbeschaffung verstärken. Auch können Verdrängungserscheinungen auftreten und soziale Konflikte erzeugt werden. Bedenklich wäre eine Ghettobildung. Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze wird oftmals nur am Rande und im Umland von Verdichtungsräumen möglich sein und zu deren Ausweitung beitragen - eine aus raumordnerischer Sicht weitere unerwünschte Folge.

Angezeigt erscheint daher eine Lenkung der Zuwanderung, die jedoch - wegen der garantierten Freizügigkeit für Deutsche und Angehörige anderer EU-Länder - nur für Ausländer aus Staaten außerhalb der EU in Betracht kommt. Für andere Zuwanderer ist über Angebotsverbesserungen in anderen Regionen eine indirekte Lenkung anzustreben.

*

Aus raumordnerischer Sicht sollte den ländlichen Regionen angesichts eines weiterhin zu erwartenden Zustromes von Aussiedlern aus Osteuropa und anderen Zuwanderern bei deren regionaler Unterbringung und Versorgung mit Arbeitsplätzen und Infrastruktur besondere Bedeutung zukommen. Daher ist bereits vor einigen Jahren - schon vor dem Hintergrund des Strukturumbruchs bei den Außenwanderungen, aber noch vor dem dann folgenden steilen Anstieg der Zuwanderungen - auf die (erwünschte) Rolle der ländlichen Regionen auch als Standort für Aussiedler und andere Zuwanderer aufmerksam gemacht worden (4).

Dabei wurde insbesondere auf Erfahrungen aus der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem Kriege - wenngleich damals in einer völlig anderen Größenordnung - zurückgegriffen. Denn der Strom von Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten und benachbarten deutschen Siedlungsgebieten 1945, ausgelöst durch den Einmarsch der Roten Armee, sowie in den Folgejahren vor allem die Massentransporte von Heimatvertriebenen aus den unter polnische und sowjetische Verwaltung gelangten Gebieten und aus dem Sudetenland erfuhr das Bundesgebiet einen Bevölkerungszuwachs in der Größenordnung von zunächst mehr als zehn Millionen Menschen.

Wegen der Kriegszerstörungen in den großen Städten und Verdichtungsräumen, also unter Wohnraumaspekten, wurde dieser gewaltige Zustrom von Menschen in erster Linie in Dörfer und kleine Städte ländlicher Räume gelenkt, wenn auch die wohnungsmäßige Unterbringung in den meisten Fällen nur unter den primitivsten Verhältnissen möglich war. In diesen Gemeinden war jedoch die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge nicht in vollem Umfang möglich, zumal dort bereits während des Krieges viele Evakuierte untergebracht worden waren.

Das hat damals zu einer Bevölkerungsüberlastung der im wesentlichen bäuerlichen Gemeinden geführt, zumal es an den erforderlichen Arbeitsplätzen fehlte. Das wiederum löste Wanderungstendenzen vom Land in die Stadt aus, führte aber auch dazu, daß ein Bevölkerungsausgleich gesucht wurde, der auf dem Wege der gelenkten Umsiedlung von Heimatvertriebenen in wirtschaftlich leistungsfähigere Gebiete und sogenannte "Aktivräume" führte (5). Diese Verteilung der Wandernden verstärkte die bestehenden Verdichtungsgebiete und konnte daher auch damals schon vom Standpunkt der Raumordnung aus nicht in jedem Falle befürwortet werden. Auch wurde der Erfolg der gelenkten und der freien Abwanderung aus den überbevölkerten ländlichen Gebieten durch das ständige Nachströmen weiterer Vertriebener und Sowjetzonenflüchtlinge in die frei gewordenen Unterkünfte in den ländlichen Gebieten geschmälert (6).

Die Lösung der damals anstehenden Probleme - in Zeiten stärkster Zuwanderung - mußte ohne Zweifel unter ungleich ungünstigeren Bedingungen angegangen werden als heute. Insofern sollten jetzt dauerhaftere Lösungen realisierbar sein, auch wenn die Schadensbeseitigung im Gefolge von 45 Jahren Mißwirtschaft in der ehemaligen DDR direkt oder indirekt die öffentlichen Haushalte aller Ebenen - Bund, Länder und Gemeinden - aufs äußerste belastet. Freilich müßten nunmehr verstärkt alle Bemühungen auf eine wirtschaftliche Festigung der ländlichen Räume gerichtet werden. Denn die Erfahrungen aus der ersten Nachkriegszeit haben ja gezeigt, daß Zuwanderer dort angesiedelt werden müssen, wo sie auf Dauer einen gesicherten Arbeitsplatz finden.

Hinzuweisen ist freilich auch darauf, daß sich die Aufgabe der Integration von Aussiedlern in der Gegenwart erheblich von dem Problem unterscheidet, das sich in der Nachkriegszeit mit der Unterbringung von Vertriebenen und Flüchtlingen stellte. Während damals unter anderem industriell gut ausgebildete Arbeitskräfte und auch erfahrene Unternehmer in den Westen kamen, von denen manche Initialzündung für die Entwicklung der Wirtschaft ausging, fehlen unter den Zuwanderern heute Selbständige nahezu vollständig und müssen jetzt auf einen hochentwickelten Arbeitsmarkt zuwandernde Arbeitskräfte untergebracht werden, die zum Teil Defizite an Ausbildung aufweisen (7).

Auf der anderen Seite ist mehrfach in der öffentlichen Diskussion betont worden, daß zum Beispiel Aussiedler eine echte Chance für ländliche Räume sind und daß gerade die Möglichkeiten für eine Eingliederung in ländliche Regionen besonders günstig eingeschätzt werden, weil die Überschaubarkeit in Mittel- und Kleinstädten sowie ländlichen Gemeinden dort eine bessere Basis für menschliche Beziehungen als im (groß-)städtischen Raum bietet (8). Es wird auch hervorgehoben, daß ja Dörfer und verschiedene ländliche Regionen gerade jene Bereiche seien, in denen Überalterung und Abwanderungen der jungen Generation beklagt werden; Räume also, in denen die Aussiedler mit ihrer günstigen Altersstruktur zunächst zu einer gewissen Stabilisierung

beitragen könnten. Auch wird zu Recht darauf hingewiesen, welche beachtlichen Leistungen die Heimatvertriebenen beim Aufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg erbracht haben, und die Erwartung geäußert, daß die Aussiedler dem nicht nachstehen würden (9).

*

Das eingangs erwähnte Thesenpapier der Unabhängigen Arbeitsgruppe hat daher die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß sich die raumordnerischen Bestrebungen an den nachfolgenden Zielvorstellungen orientieren sollten. So sollten sowohl Zuwanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland als auch die Binnenwanderung nach dem Konzept der dezentralen Konzentration verstärkt in Entlastungsorte im ländlichen Umland großer und vielfach überlasteter Verdichtungsräume und in Zentren ländlicher Regionen, vor allem Mittelstädte, gelenkt werden. Diese Mittelstädte - es sind dies zumeist Städte mit voll oder teilweise ausgebildeten Funktionen von Oberzentren oder leistungsstarke Mittelzentren wie in den alten Bundesländern beispielsweise Flensburg, Emden, Lüneburg, Oldenburg, Paderborn, Fulda, Trier, Kaiserslautern, Villingen-Schwenningen, Heilbronn, Würzburg, Bayreuth oder Ingolstadt - haben zum einen bereits in den vergangenen Jahren einen beachtlichen Struktur- und Funktionswandel durchgemacht (10). Zum anderen werden ihnen von Experten für die kommenden Jahre günstige Entwicklungschancen eingeräumt. In den Räumen mit Verdichtungsansätzen werden daher die wichtigsten Entwicklungsreserven in den alten Bundesländern gesehen.

In den neuen Ländern kommen etwa Städte wie Neubrandenburg, Dessau, Cottbus, Suhl oder Görlitz in Betracht. Sie weisen zwar Entwicklungsrückstände gegenüber den genannten Mittelstädten in den alten Bundesländern auf, dürften aber - zum Teil als "Entwicklungsschwerpunkte der Raumordnung für den Aufbau in den neuen Ländern" (11) ausgewiesen - im Vergleich zu den höher verdichteten Räumen ebenfalls günstigere Bedingungen aufweisen. Denn in den großen Städten der ehemaligen DDR hat die einseitige Förderung von Wohnungsneubau mittels Plattenbauweise einerseits die Baulandreserven dort stark reduziert, andererseits die Vernachlässigung von Altbaumodernisierungen bedingt.

Wie bereits erwähnt, muß eine Lenkung der Wanderungen auf die Mittelstädte und ihre Regionen indirekt geschehen, d.h. auf dem Wege einer Verbesserung des Angebots seitens dieser Städte und speziell einer Attraktivitätssteigerung. Auf diese Weise soll ein investitionsfreundliches Klima geschaffen werden, das einen Anreiz für Investoren schafft, neue Arbeitsplätze in solchen Städten oder mittelstädtischen Regionen zu schaffen. Denn Voraussetzung für dauerhafte Lösungen ist, daß gleichzeitig mit Wohnungen Arbeitsplätze entstehen.

Es läßt sich feststellen, daß mit dieser Zielsetzung die Wohnortwünsche zahlreicher Aussiedler korrespondieren. Wie eine vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in Auftrag gegebene und mehrere Fallbeispiele untersuchende Studie belegt, ist zum Beispiel eine Tendenz zur Bevorzugung solcher Mittelstädte

erkennbar (12). Die Arbeitsmarkt- und Wohnungsmarktsituation in diesen Städten ist oftmals günstiger; durch den dadurch bedingten geringeren Konkurrenzdruck sind diskriminierende Auswüchse seitens der einheimischen Bevölkerung seltener. Die Studie stellt fest, daß durch eine verstärkte Ansiedlung in Mittelstädten die Verweildauer in Übergangwohnheimen und anderen Notunterkünften - sozialpolitisch sehr erwünscht - erheblich reduziert werden könnte.

*

Die Verfolgung des hier geschilderten Zieles setzt Vorgaben der Regionalplanung ebenso voraus wie ein regionales Management und eine Stärkung des Regionalbewußtseins bei den Entscheidungsträgern. Auch ist eine enge Koordination und Integration der einzelnen Förderinstrumente wie zum Beispiel zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturinvestitionen, zur Stadt- und Dorferneuerung, zum Wohnungsbau und Infrastrukturausbau der Kommunen erforderlich. Auch kommen in den neuen Ländern Mittel der Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" sowie EU-Mittel für sogenannte Ziel-5b-Gebiete in Betracht.

Das Thesenpapier der Arbeitsgruppe des vhw nimmt sodann sehr eingehend Stellung zu wohnungspolitischen Konzeptionen und Instrumenten, zu Flächenreserven, ihrer Nutzung und Finanzierungshilfen zur Erschließung von Bauland sowie zur Entlastung der Kommunen im Rahmen einer "Public-Private-Partnership". Auf sie soll hier nicht näher eingegangen werden; auf sie wird aber nachdrücklich verwiesen.

Denn als bemerkenswertem Versuch einer Intensivierung der Diskussion über einen gemeinsamen Ansatz aller Akteure, von Bund, Ländern und Gemeinden, von Wohnungswirtschaft, privaten Investoren und räumlicher Planung, sollte dem Thesenpapier Aufmerksamkeit zukommen - auf dem Wege zur notwendigen Bewältigung einer Herausforderung an Raumordnungs-, Arbeitsmarkt- und Wohnungspolitik.

Summary

Lodging and providing of migrants - regional planning aspects to the integration of resettlers from Eastern European countries

The population of the Federal Republic of Germany will rise probably from about 79 millions at the end of 1989 to 83 millions at the end of 2000. Migrations from other countries will be the most important factor of that development. Migrations within the country will lead mostly from East to West and to large agglomerations. From the point of view of regional planning these tendencies cannot be approved.

The paper which was drafted in connection with the activities of a working group of experts aims to the concept of decentral concentration. It recommends that migrations

should be directed into the rural hinterland of large agglomerations and into central places of rural regions, especially middle sized towns. These "Mittelstädte" are mostly central places of upper and middle level (Oberzentren, Mittelzentren) and have passed a remarkable structural and functional change during the last 20 years. The attractiveness of these towns should be improved to produce an incitation for investors. For durable solutions it is indispensable that lodging and creating of working places arise at the same time - as experiences with lodging and providing of expellees from the German Eastern Provinces after World War II have shown.

Anmerkungen

- (1) Thesenpapier der Unabhängigen Arbeitsgruppe des vhw - Deutsches Volksheimstättenwerk e.V. "Zuwanderungsland Deutschland". Grundsätzliche Zielvorstellungen. (Bonn 1994).
- (2) Bucher, H.: Aus- und Übersiedler: Ihr Beitrag zur künftigen demographischen Entwicklung. In: BfLR-Mitteilungen, H. 1, 1990, S. 1-2.
- (3) Perspektiven der künftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Teil 2: Regionale Bevölkerungsprognose 2000 der BfLR. Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12, 1992.
- (4) Kroner, G.: Die Zukunft des ländlichen Raumes - auch als Standort für Übersiedler und Aussiedler. VOP - Verwaltungsführung/Organisation/Personal 12, 1990, H. 3, S. 188-194.
- (5) Müller, G.: Bevölkerungsausgleich und Umsiedlung. Institut für Raumforschung Bonn, Informationen, H. 35-36, 1952, S. 299-306. - Grundgedanken zu einem Bevölkerungsausgleich in der Bundesrepublik Deutschland. Denkschrift des Instituts für Raumforschung. Bonn 1950. - Die Umsiedlung der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten des Instituts für Raumforschung Bonn in Verbindung mit dem Soziographischen Institut an der Universität Frankfurt am Main, Juni 1951.
- (6) Nellner, W.: Wandlung der Raumstruktur durch den Flüchtlingszustrom. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung [Hrsg.]: Raumforschung, 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Bremen 1960, S. 279-308.
- (7) Bals, Chr.: Aus- und Übersiedler als Herausforderung für die Raumplanung. In: Raumplanung in den 90er Jahren. Grundlagen, Konzepte, politische Herausforderungen in Deutschland und Europa - Bayern im Blickpunkt. Festschrift für Karl Ruppert. Augsburg 1991, S. 68-76 (Beiträge zur Angewandten Sozialgeographie).
- (8) Thallmair, H.: Vom Aussiedler zum Mitbürger. In: Bayerische Akademie ländlicher Raum [Hrsg.]: Aussiedler - Chancen für den ländlichen Raum. Tagung am 5. April 1989. München 1989, S. 24-37.
- (9) Glück, G.: Deutsche Aussiedler - die Politik der Bayerischen Staatsregierung. a.a.O., S. 11-23. - Kroner, G.: Ländliche Räume als Standorte für Aussiedler und Übersiedler - dargestellt am Beispiel des Kreises Ahrweiler. In: Entwicklungsperspektiven für ländliche Räume. Thesen und Strategien zu veränderten Rahmenbedingungen. Hannover 1993, S. 467-487 (Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsmaterial, EV 197).
- (10) Funktions- und Strukturwandel von Mittelstädten. Themenheft der Informationen zur Raumentwicklung, H. 5, 1984.
- (11) Raumordnerisches Konzept für den Aufbau in den neuen Ländern. Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau [Hrsg.]. Bonn, Oktober 1991.
- (12) Integration von Aussiedlern und anderen Zuwanderern in den deutschen Wohnungsmarkt. Im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vorgelegt vom

Geographischen Institut der Universität Göttingen - Abteilung Kultur- und Sozialgeographie. Projektleitung: Wilfried Heller, Bearbeiter: Carsten Felgentreff, Edeltraut Kramp, Thomas Rolirad, Carl Seitz. Bonn 1993.

Dr. Günter Kroner
Wiss. Direktor a.D.
Asbergweg 1
D-53619 Rheinbreitbach

Politische Geographie in Estland 1919-1994

Die Analyse der Vergangenheitserfahrungen der politischen Geographie zeigt, daß die Entwicklung dieses Bereiches der Wissenschaft von den konkreten historischen und politischen Bedingungen abhängig ist. Da forschende und angewandte Teile der politischen Geographie mit dem Staat verbunden sind, fördert das Dasein vom Staat politisch-geographische und geopolitische Gedanken- und Forschungsarbeiten. Im folgenden sollen die Entwicklung der politischen Geographie und ihre Themata in Estland 75 Jahre hindurch betrachtet werden.

Erforschung des Gebiets und der Grenzen des neuentstandenen Staates

Die selbständige Republik Estland (auf estnisch Eesti Vabariik) entstand am 24. Februar 1918. Ab 1919 wurde die in Tartu (Dorpat) 1632 gegründete Universität estnischsprachig. In der Universität eröffnete man das selbständige Institut für Geographie, wo bis 1923 als Leiter der finnische Professor Johannes Gabriel Granö (1882-1956) arbeitete. Das Hauptziel der damaligen Geographie war nach Granö nicht nur "die Entwicklung der internationalen Wissenschaft, sondern vor allem die Behandlung und Erklärung der Natur des Heimatlandes Hand in Hand mit den Vertretern der Naturwissenschaft" (Kurs 1992a). Für Granö war die Natur ein umfangreicher Begriff und umfaßte auch die menschliche Umwelt. So untersuchte Granö neben den Natur- und Kulturlandschaften auch die Räume der menschlichen Tätigkeit - Kreise, Kirchspiele, Städte und Flecken (Kurs 1988). Mit seinen estnischen Studenten machte Granö Feldarbeiten in verschiedenen ländlichen und städtischen Umgebungen; auch des Sommers arbeitete er in Estland. Granö selbst erarbeitete eine landschaftliche Gliederung von Estland, seine eifrigsten Studenten Jaan Rumma (1887-1926), August Tammekann (1894-1959) und Edgar Kant (1902-1978) beschäftigten sich mit der Erforschung der Kirchspiele und Städte. Rumma und Tammekann ermittelten auch die präzise Länge und den Verlauf der Küstenlinie und Festlandsgrenzen Estlands. Die Fläche Estlands umfaßte in 1922 47.548,648 km². Seine Küstenlinie samt 1572 Inseln betrug 3.403,53 km und die Ausdehnung der Festlandsgrenzen 672,6 km. Die Länge der Festlandsgrenze mit Rußland war 316,91 und mit Lettland 355,69 km (Kurs 1990).

Die östliche Festlandsgrenze war nicht ethnisch. Sie wurde im Friedensvertrag von Tartu am 2. Februar 1920 mit Rußland vereinbart. Diese Grenze bestand aus geraden Linien und hing nicht von der Bodenoberfläche ab. Die Verschiebungen der estnisch-russischen ethnischen Grenze wurden erst später vom Geographen Eduard Markus (1888-1971) unter der Leitung von August Tammekann erforscht (Markus 1938). Die estnisch-lettische Staatsgrenze war ethnisch, aber sie hing auch von der Bodennutzung ab. Sie wurde 1920-1923 von der gemischten Kommission festgesetzt. Als technischer Experte an dieser Kommission arbeitete Peeter Päts (1880-1942), der 1928 mit der

Forschung "Die Staatsgrenze zwischen Estland und Lettland" den Magistergrad der Geographie erwarb (Tammekann 1940).

Probleme der geographischen Lage des Staates

J.G. Granö definierte als erster Geograph die geographische Lage Estlands. "Die Republik Estland liegt dort, wo Westeuropa sich mit Osteuropa und Nordeuropa sich mit Mitteleuropa berührt," schrieb er am Anfang der Behandlung über die Natur Estlands (Eesti 1926, S. 3).

1924-1926 war der Leiter des Instituts für Geographie an der Tartuer Universität Professor Michael (Mihály) Haltenberger (1888-1972). Sein Forschungsgegenstand war die Erörterung der Fragen von der Wirtschafts- und politischen Geographie (Kurs 1992a). 1925 gründete er die Studienreihe "Publicationes Institutfi Universitatis Dorpatensis (später: Tartuensis) Geographici", die bis 1943 erschien. Haltenberger veröffentlichte 15 Nummern, von denen mehr als die Hälfte seine eigenen Forschungen waren. Er begann mit der Aufklärung der geographischen Lage des Baltikums (Haltenberger 1925).

Haltenberger untersuchte die physisch-geographischen, ethnischen, wirtschaftsgeographischen, siedlungsgeographischen, politisch-geographischen und geschichtlichen Beweise der ehemaligen "russischen Ostseeprovinzen" Estland, Livland und Kurland und der selbständigen Staaten von Estland, Lettland und Litauen. Unter den politisch-geographischen Beweisen verstand Haltenberger die Größe, geopolitische Lage und Grenzen (Haltenberger 1925, S. 22). Er schrieb: "Das Baltikum ist eine geographische Einheit, vor allem aber in der engeren Begrenzung des Begriffes, also in Bezug auf die russischen Gouvernements Estland, Livland und Kurland der Vorkriegszeit, oder die heutigen Staaten Estland und Lettland". Das heutige Litauen, oder die russischen Gouvernements Kowno, Wilna und Suwalki, von welchen aber hauptsächlich das Gouvernement Kowno als das Kerngebiet Litauens angesehen werden kann, gehört physisch-geographisch und ethnographisch mehr zu Mitteleuropa, wirtschaftsgeographisch zu Osteuropa und weist nur in der Bodenbebauung individuellen Charakter gemeinschaftlich mit dem Baltikum i.e.S. auf, im Industrie-, Handels- und Verkehrsleben kann man aber einen solchen nicht behaupten. - "Auch siedlungsgeographisch, politisch-geographisch und geschichtlich steht es zwischen Mittel- und Osteuropa" (Haltenberger 1925, S. 19-20).

Als Schlußfolgerung behauptet Haltenberger, daß das Baltikum ein geographisches Individuum ist und eine Mittelstellung zwischen Nord- und Mitteleuropa hat. Nach Haltenberger gehören Estland und Lettland zu Nordeuropa und Litauen mit Polen zu Mitteleuropa (Haltenberger 1925, S. 20).

In seinem Hauptwerk "Landeskunde von Eesti" analysierte er die physische, völkische, wirtschaftliche und geopolitische Struktur des Staates. Als geopolitische Struktur untersuchte er die Gestalt, Größe, geopolitische Lage und Grenzen des Landes (Haltenberger 1926, S. 197-201). Nach ihm gehörte Estland seiner Gestalt und Größe nach zur Kategorie der einfachen, offenen kleinen Staaten. Nach der geopolitischen

Lage war die Republik Estland ein nordeuropäischer Randstaat, und sie hatte verschiedene Festlandsgrenzen. Haltenberger zeigte die Entwicklung der estnisch-lettischen Grenze auch kartographisch auf.

Edgar Kant, der begabteste Student von Granö und Haltenberger, schloß seine Studien mit der Magisterarbeit "Tartu" ab (Kant 1926) und setzte dann seine Ausbildung im Ausland fort. Er begründete 1928 das Seminar für Wirtschaftsgeographie an der Tartuer Universität und 1931 auch die Reihe von Forschungen "Publicationes Seminarii Universitatis Tartuensis Oeconomico-Geographici", die bis 1940 erschien (Kurs 1992b). Kant entwickelte politische Geographie im Rahmen der Wirtschaftsgeographie und Anthropoökologie. So publizierte er 1931 seine erste politisch-geographische Arbeit, in der er die geopolitische und geoökonomische Lage der Baltischen Länder in Hinsicht auf Rußland mit der der Benelux-Länder in Hinsicht auf Deutschland verglich (Kant 1931). Im Rahmen der Anthropoökologie forschte er auch die Zugehörigkeit Estlands zu Baltoskandia (Kant 1934, Kant 1935). Dabei stützte er sich auf die Arbeit des schwedischen Geographen Sten De Geer (1886-1933).

Sten De Geer entwickelte das geologische Fennoskandia des finnischen Geologen Wilhelm Ramsay (1865-1928) zu dem geographischen Baltoskandia (De Geer 1928). Bei der Bestimmung der Grenzen Baltoskandias nahm De Geer vier Faktoren mit absoluter natürlicher Limitation (das Urgebirgsland, die Halbinselländer, moränentopographische Randzone, das Landhebungsgebiet) und fünf mit Kulturgrenzen (das Kerngebiet der nordischen Rasse, die beiden fennoskandischen - skandinavischen und ostseefinnischen - Sprachgebiete, das Verbreitungsgebiet des Protestantismus, die nordischen Staatsgebiete, die größte Ausdehnung der nordischen Staaten während der neueren Zeit). Die einzelnen Faktoren als gleichwertig behandelnd, unternahm De Geer eine kartographische Synthese des geographischen Nordeuropas, in welcher er die mittlere (fünfte) synthetische Linie für die passendste Grenzlinie Baltoskandias hielt.

Für die Bestimmung der Ausdehnung Baltoskandias untersuchte Edgar Kant noch besiedelte Gebiete und Bevölkerungsdichte, agrargeographische und klimatische Verhältnisse, Beziehungen des Waldes zur Bevölkerungszahl, Verteilung der Bevölkerung nach wirtschaftlichen Betätigungskategorien (Areal- und Lokalproduktionswirtschaft), Bedeutung der Handelsschifffahrt, Proportionen der Land- und Stadtbevölkerung und das volkswirtschaftliche Einkommen pro Kopf. Er zeigte, daß sich an der Bildung des baltoskandischen Raumes neben den skandinavischen und ostseefinnischen Sprachen auch die baltischen Sprachen beteiligten. Nach Kant spielte die Ostsee "eine wichtige Rolle in der völkischen und politischen Gliederung Baltoskandias. Die Länder, die um die Ostsee herum gelegen sind, verdanken dieser gemeinsamen Lage lebhaft gegenseitige Beziehungen, die zeitweilig eine Zusammengehörigkeit und Schicksalsgemeinschaft erzeugt oder wenigstens ermöglicht haben. Den im Norden gelegenen drei fennoskandischen Halbinselstaaten mit großem Gebiet strecken sich aus dem Süden drei in territorialer Hinsicht kleine, aber ebenfalls peninsulare Staaten der baltoskandischen Randzone entgegen - Dänemark, Estland, Lettland, - das letztere nur zum Teil hierhergehörend, während das auch sonst mehr abweichende Litauen sich dem Charakter des kontinentalen Europas nähert. Zugleich haben auch diese Länder in staatlicher

Hinsicht viel Gemeinsames; sie sind alle der Bevölkerungszahl nach Kleinstaaten" (Kant 1935, S. 31-32).

Nach der Bestimmung der Zugehörigkeit Estlands zu Baltoskandia erforschte Kant die ökologisch-wirtschaftsgeographischen Verhältnisse innerhalb der politischen Grenzen des Staates. Die Untersuchung der landschaftlich-ökologischen Voraussetzungen des estnischen Lebensraumes zeigte, daß die Unterschiede zwischen den Küstengebieten und dem Binnenland verhältnismäßig groß sind. Die ökologische Hauptgliederung von Kant ist Nieder- und Hoch-Estland (Kant 1935, S. 33-72).

Nach der ausführlichen Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerung und Lebensraum in Estland - Landbevölkerung und Arealproduktionswirtschaft in ihrer Abhängigkeit vom Lebensraum, städtische Bevölkerung und Lokalproduktionswirtschaft in ihrer Abhängigkeit vom Lebensraum und von der Raumlage - zog Kant die Schlußfolgerung, daß "weder die Rang- noch die Ringordnungen bleibende Werte repräsentieren; das gleiche gilt auch für die labilen Grenzen der Ergänzungsgebiete. Es handelt sich hier vielmehr um einen ständigen Kampf um die wirtschaftlichen Einzugsgebiete, wobei nicht nur die bleibenden naturbedingten Voraussetzungen maßgebend sind, sondern auch die labileren Faktoren wie: Änderungen der politischen und administrativen Grenzen, der Bau neuer Wege resp. die Vervollkommnung des Verkehrs, die sich vor allem in der Änderung der Zeit- und wirtschaftlichen Entfernung äußern.

Wenn wir hier bestrebt gewesen sind, die Umriss der Systeme zentraler Siedlungen Estlands festzustellen und sie zu charakterisieren, ebenso ihre gegenseitigen Wechselbeziehungen und ihre Relation zu ihren Ergänzungsgebieten aufzuklären, so haben wir auf dem Hintergrund der geschichtlichen Entwicklung und der Raumverhältnisse das Bild des heutigen Status quo entworfen. Nach Ablauf der nächsten Jahrzehnte wird dieser Durchschnitt sicher schon veraltet sein, aber er wird dann die Grundlage für den Entwurf eines neuen Vergleichsbildes bilden" (Kant 1935, S. 268).

Reform der örtlichen Verwaltungseinheiten

Nach seiner Rahmenforschung machte Edgar Kant 1935 auf Grund der Zentralitätsprinzipien den einleitenden Vorschlag für eine neue verwaltungsmäßige Gebietsteilung Estlands (Kurs 1992b). Nach Kant sollten die Administrativeinheiten territoriale Ganzheiten bilden: das administrative System des Landes steht im richtigen Verhältnis zum hierarchischen System der zentralen Orte, zum Straßennetz, zum Transport und zur Natur.

Administrative Einheiten in Estland waren damals Kreise, Städte, Flecken und Gemeinden. Die letztgenannten wurden nach der Befreiung der Bauern (1816-1819) als territoriale Einheiten der Bauernschaft im Weichbild der Gutshöfe gebildet. Seit 1866 waren sie keine bäuerlichen, sondern allgemeine administrative Einheiten der niedrigsten Stufe. In der Republik Estland waren sie Selbstverwaltungseinheiten. Die Anzahl der Gemeinden war groß (369), und deren Territorien waren oft zersplittert und bestanden aus mehreren Teilen. So bestanden 45 Gemeinden Südestlands aus 110

gesonderten Teilen. Ein Teil von den Gemeindezentren befand sich in den Kleindörfern und an den Grenzen der Gemeinden.

Zum Jahr 1938 wurden die Grundlegungen und die konkreten Vorschläge für das optimale Gemeindefeld von Endel Krepp (1908-1983), einem Studenten von Kant, ausgearbeitet. So wurde die neue, wissenschaftlich begründete administrative Reform 1938 vorbereitet (Krepp 1938). Ab dem 1. April 1939 gab es in Estland 248 Gemeinden mit natürlichen Grenzen und Zentren. Die neue Gebietseinteilung entsprach den Forderungen, die die Zeit an die Selbstverwaltungseinheiten (Gemeinden und Städte; die Flecken wurden abgeschafft) stellte. Die Grenzen der Kreise als Staatsverwaltungseinheiten wurden auf Grund von Zentralitätsprinzipien nur teils korrigiert (Kurs 1988, S. 96).

Politische Geographie im Dienst des Sowjetregimes

1940 gliederte man Estland in die Sowjetunion ein, das Unterrichten und die Forschungsarbeit wurden völlig ideologisiert. Politische Geographie wurde als Bestandteil der ökonomischen Geographie (den Terminus "Wirtschaftsgeographie" gebrauchte man nur anfangs) betrachtet. In der Tartuer Universität wurden die ökonomische und politische Geographie der kapitalistischen Länder unterrichtet, weil die räumlichen Fragen der Politik der Sowjetunion und ihrer Unionsrepubliken für Berufsgeographen außer Betracht blieben. Zum Beispiel wurde die verwaltungsmäßige Gebietseinteilung Estlands von oben (Moskau) nach dem sowjetrussischen Muster festgestellt. 1945 gründete man in Estland Territorien des Dorfsowjets als niedrigste Stufe der administrativen Gliederung. So entstand in Estland eine dreistufige administrative Gebietseinteilung. 1950 wurden die Gemeinden und Kreise liquidiert und an ihrer Stelle Landrayons gegründet. Am 1. Oktober 1950 gab es in Estland 39 Rayons und 641 Dorfsowjets. 1952-1953 bestand in Estland wiederum eine dreistufige Gebiets-einteilung mit drei - Tallinner, Tartuer und Pärnuer - Oblasten.

Übrigens studierte man in der Sowjetunion nur die politische Geographie der Ausländer. Aber die Möglichkeiten für diese Forschung hatten nur die ausgewählten Zentren, zu denen Tartu als geschlossene Stadt nicht gehörte. In der Tartuer Universität arbeitete die geographische Abteilung als einziges Zentrum für die geographische Unterrichtung und Forschung. An der Akademie der Wissenschaften Estlands wurde ein Forschungszentrum für Geographie nicht gegründet, aber ab 1955 arbeitete an der Akademie die Estnische Geographische Gesellschaft (EGG) mit einer Abteilung in Tartu. Seit 1957 wurden Jahrbücher und eine Publikationsreihe der EGG und seit 1960 eine Publikationsreihe für Geographie an der Tartuer Universität veröffentlicht.

Die Haupttrichtung der ökonomischen Geographie der 1940er, 1950er und 1960er Jahre war "die Neubewertung der estnischen bürgerlich-nationalistischen Wirtschaftsgeographie". So wurde Edgar Kant, der 1944 nach Schweden emigrierte, anfangs nicht nur scharf kritisiert, sondern über ihn wurden auch mehrere geringschätzige und beleidigende Beiträge veröffentlicht. Besonders angreifende Aufsätze waren gegen seine Werke über Estlands Zugehörigkeit zu Baltoskandia gerichtet. "Edgar Kant war

auch der Verfasser einer Reihe geopolitischer Arbeiten, in denen er sich bemühte, die Zugehörigkeit Estlands und Lettlands zu der an der Ostsee liegenden Staatengruppe, zu dem sogenannten "Baltoskandia", dessen Kern die skandinavischen Staaten bildeten, zu beweisen" (Tarmisto 1957). Estland wurde als unzertrennlicher Teil Rußlands und der Sowjetunion behandelt (Nõmmik 1961, Tarmisto 1968). Zu den Aufgaben der ökonomischen Geographie gehörte sowohl die Untersuchung der materiell-technischen Basis des Aufbaus des Kommunismus, als auch die Begründung der Liquidation der Einzelhöfe (Nõmmik 1964, S. 19).

Die theoretischen und angewandten Untersuchungen der Sowjetzeit

In den 1960er Jahren verbreitete sich der Forschungsgegenstand der sowjetischen ökonomischen Geographie, der bisher nur Produktionsgeographie umfaßte. Es wurden auch die territorialen Probleme der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Organisation behandelt. Die offizielle Anerkennung der Hierarchie der Gesellschaftsorganisation gab Anregung für die Erforschung des wissenschaftlichen Erbes von Walter Christaller (1893-1969) und Edgar Kant, doch ohne die Hinweisung auf diese Autoren. Unter dem Einfluß der Leningrader Geographen behandelte die führende Wirtschaftsgeographin in Estland, Salme Nõmmik, (1910-1988) die Frage der Grenzstädte Valga-Valka und Narva-Ivangorod/Jaanilinn. Die Autorin machte den Vorschlag zur administrativen Wiedervereinigung von Narva und Ivangorod/Jaanilinn (Nõmmik 1966).

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begannen die Geographen der Tartuer Universität unter der Leitung von Ants Raik (1931-1994) mit den Untersuchungen für Territorialplanung Estlands. Seit 1966 wurden auch Forschungen über die ökonomischen und administrativen Gebietseinteilungen durchgeführt (Kurs 1988). So promovierte Salme Nõmmik mit der Dissertation über die Grundlagen der detaillierten ökonomischen Regionalisation 1970 in Moskau, und Ott Kurs verteidigte die Dissertation über die ökonomisch-geographische Basis der verwaltungsmäßigen Gebietseinteilung 1971 in Tartu. Die Tendenzen der administrativen Gliederung in Estland wurden analysiert (Kurs 1972) und Prinzipien und Forderungen der verwaltungsmäßigen Gebietseinteilung beleuchtet. Zu einem wichtigen Prinzip der Gründung der verwaltungsmäßigen Gebietsorganisation wurde die Berücksichtigung der historisch-ökonomischen Bedingungen, die als Besiedlung, Standortverteilung der Produktivkräfte und ökonomisch-geographische Lage des Territoriums zum Vorschein kommen (Kurs 1974). Die Vorschläge zur Ausbesserung der administrativen Gliederung Estlands auf Grund der Hierarchie der zentralen Orte und ihrer ungespaltenen Hinterländer wurden gemacht, aber sie blieben unbeachtet. Dasselbe Schicksal traf auch den Vorschlag zur Umbenennung der Territorien des Dorfsowjets (Kurs 1977). Diese Beispiele weisen darauf hin, daß die Grenzen und Benennungen der administrativen Räume in erster Linie von politischen Erfordernissen des Staatsapparates abhängig sind (Boesler 1983, S. 86).

Am Ende der 1970er Jahre gab es einen Versuch der Erörterung der Theorie der verwaltungspolitischen Räume. So wurden die Bundesstaaten oder Föderationen als

mitteleuropäische, nordamerikanisch-australische, lateinamerikanische und afroasiatische Typen betrachtet. Auch die Grundlagen der Gebietsreformen wurden analysiert (Kurs 1979).

Die neuen Aufgaben und Richtungen der politischen Geographie

1987 betrat Estland den Weg der Wiederherstellung seiner Selbständigkeit und erreichte dieses Ziel 1991. Im Jahre 1988 wurde der wissenschaftliche Nachlaß von Edgar Kant erstmalig gerecht geschätzt. Etwas später organisierte der Verfasser dieses Aufsatzes die Neuveröffentlichungen der bekannten Arbeiten über politische Geographie von Edgar Kant (Kant 1990, Kant 1992).

Seit 1989 wurden in Estland freie Wahlen durchgeführt und danach die Ergebnisse dieser Wahlen geographisch analysiert. Damit wurden überhaupt die ersten Abhandlungen über Wahlgeographie geschrieben (Raitviir 1992; Raitviir, Saar 1992).

Weil frühere Vorschläge zur Neuordnung der verwaltungsmäßigen Gebietseinteilung Estlands unbeachtet blieben, analysierte man nun aufs neue diese Forschungsergebnisse in Estland in der Vor- und Nachkriegszeit (Kurs 1988). Auch das Wirken von J.G. Granö, Michael Haltenberger, Edgar Kant und August Tammekann wurde neu geschätzt (Kurs 1992a, Kurs 1992f., Kurs 1994a). Seit 1990 hat man die Geographiestudenten an der Tartuer Universität in der politischen Geographie unterrichtet, anfangs auf Grund der traditionellen Ratzelschen politischen Geographie, ab 1992 kamen diesem Unterrichtsgegenstand auch anglo-amerikanische Elemente hinzu.

Neben den früheren Gliederungen und der allgemeinen Theorie der verwaltungspolitischen Räume sind nun die räumliche Wiedervereinigung Europas und die heutige großräumliche Gliederung an der Tagesordnung (Kurs 1992c, Tammekann 1994, Kurs 1992d). Weil Estlands Unabhängigkeit auf Grund der politischen Kontinuität wiederhergestellt wurde, sind die Fragen über Estlands geopolitische Lage und Grenzen sehr aktuell. Sie wurden vom europäischen Standpunkt aus betrachtet (Kurs 1992b, Kurs 1993a). Man hat Aufsätze über die Urbevölkerung von Ingermannland, Karelien und der Krim und auch über die Rußlanddeutschen geschrieben (Kurs 1991a, Kurs 1991b, Kurs 1992d, Kurs 1993c). Die Tartuer Nachwuchswissenschaftler haben die Probleme der Geopolitik, der ethnisch-sozialen Prozesse, der ethnischen Minderheiten Estlands und der Entstehung von Weißrußland betrachtet (Berg 1993, Berg 1994a, Berg 1994b, Vessin 1994).

Schlußfolgerungen

Nach der Entstehung des estnischen Staates wurde die nationale geographische Wissenschaft entwickelt. Anfangs geschah es unter der Leitung der stammverwandten Wissenschaftler aus Finnland und Ungarn.

J.G. Granö aus Finnland gründete 1919-1923 die estnische Landschaftskunde und die geographische Heimatkunde, in deren Rahmen Kirchspiele, Städte und Flecken

erforscht wurden. Als Naturforscher im weiteren Sinne bestimmte Granö die geographische Lage Estlands, und seine Studenten maßen die Küstenlinie und Festlandsgrenzen Estlands ab. Man verfaßte später über den Verlauf der estnisch-lettischen Grenze eine Magisterarbeit und über die Veränderungen der estnisch-russisch ethnischen Grenze eine Spezialforschung.

Michael Haltenberger aus Ungarn setzte als Leiter des geographischen Instituts 1924-1926 die Forschungen im Bereich der Wirtschaftsgeographie fort. Er selbst behandelte die Fragen der politischen Geographie, besonders der geopolitischen Lage Estlands.

Seit 1928 beschäftigte sich Edgar Kant im Rahmen der Wirtschaftsgeographie und Anthropökologie auch mit den Fragen der politischen Geographie. Er entwickelte die Baltoskandia-Theorie von Sten De Geer weiter und zeigte, daß Estland ein fester Teil von Baltoskandia ist. Kant stellte die Grundprinzipien der Neuordnung des Gemeindefeldes fest. Danach wurde 1938 eine ausführliche Untersuchung und ab 1939 ein wissenschaftlich begründetes Gemeindefeld organisiert. So waren reine theoretische wirtschaftsgeographische Forschungen zur angewandten politischen Geographie übergegangen.

Auch während der sowjetischen Annexionszeit (1940-1991) war politische Geographie ein Bestandteil der Wirtschaftsgeographie. Anfangs wurden die wissenschaftlichen Errungenschaften der Zeit der Selbständigkeit scharf kritisiert, aber später benutzte man sie doch. So entstanden Untersuchungen über die hierarchischen Siedlungen und verwaltungsmäßigen Einheiten. Die Vorschläge zur Neuordnung der Administrativeinheiten blieben von der sowjetestnischen Regierung doch unbeachtet.

In der Übergangszeit zur Selbständigkeit wurden im Institut für Geographie der Tartuer Universität die Forschungsergebnisse der Vorkriegszeit ernst studiert und neue Vorlesungsreihen eingeführt.

Nach der Befreiung Estlands ist am Institut für Geographie der Tartuer Universität eine Forschungsrichtung für politische Geographie Estlands und der Nachbarländer gegründet worden. So hat die politische Geographie im heutigen Estland, im Unterschied zur Vorkriegszeit, eine eigene Position und gehört nicht zur Wirtschaftsgeographie. Die heutige politische Geographie hat sich weiterentwickelt und umfaßt auch Wahlgeographie.

Summary

Political Geography in Estonia, 1919-1994

Political geography of pre-war Estonia was developed in the frame of economic geography. The problems of Estonia's boundaries, geopolitical location and administrative division were investigated by J. G. Granö, Michael Haltenberger, Peeter Päts, August Tammekann, Eduard Markus, and especially by Edgar Kant. He concluded that Estonia definitely belongs to Baltoscandia (like Swedish geographer Sten De Geer had done before). In 1935 Kant proposed the principles of reorganizing rural communities

and in 1938 Endel Krepp published a case study in this field. The new system of rural communities effective since 1939 was a line with the social requirements of that time. That administrative system was destroyed by the Soviet power. In 1950s and 1960s the Soviet officials tried to justify the annexation of Estonia in every way and only insulting and slandering writings have been published about Edgar Kant since the very recent time. In the late 1960s the settlement system, economic regionalization and administrative division of Estonia were investigated. Thus, Salme Nõmmik studied the border towns Valga-Valka and Narva-Ivangorod/Jaanilinn and suggested that the former (up to 1945) unity of Narva and Ivangorod could be restored in the administrative aspect. The importance of the historically established settlement system as the objective spacial basis of administrative division and proposals for administrative reform were suggested in the papers published by Ott Kurs. The same author also studied the general theory of the reorganization of administrative-territorial system. After the re-establishment of Estonia's independence, the spacial problems of elections in Estonia in 1989-1991 were analyzed by Tiina Raitviir. Europe's spatial rebirth, administrative-political spaces, the borders of Estonia, the development of political geography, and some problems of ethnic minorities in the former Soviet Union have been discussed by Ott Kurs, while geopolitics, ethnosocial processes, and the peculiarities of Jewish settlement in Estonia have been described by young geographer Eiki Berg.

Literatur

- BERG, E.: Geopoliitika suhtelisest asendist. Summary: On relative significance of geopolitics. In: Akadeemia (1993), S. 469-475, 633.
- BERG, E.: Etnosotsiaalsed protsessid. Summary: Ethnosocial processes. In: Akadeemia (1994a), S. 162-179, 196.
- BERG, E.: The Peculiarities of Jewish Settlement in Estonia. In: GeoJournal 33.4 (1994b), S. 465-470.
- BOESLER, K.-A.: Politische Geographie. Stuttgart 1983. (Teubner Studienbücher der Geographie).
- DE GEER, S.: Das geologische Fennoskandia und das geographische Baltoskandia. In: Geografiska Annaler (1928) H. 1.
- Eesti. Maa. Rahvas. Kultuur. Tartu 1926.
- HALTENBERGER, M.: Gehört das Baltikum zu Ost-, Nord- oder zu Mitteleuropa? Dorpat 1925. (Publicationes Instituti Universitatis Dorpatensis Geographici 1).
- HALTENBERGER, M.: Landeskunde von Eesti. Tartu (Dorpat) 1926. (Publicationes Instituti Universitatis Dorpatensis Geographici 6-10).
- KANT, E.: Tartu. Linn kui ümbrus ja organism. Résumé: Tartu. Etude d'un environnement et organisme urbain. Tartu 1926.
- KANT, E.: Eesti geopolitilisest ja geökonoomilisest asendist, eriti Venemaa suhtes. In: Eesti Nädala album (1931), S. 34-41.
- KANT, E.: Estlands Zugehörigkeit zu Baltoskandia. Tartu 1934. (Publicationes Seminarii Universitatis Tartuensis Oeconomico-Geographici 9).
- KANT, E.: Bevölkerung und Lebensraum Estlands. Ein anthropo-ökologischer Beitrag zur Kunde Baltoskandias. Tartu 1935.

- KANT, E.: Eesti geopoliitilisest ja geökonoomilisest asendist, eriti Venemaa suhtes. Summary: On Estonia's geopolitical and geoeconomic location, particularly in relation to Russia. In: *Akadeemia* (1990), S. 1229-1250, 1301.
- KANT, E.: Eesti kuuluvus Baltoskandiasse. Summary: Belonging of Estonia to Baltoscandia. In: *Akadeemia* (1992), S. 354-396, 417-418.
- KREPP, E.: Valdade majanduslik olukord ja territoriaalne ümberkorraldus. Summary: Economic position and territorial reform of rural communities in Estonia. Tallinn 1938. (Publicationes Seminarii Universitatis Tartuensis Oeconomico-Geographici 25).
- KURS, O.: On general tendencies in the development of the administrative division of the Estonian S.S.R. Estonia. In: *Geographical Studies*. Tallinn 1972, S. 144-150.
- KURS, O.: Territoriumi administratiivse jaotuse printsiibid ja nõuded. Zusammenfassung: Prinzipien und Forderungen der verwaltungsmäßigen Gebietseinteilung. In: *Eesti Geograafia Seltsi aastaraamat 1973*. Tallinn 1974, S. 133-141.
- KURS, O.: O nazvanii pervicnoj sel'skoj administrativno-territorial'noj edinicy. Summary: On the denomination of the primary rural administrative unit. In: *Acta et Commentationes Universitatis Tartuensis* 432 (1977), S. 173-174.
- KURS, O.Ü.: Social'no-èkonomiceskie osnovy pereustrojstva politiko-administrativnyh sistem. In: *Izucenie problem social'no-èkonomiceskoj i social'noj geografii*. Tartu 1979, S. 94-109.
- KURS, O.: Geographers in research of the administrative units and administrative division of Estonia. In: *Estonia. Geographical Researches*. Tallinn 1988, S. 93-100.
- KURS, O.: Eesti Vabariigi asendi ja piiride uurimisest. Summary: On research of the location and boundaries of the Estonian Republic. In: *Akadeemia* (1990), S. 1252-1259, 1302.
- KURS, O.: Krimmitatarlased. Summary: Crimean Tatars. In: *Akadeemia* (1991a), S. 321-344, 406-407.
- KURS, O.: Sur la géographie ethnique et politique en Ingrie et Estonie. In: *Revue Géographique de l'Est* (1991b), S. 171-172.
- KURS, O.: Eesti rahvusliku maateaduse algusaastaist. In: *Eesti Geograafia Seltsi aastaraamat 27*. Tallinn 1992a, S. 149-154.
- KURS, O.: Estlands geopolitische Lage. In: T. MAESS und B. v. ENGELHARDT [Hrsg.]: *Estland. Express Reisehandbuch*. Leer 1992b, S. 14-24.
- KURS, O.: Euroopa ruumiline taassünd. Summary: Europe's spatial rebirth. In: *Akadeemia* (1992c), S. 899-911, 1112.
- KURS, O.: Halduspoliitilised ruumid. Summary: Administrative-political spaces. In: *Akadeemia* (1992d), S. 2613-2630, 2643-2644.
- KURS, O.: Hõimud hääbumas. Karjalased Ida-Karjalas. Summary: Karelians - the perishing native population of Russian Karelia. In: *Akadeemia* (1992e), S. 120-136, 181-182.
- KURS, O.: Scientific heritage of Edgar Kant. Estonia. In: *Man and Nature*. Tallinn 1992f, S. 108-128.
- KURS, O.: Eesti piirid Euroopa riikide taustal. Summary: The borders of Estonia, compared to those of European countries. In: *Akadeemia* (1993a), S. 451-468, 632-633.
- KURS, O.: Poliitigeograafia arengulugu. Summary: On the development of political geography. In: *Akadeemia* (1993b), S. 2640-2666, 2683-2686.
- KURS, O.: Sakslased Venemaal. Summary: The Russian Germans. In: *Akadeemia* (1993c), S. 1452-1483, 1521-1522.
- KURS, O.: August Tammekann teaduses ja kultuuris. Summary: August Tammekann as a scientist and cultural figure. In: *Akadeemia*. Tartu (1994a), S. 1720-1737, 1755-1756.
- KURS, O.: Ingria: The Broken Landbridge between Estonia and Finland. In: *GeoJournal* 33.1 (1994b), S. 107-113.

- MARKUS, E.: Changes on the Esto-Russian Ethnographical Frontier in Petserimaa. In: Õpetatud Eesti Seltsi Aastaraamat 1936. Tartu 1938, S. 164-176.
- NÕMMIK, S.: Eesti NSV territooriumi geograafilise asend ja administratiiv-territorialne jaotus. Tartu 1961.
- NÕMMIK, S.: Geograafia ülesanded kommunismi materiaal-tehnilise baasi rajamisel. Summary: The tasks of geographical science in the creation of the material-technical basis of communism. In: Eesti Geograafia Seltsi aastaraamat 1963. Tallinn 1964, S. 5-19.
- NYMMIK, S.: Problema pograničnih gorodov. Summary: The problem of frontier towns. In: Eesti Geograafia Seltsi aastaraamat 1964/1965. Tallinn 1966, S. 240-248.
- RAITVIIR, T.: Elections in Estonia in 1989-1991: a territorial approach. In: Estonia. Man and Nature. Tallinn 1992, S. 154-168.
- RAITVIIR, T. und V. SAAR: NSV Liidu rahvasaadikute valimised Eestis 1989. aastal: territoriaalne käsitlus. Summary: The elections of people's deputies to the Congress of the USSR in Estonia in 1989: A territorial approach. In: Eesti Geograafia Seltsi aastaraamat 27. Tallinn: Valgus 1992, S. 124-148.
- TAMMEKANN, A.: Peeter Päts ja Eesti-Läti piiri kindlaksmääramine. In: Loodushoid ja Turism (1940), S. 97-100.
- TAMMEKANN, A.: Euroopa geograafilise suurjaotus. Zusammenfassung: Die geographischen Großräume Europas. In: Akadeemia. Tartu (1994), S. 1706-1719, 1754-1755.
- TARMISTO, V.: Majandusgeograafilise uurimistöö olukorrast ja arenguperspektiividest Eesti NSV-s. Zusammenfassung: Die Lage der wirtschaftsgeographischen Forschung und die Perspektiven ihrer Entwicklung in der Estnischen SSR. In: Eesti Geograafia Seltsi aastaraamat 1957. Tallinn 1957, S. 32-46.
- TARMISTO, V.: O nekotoryh osobennostäh ekonomiko-geograficeskogo položenia Èstonskoj SSR. Conclusions in English. Tallin 1968.
- VESSIN, U.: Valgevene kujunemine. Summary: Formation of Belarus. In: Akadeemia. Tartu (1994), S. 607-621, 640-641.

Prof. Dr. Ott Kurs
Tartu Ülikooli
Geograafia Instituut
Vanemuise 46-336
EE-2400 Tartu

Äußere Sicherheit und Konfliktursachen - Überlegungen aus politisch-geographischer Sicht

1. Einführung

Äußere Sicherheit als politische Aufgabe im "Westen" war bis zu den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sowie in der ehemaligen Sowjetunion ein Inhalt, der sich an dem Sicherheitsbedürfnis von Staaten im Zuge des Gegensatzes zwischen NATO und dem Gebiet des Warschauer Vertrages orientierte. BOESLER (1991, S. 52) hatte darauf hingewiesen, daß PALASCHEWSKI 1989 einen methodischen Ansatz vorgelegt hat, mit dem vor diesem Hintergrund Beiträge der Politischen Geographie zur sicherheitspolitischen Analyse angefertigt werden können.

Nach den weltpolitischen Veränderungen seit 1989 stellt sich das Problem, ob auch unter den neuen Herausforderungen die Politische Geographie eine Beziehung zu äußerer Sicherheit und zu Konfliktursachen hat, wobei letztere Frieden und Stabilität in Frage stellen (GALTUNG 1993, S. 49).

Daß die geographische Dimension von Politik evident ist, zeigt die Fülle von Literatur zu Krisen in aller Welt mit räumlichen Bezügen. Zunehmend werden hier auch führende Geographen tätig, publizieren jedoch weniger in der breiten Öffentlichkeit als vielmehr in den entsprechenden Fachzeitschriften (vgl. die Geographische Rundschau, Heft 4/1994 über die Nachfolgestaaten der Sowjetunion).

Es muß also darum gehen, die Politische Geographie zur äußeren Sicherheit und zu Konfliktursachen so in eine Beziehung zu setzen, daß im Rahmen der Konflikt-Analyse (vgl. NERLICH 1992 a, S. 37/38) ein Beitrag zur internationalen Stabilität und zur Lösung von Konflikten auch mit Geographen geleistet werden kann: "In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen Wissenschaft und Politik vor einer Bewährungsprobe ihrer funktionalen Symbiose" (HEYDRICH/KRAUSE/ NERLICH/NÖTZOLD/RUMMEL 1992, S. 17). Gemeint ist damit der zielorientierte angewandte Charakter der Geographie (PALASCHEWSKI 1992) wie auch ihr Beitrag zur Politischen Bildung (vgl. INTERNATIONALE GEOGRAPHISCHE UNION 1992, S. 9).

2. Politische Geographie

Politische Geographie hat den Gegenstand, die "politische Realität in ihrer Raumabhängigkeit und in ihrer Raumwirksamkeit" (BOESLER 1983, S. 29) zu untersuchen. Überblickt man die geographische Literatur, so fällt auf, daß dem Aspekt der "Raumwirksamkeit" mehr Beachtung geschenkt wird als dem der "Raumabhängigkeit". "Raumabhängigkeit" meint aber auch "Herausforderung", womit eine Beziehung hergestellt ist zu dem staatengeographischen Ansatz von SCHWIND 1972.

Die Systematik von SCHWIND hat den Vorteil, daß wie mit einer "Check-List" alle geographischen Faktoren aufgeführt werden, die für das Verständnis von Staaten wichtig sind. Da der Staat hier ein Raumbegriff ist, lassen sich aber die räumlichen Kategorien und geographischen Inhalte von SCHWIND ebenso auf jeden anderen Raum anwenden. Daraus ergibt sich die politisch-geographische Analyse auch von Räumen, die durch Krisen charakterisiert sind.

Die von SCHWIND geschaffene Ordnung ist eine Form wissenschaftlicher Abstraktion, denn tatsächlich sind die geographischen Faktoren vielfältig ineinander verwoben bzw. voneinander abhängig. Dieser Nachteil kann jedoch angesichts der ganzheitlich analytischen Aussagen zu allen Elementen der Systematik in Kauf genommen werden.

Ein solcher moderner Inhalt der Politischen Geographie setzt sich deutlich ab von der früheren Geopolitik im deutschsprachigen Raum, die heute leider als wenig schlüssiger Begriff immer wieder gebraucht wird (vgl. BRILL 1993, LACOSTE 1990).

Um es noch einmal deutlich zu machen: die Geopolitik ging im Gegensatz von dem Staat als einem geschlossenen Organismus aus, von Prinzipien, die über den Staaten standen. Aufgabe der Politiker sollte es sein, im Sinne der Erfordernisse des Organismus zu handeln. Handeln vollzog sich in Bedingungssätzen, für die Geographen die Vorgaben machten.

Dem Determinismus einstiger Geopolitik steht heute die Offenheit politischen Wirkens gegenüber, das im allgemeinen als regelbares System verstanden wird (BOESLER 1983, S. 18ff.). Diese Offenheit findet sich auch im Denkansatz "challenge and response": Der Herausforderung durch geographische Faktoren stehen politische Antworten gegenüber, die die Regierungen der Staaten oder Frieden stiftende Organisationen zu treffen haben. Die Antworten können höchst unterschiedlich ausfallen: zunächst müssen die geographischen Rahmenbedingungen untersucht werden. Diese Herausforderungen sind "anzusprechen", "zu beurteilen", um dann Folgerungen ziehen zu können, aus denen sich das politische Handeln für die äußere Sicherheit und für Konfliktlösungen ergeben.

Letztlich kann auf der Grundlage von SCHWIND 1972 die Bedeutung geographischer Faktoren für die Sicherheit von Staaten oder Regionen sowie für Konfliktpotentiale in einem Raster untersucht werden, das in der Waagrechten aus der staatsgeographischen Systematik und in der Senkrechten aus den Dimensionen der Sicherheit besteht (vgl. PALASCHEWSKI 1989).

3. Äußere Sicherheit und Konfliktursachen

Äußere Sicherheit hat zwei Aspekte: die Sicherheit eines Raumes vor Gefahren von außen und globale Sicherheit - günstigstenfalls Frieden.

Der "Raum" ist dabei aus staatsrechtlicher Sicht der Staat: "Die Gewährleistung von Schutz und Frieden im Innern wie auch nach außen gehören, seit Menschen über den Staat nachgedacht haben, zu den Gründen, die den Staat rechtfertigen und seinen Zweck

erklären" (STERN 1980, Bd. II, S. 847). Das Sicherheitsbedürfnis der Staaten hat damit einen sehr großen Stellenwert als staatsbildende und staatserhaltende Kraft.

Um den Staat als geographischen Gegenstand ist es in den letzten Jahren in der Politischen Geographie recht still geworden. Die Kritik an SCHWIND's Allgemeiner Staatengeographie 1972 bemängelte die einseitige Sicht des Politischen auf den Staat bezogen. Tatsächlich seien jedoch vielfältige politische Kräfte raumwirksam bzw. raumabhängig.

Bezogen auf die Fragestellung, welche Bedeutung geographische Faktoren für die äußere Sicherheit und das Verstehen von Konflikten haben, wird hier nun ganz bewußt der Staat und damit die Staatengeographie in den Mittelpunkt der Überlegungen gerückt. Staaten sind nämlich - gerade nach außen hin - die entscheidenden Gestalter der Weltpolitik (FREI 1985, S. 23) und die Träger der Macht (SCHWARZ 1985). Staatsrechtlich wird unter dem Staat Staatsgebiet, Staatsvolk, die Staatsgewalt und - als deren aller Klammer - die Staatsverfassung verstanden (BADURA 1986, S. 3/4; STIGLBAUER 1992, S. 103).

Obwohl nun die Schaffung von Sicherheit anerkanntes Recht von Staaten ist, ist andererseits nicht klar festgelegt, was unter Sicherheit eines Staates zu verstehen ist (vgl. ELSNER 1992). Auch wenn gerade bei staatsinternen Konflikten die Grenze zwischen äußerer und innerer Konfliktwirkung oft nicht klar zu ziehen ist, wird mit den folgenden Überlegungen auf Bedingungen innerer Sicherheit oder sozialer Sicherheit verzichtet.

Sicherheit nach außen - Abwesenheit von Gefahr - ist zwar objektiv denkbar, aber in der Realität nicht gegeben (FREI 1985). Weit bestimmender ist das subjektive Empfinden von Staaten, vor Gefahren von außen geschützt zu sein.

Ohne an dieser Stelle auf das unterschiedliche Denken über Sicherheit einzugehen, ist festzuhalten, daß etwa nach dem Verständnis der Bundesrepublik Deutschland "Sicherheit heute nicht mehr als militärische Fähigkeit begriffen werden kann, Kriege führen zu können und sie gewinnen zu wollen, sondern vorrangig als die Fähigkeit, sie zu verhindern und - sollten sie einmal ausgebrochen sein - sie so schnell wie möglich mit dem Ziel der Selbstbehauptung und im Sinne einer größtmöglichen Schadensbegrenzung zu beenden" (BUCHBENDER/ BÖHL/QUADEN 1983, S. 15).

Von Bedeutung ist heute die Tatsache, daß der militärische Anteil der Sicherheit an Stellenwert verloren hat: "Für alle Staaten gilt gegenwärtig, daß es für Sicherheitspolitik keine stabilen Rahmenbedingungen mehr gibt und daß optimale Sicherheit vor allem unter sozioökonomischen Stabilitätsbedingungen gegeben sein wird, wobei Fragen militärischer Sicherheit nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt" (NERLICH 1992 a, S. 26). Es bleibt aber das Ziel, "Unabhängigkeit, Wohlfahrt, physisches Überleben" (SCHWARZ 1985, S. 54) zu gewährleisten.

Dieses sehr anspruchsvolle und in seinen Wert-Aussagen nicht abzulehnende Sicherheitsverständnis hat tatsächlich durch das Ende des politisch-ideologischen Ost-West-Gegensatzes weltweite Abhängigkeiten (z.B. "Weltwirtschaft") in den Vordergrund gerückt und damit Einbindungen in Krisenregionen deutlich gemacht. Auf diese Weise erhält die äußere Sicherheit für einen Staat neue Inhalte (vgl. WEISSBUCH 1994, S. 32).

Sicherheitspolitik enthält zur Friedenssicherung außen- und militärpolitische Komponenten, was für die geographische Analyse nicht ohne Bedeutung ist. Zu dieser politisch-ideologischen und militärischen Dimension kommt die wirtschaftliche, die immer mehr an Bedeutung gewinnt (MAULL 1989). Für die Politische Geographie müssen daher unter dem Aspekt "Sicherheit" äußere Abhängigkeiten, die Gefahren und Inwertsetzung geographischer Inhalte und die raumabhängigen spezifischen Herausforderungen eines Staates erfaßt werden. Aus dem Blickwinkel der Perzeption hat Sicherheitspolitik die Aufgabe, Instabilitäten und Risiken, soweit sie der Mensch selbst verursacht, zu kontrollieren und günstigstenfalls zu beseitigen.

Der "Raum" ist aber auch Gegenstand der Geographie, da sie ihn beschreibt, analysiert und erklärt (vgl. DENECKE 1989, S. 51). Hergestellt ist - wie oben schon verdeutlicht - die Bindung Raum - Staat - äußere Sicherheit. Fügt man jetzt zunächst geographische Herausforderungen und sicherheitspolitische Antworten in ihrer Offenheit und dem damit möglichen Wandel zusammen, so kann es sehr deutlich am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt werden:

Tab. 1: Alte und neue Herausforderungen für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

Geographische Systematik	alte Herausforderungen	alte Antworten	neue Herausforderungen	neue Antworten
Flächengröße	mittelgroß-klein	dichtes Militärpotential	mittelgroß-größer	dünnes Militärpotential
Umrißform	langgestreckt	lineare Verteidigung	rund	flexible/mobile Verteidigung
planetare Lage	Nordhalbkugel Nord-Süd-Konflikt	Keine Machtpolitik Entwicklungshilfe Unterstützung	unverändert	unverändert
	Ost-West-Konflikt	Einbindung NATO, aktiv in KSZE	Entwicklungsunterschied Ost/West	Unterstützung Partnerschaft
Lage zm Meer	geringe Küstenlänge Abhängigkeit	NATO-Einbindung (maritimes Bündnis)	größere Küstenlänge unverändert	unverändert, stärkere Ostsee-Partnerschaft
Lage zur politischen Nachbarschaft	Randlage NATO-WP, EG usw. Bedrohung durch Großmacht UdSSR	NATO-Einbindung mit starker Militärpräsenz	Mittellage unverändert, keine Bedrohung aber Risiken	Unterstützung Partnerschaft Abrüstung Konfliktmanagement
Land-, Luft- und Seegrenzen	Teilungsgrenze	NATO-Einbindung, Deutschland-Politik	nach Westen offen, nach Osten Migration und Niedrig-Einfuhr	Einbindung EU, nach Osten verstärkte Grenz-sicherung

Hauptstadt	Bonn	keine sicherheitspolitische Bedeutung	Berlin	keine sicherheitspolitische Bedeutung
Naturgeogr. Inhalte: Gelände, Klima Vegetation, Wasser, und Gewässer, Bodenschätze	sind bekannt	Struktur der Streitkräfte zum Teil Importunabhängigkeit	unverändert unverändert	unverändert unverändert
Anthropogeographische Inhalte	bevölkerungsreich, Bevölkerungsverteilung	Umfang der Streitkräfte, Wehrpflicht	unverändert	unverändert, aber Reduzierung Streitkräfte
Verstädterung	technisch-zentrale Abhängigkeit der Fläche	Kriegsverhinderung und Vorneverteidigung	unverändert	partnerschaftliche Sicherheitspolitik, flexible Verteidigung
Historisches Erbe	Belastung	verständnisvolle Außenpolitik	prinzipiell überwunden, da Deutschland als Helfer gesucht wird	Unterstützung, Partnerschaft
Soziales Gefüge	innere Probleme	Sozial- und Wirtschaftspolitik	zusätzlich innere Probleme der neuen Bundesländer	Sozial- und Wirtschaftspolitik mit zusätzlichen Progr.
Agrarwirtschaftlicher Inhalt	guter Selbstversorgungsgrad, Import- und Energieabhängigkeit	Einbindung Weltwirtschaft	unverändert	unverändert
Industriewirtschaftlicher Inhalt	rohstoffbeschränkt / produktionsstark Export- und Import-Abhängigkeit	Einbindung Weltwirtschaft	unverändert	unverändert
Infrastruktureller Inhalt	Verkehr: Nord-Süd	Ausbau	Ost-West	Neu- und Ausbau
	Administration	funktionsfähig	neue Bundesländer	Neuaufbau

Dieser vereinfachte tabellarische Kurzüberblick darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß vom Alten zum Neuen ein Prozeß stattfindet, der Bewußtsein, Akzeptanz und politische Konzeption unter schwierigen menschlichen Bedingungen ändert. Das gleiche gilt für Räume, die über Staaten hinausgehen. So ist zu beobachten, daß die NATO nach wie vor über Militärstrategie vor dem Hintergrund sicherheitspolitischer Unsicherheiten diskutiert.

Der zweite Aspekt der äußeren Sicherheit meint die Globalität von Gefahren, die Menschen nicht nur staats- oder regionalweit, sondern weltweit herausfordern (BOESLER 1993). Hier sind neue Antworten zu finden, die sich bereits in nationaler Sicherheitspolitik wie auch im Nachdenken über Konflikte und deren Auswirkungen zeigen.

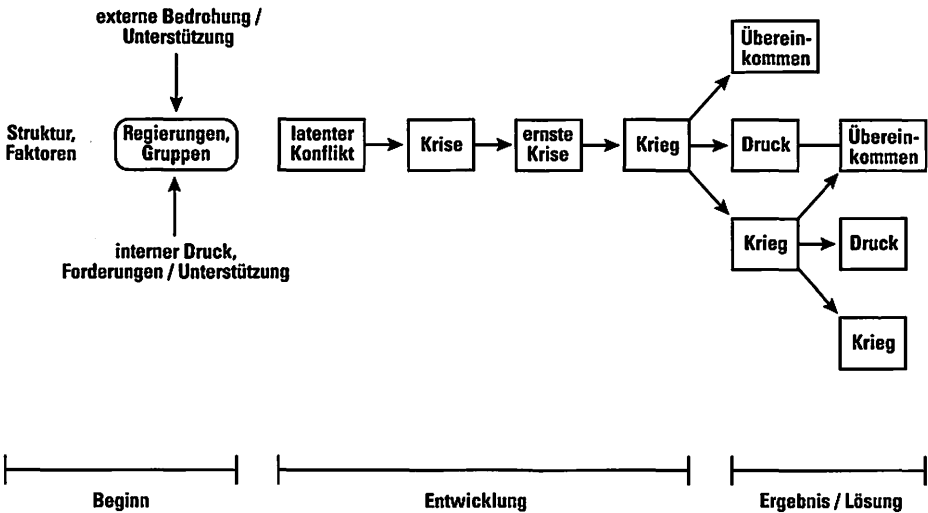
NAUMANN (1994, S. 89) bezeichnet diese verstärkt ins Bewußtsein gerückte Herausforderung als "globale Sicherheit" und folgert (S. 77), "daß Sicherheitsvorsorge sich nicht mehr auf Verteidigung allein beschränken darf. Den zahlreichen Konfliktursachen und der Multidirektionalität der gegebenen Risiken entspricht ein breiter Ansatz der Sicherheitspolitik, in dem alle Mittel und Instrumente der Politik in vorbeugendem und aktivem, nicht mehr nur reagierendem Handeln genutzt werden, um Konflikte zu verhindern."

Die Politik der Staaten untereinander wie auch in den Staaten selbst setzt sich mit Konflikten auseinander und sucht nach Regelungen. Obwohl sich viele Menschen wegen des Konflikt- und Streitcharakters vom politischen Leben abwenden, muß akzeptiert und gelernt werden, daß die Konfliktaustragung notwendig ist und daher eine "Erziehung zur produktiven Konfliktfähigkeit" (v. KROCKOW zitiert nach SCHIELE 1988, S. 73) erfordert. Politische Harmoniebedürfnisse sind unbefriedigend.

Vor dem Hintergrund des Konflikt-Begriffes nach Siegfried SCHIELE (MICKEL/ZITZLAFF 1988, S. 72ff.) muß festgehalten werden: Konflikte sind vorhanden und durchsetzen die Gesellschaft in einem Staat - auf diese Konflikte wird hier nicht weiter eingegangen, obgleich auch sie für die Sicherheit von Bedeutung sind. Ferner gibt es Konflikte der Staaten untereinander. Gestritten wird um die Durchsetzung von permanenten oder nur punktuellen Interessen, die offen oder verdeckt sein können. Damit ist ein stetes Konfliktpotential existent. Dieses führt entweder zu einem Konflikt mit offener Austragung oder begünstigt Faktoren, die einen Konflikt ermöglichen (THOSS 1984, S. 21).

Die sich daraus ergebende "sicherheitspolitische Planung wird in Zukunft durch eine zunehmende Analyseabhängigkeit ... bestimmt sein" (NERLICH 1992 a, S. 27). Und genau hierzu kann die Politische Geographie einen maßgeblichen Beitrag leisten.

Schema: Analysemodell



Quelle: PFETSCH 1991

Schema: Analysemodell

Faktoren, die einen Konflikt und damit Unsicherheiten ermöglichen, sind enthalten in dem jüngst von PFETSCH 1991, S. 262 vorgestellten Konfliktsimulationsmodell KOSIMO, wo es bei den Gegebenheiten am Anfang eines Konfliktes - also bei den Konfliktursachen - um "Positionsdifferenzen" geht. Gemeint sind menschliche Interessen an Territorien, Grenzen, Bodenschätzen und anderem. Vielfach sind dies aber geographische Inhalte - Geo-Fak-toren -, so daß die Politische Geographie zur Basis-Analyse vor dem Konfliktausbruch aufgefördert ist.

Präzise ist diese durchzuführen im Rahmen der von NERLICH 1992a, S. 37, vorgeschlagenen "Konstellationsanalyse", in die auch die geographischen Beiträge einfließen: "Rahmenbedingungen, Wirkungszusammenhang von internationalen Langzeittrends und Binnenentwicklungen, Grundtendenzen" usw. Hier muß und kann der Geograph Aussagen machen zum Konfliktpotential in einem geographischen Faktor. Gemeint sind die sich aus ihm ergebenden Möglichkeiten von Interessen.

Dies gilt etwa für Ethnien und deren Kulturen: "Jede Kultur ist zunächst ethnozentrisch, d.h., sie stellt ihre Identität durch Abgrenzung von anderen Kulturen her. Kulturelle Identität bedeutet als Selbstvergewisserung die Betonung des Unterschieds" (NICKLAS/OSTERMANN 1993, S. 66). Interessen ergeben sich auch aus "Loyalitäten": "die Zugehörigkeitsgefühle von Menschen zu Gruppen, territorialen Einheiten oder ethnischen, kulturellen oder religiösen Gemeinschaften..." (ebenda, S. 67).

So wie hier die geographische Systematik von SCHWIND stets enthalten ist, so zeigt sich auch umgekehrt in der Analyse von Kriegen und Kriegsursachen deren Typologie nach geographischen Kategorien: "Minderheitenkonflikte, Territorialkonflikte, Religionskonflikte, Ressourcenkonflikte" ... (BOMSDORF 1992, S. 339-345) - ein Ansatz, der insbesondere von GANTZEL/MEYER-STAMER 1986 gepflegt wurde.

Die Benennung der "Ursprungskriterien", "unter denen ein Konflikt ausbrechen kann" (NERLICH 1992b, S. 277), ist wesentlicher Bestandteil der geographischen Analyse. Es wird somit evident, daß die Geographie immer am Anfang der Untersuchung steht: sie liefert mit Daten und Informationen ("um die Bewertungskomponente erweiterte Daten") auch die "Signale zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen" (VETSCHERA/SMUTEK-RIEMER 1992, S. 287ff.).

Aufgabe der Geographie kann es dabei aber nicht sein, die Träger der Interessengruppen zu nennen, die Personen und ihre Denkweisen vorzustellen, Machtstrategien aufzuzeigen oder politische Taktiken aufzuspüren. Da sich diese Interessen und ihre Strategien nicht mehr der "Raumwirksamkeit und Raumabhängigkeit" im gestalterischen Sinne zuordnen lassen, sind hier die Nachbarwissenschaften gefordert: Politik- und Sozialwissenschaft. Gleichwohl kann der Geograph Stellung beziehen zu den Problemen und den Lösungsansätzen - RATTER/SANDNER 1993 haben hierzu jüngst einen überzeugenden Beitrag geleistet.

4. Ergebnis

Es ist nicht neu, in welchem Umfang geographische Faktoren Einfluß haben auf Sicherheit, Stabilität und Konfliktpotentiale in Staaten, in Regionen und auf der ganzen Erde. Bei den vorangegangenen Überlegungen konnten andere globale Herausforderungen wie Bevölkerungswachstum und Umweltfragen nicht berücksichtigt werden. Wichtig ist gleichwohl, daß auch der Geograph mit seinen wissenschaftlichen Methoden, mit seiner landes- und länderkundlichen Kenntnis und seinem Wissen einen nüchternen Beitrag zum Verständnis der Dinge leisten kann, soll und muß.

Der staatengeographische Ansatz nach SCHWIND und dessen Systematik, gekoppelt unter dem Aspekt "globale Sicherheit" bietet eine Möglichkeit, die politischen Antworten zu verstehen, die Staaten und Staatengruppen geben, um ihre Existenz, ihre Souveränität und ihre Wohlfahrt zu sichern. Darüberhinaus nennt sie in ihrer Analyse aber auch die Herausforderungen, die in Konflikten enthalten sind. Die Geographie kann den Informationsbedarf decken, der sich für die Sicherheitspolitik im nationalen wie im globalen Verständnis ergibt.

Diese Verbindung von Staatsgeographie und sicherheitspolitischem Denken sollte als Teil eines modern angewandten geographischen Konzeptes verstanden werden, das im Rahmen der Aufgabe der Geographie, Leistungen und Denkanstöße zur politischen Bildung erbringt, nicht Handlungsanweisungen für Politiker gibt, sondern Interessen und politisches Handeln verständlich und einsehbar macht.

Die heutige Geographie über Konflikte und deren Ursachen nennt die Herausforderungen für Frieden und Sicherheit. Sie ist nicht wie die alte Geopolitik eine Aufforderung zum "Kampf um Lebensraum". Die moderne Politische Geographie bietet Basis-Hilfen zum Verstehen von Konflikten und von Sicherheitsanstrengungen, wie sie für die Friedenssicherung notwendiger denn je sind.

Es muß darum gehen, Ursachen von Gefahren zu verstehen, um sie im Rahmen des Konfliktmanagements beherrschen zu können: Sicherheit und Frieden sind ein menschliches Bedürfnis und Werte-Ziel.

Summary

According to BOESLER political geography besides spatical effectiveness is also investigating spatial dependence of political action. The latter according to TOYNBEE is to be understood as Challenge.

Using the state-geographical systematics of SCHWIND we have the possibility to analyse the challenges to the outward security of states in such a way that answers can be found wich are related to foreign and security policy.

But by these political-geographical means it is also possible to record the potential for conflict - not only for states - but also for spaces and regions all over the world. This is necessary in so far as at the beginning of conflicts and crises there will exist different interests in geographical facts. To describe these is a valuable contribution of political geography in investigation the reasons for peace and conflicts. Thus the contribution of geographiy in the field of political education as well as in the endeavours towards the solution of conflicts is very important.

Literatur

- BADURA, P.: Staatsrecht - Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. München 1986.
- BOESLER, K.-A.: Politische Geographie. Stuttgart 1983.
- BOESLER, K.-A.: Politische Geographie - Einführung und ausgewählte Probleme. Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie 35 (1991) H. 1, S. 49-68.
- BOESLER, K.-A.: Die Behandlung der äußeren Sicherheit in der Politischen Geographie. In: 49. Deutscher Geographentag Kurzfassungen der Vorträge. Bochum 1993, S. 153-155.
- BOMSDORF, F.: Krisen- und Konfliktmöglichkeiten in der früheren Sowjetunion. In: HEYDRICH u.a. [Hrsg.] a.a.O., S. 331-350.

- BRILL, H.: Geopolitik und Geostrategie - Aufgaben sicherheitspolitischer Forschung - Plädoyer für eine Wiederbelebung. In: Österreichische Militärische Zeitschrift (1993) H. 5, S. 393-398.
- BUCHBENDER, O. und H. BÜHL und H. QUADEN, H.: Sicherheit und Frieden Handbuch der weltweiten sicherheitspolitischen Verflechtungen: Militärbündnisse, Rüstungen, Strategien, Analysen zu den globalen und regionalen Bedingungen unserer Sicherheit. Herford 1983.
- DENECKE, D.: Historisch-Siedlungsgeographische Forschungsansätze der Betrachtung räumlicher Prozesse, Systeme und Beziehungsgefüge. In: DENECKE, D. und K. FEHN [Hrsg.]: Geographie in der Geschichte. Stuttgart 1989, S. 51-71.
- ELSNER, F. [Hrsg.]: Neue Herausforderungen an die Sicherheitspolitik des vereinten Deutschland. Mainz/München 1992. (Studienhaus Wiesneck, Schriftenreihe zu Zeitfragen der politischen Bildung, Bd. 4).
- FREI, D.: Die Entstehung eines globalen Systems unabhängiger Staaten. In: KAISER, K. und H.-P. SCHWARZ [Hrsg.]: Weltpolitik: Strukturen Akteure - Perspektiven. Bonn 1985, S. 19-30. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 217).
- GALTUNG, J.: Friedensforschung in Deutschland: Stagnation oder Erneuerung? In: GALTUNG, J., D. KINKELBUR und M. NIEDER [Hrsg.]: Gewalt im Alltag und in der Weltpolitik. Münster 1993, S. 41-58.
- GANTZEL, K. und J. MEYER-STAMER, J. [Hrsg.]: Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1984 - Daten und erste Analysen. München/Köln/London 1986. (Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Diskussionsbeiträge, Bd. 34).
- HEYDRICH, W., J. KRAUSE, U. NERLICH, J. NÖTZOLD und R. RUMMEL [Hrsg.]: Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente. Baden-Baden 1992.
- INTERNATIONALE GEOGRAPHISCHE UNION, Kommission Geographische Erziehung [Hrsg.]: Internationale Charta der Geographischen Erziehung. 1992.
- LACOSTE, Y.: Geographie und politisches Handeln - Perspektiven einer neuen Geopolitik. Berlin 1990.
- MAULL, H.W.: Strategische Rohstoffe - Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit des Westens. München 1988.
- NAUMANN, K.: Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch. Berlin 1994.
- NERLICH, U.: Möglichkeiten und Probleme einer Konstellationsanalyse als Grundlage künftiger sicherheitspolitischer Planung. In: HEYDRICH u.a. [Hrsg.] a.a.O., S. 23-76 (1992 a).
- NERLICH, U.: Militärisch relevante Gefahren in künftigen Konstellationen. In: HEYDRICH u.a. [Hrsg.] a.a.O., S. 257-286 (1992 b).
- NICKLAS, H. und _ OSTERMANN: Friedensfähigkeit - Aspekte der bisherigen friedenspädagogischen Diskussion und Perspektiven für die Zukunft. In: GALTUNG u.a. [Hrsg.] a.a.O., S. 59-70.
- PALASCHEWSKI, Th.: Geographie und Sicherheit - Herausforderungen und Antworten für den Frieden. Regensburg 1989.
- PALASCHEWSKI, Th.: Geographie und Sicherheitspolitik - Überlegungen zu einer Angewandten Politischen Geographie für Sicherheitspolitik. In: Standort 16 (1992) H. 4, S. 6-8.
- PFETSCH, F.R.: Internationale und nationale Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Politische Vierteljahresschrift 32 (1991) H. 2, S. 258-285.
- RATTER, B. und G. SANDNER [Hrsg.]: Territorialkonflikte im Karibischen Meeresraum - Interessenhintergründe, Stilformen und Lösungsansätze. Hamburg 1993.
- SCHIELE, S.: Konsens und Konflikt. In: MICKEL, W. und D. ZITLAFF [Hrsg.]: Handbuch zur Politischen Bildung. Bonn 1988, S. 72-76. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 264).

- SCHWARZ, H.-P.: Der Faktor Macht im heutigen Staatssystem. In: KAISER/SCHWARZ [Hrsg.] a.a.O., S. 50-73.
- SCHWIND, M.: Allgemeine Staatengeographie. Berlin/New York 1972.
- STERN, K.: Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland. München 1980. (Bd. II).
- STIGLBAUER, K.: Die Kulturregionen Europas. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft. Wien 1992, S. 93-114. (Bd. 134).
- THOSS, R.: Potentialfaktoren als Chancen selbstverantworteter Entwicklung der Regionen. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 1/2, S. 21-27.
- VETSCHERA, H. und A. SMÜTEK-RJEMER: Signale zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen am Beispiel der Entwicklung zur Jugoslawienkrise. In: HEYDRICH u.a. [Hrsg.] a.a.O., S. 287-330.
- WEISSBUCH zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr. Bonn 1994.

Dr. Thomas Palaschewski
Sommerfelder Weg 45
D-04329 Leipzig

Der Raum als Kategorie des Politischen. Die Zukunft des Territorialstaats

Raum ist ein Kraftfeld menschlicher Energie, Aktivität und Leistung. Raum gewinnt erst seine Bedeutung durch menschliches Tun. Raum als Raum ist zunächst eine neutrale Kategorie; erst menschliche Aktivität bestimmt, was Raum ist und bedeutet; und dieser Vorgang der Bewertung wird ähnlich der monetären Wertzuweisung an bestimmte Metalle kollektiv vollzogen; so wie das Gold oder ein Papierschein durch Konvention zu Geld wird, wird Raum durch Kampf oder Konvention zum Territorialstaat; die völkerrechtliche Fixierung dieses Vorgangs führt zu den Begriffen Souveränität, nationale Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Nichteinmischung etc.

Es gibt so ziemlich ein Dutzend wissenschaftlicher Raumbegriffe: In der Physik existiert das elektro-magnetische Feld, in der Mathematik der Vektorraum, in der Ökonomie spricht man von Wirtschaftsraum, die Astronomie kennt den Weltraum, Architekten sprechen vom Wohn-, der Biologe vom Lebensraum, die Verwaltungswissenschaft teilt Raum in Gebietskörperschaften ein usw. Zurecht beginnt in der Geschichtswissenschaft mit einem neuen Raumbegriff auch eine neue Geschichtsperiode: die Neuzeit beginnt mit der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus und der Vorstellung der Welt als Globus durch Kopernikus.

Je nach Lebensverhältnissen erhält der Mensch von Raum ein bestimmtes Bewußtsein: ein Großstädter denkt den Raum anders als ein Bauer; Bergvölker haben ein anderes Verhältnis zur Welt als Küstenbewohner. Die Raumvorstellungen haben sich durch technische Erfindungen der Kommunikation im Laufe der Menschheitsgeschichte gewandelt: man darf von kleinen eng begrenzten Besiedelungen ausgehen, die sich ständig erweitert haben zu Gemeinden, Stadtstaaten, Nationalstaaten, Kolonial- bis zu Weltreichen; diese Entwicklung ist nicht linear verlaufen, sondern zeigt parallel aber in relativ abgeschlossenen Territorien koexistierende Vergemeinschaftungen. Die griechischen Stadtstaaten existierten zeitgleich zum chinesischen Kaiserreich, der Städtebund der Hanse existierte neben dem Kaiserreich christlicher Nation, das osmanische Großreich zur gleichen Zeit wie die absolutistischen Fürstenstaaten.

Die Besiedelung neuer Gebiete erfolgte vom Meer, vom Fluß, von den Küsten und den Flußadern her. Die Hansestädte haben Zugang zum Meer, die Haupt- und Großstädte Washington, New York, Sydney, Canberra liegen in Küstennähe, die alten Städte des Zweistromlandes Babylon und Uruk oder die des Nils Theben und Memphis liegen an Flüssen; europäische Hauptstädte wie London, Paris oder Berlin sind an Flußadern angebunden. Die von hier ausgehende Erschließung auch der inneren Gebiete ist bis heute nicht abgeschlossen. Die Verlagerung der Hauptstadt von Rio de Janeiro nach Brasilia, die Absicht, Buenos Aires ins Landesinnere zu verlegen z.B. hat mit der Erschließung vom Meer zum Land zu tun.

Land, Meer, Weltraum

Der Raum hat eine örtliche Gliederung. Nach der territorialen Eroberung und Besiedelung außerhalb Europas liegender Gebiete (Kolonialismus, Imperialismus) sind in neuerer Zeit die Meere wichtiger geworden u.z. nicht nur als Schifffahrtswege oder wegen des Fischreichtums, sondern auch wegen der mineralischen Vorkommen. Entsprechend der in der Zeit sich verändernden Bedeutung ökonomischer Ressourcen hat sich auch das Seerecht verändert vom Gemeinbesitz aller (*mare liberum*), bis die UN-Meeresbodenkonferenz die staatlichen Souveränitätsrechte ausgeweitet und den Meeresboden zum "gemeinsamen Gut der Menschheit" erklärt hat.

Der Weltraum schließlich als die neben Land und Meer dritte große räumliche Dimension hat durch die Fortschritte der Weltraumtechnologie auch an wirtschaftlicher, politischer und militärischer Bedeutung zugewonnen. Das Kosmonautenprogramm der Sowjets, das Mond- und das SDI- Programm der amerikanischen Administrationen, all diese Programme beziehen den Weltraum in ihre politischen, technologischen und militärischen Vorhaben ein.

Der Raum in der Politik

Das Territorium, die Landfläche, gehört zu den originären Formen, auf die sich organisierte Gemeinschaftsbildung bezieht. Der Nationalstaat als die noch immer wichtigste Organisationsform des Politischen ist zugleich Territorialstaat, aber nicht jeder Territorialstaat ist Nationalstaat im ethnisch-kulturellen Sinne, ja nicht einmal in zehn Prozent der Fälle staatlich organisierter Gemeinwesen fallen Territorium und Nation zusammen.

Politisch ist nicht die absolute Größe eines Territoriums von Bedeutung, sondern die darin befindlichen Quellen des Reichtums. In die Einschätzung politischer Macht eines Staates geht selten das Territorium als bloß Landfläche ein, es sei denn, es liegt in strategischer Position. Dies hat schon der Kronprinz Friedrich, den man später den Großen nennen wird, erkannt, als er in seinem *Antimachiavell* 1739 schrieb: "Die Stärke eines Staates liegt beileibe nicht in der Ausdehnung des Territoriums und auch nicht in dem Besitz eines weiten Ödlands oder einer ausgedehnten Wüste, sondern im Wohlstand seiner Bewohner und ihrer Anzahl... ein arbeitsamer Fürst läßt in seinen Ländern alle Künste und Wissenschaften erblühen, durch die sie dann mächtiger und kulturvoller werden" (Friedrich der Große: 1991, S.20,78). Friedrich setzt sich in dieser Schrift mit Machiavelli auseinander und mit dessen Ansicht, daß die Eroberung von Ländern durch einen Fürsten nur dem Ziel diene, seine Macht zu vergrößern und gefürchtet zu werden. Der Kronprinz entgegnet, daß gerade das Gegenteil eintrete, nämlich daß der Fürst durch solche Eroberungen sich selbst ruiniere; ein ausgeplündertes und entvölkertes Land könne nicht mächtig machen und würde nicht reiche Städte, Häfen voller Schiffe und fleißige Bürger ersetzen. Die späteren Untersuchungen über Kolonien bestätigen diesen Sachverhalt. In den meisten Fällen haben die Kolonien den Kolonialmächten mehr gekostet als Erträge erbracht. Allerdings waren diese Einsichten des aufkläreri-

schen und unter dem Einfluß von Voltaire stehenden Kronprinzen nicht diejenigen, die den König von Preußen in seinem Handeln bestimmt haben. Kaum nämlich hatte der Kronprinz seine Schrift zum Antimachiavell fertiggestellt, mußte er nach dem Tod seines Vaters das Thronerbe antreten. Noch im gleichen Jahre fiel er mit seinen Truppen in Schlesien ein. Die Schrift wurde zurückgezogen, und in seinem Politischen Testament von 1752 gibt er sich als machiavellistischer Politiker zu erkennen (Friedrich der Große: 1974).

Mit dem Aufkommen von Gewerbe und Industrie nahm die politische mit der wirtschaftlichen Bedeutung von Ländern zu. Wirtschaftlich wurden Gebiete in dem Maße interessant, als sie für die Industriestaaten entweder als Rohstofflieferanten oder als Absatzmärkte für Fertigprodukte dienten. Brasilien gibt dazu ein anschauliches Beispiel. Der Schriftsteller Stefan Zweig hat in einem seiner letzten Werke in seiner Wahlheimat Brasilien beschrieben, wie die von der Metropole Portugal bestimmten Gebrauchs- und Geschmackszyklen die Besiedelung des Landes bestimmt haben. Die Konjunktur des Goldes, Zuckers, Kakaos, Tabaks, der Baumwolle und der Erze haben von außen angegeben, wo Enklaven des Wohlstandes entstanden sind. Die Nachfrage nach Kautschuk hat Manaus ein europäisches Opernhaus mit Caruso-Aufführungen beschert. Als dann im Ersten Weltkrieg die synthetische Gummi-Herstellung gelang, erlahmte die Kautschukgewinnung und das Gebiet verarmte.

Landbesitz gehört zu den mythischen, ursprungsgebundenen Formen mit affektiver Bedeutung. Mit der Grenzziehung mittels eines Pfahles, der in die Erde geschlagen wird, beginnt bekanntlich nach Rousseau das Eigentum als die "wahre Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft" (J.J. Rousseau: 1977, S.81). Durch größtmöglichen Landbesitz glaubten Großgrundbesitzer reich zu werden, Potentaten ihre Macht zu vergrößern, Imperialisten ihre Herrschaft zu erweitern etc. Mit der Größe von Landbesitz wird also Reichtum, Macht und Herrschaft angezeigt. Von früh an waren aber Land und Reichtum miteinander verknüpft; um reiche Länder wurde gekämpft, nicht um arme; je nach dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung waren fruchtbare Gebiete, rohstoffreiche Gebiete, gewerblich hochentwickelte Gebiete die begehrten Objekte des Besitzes; im Zuge der Entwicklung des Welthandels und dem Aufbau von Kolonialreichen kam dann die strategische Lage hinzu. Territorialität hat Auswirkungen auf die Entstehung von Staaten und menschliche Gemeinschaften, auf die Mentalität, auf das Konfliktverhalten, auf die Wirtschaftsbeziehungen.

Die Ressource 'Land' gehört zu den ersten ursprünglichen Gütern, auf die sich Besitz- und Habgier gerichtet haben und um die sich Stämme und Staaten gestritten haben. Auseinandersetzungen um Territorien gehören zu den klassischen Konflikten, die auch noch für die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts ihre Bedeutung bewahrt haben. Bei den meisten Konflikten nach 1945 waren Territorialstreitigkeiten mit im Spiel (vgl. Pfetsch/Billing: 1994, S.168). Der Drang, ein bestimmtes Land zu besitzen, hängt neben dem nationalen Prestige von Faktoren wie Fruchtbarkeit, Klima, Reichtum an Bodenschätzen, geostrategische Lage, d.h. militärische Bedeutung für Dritte etc. ab, die ein Land erst begehrlich erscheinen lassen. Die Geschichte von Staaten ist zugleich eine Geschichte ihrer ökonomischen Bedeutung, die neben Rohstoffen auch auf anderen

Faktoren beruhen kann (z.B. Industrialisierungsgrad, qualifizierte Arbeitskräfte, Humankapital etc.).

Das Territorium gewinnt somit Bedeutung nur in seiner Funktion als Quelle von Reichtum, von politischer oder militärischer Macht. Geostrategische Orte wie Aden, Gibraltar oder Suez, neurgalische Punkte wie z.B. Berlin können vitales Interesse für Weltmächte erlangen etc.

Territorium und Sicherheit

Die territoriale Erschließung hatte immer auch zu tun mit der Abgrenzung Dritten gegenüber und der Sicherung vor anderen. Die Geographie entscheidet mit über die Bedrohung von außen: Mittellagen sind bedrohter als periphere Regionen, Staaten mit vielen angrenzenden Nachbarstaaten zeigen ein höheres Konfliktpotential als Staaten ohne Grenzen, Insellagen sind sicherer als zentralkontinentale Lagen; sie entscheidet aber auch über die Reichweite von Beherrschbarkeit: die Militärmacht von Staaten nimmt im allgemeinen mit der Entfernung ab (Boulding, K.E.: 1962: Conflict and Defense. N.Y) und erhöht das Risiko eines Angriffs (Modesto Seara Vázquez: 1973, S. 547).

Raum wird somit zum Konfliktfaktor; Land, Meer und Luft werden in politischen Doktrinen zur Interessenssphäre erklärt und bleiben keine geographisch neutralen Größen. Sogenannte "mental maps" grenzen Räume nach Interessenssphären ab. Räume werden nach der Reichweite militärischer Mittel ausgemessen und zur nationalen Interessenssphäre erklärt.

Raumtheorien versuchen Erklärungen für militärische Bedrohung zu geben: nach der "Theorie der Einflußbereiche" nimmt die Bedrohung mit der Entfernung zum Bedrohenden ab, nach der "Theorie der Nachbarschaft" erhöht die geographische Nähe potentieller Konfliktstaaten die Wahrscheinlichkeit von Konflikten. Die "Distanztheorie" erklärt Unsicherheiten und damit Kriege aus der politischen, ökonomischen etc. Asymmetrie der Gesellschaften. Die "Theorie der Einflußzonen" unterstellt, daß ein Übergriff in den Einflußbereich eines andern mit hohem Risiko verbunden ist. Geopolitische Ansätze sehen vor allem in der Auseinandersetzung eines Volkes mit seinen geographischen, räumlichen Gegebenheiten, seinem Streben nach territorialer Erweiterung und den hieraus sich ergebenden Konflikten mit den Nachbarnationen die Ursache für kriegerische Gewalthandlungen. Sicherlich spielt die politische Geographie, d.h. Lage, Beschaffenheit, Größe und Umfang, verkehrsmäßige Erschließung etc. gebietsmäßiger Gegebenheiten im Zeitalter territorialer Erschließung, bei Kolonialismus und Imperialismus eine Rolle; doch sind im Zeitalter begrenzter und staatlich besetzter Gebiete Landgewinne kaum politisch wichtige Ziele, es sei denn sie gewinnen durch ethnische Zugehörigkeit oder durch wirtschaftliche Güter eine Bedeutung. Zu einseitig wird von der Größe eines Landes auf Mentalitäten ("weiträumige Völker haben einen optimistischen Zug") oder auf Verhaltensweisen ("die häufigsten und dauerhaftesten Kriegszustände entstehen auf dem Boden der Klein- und Mittelstaaten") geschlossen. Die neuere politische Geographie überschreitet physische Grenzen und entwirft mentale Landkarten politisch (nicht territorial) beanspruchter Einflußbereiche. Kleine Staaten, so

hat Montesquieu argumentiert, seien eher von außen bedroht als große, und nach Bodin sind kleine Staaten öfter von Krisen geschüttelt als große. Territoriale Größe von Staaten scheint kein ausschlaggebender Faktor für kriegerische Verwicklungen zu sein, denn sonst müßten kleinere Staaten öfter Opfer (Angegriffene) sein als große. Zwar ist es immer wieder vorgekommen, daß kleinere Staaten von größeren angegriffen (Belgien von Deutschland, Finnland von der Sowjetunion) oder annektiert (Kuwait durch den Irak) worden sind. Doch daraus ein Gesetz zu konstruieren wäre voreilig; die Schweiz, wie im übrigen auch die anderen Kleinstaaten in Europa, konnte sich jahrhundertlang behaupten. Territoriale Größe muß im übrigen in Relation zum zentralen Staatensystem gesehen werden: England ist zwar groß verglichen mit Belgien oder Holland, aber klein verglichen mit den USA oder der UdSSR und war trotzdem jahrhundertlang Großmacht; dies heißt, daß Größe nicht automatisch auch Stärke bzw. Schwäche bedeutet. Das zweite Argument, nämlich das der größeren Anfälligkeit für innere Wirren, ist insofern nicht überzeugend, als Großreiche, wie die frühere Sowjetunion, große Mühe hatten, den nationalen Verband zusammenzuhalten und schließlich auseinanderfielen und heterogene kleinere Staaten wie die Schweiz, Belgien oder auch Spanien mit Erfolg Autonomiebestrebungen gemeistert haben.

In neuerer Zeit (wieder) wichtiger geworden sind Bedrohungsvorstellungen, die sich nur mittelbar über Territorien herstellen und sich auf die Identität einer bestimmten Volksgruppe beziehen. In vielen Staaten der Erde fühlen sich Minoritäten diskriminiert und ringen daher um mehr Eigenrechte, die ihnen von einer Zentralregierung strittig gemacht werden. Die zahlreichen ethnischen, religiösen Selbständigkeitsbestrebungen sind Resultat solcher Bedrohungsvorstellungen. Den verschiedenen Volksgruppen geht es dabei um Forderungen nach kultureller, religiöser, ökonomischer, sozialer, politischer Gleichstellung oder zumindest Nicht-Diskriminierung. Besonders intensiv werden ethnische Konflikte da ausgetragen, wo wie in Bosnien die Ansiedelung von Volksgruppen über das ganze Gebiet gestreut ist und über sogenannte ethnische Säuberungen Territorium und Ethnie mit Gewalt zur Deckung zu bringen versucht wird.

Territorium und Nationalstaat

Mit Ausbildung des Nationalstaates geht einher die Vorstellung von der souveränen Verfügung des Fürsten über Territorien und Bevölkerungen. Die *absolutistische Souveränität* wurde, legitimiert durch das Gottesgnadentum, zum ersten Mal und grundsätzlich neu formuliert von Jean Bodin (1530-1596), der in seinen "Six livres de la Republique" ausführte: "La souveraineté est la puissance absolue et perpetuelle d'une Republique". Nach Bodin gehört zu den Kompetenzen der obersten fürstlichen Gewalt, Gesetze zu machen und aufzuheben, Entscheidung über Krieg und Frieden zu treffen, das Recht der letzten Instanz zu besitzen, ferner das Ernennungs- und Ablehnungsrecht von Beamten, das Besteuerungsrecht, das Begnadigungsrecht, das Münzrecht, die Festsetzung des Geldwertes, das Recht auf Treueeid der Untertanen und Vasallen.

Mit der französischen Revolution beginnt ein anderer Souveränitätsbegriff Fuß zu fassen, nämlich der auf dem "Willen des Volkes" beruhende Begriff der *Volkssouverä-*

nität, vorgedacht von Jean-Jacques Rousseau (1712-1778); nicht mehr der souveräne Fürst ist Träger, sondern das Volk. Schon im 17. Jahrhundert hat Johann Althusius (1557-1638) die *maiestas*, also die oberste Staatsgewalt, beim Volk angesiedelt. Das Prinzip der Volkssouveränität wurde zur Waffe der Revolution: die Restaurationspolitiker Fürst Metternich und Friedrich Gentz sahen in der Volkssouveränität die Wurzel des revolutionären Übels (Innenaspekt) und der Störung des europäischen Gleichgewichts (Außenaspekt). Das Souveränitätsprinzip kennt also zwei verschiedene politische Träger: als Volkssouveränität ist es Emanzipationswaffe gegen absolute Herrschaft und für die Unabhängigkeit junger Nationen bzw. sich von Vorherrschaft lösen wollende Staaten; als monarchische Souveränität dient es als Herrschaftsinstrument zur Stabilisierung des *status quo*.

Ein dritter Souveränitätsbegriff wird mit Hegel, Ranke und von Giercke eingeführt, die von der *Staatssouveränität* sprechen. Der Staat wird als Verband definiert, das Volk in ihm erhält repräsentative Vertreterorgane. Die innere Souveränität meint die oberste Entscheidungskompetenz gegenüber den Staatsbürgern, die äußere Souveränität die Entscheidungsfreiheit gegenüber anderen Regierungen. Beide sind in neuerer Zeit in westlichen Demokratien erheblich eingeschränkt worden.

Das Territorium in der Außenpolitik: Einflußsphärenpolitik

Die Großmächte der neueren Zeit haben außenpolitische Doktrinen formuliert, die räumlich gedachte Einflußbereiche festlegten. Außenpolitische Doktrinen formulieren Einflußzonen, die über die Nationalstaatsgrenzen hinausreichen und von einem anderen respektiert werden sollen; sie stecken sozusagen gegenüber einem rivalisierenden Gegenüber ein bestimmtes Revier ab, das von diesem nicht betreten oder zumindest respektiert werden soll. Eine solche territoriale Abgrenzungsstrategie zwischen Eigenem und Fremden, zwischen Feindbild und Gruppenidentität scheint eine anthropologische und sozialpsychologische Konstante zu sein, die sicherlich mit Realitätsbezug, aber apodiktisch von Carl Schmitt als Kern des Politischen erkannt worden ist. Dabei ist dieses Prinzip in der internationalen Politik nicht nur territorial gedacht worden, sondern erstreckt sich unter Berufung auf höhere und moralisch bessere Werte auch auf geistige Räume. Im Hinblick auf das auszugrenzende Territorium erstrecken sich Doktrinen damit nicht nur auf ein eng begrenztes Ziel, auf nur einen Staat, sondern beziehen sich auf eine Region oder erheben gar universalen Anspruch. Präsident Monroe bezieht sich explizit auf die "amerikanischen Kontinente", die Stimson-Doktrin von 1899 auf China als "sphere of influence" bzw. "sphere of interest", Präsident Polk auf den "Nordamerikanischen Kontinent", Präsident Roosevelt 1905 explizit auf Santo Domingo, Truman bezieht sich explizit auf Griechenland und die Türkei, Eisenhower auf den Mittleren Orient, Johnson in seiner Lateinamerikarede auf die Dominikanische Republik, Präsident Carter reklamiert die Golfregion als zum amerikanischen Einflußbereich gehörig; gemeinsam war allen, in den verschiedenen Regionen der Welt die europäische Vorherrschaft zu brechen bzw. die kommunistische Expansion zu verhindern oder zurückzudrängen. Sdhanow und Stalin teilen den Globus in zwei Welten bzw. Lager

ein, wobei das jeweils eigene nicht vom andern in Anspruch genommen werden soll. Bei allen Friktionen an den Nahtstellen der Einflußsphären wurden die Einflußbereiche des jeweils anderen im großen und ganzen auch respektiert; weder sind die USA in Osteuropa einmarschiert, noch die Sowjetunion in Westeuropa, dem Nahen und Mittleren Osten oder in Mittelamerika.

Außenpolitische Doktrinen formulieren ein bestimmtes *nationales Interesse*, das jenseits der eigenen nationalen Staatsgrenze liegt und für eine bestimmte Zeit und z.T. für mehrere Generationen konstant bleibt. Dies ist der Unterschied zu völkerrechtlichen Abmachungen, die im gegenseitigen Interesse abgeschlossen werden. "Vitale" oder "legitime" Interessen gilt es zu verteidigen oder zu fordern. Nach außen und an einen bestimmten Adressaten gerichtete Botschaften werden transportiert; solche nationalen Interessen können sich beziehen auf bestimmte *Werte* ("Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", "Demokratie", "westliche Wertegemeinschaft", "Freie Welt", "Prosperität", "sozialistische Bruderstaaten" etc.), *Territorien* ("Freiheit der Meere", "Lebensraum", arabisch-islamische Welt etc.) oder *politische Grundsätze* ("Open Door", "Nichtanerkennung" etc.).

Ist die territoriale Souveränität anachronistisch geworden?

Heute legt die vielfältige Durchbrechung des Souveränitätsprinzips sowohl nach innen als auch nach außen nahe, den Begriff der Souveränität für eine sozialwissenschaftliche Analyse zu ersetzen durch den Begriff der Unabhängigkeit bzw. durch den des Handlungsspielraums oder der Handlungskompetenz, ggf. auch durch den Begriff der Autonomie.

Nach innen sind im demokratischen Verfassungsstaat die Kompetenzen auf verschiedene Staatsorgane verteilt, das Volk partizipiert in organisierter und nicht organisierter Weise am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß. Die Volks- oder Abgeordnetensouveränität, in vielen Verfassungen formuliert, ist eine Fiktion. Darüberhinaus kann der eher juristische Begriff der Souveränität nicht operationalisiert und somit nicht empirischer Forschung zugeführt werden.

Die Souveränität *nach außen* wird durch zahlreiche Gegebenheiten durchbrochen, nämlich durch

- internationale Wirtschaftsverflechtungen; die gesteigerte Produktivität industrieller Fertigung verlangt nach größeren Märkten und damit nach Abbau von Symbolen nationaler Souveränität wie Zöllen, Kontingenten, Subventionen und ähnlichen Handelsschranken;
- die zunehmende Bedeutung transnationaler nicht-staatlicher Beziehungen, die am Nationalstaat klassischen Zuschnitts vorbeigehen;
- zwischenstaatliche Integration, die wie im Falle der Bundesrepublik eine Abgabe an Regelungskompetenz bedeutet (vgl. GG 24,1);
- Souveränitätsforderungen junger Staaten, die den Aktionsradius der bisher führenden Mächte einschränken;

- das UN-Prinzip der "sovereign equality of all its members" (Charta Art. 2,1), wonach die tatsächliche Stärke einzelner Staaten eingeebnet worden ist;
- den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, was einem Schutz nationaler Regierungsbefugnis gleichkommt;
- den Völkerrechtsgrundsatz, wie er in Art. 1a der KSZE-Schlußakte festgelegt ist: "Die Teilnehmerstaaten werden gegenseitig ihre souveräne Gleichheit und Individualität sowie alle ihrer Souveränität innewohnenden und von ihr umschlossenen Rechte achten...";
- kollektive Sicherheitsbündnisse, die die nationale Sicherheit einem Kollektivorgan überträgt und - wie im Falle des Warschauer Paktes - ein Eingreifen auswärtiger Streitkräfte legitimieren;
- die Durchlässigkeit einzelstaatlicher Grenzen z.B. bei Inspektionen, die international verabredet worden sind (KSZE, INF-Vertrag, Friedenstruppen der UNO) etc.;
- die internationale Kriegsächtung (Briand-Kellog-Pakt 1928): das ius ad bellum wird durch Verbot von Angriffskriegen eingeschränkt.

Diese vielfältigen Einschränkungen haben Autoren von einer "anachronistischen Souveränität" (Czempiel) sprechen lassen. Im gegenwärtigen Völkerrecht scheint ein Grundsatz an Boden zu gewinnen, nämlich, daß bei eklatanten Verletzungen von Menschenrechten die Völkergemeinschaft das Recht zur Intervention hat. Menschenrechte sollen also Souveränitätsrechte überlagern können.

Schlußfolgerungen

Hat der Territorialstaat eine Zukunft, haben wir gefragt, und die Antwort muß von Region zu Region unterschiedlich gegeben werden. In der westlichen Industriestaatenwelt hat er seine ursprüngliche Bedeutung durch die Verschiebung von Quellen der Macht unabhängig vom Territorium, durch regionale Zusammenschlüsse und den darin sichtbar werdenden transnationalen Regionalismus eingebüßt; auch die Zunahme transnationaler Beziehungen nicht-staatlicher Akteure hat den Territorialstaat durchlöchert. In den östlichen Transitionsgesellschaften und in der Entwicklungsländerwelt hat der Territorialstaat seine einheits- und ordnungsstiftende Kraft erhalten. Ethnische oder Nationalitätenkonflikte sind zugleich auch Territorialkonflikte. Die Einbeziehung dieser Gebiete in die Wirtschaftszentren des Nordens durch regionale Wirtschaftsabkommen bzw. die regionalen Zusammenschlüsse des Südens sind vielleicht eines Tages in der Lage, diese Konflikte zu disziplinieren und unter Kontrolle zu halten.

Summary

This essay tries to show the role of the territory in politics. Its spacial enlargement and its significance is determined by its economic, military and political function for the

leading powers. Politically, the organization as a national state has linked the territory first to the absolutistic, than to the people's and finally to the state sovereignty. In our days sovereignty has undergone profound changes which modifies the territorial dimension. Nevertheless ethnic conflicts are still very much concentrated on the territory and only regional cooperation may help to overcome nationalistic warfare.

Literatur:

- BODIN, Jean: Les six livres sur la République. Dt.: Sechs Bücher über den Staat. P.C. Mayer-Tasch [Hrsg.]. München 1981. S. 81
- Friedrich der Große: Der Antimachiavelli (Reclam), Leipzig 1991
- Friedrich der Große: Das Politische Testament von 1752. (Reclam) Stuttgart 1974
- MONTESQUIEU, Charles-Louis de: De l'esprit des loix (1748). Paris 1950, 1961. Dt.: Vom Geist der Gesetze. Stuttgart 1980. S. 137
- PFETSCH, Frank R.: Sicherheit als Begriff der internationalen Politik. In: Geographische Zeitschrift, 81. Jg., H. 4, 1993, S. 210-226
- PFETSCH, Frank R.: Außenpolitische Doktrinen als Leitlinien des Regierens. In: H.-H. HARTWICH//G. WEWER [Hrsg.]: Regieren in der Bundesrepublik V. Opladen 1993
- PFETSCH, F.R./BILLING, P.: Datenhandbuch nationaler und internationaler Konflikte. (Nomos) Baden-Baden 1994
- ROUSSEAU, Jean-Jacques: Politische Schriften. Bd. 1 (UTB, Schöningh). Paderborn 1977
- VÁZGUEZ, Modesto Seara: Theorie der Einflußbereiche. In: Festschrift für W. Wengler, Bd. I, Allgemeine Rechtslehre und Völkerrecht. Berlin 1973

Prof. Dr. Frank R. Pfetsch
Institut für Politische Wissenschaften
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Marshallstraße 6
D-69117 Heidelberg

Militärische Altlasten - Aufgabe der Umwelt- und Wirtschaftspolitik

I. Zuständigkeiten bei der Erfassung und Bewertung von Altlastverdachtsflächen

In der Bundesrepublik Deutschland kommt es infolge des internationalen Abrüstungsprozesses unter der veränderten sicherheitspolitischen Lage zu erheblichen Truppenreduzierungen und in deren Folge zum Freizug von bisher militärisch genutzten Liegenschaften. Die Problematik der Militärischen Altlasten ist insbesondere nach der deutschen Einheit zu einem zentralen Thema der Umwelt- und Wirtschaftspolitik geworden. Zu diesem Zeitpunkt wurden in der Bundesrepublik ca. 1 Million ha Fläche militärisch genutzt. Dies entspricht ca. 3% der Fläche Deutschlands und der Größe des Bundeslandes Schleswig-Holstein. Etwa ein Viertel davon entfiel auf die Bundeswehr, die ehemalige Nationale Volksarmee, die sechs westlichen Entsendestaaten und die Westgruppe der ehemals sowjetischen Truppen (WGT). Bei Wegfall des militärischen Bedarfs werden die von der Bundeswehr, den Truppen der NATO oder der alliierten Streitkräfte genutzten Liegenschaften sowie bereits die nicht weiter von der Bundeswehr benötigten Liegenschaften der ehemaligen Nationalen Volksarmee und der WGT in das allgemeine Grundvermögen des Bundes überführt. Es wurden seit 1990 ca. 500 der ungefähr 1.000 Liegenschaften der Alliierten, 1.900 Liegenschaften der ehemaligen NVA (400 werden als struktursichere Liegenschaften der Bundeswehr weiter genutzt) und die 1.026 offiziell genannten Liegenschaften der WGT übergeben.

Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sind hier, wie bei jeder zivil genutzten Fläche, geregelt. Der Bund unterliegt nach Übernahme der Grundstücke, wie jeder private Grundstückseigentümer, der Haftung als Zustandsstörer. Die Grundstücke der WGT sind vom Bund den Ländern zur Übernahme angeboten worden, wobei bis auf Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt jetzt die Bundesländer für die Liegenschaften verantwortlich sind.

Bevor eine bisher militärisch genutzte Liegenschaft für eine zivile Nutzung freigegeben werden kann, muß sie, um ökologische Schäden, Fehlinvestitionen und andere Gefahren auszuschließen, untersucht und - wenn notwendig - gesichert oder saniert werden. Als über den Abzug der WGT verhandelt wurde, wurde von vornherein mit einem erheblichen Altlastenpotential gerechnet und erwartet, daß umgehende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr notwendig sind. Obwohl die generelle Zuständigkeit für die Erfassung, Bewertung und Sicherung bzw. Sanierung von Militärischen Altlasten nach der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung grundsätzlich bei den Ländern liegt, hat der Bundesumweltminister im Frühjahr 1991 im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister die Erfassung und Bewertung von Altlastverdachtsflächen auf den ehemals von der WGT genutzten Liegenschaften in Auftrag gegeben, um die im Aufbau befindlichen zuständigen Landesbehörden zu unterstützen. Mit Vollendung des Abzuges der WGT am 31. August 1994 waren alle 1.026 Liegenschaften mit einer Fläche von 243.000 ha an die Bundesvermögensämter in den neuen Ländern übergeben.

Mit Stand 15. Oktober 1994 waren zahlenmäßig 93% der Liegenschaften untersucht und insgesamt rd. 30.000 Altlastverdachtsflächen ermittelt. Infolge akuter Gefährdungen wurden bis zum 30. November 1994 3.461 Sofortmaßnahmen ausgelöst, davon 435 Maßnahmen mit weiterem Untersuchungsbedarf, d.h. dem konkreten Verdacht auf eine schon erfolgte Boden- bzw. Grundwasserkontamination. Die Kontaminations-schwerpunkte sind Abfälle im weiteren Sinne, d.h. Mineralölprodukte, Hausmüll, Sonderabfälle und Sprengstoffe sowie Munition.

II. Nutzungsarten und Kontaminationsprofile

Die militärisch genutzten Liegenschaften werden in 9 Liegenschaftstypen unterschieden. Die nachstehende Auflistung gibt einen Überblick über die Liegenschaftstypen und die jeweiligen Arten der Liegenschaften.

Liegenschaft		Art der Liegenschaften
1.	Dienst- und Verwaltungsgebäude	<ul style="list-style-type: none"> - Kommandantur/Stab - Handelsorganisation - Wachgebäude - Wirtschaftsgebäude
2.	Truppenunterkünfte	<ul style="list-style-type: none"> - Garnison/Kaserne - Militärobjekt z.B. Techn. Einheit - Kaserne/Wohngebäude/Unterkunft/Wohnung - Offz.-Heim, Kasino - Arrestgebäude - Sommerlager - Grundstück/Hof/Parkanlage
3.	Schul- und Ausbildungszentrum	<ul style="list-style-type: none"> - Schulen - Kulturzentren/Museum - Kindergarten/-heim
4.	Fernmeldeanlagen	<ul style="list-style-type: none"> - Radarstation - Funkstation/Nachrichtenstützpunkt - Funkmeßstation - Kontrollpunkt/Kontrollposten/Feldpost
5.	Flugplätze	<ul style="list-style-type: none"> - Flugplatz/Hubschrauberplatz - Funkfeuer - Raketenstützpunkt/Raketenstellung - Flak-Stützpunkt
6.	Lager/Bunker	<ul style="list-style-type: none"> - Lager (Tank-, Munitions-, Kohle-, Bomben, Raketen) - Außenlager - Werkstattlager, Lagergarage - Lagerobjekt - Bereitstellungsraum - Bunker/Unterstand - Tankodrom - Depots (Fahrzeug-, Munitions-)
7.	Truppenübungs- und Schießplätze	<ul style="list-style-type: none"> - Truppenübungsplatz - Schießplatz/Sicherheitszone

Liegenschaft		Art der Liegenschaften
		<ul style="list-style-type: none"> - Übungsplatz/-gelände/Fahrschulstrecke - Autodrom - Übersetzstellen (Wasser) - Waldgebiete/Freifläche/Bereitstellungsraum - Pionierlager - Verladestelle
8.	Instandsetzungs- und Reparaturwerke	<ul style="list-style-type: none"> - Panzerwerk - Artilleriewerkstatt/Reparaturwerkstatt - Technik-Komplex - Reparatur-Stützpunkt - Betriebsgelände - Garagen/Fuhrpark - Magazin/Arsenal - Kfz-Stützpunkt/Kfz-Lager
9.	Sonstige	<ul style="list-style-type: none"> - Hospital/Krankenhaus/Friedhof - Tierhaltung - Kaufhalle/Militärhandel - Bäckerei, Brotfabrik - Müllkippe - Kläranlage - Labor, Chemie/Wäscherei - Badeanstalt - Betonwerk/Bauhof

Die unterschiedlichen Arten der militärischen Landnutzungstypen der WGT verteilen sich nach Anzahl und Hektar wie folgt:

Liegenschaftstyp	ha	Anzahl
Truppenübungsplätze	126.298	206
Garnisonen	15.893	626
Flugplätze	10.972	84
Lager/Bunker	5.543	81
Ausbildungszentren	1.156	17
Verwaltungsgebäude	872	41
Fernmeldeanlagen	742	104
Andere	646	90
Instandsetzungswerke	631	44

III. Mögliche Folgenutzungen und Sanierungsziele

Erst nach vollständiger Erfassung und Bewertung der Altlastverdachtsflächen kann - von der Durchführung der Sofortmaßnahmen abgesehen - über Sanierungserfordernisse und die Setzung von Prioritäten in Abhängigkeit von der beabsichtigten Folgenutzung entschieden werden. Die Wiederherstellung eines "natürlichen Zustandes" von Sanierungsflächen oder gar deren Multifunktionalität kann im militärischen Bereich, genau wie bei den zivilen Altlasten, nicht Sanierungsziel sein.

Die Sanierung muß sich an den Erfordernissen einer künftigen Nutzung ausrichten. Die Festsetzung von Sanierungszielen kann nur in einem dynamischen Prozeß, bezogen auf die Einzelmaßnahme, erfolgen. Darüber hinaus ist eine Pauschalierung von Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen problematisch, da es an bundeseinheitlichen nutzungsbezogenen Sanierungszielen bisher mangelt und die Behörden im Einzelfall sehr unterschiedlich entscheiden. Es gibt bisher keine allgemeingültigen Konzepte, die sich auf alle Arten militärischer Liegenschaften anwenden ließen. Wichtig ist vor allem eine Differenzierung nach der Art der militärischen Vornutzung, der geographischen Lage und den örtlichen Gegebenheiten. Selbstverständlich gilt auch bei den militärischen Flächennutzungsarten, wie bei den zivilen, daß je ähnlicher die Nachnutzung der Vornutzung ist, um so geringer wird sich der Sanierungsaufwand gestalten. Je näher eine militärische Liegenschaft einem der in den regionalen Raumordnungsplänen ausgewiesenen Funktionalzentren ist, um so wahrscheinlicher ist es, einen Investor für eine bestimmte Fläche zu bekommen, die Bestandteil eines regionalen Entwicklungs- und Bebauungsplanes ist. Potentielle Umnutzungsmöglichkeiten für einzelne Liegenschaften sind z.B.

Liegenschaftstyp		Folgenutzung
1.	Truppenübungsplätze	Land- und forstwirtschaftliche Nutzung sowie Naturschutzaufgaben
2.	Truppenunterkünfte	Handelseinrichtungen und Wohnraumnutzung
3.	Flugplätze	Zivile Flugplatznutzung, Testgelände, Industrie und Handel
4.	Lager und Depots	Konstruktion und Abbau von mobiler und schwerer Technik, Lagerkapazität
5.	Schul- und Ausbildungszentren	Dienstleistungen, Verwaltung, Tourismus, Unterkünfte
6.	Dienst- und Verwaltungsgebäude	Unterkünfte, Verwaltungen sowie soziale/gewerbliche Einrichtungen
7.	Fernmeldeanlagen	Kommunikationstechnik, Überwachung von Umweltverschmutzungen
8.	Andere (Krankenhäuser, Geschäfte)	Keine Nutzungsänderungen
9.	Wartungs- und Reparaturlösungen	Handel und industrielle Einrichtungen

In der Regel ist davon auszugehen, daß die Kontaminationen auf militärischen Liegenschaften punktuell anzutreffen sind, während großräumige Bereiche als Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten festzustellen sind. In der nachfolgenden Übersicht ist die typenbezogene Verteilung der Liegenschaften auf die Lage im Raum, d.h. Ortslage, die Ortsrandlage und die Freiraumlage, zu erkennen. Die überwiegende Anzahl der Liegenschaften liegt in der Freiraumlage, d.h. die Funktion einer bestimmten

ehemals militärisch genutzten Fläche im Rahmen der Naturschutzaufgaben ist von wesentlicher Bedeutung. Im allgemeinen ist davon auszugehen, daß repräsentative Gebäude in Stadt- oder Stadtrandlagen wesentlich einfacher nachzunutzen sind als sonstige Einrichtungen, die ohne sonstige infrastrukturelle Anbindungen eingerichtet wurden. Es liegt auf der Hand, daß gerade in strukturschwachen Gebieten, wo die militärische Ansiedlung einen wichtigen Wirtschaftszweig darstellte, durch den Abzug des Militärs massive Probleme auftreten. Dies um so mehr, als daß bei dem consequenten Freizug der Liegenschaften entsprechende raumordnerische Planungen in der Kürze der Zeit unterbleiben mußten.

Summary

The reduction of armed forces all over the world and in particular the departure of the Western Group Forces of the former Sowjet Army require alternative land use options for more than 500.000 ha in Germany only.

The challenges are first to screen and assess suspected contaminated sites and conduct remedial actions necessary, risk assessment for selected military bases enables to develop a cost and time optimized evaluation and coherent remediation strategy; second to take a decision for reuse which depends on the type of a former military base i.e. troop training areas, garrisons, air bases, telecommunication facilities and on the location of a base in question either in an urban area, in a suburb or in a rural area.

Dr. Jutta Schlimm
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ref. WA III4
Schiffbauerdamm 15
D-10117 Berlin

Vom harmlosen Gliederungskonzept zum imperialen Programm. Der Mitteleuropabegriff in der deutschsprachigen Geographie des 18./19. Jahrhunderts

Zu Mitteleuropa scheint aus geographiehistorischer Sicht das Wesentliche gesagt zu sein. Der Begriff ist "in erster Linie ein politisch-geographischer Begriff. Er spiegelt sehr stark die wechselnden Ideologien des 19. und 20. Jh. wider. Auch die Versuche, die Fassung dieses Begriffes physisch-geographisch oder landschaftskundlich zu begründen, haben (...) ihre Wurzeln in politischen und historischen Vorstellungen" (BOESLER 1978, S. 333). Im einzelnen aber gilt es, wie z.B. das Mitteleuropa-Kapitel in KOSTs Geschichte der Geopolitik (1988) zeigt, noch manche Mißverständnisse auszuräumen, die eine Folge fehlender historischer Tiefenanalyse sind. H. WAGNER, führt KOST aus, habe zunächst einen kleinräumigen Mitteleuropabegriff vertreten, sich dann aber "im Zuge der Eindrücke des 1. Weltkrieges zu den Vertretern eines großräumigen Mitteleuropablocks" (S. 272) geschlagen. Zwar definierte WAGNER Mitteleuropa als "die Region, die im W der pontisch-baltischen Einschnürung die Karpatenländer und die Alpen, Deutschland und Frankreich umfaßt" (1915, S. 53), nur hat das nichts mit den Kriegszielen der Mittelmächte zu tun, sondern basiert auf einer Einteilungstradition Europas, die sich in der Geographie in der ersten Hälfte des 19. Jh.s etabliert hat und zu WAGNERs Zeiten im Auslaufen begriffen war. In einer Fußnote lehnte WAGNER den bis zum Balkan erweiterten Mitteleuropa-Begriff PARTSCHs ausdrücklich ab (S. 55). Im folgenden sollen daher diese Anfänge des Mitteleuropa-Begriffs und seiner Politisierung rekonstruiert werden, wobei davon auszugehen ist, daß Mitteleuropa keineswegs schon "seit Anfang des 19. Jahrhunderts" seine spätere Bedeutung für die Geographie gehabt hat, wie KOST anzunehmen scheint (S. 265), sondern sich gegen eine ältere Praxis, die einfach Staat um Staat abhandelte, und konkurrierende physisch-geographische bzw. ethnisch-politische Gliederungen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, erst durchsetzen mußte. So beschwerte sich 1844 UNGEWITTER über die "bei neueren Geographen vorherrschende Systemmacherei, durch die (...) Europa in ein westliches und östliches, in ein südliches, mittleres und nördliches, oder in drei Alpen- und zwei Meerregionen (...), und wer weiß in was sonst noch" eingeteilt werde, und dies, obwohl solche Einteilungen nicht den mindesten praktischen Werth" (S. 123) hätten. Doch schon 1860 konnte DANIEL konstatieren, "gewöhnlich" werde "einer Einteilung in Süd-Europa, Mittel-Europa, Nordwest-Europa, Ost-Europa gefolgt" (1860, S. 24), und 1878 mußte selbst der Neubearbeiter des UNGEWITTERschen Handbuches der Einteilung nach Himmelsrichtungen "für den täglichen Verkehr" (S. 110) eine gewisse Berechtigung zugestehen, für das Handbuch aber entschied er sich, weiterhin nach Staaten vorzugehen. 1915 schließlich stellte H. WAGNER fest: "Die Gruppierung der Länder in die höheren Einheiten, wie sie die Lage bedingt, in Ost-, Nord-, West-, Süd-, Mitteleuropa wird (...) ziemlich gleichmäßig

befolgt. Nur ist die Stellung Frankreichs, ob zu West- oder Mitteleuropa gehörig, unsicher" (S. 184).

Die "Systemmacherei" bis zur Reichsgründung

"Eine nachweisbar zusammenhängende Entwicklungsreihe" (WISOTZKI 1897, S. 201) der "Systemmacherei" beginnt mit GATTERERs "Abriß der Geographie" (1775). Während es damals (von sporadischen Ausnahmen abgesehen) noch üblich war, Staaten(kunde) und Länder(kunde) synonym zu gebrauchen, setzte GATTERER beide voneinander ab. Länder waren für ihn durch Naturgrenzen bestimmt, tatsächlich aber richteten sich diese ganz nach den politischen, sonst hätten seine natürlichen Länder früherer Zeiten nicht zum Teil andere sein oder einen anderen Umfang haben dürfen als die der Gegenwart. So fehlten für die Gegenwart das "Ostalpische Land", die "Westhämus-Länder" und die "West-", "Ost-" und "Südweichsel-Länder", dafür traten die "Britischen Inseln", die "Baltischen Länder" und die "Nord-" und "Südkarpathischen Länder" neu auf; und während z.B. die alten "Nordalpinischen Länder" schon mit den Grenzen der römischen Provinzen an der Donau endeten, umfaßten die neuen "Nordalpinischen Länder" die Schweiz, das Alte Reich und die Vereinigten Niederlande. Ebenso wechselte die natürliche Großgliederung der Kontinente. Während z.B. GATTERERs "Alt-Europa" nach antikem Muster in "Süd Europa, oder Römisches Europa" und "Nord Europa, oder Unrömisches Europa" zerfiel, gliederte er "Neu Europa" entgegen der an diesem Muster orientierten Bildungstradition seiner Zeit in ein "Westeuropa, oder Germanisches Europa" und ein "Osteuropa, oder Slavisch-Türkisches Europa" (S. 141ff., 165f.). Als Grenzlinie zwischen West- und Osteuropa nahm er zwar natürliche Bestimmungen wie Flüsse, Quellen und Einmündungen von Flüssen an, doch zeichneten auch diese kaum verhüllt nur politische Grenzen und Ereignisse nach, z.B. die erst wenige Jahre vor dem Erscheinen seines Abrisses als Folge der Ersten Polnischen Teilung gezogene Grenze zwischen Preußen und Polen. Westeuropa endete für GATTERER an den Grenzen Rußlands, Polens und dem nicht zum Alten Reich gehörenden Ungarn, ein Mitteleuropa kannte er nicht. Denkbar gewesen wäre es im Rahmen seines W-O-Schemas als nord-südlich verlaufendes Zwischenstück vom Nordkap bis Sizilien, doch kommt es in dieser Form im 19. Jh. in der geographischen (BUCHER 1827, ANDREE 1836) und politischen Literatur (v. STEIN 1856) nur ausnahmsweise vor. BUCHER, der sich zum Gegner aller natürlichen Gliederungssysteme gemausert hatte, meinte seinen Vorschlag jedoch nicht ernst, sondern machte ihn nur, um die Beliebigkeit solcher Einteilungen zu belegen (1827, S. 29).

Trotz dieser O-W-Vorgabe des einflußreichen GATTERERs tauchten in den geographischen Lehrbüchern gegen Ende des 18. Jh.s auch Nord-Süd-Einteilungen Europas auf, so z.B. 1790 im "Abriß der Erdkunde" von CANZLER, der allerdings zwischen "Nord-" und "Süd-Europa" noch ein "Mittel-Europa" einfügte (S. 42), doch ohne eine genauere Begrenzung anzugeben. Dies geschah durch ZEUNE, dessen "Gea" aus dem Jahre 1808 üblicherweise, aber unzutreffend als Erstquelle für den Mittel-

europa-Begriff gilt, wozu MEYNNENS Habilitationsschrift (1935, S. 84) den Grund gelegt haben dürfte. ZEUNE verstand den Begriff aber nicht "so wie wir ihn uns heute vorstellen" (SPERLING 1981, S. 3), sondern meinte damit "Karpatenland - Ungarn mit andern slavischen Ländern", "Hercinialand - Teutschland, mit Dänemark, und einem Theil der Schweiz und Holland" sowie "Sevennenland - Frankreich, mit einem Theil der Schweiz und Holland" (1808, S. 32). "Nordeuropa" wird von den "Nordseeinseln - Grosbritannien", der "Ostseehalbinsel - Schweden mit Norwegen" und "Wolchonskiland - Rußland mit Polen und Preußen" gebildet, "Südeuropa" besteht aus der "Pirenäenhalbinsel - Spanien und Portugall", der "Alpenhalbinsel - Italien" und der "Balkanhalbinsel - Griechenland" (S. 32). Nach einem N-M-S-Schema verfahren auch GUTSMUTHS (1810), NÖSSELT (1829), MOESHAK (1833) und v. BÜLOW (1834), von letzterem am konsequentesten durchgeführt, weil kompromißlos über alle politischen Grenzen hinweggehend. Anders als ZEUNE nahmen GUTSMUTHS und NÖSSELT noch England und Irland sowie Preußen und das südliche Rußland (mit Polen) zu Mitteleuropa. Unter v. BÜLOWs Mitteleuropa fielen ferner das südliche Schottland und der südliche Teil Schwedens sowie die türkischen Donaugebiete, während das südliche Frankreich mit einem Teil des Rhônegebiets und die österreichischen Küsten an der Adria Südeuropa angeschlossen wurden. Zudem unterteilte v. BÜLOW Mitteleuropa in die "Region der mitteleuropäischen Bergländer" und die "Region der mitteleuropäischen Flachländer", so daß Rußland dreigeteilt erscheint, nämlich als nördliches, mittleres und südliches (S. 134f.).

Zu diesen Einteilungsvarianten gesellte sich zeitgleich eine dritte, die hier als Mitte-Peripherie-Schema bezeichnet werden mag. Ihre Bedeutung liegt vor allem in der Anregung eines umfangmäßigen Mitteleuropabegriffs, von dem bisher angenommen wurde, daß er erst Mitte des 19. Jh.s im Zuge der zoll- und nationalpolitischen Debatte im Deutschen Bund aufkam. So verteilte FRANZ bereits 1788 die "Hauptländer" (= Staaten) Europas auf folgende Weise: "1. zum Südwestlichen Europa gehören: Portugall, Spanien, Frankreich - 2. Nordwestlich liegen: Grosbritannien (England und Schottland) Irland - 3. Im Norden: Dänemark, Norwegen, Schweden, mit mehreren Inseln - 4. Nordöstlich: Rußland - 5. Südlich und Südöstlich: Italien, die Turkey mit den zu beyden gehörigen Inseln - 6. In der Mitte von Europa: Hungarn, Hungarisch Illyrien, Siebenbürgen, Polen, Preussen, Teutschland, die vereinigten Niederlande, Helvetien" (S. XX). Das war zwar noch kein Mitteleuropa im engeren Sinne, doch der Schritt von der Mitte zu Mitteleuropa ist schnell getan. Auch war FRANZ kein Einzelfall. Während CANZLER (1790) für die "Gebirgs-" und "Gewässerkunde" Europas nach dem Nord-Süd-Schema verfuhr (S. 42), ordnete er die "einzelnen Ländertheile" (= Staaten) nach dem Mitte-Peripherie-Schema (S. 44f.). Im Gegensatz zu FRANZ reduzierte CANZLER die Mitte aber auf "Deutschland oder das Deutsche Reich". Von den Territorien, die bei FRANZ die Mitte ausmachten, rechnete CANZLER die Vereinigten Niederlande zum nordwestlichen Westen, die Schweiz zum Süden, Polen und Preußen zum nordöstlichen Osten und die habsburgischen Länder außerhalb des Reiches zum südöstlichen Osten.

Von diesen drei Schemata - das an die europäische Hauptwasserscheide angelehnte diagonale Nord-Süd-Schema BUCHERs (1812, S. 76) blieb isoliert - konnte sich keines

bis zur Mitte des 19. Jh.s endgültig durchsetzen, auch kamen sie meist nicht in reiner Form vor. Schon SCHULZE (1787), der dem W-O-Schema folgte, kannte innerhalb Westeuropas noch einen "westeuropäischen Norden", der aus den "westbaltischen Ländern" Dänemark (mit Island), Norwegen und Schweden bestand, und faßte Rußland mit ganz Finnland, Polen, Galizien und Ostpreußen als "nördliches Osteuropa" zusammen, das im Text einfach "Nordeuropa" heißt, während das "südliche Osteuropa" vor allem Ungarn und seine Nebenländer sowie den europäischen Teil des Osmanischen Reiches einbegriff (S. 102ff. u. Kartenbeilage). ZEUNE ging 1811 von seinem N-M-S-Schema zum W-O-Schema über und wechselte 1833 noch einmal zu einer SW-NO-Einteilung. So pendelte Rußland zwischen N, O und NO, doch wußten Zeune und andere, auch wenn sie Rußland im Norden orteten, stets, daß "dieses ungeheure Land" das "östliche Grenzland Europa's" war (ZEUNE 1808, S. 110f.; GUTSMUTHS 1810, S. 557; vgl. LEMBERG 1985). In den 20er Jahren des 19. Jh.s aber zeichnete sich, gut bei WILHELMI (1820, S. 80ff.), SCHNEIDER (1838, S. 34) und MEINICKE (1839, S. 122f.) nachzuvollziehen, eine Variante ab, die das W-O-Schema mit dem N-M-S-Schema verschnitt und die konkurrierenden Einteilungen allmählich zurückdrängte. Einige Lehrbuchautoren (z.B. HOCHÉ 1832, ROBOLSKY 1833) stellten das W-O-Schema, das ROBOLSKY noch als "die gewöhnliche Eintheilung" (S. 75) bezeichnete, neben das kombinierte System, andere unterschieden zwischen einer physischen Einteilung in das "ebene Osteuropa" und das "gebirgige Westeuropa" und einer politischen Gruppierung nach dem kombinierten Schema (z.B. VOIGT 1830, SCHNEIDER 1938), nicht wenige aber legten nur noch das kombinierte Schema zugrunde (z.B. SELTEN 1820, NAGEL 1828², LEIST 1829, HERRMANN 1838, DANIEL 1853³). In diesem W(N-M-S)-O-Schema reduzierte sich Osteuropa auf Rußland mit oder ohne Polen und Preußen, während Westeuropa nach dem N-M-S-Schema weiter unterteilt wurde. Zu Nordeuropa (WILHELMI's "nördliche Gebiete", SCHNEIDER's "nördliches West-Europa", DANIEL's "nördliche Inseln und Halbinseln") zählten Schweden, Norwegen, Dänemark (mit Nebenländern) und Großbritannien; zu Mitteleuropa (WILHELMI's "Mittelländer", SCHNEIDER's "mittleres West-Europa", DANIEL's "Länder von Mitteleuropa") gehörten Frankreich, die Vereinigten Niederlande (inklusive Belgien), der Deutsche Bund, die Schweiz, Galizien, Ungarn sowie Polen und Preußen, soweit sie nicht zu Osteuropa geschlagen wurden; Südeuropa (WILHELMI's und DANIEL's "südliche Halbinseln", SCHNEIDER's "SW-Europa") umfaßte Portugal, Spanien, die italienischen Staaten und die europäische Türkei (inklusive Ionien und Griechenland). In anderen Varianten wurden die "Länder des östlichen und nördlichen Europa's" mit Preußen als Teil "Nordeuropas" (WEISS 1828⁶ S. VII, 45) zusammengelegt oder ein "Nordwest-Europa" mit Schweden, Norwegen, Dänemark und Großbritannien (SEYDLITZ 1865¹¹) ausgeschieden. RITTER, der ebenfalls das kombinierte Schema benutzte, sprach von den "nordischen und nordwestlichen Gliedern Europas" und fügte Großbritannien und Skandinavien noch die Halbinseln Jütland, Holland, Bretagne und Normandie hinzu (1863, S. 401). Gelegentlich konnte Mitteleuropa sogar ganz ausfallen (z.B. bei BERGHAUS 1830 u. MALCHUS 1832). Eine Sonderrolle nimmt das Handbuch GASPARI's et al. (1819, S. VIII) ein, das für Mitteleuropa Österreich, Preußen, Krakau, den Deutschen Bund, die

Schweiz und Italien nennt, für Westeuropa das Britische Reich, Spanien, Portugal, Frankreich und die Niederlande und für das zusammengefaßte Nord- und Osteuropa Dänemark, Schweden, das Osmanische Reich und Rußland.

Das Mitte-Peripherie-Schema wurde dagegen seltener verwandt. Man findet es z.B. bei HAHNZOG (1820), bei dem alle Teilregionen Europas auf Deutschland bezogen sind, das zwar nicht als Mitteleuropa, aber als die "Mitte von Europa" erscheint. Zu Deutschland gehören auch "die Niederlande, die Schweiz und die nordöstlichen Provinzen des französischen Reichs (Rein-, Maas-, Schelde-Gebiet)" (S. 17). Dagegen wird Preußen zusammen mit Alt-Polen, Ungarn und der europäischen Türkei "östlich von Deutschland" angesiedelt. Westlich liegen Portugal, Spanien, der größte Teil von Frankreich und Großbritannien, südlich nur Italien mit den großen Mittelmeerinseln, nördlich und nordöstlich (von HAHNZOG zusammengezogen) Dänemark, Norwegen, Schweden nebst Finnland und Rußland. SEYDLITZ (1836²) wiederum kannte zwar ein West-, Mittel-, Nord- und Osteuropa, jedoch kein Süd-Europa. Italien schlug er zu West-Europa, dem noch Großbritannien, Frankreich, Spanien und Portugal angehörten, Rußland (mit Polen), die Türkei und Griechenland machen Ost-Europa aus, Dänemark und Schweden (mit Norwegen) Nordeuropa. Als "Mittel-Europa" bezeichnete er die Staatengruppe, die von der Schweiz, den Niederlanden, Belgien, Deutschland, Österreich (mit Ungarn) und Preußen gebildet wurde (S. 7). Anders HÖRSCHMANN (1831²); er beschränkte sein "mittleres Europa" auf den Deutschen Bund, Österreich und Preußen; die Niederlande (inklusive Belgien und Luxemburg) und die Schweiz faßte er dagegen mit den drei südlichen Halbinseln sowie Großbritannien und Frankreich zum südwestlichen Europa zusammen. Dieses (in seinem Umfang variierende) Klein-Mitteleuropa, also weder aufgefaßt als breiter Streifen von der britisch-französischen Atlantikküste bis zum Ural noch als Ländergruppe von Frankreich bis Ungarn oder zum Schwarzen Meer, kam vor 1850 zwar nicht besonders häufig, aber doch immer wieder einmal vor, wobei es keineswegs an das Mitte-Peripherie-Schema gebunden war, sondern auch von Autoren verwandt wurde, die keiner Einteilung nach Himmelsrichtungen folgten. So stößt man bei DITTENBERGER schon 1818 auf ein vom gesamten Stromgebiet des Rheins bis zum Stromgebiet der Oder reichendes natürliches "Deutschland" (inklusive Dänemark), für das er synonym "Germanien, Nordalpenland, Mitteleuropa" (S. X) gebraucht, während SCHACHT 1831 von den "deutschen Ländern und ihrer Nachbarschaft, oder Mittel-Europa" (S. 58) spricht. Das ist zwar mißverständlich formuliert (Gehört die Nachbarschaft dazu, und wie weit geht sie?), doch lassen SCHACHTs Ausführungen erkennen, daß nur das kleinere Mitteleuropa gemeint sein kann, das sich in etwa mit den "deutschen Ländern" deckt. Als solche werden neben dem Deutschen Bund aufgezählt: "2) die Schweiz, wovon die Bewohner der Südwestecke französisch, und die südlich des Gotthard wohnenden italisch reden. 3) Preußen an der Ostsee. 4) das Elsaß, das deutsch ist, aber zu Frankreich gehört. 5) Holland nebst den nördlichen Belgiern, denn die südlichen sprechen französisch" (S. 59). Diese Inkonsequenz, die das anderssprachige südliche Belgien ausschloß, nicht aber die anderssprachigen Gebiete der Schweiz, blieb auch in späteren Auflagen erhalten.

Endlich seien noch KUTZEN (1855) und REUSCHLE (1856) erwähnt. KUTZEN, dem fälschlich nachgesagt wurde, die klein-mitteuropäische Begriffsbestimmung "erstmalig auch in geographischen Kreisen" (MEYNEN 1935, S. 85) verbreitet zu haben, meinte mit Mitteleuropa Deutschland unter Einschluß Preußens und Posens, der Schweiz, Hollands, Belgiens und "der durch Frankreich uns entrissenen Landschaften Elsaß und Lothringen" sowie das ehemalige Polen und Ungarn (S. 1, 5). REUSCHLE kannte sogar zwei engere Mitteleuropa-Varianten, eine Mainstream-Variante, die er als "Inbegriff der deutschen Staaten" apostrophierte, sie entsprach dem Mitteleuropa KUTZENs, ausgenommen Elsaß und Lothringen, und eine minder gebräuchliche, die um die ungarischen Teile Österreichs und Polens kleiner war, dafür aber Dänemark hinzunahm (S. 5).

Die Politisierung Mitteleuropas im Umfeld der Revolution von 1848/49

Mitteleuropa war ursprünglich kein politisches Programm, wie aus den Einteilungs-Begründungen hervorgeht. FRANZ konstatierte lapidar: "Nach einer geographischen Einteilung besteht Europa aus folgenden Hauptländern" (1788, S. XX), wobei mit geographisch die Lagebestimmung nach Himmelsrichtungen gemeint war. CANZLER begründete seine Einteilung mnemotechnisch-methodisch; durch eine Gruppierung lasse sich die Lage der Länder besser einprägen und ihre Abhandlung "am zweckmäßigsten" (1790, S. 45) gestalten. Auch später trifft man wiederholt auf das Lage- (z.B. ROBOLSKY 1833, S. 75) und das Zweckmäßigkeitargument (z.B. RUDTORFFER 1839, S. 9) oder einfach auf die Feststellung "Man theilt Europa ein in" (z.B. SEYDLITZ 1865¹¹, S. 12). Andere Geographen rechtfertigten ihre Systeme dagegen mit einer auf Abhängigkeiten anspielenden Rücksichtnahme auf "Länder- und Völkerkunde" (z.B. ZEUNE 1808, S. 232) oder verwiesen pauschal auf "die Natur" (z.B. FISCHER 1822, S. 74). Er habe, erläuterte DANIEL, "die Betrachtung der Staaten so gut wie möglich mit den natürlichen Abtheilungen zu verbinden" (1853³, S. 64) versucht. Damit waren die Voraussetzungen für eine Politisierung der natürlichen Länder gegeben, da die Anhänger dieser *geographia naturalis*, in der Absicht, die Geographie zur selbständigen Wissenschaft zu erheben, zwar die Staaten den Staatskundlern und Historikern überlassen wollten, zugleich aber zwischen Staaten und Ländern eine normative Beziehung herstellten, um sich die Staaten als anverwandelte Länder wieder zurückzuholen. Länder waren für sie nichts anderes als potentielle Staaten, die idealerweise mit diesen zusammenfielen, und wo sie es nicht taten, sollte die Politik als verlängerter Arm der Natur diese Naturwidrigkeiten beseitigen. Das Mitteleuropa des N-M-S-Schemas und des kombinierten Schemas war zu einem solchen Land untauglich, weil es mit Frankreich bzw. Frankreich und Rußland zwei Großmächte umfaßte, die zwar einerseits als bedrohliche Flankenmächte empfunden wurden, andererseits aber noch jenseits aller Zielvorstellungen einer geographisch motivierten deutschen Eroberungspolitik lagen. Politisierbar waren im Mitteleuropa des N-M-S-Schemas nur die einzelnen Länder (z.B. ZEUNEs "Sevannenland", "Hercinialand" usw.). Anders dagegen das Mitteleuropa des Mitte-Peripherie-Schemas, das mit dem

(wie auch immer abgegrenzten) natürlichen Deutschland identifiziert werden konnte und nur noch politisch belebt zu werden brauchte, um auf den Druck aus dem Westen und Osten mit eigenen nordwestlich, nordöstlich und vor allem südöstlich gerichteten imperialen Ambitionen zu antworten. Auch das W-M-O-Schema eignete sich im Prinzip für eine Instrumentalisierung gegen Frankreich und Rußland. Die Anstöße zur Politisierung Mitteleuropas gingen jedoch nicht von den Geographen selbst aus, sondern wurden aus der politischen Diskussion der Vormärz-Zeit und der bürgerlichen Revolution von 1848/49 in die Geographie übernommen.

”Erstmals Gestalt gewann dieses politisch-geographische Mitteleuropa, als F. LIST und der österreichische Handelsminister von BRUCK ihre Gedanken über eine zollpolitische Einigung im mittleren Europa formulierten” (BOESLER 1978, S. 331; vgl. MEYNEN 1935, S. 84). Für den umtriebigen LIST war der Deutsche Zollverein erst dann vollendet, wenn er sich ”auf das ganze Küstenland von der Mündung des Rheins bis zur Grenze von Polen mit Einschluß von Holland und Dänemark” erstreckte, die, notfalls erzwungen, Mitglieder des Deutschen Bundes und Teil der deutschen Nationalität werden mußten (1844/1971, Bd. VI, S. 211, 405). Den Österreichern empfahl er, zusammen mit Ungarn die Expansion in die unteren Donauländer voranzutreiben und ihre ungenutzten, fruchtbaren Ländereien deutschen Siedlern zu erschließen, um die ”unnatürliche” Auswanderung nach Amerika zu stoppen. Als Ziel schwebte LIST nichts Geringeres vor als die Begründung ”eines mächtigen germanisch-magyarischen östlichen Reichs, einerseits vom Schwarzen, andererseits vom Adriatischen Meer bespült und von deutschem und ungarischem Geist beseelt” (1842/1971, Bd. V, S. 499f.). Ungarn galt ihm als ”Schlüssel” Deutschlands ”zur Türkei und zur ganzen Levante, zum Orient, und zugleich [als] ein Bollwerk gegen nordische [d.h. russische] Übermacht” (S. 502).

Mit solchen Zukunftsvisionen stand LIST nicht allein. Zahlreiche von ihm beeinflusste Autoren sehnten sich in den 40er und frühen 50er Jahren nach einem Deutschland, das sich durch territoriale Erweiterungen und/oder bündnispolitische Blockbildungen zu einem Machtzentrum in der ”Mitte” Europas und einer Weltmacht neben anderen Weltmächten entwickeln sollte. Einen Höhepunkt erlebten diese Raum-spekulationen in der Paulskirchendebatte, in der ”Positionen, Wünsche, Ansprüche formuliert” wurden, ”die für die großdeutsche Dynamik über das Ende des Habsburgerstaates und des Zweiten Reiches hinaus bis in den Zweiten Weltkrieg ihr Gewicht behielten”, indem sie ”die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis des deutschen Wollens zu dem Recht und den Lebensinteressen anderer Nationen” (LUTZ 1985, S. 302; vgl. ferner WOLLSTEIN 1977, S. 266ff.) aufrissen und bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen diese im Lichte einer problematischen Mischung aus machtpolitischem Kalkül, kulturellem Missionsdrang und humanitärem Freiheitspathos ignorierten. Die nationaldeutsche Umdeutung der mit dem modernen Nationsbegriff unvereinbaren universalen Tradition des Alten Reiches und die Säkularisierung (= Ökonomisierung) des mittelalterlichen Christianisierungsauftrages mußten fast zwangsläufig in imperialchauvinistische Zukunftsbilder einmünden, die ”das erneuerte Deutschland als das mächtigste und das mit tiefstem Recht zur Macht berufene Volk Europas und der Welt” (LUTZ 1985, S. 303) beschworen.

Das war der Hintergrund für die Karriere des politisch-geographischen Mitteleuropa-Begriffs, der in der 48er Revolution "erstmal eine gewisse Bedeutung" (WOLLSTEIN 1977, S. 269) erlangte, obwohl er (entgegen den Eindrücken der apologetischen Mitteleuropa-Literatur) bei LIST selbst und einigen anderen Großraumdenkern als programmatisches Schlagwort noch keine Rolle spielte. Die deutsche Politik, forderte der Paulskirchenabgeordnete MOERING, müsse "dahin gerichtet sein (...), ein gewaltiges, einiges, freies Mittel-Europa zu schaffen, das mit starker Faust die Wage zwischen Ost und West, zwischen Republik und Autokratie" (1848, S. 22) halte. An welchen Umfang war gedacht? Eindeutige räumliche Abgrenzungskriterien wurden seinerzeit nicht diskutiert. In MOERINGS "Sibyllinischen Büchern aus Östreich" sollte "Germania" über einen Raum herrschen, der sich "von der Ostsee bis zum Mittelmeer, vom Ticino bis zur Weichsel, vom Rheine bis zum Balkan" (1848, S. 38) erstreckte. In seinem Paulskirchenantrag wünschte er vor allem den Anschluß Ungarns an den Deutschen Bund, "um die Mündungen der Donau, dieses "großartigen Verbindungsweges zwischen Nordsee und dem Schwarzen Meer, zwischen Amerika und Asien, frei zu machen" (S. 22). Sein Abgeordnetenkollege PERTHALER faßte seine Raumvorstellungen in die Worte: "Durch Oesterreich gewinnt Deutschland die mittelländische Lage und die untere Donau. Durch Preussen gewinnt Deutschland die Ostsee-Lage und den untern Rhein. Durch die übrigen Staaten-Glieder werden diese beiden Körper zu einem compacten Ganzen vereinigt." Emphatisch titulierte er dieses mitteleuropäische Ganze als die "vereinigten Staaten von Gross-Deutschland" (1848, S. 21, 24). Dagegen setzte sich HÖFKENS Mitteleuropa aus "drei großen Handelskörpern" zusammen, "einem deutschen, einem italischen und einem österreichischen in der Mitte", der italische "wenigstens bis zur Lombardei und dem Kirchenstaate" reichend. Der Verkehrsstrom müsse "sich von den norddeutschen Häfen bis nach Triest und Genua frei und unbelästigt ergießen" können und "Mitteleuropa, zugleich an das deutsche und an das Mittelmeer, an das baltische und an das schwarze Meer sich ungehemmt anlehnen können", um "alle Hebel der Blüthe, der Macht und der Größe für uns" einzusetzen. Während Preußen und Sardinien "die Westgränze Mitteleuropas" zu sichern hätten, sei dies Österreichs Aufgabe für die Donau und die Ostgrenze (1847, S. 181f.). Und was war mit den anderen, den nicht-deutschen Völkern dieses Raumes? Als "verlorne Kinder der Völker-Wanderung", befand PERTHALER, seien diese "Völkchen" zu einer eigenständigen Politik weder geistig noch physisch fähig. Frei könnten sie nur als "Schutzvölker" unter dem duldsamen "Schirm der Politik des grossen deutschen Volkes" leben, dem "einzigem mächtigen Volk von Mitteleuropa" (1848, S. 12ff., 18).

Überraschend an diesem ersten Mitteleuropa-Nationalismus ist sein eminent geographischer Einschlag. Hier wurde außerhalb der Geographie diskutiert, was später in der Politischen Geographie und Geopolitik zur gedanklichen Grundausrüstung gehörte. Meere, Küstenlinien, Stromsysteme, Mündungsländer, Ebenen und Gebirge mußten dafür herhalten, Gebietsarrondierungen und Einflußzonen zu legitimieren und Nationen mit "normalem Körper" von "Krüppel"-Nationen zu unterscheiden (LIST 1841/1971, S. 210f.). Natürliche Lageverhältnisse, fehlende oder vorhandene Naturgrenzen und die Richtung der Flußläufe bestimmten darüber, ob ein abgeschlossener,

zentralisierter Nationalstaat das Naturgemäße war oder ein Föderativstaat entstehen mußte. Deutschland, "in der Mitte der Völker stehend", sei schon aus geographischen Gründen nicht zum Nationalstaat geeignet, sondern dazu berufen, "die Völkereinheit zu vermitteln" und die mit Deutschland verbundenen Völker "als eine Völkergemeinschaft" zu organisieren (vgl. FRANTZ 1848, S. 8f., S. 44ff.). Konkret dachte FRANTZ an einen "Bundesstaat der Donauvölker" mit Österreich an der Spitze, einen von Preußen organisierten "baltischen Bundesstaat", dem neben Preußen noch Polen, Litauen, Kurland und Livland angehören sollten, und einen um Holland, Belgien, Elsaß, Lothringen und die Schweiz vergrößerten deutschen Bundesstaat. Verklammert waren sie über die Mitgliedschaft Preußens und Österreichs im Deutschen Bund.

Explizit auf den geographischen Landbegriff berief sich der Staatswissenschaftler L. v. STEIN. Von allen Erdteilen besitze allein Europa "wahre Länder", d.h. Gebiete, "die mit deutlich ausgeprägter Selbständigkeit neben einander liegen" (1856, S. 5f.). STEIN gliederte Europa nach dem "von der Natur selbst gegebenen" W-M-O-Schema, wobei Mitteleuropa wiederum in drei geographisch und historisch selbständige Ländergruppen zerfiel: eine nördliche skandinavische, eine südliche italienisch-türkische und eine mittlere österreichisch-deutsche, die zugleich "in einer gewissen Gemeinschaft des Lebens und der Interessen" stünden. Mitteleuropas gesamteuropäische Aufgabe sei es, den Westen wie den Osten daran zu hindern, die Herrschaft über ganz Europa zu errichten. Zu diesem Zweck müsse das mittlere Mitteleuropa "zuerst den eigenen Norden und Süden in seiner Integrität gegenüber dem Westen und Osten erhalten", doch ohne sie zu beherrschen. Damit stehe Deutschland, "durch die Natur der ewigen Grundverhältnisse getragen", vor der dauernden Alternative, "entweder das unbedeutendste oder das bedeutendste Land Europa's" (S. 15ff., 21f.) zu sein.

Und wo bleiben die Geographen?

Während Rußland, Frankreich und England den Erdball in ihren Besitz nähmen, nörgelte 1845 ein Anonymos in der Augsburger Allgemeinen, stünden die Deutschen träumerisch beiseite oder diskutierten die abenteuerlichsten Pläne für deutsche Niederlassungen auf der Welt, obwohl die Geographie "bei eben diesen Deutschen eine Höhe erstiegen" habe wie bei keiner anderen Nation. Da werde "jedes Land in seinem Gesamtcharakter dargestellt, und welche Volksnaturen in ihm gedeihen können", doch würden die Resultate der Wissenschaft nicht praktisch umgesetzt. In den Büchern stehe "alles vortrefflich, und das Leben lassen wir verkümmern. Warum schweigen die Heroen der Wissenschaft, wenn sie sehen daß die Publicistik ihre Schuldigkeit nicht thut? Warum spricht ein RITTER, BERGHAUS, v. ROON, MEINECKE und so manche Andere, die doch wissen wo Germanen gedeihen, nicht einige Worte über das Berliner Project an der Moskitoküste [in Nikaragua]? Sind sie damit einverstanden? Unmöglich! Oder sind unsere Gelehrten zu vornehm für solche Zeitfragen? Sind diese nationalen Bestrebungen nicht wichtig genug für sie?" (S. 1889). Haben sich die Geographen also aus der damaligen politischen Diskussion herausgehalten? Die genannten schon, andere Geographen bzw. geographienahe Akteure jedoch nicht.

ANDREE, als Verfasser eines Geographielehrbuches (1836) ausgewiesen, bekämpfte seit Anfang der 40er Jahre die Anwerbung von Aussiedlern nach Mittelamerika und vertrat und förderte als Redakteur der Kölnischen Zeitung (1843-1845) Ideen, die ganz auf der LISTschen Linie lagen (vgl. BUCHHEIM 1930, S. 255ff.). FRÖBEL, der seine berufliche Laufbahn in der Schweiz als Geographielehrer und Mineralogieprofessor begann und sich in den 40er Jahren der Politik zuwandte (er war auch Abgeordneter der Paulskirche), publizierte 1848 "Wien, Deutschland und Europa", um klarzumachen, "daß für die Frage der deutschen Einheit in Verbindung mit den südöstlichen Grenz- und Völkerverhältnissen eine tiefere Lösung gesucht werden" müsse, "als die, welche in der platten Doctrin der einfachen nationalen Abrundung zu finden" sei. Den "Fanatikern des Racenprincipes" (= Nationalitätenprinzips) hielt FRÖBEL die verwickelte Gemengelage der "Racen" in Europa entgegen, die es verböten, jedem Volk einen eigenen souveränen Staat zuzugestehen. Rußland arbeite an der Zerstörung Österreichs, darum müsse sich das deutsche Volk "mit seinen südöstlichen Nachbarn zu einem mitteleuropäischen Staatenbunde (...) vereinen" (S. 8). Dieser Staatenbund sollte wie die nordamerikanischen Freistaaten organisiert werden und neben "ganz Deutschland" noch aus "Polen, Ungarn und den südslavischen und wallonischen Ländern bestehen" und somit "vom Rhein bis an die Mündung der Donau" reichen, um Wien nicht "an die russische Grenze" kommen zu lassen (S. 8ff.). Diese Sorge plagte auch den Reisegeographen J. G. KOHL, der "die Donaufrage" zur deutschen "Oregonfrage", ja zur "Mississippifrage" erhob. Von jeher sei der Donau das Heil nur aus dem Westen, die Barbarei dagegen aus dem Osten gekommen. Rußland habe (von Österreich nicht recht begriffen) sich vertragsmäßig mit der Türkei dagegen "verschworen, dem Donauleben (...) an der Mündung die Kehle zuzuschüttern" und den Deutschen ein zukünftiges Handels- und Siedlungsparadies zu nehmen: "Man denke nur das fette fruchtbare Delta des großen Stromes, wo alles Leben und Thätigkeit seyn sollte, wo die wahre Hauptblüthe und Frucht alles in den Adern des großen Stromgebietes pulsirenden Lebens ausbrechen sollte, dieses Donaudelta, wo ägyptische Volks- und Produktenfülle herrschen würde, wenn wir Deutsche es mit unserm Kauf- und Ackerleuten besetzt hielten, wo es wie in Holland hunderterlei Anstalten, Häfen, Kanäle, Leuchthürme, Magazine, große Städte geben würde, soll vertragsmäßig unbewohnt bleiben!" (1849 a, S. 126ff.).

Schließlich müssen noch die (sich auch wechselseitig zitierenden) Hegelianer KAPP und FUNKE erwähnt werden, der eine damals Oberlehrer am Gymnasium zu Minden, der andere Pastor in Menslage bei Quakenbrück. Zunächst zu FUNKE, dem "die Geographie die Prophetin der Geschichte" (1854², S. 149) war. Polen, urteilte er, habe die ihm "durch die geographische Lage des Landes gegebene Mission" verkannt, nämlich die germanisch-abendländische Kultur nach Asien und dem Orient zu verbreiten, indem es sich zu einem vom Meer abgeschlossenen Binnenland rückentwickelt habe. Es sei Preußens Aufgabe, Rußland aus Polen herauszudrängen und "hinter seine natürlichen Grenzen (...), d.h. hinter die lithauischen Sumpfwaldungen und Moräste" (1847, S. 810ff., 824) zu verweisen. Polen aber gehöre an Deutschland angebunden und müsse germanisiert werden. Außerdem verlangte FUNKE den engen Verbund Österreichs und Deutschlands; denn nur so könne Deutschlands "welthistorische

Mission" gelingen, die Donau zur "Königin unter den Flüssen" zu machen, die dann "den ganzen Südosten" beherrsche, und nur so könne Österreich seinen "Beruf" erfüllen, "deutsche Herrschaft über nicht deutsche Länder auszubreiten" (1851, S. 116ff.). Die deutsche Nation sei "nicht zufällig in die Mitte Europas gesetzt" (S. V). Dieses Mitte-Motiv war der Kern der KAPPschen Argumentation. Wie kein anderer vor ihm hat er Deutschlands geographische Mittellage in Verbindung mit der "Allseitigkeit" seiner Natur und seines Volkslebens zum Ausgangspunkt seiner weltgeschichtlichen Rolle gemacht. Sie prädestinierten es, "allordnend die Geschehnisse der Welt zu bestimmen" und als "Mittler" deren "politische Erlösung" herbeizuführen. Die Beherrschung der Meere durch Britannien müsse dem "Friedenswerk" eines allgemeinen Freihandels Platz machen. Dann werde der Geist der "Menschenverbrüderung" den neuen "weltgeschichtlichen Dialog der Völker" bestimmen, in dem Deutschland die Wortführerschaft zukomme. Zur Realisierung dieser Mission forderte KAPP die "maritime Wiedergeburt" (inklusive Kriegsflotte) Deutschlands und die Schaffung eines Großwirtschaftsraumes zwischen der Nordsee, dem Schwarzen Meer und der Adria. Die Niederlande, Belgien und die Schweiz werden aufgefordert, sich dem Deutschen Bund bzw. Zollverein anzuschließen, weil sie Rheinstaaten seien, Ungarn wird als deutsches Interessengebiet reklamiert, weil ihm die Wasser der Donau aus Deutschland zuströmen, und Frankreich wird daran erinnert, daß die deutsche Naturgrenze auf französischem Boden liege, was einmal zu einer "Offensive der öffentlichen Meinung" in Deutschland führen könne (KAPP 1845, Bd. 1, S. 308ff.; Bd. 2, S. 195ff., 298ff.; vgl. SCHULTZ 1993³).

Welche Rolle spielte Mitteleuropa in dieser politisch-geographischen Literatur? Zum dominierenden Schlagwort war es noch nicht aufgestiegen, doch es hatte Fuß gefaßt. KOHL differenzierte zwischen "Centraleuropa" und "Mitteleuropa"; mit ersterem bezeichnete er eine physische Einheit, deren Grenzen gegenüber Gallien und Osteuropa jedoch "sehr vage und unbestimmt" seien, mit letzterem eine politische, wobei er "sämtliche deutsche und österreichische Staaten mit ihren kleinen Nachbarstaaten, Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark, als ein Ganzes" auffaßte und im übrigen annahm, daß die politischen Grenzen in Europa "immer mehr oder weniger mit den großen physikalischen Gliederungen unseres Continents" (1849 b, S. 254ff.) zusammenfielen. In KAPPs Deutschland-Kapitel fehlt dagegen der Mitteleuropa-Begriff überraschenderweise, obwohl ihn seine Mitte-Rhetorik unbedingt nahegelegt hätte. Mitteleuropa kommt bei KAPP nur beiläufig im Sinne des modifizierten N-M-S-Schemas vor (1845, Bd. 1, S. 264), denn im Mittelpunkt seiner Einteilung Europas steht eine mit physischen Merkmalen kombinierte (auch sonst in der Geographie häufiger vorkommende) ethno-politische, die eine "continentale", eine "mediterrane" und eine "oceanische" Seite Europas unterschied und diese mit den slawischen, romanischen und germanischen Staaten identifizierte. Zu den slawischen rechnete KAPP Rußland, Polen, Böhmen, Mähren, Ungarn, die Türkei und als slawisch-romanisches Übergangsgebiet Griechenland, zur romanischen Gruppe zählten Italien, Spanien, Portugal und Frankreich und zu den germanischen Staaten Schweden, die deutschen Ostseeländer, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, die Schweiz, Großbritannien und Deutschland.

Geographiegeschichtlich am interessantesten ist jedoch FUNKE, weil er HASSINGERS späteres dualistisches Mitteleuropa-Konzept (1917) gedanklich vorwegnimmt: Das "westliche und östliche Centraleuropa, Deutschland und Ungarn, gehören geographisch zusammen, bilden ein großes Flußgebiet, dessen Gewässer nordwestwärts und südostwärts strömen, und müssen ein großes Ganzes bilden ohne daß jedoch notwendig alle charakteristischen Besonderheiten aufgehoben würden." "Eine Hauptader", die Donau, könne "nicht zwei Ganze durchströmen", darum seien "Deutschland und Ungarn geographisch nicht zwei Ganze, sondern verschiedene Theile eines größeren Ganzen, und dieses ist das centrale Europa im vollen Sinne des Wortes, von welchem Deutschland die nordwestliche und Ungarn [die] südöstliche Seite bildet." FUNKE hoffte, daß sich "über den Rücken des karpathischen Waldgebirges und längs dessen äußeren Seite (...) deutsches Leben auch zu den Kleinrussen und weiter bis an den Pontus" verbreite und von dort bis nach Indien vordringe, und erblickte in der Zukunft der Donau die "Lebensfrage" Deutschlands. Es handele sich "einfach darum, ob sie soll deutsch oder slavisch werden. In letzterem Falle würde Rußland nicht bloß in Ost- sondern auch in Mitteleuropa die vorherrschende Macht werden" (1851, S. 28ff., 115). "Centraleuropa" und "Mitteleuropa" sind bei FUNKE identisch.

Mitteleuropa nach der Reichsgründung

Ob Deutschland einen Sonderweg in der Geschichte gegangen ist, ist unter Historikern umstritten, daß es in der Geographie ein solches Sonderwegbewußtsein gab, ist dagegen vielfach bezeugt (vgl. SCHULTZ 1993³). Seine "politische Zerspaltung" sah der Geograph "wesentlich auch in den Verhältnissen der Landes-Physik begründet" (ROON 1845, S. 52). "Später, als fast all die anderen Völker Europa's, denen die Natur ein festeres Haus gebaut hatte", sei Deutschland "zu politischer und nationaler Einigung gekommen" (KOHL 1873, S. 375). Allerdings deckte sich der neue Staat nicht im geringsten mit dem bislang in der Geographie geläufigen natürlichen (= potentiellen politischen) Deutschland. Sollte das Deutsche Reich, für das sich der Name Deutschland einbürgerte, etwa kein Deutsch-Land sein? Die terminologische Anpassung an die neue, von der Politik geschaffene Situation wurde durch KIRCHHOFF vorgenommen, allerdings nicht sofort, sondern erst ein knappes Jahrzehnt nach der Reichsgründung, wie sich am DANIELSchen "Leitfaden" verfolgen läßt, den KIRCHHOFF seit 1872 herausgab. Zunächst übernahm er DANIELS S-M-N/NW-O-Einteilung Europas. Das natürliche Deutschland war zusammen mit dem Donautiefland und Frankreich ein Teil Mitteleuropas. Die Schweiz, Liechtenstein, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Dänemark wurden im Anschluß an Deutschland als "deutsche Außenländer" abgehandelt: "a) weil sie größtentheils innerhalb der natürlichen Grenzen Deutschlands liegen, b) weil mit wenigen Ausnahmen diese Länder zum alten Deutschen Reiche, theilweise bis 1866 zum Deutschen Bunde gehört haben" (1872⁷⁶, S. 173). In der 125. Auflage von 1879 revidierte KIRCHHOFF dies jedoch. Aus dem DANIELSchen Mitteleuropa wurden "Die inneren Länder Europa's", sein Deutschland hieß fortan Mitteleuropa. Von den früheren "deutschen Außenländern" wurde Dänemark zu den

skandinavischen Reichen gestellt, während die übrigen Staaten zwar weiterhin auf Deutschland folgten, doch jetzt unter der Überschrift "Kleinere mitteleuropäische Staaten" firmierten. Von den Argumenten für diese Vorgehensweise wurde abgesehen und ergänzend festgestellt, daß die genannten Staaten ganz oder zum größten Teil von Deutschen bewohnt seien. Auf diese Weise hatte KIRCHHOFF die Konsequenzen aus der "verengten Bedeutung des Wortes Deutschland" (Vorwort) gezogen und mit dazu beigetragen, daß die Mitteleuropavariante des kombinierten Schemas allmählich verschwand. Nun mußte noch begründet werden, daß auch das Deutschland in den Grenzen des Deutschen Reiches ein geographisches Land war. KIRCHHOFF erledigte dies, indem er behauptete, daß in unklaren natürlichen Situationen auch der Mensch die Grenzen von Ländern setzen dürfe (vgl. SCHULTZ 1993³ u. 1995).

Anders als das Mitteleuropa der 40er/50er Jahre war KIRCHHOFFs Mitteleuropa kein Sehnsuchtsraum großdeutscher Machtphantasien, sondern ein geographischer Erinnerungsbegriff an das, was aus dem natürlichen Deutschland politisch hätte werden können, aber aufgrund der historischen Entwicklung nicht geworden ist (vgl. auch BOESLER 1978, S. 333). Andere, wie FISCHER (1900), träumten nach wie vor davon, daß die Gründung des Deutschen Reiches nur ein erster Schritt in Richtung auf ein größeres Deutschland war. Vor allem aber erblühten im Treibhausklima der wilhelminischen Weltmachtspolitik und später dann im Ersten Weltkrieg erneut die imperialen Mitteleuropa-Konzepte, die dem Deutschen Reich die kontinentale Basis seiner überseeischen Weltmachtspolitik verschaffen sollten. In der Geographie sind sie an die Namen PARTSCH, HASSINGER und PENCK (mit seinem an STEINs Mitteleuropa erinnernden "Zwischeneuropa") geknüpft. Ihre Raumvorstellungen waren jedoch nicht neu, sondern längst in der geographischen und außergeographischen Tradition verankert. Dies zu zeigen, war das Anliegen meines Beitrags.

Zusammenfassung

Gegen Ende des 18. Jh.s wurde es in der deutschsprachigen Geographie Mode, Europa in Ländergruppen aufzuteilen. Mitteleuropa kam in verschiedenen Systemen vor, doch waren nur zwei davon, das W-M-O-Schema und vor allem das Mitte-Peripherie-Schema, im Sinne einer deutschen Machtpolitik instrumentalisierbar. Zu einer ersten Politisierungswelle, die bis in die Geographie hineinreichte, kam es in den 40er/50er Jahren des 19. Jh.s, doch wurde das verbreitetste Gliederungs-Schema, das N-M-S-O-Schema, erst nach der Reichsgründung immer mehr ins Abseits gedrängt. Mitteleuropa, das in diesem Schema auch Frankreich umfaßte, wurde nun verstärkt für das natürliche Deutschland reserviert und in einer gegen Südosten erweiterten Variante nach der Jahrhundertwende erneut politisiert.

Summary

Towards the end of the 18th Century German-speaking geography developed a fashion for dividing Europe into groups of countries. "Central Europe" figured in several

schemes, but only two of them, the West-Centre-East scheme and above all the Centre-Periphery scheme provide useful tools for the instrumentation of German power politics. The first wave of politicization to reach geography occurred in the forties and fifties of the 19th century, but the prevailing classification scheme, the North-Centre-South-East scheme was increasingly sidelined only after the founding of the Reich in 1870. In this scheme "Central Europe" includes France, but the term was now mostly reserved for natural Germany; renewed politicization occurred after the turn of the century, when a variant included an extension towards the south-east.

Literatur

- ANDREE, K.: Lehrbuch der allgemeinen Erdkunde für Gymnasial- und Real-Klassen. Leipzig 1836.
- Anonymus: Das praktische Interesse der Deutschen am Erdball, oder die östliche Auswanderung. In: (Augsburger) Allgemeine Zeitung 25.08.1845, Nr. 237, 238 (Beilage), S. 1889-1891, 1897-1899.
- BERGHAUS, H.: Die ersten Elemente der Erdbeschreibung. Berlin 1830.
- BOESLER, K.-A.: Mitteleuropa. In: W. SPERLING und A. KARGER [Hrsg.]: Europa. Frankfurt a.M. 1978, S. 330-383. (Fischer Länderkunde, Bd. 8).
- BUCHER, A.L.: Betrachtungen über die Geographie und über ihr Verhältnis zur Geschichte und Statistik. Leipzig 1812.
- BUCHER, A.L.: Von den Hindernissen, welche der Einführung eines bessern Ganges beym Vortrage der Erdkunde auf Schulen im Wege stehen. Cöslin 1827.
- BUCHHEIM, K.: Die Geschichte der Kölnischen Zeitung. Bd. 2. Köln 1930.
- BÜLOW, E. v.: Handbuch der Geographie. Berlin 1834.
- CANZLER, F.G.: Abriss der Erdkunde nach ihrem ganzen Umfang. Göttingen 1790.
- DANIEL, H.A.: Handbuch der Geographie. Bd. 2. Frankfurt a.M. 1860.
- DANIEL, H.A.: Leitfaden für den Unterricht in der Geographie. Halle 1853.
- DITTENBERGER, T.F.: Kleine Geographie nach natürlichen Grenzen. Carlsruhe 1818.
- FISCHER, J.B.: Die Anfangsgründe der Geographie nach Naturgrenzen. Wiesbaden 1822.
- FISCHER, T.: "Das Deutsche Reich in seinen heutigen Grenzen: eine Eintagsfliege." In: Geographischer Anzeiger 1 (1900), S. 1-2.
- FRANTZ, C.: Polen, Preußen und Deutschland. Halberstadt 1848.
- FRANZ, F.C.: Lehrbuch der Länder- und Völkerkunde. T. 1: Europa. Stuttgart 1788.
- FRÖBEL, J.: Wien, Deutschland und Europa. Wien 1848.
- FUNKE, G.: Die geographische Weltlage Polens. In: Zeitschrift des Vereins für deutsche Statistik 1 (1847), S. 803-825.
- FUNKE, G.: Oestreichs welthistorische Mission in seiner Herrschaft über die mittleren Donauländer. Hannover 1851. (2., erw. Aufl. 1854).
- GASPARI, A.C., G. HASSEL, J.G.F. CANNABICH: Vollständiges Handbuch der neuesten Erdbeschreibung. 1. Abt., Bd. 2, bearb. v. G. HASSEL. Weimar 1819.
- GATTERER, J.C.: Abriss der Geographie. Göttingen 1875.
- GUTSMUTHS, J.C.F.: Lehrbuch der Geographie. Leipzig 1810.
- HAHNZOG, A.G.: Lehrbuch der Militär-Geographie von Europa. Magdeburg 1820.
- HASSINGER, H.: Das geographische Wesen Mitteleuropas. In: Mitteilungen der k.k. Geographischen Gesellschaft in Wien. Bd. 60 (1917), S. 437-493.

- HERRMANN, J.G.: Die Weltkunde aus dem Standpunkte der Erdbeschreibung. Merseburg 1838.
- HOCHE, E.: Lehrbuch der Geographie für Gymnasien. Halle 1832.
- HÖFKEN, G.: Fragen der nationalen Fortbildung des Zollvereins. In: Deutsche Vierteljahrschrift (1847) H. 1, S. 116-194.
- HÖRSCHELMANN, A.: Uebersicht der gesammten Geographie für den ersten Unterricht in Gymnasien und Bürgerschulen. Berlin 1831.
- KAPP, E.: Philosophische oder vergleichende allgemeine Erdkunde. 2 Bde. Braunschweig 1845.
- KIRCHHOFF, A. [Hrsg.]: (H. A. DANIEL) Leitfaden für den Unterricht in der Geographie. 76. Aufl. Halle 1872; 125. Aufl. Halle 1879.
- KOHL, J.G.: Die streitenden Interessen Oesterreichs und Deutschlands auf der einen und Rußlands auf der andern Seite an den Donaumündungen und am schwarzen Meere. In: Deutsche Vierteljahrschrift (1849 a) H. 1, 1. Abt., S. 99-132.
- KOHL, J.G.: Die historische und politische Bedeutung der Ströme. In: Deutsche Vierteljahrschrift (1849 b) H. 4, S. 201-257.
- KOHL, J.G.: Die Völker Europa's. Hamburg 1873.
- KOST, K.: Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Bonn 1988. (Bonner Geographische Abhandlungen, H. 76).
- KUTZEN, J.: Das deutsche Land. Breslau 1855.
- LEIST, J.H.E.: Lehrbuch einer Erd- und Länderbeschreibung. 1. T. Königsberg 1829.
- LEMBERG, H.: Zur Entstehung des Osteuropabegriffs im 19. Jahrhundert. Vom "Norden" zum "Osten" Europas. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. NF. Bd. 33 (1985) H. 1, S. 48-91.
- LIST, F.: Schriften, Reden, Briefe, hrsg. v. E. v. BECKERATH et. al. Bd. V, VI, VII. Aalen 1971
- LUTZ, H.: Zwischen Habsburg und Preußen. Deutschland 1815-1866. Berlin 1885.
- MALCHUS, C.A.: Handbuch der Militär-Geographie von Europa. Heidelberg, Leipzig, Wien 1832.
- MEINICKE, C.E.: Lehrbuch der Geographie. Prenzlau 1839
- MEYER, H.C.: Mitteleuropa in German thought and action 1815-1945. Den Haag 1955.
- MEYNEN, E.: Deutschland und das Deutsche Reich. Leipzig 1935.
- (MÖRING, C.): Sibyllinische Bücher aus Oestreich. 2 Bde. Hamburg 1848.
- MÖRING, C.: Anträge des Abgeordneten. In: K. D. HASSLER [Hrsg.]: Verhandlungen der deutschen verfassunggebenden Reichs-Versammlung zu Frankfurt am Main. Bd. 5. Frankfurt a.M. 1848/49, S. 22-23, S. 75.
- MOESHAK, J.G.: Geographie, zum Gebrauch in Preußens Volksschulen. Emmerich 1833.
- NAGEL, H.F.: Schulgeographie fuer untere Klassen Hoeherer Schulanstalten der preussischen Staaten. 1. Abt. Danzig 1828?
- NÖSSELT, F.: Handbuch der Geographie für Töchterschulen. 1. T. Königsberg 1829.
- PARTSCH, J.: Mitteleuropa. Gotha 1904.
- PENCK, A.: Politisch-geographische Lehren des Krieges. Berlin 1915. (Meereskunde. Sammlung volkstümlicher Vorträge. H. 106).
- PERTHALER, J. v.: Das Erbkaiserthum Kleindeutschland. Frankfurt a.M. 1849.
- REUSCHLE, K.G.: Illustrierte Geographie für Schule und Haus. Stuttgart 1856.
- RITTER, C.: Europa. Hrsg.: H. A. Daniel. Berlin 1863.
- ROON, A. v.: Völker und Staaten der Erde. Berlin 1845. (Grundzüge der Erd-, Völker- und Staatenkunde. 3. Abt., Bd. 2).
- ROBOLSKY, H.: Uebungs- und Wiederholungsbuch zur Kunde des Vaterlandes. Eisleben 1833.
- RUDTORFFER, F.: Militär-Geographie von Europa. Prag 1839.
- SCHACHT, T.: Lehrbuch der Geographie. Mainz 1831.

- SCHNEIDER, K.F.R.: Leitfaden für die Allgemeine Erdkunde mit Beziehung auf Natur- und Menschenkunde. Bunzlau 1838
- SCHULTZ, H.-D.: Deutschlands "natürliche" Grenzen. In: A. DEMANDT [Hrsg.]: Deutschlands Grenzen in der Geschichte. München 1993, S. 32-93.
- SCHULTZ, H.-D.: "Was ist des deutschen Vaterland?" Geographie und Nationalstaat vor dem Ersten Weltkrieg. In: Geographische Rundschau 47 (1995) H. 9, S. 492-497.
- SCHULZE, J.M.F.: Kleines Lehrbuch der natürlichen Gränz- und Länderkunde. Halle 1787.
- SELTEN, F.C.: Hodegetisches Handbuch der Geographie. Bd. 1. Halle 1820.
- SEYDLITZ, E. v.: Leitfaden der Geographie. Breslau 1836².
- SEYDLITZ, E. v.: Schul-Geographie. Größere Ausgabe. Breslau 1865¹¹.
- SPEHLING, W.: Gehören die östlichen Nachbarländer Deutschlands zu Osteuropa. In: Geographie und Schule 3 (1881) H. 13, S. 1-6.
- STEIN, L. v.: Oesterreich und der Frieden. Wien 1856.
- UNGEWITTER, F.H.: Neueste Erdbeschreibung und Staatenkunde. 2 Bde. Dresden 1844, 1845. (5. Aufl. bearb. v. G.W. HOPF. 1879).
- VOIGT, F.: Leitfaden beim geographischen Unterricht. Berlin 1830.
- WAGNER, H.: Lehrbuch der Geographie. Bd. 2, 1. Abt. Hannover und Leipzig. 6., gänzl. umgearb. Aufl. 1915.
- WEISS, J.G.: Kurzer Unterricht in der Erdbeschreibung. Königsberg 1828.
- (WILHELM) Verfasser von Wahl und Führung: Ideen über Geographie. Leipzig 1820.
- WISOTZKI, E.: Zeitströmungen in der Geographie. Leipzig 1897.
- WOLLSTEIN, G.: Das 'Großdeutschland' der Paulskirche. Düsseldorf 1977.
- ZEUNE, A.: Gea. Berlin 1808. 2. Aufl. als GÖa. Berlin 1811. 4. Aufl. als Allgemeine naturgemäße Erdkunde mit Bezug auf Natur- und Völkerleben. 2 Bde. Berlin und Leipzig.

Prof. Dr. Hans-Dietrich Schultz
 Geographisches Institut der Humboldt-Universität zu Berlin
 Unter den Linden 6
 D-10099 Berlin

Dietrich Soyez

Raumwirksame Lobbytätigkeit

Einleitung

Zentrale Interessensfelder der Politischen Geographie sind traditionell staatsbezogen und spiegeln damit immer auch wesentliche Forschungsrichtungen der Politischen Wissenschaften wider. K.-A. Boesler (1969) hat in diesem Rahmen mit dem Konzept der 'raumwirksamen Staatstätigkeit' ein Themenfeld in den Vordergrund gerückt und weiterentwickelt, das sich seit nahezu drei Jahrzehnten für die Geographie als ebenso relevant wie fruchtbar erwiesen hat.

Jüngere politische, sozio-ökonomische und technische Entwicklungen lassen jedoch diesen lange Zeit sinnvollen Interessensfokus allein auf den Staat und seine formal legitimierten Akteure als immer fragwürdiger erscheinen. Vor diesem Hintergrund ist es das Hauptziel des vorliegenden Beitrags, 'raumwirksame Lobbytätigkeit' als eigenständiges, aber eng mit dem Konzept der 'raumwirksamen Staatstätigkeit' verknüpftes Forschungsfeld inhaltlich und fachlich zu begründen. Dies erfolgt in fünf Schritten: nach einer Präzisierung der Problemstellung werden einige Perspektiven der Politik- und damit Raumgestaltung durch nichtstaatliche Akteure diskutiert. Es folgt eine Begründung des gewählten Terminus. In einem weiteren Abschnitt wird der Blickwinkel eingeeengt auf die in jüngster Zeit geradezu spektakuläre Transnationalisierung¹ von Lobbytätigkeit. Ein Ausblick schließlich hat die Funktion, den bis dahin nicht weiter diskutierten Terminus der 'Raumwirksamkeit' in diesem Zusammenhang neu zu problematisieren.

Problemstellung

Von der 'Staatenwelt' zur 'Gesellschaftswelt'

Czempiel (1991, S. 12) hat mit guten Gründen unterstrichen, daß die frühere 'Staatenwelt' sich zunehmend in eine 'Gesellschaftswelt' verwandelt hat - nicht nur stärker regionalisiert, multipolar und polyarch, sondern auch gekennzeichnet durch gesellschaftliche Akteure, die sich aus der "hegenden Herrschaft der politischen Systeme [...] emanzipieren". Dies schränkt nicht nur den Handlungsspielraum der ehemals sehr autonom agierenden Nationalstaaten ein, sondern diese werden in wichtigen Politikfeldern geradezu entmachtet (etwa durch internationale Organisationen oder transnationale Unternehmen). Rosenau (1990) spricht im gleichen Zusammenhang von "Turbulence in World Politics" und versucht, den jetzigen polyzentrischen Zustand mit der Präsenz neuer mächtiger Gegenspieler der Staaten durch den Terminus 'postinternational politics' zu kennzeichnen. Vergleichbare Tendenzen staatlicher Entmachtung werden durch neue Problemlagen bewirkt (Beck, 1986). Sie hebeln alt-

hergebrachte Souveränitätsansprüche aus und machen zugleich konventionelle politische Reaktionsstrategien der Nationalstaaten obsolet. Grenzüberschreitende Umweltprobleme belegen dies nachdrücklich. Der Staat verliert durch diese Entwicklungen nicht nur Autonomiegrade in traditionellen Politikfeldern - zugleich werden ihm auch neue aufgezungen (etwa in der Umweltpolitik; hier ist symptomatisch die Prägung neuer Begriffe und Handlungsfelder wie 'Umweltaußenpolitik', Prittwitz, 1984, und 'environmental diplomacy', Carroll, 1983).

Auch bezüglich der 'Richtung' von Entscheidungen und ihren Weg durch die politischen Systeme wird folgerichtig geltend gemacht, daß sich in vielen Politikfeldern die frühere Dominanz von staatlichen 'top down'-Entscheidungen zunehmend auflöst und durch eine Vielzahl von nicht-staatlichen 'bottom up'-Prozessen ergänzt, teilweise sogar ersetzt wird (Princen, 1994).

Aus geographischer Sicht liegen erste Einschätzungen von Problemfeldern, die mit hier ablaufenden Fragmentierungsprozessen zusammenhängen, inzwischen auch in deutscher Sprache vor. Sie weisen in den jüngsten Arbeiten - neue international bedeutsame Arbeitsfelder der Disziplin widerspiegelnd - auch eine deutliche geopolitische Orientierung auf (vgl. hierzu jüngst etwa Sandner und Boesler, 1993, Boesler, 1994, Oßenbrügge und Sandner, 1994).

Zur Handlungsmacht von nicht-staatlichen Akteuren

Staatliche Akteure handeln (in der Regel) nicht völlig losgelöst von der politischen Wirklichkeit, so wie sie sich den Staatsbürgern mit ihren unterschiedlichen Interessenlagen darstellt. Die wichtige Frage jedoch, auf welchem Weg diese oft konfligierenden Interessen ihren Weg in die politischen Entscheidungsarenen finden und dann von den staatlichen Akteuren berücksichtigt werden, ist zwar in den Politischen Wissenschaften, nicht jedoch in der Politischen Geographie systematisch thematisiert worden (die Aufarbeitung diesbezüglicher Ansätze im Rahmen einer 'Politischen Geographie als räumliche Konfliktforschung' durch Oßenbrügge, 1983, ist hier eine seltene Ausnahme in der deutschsprachigen Politischen Geographie).

Aus einer solchen Perspektive rückt nicht die 'raumwirksame Staatstätigkeit' selbst, sondern die sie mitgestaltende Einflußnahme nicht-staatlicher Akteure in den Mittelpunkt des Interesses. In einem so umrissenen Forschungsfeld zeichnen sich zwei zentrale Problembereiche ab, von denen bisher keiner innerhalb der Politischen Geographie konsistent bearbeitet worden ist, nämlich die raumwirksamen Folgen der Tätigkeit von

- straff organisierten Interessenverbänden außerhalb der politischen Parteien (etwa Wirtschaftsverbänden),
- weniger fest gefügten und vielfach auch nur ephemere existierenden Interessengruppen (etwa Bürgerinitiativen).

Der erste Punkt verdiente zwar ebenfalls eine eingehendere Betrachtung, kann aber hier aus Platzgründen nicht weiter behandelt werden. Dafür soll der zweite Punkt ausführlicher dargestellt und begründet werden.

Politikgestaltung durch nicht-staatliche Akteure - einige Perspektiven

Seit den 1970er Jahren wurde in den Politik- und Sozialwissenschaften das Hervorwachsen neuer 'nicht-staatlicher' Akteure in ihren Bezügen zu Staat, Staatspolitik und Staatsbürgern mit einer Vielzahl von konzeptionellen und empirischen Studien begleitet. Einige der Leithemen seien hier kurz angesprochen.

Zunächst richtete sich die Aufmerksamkeit speziell auf Entstehungsbedingungen, Formen und Ziele der Bürgerinitiativbewegung (Mayer-Tasch, 1976, Guggenberger und Kempf, 1978). Angesichts von Umfang, Intensität und Wirkung wurden die unterschiedlichsten Ausprägungen der neu entstandenen Protestkultur (AKW-, Ökologie-, Friedensbewegung u.a.) dann aber bald unter dem Sammelbegriff der 'neuen sozialen Bewegungen' in breitere historische und konzeptionelle Zusammenhänge gestellt (zusammenfassende deutschsprachige Arbeiten etwa von Brand, 1982, 1985, Thaysen, 1982, Linse et al., 1988 sowie, aus jüngster Zeit, Rucht, 1994).

Auslösende Faktoren und notwendige Rahmenbedingungen für 'neue soziale Bewegungen' werden, je nach verwendetem Ansatz, sehr unterschiedlich beurteilt und können hier nicht im einzelnen angesprochen werden. Weitgehende Übereinstimmung besteht jedoch darin, daß historischen Modernisierungsschüben eine bedeutende Rolle zukommt. Sie bewirken nicht nur tiefgreifende materielle, soziale und mentale Verwerfungen (insbes. auch einen Wandel der vorherrschenden Wertesysteme mit 'elitenherausfordernden' Partizipationsansprüchen, vgl. Inglehart, 1990). Sie lassen auch bestehende oder neu entstehende Defizitfelder so stark hervortreten, daß dringender Handlungsbedarf wahrgenommen wird. Für die 'neuen' Bewegungen (im Unterschied zu den 'traditionellen') ist zudem charakteristisch, daß sie überwiegend von gut ausgebildeten Angehörigen der Mittelschicht getragen werden und weitestgehend reformistische Zielsetzungen haben.

Ohne daß dies in den genannten Arbeiten explizit thematisiert wird, ist schließlich offensichtlich, daß viele der von 'neuen sozialen Bewegungen' aufgegriffenen Themenfelder eine starke räumliche Komponente aufweisen, vor allem in den Bereichen 'räumliche Planung' allgemein und 'Umwelt' speziell. Vor diesem Hintergrund ist hier die Frage interessant, inwieweit Politik- und Sozialwissenschaftler den neuen Bewegungen eine wie immer geartete Wirkung beimessen. Zwar stellt Kitschelt prononciert fest: "New social movements ... engage in a *politics of space*", (1993, S. 14, Hervorh. von mir, D.S.), jedoch werden die tatsächlichen Wirkungen von Protestaktivitäten recht kontrovers diskutiert. Vorsichtige Schlußfolgerungen sind dennoch möglich.

Auf einer Makroebene kann man, Rochon und Mazmanian (1993, S. 77) folgend, drei denkbare, sich gegenseitig bedingende Einflußbereiche sozialer Bewegungen benennen: 'policy change', 'policy process' und 'value change'. Sie teilen dabei die

Einschätzung vieler Autoren, daß der von den Aktivisten explizit angestrebte unmittelbare Wandel der Politik vielfach nicht festzustellen ist und schließen: 'Rewarding for the activist but unable to affect policy' might be the summary judgment of any number of studies of the impact of social movements" (S. 77). Richtet man den Blick dagegen auf den 'policy process', so ihre These, muß dieses Urteil differenziert werden, denn erst im Einfluß der Bewegungen auf den politischen Prozeß wird der eigentliche Wandel induziert. Damit erfolgt die Wirkung in der Regel indirekt und oft auch mit einer Zeitverzögerung (etwa in Form politischer Konzessionen bezüglich Anhörung, Konsultation, Dezentralisierung politischer Autorität u.a.m., Rochon und Mazmanian, 1993, S. 78). In noch höherem Maß gilt dies, wenn erst auf dem Umweg über einen gesellschaftlichen Wertewandel Einfluß auf die politische Agenda und damit potentiell auf zukünftige politische Prozesse und einen zukünftigen politischen Wandel ausgeübt wird.

Rucht (1994a, S. 517) kommt einer solchen Einschätzung nahe, wenn er in seiner zusammenfassenden Übersicht die Problemlösungsfähigkeiten der meisten sozialen Bewegungen für bescheiden, ihre "Thematisierungs- und Problematisierungsleistung" jedoch für wichtig hält. Zugleich ist er aber auf einer Mesoebene in der Lage, in den Bereichen 'Materielle Policy-Ergebnisse' und 'institutionelle und prozedurale Ergebnisse' eine große Anzahl von konkreten Wirkungen direkter und indirekter Einflußnahme sozialer Bewegungen nachzuweisen. Entsprechende Belege sind auch von anderen Autoren vorgestellt worden (so jüngst Hager, 1993, McAdam, 1994, Friedrichs, 1994).

Die in solchen Studien vorgestellten empirischen Belege lassen sich zwanglos verknüpfen mit klassischen Vorstellungen der Politischen Geographie über die Zusammenhänge zwischen politischen Ideen auf der einen und räumlichen Implikationen auf der anderen Seite (so z.B. mit der bekannten Ketten-Theorie von Jones, 1954; vgl. hierzu auch die von Boesler, 1983, S. 147-150 abgeleiteten Schlußfolgerungen, sowie Ante, 1981, 1985, bezüglich des von ihm verwendeten Modells von Patrick).

Entsprechende Zusammenhänge zwischen nicht-staatlichen Akteuren und Raumentwicklung sind auch in früheren Gesamtdarstellungen der Politischen Geographie oder konzeptionell angelegten Einzeldarstellungen durchaus gewürdigt worden. So hat etwa Boesler (1983, S. 30) hervorgehoben, daß "raumwirksame Politik in das Beziehungsfeld von staatlicher und nichtstaatlicher 'Politik' gestellt werden muß, d.h. auch in die Wirksamkeit der Parteien und Interessenverbände" (ähnlich a.a.O., S. 51, S. 137 sowie 1985, S. 86; vgl. auch Obenbrügge, 1983, S. 110ff.). Ante (1981, S. 59ff.) macht im gleichen Zusammenhang die nützliche Unterscheidung zwischen administrativen, institutionellen und nichtinstitutionellen Interessengruppen und belegt ähnliche Überlegungen auch in der älteren politisch-geographischen Literatur (Ante, 1985).

Zudem ist seit Jahren auch in der deutschsprachigen Geographie eine Vielzahl von Beiträgen mit politisch- oder wirtschaftsgeographischer Zielsetzung vorgelegt worden, in denen die Reaktionen nicht-staatlicher Akteure auf raumbezogene Problemfelder und die sich dadurch ergebenden räumlichen Wirkungen bearbeitet worden sind. Sie lassen sich nahezu alle unter dem inzwischen etablierten Feld einer 'Politischen Geographie - und: Wirtschaftsgeographie - als räumlicher Konfliktforschung' subsumieren (vgl. etwa

Oßenbrügge, 1982, 1983a, 1983b, 1993, Quasten und Soyez, 1976, Sedlacek, 1976, Soyez, 1985, 1988a, b, um hier nur einige Arbeiten anzuführen).

Die einleitend geschilderte Entwicklung der letzten Jahre gibt jedoch allen Anlaß, der raumwirksamen Tätigkeit nicht-staatlicher Akteure eine deutlich verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Hierbei sollten jedoch nicht nur die von Konflikten begleiteten Formen der Einflußnahme studiert werden, sondern auch ihre subtileren, aber nicht weniger einflußreichen Varianten. Wichtig ist auch, entsprechende Wirkungszusammenhänge und ihre aus räumlicher Sicht interessierenden Folgen innerhalb der Politischen Geographie aus einer deutlicher *akteursbezogenen* Sicht zu problematisieren (vgl. etwa die äußerst aufschlußreiche, in Deutschland aber bisher noch nicht rezipierte Studie von Hulbert, 1989, über "luttes urbaines" in Québec). Schließlich ist hier, wie in vielen anderen Feldern der Geographie, die Rolle aktueller Globalisierungsprozesse stärker zu beachten - längst sind nicht-staatliche Akteure von solchen Prozessen ebenso erfaßt, wie sie diese in jüngster Zeit geradezu dramatisch verstärken (dazu unten mehr).

Terminologische Diskussion

Vor dem Hintergrund der bisher angeführten Überlegungen erscheint es ebenso reizvoll wie dringend, das bisher stark zersplitterte und auch unvollständig wahrgenommene Problemfeld der raumwirksamen Tätigkeit nicht-staatlicher Akteure (außerhalb der Parteien) unter einem angemessenen Terminus zusammenzuführen. Dies dürfte dazu beitragen, diese Forschungsperspektive in der Politischen Geographie (und auch in der Sozialgeographie) schärfer zu fokussieren und entsprechende Studien anzuregen.

Die bisher verwendeten Bezeichnungen stellen nur einen Teil der in Alltagssprache und Fachliteraturen verwendeten Termini dar, und ein genauerer Blick zeigt, daß sie sehr uneinheitlich und ohne klare Abgrenzungen zueinander verwendet werden. So findet man etwa Aktionsgruppe, Bürgerinitiative, Protestgruppe, Interessengruppe, Interessenverband, organisierte Interessen, (neue) soziale Bewegung, Lobby, Nicht-Regierungs-Organisationen und englische Entsprechungen (im Deutschen wird immer häufiger auch NGO für 'Non-Governmental-Organisation' verwendet). In den englischsprachigen Literaturen und Medien spricht man dazu noch von 'pressure group', 'grassroots group', 'citizen action group', 'public interest group' sowie Erweiterungen von NGO, nämlich INGO (International NGO), BINGO (Business INGO) oder ENGO (Environmental NGO), um hier nur die wichtigsten aufzuführen. Noch komplizierter wird die Situation dadurch, daß es vielfältige Übergänge zwischen den genannten Organisationsformen untereinander gibt, dazu auch zu den Parteien (vor allem dann, wenn aus verschiedenen 'neuen sozialen Bewegungen' eine Partei wird, z.B. die 'Grünen').

Hier sei sehr pragmatisch auf jede definitorische Diskussion verzichtet und stattdessen - auch mit dem Blick auf die Handhabbarkeit in Verbindung mit dem Adjektiv 'raumwirksam' - die Bezeichnung 'Lobby' gewählt. Sie vermag selbst im bisher überwiegend verwendeten Sinn die meisten der alten und neuen nicht-staatlichen

Akteure zu umfassen, soweit diese nämlich sich nicht nur in isoliertem Protestverhalten erschöpfen, sondern - wenn auch vielleicht nur zeitweise - das Gespräch mit offiziellen Akteuren suchen oder akzeptieren.

In Anlehnung an den in den Politikwissenschaften verstandenen Bedeutungsumfang für 'Lobby' (vgl. etwa Cigler und Loomis, 1986, Richardson, 1993, Naßmacher, 1995) seien vor diesem Hintergrund unter *raumwirksamer Lobbytätigkeit* solche *raumwirksamen Handlungen nicht-staatlicher Akteure (jedoch ohne Parteien) verstanden, bei denen Entscheidungsträger des politischen Systems mit Hilfe unterschiedlicher Methoden der Einflußnahme dazu gebracht werden sollen, die Interessen der Einflußnehmenden zu berücksichtigen* (zu den Methoden gehört die einfache Vermittlung von interessengeleiteter Information ebenso wie massiver Druck in seinen verschiedensten Formen).

In einem Kernbereich betrifft dies zunächst einmal hauptsächlich solche Handlungen, die eine direkte soziale Interaktion mit Politikern und Abgeordneten sowie den zuarbeitenden oder ausführenden Vertretern des administrativen Systems beinhalten. In einem umfassenderen Sinne sollte man aber noch weitere Typen von *Aktionsformen* und *Adressaten* unterscheiden, soweit hier zielgerichtete Handlungen zur Einflußnahme auf Entscheidungen impliziert sind, z.B.:

- *einmal* nämlich indirekte, distanzierte und 'gesprächslose' Formen des Drucks, etwa über Medienkampagnen oder Straßendemonstrationen,
- *zum anderen* nicht allein die Politik als Adressaten, sondern auch das wirtschaftliche System und seine Entscheidungsträger.

Die Einbeziehung auch dieses letztgenannten Bereichs in den faktischen und terminologischen Einzugsbereich der 'Lobbytätigkeit' ist sinnvoll, weil heute alle wichtigen Akteure des wirtschaftlichen Systems vom Einzelunternehmen bis hin zu den Spitzenverbänden ganzer Branchen oder der Wirtschaft insgesamt in engen funktionalen (und teilweise auch finanziellen und personellen) Verflechtungen mit dem politischen System stehen. Im Zuge gegenwärtig ablaufender Globalisierungsprozesse verdichten sich diese Verflechtungen auf und zwischen allen nur denkbaren Maßstabsebenen. Von der lokalen bis hinauf auf die globale Ebene wird damit Druck auf die Wirtschaft immer zugleich auch Druck auf die Politik - und umgekehrt, wobei den Medien hier eine entscheidende Katalysatorfunktion zukommt. Die Ereignisse im Sommer 1995 um die Öl(tank)plattform Brent Spar liefern hierfür ausgezeichnete Belege (zur Interpretation aus der Sicht von Greenpeace vgl. Vorfelder, 1995).

Dieses hiermit angeschnittene, höchst aktuelle Themenfeld der Transnationalisierung sei im folgenden Abschnitt näher beleuchtet. Damit können die vorstehenden Überlegungen mit einigen konkreten Fallstudien verknüpft und zugleich die Anwendungsmöglichkeiten des Ansatzes verdeutlicht werden.

Zur Transnationalisierung raumwirksamer Lobbytätigkeit

Reichweitenausdehnung und Maßstabsverflechtung

Die Transnationalisierung von raumwirksamer Lobbytätigkeit ist unter anderem - wie auch im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen unterstrichen - als Reaktion auf wahrgenommene Defizitfelder staatlichen Handelns zu verstehen. Diese müssen hier nicht notwendigerweise kritische Aspekte des *außenpolitischen* Agierens von souveränen Staaten oder übernationalen Organisationen betreffen. Eher die Regel denn eine Ausnahme ist, daß man zunehmend auch auf die transnationale Ebene geht, um *innenpolitische* Wirkungen zu erzielen (s. dazu unten mehr). Jüngste Entwicklungen in der Telekommunikation sowie die ständig verbesserten Möglichkeiten internationaler Reisen haben hier entscheidende Rahmenbedingungen gesetzt.

Folgt man der nützlichen Unterscheidung von Schütz und Luckmann (1979, S. 64), so sind damit die früher den meisten Menschen verschlossen gebliebenen Welten "potentieller Reichweite" plötzlich für Viele zu einer Welt in "aktueller Reichweite" geworden. Zugleich umfaßt damit für eine dramatisch ansteigende Anzahl politischer, sozialer und wirtschaftlicher Akteure der Radius ihrer "primären" und "sekundären" Wirkzonen potentiell die gesamte Erde.

Schon bestehende und immer wieder neu herstellbare Verknüpfungen ermöglichen schließlich vom Handelnden in Zeit und Raum getrennte Fernwirkungen, die an anderen Stellen der Erde beabsichtigte und unbeabsichtigte Folgen auslösen können (als typische "Konsequenzen der Moderne" im Sinne von Giddens, 1990, S. 18/19). Grenzüberschreitende Umweltbelastungen und Ressourcenzugriffe mit zunehmend bedrohlichen Auswirkungen bis hin auf die globale Maßstabsebene gehören zu den kritischsten Folgen dieser Entwicklung - und wirkten mit als Auslöser transnationaler Aktivitäten nicht nur von Staaten und internationalen Institutionen ("Umweltaußenpolitik"), sondern vor allem auch von Umweltgruppen und -organisationen (vor allem NGO) (vgl. hierzu schon früh Carroll, 1983, Caldwell, 1984, Lowe und Goyder, 1983, Willetts, 1983 sowie jüngst die höchst informativen Analysen, Fallstudien und Beispiele bei Ekins, 1992, Princen und Finger, 1994).

Hiermit zusammenhängende Fragen von geographischem Interesse seien im folgenden angesprochen und belegt, zugleich die jüngsten Forderungen von Obenbrügge und Sandner (1994, S. 683) unterstreichend, daß eine "zeitgemäße politisch-geographische Forschungsstrategie sich auf allen Maßstabsebenen des politischen Handelns" bewegen muß --- und, so ist hier zu ergänzen, auch alle wichtigen Akteure des politischen Handelns zu umfassen hat.

Das Schema in Abb. 1 kann hier als Visualisierung des potentiellen Aktionsraums umweltbezogener Lobbytätigkeit verstanden werden, in dem sich dann tatsächliche Interaktionsmuster mit sehr unterschiedlichen Reichweiten über mehrere Ebenen hinweg entfalten können. Dies sei hier in einigen Thesen vorgestellt, wobei sich erst bei einer Verbreiterung der empirischen Grundlage erweisen wird, ob die hier gezogenen Schlüsse verallgemeinerungsfähig sind.

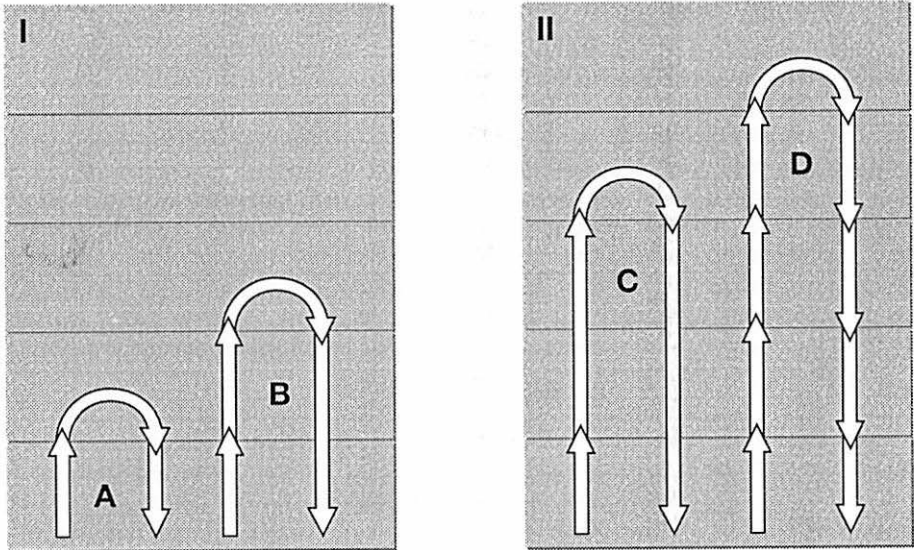


Abb. 1: Traditionelle (I) und heutige (II) Ebenen und Reichweiten der raumwirksamen Lobbytätigkeit nicht-staatlicher Akteure (Die Buchstaben A-D beziehen sich auf im Text genannte Beispiele).

Umweltbezogene Lobbytätigkeit in Deutschland war in den 1950er und 1960er Jahren durch Aktivitäten vor allem auf lokaler und regionaler Ebene geprägt. Die Auseinandersetzungen um den Bau von Kraftwerken und Kokereien im Saarland können hier als charakteristische Beispiele gelten (Abb. 1/I:A; zu Einzelheiten und Raumwirksamkeit vgl. Quasten und Soyez, 1976). In den 1970er Jahren wird die nationale Ebene zunehmend einbezogen. Dabei vergrößern sich nicht nur die Zahl von Akteuren und Verflechtungen zwischen hierarchischen oder institutionellen Maßstabs- und Kompetenzebenen, sondern auch die räumlichen Reichweiten von Auswirkungen und Gegenreaktionen (Abb. 1/I:B; zu Einzelheiten und Raumwirksamkeit vgl. Soyez, 1988b, dort vor allem Abb. 3.3.6/2, S. 204). Heute sind im gleichen Raum geplante Großkraftwerke in globale Diskurs- und Konfliktmuster eingebunden (Dörrenbächer und Soyez, 1995, Soyez 1995a), worüber an anderer Stelle ausführlicher berichtet werden soll.

Seit den späten 1980er Jahren häufen sich die Beispiele, daß sich lokale Akteure bis auf die internationale Ebene begeben, um ihre Umweltziele zu erreichen. Aufschlußreich ist hier die Kampagne einer kleinen Gruppe von kanadischen Umweltaktivisten aus Nova Scotia, die durch Druck auf ein großes schwedisches Holzwirtschaftsunternehmen in Schweden selbst versuchten, dessen kanadische Tochter zu einer Veränderung ihres kontroversen Umweltverhaltens zu zwingen (Abb. 1/II:C; zu Einzelheiten und Raumwirksamkeit vgl. Soyez, 1988a).

Die nahezu weltweiten Lobbyaktivitäten schließlich der kanadischen James Bay-Cree gegen die Wasserkraftprojekte auf der Labrador-Ungava-Halbinsel sind zwar ein besonders spektakulärer, aber nicht mehr seltener Beleg für die Fähigkeit lokaler Akteure, auf globaler Ebene und mit globalen Allianzen für ihre Interessen zu handeln: 'Think locally - act globally' wird hier zu einer systematischen Handlungsstrategie (der *Grand Council of the Crees of Quebec* ist bei den Vereinten Nationen als offizielle NGO registriert; Abb. 1/II:D, zu den Einzelheiten und Raumwirksamkeit vgl. Barker und Soyez, 1994). Ansätze zu einer ähnlichen Entwicklung zeigt die internationale Auseinandersetzung um die Nutzung temperierter Regenwälder an der kanadischen Pazifikküste (vgl. Ingram, 1994, *Der Spiegel*, 1994).

Transnationale NGO's: Raumwirksame Definitions-, Gestaltungs- und Verhinderungsmacht

Gerade für die letztgenannten Fälle trifft zu, was Princen (1994, S. 41) über die Rolle von Umwelt-NGOs hervorhebt: sie füllen Nischen politischen Handelns aus, die traditionelle internationale Akteure aufgrund eklatanter Defizite in Wahrnehmung, Willen und Handlungsspielraum nicht einnehmen. Somit beruht der Einfluß von transnational tätigen nichtstaatlichen Akteuren nicht auf "...territory and natural resources nor on the ability to gather taxes and marshall armies. Rather, it is influence achieved by *building expertise in areas diplomats tend to ignore and by revealing information economic interests tend to withhold*" (meine Hervorh., D.S.).

Qualitativ ist hier offensichtlich mehr entstanden als nur eine transnationale Variante ehemals binnenstaatlicher Interessenwahrnehmung (oder sozialer Bewegungen). Princen, Finger und Manno (1994) sehen den qualitativen Sprung in dem (im günstigsten Fall) erfolgenden Aufspannen zweier Dimensionen: in der Politisierung bio-physikalischer Problembereiche bei *gleichzeitiger* Verknüpfung der lokalen mit der globalen Ebene (zu einigen der hiermit auch verbundenen Probleme vgl. jüngst Jamison, 1996).

Viele bisher vorliegende Belege deuten darauf hin, daß die Wirkung transnationaler Umwelt-NGO's über eine oberflächliche "Problematisierungs- und Thematisierungsfunktionen" weit hinausgeht. Weit einschneidender ist heute offensichtlich ihre Definitionsmacht, also ihr Vermögen, für alte und neue Problemzusammenhänge neue Bedeutungen zu konstruieren und entsprechende Legitimations-, Überzeugungs- und Mobilisierungsstrategien zu entwickeln (zu entsprechenden 'Framing'-Konzepten vgl. Snow und Benford, 1988, McAdam, 1994). Die Entstehung des heute weltweit einflußreichsten Leitbildes für den Übergang zu umwelt- und sozialverträglichen Entwicklungspfaden, das der 'nachhaltigen Entwicklung', ist hierfür ein ausgezeichnetes Beispiel (McCormick, 1989, S. 162ff., Porter und Brown, 1991). Transnationale NGO's bestimmen heute zugleich auch - in einem übertragenen wie auch in einem konkreten Sinn - die Tagesordnungen nationaler und internationaler Politik und gehören damit im Umweltbereich zu den wichtigsten 'agenda setters' (zu diesem Konzept vgl. etwa Cobb und Elder, 1983, Neidhardt, 1994).

Somit resultieren aus 'framing' und 'agenda setting' der transnationalen Lobbytätigkeit ihre *raumwirksame Gestaltungs- und Verhinderungsmacht* (auch hier wieder zahlreiche Beispiele bei Princen und Finger, 1994 und - in Bezug auf die oben angesprochene James Bay-Problematik - Jenson, 1995, Soyez, 1995b).

Ausblick

Ziel der vorstehenden Abschnitte war es, die große Bedeutung nicht-offizieller Akteure ('Lobbies') als Verursacher und Vermittler raumwirksamer Tätigkeiten in Einzelfällen zu belegen und generell wahrscheinlich zu machen, vor allem in ihrer Einflußnahme auf die unterschiedlichen Handlungskreise der 'raumwirksamen Staatstätigkeit'. Wenn dabei der Begriffsinhalt von 'Raumwirksamkeit' nicht weiter problematisiert wurde, so bedeutet dies implizit, daß wichtige Folgen von Lobbytätigkeit zunächst in einem durchaus klassischen Geographieverständnis gesehen werden, also etwa in konkreten Veränderungen bestehender räumlicher Strukturen, Prozesse und Potentiale.

Wichtige räumliche Implikationen - und damit Untersuchungsgegenstände der Geographie - sind jedoch auch noch in weiteren Bereichen offensichtlich. Zwei von ihnen seien abschließend kurz angesprochen, weil sie besonders geeignet erscheinen, bestehende Fixierungen auf 'Raumwirksamkeit' allein in Form von physisch-materiellen Folgen aufzuheben (vgl. hierzu auch schon Boeslers Hinweis auf "Politische Geographie als Lehre von den Raumbezügen politischer Systeme", 1985, S. 84).

Ein erster aus räumlicher Sicht interessanter Problembereich ist im Aufbau und im Funktionieren der für Lobbies so typischen *Handlungs- und Einflußnetzwerke* selbst zu sehen. Auf den ersten Blick scheinen diese, vor allem in ihren jüngsten transnationalen Ausprägungen, Raum und Zeit geradezu aufzulösen; zugleich jedoch ist offensichtlich, daß sie auch auf eine neue - und mit traditionellen geographischen Kategorien nur schwer faßbare - Weise 'raumbildend' wirken, indem sie bestehenden Raum neu strukturieren und neue 'Räume' schaffen, konstituiert etwa durch spezifische Ströme von Informationen, Einfluß und Macht ("scapes" im Sinne von Appadurai, 1990). Hier das Hauptaugenmerk zu richten auf eine bloße Verortung von Standorten und Reichweiten von Lobbytätigkeit, wäre sicher nicht angemessen. Stattdessen sollten die Handlungen und Intentionen selbst der Akteure in den Mittelpunkt des Interesses rücken, so wie es etwa Werlen (1988) für die Sozialgeographie begründet hat. Interessante Bezüge ergeben sich auch zu den jüngst von ihm unterschiedenen Typen des "alltäglichen Geographie-Machens", hier vor allem zu den "Geographien autoritativer Kontrolle", "Geographien symbolischer Aneignung" und "Geographien der Informationsbezüge" (Werlen, 1995, S. 520).

Die Verbindung zur physisch-materiellen Welt ('Raumbedingtheit' im traditionellen Sinn) und den materialisierten Handlungsfolgen ('Raumwirksamkeit' im traditionellen Sinn) kann dabei hergestellt werden - und dies ist der zweite wichtige Problembereich - über die *sozial konstruierten Repräsentationen von 'Raum' und 'raumbezogenen Sachverhalten* (etwa 'Umwelt', 'Natur', 'Ressourcen'), so wie sie das Denken und Handeln unterschiedlicher Akteure in der politischen Arena beeinflussen.

Mit einer solchen Konzeptualisierung der Raumwirksamkeit von Lobbytätigkeit wird nicht nur ein sich schnell entwickelnder Strang der zeitgenössischen Kultur- und Sozialgeographie aufgenommen (vgl. etwa Harvey, 1990, Part III, mit einer Synopse in Tab. 3.1; jüngst von Shurmer-Smith & Hannam, 1994, anregend auf verschiedene Felder der Kulturgeographie umgesetzt). Sie ermöglicht zugleich, an die im vorangegangenen Abschnitt schon angesprochenen Konzepte von 'framing' und 'agenda setting' der Politik- und Sozialwissenschaften anzuknüpfen und diese überall dort systematischer für die Politische Geographie umzusetzen, wo deutliche Raumbezüge bestehen. In diesem Sinn wäre danach raumwirksame Lobbytätigkeit aufzufassen als der Versuch, bestehende dominante Muster sozialer Konstruktion von Raum durch neue Problematisierungs-, Überzeugungs- und Mobilisierungsstrategien aufzubrechen und umzudefinieren.

Inhaltlich und konzeptionell ist vor diesem Hintergrund das Forschungsfeld der 'raumwirksamen Lobbytätigkeit' geeignet, die heutige Politische Geographie um eine Reihe von ebenso ergiebigen wie praxisrelevanten Perspektiven zu erweitern.

Nachwort

Die Problematik 'raumwirksamer Bürger- und Lobbytätigkeit' (so schon ein einige Jahre alter Formulierungsvorschlag, Soyez, 1985, S. 328) hat mich seit dem ab Mitte der 70er Jahre gemeinsam mit Heinz Quasten bearbeiteten und von der DFG geförderten Vorhaben "Industriell bewirkte Flächennutzungskonkurrenzen" immer wieder beschäftigt. Vor diesem Hintergrund ist es mir Freude und Genugtuung zugleich, diesbezügliche Überlegungen gerade in der vorliegenden Festschrift zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen.

Für wertvolle Hilfe bei der Zusammenstellung und kritischen Wertung neuerer Literatur danke ich Herrn Stud.-Ref. Klaus Schäfer (Köln), engagierter Mitarbeiter im Rahmen des von der EU finanzierten Forschungsvorhabens "Landscape and Life: Appropriate Scales for Sustainable Development (Koordination: Prof. Anne Buttner, University College Dublin). In der von mir geleiteten deutschen Fallstudie dieses Projekts haben die verschiedensten Maßstabsverflechtungen raumwirksamer Lobbytätigkeit eine große Rolle gespielt, und hier gebührt Herrn Dr. Peter Dörrenbächer (Fachrichtung Geographie, Universität des Saarlandes), der im Rahmen dieses Vorhabens den saarlandbezogenen Teil bearbeitet hat, ein ebenso herzlicher Dank für wertvolle Anregungen. Schließlich sei der Deutschen Forschungsgemeinschaft gedankt für die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Forschungsvorhabens "Periphere Ressourcennutzung und Transnationalisierungsprozesse".

Zusammenfassung

Zentrale Interessenfelder der Politischen Geographie sind traditionell staatsbezogen, zugleich auch auf offizielle oder formal legitimierte Akteure konzentriert. Der Ansatz der 'raumwirksamen Staatstätigkeit' ist in Deutschland seit Jahren die einflußreichste Ausprägung dieser Forschungsrichtung.

Die politischen, sozio-ökonomischen und technischen Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte lassen es heute jedoch für die Politische Geographie als dringlich erscheinen, die große und offensichtlich zunehmende Bedeutung auch nicht-offizieller Akteure anzuerkennen (z.B. von Bürgerinitiativen, Interessenverbänden, NGO's u.a.m.). Folglich stellt sich hier in den kommenden Jahren die Aufgabe, die räumlichen Implikationen der Aktivitäten nichtoffizieller Akteure konzeptionell, terminologisch und inhaltlich genauer zu fassen. Unter dem Dach des Terminus 'raumwirksame Lobbytätigkeit' werden hierzu im folgenden erste Überlegungen vorgestellt und am Beispiel der Transnationalisierungsprozesse im Umweltbereich näher erläutert.

Summary

Central fields of interest in political geography have traditionally been related to states as well as official or formally legalized persons involved in them. In Germany the approach of "spatially effective state activity" has for many year been the most influential form of this research direction.

However, the political, socio-economic and technical developments of the past two decades are reason enough for political geography to recognize the major and evidently increasing significance of unofficial players in this field (citizen's initiatives, interest groups, NGO's, etc) as well.

It follows that, in years to come, the task will arise of presenting in greater detail the content and underlying concept together with a terminology for the spatial implications of the activities of the unofficial participants involved. Under the term "spatially effective lobbying" as a heading, what follows presents preliminary considerations on this and, using the example of transnationalization processes in the environmental field, provides more detailed explanations.

Anmerkung

¹Terminologisch wird im folgenden unterschieden zwischen "international" (bezogen auf die entsprechende Maßstabebene sowie offizielle Akteure) und "transnational" (bezogen auf Aktivitäten sowie nicht-offizielle Akteure).

Literatur

- ANTE, U.: Politische Geographie. Braunschweig 1981 (Das Geographische Seminar).
- ANTE, U.: Zur Grundlegung des Gegenstandsbereichs der Politischen Geographie. Wiesbaden 1985 (Erdkundliches Wissen, Heft 75).
- APPADURAI, A.: Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy. In: M. FEATHERSTONE [Hrsg.]: Global Culture: Nationalism, Globalization and Modernity. London 1990, S. 295-310.
- BECK, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt 1989.
- BARKER, M.L. und D. SOYEZ: Think Locally - Act Globally? The Transnationalization of Canadian Resource-Use Conflicts. Environment 36 (1994) (Washington, D.C.), Nr. 5, S. 12-20 u. 32-36. 1994.
- BOESLER, K.-A.: Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit. Berlin 1969 (Abhandlungen des I. Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin, 12).
- BOESLER, K.-A.: Politische Geographie. Stuttgart 1983 (Teubner Studienbücher Geographie).
- BOESLER, K.-A.: Die Raumbezüge politischen Handelns - Ansätze einer Neubelebung der Politischen Geographie in der Bundesrepublik Deutschland. In: 45. Deutscher Geographentag Berlin, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 1985, S. 83-94.
- BOESLER, K.-A.: Neue Ansätze der Politischen Geographie und der Geopolitik zu Fragen der Sicherheitspolitik. In: JORKE, W.-U. [Hrsg.]: Sicherheitspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Hamburg/Berlin/Bonn 1995, S. 75-87 (Festschrift für Dieter Wellershoff).
- BRAND, K.-W.: Neue soziale Bewegungen: Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz. Opladen 1982.
- CALDWELL, L.K.: International Environmental Policy. Emergence and Dimensions. Durham 1984.
- CARROLL, J.E.: Environmental Diplomacy. Ann Arbor 1983.
- CIGLER, A.J. und B.A. LOOMIS [Hrsg.]: Interest Group Politics. Washington 1986.
- COBB, R.W. und Ch. D. ELDER: Participation in American Politics. The Dynamics of Agenda-Building. Baltimore-London 1983.
- CZEMPIEL, E.-O.: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. München ²1991 (Beck'sche Reihe, 444).
- Der Spiegel: Kahlschlag für den Kiosk? Der Streit zwischen Greenpeace und Kanada über die Waldnutzung. Hamburg 1994 (Der Spiegel Dokument).
- DÖRRENBÄCHER, P. und D. SOYEZ: Patterns of Environmental Conflicts: the Case of Coal Power Plants in the Saarland. In: IGU Regional Conference [Hrsg.]: Environment and Quality of Life in Central Europe: Problems of Transition. Prag 1995, 5 S. und 3 Abb. (CD-ROM).
- EKINS, P.: A New World Order. Grassroots Movements for Global Change. London/New York 1992.
- FRIEDRICH, J.: Stresemannstraße. Eine Fallstudie zur Dynamik sozialen Protests. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 46 (1994), S. 359-374.
- GIDDENS, A.: The Consequences of Modernity. Oxford 1990.
- GUGGENBERGER, B. und U. KEMPF [Hrsg.]: Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen 1978.
- HAGER, C.: Citizen Movements and Technological Policymaking in Germany. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 528 (1993), S. 42-55.
- HARVEY, D.: The Condition of Postmodernity. Oxford 1989.
- HULBERT, F.: Essai de géopolitique urbaine et régionale. La comédie urbaine de Québec. Montréal 1989.

- INGLEHART, R.: *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton 1990.
- INGRAM, G.B.: *The Ecology of a Conflict*. In: *Clayoquot & Dissent*, S. 9-71, Vancouver 1994.
- JAMISON, A.: *The Shaping of the Global Environmental Agenda: The Role of Non-Governmental Organisations*. In: S. LASH, B. SZERSZYNSKI und B. WYNNE [Hrsg.]: *Risk, Environment & Modernity. Towards a New Ecology*. London/Thousand Oaks/New Delhi (1996), S. 224-245.
- JENSON, J.: *Claims to Legitimate Dominion: The Politics of Environment and Constitutional Politics in Northern Quebec*. In: *Zeitschrift für Kanada-Studien* 15 (1995), Nr. 1, S. 7-23.
- JONES, St.B.: *A Unified Field Theory of Political Geography*. In: *Annals of the Association of American Geographers* 44 (1954), S. 241-255.
- KITSCHOLT, H.: *Social Movements, Political Parties, and Democratic Theory*. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 528 (1993), S. 13-29.
- LINSE, U. et al.: *Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte*. Berlin/Bonn 1988.
- LOWE, P. und J. GOYDER: *Environmental Groups in Politics*. London 1983 (The Resource Management Series, 6).
- MAYER-TASCH, P.C.: *Die Bürgerinitiativbewegung*. Reinbek 1976.
- McADAM, D.: *Das "Framing" der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46 (1994), S. 391-411.
- McCORMICK, J.: *Reclaiming Paradise. The Global Environmental Movement*. Bloomington-Indianapolis 1989.
- NABMACHER, H.: *Politikwissenschaft*. München/Wien 2. Aufl. 1995.
- NEIDHARDT, F.: *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46 (1994), S. 7-41.
- OEBENBRÜGGE, J.: *Industriensiedlung und Flächennutzungsplanung in Stade-Bützflath und Drochtersen - Lokale Interessen und Politikverflechtung im kommunalen Entscheidungsprozess*. In: H. NUHN und J. OEBENBRÜGGE [Hrsg.]: *Wirtschafts- und sozialgeographische Beiträge zur Analyse der Regionalentwicklung und Planungsproblematik im Untereifelraum*. Hamburg 1982, S. 33-88 (Arbeitsberichte und Ergebnisse zur wirtschafts- und sozialgeographischen Regionalforschung).
- OEBENBRÜGGE, J.: *Politische Geographie als räumliche Konfliktforschung*. Hamburg 1983 (Hamburger Geographische Studien, H. 40) (= 1983a).
- OEBENBRÜGGE, J.: *Umweltrisiko und Raumentwicklung. Wahrnehmung von Umweltgefahren und ihre Wirkung auf den regionalen Strukturwandel in Norddeutschland*. Berlin/Heidelberg/New York 1993.
- OEBENBRÜGGE, J. und G. SANDNER: *Zum Status der Politischen Geographie in einer unübersichtlichen Welt*. In: *Geographische Rundschau* 46 (1994), H. 12, S. 676-684.
- PORTER, G. und J.W. BROWN: *Global Environmental Politics*. Boulder 1991.
- PRINCEN, Th.: *NGOs: Creating a Niche in Environmental Diplomacy*. In: PRINCEN, Th. und M. FINGER [Hrsg.]: *Environmental NGOs in World Politics. Linking the Local and the Global*. London/New York 1994, S. 29-47.
- PRINCEN, Th. und M. FINGER: *Environmental NGOs in World Politics. Linking the Local and the Global*. London/New York 1994.
- PRINCEN, Th., M. FINGER und J.P. MANNO: *Transnational Linkages*. In: PRINCEN, Th. und M. FINGER [Hrsg.]: *Environmental NGOs in World Politics. Linking the Local and the Global*. London/New York 1994, S. 217-236.
- PRITTWITZ, V.: *Umweltaußenpolitik. Grenzüberschreitende Luftverschmutzung in Europa*. Frankfurt/New York 1984.

- QUASTEN, H. und D. SOYEZ: Völklingen-Fenne: Probleme industrieller Expansion in Wohnsiedlungsnähe. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 50 (1976), S. 245-284.
- RICHARDSON, J.J.: Pressure Groups and Government. In: RICHARDSON, J.J. [Hrsg.]: *Interest Group Behaviour in Britain: Continuity and Change*. Oxford 1993, S. 1-15.
- ROCHON Th.R. und D.A. MAZMANIAN: Social Movements and the Policy Process. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 528 (1993), S. 75-87.
- ROSENAU, J.N.: *Turbulence in World Politics. A Theory of Change and Continuity*. Princeton 1990.
- RUCHT, D.: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt/New York 1994 (Theorie und Gesellschaft, Bd. 32) (= 1994).
- RUCHT, D.: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46 (1994b), S. 337-358.
- SANDNER, G. und K.-A. BOESLER [Hrsg.]: *Neue Raumstrukturen globaler Politik - Herausforderungen für die Politische Geographie*. In: *Geographische Zeitschrift* 81 (1993), H. 4 (Themenheft).
- SCHÜTZ, A. und Th. LUCKMANN: *Strukturen der Lebenswelt*. Bd. 1, Frankfurt a.M. 1979 (suhrkamp taschenbuch wissenschaft, 284).
- SEDLACEK, P.: Industrieansiedlung und Umweltschutz. Das Ansiedlungsvorhaben der VEBA-Chemie bei Rheinberg. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 20 (1976), S. 173-179.
- SHURMER-SMITH, P. und K. HANNAM: *Worlds of Desire, Realms of Power. A Cultural Geographie*. London/New York/Melbourne/Auckland 1995.
- SNOW, D.A. und R.D. BENFORD: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: B. KLANDERMANS, H. KRIESI und S. TARROW [Hrsg.]: *From Structure to Action. Social Movement Participation Across Cultures*, S. 197-217, Greenwich 1988.
- SOYEZ, D.: Ressourcenverknappung und Konflikt. Saarbrücken 1985 (Arbeiten aus dem Geographischen Institut der Universität des Saarlandes, Bd. 35).
- SOYEZ, D.: The Internationalization of Environmental Conflict: The Herbicide Issue in Nova Scotia's Forests and its links with Sweden. In: J. CARLSEN und B. STREIFFERT [Hrsg.]: *Canada and the Nordic Countries*. Lund, 1988, S. 309-320 (Proceedings from the Second International Conference of the Nordic Association for Canadian Studies, University of Lund, 1987)(= 1988a).
- SOYEZ, D.: Industriell bedingte Umweltbelastung und Nutzungskonflikte: Kraftwerksprojekte im Saarland (regionaler Teil). In: W. GAEBE [Hrsg.]: *Industrie und Raum*, Köln 1988, S. 198-211 (Handbuch des Geographieunterrichts)(= 1988b).
- SOYEZ, D.: Assessing Energy Projects in the Saarland, Federal Republic of Germany. In: *Environments* 23 (1995), Nr. 1, S. 82-92 (= 1995a).
- SOYEZ, D.: La Baie James: faut-il rapatrier ou mondialiser le débat? In: *Cahiers de Géographie du Québec* 39 (1995), S. 63-77 (= 1995b).
- THAYSEN, U.: *Bürger-, Staats- und Verwaltungsinitiativen*. Hamburg 1982 (R. v Decker's rechts- und sozialwissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 9).
- VORFELDER, J.: *Brent Spar oder die Zukunft der Meere*. München 1995 (Beck'sche Reihe 1142).
- WERLEN, B.: *Gesellschaft, Handlung und Raum*. Wiesbaden 1987 (Erdkundliches Wissen, Bd. 89).
- WERLEN, B.: *Landschaft, Raum und Gesellschaft*. In: *Geographische Rundschau* 47 (1995), H. 9, S. 513-522.

**Prof. Dr. Dietrich Soyez
Geographisches Institut
Universität zu Köln
Albertus-Magnus-Platz
D-50931 Köln**

Walter Sperling

Geographische Namen politisch instrumentalisiert: Das Beispiel Lothringen

1. Zur Standardisierung geographischer Namen

Die Vereinten Nationen haben in den vergangenen Jahren wiederholt dazu aufgefordert, die geographischen Namen in den Mitgliedsstaaten zu standardisieren, um so die nationale, binationale und internationale Kommunikation zu erleichtern (Breu, 1986, S. 23ff.). Dahinter steckt nicht zuletzt auch der Wunsch bzw. der Druck der jungen Nationalstaaten, das kolonialzeitliche Namengut nicht mehr zu beachten und stattdessen Namen zu verwenden, die den neuen Amtssprachen entnommen und der Kultur der einheimischen Völker angemessen sind. Betroffen davon sind nicht nur die Namen von Städten und Gemeinden, sondern auch weitere geographische Objekte.

Solche Namen, die in den neuen geographischen und topographischen Nomenklaturen auftauchen, sind nicht immer neu oder gar frei erfunden. Vielmehr sind es oft ältere Namen, die durch die Amtssprachen der Kolonialmächte verdrängt worden waren, sich aber sehr wohl im mündlichen Sprachgebrauch der eingesessenen Bevölkerung gehalten haben. Um sie auch der schriftlichen oder sonst einer anderen medialen Kommunikation zugänglich zu machen, bedarf es der Standardisierung, also der Fixierung durch Zeichen, die gelesen werden können.

Betroffen von solchen Erwägungen, die manche Empfindlichkeit mobilisieren und politische Spannungen erzeugen können, sind aber nicht nur Staaten in der Dritten Welt, sondern neuerdings wieder solche in Europa und Nordasien. Beispiele sind die ungarischsprachigen Namen in der südlichen Slowakei, die slowenischen Namen in Kärnten und in Friaul, besonders aber viele Namen in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, wo das historisch gewachsene Namengut nachhaltig russifiziert worden war, was von den Medien außerhalb des Sowjetreiches problemlos nachgeahmt worden ist, wobei man aber nach der Meinung der Betroffenen oder Benannten selten gefragt hat. Selbst in einem Staat wie Frankreich, wo seit 200 Jahren feste Prinzipien hinsichtlich des Sprachgebrauches der geographischen Namen entwickelt worden waren (vgl. Veiter, 1990, S. 41ff.), sind die Fronten neuerdings wieder ins Wanken gekommen. Die Minderheiten der Basken, Bretonen, Flamen, Deutschen (Elsaß-Lothringer), Okzitanier und Korsen haben zum Entstehen regionalistischer Bewegungen beigetragen, deren Forderungen bezüglich des Gebrauchs der Minderheitensprachen auch die geographische Namenwelt berührt.

Zu den hoheitlichen Aufgaben des Staates, also zur raumwirksamen Staatstätigkeit, gehört u.a. die Bestimmung der Staatssprache bzw. der Amtssprache. Ist ein Staat wie beispielsweise Island oder Portugal von einer sprachlich hochgradig homogenen Bevölkerung bewohnt, dann versteht es sich von selbst, daß Nationalsprache, Staatssprache und Amtssprache identisch sind. Gibt es aber nennenswerte Minderheiten oder ist die Bevölkerung in einem Territorium im hohen Maße heterogen zusammenge-

setzt, dann sind konkrete und in der Praxis brauchbare Regelungen über die Staatssprache bzw. die Amtssprachen notwendig. Die Regelung kann erfolgen durch entsprechende Bestimmungen in der Verfassung, durch ein Sprachengesetz oder durch Verordnungen der regionalen und lokalen Behörden.

Dabei ist zu beachten, daß es sich beim Recht zum ungehinderten Gebrauch der Sprache um ein Menschenrecht handelt, das durch verschiedene internationale Konventionen abgesichert worden ist. Beispielsweise wird das "Recht auf Gebrauch der eigenen Sprache" in der Konvention über die politischen und bürgerlichen Menschenrechte von 1966 ausdrücklich hervorgehoben (Haarmann, 1974, S. 16).

Wenn hier auch die endonymischen geographischen Namen nicht ausdrücklich genannt sind, so müssen sie dennoch unter diesem Sachverhalt gesehen werden. Unter geographischen Namen (place names) verstehen wir die Namen von Landschaften (Gebirgen), Gewässern, von Siedlungen, von markanten Geländepunkten und selbst die Straßennamen und die Flurnamen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Namen der politischen Gemeinden einschließlich der Ortsteile sowie den Namen der Verwaltungsbezirke. Für Verwaltung, Post, Bahn und für die amtliche topographische Kartographie müssen hier standardisierte Lösungen getroffen werden, die von allen Seiten, die es angeht, akzeptiert werden.

Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß mit solchen Amtssprachenregelungen sehr unterschiedlich umgegangen werden kann. Der Spielraum reicht von einem völlig liberalen Sprachenrecht, wo jeder Bürger in jeder Situation die Sprache seiner Wahl gebrauchen kann, bis zur völligen Unterdrückung der Sprachen der Minderheiten zugunsten der Staatssprache, die identisch ist mit der Sprache der nationalen Mehrheit oder gelegentlich auch einer dritten Sprache (wie lateinisch), die zur Amtssprache erhoben wird. Beispielsweise sind Regelungen zu treffen über den Gebrauch der Sprache im Umgang mit den Behörden oder vor Gericht, über die Unterrichtssprache(n) in den Schulen, die Kommandosprache beim Militär, die im Gottesdienst und bei kirchlichen Handlungen zugelassenen Sprachen u.a.m.

Wenn ein Territorium seinen Besitzer wechselt oder auch nur unter fremde Gewalt gestellt wird, dann hat dies in den meisten Fällen Konsequenzen für den Gebrauch der geographischen Namen auf Landkarten und in der amtlichen Statistik, auf Ortstafeln, Wegweisern, in den Medien, vor Gericht und im Behördenverkehr, nicht weniger als in Schule und Unterricht. Auch die gesellschaftliche und höchst private Sphäre wird davon berührt. Man denke etwa an die Gestaltung von Briefpapier, Visitenkarten, Familienanzeigen, Grabsteinen und bei anderen Gelegenheiten.

Demnach gilt der Grundsatz: "Cuius regio, eius nomina" - wer regiert, der bestimmt auch über die Form der Namen. Das bedeutet in der Praxis: die Regelungen über den Gebrauch der Amtssprache gelten letztlich auch für den Gebrauch geographischer Namen. Gegen einen solchen Grundsatz gibt es kaum ein vernünftiges Argument, so lange es einer eindeutigen Kommunikation dienlich ist und keine Volksgruppe in irgendeiner Form diskriminiert wird. Aber das ist leider in vielen Fällen nicht die Regel.

Man darf behaupten, daß bei der Regelung der geographischen Namenfrage erheblicher Streit entstehen kann. Jede Minderheit fühlt sich diskriminiert, wenn sie in der schriftlichen oder mündlichen Kommunikation ihre angestammten und gewohnten

Namen nicht mehr gebrauchen darf, weil den Namen in der Sprache des Mehrheitsvolkes der Vorzug gegeben wird. Besonders eklatant sind Umbenennungen, die politische Macht demonstrieren sollen, beispielsweise nach Persönlichkeiten des politischen Lebens.

So kann es geschehen, daß eine Minderheit auch in die Rolle der politischen Opposition gerät und die Namenfrage als Waffe im politischen Kampf einsetzt. Besonders prekär kann die Situation werden, wenn der Minderheit ein Mehrheitsvolk im Nachbarland entspricht, das dieses als Irredenta instrumentalisieren könnte. Aber auch die neueren Regionalbewegungen haben dazu beigetragen, daß Minderheiten ihre Identität bewußter erleben und damit auch Impulse geben für das Bewahren angestammter geographischer Namen.

Nach dem Vorbild des 1890 in den Vereinigten Staaten errichteten "Board on Geographical Names" haben zahlreiche Staaten Kommissionen eingerichtet, die mit Fachleuten besetzt sind und die Aufgabe haben, Listen geographischer Namen zu erstellen und dabei auch über die exakte Schreibweise und die angemessene Aussprache zu bestimmen. In Deutschland ist dies der 1959 von Prof. Dr. Emil Meynen gegründete "Ständige Ausschuß für geographische Namen (StAGN)", der beachtliche Arbeiten vorgelegt hat. In Frankreich liegt die Kompetenz beim "Institut Géographique National" mit der "Comission de Toponymie". Authentische Quellen für die Formen der Namen und ihre Rechtschreibung sind demnach die amtlichen Kartenwerke der Landestopographie sowie die amtlichen Gemeinde- bzw. Ortschaftsverzeichnisse der staatlichen Administrationen.

Solche Kommissionen können nur Empfehlungen aussprechen. Für die Durchsetzung bedarf es gesetzlicher Regelungen oder Verwaltungsanordnungen, deren Vollzug von den Ordnungsorganen überwacht wird. Durch Strafandrohungen oder andere repressive Maßnahmen wird versucht, eine Vereinheitlichung bzw. Standardisierung zu erreichen, gleichzeitig aber werden Gewohnheiten ausgelöscht, Gefühle verletzt und Emotionen geweckt. Das behördlich verordnete und polizeilich exekutierte Verdikt ist dazu angetan, eine geschichtlich gewachsene Kultur und damit auch ein Stück regionaler Identität zu vernichten.

Eine Problematik, der die Politische Geographie neuerdings verstärkt ihre Aufmerksamkeit gewidmet hat, ist die der Regionalbewegungen. Solche Bewegungen, die ganz unterschiedlich organisiert sein können, haben in den letzten Jahren entscheidend dazu beigetragen, die politische Kultur und ganz bestimmte politische Verhaltensweisen in erheblichem Maße zu beeinflussen und sogar zu verändern. Ein gutes Beispiel dafür ist ein zentralistisch verfaßter Staat wie Frankreich, wo ganz unterschiedliche Regionalbewegungen wirksam geworden sind. Zweifellos können die regionalistischen Regungen in Lothringen und ihre Äußerungen nicht mit anderen gleichgesetzt werden.

2. Lothringen: Raum, geschichtliche Grundlagen, Sprachverhältnisse

Lothringen nimmt im Westen, ähnlich wie Schlesien im Osten, eine Brückenfunktion zwischen Deutschland und seinem westlichen Nachbarland, der Republik Frankreich, ein. Wie ehemals Schlesien so ist auch Lothringen von einer Sprachgrenze durchzogen. Im größeren Teil Lothringens wird ausschließlich französisch gesprochen, während in "Deutsch-Lothringen" umgangssprachlich ein fränkischer Dialekt dominiert, wobei das Hochdeutsche praktisch bedeutungslos geworden ist.

Bei Lothringen im weitesten Sinne handelt es sich um den Raum zwischen Schweizer Jura, Nordsee, Rhein, Maas und Schelde mit den wichtigsten Städten Metz, Verdun und Nancy. Der Name "Lothringen" bzw. französisch "Lorraine" kann in mehrerlei Bedeutung verwendet werden. Heute bieten die Departements Moselle, Meurthe-et-Moselle, Meuse et Vosges am ehesten den Rahmen für die als "lothringisch" bezeichnete Kulturlandschaft; die aktuelle Sprachgrenze verläuft allein durch das Departement Moselle. Man kann, entsprechend den historischen Abläufen, den Rahmen weiter ziehen; damit würde auch das Trierer Moselland und das Saarland im weitesten Sinne zu Lothringen gehören.

Die Entstehung des Namens ist allgemein bekannt. Nach dem Tode Ludwigs des Frommen wurde das karolingische Frankenreich 843 unter dessen drei Söhne Karl, Lothar und Ludwig aufgeteilt. Lothar bekam den mittleren Teil, das "Lothari(i) regnum", ein beachtliches Gebiet, das von der Nordsee bis nach Mittelitalien reichte. Gelegentlich sprach man auch von Oberlothringen (Mosellanien) und Niederlothringen (an Niederrhein und Maas). Durch Abtrennungen und weitere Teilungen wurde dieses Groß-Lothringen erheblich reduziert, so daß es zu dem Gebietsstand kam, der im vorigen Absatz beschrieben wurde.

Nach den Bischofssitzen Metz, Toul (Tull) und Verdun (Virten) trat Nancy (Nanzig) als Sitz der Herzöge zunehmend hervor. Mit Absicht wurden den französischen Ortsbezeichnungen die älteren deutschen Namen beigegeben. Sie klingen für das hochdeutsche Ohr merkwürdig altertümlich, aber im lothringischen Dialekt sind sie zum Teil heute durchaus noch bekannt. Die sehr verwickelte Geschichte Lothringens im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit zeigte eindeutig die Tendenz, daß sich der französische Einfluß zunehmend verstärkte.

Von großer Bedeutung waren die Ereignisse im 17. und 18. Jahrhundert. Der französische König Ludwig XVI. machte 1735 seinem Schwiegersohn, dem landlosen Polenkönig Stanislaw Leszczyński Lothringen zum Geschenk, um ihn so zum Verzicht auf Polen zu bewegen. Dieser richtete seine Residenz in Lunéville (von Schmithüsen (1942) "Lunstadt" genannt!) ein. 1738 schied Lothringen aus dem Verband des Reiches aus. 1766 kam es formell und 1801 auch staatsrechtlich zu Frankreich. Die drei Bistümer (Trois Evêchés) wurden auf die vier, oben schon genannten Departements Meurthe, Meuse, Moselle und Vosges, aufgeteilt. Auch in dem deutschsprachigen Gebiet wurde Französisch Staatssprache.

Einen erneuten Eingriff bedeutete der Frankfurter Friedensschluß nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Das Elsaß und der nordöstliche Teil Lothringens mit Metz fielen an das gerade in das Licht der Geschichte getretene zweite deutsche

Kaiserreich und wurden zum "Reichsland Elsaß-Lothringen" vereinigt, das im Rahmen der föderativen Struktur Deutschlands eine Sonderstellung einnahm. Die neugezogene Grenze folgte nicht der Sprachgrenze, sondern berücksichtigte auch bestimmte militärische und wirtschaftliche Gegebenheiten, so daß eine Reihe von frankophonen Gemeinden zum Reichsland gekommen sind.

Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages wurden 1919 Elsaß und Lothringen wieder Frankreich zugeschlagen. In der Zeit der deutschen Besatzung von 1940 bis 1944 wurde eine deutsche Militär- und Zivilverwaltung eingesetzt. Eine formale staats- und völkerrechtliche Trennung von Frankreich wurde aber noch nicht vorgenommen, nur der Reichsstatthalter der Westmark dehnte seinen Herrschaftsbereich nach Deutsch-Lothringen aus.

1945 wurde die französische Departementsstruktur, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg bestanden hatte, wieder hergestellt. Elsaß und Lothringen spielten bei der historischen Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, bei der Gründung der Montanunion und der Entwicklung der Europäischen Union eine hervorgehobene Rolle. Die Frage der geographischen Namen ist gewissermaßen die Nagelprobe für die Aufrichtigkeit und Beständigkeit der Einigungsbemühungen.

Auf die Problematik der Ortsnamen wurde die Öffentlichkeit aufmerksam durch die Ortsschilderaktion, die etwas an den "Ortstaferlkrig" in den slowenischen Orten Kärntens erinnerte, die jedoch in den deutschen Medien wenig Beachtung fand. Es begann 1984, als sich Mitglieder von Regionalbewegungen dafür einsetzten, daß neben den amtlichen französischen Ortsnamen auch die deutschen bzw. fränkisch-dialektalen Namen aufscheinen. Dies war nicht zuletzt die Folge einer neuen Dimension der französischen Sprachpolitik, die Präsident Mitterrand 1982 verkündet hatte. In der Tat erscheint seit dieser Zeit in einer Reihe von ostlothringischen Gemeinden unter der weißen amtlichen Tafel eine weitere in Grün, auf der der deutsche resp. fränkische Name zu lesen ist.

Über die geographischen Namen Lothringens liegen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen vor, denn bei der Rekonstruktion der Siedlungsgeschichte spielt die Interpretation der Toponyme eine entscheidende Rolle. Es gibt in der Grundschrift keltische, römische (galloromanische) und fränkische Namen, danach auch Eindeutungen galloromanischer bzw. Französisierungen fränkischer Namen bis in die Gegenwart. Für manche Landschaften (Salzgau-Saulnois) oder viele Orte (Diedenhofen-Thionville) gibt es zwei Namensformen, die beide authentisch sind. Bei anderen Namen ist die zweite, heute amtliche Form erst nachträglich eingeführt worden.

Die Zweinamigkeit ist besonders beiderseits der Sprachgrenze virulent. Eine besondere Rolle spielt dabei der Namenwechsel. In der Tat war das östliche Lothringen nach dem Abzug der Römer und der fränkischen Landnahme zunächst zweisprachig, das zeigen auch viele Ortsnamen, die gleichzeitig in zwei Versionen auftauchen, zum Beispiel 913 "Theodone villa", 962 "Diedenhoven" oder aus einem gelehrten Reisebericht des Jahres 1575: "Die Franzosen nennen das befestigte Städtchen Thionville, die Einwohner selbst, sie sprechen aber deutsch, nennen es Dittenhofen" (nach Jungandreas, 1962, S. 293f.).

Nach Ansicht der Sprachforscher hatte sich in der Karolingerzeit eine Sprachgrenzzone, ein mehr oder weniger breiter Streifen, der bis ins Mittelalter relativ stabil blieb, gebildet. Dann aber verschob sich die Sprachgrenze, nunmehr zu einer scharfen Linie geschrumpft, allmählich bis auf die Linie, auf der sie im 19. Jahrhundert vorgefunden wird (siehe Pfister, 1983, S. 121ff.).

Auf der östlichen, Deutschland zugewandten Seite (lorraine thioise), wird keineswegs hochdeutsch gesprochen, sondern der "fränkische" Dialekt bevorzugt, der freilich nur im nördlichen Teil rein fränkisch (riparisch) ist, weiter südlich dagegen aber schon alemannisch getönt klingt. Es wäre falsch, aus dem Gebrauch dieses Dialektes eine irgendwie "deutsche" Identität ableiten zu wollen. Die Lothringer haben kein Verständnis dafür, wenn man sie als "Volksdeutsche" bezeichnet. Das Problem muß auf einer anderen Ebene gesucht werden, jedenfalls nicht auf der Ebene einer deutschen und französischen Nationalsprache.

Es bedarf einer kurzen Erläuterung, was hier unter der "fränkischen" Sprache zu verstehen ist. Betrachtet man eine Karte der Gliederung der mitteleuropäischen Mundarten germanischer Abkunft, dann findet man die fränkischen unter den westmitteldeutschen Mundarten, deren Verbreitungsgebiet keilförmig von der französischen Sprachgrenze bis nach Osthessen reicht. Es ist untergliedert in das Ripuarische, das Mittelfränkische (Luxemburgisch, Moselfränkisch) und das Rheinfränkische (Pfälzisch, Hessisch). Damit ist die lothringische Mundart eindeutig identifiziert. Sie gehört zum Moselfränkischen, das auch in den anrainenden Ländern Rheinland-Pfalz und im Saarland verbreitet ist. Die Sprachgrenze verläuft scharf, es gibt keine "fränkischen" Sprachinseln im frankophonen Gebiet.

Die sprachliche und orthographische Festlegung der geographischen Namen, besonders der Ortsnamen, erfolgte mit der Kodifizierung der Amtssprache. Frankreich war der erste Staat in Europa, in dem sich durch den Zentralismus so etwas wie eine Staatssprache entwickelte; im Jahre 1539 wurde der alleinige Gebrauch des Französischen, der Sprache des Königs, für alle amtlichen Funktionen vorgeschrieben (Haarmann, 1993, S. 90). Die Standardisierung der Kanzlei- und Gerichtssprache hatte natürlich auch Folgen für den Gebrauch der geographischen Namen.

3. Zweinamigkeit und Ortsnamenwechsel

Von besonderem Interesse für uns sind die Zweinamigkeit und der Ortsnamenwechsel im germanophonen Teil Lothringens bzw. beiderseits der heutigen Sprachgrenze (vgl. Haubrichs, 1987). Wenn man die verschiedenen Schichten nacheinander aufdeckt, dann gibt es in diesem Raum deutsche (germanische), eingedeutschte, französische (romanische), französisierte und dialektale Namen. Der zu besprechende Namenwechsel hängt nicht nur mit dem häufigen Besitzerwechsel zusammen, sondern auch mit Wanderungsbewegungen, der Verschiebung der Sprachgrenze, mit siedlungsgeographischen Prozessen und in der neueren Zeit zunehmend mit Eingriffen des Staates in die politische Organisationsweise der Kommunen.

Nach der Eingliederung Lothringens in den französischen Staat 1766 waren die deutschen bzw. germanophonen Ortsnamen, wie sie bis dahin bestanden hatten, zunächst unverändert übernommen worden (Müller, 1994, S. 89). Erst die sprachpolitischen Folgen der Französischen Revolution führten zu nachhaltigen Veränderungen, dies ist auch im Zuge der Entwicklung einer Nationalsprachenideologie und der Konsolidierung der französischen Amtssprache zu sehen. Die wesentlichen Änderungen, die sich im 17. und besonders im 18. Jahrhundert zugetragen haben, hat H. Hammächer (1981) sachkundig und durchaus ohne Emotionen dargestellt. Wichtige Quellen dafür sind die zeitgenössischen Landkarten, auf denen man durch Vergleich den Namenwechsel gut verfolgen und zeitlich fixieren kann. Oft handelte es sich nur um orthographische oder phonetische Angleichungen, besonders bei den Endungen: -burg wird zu -bourg, -dorf zu -troff, -ingen zu -ange oder auch zu -ing, -hofen zu -court u.a.m. Im deutschsprachigen Lothringen findet man dazu viele Beispiele.

Es ist demnach falsch anzunehmen, die Franzosen bzw. die französische Administration hätten die deutschen geographischen Namen erst im 20. Jahrhundert verwelscht. Beide Seiten haben sich im Rahmen ihrer raumwirksamen Verwaltungstätigkeit bemüht, die Ortsnamen nach ihren Vorstellungen zu kodifizieren und zu standardisieren. Bei der den Dialekt sprechenden Bevölkerung löste solches Vorgehen keine Emotionen aus.

Nach 1871 gab es im Reichsland eine Rückführung französischer bzw. französisierter Formen in hochdeutsche Formen; bei zweinamigen Formen wurde jeweils die deutschsprachige zur amtlichen Form erhoben. Im ganzen blieben diese Veränderungen in einem moderaten Rahmen und erregten kein größeres Aufsehen. In den französischsprachigen Gemeinden Lothringens wurde jedenfalls nichts unternommen, was die Bevölkerung provozierte, d.h. man beließ die frankophonen Ortsbezeichnungen.

Eingreifender war die Verordnung der Kaiserlichen Verwaltung vom 2. September 1915, die freilich nur kurzen Bestand hatte, denn sie wurde nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges mit der Rückgabe Lothringens an Frankreich wieder hinfällig. Insgesamt wurden 247 Gemeinde- bzw. Ortsnamen, meist durch Übersetzung, in eine deutsche Form überführt. Außerdem wurden auch die Namen von Wasserläufen, Burgen, Wäldern, Wegen und Fluren geändert. Über die Hintergründe dieser Aktion kann man ohne Akteneinsicht nur spekulieren. Es wäre von Interesse zu fragen, ob Historiker, Sprachforscher und einheimische Lokalkenner an der Vorbereitung beteiligt waren oder ob Verwaltungsmänner und Militärs die treibenden Kräfte gewesen sind. Die meisten dieser Umbenennungen bezogen sich auf Orte nahe der Sprachgrenze oder im frankophonen Teil des Reichslandes. Nur 15 Orte durften ihre französischen Namen behalten.

Einige Beispiele dürfen herausgegriffen werden: Aboncourt > Abenhofen (amtliche deutsche Bezeichnung bis 1915 und 1918), Alaincourt > Allenhofen, Amélocourt > Almerichshöfen, Azoudange > Anslingen, Attiloncourt > Edelinghofen, Bioncourt > Bionshofen, Château-Bréhain > Bruch-Kastel, Aulnois > Erlen, Failly > Failen, Jury > Gishingen, Hauconcourt > Halkenhofen, Achâtel > Hohenschloß, Jussy > Jussingen, Chailly-sur-Ennery > Kettunchen, Lessy > Lessingen, Méy > Maien, Groß Moyeuivre-la-Grande > Groß Mövern, Moncourt > Mohnhofen, Neufvillage > Neudörfel, Nouilly > Niverlach, Ogy > Ogingen, Pierrevillers > Petersweiler, Pommérieux > Pommeroingen,

Rémilly - Remelach, Saily > Sallach, Santny > Salnach, Xocourt > Schollhofen, Tarquinpol > Taichenphul, Vulmont > Wulberg, Vallières > Wallern, Vaux > Wals, Vany > Warnings, Vernéville > Wernheim, Vigny > Wingert, Vittoncourt > Wittenhofen u.a.m.

Nach 1919 wurden die Ortsnamen in Lothringen durch die französische Verwaltung wieder so eingeführt, wie sie vor 1871 bestanden hatten. Es wurden so gut wie keine neuen Französisierungen vorgenommen (ebenso wie dies nach 1945 nicht der Fall war). 1919 erschien ein Verzeichnis: "Les Communes de l'Alsace-Lorraine. Répertoire alphabétique avec l'indication de la dépendance administrative"; dieses Werk besteht aus drei Teilen mit den jeweiligen Gegenüberstellungen, der dritte Teil meldet die oben erwähnten Veränderungen zwischen 1915 und 1918. Weitere Ortsnamenänderungen wurden durch "Circulaires" verfügt und auf dem üblichen Weg bekanntgegeben.

Besonders streng und nach dem Empfinden der örtlichen Bevölkerung unangemessen, war die Vorgehensweise der deutschen Verwaltung während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg. Praktisch sollten nunmehr alle geographischen Namen eingedeutscht werden (Müller, 1994, S. 91). Dazu erschien am 25.1.1941 die Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung, betreffend die Umbenennung lothringischer Ortsnamen. Begründet wurde die Maßnahme durch die "mehr oder weniger deutlich erkennbare Verunstaltung alten deutschen Sprachgutes", freilich wurden bei dieser Aktion auch völlig abweichende Ortsnamen ganz neu erfunden, ohne daß ein historischer Bezug sichtbar wird.

Das Gemeindeverzeichnis für die Westmark, das der Reichsstatthalter der Westmark und Chef der Zivilverwaltung in Lothringen 1941 herausgegeben hat, enthält die Belege dafür, z.B. Edelinghofen/Attiloncourt (deutsche Bezeichnung 1918/französische Bezeichnung vor 1940) > Attenhofen a.d. Selle, Berthelmingen/Berthelming > Bartolfingen, Mombronn/Mombrenn > Bergbrunn, Teterchen/Téterchen > Diedringen, Fremerschen/Frémary > Fremersheim, Gorz/Gorze > Gorschen, St. Ludwig bei Pfalzburg/Saint-Louis > Heiersberg, Ennerchen/Ennery > Hochschloß (Westmark), Flaich-Flévy > Karlshof (Westmark), Kluingen/Clouange > Klingen, Conthil/Conthil > Kontich, Marspich/Marspich > Marschbach, Montois-la-Montagne/Montois-la-Montagne > Montingen, Rezonville/Rezonville > Reschweiler, St. Ruffin/Sainte Ruffine > Ruffingen, Chateau-Salins/Chateau Salins > Salzbürgen, Marsal/Marsal > Salzmar, Schemerich/Chémery-les-Deux > Schomberg (Westmark), Wastingen/Vaxy > Wessingen (Westmark) u.a.m.

Erstmals wurden davon auch Städte und Gemeinden betroffen, die westlich der Sprachgrenze liegen und deren französische Namen auch in der Zeit der Reichslandverwaltung nach 1871 niemals angetastet worden waren. Chateau-Salins wurde zu Salzbürgen und Marsal zu Salzmar. Weitere Orte, die nie einen deutschen Namen besessen hatten, wurden rücksichtslos eingedeutscht: Lagarde > Garden, Montois-la-Montagne > Montingen, Noiseville > Neußenheim, Porzelet > Grünwald, Rezonville > Reseweiler u.a.m.

Nach der Befreiung Lothringens Ende 1944 und der Übernahme des Gebietes durch die französische Verwaltung wurde der Zustand der Zwischenkriegszeit bzw. vor 1871 wieder hergestellt. Es besteht seitens der lothringischen Bevölkerung keine Neigung, die

Ortsnamen der Reichsland- oder der Westmarkzeit wieder in Gebrauch zu nehmen. Entsprechend der französischen Amtssprache gelten für die geographischen Namen die Regeln, die der Sprachenpolitik der Europäischen Gemeinschaft entsprechen (vgl. Haarmann/Värrri-Haarmann, 1974).

4. Die regionalistische Komponente

Vor einigen Jahren aber ist in den bundesdeutschen Medien, aber auch in einigen wissenschaftlichen Zeitschriften über eine Ortsschilderaktion in Lothringen berichtet worden, die dahin verstanden werden konnte, als wolle man im germanophonen Teil des Landes wieder die deutschen, d.h. die früher amtlichen deutschen Ortsnamen einführen. Diese Wahrnehmung des Problems aber beruht auf einem Mißverständnis, vielmehr geht es um die dialektalen Namensformen in Lothringer Platt. Amtlich sind in Lothringen nur die französischen Formen, daran wird nicht gezweifelt. Bei bestimmten Orten erscheint unter der von den Behörden vorgeschriebenen weißen Ortstafel eine zweite, die etwas kleiner und grün ist und die die regionale Variante des Namens darbietet.

In anderen Regionen Frankreichs, beispielsweise im Rousillon und in der Bretagne, hatte es schon vorher Ortsschilderaktionen gegeben, die zum Teil stürmisch verlaufen sind und von den Behörden heftig bekämpft wurden. In Lothringen aber kam es nicht, einige lokale Aufregungen ausgenommen, zu größeren Spannungen. Das hat verschiedene Gründe, vor allem aber den Grund, daß sich die "fränkischen" Lothringer nicht als eine deutsche Irredenta fühlen. Die lothringischen Aktivitäten drücken eher einen europäischen Bezug aus und orientieren sich an dem Vorgehen in Luxemburg und Belgien.

Die Träger des lothringischen Regionalismus sind einige Heimat- und Sprachvereine, deren Wirksamkeit kürzlich von B. Müller (1994, S. 67ff.) dargestellt worden ist. Diese Vereine tragen Namen wie "Wéi Laang Nach?", "Gau un Goiiis", "Bei uns Dahem", "Hemechtsland a Sprooch", "Platt in D'Schul", außerdem besteht eine Art von Dachverband "Fédération pour le Lotharinga Platt", dem aber nicht alle Vereine angehören, obwohl er die finanziellen Zuwendungen des Conseil Général verwaltet und zuweist. Neben den Vereinszeitungen, die überwiegend in Platt gedruckt werden, gibt es Radiosendungen und weitere Bemühungen, Platt in der Schule und im öffentlichen Leben populärer zu machen.

Beispielsweise publizierte der Verein "Hemechtsland a Sprooch" 1983 in seinem Organ eine Karte "Fränkeschland däi Land!", die nicht nur das nördliche Lothringen, sondern auch ganz Luxemburg, Arel, das St. Vither Land, einen großen Teil der Eifel und den Saargau darstellt. Die Frage lautet: "Gät aisen dram een dag wouer?" (Wird unser Traum eines Tages wahr?). Es kann nicht verborgen bleiben, daß dieser Verein auf ein "Groß-Luxemburg" hinzielt, deshalb kam es auch bald zu Unstimmigkeiten mit dem Dachverband (Müller, 1994, S. 75). Die Karte aber ist bemerkenswert wegen der darauf gebrauchten Namen. Den höchsten Stellenwert nimmt "Letzebuerg" (Luxemburg) ein, weitere Beispiele sind "Diddenuewen" (Thionville/Diedenhofen), "Kätte-

nuewen" (Cattenom/Kattenhofen), "Kinnekmascher (Koenigsmacker/Königsmachern), "Siirk (Sierck/Sierck-les-Bains), "Pirel" (Perl), "Welschbälig" (Welschbillig), "Beibreg" (Bitburg), "Preim" (Prüm), "Zent-Väit" (St. Vith), "Klierf" (Clerf) usw. Hier stand die luxemburgische regionalssprachige Namengebung Pate.

Ebenso ist die lothringische Ortsschilderaktion darauf angelegt, solche "fränkische" Namen zu präsentieren, die weder mit denen der deutschen oder französischen Namen identisch sind. Die offiziellen Bemühungen begannen, wie B. Müller (1994, S. 91) berichtet, im Jahre 1982, wobei die Regionalpolitiker positiv reagierten. Zwölf Gemeinden erklärten sich mit dem Vorhaben einverstanden, sieben sprachen sich dagegen aus, darunter auch der bekannteste Ort der Region, nämlich Cattenom (Kattenhofen), das durch das Kernkraftwerk eine neue Identität angenommen hat.

Ehe 1986 die ersten zweisprachigen Ortsschilder eingeweiht werden konnten, mußten gewissenhafte Erhebungen vorgenommen werden. Die Vertreter der Sprachvereine befragten ausgewählte Bewohner der Gemeinden nach der überlieferten Form und der genauen Aussprache des fränkischen Namens. Das konnte zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, z.B., was nicht realisiert wurde, bei Cattenom (Kattenhofen) zu "Kättewen", "Kättnuewen" und "Kättenuewen".

Nach dem jetzigen Stand sind die folgenden Orte neben der amtlichen Bezeichnung fränkisch beschildert. "Oljhéngen" bei Alzing (Alzingen), "Opéch" bei Apach (Apach), "Belcherholz" bei Beckerholz (Bickenholz), "Busendroff" bei Bousonville (Busendorf), "Félschtroff" bei Filstroff (Filsdorf), "Gerschlingen" bei Guerstling (Gerstlingen), "Nongkerchen" bei Neunkirch-lès-Bounville (Neunkirchen bei Bolchen), "Rettel" für Rettel (Rettel), "Ruedemaacher" bei Rodemack (Rudenmachern), "Thädinge" bei Thédning (Tedingen), "Walachen" bei Vaudreching (Wallerchen) und "Jaiz" bei Jutz (Jeutz).

Es sei noch erwähnt, daß in einigen Gemeinden auch Flurnamen und Straßennamen zur Diskussion gestellt worden sind, nachdem beispielsweise auch in Luxemburg eine Reihe von Gemeinden sich zu einer doppelten Benennung von Straßen entschlossen hat. Das führt zu doppelten Namen wie Hénner/Herrenergarten, Rue des Cendres/Eschegass, Rue de Gaweistroff/Weichtrower Wech u.a.m.

5. Schluß und ein Vergleich mit Schlesien

Diese Betrachtung sollte zeigen, daß und in welcher Form der Namenwechsel als Folge des mehrmaligen Wechsels der staatlichen Zugehörigkeit eine längere Tradition besitzt. Er wurde von der Bevölkerung Lothringens bei unterschiedlichen historischen Bedingungen auch unterschiedlich wahr- und hingenommen. Die Französisierung der lothringischen Ortsnamen ist demnach nicht, wie landläufig angenommen wird, eine Folge des Versailler Vertrages, sondern sie setzte schon viel früher, nämlich nach der Französischen Revolution ein. Während sich die deutsche Reichsland-Verwaltung bis 1915 in der Ortsnamenfrage vergleichsweise moderat verhielt, kam es während der Besatzungszeit des Zweiten Weltkrieges, also von 1940 bis 1944, zu einer massiven Eindeutschungswelle, die auch Orte außerhalb der "Lorraine thioise" betraf. Nach

1944/45 ist der ursprüngliche Zustand erneut wiederhergestellt worden. Völlig neu ist aber das Wiederaufkommen der sogenannten "fränkischen" Namen, also der ortsüblichen dialektalen Bezeichnungen in schriftlicher Form. Dies wurde durch die oben genannten regionalistischen Bewegungen bewirkt.

Gleichzeitig führte der Verfasser eine Vergleichsstudie in Schlesien durch, die einige Ähnlichkeiten, aber auch signifikante Unterschiede zum Vorschein brachte (Sperling, 1995). Vergleichbar ist die Lage, denn so wie Lothringen oft als "Brückenland" zum westlichen Nachbarn Frankreich bezeichnet worden ist, so gilt Schlesien als Brückenland zum östlichen Nachbarn, zu Polen. Sowohl Schlesien als auch Lothringen sind noch im 20. Jahrhundert von einer Sprachgrenze durchzogen gewesen bzw. durchzogen, so daß in beiden Regionen ein enger Sprachkontakt und die Unterstellung eines west-östlichen Kulturgefälles angenommen werden kann. Eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Dämpfung der Gegensätze spielten beiderseits die regionalen Dialekte, das Schlonzakische in Schlesien und das Fränkische (moselfränkisch) in Lothringen.

Die Eindeutschung der slawischen Ortsnamen in den Altsiedellandschaften Schlesiens begann schon im Zuge der deutschen Ostkolonisation auf ganz ungezwungene Weise. Die Französisierung deutscher Ortsnamen in Lothringen begann erst in der Neuzeit, vorwiegend im 18. Jahrhundert mit administrativer Nachhilfe, als Französisch dort Amtssprache wurde. Beiderseits fanden im 20. Jahrhundert massive Eindeutschungsmaßnahmen statt, allein in Schlesien wurden in den dreißiger Jahren die Namen von rund 2.700 Ortschaften eingedeutscht. In Lothringen kam es zu einem ersten solchen Versuch ganz am Ende der Reichslandzeit im Jahre 1915, der dann in der Westmarkzeit von 1940 bis 1944 vollendet wurde.

Unterschiedlich stellen sich die Verhältnisse in der Zeit von 1945 bis zur Gegenwart dar. Während aus Schlesien Millionen von Menschen vertrieben worden sind und vor allem in Niederschlesien ein kompletter Bevölkerungsaustausch stattfand, wurden aus Lothringen nur einige -zigtausend Menschen ausgewiesen, so daß die herkömmlichen Strukturen weitgehend intakt geblieben sind, wenn man einmal von der Zuwanderung vieler Gastarbeiter vorwiegend aus Nordafrika absieht. Während die französische Administration die Namen der Vorkriegszeit wieder zur Gültigkeit brachte und praktisch keine Umbenennungen vorzunehmen brauchte, mußte die polnische Verwaltung in Schlesien im Zuge der Ausübung der ihr übertragenen Gebietshoheit einen kompletten Namenwechsel vornehmen. Vielfach konnte man sich dabei an ältere slawische Namensformen halten, die orthographisch und phonetisch dem modernen Polnisch angeglichen wurden; in anderen Fällen, meist wenn nur ein deutscher Namen zur Verfügung stand, hat man Übersetzungen oder völlige Umbenennungen vorgenommen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in beiden Regionen der öffentliche Gebrauch deutscher Ortsnamen verboten und teilweise sogar unter Strafe gestellt. Bei der deutschen Minderheit in Oberschlesien ist in einigen Orten der Wunsch aufgekommen, wieder deutsche Ortsschilder aufzustellen. Doch leider forderten sie die in den dreißiger Jahren eingedeutschten Formen (Frauenfeld und nicht Schewkowitz, wie der Ort bis 1936 geheißen hatte), was bei den polnischen Nachbarn wie auch bei den Behörden auf

großen Unmut stieß. In Lothringen aber geht es um eine Zweitbenennung in regionalsprachlichen, d.h. moselfränkischen Formen, während die amts- oder hochdeutschen Formen weiterhin tabu bleiben.

Sprachenpolitik mit dem Medium der geographischen Namen ist raumwirksame Staatstätigkeit. Namen verändern zwar eine Landschaft nicht, wohl aber ihre Wahrnehmung. Das ist auch der Fall bei Gemeinde- und Ortschaftsnamen, bei deren Gestaltung auch Geographen in den berufenen Kommissionen mitzuwirken pflegen. Der sensible Umgang mit Namen ist Gebot einer "geographischen Kultur", die auch in der Ausbildung der Geographen und im geographischen Unterricht ihren Niederschlag finden sollte.

Summary

One of the sovereign and regionally effective activities of a state is the standardization of geographical names aiming for better understanding and communication. Some problems result from political boundary lines which are not congruent with language boundaries and also from geographical names of minorities which are not identical with the official names. A very impressive example for the existence and the change of minority names as a consequence of political development is the area of Lotharingia (Lorraine, Lothringen). This territory came into existence by the Treaty of Verdun in 893 when the empire of Louis I. the Pious was divided among his three sons of whom Lothaire became king of the middle part, the "regnum lotharii". During the medieval ages in this linguistic borderland a french-german language boundary had been formed, and the gallo-roman place names in Eastern Lotharingia (Lorraine thioise) had been germanized. During the 18th century Lorraine came more and more under French hegemony, especially when the dethroned polish king and father-in-law of Louis XV. of France, Stanislas Leszczyński, was made duke of Lorraine. Since 1766 Lorraine was definitively part of France and all place names, also in the german speaking part of the area, had been frenchified. After the German-French War 1870/71 the eastern part of Lorraine had been ceded to Germany (Reichsland Elsaß-Lothringen), and many place names had been regermanized. In 1919, after the Treaty of Versailles, the area reverted to France again. During the occupation years from 1940 to 1944 a powerful germanization had been initiated by the German Westmark administration. In 1944 after the liberation of France all measures were withdrawn, German language in schools was forbidden again and the use of german toponyms was officially banned. During the last period some regionalistic movements are propagating the use of regional languages or dialects and they recommend regional place names besides the official versions, but this "frankonian" names are not identical with the names of the former german administrations.

Literatur

- BLUMENWITZ, D.: Minderheiten- und Volksgruppenrecht. Aktuelle Entwicklung. Bonn 1992 (Forschungsergebnisse der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Bd. 15)
- BÖCKH, R.: Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Ländern. Berlin 1869
- BREU, J.: Die amtliche Schreibung geographischer Namen aus der Sicht der Vereinten Nationen. In: E. KÜHEBACHER [Hrsg.]: Amtlicher Gebrauch des geographischen Namengutes. Bozen 1986, S. 23-41
- BUFE, W.: Bilinguismus an der Grenze oder die Lothringer und ihre Sprache. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 83, 1991, S. 89-1907
- Deutsch-fremdsprachiges und fremdsprachig-deutsches Ortschaftsverzeichnis für alle vom Deutschen Reich auf Grund des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 abgetretenen Gebiete einschließlich Elsaß-Lothringen. Bearbeitet in der Plankammer des Statistischen Landesamtes. Berlin 1927
- GABRIEL, P.: Das fränkische Lothringen. In: Handbuch der europäischen Volksgruppen. Wien, Stuttgart 1970, S. 349-354
- Gemeindeverzeichnis für die Westmark. Nach dem Gebietsstand vom 1.4.1941. Hrsg. im Auftrag des Reichsstatthalters in der Westmark und Chefs der Zivilverwaltung in Lothringen vom Statistischen Amt. Saarbrücken 1941
- HAARMANN, H.; VÄRRI-HAARMANN, A.L.: Sprachpolitische Organisationsfragen der Europäischen Gemeinschaft. Hamburg 1974 (Schriftenreihe zur Europäischen Integration, 13)
- HAARMANN, H.: Soziologie und Politik der Sprachen Europas.- München 1975 (dtv Wissenschaftliche Reihe, 4161)
- HAMMÄCHER, K.: Die Bestrebungen des René-Schickele-Kreises zur Förderung der deutschen Sprache im Elsaß und in Ostlothringen. In: Muttersprache 90, 1980, S. 280-288
- HAMMÄCHER, K.: Strasburg oder Strasbourg? Die Ortsnamen des ehemaligen Elsaß-Lothringen im Spiegel der wechselnden Zugehörigkeit zu Deutschland und Frankreich. In: Beiträge zur Namenforschung 16, 1981, S. 204-212
- HARTSHORNE, R.: The Franco-German boundary of 1870. In: World Politics 2, 1950, S. 208-250
- HAUBRICHS, W.: Germanophone Dialekte in Lothringen. In: W. BRÜCHER und P.R. FRANKE [Hrsg.]: Probleme von Grenzregionen. Das Beispiel SAAR-LOR-LUX-Raum. Saarbrücken 1987, S. 99
- HAUBRICHS, W.: Warndtkorridor und Metzger Romanenring. Überlegungen zur siedlungsgeschichtlichen und sprachgeschichtlichen Bedeutung der Doppelnamen und des Namenwechsels in Lothringen. In: R. SCHÜTZEICHEL [Hrsg.]: Ortsnamenwechsel. Heidelberg 1985, S. 264-300
- HUBER, E.: Königsberg oder Kaliningrad? Überlegungen zur Synonymie von Ortsnamen. In: Geographische Rundschau 31, 1979, S. 78-80
- JÄTZOLD, R.; MÜLLER, B.: Lothringen - Grenzraum und europäischer Kulturraum. In: Europa Regional 2, 1994 S. 1-7
- KIEPERT, H.: Die Sprachgrenze in Elsaß-Lothringen. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1874, S. 307-320
- KÖNIG, W.: dtv-Atlas zur deutschen Sprache. München 1978 (dtv. 3025)
- KREDEL, O.; THIERFELDER, F.: Deutsch-fremdsprachiges (fremdsprachig-deutsches) Ortsnamensverzeichnis. Berlin 1931
- LEVY, P.: Histoire linguistique d'Alsace et de Lorraine. 2 Bde.-Strasbourg 1929

- MEYNEN, E. u.a.: Duden Wörterbuch geographischer Namen: Europa (ohne Sowjetunion). (Duden-Wörterbücher) Mannheim 1966
- MEYNEN, E.: Amtliche und private Ortsnamenverzeichnisse des Deutschen Reiches und der mittel- und osteuropäischen Nachbargebiete 1910-1941. (Berichte zur deutschen Landeskunde: Sdh. 1). Berlin 1942 (Nachdr. Bad Godesberg o.J.)
- MÜLLER, B.: Regionalismus in Lothringen: Träger und Mittel der Artikulation. Trier 1994 (unveröff. M.A.-Arbeit)
- MÜLLER, F.: Ortsbuch für Eupen-Malmedy, Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Wuppertal 1942
- Neue Ortsnamen in Elsaß-Lothringen durch die kaiserliche Verordnung vom 2. September 1915. Metz 1917
- NEUSS, E.: Totaler Namenwechsel - partieller Namenwechsel - scheinbarer Namenwechsel und die Ausbildung der Gemeindefüramen. In: R. SCHÜTZEICHEL [Hrsg.]: Ortsnamenwechsel (Beiträge zur Namenforschung. N.F. Beih. 24) Heidelberg 1986, S. 326-343
- ORMELING, F.J.: Minority Toponyms on Maps. Utrecht 1983 (Utrechtse Geografische Studies. 30)
- PETRI, F.: Zum Stand der Diskussion über die fränkische Landnahme und die Entstehung der germanisch-romanischen Sprachgrenze. In: Rheinische Vierteljahresblätter 15/16, 1950/51, S. 39-86
- PFISTER, M.: Galloromanische Relikte in der Toponomastik Ostlothringens und des Saarlandes. In: W. HAUBRICH und H. RANGE [Hrsg.]: Zwischen den Sprachen. Siedlungs- und Flurnamen in germanisch-romanischen Grenzgebieten. Saarbrücken 1983, S. 121-152
- RISCH, L.: Ein Beitrag zu den Ortsnamenproblemen Lothringens. In: Zeitschrift für Ortsnamenforschung 11, 1971, S. 124-133
- ROTH, F.: Espace sarrois et Lorraine, relations et convergences 1815-1925. In: W. BRÜCHER und P.R. FRANKE [Hrsg.]: Probleme von Grenzregionen. Das Beispiel SAAR-LOR-LUX-Raum. Saarbrücken 1987, S. 67-83
- SINNHUBER, K.A.: Grundsätzliches über die Verwendung von geographischen Namen und Siedlungsnamen. In: Disputationes ad monticum vocabula, Bd 2. Wien 1969, S. 433-440
- SONDEREGGER, St.: Grundsätzliches und Methodisches zur namengeschichtlichen Interferenzforschung in Sprachgrenzräumen. In: W. HAUBRICH und H. RANGE [Hrsg.]: Zwischen den Sprachen. Siedlungs- und Flurnamen in germanisch-romanischen Grenzgebieten. Saarbrücken 1983, S. 25-57
- SPERLING, W.: Die internationale Standardisierung von Landschaftsnamen. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 54, 1980, S. 103-123
- SPERLING, W.: Geographische Namen, politisch instrumentalisiert: Das Beispiel Schlesien. In: J. NEUMANN [Hrsg.]: Karten hüten und bewahren. Festgabe für Lothar Zögner (Kartensammlung und Kartendokumentation. 11). Gotha 1995, S. 185-203
- Stiftung Europa Kolleg, Hrsg.: Grundfragen der Sprachenregelung in der Europäischen Gemeinschaft. Hamburg 1973 (Schriftenreihe zur Europäischen Integration. 11)
- TOUSSAINT, M.: La frontière linguistique en Moselle. La fluctuation et la délimitation actuelle des langues française et germanique dans la Moselle. Paris 1955
- VEITER, Th.: Die sprachenrechtliche Situation in den Staaten in der Mitte Europas. In: Archiv des Völkerrechts 28, 1990, S. 17-75
- Verzeichnis der Änderungen französischer Ortsnamen in Elsaß-Lothringen. In übersichtlicher Zusammenstellung hrsg. von den amtlichen Bekanntmachungen. Straßburg 1917

**Prof. Dr. Walter Sperling
Fachbereich 6 Geographie, Geowissenschaften
der Universität Trier
Postfach 3825
D-54228 Trier**

Raumwirksame Staatstätigkeit. Anmerkungen zu einem Begriff, der mit den wissenschaftlichen Leistungen von Klaus-Achim Boesler eng verbunden ist

Staatstätigkeit vollzieht sich - in einem Rechtsstaat - nach Gesetzen und gesetzesähnlichen Vorschriften. Es gehört zum Wesen von Gesetzen und ähnlichen Vorschriften, daß ihre Gültigkeit auf ein klar definiertes und begrenztes Gebiet beschränkt ist. Damit ist die "Raumwirksamkeit" von vorn herein inherent. Daraus ergibt sich ferner, daß auch Staatsuntätigkeit raumwirksam ist. Ein Staatsgebiet oder Teile davon werden geformt, geprägt oder beeinflußt sowohl durch staatliches Handeln als auch durch staatliches Unterlassen. Der Staat ist ein maßgeblicher Gestalter der Kulturlandschaft. K.-A. Boesler hat dieser einfachen Tatsache über Jahrzehnte einen großen Teil seiner Aufmerksamkeit gewidmet. Die Konsequenzen dieses Sachverhaltes sind in der Regel markant, unübersehbar, vielfach uniformierend. Andere, nicht-staatliche Einflüsse auf die Kulturlandschaftsentwicklung wie Brauchtum, ethnische und religiöse Traditionen, beschränken sich meistens auf kleinere Areale und bewirken daher eine charakteristische Differenzierung der Kulturlandschaft eines Staates. Sie sind wesensgemäß nicht an administrative Grenzen gebunden.

Mit der Zeit verändern Begriffe ihre Bedeutung, ihren Inhalt. Zu Beginn seiner wissenschaftlichen Aktivität konnte K.-A. Boesler Staatstätigkeit als eine erwünschte, ordnende Kraft erleben nach einer Zeit des Chaos in Deutschland, nach einer Zeit schwerster Kriegszerstörungen und Bevölkerungsverschiebungen, nach dem Zusammenbruch der gewohnten staatlichen Ordnung. Für K.-A. Boesler als Geographen mußte nahe liegen, daß raumordnende Staatstätigkeit in besonderem Maße sein Interesse weckte, wie seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen vielfach belegen. Dieser Teil der Staatstätigkeit, die Raumordnung, soll expressis verbis raumwirksam sein im Gegensatz zu sonstiger Staatstätigkeit, die eher erst in zweiter Linie auch raumwirksam ist. Für die Herstellung einer sowohl ökonomisch effizienten wie auch ökologisch gesunden Kulturlandschaft ist die staatlich gelenkte Raumordnung von fundamentaler Bedeutung. In Deutschland allerdings ist ihre administrative Struktur und sind die legislativen Zuständigkeiten äußerst kompliziert. Mindestens vier Ebenen, Europäische Union, Bundesregierung, Landesregierungen, und Kommunen (letztere oft noch gespalten in Kreis- und Ortszuständigkeiten) sollten kompatibel sein, sind es aber in der Regel nicht von vorn herein. Langwieriges Ringen um einen Kompromiß und oft gerichtliche Auseinandersetzungen belasten und verzögern jegliche Entscheidung, bringen immer mehr gänzlich sachfremde Gesichtspunkte ein und verursachen immense volkswirtschaftliche Kosten. Die Vier-Ebenen-Struktur wird zudem in wachsendem Maße ergänzt durch Zweckverbände, Bürgerbewegungen und andere oft sehr spezielle Interessenvertretungen. Sie betrachten das jeweilige Thema nicht nur mit ganz verschieden geladenen Emotionen, sondern auch mit ganz verschiedenen Maßstäben. Die Raumordnung leidet daran, daß sie in sich keine Ordnung hat, keine Rangordnung

der Belange. Damit ist zugleich das föderative Prinzip des Staates ausgehebelt, unwirksam. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich ein Demokratieverständnis Geltung verschafft, welches die Wünsche, Stimmungen und Vorstellungen einzelner Bürger und sogar schon Nicht-Staatsbürger gleichrangig behandelt sehen will wie die Anliegen einer größeren Gemeinschaft, der Nation oder sogar der europäischen Gemeinschaft mehrerer Nationen. Diese in zunehmendem Maße in Unordnung geratene Raumordnung hat - logischerweise - zu veränderten Begriffsinhalten geführt, was immer häufiger zu Mißverständnissen Anlaß gibt und somit die Unordnung innerhalb der Raumordnung noch mehr steigert.

Die anlässlich der Formulierung des Grundgesetzes 1948/49 von den westlichen Besatzungsmächten geforderte und von daran beteiligten deutschen Politikern vollzogene föderative Struktur der Bundesrepublik Deutschland hat in vielem der historischen Tradition des Landes entsprochen. Sie hat aber auch die Entfaltung einer sehr aufwendigen Verwaltung ermöglicht und zu deren sogenannter parlamentarischer Kontrolle einen partei-politischen Apparat ins Kraut schießen lassen von luxuriösen Ausmaßen. Da Zehntausende davon unmittelbar profitieren, sind Korrekturen bisher nicht in erwähnenswertem Maße gelungen, obwohl es an Anlässen nicht mangelt. Der Trend geht eher in die andere Richtung, hin zu einer stetigen weiteren Auflösung der Nation als Ganzes. Die Bewertung dieser Entwicklung klafft weit auseinander. Konservative erfüllt sie verständlicherweise mit Entsetzen, Progressive schwärmen von der post-nationalen Phase und erfinden immer neue Möglichkeiten, den traditionellen Bestand der Nation zu untergraben und auszuhöhlen. Im Hinblick auf die Integrationsbemühungen im Rahmen der Europäischen Union könnte es fraglich erscheinen, ob die post-nationale Phase wirklich zeitgemäß und nicht eher störend ist. Denn keine andere europäische Nation ist von einem solchen für progressiv gehaltenen Eifer erfüllt. Ganz im Gegenteil: die europäische Integration wird ja gerade gehemmt, weil traditionelle nationale Besitzstände mit zum Teil sogar zunehmender Hartnäckigkeit verteidigt werden. Und erst recht spielt in den gerade erst dem sowjetischen Joch entsprungenen Staaten Europas die Wiederherstellung und Wahrung der nationalen Eigenheit eine maßgebliche Rolle. Es könnte also ratsam sein, die deutsche Vorliebe für Übertreibungen etwas zu zügeln.

Auch andere Sektoren der Staatstätigkeit tragen das Ihre zu dem Qualitätsverfall des Staatswesens bei. Alarmierende Zustände sind bereits im Bildungswesen eingetreten. Fast das ganze 20. Jahrhundert ist von einem permanenten Niedergang gekennzeichnet nach einem mühsamen, aber sehr erfolgreichen Aufbau in den vorausgegangenen Jahrhunderten. Die Nation zerstörenden Folgen zweier verlorener Weltkriege und die sozialistischen Eitelkeiten aus zwei Richtungen, sowohl von christlich-sozialistischer als auch von marxistisch-sozialistischer Seite her, diffamieren elitäre Zielsetzungen und behindern damit die Wahrung und ständige Erneuerung der wichtigsten Wettbewerbsfähigkeit, der menschlichen Tüchtigkeit. Es ist durch nichts zu rechtfertigen, das hochrangige Bildungswesen einer großen Kulturnation wie der deutschen, die allen Grund hat, auf die Leistungen früherer Generationen stolz zu sein, einer mickrigen Kleinstaaterei zu überlassen oder sagen wir: der Profilierungssucht halbgebildeter

Besserwisser zu opfern. Die Wirksamkeit dieser Staatstätigkeit ist nicht wünschbar. Hat es darüber je eine demokratische Entscheidung gegeben?

Wir unterhalten kostspielige und überflüssige, mehr Schaden als Nutzen bringende Gesetzgebungskörperschaften und Verwaltungen. Wir haben keinen freien Agrarmarkt, keinen freien Montanmarkt, keinen freien Wohnungsmarkt. Entsprechend leisten wir uns auf jedem dieser Sektoren riesige Bürokratien und täuschen uns über diesen Unsinn hinweg, indem wir die Gehaltssummen dieser Einrichtungen statistisch dem Bruttosozialprodukt unseres Staates hinzuaddieren statt zu subtrahieren! Wir täuschen uns ferner, indem wir die personal-starken Lobbyorganisationen zur Vertretung von Gruppen-Egoismen als eine demokratische Errungenschaft betrachten und die zahlreichen in solchen Dienstleistungen Beschäftigten als Merkmal einer fortschrittlichen Wirtschaft.

Raumwirksame Staatstätigkeit ... Deutschland war in dieser Hinsicht durch die Teilung während der Zeit des Kalten Krieges vor eine Aufgabe gestellt, wie sie vergleichbar wohl nur das polnische Volk zu meistern hatte, dem wiederholt die staatliche und beinahe sogar die völkische Vernichtung zugemutet worden ist. In Deutschland (West) hat es für diese Aufgabe über einige Jahrzehnte ein spezielles Ministerium mit wechselndem Namen (Gesamtdeutsches Ministerium) gegeben. Es hat insgesamt während seiner Existenz einen Etat von ca. 300 Mrd. DM verbraucht; davon ist ca. 1% für den Menschenhandel à la DDR, für den Gefangenen-Freikauf, verwendet worden. Bis heute ist unklar, was mit dem Rest des Geldes geleistet worden ist. Als unerwartet die laut Grundgesetz erwünschte Wiedervereinigung des Landes möglich wurde, stand dieses Ministerium jedenfalls mit leeren Händen da. Weder hatte man einen neuen Verfassungsentwurf parat, noch vermochte man den wahren Wert der DDR-Wirtschaft auch nur annähernd zutreffend einzuschätzen oder die heruntergekommene Infrastruktur zu beurteilen. Auch die "sechs großen wirtschaftswissenschaftlichen Institute", die uns regelmäßig mit Prognosen beglücken, die aber einer Nachprüfung am Ende der Prognosezeit gar nicht erst ausgesetzt werden, haben sich seither sehr schwer getan, zu lernen, was sie vorher versäumt haben. Raumwirksame Staatstätigkeit? Selbst bei diesem historisch so bedeutsamen Kapitel traurige Fehlanzeige.

Sind Gründe erkennbar? Liegt das Dilemma am Drang, alles und jedes exakt belegen zu können, am "Data-Fetischismus"? Nicht nur wären dann jegliche Grauzonen der Wirtschaft und erst recht die Schwarzmarktstrukturen außer acht gelassen, obwohl diese zumal bei Turbulenzen wie sie bei der Umstellung von sozialistischer Wirtschaft auf eine mehr oder weniger geordnete Marktwirtschaft einen beträchtlichen Anteil haben, auch die Qualität und die Relevanz der erfaßten und als Quelle geehrten Daten sind fragwürdig. Und entsprechend fragwürdig sind die Ergebnisse. Da auch die Wissenschaft, in diesem Fall die genannten Institute jedenfalls, in der Regel staatlich ist, fällt auch ihr Handeln unter den Begriff "Staatstätigkeit". Die heutige Scheu, einen Forschungsgegenstand zu beobachten und die entsprechende Einschätzung eines erfahrenen Wissenschaftlers als Quelle anzuerkennen, ist nicht geeignet, die Qualität der wissenschaftlichen Forschung zu heben. Mit dem "Dataismus" erleidet die Wissenschaft

eine ähnliche Krise wie Jahrzehnte früher die Kunst mit dem "Dadaismus". Beides ist einfach lächerlich. Im Falle der Staats-Wissenschaft sind jedoch die Folgen ernster.

Die sich ausbreitende Verantwortungsscheu im Verein mit dem Aberglauben, daß Wissenschaftlichkeit sich im sorgfältigen Belegen und Quellennachweis erweise, schafft die Voraussetzung dazu, daß sich riesige Unsinn-Bürokratien entwickelt haben wie das gesamte weltumspannende statistische System der UN. Obwohl bekannt ist, daß nur veröffentlicht wird, was die Mitgliedsregierungen melden, und obwohl man weiß, daß die bei weitem meisten Regierungen Prestige-Meldungen abgeben, zieht nahezu niemand diese Statistiken in ihrem Quellenwert in Zweifel. Tausende von Beamten sind in diesem System beschäftigt und scheinen es nicht als eine Verletzung ihrer Menschenwürde zu empfinden, tagaus, tagein offensichtlichen Unsinn zu verrichten. Und Millionen von Steuerzahlern in der Ersten Welt lassen sich klaglos zumuten, zwangsweise diesen Unfug zu finanzieren. Dies ist nur ein bescheidener Hinweis auf die Ohnmacht des "freien Bürgers" in den sich ständig selbst lobenden Demokratien. Dabei läßt sich täglich beobachten, daß Regierungen und Parlamente sich in absolutistischer Manier für befugt halten, über Steuergelder zu verfügen und sie durch Kreditaufnahmen zu erhöhen zu Lasten künftiger Generationen, die ja noch kein Mandat erteilt haben können, um ihren politischen Wunschorstellungen Genüge zu tun. Diese Zeiten liegen nicht dreihundert Jahre zurück, wir sind mitten drin! Kein Wunder folglich, daß Politiker unverblümt von Macht, Machterwerb und Machterhalt reden statt von Verantwortung. Die Bezeichnung "Scheckbuch-Diplomatie" ist eine sehr milde Umschreibung für diese Art von Kapitaltransfer, Jahr für Jahr in Milliardenhöhe. Auf die heimische Volkswirtschaft hat dieser Entzug beträchtliche räumliche Wirkungen. Er wird sowohl von Regierung als auch Opposition betrieben.

Die Dekadenz des Inhalts altbewährter Begriffe erinnert an das beliebte, aber irri- ge Aktualitätsprinzip in der Geologie, das gleichwohl immer noch nicht konsequent aufgegeben worden ist. Da Staatstätigkeit und Staatsuntätigkeit fundamentale Begriffe in der Politischen Geographie sind und sich, wie wir sehen, binnen recht kurzer Zeit aufwe- chen und verändern können, verlangt das für eine ganze wissenschaftliche Teildisziplin besondere Wachsamkeit. Auch wo wir meinen, uns in der Geborgenheit eines "Rechtsstaates" zu befinden, besteht kein Anlaß, sich ruhig zurückzulehnen und zu glauben, es gehe schon alles in Ordnung. Denn auch die Jurisdiktion als die dritte, die Normen kontrollierende und gewährleistende Kraft in einem Rechtsstaat, ist bereits von der Dekadenz erfaßt, wie eine Reihe von Urteilen des deutschen Verfassungsgerichtes der jüngsten Zeit bedauerlicherweise zeigt. Die marxoide Behandlung des Eigentums- begriffes durch Regierung, Parlament und Verfassungsgericht dürfte darunter bislang die folgenschwerste Fehlleistung sein, eine - und das sollte Geographen alarmieren - die zudem ausgesprochen raumwirksam ist. Dieser Vorwurf soll nicht dadurch abge- schwächt werden, daß es selbstverständlich auch innerhalb der Geographie selbst zeitweise kräftige Tendenzen gibt, die entgegen allen gefestigten Grundwissens des Faches sich lebhaft bemühen, räumliche Disparitäten zu beklagen. Tatsächlich ist es ein- zig eine ideologisch geprägte und vorgefaßte Vorstellung, die globale Kulturlandschaft könne homogen sein. Nüchterne wissenschaftliche Forschung hat längst und anhand zahlreicher Beispiele ergeben, daß das gar nicht möglich ist. Ebenso abwegig ist die

Gleichheitsideologie in Bezug auf den Menschen selbst. Es ist jedoch eine Aufgabe der Politik, gleiche Rahmenbedingungen herzustellen, damit ungleiche Menschen, ungleiche Kulturen nebeneinander existieren können, damit Toleranz möglich wird, und Ungleichheiten nicht zu Konflikten führen. Ein besorgniserregendes Beispiel bietet die deutsche Politik insofern, als man glaubt, den Antisemitismus, der die deutsche Geschichte zeitweise in so verheerendem Ausmaß begleitet hat, durch einen Hypersemitismus kompensieren zu sollen. Dadurch werden Ungleichheiten erzeugt, über deren Folgen auf lange Sicht man sich Gedanken machen sollte. Kaum eine andere Teildisziplin unseres Faches ist so wie die Politische Geographie gefährdet, von gängigen politischen Zeitströmungen usurpiert zu werden. Eine solche nur wenige Jahre währende Usurpation wirkt ja, wie wir in Deutschland erfahren haben, nun schon ein halbes Jahrhundert nach, wiewohl diese Nachwirkung sicher auch auf beträchtlicher Übertreibung beruht.

Dr. Wolf Tietze
Magdeburger Straße 17
D-38350 Helmstedt

Die Entwicklungspotentiale im Wirtschaftsraum Leipzig

1. Die Eignung von Wirtschaftsräumen für die Ansiedlung von Industrie- und überregional bedeutsamen Dienstleistungsunternehmungen

Selten ist räumlicher Gestaltung durch private Unternehmungen und öffentliche Einrichtungen so viel Handlungsspielraum eingeräumt worden wie in den neuen Bundesländern seit 1990. Es mußten nicht nur Mängel im strukturellen Gefüge als Folge von Fehlinvestitionen korrigiert, sondern auch umfangreiche Investitionen in Sektoren nachgeholt werden, die über vier Jahrzehnte hinweg vernachlässigt worden waren.

Die Eignung der Räume als Standort von privaten Unternehmungen und öffentlichen Einrichtungen wird durch ihre Potentiale zum Ausdruck gebracht. Die räumliche Potentialanalyse geht von der Faktorausstattung aus und prüft deren nutzungsbezogene Eignung; dieser stehen die unternehmungsbedingten Anforderungen an den Raum oder Standort gegenüber.

Angesichts der unterschiedlichen Ausstattung der einzelnen Wirtschaftsräume ist es somit erforderlich, vor Standortentscheidungen die Eignungen für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmungen und Verwaltungseinrichtungen den räumlichen Gegebenheiten entsprechend zu überprüfen und die erheblich gewandelten Verflechtungen innerhalb Deutschlands und der Außenbeziehungen über dessen Grenzen hinweg neu zu bewerten. Hierbei ist die makroräumliche Entscheidungsebene der mikroräumlichen vorgeschaltet.

Die Regionalnutzungskonzepte sind an den jeweiligen Potentialausstattungen und Eignungen der Räume und ihrer großräumlichen Lage auszurichten. Dabei sollte gewährleistet sein, daß die räumliche Nutzung grundsätzlich marktwirtschaftlichen Prinzipien folgt. Über die Eignung entscheiden die jeweiligen individuellen Nutzer selbst. Eine Lenkung von Mitteln durch die öffentliche Hand ohne Rücksicht auf diesen Grundsatz ist im allgemeinen volkswirtschaftlich schädlich und hilft bei der Sanierung von Raumstrukturen nicht dauerhaft.

Daraus folgt, daß die Konzepte zur Schaffung "ausgewogener Siedlungsstrukturen" und "gleichwertiger Lebensbedingungen" auch eingeschränkt nicht unmittelbar angestrebt werden sollten, möglicherweise aber, um landschaftliche Vielfalt zu erhalten, auch gar nicht erwünscht sind. Sofern aus raumpolitischen Gründen regionenübergreifende Transferleistungen mittelbar mit dem Ziel einer Annäherung differenzierter Raumstrukturen getätigt werden sollen, muß solchen Maßnahmen die Optimierung der Potentialnutzung durch entsprechende Investitionen vorausgehen.

Regionalinvestitionen sind somit auf die jeweilige räumliche Leistungsfähigkeit auszurichten. "Entwicklungsschwerpunkte" dürfen daher nicht verordnet werden, sondern sollten sich aus eigener Kraft entfalten können. Somit kann auch nicht die Erhaltung von Standorten - zum Beispiel sogenannter "industrieller Kerne" - an sich ein regionalpolitisches Ziel sein. Die aus Gründen der generellen Sanierung erforderlichen Transfers in

die neuen Bundesländer, etwa im Verkehrswesen, sind grundsätzlich ähnlich zu beurteilen.

In den östlichen Bundesländern sind bis 1990 Räume durch Investitionslenkung zu Lasten anderer Standorte gefördert worden (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10/11, 1991, S. 773), ohne daß den Potentialen der geförderten und der benachteiligten Räume hinreichend Rechnung getragen worden wäre. Daher ist es zwar richtig, früher verursachte regionalpolitische Fehlentwicklungen zu korrigieren, dies aber unter den oben angedeuteten Bedingungen.

Im Vergleich mit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich der Industrialisierungsgrad in Deutschland weiter verstärkt, und zwar sowohl in den westlichen als auch in den östlichen Ländern. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist in allen ihren Teilen auf die Industrie ausgerichtet und von ihr direkt oder indirekt abhängig.

Bei der Revitalisierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern kann an die teils aus der Vorkriegszeit überkommene, danach relativ wenig abgewandelte Verteilung von Betriebsstätten nur noch begrenzt angeknüpft werden. Es ist zu prüfen, inwieweit Faktoren, die zur Entstehung des früheren Ordnungsbildes beigetragen haben, gegenwärtig noch existieren und positiv bewertbar sind.

In fortgeschrittenen Industrieländern gewinnen trotz der Abhängigkeit von der Industrie die Dienstleistungen zu Lasten der produzierenden Sektoren Anteile an der Beschäftigung und am Bruttoinlandsprodukt; dieser Prozeß wird als Übergang in die "Dienstleistungsgesellschaft" bezeichnet. Der Weg dahin ist in der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen Industriestaaten nicht ohne die Existenz eines vitalen industriellen Fundaments begehbar. Maßnahmen, die die Entwicklung bestehender oder die Ansiedlung neuer Industrieunternehmungen behindern könnten, hätten verhängnisvolle Konsequenzen. Daher kann in den Wirtschaftsräumen der alten und neuen Bundesländer auf Industrie-Investitionen auch in Zukunft nicht verzichtet werden. Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in großstädtischen Agglomerationen wird mithin sowohl von Betrieben des sekundären als auch des Dienstleistungssektors getragen werden müssen. Dies trifft auch auf den Wirtschaftsraum Leipzig zu.

In Deutschland hat sich seiner föderativen Gliederung entsprechend eine vergleichsweise große Zahl hochrangiger Oberzentren entwickelt, denen als Standort wirtschaftlicher, administrativer und kultureller Funktionen die Versorgung ihres näheren und weiteren Umlands obliegt. Einige dieser Städte, wie Düsseldorf, Stuttgart, Hannover oder Dresden, bieten schon als Landeshauptstädte Ansatzpunkte für die Niederlassung kontaktbestimmter Dienstleistungsunternehmungen unterschiedlicher Ausrichtung. Andere eignen sich auf Grund besonderer Lagevorteile als Standorte für zentrale Wirtschaftsunternehmungen mit weiter räumlicher Ausstrahlung, darunter Köln, Leipzig, Frankfurt und Nürnberg. Voraussetzung für die Inwertsetzung solcher Lagequalitäten ist jedoch deren Umsetzung in entsprechende Leistungskategorien der Verkehrssysteme.

Diese Zentren können nicht nur ein herausragendes wirtschaftliches Eigengewicht gewinnen, sondern vermögen Impulse an ihr Umland abzugeben. Ihre besondere Standorteignung durch öffentliche und nichtöffentliche Einrichtungen zu nutzen, liegt

daher nicht nur im Interesse der jeweiligen Kernstädte, sondern ist auch für das zugehörige Umland förderlich (Klemmer 1991, S. 618).

Produktions- und verbrauchsbezogene Dienstleistungen in arbeitsteiliger Gliederung sind Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit moderner Volkswirtschaften. Wesentliche Teile davon konnten in den neuen Bundesländern bis 1990 ihre vielfältigen Aufgaben nicht entfalten oder existierten gar nicht, wie zum Beispiel die verschiedenartigen wirtschafts- und rechtsberatenden Berufe. Relativ frühzeitig hat in diesem Sektor der regenerative Prozeß eingesetzt. So haben die Zentren in den neuen Bundesländern große Chancen, die ihrer Lage, dem Gewicht ihres Umlands und ihrem städtischen Rang entsprechenden Dienstleistungen aufzunehmen.

2. Anforderungen der Unternehmungen an die Raumausstattung

Die von den Unternehmungen an die Eignung des Standorts gestellten Bedingungen sind nach sektoraler Zugehörigkeit und jeweiliger Ausrichtung unterschiedlich. Hierzu gibt es zahlreiche empirische Untersuchungen. Eine 1992 in einem Kölner Gewerbegebiet durchgeführte Standortanalyse hat ergeben, daß in der Rangfolge der mikroräumlichen Anforderungen an den Standort die Grundstücksausstattung (Preise, Erweiterungsmöglichkeiten, Gestaltung des räumlichen Umfelds und der lokalen Verkehrserschließung) im Vordergrund stehen. In den neuen Bundesländern treten vielfach zunächst eigentumsrechtliche Fragen und Altlastenprobleme als besondere Einflußgrößen bei der Entscheidungsfindung hinzu. Bei regionalen Alternativen kann die Höhe der Hebesätze der Gewerbesteuer Bedeutung erlangen. Die Ausrichtung auf weitere Faktoren, wie den Absatz oder in manchen Fällen engere räumliche Kontakte zu anderen Betrieben oder Einrichtungen, ist von der Branchenzugehörigkeit abhängig. Für die Gewinnung von Unternehmungen, deren Produktionen oder Leistungen über den lokalen Rahmen hinausgehen, ist die Berücksichtigung der genannten Gesichtspunkte und weiterer Faktoren Voraussetzung. Dabei haben die Einordnung des Raumes in die Systeme des Fernverkehrs und die Qualität der Erreichbarkeit des Standortes durch die regionale Verkehrserschließung großes Gewicht.

3. Der Wirtschaftsraum Leipzig

3.1 Größe und Abgrenzung

Unter den genannten Voraussetzungen soll die Eignung des Wirtschaftsraumes Leipzig für die Ansiedlung von Industrie- und überregional bedeutsamen Dienstleistungsunternehmungen verdeutlicht werden. Einrichtungen der räumlichen Grundausrüstung zur lokalen Versorgung der Bevölkerung des Wirtschaftsraums und allgemein in den neuen Bundesländern derzeit wirksame Standortfaktoren, wie Steuervergünstigungen, Investitionshilfen, ABM-Maßnahmen, bleiben, auch wenn in vielen Fällen die Fragestellung

berührt wird, ebenso unberücksichtigt wie die Kennzeichnung von konkreten Standorten innerhalb des Wirtschaftsraums.

In struktureller Abgrenzung umfaßte der engere Wirtschaftsraum Leipzig 1993 etwa 1,1 Mio. Einwohner. Er ist in seiner Größe mit der Dresdener und der Nürnberger Stadtregion vergleichbar. In raumfunktioneller Abgrenzung, das heißt unter Einbezug des mit der Kernregion verflochtenen weiteren Einflußgebietes, erreicht die Stadtregion Leipzig-Halle etwa 2,5 Mio. Einwohner. Konkurrierende Zentren sind neben Berlin in jeweils etwa 100 bis 120 Kilometer Entfernung im Osten Dresden, etwas schwächer im Norden Magdeburg und im Westen Erfurt. Im Süden strahlt der Einfluß der Stadt Leipzig weiter aus. Die Region Leipzig/Halle ist somit, von Berlin abgesehen, der größte Verdichtungsraum innerhalb der neuen Länder mit entsprechenden Absatz- und Arbeitsmarktpotentialen.

3.2 Verkehrserschließung

Angesichts der Bedeutung der Verkehrslage und -erschließung für die vergangene, aber auch künftige Entwicklung der Stadt Leipzig wird dieser Faktor besonders betont.

Eckey (1991, S. 635) hat in einer Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen in den neuen Bundesländern die Lage der Regionen Leipzig und Halle als durchschnittlich, die der Regionen Suhl und Chemnitz demgegenüber als gut eingestuft. Diese Charakterisierung dürfte sich auf gegenwärtig bestehende Schwächen des Ausbauszustands der Verkehrssysteme beziehen. Auch insgesamt schneiden in diesem Beitrag die Regionen Halle nur durchschnittlich und Leipzig nur durchschnittlich bis gut ab. Ähnlich ("mittel") ist die Eingruppierung der Arbeitsamregionen Halle/Merseburg und Leipzig in der Bewertung lagebegünstigter Räume bei Klemmer (1995), wobei die jeweilige mit der Bevölkerungszahl gewichtete Entfernung und Erreichbarkeit der übrigen Regionen in Deutschland und die Einwohnerdichte zugrunde liegen. Die Erschließungsqualität selbst bleibt dabei unberücksichtigt. Zu anderen Ergebnissen kommen Irmen und Sinz. Sie bewerten Entwicklungsregionen; dabei steht der Raum Leipzig unter 23 Raumeinheiten der neuen Bundesländer nach Berlin an zweiter, der Raum Halle an vierter Stelle, während sich Südthüringen an vorletzter Position befindet (Irmen und Sinz 1991, S. 761). Angesichts der Bedeutung der Lage und Verkehrserschließung für die Entwicklung Leipzigs zur Großstadt sollen im folgenden die Verkehrseignung und -ausbauplanung besonders betont werden.

Die Städte, deren Entwicklung nicht durch Landeshauptstadtfunktionen begünstigt ist, darunter Leipzig, haben ihre Geltung als Handels- und Industriezentren durch Wahrnehmung ihrer Lagevorteile erlangt und ihre Funktionen als Fernhandelsplatz in verschiedenen Zeitabschnitten über Jahrhunderte hinweg immer wieder erneuern können.

Die während der letzten Jahrzehnte entstandenen Defizite im Dienstleistungswesen in Leipzig, unter anderem auch durch Mißachtung der Lagevorteile begründet, lassen somit einen besonders dringenden Nachholbedarf jener Einrichtungen erwarten, die auf eine überdurchschnittlich qualifizierte Verkehrslage angewiesen sind. Dies betrifft

Funktionen, die auf ein weites regionales Einzugsgebiet oder darüber hinausgehende Versorgungsgebiete ausgerichtet sind. Investitionen, wie das Verteilzentrum des Versandhauses Quelle und die Niederlassung zahlreicher Bankinstitute, sind Hinweise auf die tatsächliche Einschätzung dieses Lagepotentials.

Leipzig zeichnet sich inmitten der gleichnamigen Tieflandsbucht durch eine ausgezeichnete Verkehrslage in Mitteleuropa aus. Diese war im Netz mittelalterlicher Handelswege und ist auch gegenwärtig Grundlage für eine leistungsfähige Verkehrserschließung mit überregionaler und internationaler Bedeutung. Die Entwicklung zum einst bedeutendsten Messeplatz in Europa verdankt die Stadt diesem Potential.

Hervorzuheben sind die reliefbedingt vorgezeichneten Verkehrsrichtungen nördlich der Mittelgebirge von Hannover und Hamburg über Magdeburg nach Leipzig und Dresden, die im norddeutschen Tiefland verlaufenden Wege nach Berlin und Cottbus, die Verbindung durch das Thüringer Becken nach Frankfurt/Main. Schwächer sind die Nord-Süd-Linien nach Nürnberg-München und nach Stuttgart einzustufen, da deren Trassen die Mittelgebirge überwinden müssen.

Im Eisenbahnkonzept, das Friedrich List im 19. Jahrhundert entworfen hatte, war Leipzig eine zentrale Rolle zugeordnet, die es auch übernommen hat. Die Stadt hat sich mit acht Hauptstrecken der Eisenbahn und neun Bundesstraßen zu einem der bedeutendsten Verkehrsknotenpunkte in Deutschland entwickelt; die Netzintegration ist trotz historisch bedingter Funktionsteilungen zwischen Halle und Leipzig ausgezeichnet. Defizite bestehen gegenwärtig jedoch in der technischen Anpassung des Netzes an die modernen Verkehrsbedürfnisse.

Die folgenden Überlegungen gründen sich auf die verkehrspolitische Zielsetzung einer Stärkung des Schienenverkehrs und einer Anpassung des Standards der Verkehrserschließung in den neuen Bundesländern an die bestehende oder geplante Ausbausituation in den alten Bundesländern.

Dringlich ist die Einfügung des Leipziger Wirtschaftsraums in das ICE-Netz und die Verstärkung der Stellung im IC-Netz der Eisenbahn. Gemäß dem Bundesverkehrswegeplan ist als Neubau nur die Strecke von Leipzig und Halle über Erfurt nach Lichtenfels vorgesehen. Daneben stehen Ausbaumaßnahmen nach Berlin, Dresden, Plauen und von Halle nach Kassel im Programm.

Erforderliche Ausbau- oder Neubaumaßnahmen sind aus der Sicht des Leipziger Wirtschaftsraums Verbindungen von Berlin über Leipzig nach Frankfurt/Main und direkt über Jena nach Nürnberg-München sowie von Köln über Kassel nach Leipzig und Dresden; Ausbau ist daneben notwendig von Leipzig über Halle-Magdeburg nach Hamburg und nach Zwickau/Chemnitz (Voppel 1992).

Erstaunlich sind angesichts des erwarteten und erwünschten erheblichen Verkehrszuwachses im Schienenverkehr und der darauf ausgerichteten Verkehrspolitik Defizite in den Aus- oder Neubaukonzepten (zu den Projekten Eckey und Horn 1992; Entschließungen der Ministerkonferenz für Raumordnung; Der Bundesminister für Verkehr 1992). Hierzu zählen Direktverbindungen von Berlin über Leipzig und Halle nach Nürnberg und München sowie zwischen Leipzig und Köln. Eine Umwegtrassierung der Verbindung Berlin-Leipzig-Nürnberg über Erfurt trägt der Verkehrsspannung zwischen den genannten Großzentren nicht Rechnung und ist insoweit abzulehnen.

Davon unberührt bleibt die Möglichkeit einer Wiederbelebung und Verbesserung der Verbindung (Berlin-)Erfurt-Stuttgart. Die alte Schnellbahntrasse zwischen Camberg und Lichtenfels ist ebenso nur im "Lückenschlußprogramm" aufgeführt wie ein Teil der Verbindungen von Dresden und Leipzig nach Hof. Auffällig ist die Vernachlässigung des dicht besiedelten und einst gewerbereichen südlichen Hinterlands mit dem Wirtschaftsraum Chemnitz, der ebenfalls mit Leipzig durch Schnellbahntrassen verbunden sein sollte. In allen Plänen wie auch in den erwähnten "Entschließungen" fehlen unter den geplanten höherrangigen Schnellbahnverbindungen die Strecken Leipzig-Chemnitz und Leipzig-Gera-Saalfeld ganz. Ebenso fehlen Ausbaukonzepte über Magdeburg nach Stendal (-Hamburg). In anderen Fällen scheinen die Gewichtungen korrekturbedürftig (zum Beispiel von Köln und Frankfurt nach Halle und Leipzig).

Innerhalb des Wirtschaftsraums Leipzig/Halle ist die Trassierung der Nord-Süd-Verbindung schwierig, da sowohl Leipzig als auch Halle und außerdem der zwischen beiden Städten liegende internationale Flugplatz angeschlossen werden müssen. Die Kopfbahnhofsituation könnte durch die schon früher begonnene Untertunnelung der Verbindung vom Hauptbahnhof zum Bayerischen Bahnhof und eine Schleife südlich der Stadt nach Westen korrigiert werden.

Erheblicher Nachholbedarf besteht beim Neubau von Autobahnverbindungen. Es ist erforderlich, die stark verstädterten Wirtschaftsräume in den neuen Bundesländern qualitativ den alten Bundesländern vergleichbar durch Autobahnen zu erschließen. Geplant sind Verbindungen von Leipzig nach Magdeburg-Hamburg (als B 14), nach Kassel (B 82) und nach Chemnitz (B 83). Es fehlen in den Plänen insbesondere direkte Linien nach Köln und Erfurt-Frankfurt/Main.

Das vorhandene Bundesstraßennetz ist zwar dicht, bedarf aber der Modernisierung. Angesichts der Tendenz zur Umschichtung der Transportgüter von Grundstoffen auf Spezial- und Stückgüter ist die Vollendung des Kanalanschlusses (Saale-Elster) im Leipziger Westen gegenüber dem Ausbau von Eisenbahnen und Straßen nachrangig. So haben vor allem Eisenbahnen und Straßen den Güterverkehr zu bewältigen.

In der Nähe des Autobahnkreuzes und des Flugplatzes Schkeuditz wird ein Güterverkehrszentrum aufgebaut, das auf einer Fläche von 3 km² neben Umschlags- und Spezialeinrichtungen auch produktionsgewerbliche Betriebe aufnehmen soll.

Der wachstumsintensive Flughafen (1993: 1,4 Mio. Fluggäste) sollte schnell ausgebaut werden, weil er vorübergehend die Funktion übernehmen könnte, eilbedürftigen Binnenverkehr zu bedienen, solange das Schnellbahnnetz nicht hinreichend ausgebaut ist. Er ist notwendige Voraussetzung für die Ansiedlung flughafenabhängiger Industrie und Dienstleistungen, vor allem auch ausländischer Filialen.

3.3 Bevölkerungspotentiale

Die Bevölkerungszahl der Stadt Leipzig lag trotz unterschiedlich weitgreifender Eingemeindungen seit der Jahrhundertwende bis in die dreißiger Jahre in der Größenordnung von Köln und München. Nach Kriegsende konnte die Stadt trotz der Aufnahme von

Flüchtlingen die Einwohnerzahl der dreißiger Jahre von mehr als 700 000 nicht mehr erreichen. Heute wohnt, bei weiter abnehmender Tendenz, nur noch eine knappe halbe Million im Leipziger Stadtgebiet (siehe Tabelle 1). Nach erheblichen Wanderungsverlusten 1989 und 1990 (32200) waren in den Jahren 1992 und 1993 die Sterbefallüberschüsse höher als die Wanderungsverluste (1993: Sterbefallüberschüsse 3919, Wanderungsverluste 2484; Quelle: Statistisches Jahrbuch 1994 der Stadt Leipzig).

Tab. 1: Städtevergleich: Bevölkerung und Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe

	1933		1992		Einw. 1992 1933=1000	Besch. 1992 1933=1000
	Einw. 1000	Besch. ¹ 1000	Einw. 1000	Besch. ² 1000		
Berlin	4234	1056	3446	221	81	31
Hamburg	1129	190	1669	134	148	71
München	735	152	1229	163	167	107
Köln	757	163	957	93	126	57
Frankfurt	556	121	654	98	118	81
Essen	654	163	627	43	96	57
Leipzig	713	175	503	28	71	16
Nürnberg	410	114	497	86	121	75
Dresden	642	159	485	28	76	18
Halle	209	41	300	-	144	-

¹Erwerbspersonen Industrie und Handwerk

²Beschäftigte Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Quellen: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 1935; Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden 1944

Die Tabelle 1 läßt erkennen, wie unterschiedlich sich die Vergleichsstädte einerseits sowie Leipzig und Dresden andererseits seit 1933 entwickelt haben. Mit Ausnahme von Essen ist in allen genannten Städten in den alten Bundesländern die Bevölkerungszahl, zum Teil allerdings eingemeindungsbedingt, gewachsen, in Leipzig und Dresden aber gesunken. Noch deutlicher sind die Unterschiede beim Vergleich der Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe.

Das Leipziger Stadtgebiet ist zu klein zugeschnitten. Es umfaßt nach Eingemeindung von Hartmannsdorf 1993 nur 148,6 km² (1935: 142 km²). Hannover erreicht 204 km², Köln 405 km²). Während die städtische Gemarkung von Leipzig seit 1933 nur um 20 km² (15,6%) gewachsen ist, hat sie in Köln um 61% und in München um 65% zugenommen.

Angesichts der relativ geringen Flächenreserven und vielfach ungeklärter Eigentumsfragen haben sich neue großflächige Einrichtungen, darunter die im Ausbau befindliche neue Messe, Verbrauchermärkte und die Quelle-Filiale, teilweise oder im vollen Umfang außerhalb der Stadtgrenzen angesiedelt. Bisher ist es nicht gelungen, die Randgemeinden in das Stadtgebiet einzugliedern. Der Widerstand gegen Eingemeindungen ist im Leipziger Umland sehr ausgeprägt. Die den großen Städten gestellten

Aufgaben sind jedoch nur zu erfüllen, wenn ihnen nicht nur Lasten, sondern auch Erträge aus der Kernregion und dem Einzugsgebiet zufallen. Im gemeinsamen Interesse einer räumlich-funktionalen Arbeitsteilung von Kern und Rand sollten daher die strukturell und funktional eng mit Leipzig verflochtenen Nachbargemeinden in geeigneter Form mit der Kernstadt verbunden werden.

Der weitere Raum Leipzig/Halle bietet einerseits ein gutes Absatzpotential und andererseits mit 1,3 Mio. Erwerbspersonen einen großen und vielseitigen Arbeitsmarkt.

Dresden, Magdeburg und Erfurt sind jeweils etwa 100 km (Luftlinie) von Leipzig entfernt, Chemnitz und Zwickau etwa 70 km. So vergrößern sich auf höherer zentraler Ebene Einzugsgebiet und Absatzchancen erheblich bis zu einem Radius von etwa 50 km und insbesondere nach Süden auch darüber hinaus. Im Wirtschaftsraum Chemnitz leben etwa 0,8 Mio. Menschen, im Raum Zwickau 0,4 Mio., im Vogtland etwa 0,3 Mio. und im Raum Gera 0,35 Mio. Einschließlich der ferner gelegenen Einzugsgebiete ergibt sich somit ein Potential von etwa 4 Mio. Menschen.

Mit fortschreitender positiver wirtschaftlicher Entwicklung und Sanierung des Wohnungsbestandes der Stadt dürfte sich die Wanderungsbilanz wieder stabilisieren. Die steigende Kaufkraft der Region könnte eine wesentliche Stütze des Handels sein, wenn es gelingt, das überörtliche Einzelhandelsangebot wieder im Zentrum zu konzentrieren. Das Potential des Hinterlandes ist mit den genannten Großstädten in Deutschland vergleichbar.

Die-qualitative Ausstattung des gegenwärtig bestehenden und des künftigen Arbeitsmarktes ist angesichts der Vielfalt an Schulen und Hochschulen in Leipzig positiv einzuschätzen. Infolge der bisherigen gewerblichen Struktur steht ein vielseitig ausgebildetes Arbeitskräftepotential bereit.

3.4 Industriegewerbliche Entwicklungen

In Leipzig hatte sich im 19. und 20. Jahrhundert eine vielseitige Industrie entwickelt. 1925 waren in Leipzig im Maschinen- und Fahrzeugbau 31200, in der Metallverarbeitung 11300, in der Elektrotechnik 11100, im Druck- und Verlagswesen 33900, im Textilgewerbe 14700, in der Bekleidungsindustrie 24100 sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrie 14800 Personen beschäftigt. Nach Berlin und Hamburg stand Leipzig im gewerblichen Sektor an dritter Stelle. Diese Stellung konnte im wesentlichen bis zum Zweiten Weltkrieg bewahrt werden.

An diesen gewerblichen Vorlauf kann jedoch nur zum Teil angeknüpft werden. Angesichts des Umbruchs in den neuen Bundesländern 1989/90 ist das bisherige Strukturgefüge als Potential nur schwer zu bewerten. Ein großer Teil der Industriebetriebe war unter weltwirtschaftlichen Bedingungen nicht konkurrenzfähig, so daß weithin neue Ansätze gefunden werden müssen. Die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe ist 1991 auf 56400, 1992 auf 27900 und 1993 sogar auf 18000 zurückgegangen. 1993 waren 68,9% im Investitionsgütersektor, 16,8% im Verbrauchsgütersektor beschäftigt; 7,5% waren der Erzeugung von Nahrungs- und Genußmitteln sowie 6,8% von Grundstoffen und Produktionsgütern zuzurechnen. 1993 lag die Beschäftigung im

Verarbeitenden Gewerbe in Dresden bei 22400 und in Chemnitz bei 17500. Die Verluste an industriegewerblichen Arbeitsplätzen waren in diesen drei sächsischen Großstädten besonders hoch.

Auf Grund der genannten räumlichen Ausstattungsfaktoren und der vorhandenen Kontaktvorteile bieten sich weniger für Grundstoffherzeugung als für rohstoffferne Industriezweige mit Spezialisierung im Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterbereich Ansiedlungschancen, soweit generelle Standortnachteile in Deutschland, wie die Höhe der Arbeitskosten oder steuerliche Belastungen, nicht entgegenstehen. Jedoch werden die Aussichten für arbeitsintensive Verbrauchsgüterindustrien dauerhaft eng begrenzt sein.

3.5 Das überregionale Dienstleistungswesen

Die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Wirtschaftsraum Leipzig als Ausgleich derzeit bestehender Defizite können an den Strukturen der bereits genannten Großagglomerationen in den alten Bundesländern gemessen werden.

1933 umfaßte die von Schlier so genannte "zentrale Schicht" in München 133000 (18,1 % der Einwohnerzahl), in Leipzig 114000 (16,0%), in Köln 113000 (14,9%) und in Frankfurt am Main 96000 (17,3%) Personen. Somit lagen, bezogen auf die damalige administrative Abgrenzung dieser Städte, die Anteile überregional bedeutsamer Dienstleistungen absolut und relativ nahe beieinander.

Demgegenüber war der Anteil der Dienstleistungen an der Gesamtbeschäftigung 1989 in Leipzig im Vergleich mit Frankfurt, München, Düsseldorf und Hannover 19 bis 14 Prozentpunkte, im Vergleich mit Nürnberg und Köln etwa 8-10 Prozentpunkte niedriger.

Die während der letzten Jahrzehnte in Leipzig wie in den neuen Bundesländern generell entstandenen strukturellen Defizite im Dienstleistungswesen lassen neben der Grundausstattung, die noch große Defizite aufweist, einen besonders dringenden Nachholbedarf in jenen Einrichtungen erwarten, die auf eine überdurchschnittliche Verkehrslage angewiesen sind. Da die Stadt aus räumlicher Sicht nach wie vor die Voraussetzungen hoher Zentralität bietet, bestehen in diesem Sektor grundsätzlich gute Entwicklungsaussichten. In diesem Zusammenhang sind als Beispiele regionale und überregionale Zentralen von Banken und Versicherungen zur Bedienung Mitteldeutschlands zu nennen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit Dienstleistungen mit überörtlicher und überregionaler Reichweite generell noch ihren Standort in großstädtischen Kernregionen, an deren Rändern oder aber in kleineren Städten abseits der Verdichtungsräume suchen. So haben recht ausgeprägt Einkaufszentren in den neuen Bundesländern und besonders im Wirtschaftsraum Leipzig-Halle Standorte in den Randgebieten der Großstädte begründet, so das Saale-Zentrum zwischen Halle und Leipzig und das Zentrum in Paunsdorf (hierzu Den Hartog-Niemann und Boesler 1994). Trotz einzelner Kern-Rand-Wanderungen ist das Prinzip der Zentralisation bei derartigen Funktionen weiterhin dominant, auf der Angebotsseite infolge von

Kostendegressionen bei Agglomerationen und auf der Nachfrageseite infolge der Minimierung des Verkehrsaufwandes.

Die Schwierigkeit, an alte Traditionen anzuknüpfen, wird bei den Messeveranstaltungen besonders deutlich. Für die Nachhaltigkeit der Durchführung der alten Warenmesse in Leipzig war die Verkehrslage der Stadt eine unerläßliche Voraussetzung. Die Mustermessen der Gegenwart sind dagegen auf eine derartige strenge Bindung an Landverkehrswege nicht mehr angewiesen. In Deutschland sind sie auf eine Reihe von Städten verteilt und jeweils in Konzepte dieser Messestandorte integriert, so daß ein Standortwechsel nur unter besonderen Umständen oder bei deutlichen Vorteilen gegenüber anderen Messeplätzen vorgenommen wird. Auch die einst relativ herausgehobene Stellung als Buch- und Verlagszentrum kann nicht ohne weiteres zurückgewonnen werden.

Leipzig wird zwar weniger in den Genuß von direkten und indirekten Förderungen kommen, wie sie beispielsweise der Landeshauptstadt Dresden dadurch zuteil werden, daß eine Reihe öffentlicher und privater Dienstleistungsunternehmungen den unmittelbaren räumlichen Kontakt zur Landesverwaltung sucht. So blieb Leipzig bisher bei der Niederlassung von Branchenverbänden deutlich hinter den beiden Landeshauptstädten Dresden und Erfurt zurück (Henckel u.a. 1993, S. 344). Demgegenüber war die Zahl der Konsulate, ausgerichtet auf die Handelsfunktionen von Leipzig, mit (1990) fünf größer als in Dresden (1). Ein oberstes Gericht des Landes soll seinen Sitz in Leipzig haben. Ebenso ist geplant, 1995 ein Internationales Transferzentrum für Umwelttechnik in Leipzig zunächst als öffentliche Einrichtung zu begründen.

Staatliche Institutionen, deren Aufgaben über Ländergrenzen hinwegreichen, könnten außerhalb der Landeshauptstädte angesiedelt werden. Entscheidungen, höchste Bundesgerichte in der Nachfolge des Reichsgerichts nach Leipzig zu verlagern, sind bislang nicht verwirklicht worden. Genannt werden in diesem Zusammenhang das in Berlin residierende Bundesverwaltungsgericht und einzelne Strafsenate des Bundesgerichtshofes. Daneben wäre die Stadt als Standort der Generaldirektion oder entsprechender zentraler Einrichtungen der privatisierten deutschen Eisenbahnen als - nach Berlin - bedeutendster Verkehrsknotenpunkt im mittleren Deutschland gut geeignet, zumal die regionalen Direktionen traditionell in Halle und Dresden angesiedelt sind. Wie schwierig es offenbar ist, öffentliche Einrichtungen in die jahrzehntelang vernachlässigten Städte der östlichen Bundesländer zu transferieren, zeigt sich bei der Diskussion um die Verlagerung der Deutschen Welle, die, wenn sie nicht in Köln bleiben kann, in die Medienstadt Leipzig verlagert werden könnte.

Im übrigen muß sich die Stadt aus "eigenen" Kräften entwickeln. Dabei können die lagebedingten Vorteile genutzt werden. Wesentliche Teile des Transitverkehrs zwischen Ost-, Mittel- und Westeuropa sowie zwischen Nord- und Südeuropa kreuzen sich im Raum Leipzig/Halle. Damit sind Entwicklungen im überörtlichen Handel, in der Forschung und in Einrichtungen des übrigen Dienstleistungssektors zu erwarten. So bieten sich beispielsweise Ansätze für die Entwicklung als Medienzentrum.

Vielseitige kulturelle Angebote können als begleitende und, vor allem im Dienstleistungswesen, zuweilen auch als wichtig eingeschätzte Standortfaktoren wirksam werden. So wird das kulturelle Leben im Umfeld von Standorten von Unternehmungen,

besonders im hochtechnischen Bereich und im Dienstleistungssektor, in empirischen Untersuchungen als Standortfaktor genannt (hierzu jüngst Befragungsergebnisse des Statistischen Amtes der Stadt Köln, Statistisches Jahrbuch 77/1991, S. 73).

Daher sind herausragende Einrichtungen in Leipzig, wie Theater, Gewandhaus, Thomaskantorei sowie Hochschulen und überregionale Forschungseinrichtungen als Attraktionskräfte positiv einzuschätzen.

4. Fazit

Die Entwicklungschancen der Kernstadt des Wirtschaftsraums Leipzig sind unter der Voraussetzung allgemeinen Wachstums in Deutschland positiv einzuschätzen. Besonders Dienstleistungen mit Ausstrahlung auf das gewerblich aktive westsächsisch-thüringische Hinterland sowie in weiterer Sicht auf östliche Nachbarstaaten sowie Sonderentwicklungen, zum Beispiel im Mediensektor, können zur Entwicklung beitragen. Angesichts der fortschreitenden Rationalisierung im gewerblichen Sektor werden neu entstehende Arbeitsplätze hauptsächlich im Dienstleistungsbereich zu erwarten sein. Innerhalb der neuen Bundesländer besteht traditionell Konkurrenz zwischen Leipzig und Dresden. Die Stellung Dresdens im Hochschulwesen ist relativ gestärkt, die von Leipzig relativ geschwächt worden; in der Landesverwaltung ist Leipzig der Hauptstadt untergeordnet. Auch bei industriellen Fördermaßnahmen hat Dresden Vorteile. Historisch überkommen ist außerdem die Städtekonkurrenz zwischen dem einst preußischen Halle und Leipzig, das sich noch im Schienen- und Straßennetz und sogar in den Ausbauplanungen widerspiegelt. Hier ist eine Zusammenarbeit durch sinnvolle Funktionsteilung für die künftige Entwicklung förderlich und geboten.

Summary

Potentials for development in the economic area of Leipzig

Location decisions require an evaluation of the space characteristics and potentials to avoid misinvestment. Growth poles should develop on its own resources. The economic area of Leipzig is examined by following these premises. The location for transport in the centre of the "Leipziger Tieflandsbucht" as well as the quality of the communication systems receive good marks. But deficits are to be noticed regarding the extension plans for the railroad network and the motorways especially the links with Köln, Hamburg, München and Chemnitz; highways have to be modernized. Considering the extensive loss of industrial workplaces there must be turned special attention to the creation of conditions in this economic area that attract industrial firms of growth industries. The economic area Leipzig comprises about 1.1 million inhabitants, in combination with Halle/Merseburg a scale of 2.5 million people is reached.

The high central functions of Leipzig reach far into other economic areas creating a large potential hinterland. For this reason the appraisal of the conditions for the

establishment of higher central services in the economic and science sector (e.g. banks, universities) is a positive one.

Literatur

- Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung [Hrsg.]: Zwischen Deindustrialisierung und Aufbau neuer Strukturen. Zum wirtschaftlichen Transformationsprozeß in den neuen Ländern. Bonn 1994 (Informationen zur Raumentwicklung H. 4)
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau [Hrsg.]: Entschließungen der Ministerkonferenz für Raumordnung 1989-1992. Bonn (o.J.)
- Bundesministerium für Verkehr [Hrsg.]: Fünfjahresplan für den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1993 bis 1997 mit Ergänzung bis 2000. 1993
- Der Bundesminister für Verkehr [Hrsg.]: Bundesverkehrswegeplan 1992. Bonn 1992
- DEN HARTOG-NIEMANN, E., BOESLER, K.-A.: Einzelhandelsstandorte des Verdichtungsraumes Leipzig im Spannungsfeld zwischen kommunaler Entwicklung und räumlicher Ordnung. Erdkunde 48 (1994), H. 4, S. 291-301
- ECKEY, H.-Fr.: Zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in der ehemaligen DDR. In: Regionale Wirtschaftspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen. Informationen zur Raumentwicklung (1991), H. 9/10, S. 631-639
- ECKEY, H.-Fr., HORN, Kl.: Veränderungen der Lagegunst und Erreichbarkeit der Kreise im vereinigten Deutschland durch geplante Aus- und Neubaumaßnahmen von Verkehrswegen. In: Raumordnung und Bundesverkehrswegeplanung. Informationen zur Raumentwicklung (1992), H. 4, S. 225-244
- HENCKEL, D., GRABOW, B., HOLLBACH, B., USBECK, H., NIEMANN, H. u.a.: Entwicklungschancen deutscher Städte - Die Folgen der Vereinigung. Stuttgart, Berlin, Köln 1993
- IRMEN, E., SINZ, M.: Regionale Entwicklungspotentiale und -engpässe in den neuen Ländern. Informationen zur Raumentwicklung (1991), H. 11/12, S. 755-771
- KIND, G.: Perspektiven der räumlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern. Stellungnahme zu ausgewählten Problemen des Raumordnungsberichts 1991. Informationen zur Raumentwicklung (1991), H. 11/12, S. 687-702
- KLEMMER, P.: Übertragbarkeit regionalpolitischer Konzepte auf die neuen Bundesländer. Regionale Wirtschaftspolitik unter veränderten Rahmenbedingungen. Informationen zur Raumentwicklung (1991), H. 9/10, S. 611-621
- KLEMMER, P.: Entwicklungsrisiken peripherer ländlicher Räume. Sprockhövel (1995) (Mskr.)
- NOLTE, D., ZIEGLER, A.: Neue Wege einer regional- und sektoral-orientierten Strukturpolitik in den neuen Ländern. - Zur Diskussion um den "Erhalt industrieller Kerne". Informationen zur Raumentwicklung (1994), H. 4, S. 255-265
- Regionalstatistische Informationen aus der laufenden Raumbeobachtung. Informationen zur Raumentwicklung (1991), H. 11/12, S. 779-795
- SCHLIER, O.: Die zentralen Orte des Deutschen Reichs. Ein statistischer Beitrag zum Städteproblem. Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde (1937), S. 161-170
- Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen [Hrsg.]: Statistisches Jahrbuch 1994, 25. Band. Leipzig Oktober 1994
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 77/1991
- Statistisches Jahrbuch Sachsen 2/1993

- STEINBACH, J., ZUMKELLER, D.: Integrierte Planung von Hochgeschwindigkeitsverkehr in Europa. In: Raumordnung und Bundesverkehrswegeplanung. Informationen zur Raumentwicklung (1992), H. 4, S. 265-286
- STIENS, G.: Regionale Entwicklungspotentiale und Entwicklungsperspektiven. Geographische Rundschau 44 (1992), H. 3, S. 138-142
- VOPPEL, G.: Räumliche Potentiale und die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur Kölns im Städtevergleich. Köln 1988, S. 23-62. (Kölner Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeographie, Bd. XXXV)
- VOPPEL, G.: Die Landeshauptstadt Hannover -- zentraler Ort und Industriestadt im südlichen Niedersachsen. In: ERIKSEN, W., ARNOLD, A. [Hrsg.]: Hannover und sein Umland. Hannover 1978, S. 68-93 (Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft zu Hannover 1978)
- VOPPEL, G.: Die Binnenverkehrerschließung in den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland als Entwicklungsgrundlage der Wirtschaft. In: VAN DER HAEGEN, H., VAN HEKE, E. [Hrsg.]: Liber Amicorum M. Goossens. Leuven 1992, S. 421-430
- WIEST, K.: Die Region Halle-Leipzig. Neugliederung und Kooperationsansätze. In: Europa Regional 1 (1993), H. 1, S. 1-11

Prof. Dr. Götz Voppel
 Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut der Universität zu Köln
 Albertus-Magnus-Platz
 D-50923 Köln

Gabriel Wackermann

Dezentralisierung und Regionalisierung in Frankreich im Hinblick auf das zukünftige Europa

Bearbeitung der deutschen Fassung: Dr. Michaela PAAL (Universität Wien)

Das Beispiel Frankreich zeigt, wie eng regionale Identität mit der wirtschaftspolitischen Struktur eines Staates verknüpft ist.

Der Begriff "Region" selbst muß in seiner historischen Dimension gesehen werden. Von der Provinz zur Region existierte bereits während der Monarchie eine starke Abstufung von Identität durch den Absolutismus bzw. die nationale Zentralisierung aller Machtbefugnisse. Daher sprach man lange Zeit hindurch von der "petite patrie", also vom "kleinen Vaterland" im Gegensatz zur "grande patrie", dem "großen Vaterland", wobei besonders bemerkenswert ist, daß im Französischen das Feminin des Hauptwortes jene Sentimentalität ausdrückt, die dem Begriff des Vaterlandes zukommt. Der Ausdruck "petite patrie" beweist allerdings, daß alles Regionale lediglich als Bestandteil eines übergeordneten, geschlossenen Raumes zu betrachten war und nur die nationale Gesamtheit Bedeutung hatte.

Im Gegensatz zur Schweiz, wo kulturelle Vielfalt und regionale Identität stets zur Stärke der Eidgenossenschaft beitrugen, führte die Jahrhunderte dauernde regelrechte Unterdrückung des Selbstverständnisses der französischen Regionen erst kürzlich zur Selbstbesinnung, zur offenen Kontroverse und letztendlich zur institutionellen Reform. Dadurch offenbarte sich allerdings auch die Mehrdeutigkeit des Konzeptes der "regionalen Identität", die auch konservative Strömungen beinhaltet und durch Pflege überlebter Traditionen zu Absonderungstendenzen von der modernen Gesamtentwicklung führen könnte.

Im folgenden sollen das Fallbeispiel Frankreich und die Beschreibung der Verflechtungen des peripheren Raumes Elsaß mit dem Gesamtstaat die Thematik der Regionalisierung konkretisieren.

1. Kulturelle Gleichschaltung und wirtschaftlicher Zentralismus bis zum Beginn der 80er Jahre

Der Zentralismus - jahrhundertlang das französische Staatsgefüge prägend und zum Teil auch heute noch bestimmend - rief zwangsläufig eine Gleichschaltung zugunsten der "Pariser Kultur" hervor. Das kulturelle Leben der Hauptstadt Paris bzw. der Residenz Versailles wurde besonders seit dem 18. Jahrhundert als Modell der einzig wahren und gediegenen Kultur dargestellt, wobei die einzelnen Akademien auf ihren jeweiligen Gebieten absolutistische Gewalt ausübten. Neben diesem pompösen Glanz galten alle kulturellen Aktivitäten der Provinzen als minderwertig und zweitrangig.

Die kulturelle Vormachtstellung der Hauptstadt Paris beschleunigte die Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen, die die Bedeutung der Stadt als wichtigstem Impulsfaktor Frankreichs verstärkten. Die zunehmende wirtschaftliche und kulturelle Diskrepanz zwischen Hauptstadt und Provinz trug zur Schaffung eines auf Paris zugeschnittenen Elitestaates bei.

Planung und Raumordnung Frankreichs entwickelten sich hauptsächlich aus zentralistischen Überlegungen. Ausschlaggebend für die Planung war das Nationalprodukt, mit dem Resultat, daß in erster Linie der wirtschaftsschwache Westen bevorzugt wurde und daß einige Jahrzehnte hindurch weder erstklassige Produktionsräume noch entwicklungsfähige Durchschnittsregionen existierten. Mehrere Regionen fielen der Umstrukturierung zum Opfer, wie zum Beispiel die Kohlengruben des Massif Central, die zugunsten des lothringischen Beckens geschlossen wurden und deren Belegschaft nach Lothringen abwanderte, um dort kaum ein Jahrzehnt später erneut von der Arbeitslosigkeit bedroht zu sein.

Aus der wirtschaftlichen Schwächung und der Abhängigkeit von der Zentralregierung in Paris resultierten aber keineswegs neue Überlegungen zur Aufwertung der Regionen. Die Hauptursache für diesen Mangel an Widerspruch lag eindeutig in einem zentralistisch ausgerichteten Erziehungs- und Ausbildungswesen. Bemühungen zur regionalen Wiederbelebung gerieten rasch in den Ruf der Nationalfeindlichkeit. Dies galt besonders für periphere Gebiete, in denen Französisch nicht Muttersprache war. Weder in den Schulen noch in der öffentlichen Verwaltung durfte sanktionsfrei von kultureller Eigenständigkeit oder regionaler Persönlichkeit gesprochen werden. In allen Bevölkerungsschichten fand man Personen, die es nicht wagten, ihre kritische Einstellung zur Zentralisierungspolitik öffentlich zu äußern - der Jakobinismus hatte für beinahe zwei Jahrhunderte jegliches Identitätsgefühl außerhalb der nationalen Einheitskultur zerstört. Am Beispiel Okzitaniens konnte der französische Geograph Paul CASTELA die enge Verflechtung zwischen regionalkulturellem Niedergang und wirtschaftlichem Rückstand nachweisen: in dieser südfranzösischen Region konnte die Industrialisierung vor allem aufgrund der Unterentwicklung des kulturellen Umfeldes nur sehr schleppend vorangetrieben werden.

2. Soziokulturelle Belebung durch Dezentralisierung und Regionalisierung

Die Wirtschaftskrise, die sich aufgrund immer stärkerer internationaler Marktkonkurrenz nach dem Zweiten Weltkrieg bemerkbar machte, traf die strukturschwachen Regionen besonders stark. Die enge Verzahnung von allgemeiner Wirtschaftskrise und kulturellen Problemen trat noch deutlicher in Erscheinung. Gleichzeitig entwickelten sich erste Ansätze zur Erneuerung - am frühesten in der Bretagne und im Elsaß, wo die Strukturkrise als besonders dramatisch empfunden wurde. Regionale Vertreter aller Beschäftigten trafen zusammen, um Entwicklungsvorschläge auszuarbeiten. Dieser neue Gemeinschaftsgeist und die Erkenntnis, daß Wirtschaft und Kultur untrennbar miteinander verbunden sind, sollte zu neuer regionaler Identität führen. Ähnliche Strömungen

entstanden auch im Baskenland, in Korsika, an der französischen Riviera und im Moselland.

Die Dezentralisierung der Sekundarschulen im ländlichen Raum sowie eine neue Generation von mutigen Regionalpolitikern und Journalisten trugen dazu bei, daß auch der kulturellen Erneuerung des Staates mehr Beachtung geschenkt wurde. Frankreich begann allerdings erst relativ spät, sich an wirtschaftlichen Musterbeispielen wie Japan zu orientieren, wo trotz Anpassung an eine wettbewerbsorientierte, rationelle Computer-gesellschaft an kulturellen Grundprinzipien der Vergangenheit festgehalten wurde. Gerade die Entwicklung Japans beweist, daß ein Volk über ein Gesamtkonzept verfügen muß, das nicht nur auf abstrakten, technologischen Gleichschaltungsprinzipien beruht, sondern auch regionalkulturelle Komponenten berücksichtigt.

Andererseits bedeutet regionale Identität nicht Beharrung auf einer Nostalgiewelt und einer lediglich auf die Vergangenheit bezogenen Gesellschaftsstruktur. Regionale Identität ist unvereinbar mit Konservatismus, sie soll vielmehr einer regionalen Gesellschaft die nötigen Impulse zur Weiterentwicklung geben. Rückbesinnung auf die Vergangenheit darf nicht auf die Verteidigung verkrusteter Strukturen bedeuten. Regionale Identität ist also kein Wundermittel: um ihre Bedeutung zu bewahren, muß sie durch endogene und exogene Elemente ständig erneuert werden.

Die allmähliche Auflockerung des regionalen Lebens und die daraus resultierende Dynamik leiteten einen Wandel im sozialen Gefüge und im Wirtschaftsleben Frankreichs ein. Allerdings waren weder die Sprache noch die Traditionen der Regionen die impulstragenden Kräfte. Allein der Wille zur Erneuerung zählte. Gleichzeitig mußten allerdings Kompromisse mit der Zentralverwaltung in Paris gefunden werden, um die regionalen Funktionen sicherzustellen. So wäre zum Beispiel die Entwicklung von Toulouse oder Nizza ohne die Zusammenarbeit mit den Zentralstellen nie zustande gekommen.

Das Elsaß erwachte aus seiner Erstarrung zu einem Zeitpunkt, wo nicht einmal mehr die Hälfte der Bevölkerung den alemannischen Dialekt sprach und die meisten Initiativen von Nichtelsässern ausgingen. Seit den 80er Jahren lag der Entwicklungsschwerpunkt Frankreichs - von der Ile-de-France abgesehen - im Süden des Landes, wo durch die Verbesserung der Verkehrs- und Fernmeldeverbindungen eindeutige Standortvorteile geschaffen worden waren. Der traditionsgebundene Norden und Lothringen konnten sich gegen diese Konkurrenz nicht mehr behaupten.

Als Resultat einer immer stärkeren Kritik am Zentralismus wurde nach der Präsidentschaftswahl 1981 und der Ernennung von F. MITTERRAND zum Präsidenten die große Reform der Dezentralisierung und Regionalisierung durch eine Linksmehrheitsregierung beschlossen und in den Folgejahren in ihren Grundzügen durchgeführt. Es handelte sich dabei um die wichtigste angekündigte und auch verwirklichte Strukturreform, durch die sich die französische Linke grundsätzlich von der Rechten unterscheiden sollte, obwohl auch sie seit der Französischen Revolution dem Zentralismus huldigte. Da die Rechtsregierungen der Fünften Republik Dezentralisierung nur als Dekonzentration verstanden hatten, bot sich der Linken hier eine Gelegenheit zum politischen Kontrast. Es ist aber kaum denkbar, daß der Sieg der Sozialisten nur auf die Ankündigung einer Strukturreform zurückzuführen ist, denn schon DE GAULLE hatte

mittels Referendum Ende der 60er Jahre eine Regionalisierung durchzusetzen versucht. Allerdings geriet dieses Referendum zu einer Abstimmung über die Person des Präsidenten. Ähnlich ist wohl auch die Wahl MITTERRANDS als Votum gegen die überlebten Rechtsparteien zu werten.

Die Rechte hatte es bis dahin nicht gewagt, die Regionalisierung in die Wege zu leiten, da in diesen Kreisen noch immer die Meinung vorherrschte, Frankreich würde durch Dezentralisierung dem Zerfall entgegengehen. Dabei übersah man allerdings die Tatsache, daß sich in der Zwischenzeit ein tiefgreifender Wandel in der Wählermeinung vollzogen hatte:

- Die junge Wählergeneration stellte, bedingt durch Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und verringerte Wertschöpfung die bisherige Politik und die alten Werte in Frage.
- Die Ideologie der Sozialisten konnte bestenfalls nur mehr als "rosarot" bezeichnet werden; außerdem befanden sich in ihren Reihen auch namhafte Wirtschaftsexperten.
- Die Macht der katholischen Kirche verblaßte zusehends durch die sinkende Zahl praktizierender Katholiken. Junge Priester standen linkem Gedankengut nahe, und auch einige Bischöfe äußerten sich liberaler. Die Sozialisten hingegen präsentierten sich nicht mehr antiklerikal, vielmehr bekannten sich führende Persönlichkeiten der Partei, wie zum Beispiel Jacques DELORS, öffentlich zu ihrem Glauben.
- Bedingt durch die neue Lebensauffassung und die Internationalisierung wurde wichtigen Problemen Priorität zugestanden und deren Lösung gefordert: bessere Ausbildungsmöglichkeiten, Modernisierung der Wirtschaft auch im ländlichen Raum, bessere Lebensqualität, weniger Abhängigkeit von Paris, mehr Innovation in den Regionen und das Recht auf das Prinzip des "vivre au pays" ("auf dem Land selbst leben zu dürfen"). Dezentralisierung und Regionalisierung wurden nicht mehr als Absonderung vom Ganzen empfunden.
- Die seit den 60er Jahren zunehmende Mobilität der Bevölkerung führte dazu, daß Bestrebungen zur Selbständigkeit nicht mehr mit Separatismus verwechselt wurden.
- Das zentralistische Schulwesen hatte es immerhin geschafft, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Nation so zu stärken, daß keine Gefahr inneren Zerfalls mehr bestand.
- Die Zunahme ausländischer Minderheiten in allen Teilen Frankreichs erzeugte neue demographische Strukturen.

Während der Vierten und der konservativ orientierten Fünften Republik betrafen Regionalisierungs- und Dezentralisierungsmaßnahmen vor allem die Wirtschaft, da rein regionalkulturelle Vorgänge als gefährlich eingestuft wurden. Trotzdem führte DE GAULLES Kulturminister MALRAUX das Prinzip der "Maisons de la Culture" (Kulturhäuser) ein; um - wie er sagte - auch die Regionen an der Hochkultur teilhaben zu lassen, dem gesamten Staat gleiche kulturelle Chancen zu geben und das "abscheuliche Wort Provinz" zu eliminieren. Letzteres löste allgemeine Empörung aus, denn die Provinzen betrachteten ihr Dasein keineswegs als Schande. Die Idee der Kulturhäuser fand zwar Zustimmung, aber letztlich wurden nur wenige dieser Projekte

verwirklicht. Immerhin bedeutete die Initiative MALRAUXs den ersten Schritt zur Vergabe von Finanzmitteln des zentralistischen Staates an die Provinzen und der Förderung von Kultur abseits der Hauptstadt. Von Regionalisierung konnte in diesem Zusammenhang allerdings kaum gesprochen werden.

In Verbindung mit der Wirtschaftsentwicklung erkannte man schnell, daß Regionalisierung den Staat nicht gefährdete. Schon die Regierung des Sozialdemokraten Guy MOLLET (1954-56) hatte die Notwendigkeit erkannt, Landflucht und Verstädterungstendenzen durch Verbesserungen in den wirtschaftsschwachen Regionen zu mildern. Dies führte zur offiziellen Gründung der Regionen. Die Basis bildeten einige alte Provinzen wie das Elsaß, die Auvergne und die Bretagne, ansonsten bezog sich die neue Gebietseinteilung auf Verwaltungsgrenzen, die weder dem tatsächlichen kulturellen Regionalleben noch den historisch begründbaren Territorialeinheiten entsprachen. Dieser Umstand allein offenbart bereits den Willen der Zentralgewalt, die geschichtliche Kontinuität zu brechen. So zukunftsorientiert diese Reform und die Einführung von regionalen Wirtschaftsgremien unter DE GAULLE auch waren, so fielen die wichtigsten Entscheidungen doch weiterhin in Paris. Ähnlich verhielt es sich mit der Zuteilung der Finanzmittel, denn von gerechter Aufteilung der Steuern zwischen Staat, Regionen, Departements und Gemeinden konnte keine Rede sein.

Die regionalen Wirtschaftskrisen der Nachkriegsjahre, die besonders die peripheren Gebiete betrafen, beschleunigten die Reformpläne. Das Elsaß litt seit dem Ende der 40er Jahre unter Krisen in der Pechelbronner Erdölindustrie, der Textilindustrie, der Kaliwerke und der veralteten Metall- und Lebensmittelindustrie. In der Bretagne und überhaupt im gesamten Westen Frankreichs machte sich der Rückstand in der Industrialisierung ebenfalls bemerkbar. Als sich auch noch Krisen in der Landwirtschaft und in der Rohstoffgewinnung abzeichneten, begann man mit der Erstellung von regionalen Entwicklungsplänen und gründete die DATAR (Délégation à l'Aménagement du Territoire et à l'Action Régionale), beging aber den schweren Fehler, den Westen des Landes mehr zu fördern als den Osten, der mit dem benachbarten Ausland - Schweiz, BR Deutschland - nicht mehr mithalten konnte. Solche Fehlentwicklungen zeigten aber auch, daß die Regionen selbst ihre Situation nicht richtig einschätzten und meisterten.

1981 verknüpfte man zum ersten Mal bewußt wirtschaftliche Aspekte und sozialkulturelle Vorstellungen. Obwohl die ausgearbeitete Gesetzgebung in vielen Fällen auf unzulänglicher Finanzkraft beruhte - die Reform wurde ja während einer Wirtschafts- und Strukturkrise durchgeführt -, kann von einer vollkommenen Umwälzung und einem Wandel der französischen Kulturpolitik gesprochen werden.

Die Reform wurde einem Staatsministerium anvertraut, und die Präfekten, welche traditionell die Macht der Regierung in jedem Departement und jeder Region verkörperten, mußten sich mit dem Titel eines "Kommissars der Republik" begnügen. Die neue Regierung räumte den Regionen und Departements neue Befugnisse ein: führende Persönlichkeit war nun nicht mehr der Präfekt, sondern der gewählte Präsident des Generalrates bzw. des Regionalrates. Die Aufgabe des Präfekten beschränkte sich auf die Überprüfung der Gesetzmäßigkeit der durch die Regionalräte und Generalräte beschlossenen Bestimmungen sowie deren Durchführung. Der Staat behielt zwar die Hauptsteuern für sich, doch sollte alle fünf Jahre mit den einzelnen Regionen ein Ver-

trag ausgehandelt werden, der raumordnerische Prioritäten festlegen und deren Finanzierung sicherstellen sollte. Diese "Contrats de Plan Etat-Region" bildeten die Basis für die Finanzierung der wichtigsten regionalen Projekte.

Gremien in den Departements und Regionen erlauben mittlerweile die Erstellung eigener Kulturrichtlinien, die auch auf lokaler Ebene finanziert werden können. Die endgültige Beschlüsse in kulturellen Belangen fallen in den Generalversammlungen des Departement- oder Regionalrates. Nationalversammlung und Senat arbeiten lediglich die Rahmengesetze aus.

Die Dynamisierung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Regionen und Departements zeichnet sich bereits ab. In Südfrankreich wurden zum ersten Mal seit der Lockerung des Zentralismus zweimal mehr Betriebe gegründet als im Norden (mit Ausnahme der Pariser Region). Trotzdem bleibt die zentralistische Struktur weiterhin spürbar. Weder Departements noch Regionen können ihren Verpflichtungen in ausreichendem Maß nachkommen, denn der Staat hält die für die Regionalisierung erforderlichen Finanzmittel zurück. Die neuen Dienststellen auf regionaler Ebene sind zu aufwendig und zu teuer. Eine der Ursachen für die relative Ineffizienz der Regionalisierung ist sicher auf mangelnde Sachkenntnis der Verwaltungsabläufe zurückzuführen. Der zuständige Minister DEFERRE wäre wohl besser beraten gewesen, zunächst einige Mitarbeiter nach Deutschland, Österreich und in die Schweiz zu entsenden um Erfahrungen zu sammeln.

Allen regionalen Bemühungen zum Trotz blieb die Bedeutung von Paris als Zentrum Frankreichs bis heute unverändert. Das pulsierende Kulturleben des Landes entfaltet sich in erster Linie in der Hauptstadt. Pariser Prestige und Glanz wurden durch die großen Revolutions- und Gründungsfeiern der Stadt im Jahr 1989 besonders deutlich. Um sich über die kulturellen Aktivitäten der Provinzen zu informieren, ist es nicht einmal nötig, die Hauptstadt zu verlassen, denn das Centre Pompidou bietet laufend Informationen über die literarische Produktion der einzelnen Regionen. Würde Paris aber seine Stellung als Metropole gegenüber anderen Weltstädten nicht verteidigen, bedeutete dies vermutlich den Niedergang Frankreichs. Künftig wird also die Internationalisierung der Ile-de-France als einer maßgebenden Region fortschreiten, während die anderen Regionen versuchen müssen, sich im Konkurrenzkampf effizienter zu verhalten. Was in diesem Rahmen den Regionen zugute kommt, wird Paris de facto nicht vorenthalten.

Ungeachtet mancher Rückschläge muß Frankreich auf der Dezentralisierung beharren, sonst kann der Staat seine künftigen Aufgaben nicht erfüllen, ist die Konkurrenzfähigkeit als fünfte Weltmacht bedroht. Seit dem Zusammenbruch des Kollektivismus und der Wiedervereinigung Deutschlands befindet sich Frankreich räumlich nicht mehr in der ersten Zentralitätszone Europas. Als Bindeglied zur Iberischen Halbinsel muß es sich mit Zentraleuropa stärker verbinden, um nicht an die Peripherie gedrängt zu werden. Die EU-Kommission mit ihrem Technokratenapparat in Brüssel darf keinesfalls Schaltstelle eines Superzentralismus sein, der auf Gleichschaltung beruht. Uniformität und Zentralismus widersprechen jener Vielfalt, die für Innovationen in Europa erforderlich ist.

Europäisierung ist zur Zeit zwar ein häufig gebrauchtes Schlagwort, kann in Frankreich aber nur gleichzeitig mit einer Schwächung des Zentralismus durchgesetzt werden. Sie ist nur dann eine Lösung, wenn sie Internationalisierung ohne Aufgabe kulturellen Selbstverständnisses zugunsten außereuropäischen Aggressionen zum Ziel hat. Derzeit wird die japanische Betriebskultur als Modell diskutiert. Solange sich aber Europa mit seiner kulturellen Vielfalt nicht von selbst zu einem neuen Wirtschaftsaufschwung zusammengefunden hat, scheint es kaum möglich, sich in der Welt zu behaupten. Dezentralisierung und effizient strukturierte Regionalisierung sind dabei unerlässlich.

3. Die Stärkung der regionalen Eigenständigkeit und ihre institutionelle Sicherung am Beispiel Elsaß

Das Elsaß, welches sich erst seit kurzem kulturell zu emanzipieren beginnt, illustriert beispielhaft die geschichtlichen Wechselwirkungen einer Grenzregion und deren derzeit stattfindenden Öffnungsprozesse. Trotz der durch die Grenzen vollzogenen Trennung des Raumes ist zu beobachten, daß wichtige kulturelle Verknüpfungen weiterhin bestehen. Dadurch manifestiert sich die Persistenz alter Verflechtungen, die die Folgen politisch-militärischer Entscheidungen in den Hintergrund treten lassen und die Existenz von grenzüberschreitenden Sozial- und Kulturräumen betont.

Der Eroberung des Elsaß durch Frankreich unter Ludwig XIII. und Ludwig XIV. veränderte die Herrschaftsverhältnisse der südlichen Rheinländer nachhaltig durch die Zerstörung der soliden kulturellen alemannischen Einheit. Der Bruch, hervorgerufen durch die französische Besetzung, verursachte beiderseits des Rheins sozioökonomische Zerfallserscheinungen, die das Elsaß nachhaltig erschütterten.

Die neue Grenze verlief allerdings nicht immer linear. Der Rhein veränderte mehrmals seinen natürlichen Lauf und trennte unter anderem die Siedlung Breisach bei Colmar in zwei Teile. Das am rechten Ufer gelegene Altbreisach fiel demnach an das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, während Neubreisach am linken Ufer der französischen Verwaltung unterstand. Die alten, rheinübergreifenden Gemeinschaftsstrukturen blieben jedoch bestehen und behaupteten sich. Bis zum heutigen Tag tragen deutsche und französische Familien beiderseits des Rheins die gleichen Namen und besitzen Grund und Boden auf der jeweils anderen Seite.

Im Grunde war das Elsaß die einzige französische Region, die - von der vorabsolutistischen und vorrevolutionären Zeit abgesehen - eine gewisse Dezentralisierung und Regionalisierung erlebte. Zu Beginn der sogenannten Annexionszeit durch die Deutschen in der wilhelminischen Epoche des 19. Jahrhunderts war Elsaß-Lothringen (heute dem Elsaß und dem Moselland entsprechend) ein wie Polen an Preußen direkt angegliedertes Reichsland. Da die Elsässer aber weiterhin gegen die Annexion protestierten und an ihrer regionalen Identität festhielten, gestand man ihnen allmählich - ähnlich anderen deutschen Reichsgebieten - autonome Institutionen zu: regionale Gesetze, geringe Exekutivgewalt und einen Landtag, der jedoch dem kaiserlichen und königlichen Statthalter unterstand.

Die jahrzehntelange Grenzlage des Elsaß führte zur Verarmung seines Wirtschaftspotentials, während die kulturelle Mißachtung seitens der Zentralverwaltung weder während der deutschen noch der französischen Herrschaft bis in die 70er Jahre dieses Jahrhunderts der Region schöpferischen Geist erlaubte. Besonders für die intellektuelle Führungsschicht war es schwierig, sich zu behaupten.

In der Zwischenkriegszeit träumten elsässische Autonomisten von einem Kleinstaat nach dem Vorbild des Großherzogtums Luxemburg und erkannten bereits klar die Strukturschwächen und den Niedergang der elsässischen Wirtschaft und Gesellschaft. Derartige autonomistische Strömungen beobachtete die Zentralregierung in Paris mit Mißtrauen, obwohl der elsässische Autonomismus schon in der Annexionszeit des 19. Jahrhunderts klar gegen Preußen gerichtet gewesen war.

Die zentralistische Struktur der französischen Behörden führte im Elsaß und im Moselland zu einer Reihe von Fehlentscheidungen: unerfüllte Zweisprachigkeit, Bekämpfung der Identitätsbestrebungen auf politischer Ebene, Anfechtung der konfessionellen öffentlichen Schulen und des Religionsunterrichtes in den Sekundarschulen sowie die Anfechtung des Konkordates insgesamt, welches in Frankreich während des Zweiten Kaiserreiches eingeführt und während des Deutschen Kaiserreiches beibehalten wurde. Dank der Sozialversicherungsgesetze aus der Bismarckära hatte Elsaß-Lothringen eine höhere soziale Sicherheit als das übrige Frankreich, wo der Übergang zur "securite sociale" erst 1945 erfolgte. Noch heute erhalten die in der Privatwirtschaft des Elsaß Beschäftigten 10% mehr Krankenkassenrückerstattung als jene in anderen Regionen Frankreichs.

Die Protestbewegung im Elsaß wurde in erster Linie von der älteren Generation getragen, die sich im beruflichen und kulturellen Leben durch die offizielle französische Sprache und die Einführung französischer Sitten ins Abseits gedrängt sah. Die französische Regierung erkannte ihre Fehlleistungen zu spät. Noch 1939, unmittelbar nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, inhaftierte man die elsässischen Autonomistenführer in Nancy und erschoss eines ihrer Mitglieder.

Die Besetzung durch die Deutschen legte die elsässische Selbstbesinnung für längere Zeit lahm, und auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war regionale Gesinnung kein Thema. Um als gute Franzosen zu gelten, mußten nicht nur Politiker ultrapatriotisch auftreten - zumindest offiziell. Nur langsam schenkte man den aktuellen Problemen wieder mehr Beachtung. Der "Schickele-Kreis", ein Kulturverband, der anfänglich von den öffentlichen Stellen als subversiv eingestuft wurde, wies auf das Sprachenproblem und den allgemeinen Kulturnotstand hin. Ferner erschienen Artikel, in denen wirtschafts- und sozialkulturelle Fragen verknüpft und unter anderem auf die Notwendigkeit der Bewahrung des elsässischen Baustils hingewiesen wurde. Mit der Zunahme des Pendelverkehrs in die Schweiz und nach Deutschland und in der Ansiedlung ausländischer Betriebe in den 50er Jahren setzte die Orientierung zum Rhein und eine vorsichtige Distanzierung von Paris ein. Die "PFLIMLIN-Dekrete" - benannt nach einem führenden elsässischen Politiker und Staatsminister unter DE GAULLE - von 1954/55 eröffneten der Region im Rahmen der Regionalisierung wichtige wirtschaftliche Möglichkeiten. Den wirtschaftsschwachen Gebieten wurden vom Staat Prämien zur Betriebsansiedlung gewährt. Große internationale Firmen und konkurrenzfähige

Betriebe nahmen diese Prämien allerdings nicht in Anspruch und siedelten sich weiterhin in strukturstarken Wirtschaftsräumen an. Rückblickend hatten diese Prämien für das Elsaß nur untergeordnete Bedeutung. Vielmehr war die Lage im rheinischen Einzugsgebiet ausschlaggebend für die Standortwahl von Betrieben aus dem deutschsprachigen Raum.

Die Grenzlage und die Zugehörigkeit zum alemannischen Raum spielten bei der Entwicklung einer neuen Identität im Elsaß die bedeutendste Rolle. In der sprachlichen und ethnischen Nachbarschaft von Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Liechtensteins und Österreichs existieren eine Reihe von gemeinsamen Interessen und Problemen, aber ein Forum zur Ausarbeitung von Lösungsansätzen fehlt bis heute.

Zwischen 1945 und 1981 brachten nur wenige Politiker den Mut auf, sich für die regionale Identität des Elsaß einzusetzen. Selbst Pierre PFLIMLIN betonte im privaten Kreis immer wieder, daß er nur unter der Bedingung, sich voll und ganz auf die Interessen Frankreichs zu konzentrieren und nicht als Verteidiger der elsässischen Identität aufzutreten, zum Minister ernannt worden war. Die christliche Volkspartei "Mouvement Republicain Populaire" trat zwar mäßig für regionale Werte ein, der evangelisch-lutherische Bevölkerungsanteil, der aus religiösen Gründen noch stärker zur deutschen Sprache neigte als die Katholiken, versagte dieser Partei jedoch die Zustimmung und wählte bewußt die nationalistisch-gaullistische Bewegung, um die katholische Mehrheitspartei zu schwächen. Die Sozialisten und die winzige kommunistische Wählerschaft traten damals überhaupt gegen den Regionalismus auf, weil mit diesem Begriff Konfessionalismus, Konkordatsgesetzgebung und politischer Konservatismus assoziiert wurden.

Als 1981/82 die Gesetzgebung über die Regionalisierung und Dezentralisierung in Frankreich beschlossen worden war, verhalf der Nichtelsässer DEYON der kulturellen Reform im Elsaß zum Durchbruch. Als er in seiner Funktion als Leiter des gesamten Erziehungswesens im Elsaß und als Vertreter des Erziehungsministers vor der Presse den sprachlichen und kulturellen Rückstand brandmarkte - eine bis dahin undenkbbare Handlung -, stimulierte dies auch die Konservativen.

Seit Beginn der 80er Jahre ist die Sprache nicht mehr unbedingt das Hauptelement der regionalen Identität. Zur Zeit sprechen nur noch 40% der Elsässer Dialekt, und die englische Sprache ist im Begriff, Deutsch als erste Fremdsprache abzulösen. Innerhalb des Elsaß beginnt man, die regionale Solidarität in Frage zu stellen: der Süden entwickelt bezüglich Verflechtungspolitik, Verkehrsachsen und allgemeiner Entwicklung zunehmend andere Vorstellungen als der nördliche Teil der Region.

Trotzdem sichert die eingeleitete Reform die Identität mit verhältnismäßig hoher Garantie ab. Die kulturelle Entwicklung ist Sache der Regionalrates, die Grundschulen unterstehen dem Departement, die Sekundarschulen der Region. Kunst und Schauspiel werden regional unterstützt. Diese Aktivitäten bedeuten aber nicht, daß sich das Elsaß vom übrigen Frankreich in irgendeiner Form absondert. Sie bestätigen nur die Eigenart einer Region, die nicht nur nationale, sondern auch grenzüberschreitende Verflechtungen besitzt. Der eingeschlagene Weg ist kein Rückschritt in die Vergangenheit. Es handelt sich vielmehr darum, die regionalen Chancen im Rahmen einer aufgewerteten Identität bestmöglich zu nutzen.

Resumé

Le "modèle français" d'organisation de territoire montre à quel point une longue centralisation est préjudiciable à la souplesse nécessaire à l'eupéanisation. Les réformes décisives entreprises en 1981, relatives à la décentralisation et à la réorganisation du territoire, ne suffisent pas, toutefois, pour transformer la France en pays apte à maîtriser réellement son espace. Avant de devenir européenne la France doit-elle devenir davantage régionale, privilégiant quelque peu la décentralisation au détriment de l'élitisme?

L'exemple alsacien témoigne du chemin parcouru depuis la période des rigueurs centralisatrices. Il révèle aussi les répercussions négatives des inachèvements en matière de décentralisation et de régionalisation. Dans le cadre de l'affirmation européenne, les positions géographiques centrales, tel l'axe rhénan pour l'Alsace, éprouvent ainsi davantage de difficultés pour participer à la compétition générale.

Summary

The 'French model' of territorial organization proves that a long tradition of centralization curbs the adaptability necessary in the process of Europeanization. Drastic reforms regarding dezentralization and territorial reorganization implemented in 1981 did not really succeed in transforming France into a country having all of its territory completely under control. Should France not become a 'France made up of regions' before it becomes a 'European France' by favouring dezentralization at the cost of retaining the position of elitist centres?

Alsace, for example, shows that the developments since the end of the era of strict centralization are negatively influenced by the fact that the dezentralization and regionalization was only carried out in a fragmentary way. Consequently such central locations as the Rhine axis in Alsace are faced with considerable difficulties due to imperfect competition in an integrated Europe.

Literatur

CHAUNU, P.: Le grand déclassement. Paris, Edition Robert Laffont, 1989.

GRAVIER, J.F.: Paris et le désert français. Paris, 1947.

MEYER, J.: L'Alsace et la Révolution Française - une autre approche. Strasbourg, Elan 3/4, 1988.

ULRICH, R. (1987). La France inverse. Paris, Economica.

WACKERMANN, G.: Probleme der Raumordnung am Oberrhein. Publications du L.A.R.I.T.E. Mulhouse, Université Haute-Alsace. 1987.

WACKERMANN, G.: Espaces culturels transfrontalières. Nancy, Revue Géographique de l'Est 1-2, 1987.

WACKERMANN, G.: Les relations culturelles transfrontalières - l'Alsace et l'histoire franco-allemande depuis le XVIIIème siècle. Dans: Publications du Séminaire de Géographie de l'Université Liège, 1990.

WACKERMANN, G.: La France dans le monde. Paris, Nathan, 1992.

WACKERMANN, G.: L'aménagement du territoire français hier et demain. Paris, SEDES, 1995.

Prof. Dr. Gabriel Wackermann

Université de Paris-Sorbonne U.F.R. de Géographie

191, rue Saint-Jacques

F-75005 Paris

Klaus D. Wiek

Was geht den Staat der Wohnwert an?

Schon immer haben wir Menschen uns gewünscht, gesund und schön zu wohnen. Dieser Wunsch läßt sich "näherungsweise" realisieren, wenn man sich von Experten nachweisen läßt, wie gesund und wie schön man derzeit wohnt. Wer eine Wohnung kaufen oder ein Haus bauen will - jeder hat heutzutage die Möglichkeit, den bestehenden wie den künftigen Wohnstandort nach den Methoden der geographischen Wissenschaft und den mit ihr thematisch verbundenen Disziplinen analysieren zu lassen. Wohl dem, dem das Wohnwertgutachten bescheinigt, ein gesundes und schönes Domizil zu bewohnen oder ins Auge gefaßt zu haben - nicht zuletzt wegen der informativen Qualitätsnachweise wird dieser Wohnstandort ein gehöriges Maß zur Lebensfreude seiner Bewohner beitragen!

1. Nachfrager-Markt für Wohnwertanalysen

Das Feld potentieller Interessenten für eine Wohnwertanalyse ist weitgefächert; im folgenden seien einige Argumente für eine solche Analyse aus der Sicht der Nachfrager angeführt:

1.1. Rechtsanspruch auf gesunde Wohnverhältnisse konkretisieren

Wenn eine Privatperson ein Wohnwertgutachten in Auftrag gibt, kann dies schlicht das Ziel haben, die bestehende Wohnqualität an einem Wohnstandort (hier: Adresse einer Wohneinheit) zu verifizieren. Der RECHTSANSPRUCH AUF GESUNDE WOHN-VERHÄLTNISSE läßt sich ableiten aus dem Baugesetzbuch, in dem "gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse" postuliert werden (1 Abs. 5 Nr. 1 BauGB). Diese Norm, die erst 1976 ins novellierte BBauG aufgenommen wurde, trägt einem neuen Wohnbewußtsein Rechnung. Dieser Rechtsanspruch, der sich ableitet aus dem Grundbedürfnis des Menschen auf gesundes Wohnen im physischen und psychischen (also auch ästhetischen) Sinne ist noch längst nicht überall verwirklicht und läßt aus diesem Grunde immer mehr Bedarf an Analysen aufkommen, die feststellen, in welchem Grade ein bestimmtes Domizil "gesund" ist. Ebenso wie für einen Kernreaktor eine Risikoanalyse selbstverständlich ist, muß wegen der vielfältigen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Risiken, die an einem Wohnstandort lauern, die Wohnwertanalyse auch eine Risikoanalyse sein: da sich nicht immer alle Übel abstellen lassen, müssen dem gegenwärtigen wie künftigen Bewohner alle erkennbaren Risiken eröffnet werden, damit er die Möglichkeit hat zu entscheiden, ob er sie tragen kann und will. Aus diesem Axiom - dem Recht auf gesundes Wohnen - rechtfertigt sich das Nachweisinstrument Wohnwertanalyse.

1.2. Wirtschaftliche Tragweite des Immobilienerwerbs absichern

Wegen der Tragweite eines Hauskaufs, die bei einer Laufzeit einer Hypothek von 30 Jahren bis in die nächste Generation hineinragt, muß in einem Maße, das dieser Tragweite entspricht, eine solche Transaktion abgesichert werden. In den USA übersteigt die Nachfrage nach Wohnwertgutachten bei weitem die zeitliche Kapazität der wenigen Spezialisten, die diese Gutachten erstellen können (vgl. Green, S.3).

1.3. Grundlagen für Zwangsversteigerung und Baufinanzierung präzisieren

Ein Wohnwertgutachten ist das Gegenstück zu den unverantwortlich saloppen Vorgehensweisen einiger gerichtlich eingesetzter Schätzer. In einem Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt/Main (s. Lit.verz.) über die Wertfestsetzung eines Wohnhauses für eine Zwangsversteigerung wird konstatiert, daß die Schätzung auf 310.000 DM auf einem 5minütigen Rundgang durchs Haus basierte! Die gerichtlich bestellten Schätzer attestieren in diesem Windhundverfahren dem Haus, es sei "baulich in einem sehr guten Zustand", obwohl das Außenmauerwerk und der Schornstein durchfeuchtet und eine Stützmauer einsturzgefährdet war. Dennoch wurde die Klage des Ersteigerers auf Ersatz des wirtschaftlichen Schadens abgewiesen, weil in einer Zwangsversteigerung keine Gewährleistungsansprüche erhoben werden können (§56 Satz 3 ZVG). Und die "Pflicht zu ordentlicher Gutachtenerstattung" bestand - so schob das OLG nach - nur gegenüber dem zuständigen Gericht (das sich nicht beschwerte), nicht gegenüber dem Kläger! Den schweren wirtschaftlichen Einbußen hätte dieser nur entgehen können, wenn ein Wohnwertgutachten über Vorzüge und Schwächen des Hauses erstellt worden wäre.

1.4. Nachweis der Unbewohnbarkeit aus wohnhygienischen Gründen erbringen

Ein wichtiges Argument für die Wohnwertanalyse ist ihre Fähigkeit, den Grenzfall der Unbewohnbarkeit nicht nur aus Gründen der Qualität der Bausubstanz, sondern auch aus wohnhygienischen Gründen nachzuweisen. Die Wohnwertanalyse wirkt durch die Gesamtheit ihrer Argumente auf die tradierten Einschätzungen der Bewohnbarkeit, indem sie diese Einschätzungen bestätigt oder verwirft. Dabei ist wichtig, festgefugte Denkweisen zu hinterfragen: "man" wohnt eben da und da, wo schon seit Jahrhunderten Häuser hochgezogen wurden und "man" wohnt nicht selten dort weiter, nachdem beispielsweise eine Autobahn auf engste Nähe an ein Wohnhaus herangerückt wurde und damit das tradierte Funktionengeflecht verschob. Diese "Funktionsverschiebung", die aus der Interaktion der städtischen Funktionen resultiert, kann zu einem gegebenen Zeitpunkt zu Ungunsten der Wohnfunktion umgekippt sein - man denke an schwerbefahrene, "ungeschützte" Hauptverkehrs-Trassen wie z.B. in Bonn die Reuterstraße! Ein

markantes Beispiel liefert ein Unbewohnbarkeitsurteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (s. Lit.verz.).

1.5. Eingeschränkte Eignung eines Wohnstandorts durch Gesundheitsrisiken konstatieren

Es muß nicht gleich die Unbewohnbarkeit sein, die es festzustellen gilt - das Plus der Wohnwertanalyse liegt in den weitaus meisten Fällen im Aufspüren von Anomalien, die ein gesundheitliches Risiko nur für bestimmte Bewohner auslösen. So kann bleibelastetes Trinkwasser für Kleinkinder und Kranke mehr, für den gesundheitlich Robusten dagegen weniger schädlich sein. Was dem als robust einzustufenden Normalverbraucher nicht schadet - so häufig der Gemeinplatz der Gerichte - ist "unschädlich". Ein Schlaglicht wirft auf diese laienhafte richterliche Auffassung ein Urteil des Amtsgerichts Frankfurt Main (s. Lit.verz.). Im Zuge der Wohnwertanalyse wäre in diesem Fall die Revisionsbedürftigkeit amtlicher Grenzwerte nachzuweisen, u.a. durch Hinweise, die "begründeten Verdacht" auf Gesundheitsgefährdung auslösen.

Was hier geleistet wird, ist bisher unzureichend: so ist zwar ein Arbeitskreis "Wohnungsgesundheit" innerhalb der Arbeitsgemeinschaft für Bauforschung gegründet worden (Wohnmedizin, S. 4-5), aber innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft dominieren Einzelinteressen der Bauindustrie.

Vielfach wird das Verschleiern wohnhygienischer Mißstände gerechtfertigt mit dem Hinweis auf das Fehlen "wissenschaftlich gesicherter Erkenntnisse" über Wirkungszusammenhänge. Verantwortliche Politiker haben jedoch die Einsicht gewonnen, daß es für das sofortige Handeln völlig genügt, wenn "es eine Vielzahl von Hinweisen gibt, die plausibel machen, daß es einen Zusammenhang zwischen Umweltgiften und Gesundheitsgefährdungen gibt." (Müller, S. 19.693)." Deshalb muß die wissenschaftliche Marschrichtung lauten: "Handeln nach Verdachtsmomenten zur Gefahrenabwehr." Dieser Verantwortung arbeitet die Wohnwertanalyse zu. Sie artikuliert da Verdacht, wo er begründet ist; denn es ist verbrecherisch, abzuwarten, bis Pseudo-Krupp-Symptome feststellbar sind oder eine deutliche Schadstoffkonzentration das Blut verseucht!

1.6. Vorteile für die Stadtplanung

Die Wohnwertanalyse liefert einen standortübergreifenden Beurteilungsrahmen, in dem auch stadtplanerisch umsetzbare Vorschläge gemacht werden. Die Wohnwertanalyse erfaßt das Wohnumfeld und gibt so eine nachprüfbar mikrogeographische "on site"-Beurteilung, die nicht selten eine Aufforderung an die Stadtplanung beinhaltet, vorbildliche Wohnverhältnisse auf möglichst viele Wohnquartiere zu übertragen und unzumutbare Wohnverhältnisse für möglichst viele Wohnstandorte zu ändern. Im Trend dieser Entwicklung liegt das neue Forschungsfeld "Sicherung städtebaulicher Qualitäten" des Bundesbauministeriums, in dessen Mittelpunkt umweltbewußte Planung

steht sowie "die Untersuchung der Zusammenhänge ökologischer, gestalterischer und gebrauchswertbezogener Kriterien" (Volksheimstättenwerk, S. 98). Das sind direkte, wenngleich nicht sämtliche Programmpunkte des hier vorgestellten Wohnwert-Experten-Programms!

2. Das System der Wohnwertanalyse

Jedes Wohnwertgutachten basiert auf einer Analyse von Wohnwertmerkmalen. In der hier von uns vorgelegten Wohnwertanalyse wird folgender Weg zur Ermittlung des Wohnwerts beschritten:

- Strukturen und Funktionen, die Wohnwert konstituieren, lassen sich in jeweils zwei Gruppen oder Aggregate unterteilen. Die Strukturen, die Wohnwert konstituieren, beziehen sich auf die Struktur des Wohngebäudes (Baustruktur-Tableau) und die Struktur der unmittelbaren Umgebung des Bauwerks (Umwelt-Tableau). Die Funktionen, die Wohnwert konstituieren, beziehen sich auf soziale und verwandte Funktionen (Nachbarschafts-Tableau) sowie die Versorgungsfunktionen (Versorgungs-Tableau). Jedes dieser 4 Aggregate gliedert sich in 4 Teilaggregate, die wiederum aus 4 Merkmalen zusammengesetzt sind (Formaläquivalenz). Jedes der den Wohnwert konstituierenden 64 Merkmale wird durch eine Reihe von (unterschiedlich vielen) Merkmalsausprägungen charakterisiert.

Das Urteil über einen Wohnstandort kommt in vier Etappen zustande:

- Beurteilungen der Merkmalsausprägungen werden zu einem Merkmalsurteil (POS./NEG.) zusammengeführt;
- Die vier Merkmalsurteile werden zu einer (Schul-)Note für das betreffende Teilaggregat verarbeitet;
- Die 16 Teilaggregate werden nach ihrer Bedeutung gewichtet;
- Die Produkte aus Bedeutungsgewicht und Noten aller 16 Teilaggregate ergeben eine Gesamtnote für den Wohnstandort. Eine Zwischennote für die Aggregate ist analog möglich.

3. Das Urteil: Gesamtwürdigung eines Wohnstandorts

Die Meriten des von uns entworfenen Wohnwertsystems sollen an einem mutmaßlich sehr guten Standort getestet werden. Unter den Dienstwohnungen, die die Stadt Bonn für ihre obersten Chargen bereithält, ragt die für den Oberstadtdirektor in den 1950er Jahren gebaute Residenz Don-Bosco-Straße 6 heraus. Wie der folgende Nachweis belegen wird, erfüllt die Residenz und ihr Umfeld erstaunlich viele an einen idealen Wohnstandort zu stellenden Anforderungen (Wiek, s. Lit.verz.).

3.1. Erste Urteilsetappe: Merkmalsurteile aus den Urteilen über Merkmalsausprägungen

Die folgende Auflistung zeigt sämtliche Merkmale mit ihren POS./NEG.-Urteilen als Resultat der sie charakterisierenden Merkmalsausprägungen und deren POS./NEG.-Urteile - allerdings ohne die aus Platzmangel wegfallenden ausführlichen Begründungstexte.

Aggregat S 1 BAUSTRUKTUR-TABLEAU

Teilaggregat S 1/1 GRUNDSTÜCKSFÄCHE

Merkmal S 1/1.1 Grundstücksfläche absolut: POSITIV

Begründung aus den Urteilen der Merkmalsausprägungen:

1. Objekt im oberen Mittelfeld der Rangreihe Bonner Grundstücksgrößen. POSITIV.
2. Grundstücksgröße des Standorts kompatibel im Wohnumfeld. POSITIV.
3. Grundstücksgröße weit oberhalb deutscher Durchschnittsgrößen. POSITIV.
4. Markant positive Abweichung von Grundstücksgrößen anderer Stadtkulturen. POSITIV.
5. Planungsökologische Erfordernisse bestätigen Grundstücksgröße. POSITIV. Merkmal S 1/1.2 Grundstücksschnitt: POSITIV
6. Günstige Grundstückstiefe. POSITIV.
7. Grundstücksformat kompatibel im Wohnumfeld. POSITIV.
8. Keine unwirtschaftlichen Verwinkelungen des Grundstücksformats. POSITIV.
9. Konvexe Grundstücksanteile fehlen. POSITIV.
10. Günstiger Straßenanteil. POSITIV.
11. Rückwärtiger Zugang fehlt. POSITIV.

Merkmal S 1/1.3 Bebauungsgrad: POSITIV

12. Günstige Grundflächenzahl des Wohnstandorts. POSITIV.
13. Bebauungsgrad dem Wohnumfeld angepaßt. POSITIV.
14. Theoretisch mögliche Teilbarkeit des Grundstücks unerheblich. POSITIV.
15. Keine den Wohnstandort tangierenden Planungsabsichten bekannt. POSITIV.
16. Erholungsrelevante Nutzungseinschränkungen möglich. POSITIV.

Merkmal S 1/1.4 Position von Gebäuden: POSITIV

17. Günstiger Abstand des Gebäudes zur Straße. POSITIV.
18. Günstige Gebäudeposition zum nächstgelegenen Baukörper. POSITIV.
19. Privatcharakter ("secludedness") einer optimalen Gartenfläche. POSITIV.
20. Grundstücksbereiche ohne Gebäudedominanz. POSITIV.

Teilaggregat S 1/2 GESCHOSSFLÄCHE

Merkmal S 1/2.1 Anzahl der Geschosse: POSITIV

21. Optimale Ausbreitung der Wohnfläche über zwei Vollgeschosse. POSITIV.
22. Nutzungsmöglichkeit einer Nebenebene (Keller). POSITIV.
23. Optimale Gebäudehöhe. POSITIV.

Merkmal S 1/2.2 Anzahl der Räume: POSITIV

24. Anzahl der Räume (7) noch im Optimum. POSITIV.
25. Normbezogene Zimmerhöhe. POSITIV.

Merkmal S 1/2.3 Wohnfläche: POSITIV

- 26. Günstiges Verhältnis von Primär- zu Sekundär- und Tertiärwohnfläche. POSITIV.
- 27. Wohnfläche adäquat gemäß den "Kölner Empfehlungen". POSITIV.
- 28. Wohnfläche liegt im Optimum für eine Großfamilie. POSITIV.
- 29. Aufwendige Wohnfläche im Anspruchsoptimum für den Bautyp "Einfamilienhaus". POSITIV.

Merkmal S 1/2.4 Geschosßflächenzahl: POSITIV

- 30. GFZ nach BauNVO nur zu knapp 20% beansprucht. POSITIV.
- 31. GFZ des Objekts am unteren Ende der Rangreihe im Wohnumfeld. POSITIV.
- 32. Soziale Angemessenheit der Baudichte nicht erreicht. NEGATIV.
- 33. Geringe Baudichte mit ökologischem Kompatibilitätspotential. POSITIV.
- 34. Landschaftsästhetische Vorzüge der geringen Baudichte. POSITIV.

Teilaggregat S 1/3 AUSSTATTUNG DER BAUSUBSTANZ

Merkmal S 1/3.1 Statik, Keller, Treppen, Dach: POSITIV

- 35. Feuchte-Isolation des Mauerwerks dicht. POSITIV.
- 36. Mauerwerk massiv und frei von Rissen. POSITIV.
- 37. Einwandfreie Massivdecken. POSITIV.
- 38. DIN-gerechte Treppen. POSITIV.
- 39. Guter Dach- und Bedachungszustand. POSITIV.
- 40. Keine Formaldehyd-, Asbest- und Mineralfaser-Emissionen. POSITIV.
- 41. Ausreichender Brandschutz ohne Asbestbelastung. POSITIV.
- 42. Feuchträume und Heizkeller ausreichend isoliert. POSITIV.
- 43. Einrichtung einer Einliegerwohnung technisch möglich. POSITIV.
- 44. Terrasse vorhanden. POSITIV.
- 45. Teilunterkellerung mit zusätzlicher Nutzfläche. POSITIV.

Merkmal S 1/3.2 Qualität der Bausubstanz: POSITIV

- 46. Türen und Fenster in einwandfreiem Zustand. POSITIV.
- 47. Ausreichende Wärmedämmung. POSITIV.
- 48. Ausreichende Lärm-Isolierung. POSITIV.
- 49. Ökonomische Beheizungsanlage vorhanden. POSITIV.
- 50. Wasserversorgung einwandfrei. POSITIV.
- 51. Engpaßfreie Abwasserbeseitigung. POSITIV.
- 52. Genügende Elektroinstallation. POSITIV.

Merkmal S 1/3.3 Unbewegliches Inventar: POSITIV

- 53. Telekommunikation einwandfrei. POSITIV.
- 54. Optimale Ausstattung des Sanitärbereichs. POSITIV.
- 55. Kamin als Luxusaccessoir vorhanden. POSITIV.
- 56. Wohnkulturgeschichtlich bedeutsames Inventar fehlt. NEGATIV.

Merkmal S 1/3.4 Nebengebäude: POSITIV

- 57. Garage vorhanden. POSITIV.
- 58. Keine witterungsgeschützte Unterstellmöglichkeit für Fahrräder und Kinderwagen. NEGATIV.
- 59. Haustierhaltung möglich. POSITIV.
- 60. Nebengeläß für Geräte vorhanden. POSITIV.

Teilaggregat S 1/4 VERKEHRSFLÄCHEN

Merkmal S 1/4.1 Fahrbahn: POSITIV

61. Wohnwertkompatible schmale Fahrbahnbreite. POSITIV.
62. Vorteilhafte Parkplatzsituation im öffentlichen Straßenbereich. POSITIV.
63. Parkmöglichkeit für Zweitwagen im öffentlichen Straßenbereich. POSITIV.
64. Zwangsmaßnahmen zur Verkehrsberuhigung entbehrlich. POSITIV.

Merkmal S 1/4.2 Gehsteig: POSITIV

65. Gehsteigbreite ausreichend. POSITIV.
66. Solide Pflasterung der Gehsteige. POSITIV.
67. Komplettes Gehsteige-Geflecht im Wohnumfeld. POSITIV.

Merkmal S 1/4.3 Grundstückseinfassung: POSITIV

68. Vorteilhafte, optisch "unvermauerte" Einzäunung des Grundstücks. POSITIV.
69. Zugangsmöglichkeiten bewohnerfreundlich gestaltet. POSITIV.

Merkmal S 1/4.4 Durchlässigkeit des Wohnumfelds: POSITIV

70. Optimaler Durchlässigkeitsgrad (Wegelänge im Wohnumfeld). POSITIV.
71. Kurze Distanz zum "entferntesten Nachbarn" im Wohnumfeld. POSITIV.
72. Flächige Durchlaßstrukturen in hohem Maße vorhanden. POSITIV.
73. Ausreichende "halböffentliche" Durchlässe. POSITIV.
74. Nur eingeschränkte Durchlässigkeit zur unmittelbaren Nachbarschaft. NEGATIV.
75. Guter Knotenwert (nodal value) des Fahrwegenetzes im Wohnumfeld. POSITIV.

S 2 UMWELT-TABLEAU

S 2/1 VISUELLES UMFELD

S 2/1.1 Exposition der Wohneinheit: POSITIV

1. Günstiger Licht-Schatten-Gang in den Aufenthaltsräumen des Wohngebäudes. POSITIV.
2. Kein Schattenwurf durch Nachbarbauten. POSITIV.
3. Mäßiger Schattenwurf durch Vegetation. POSITIV.

S 2/1.2 Komposition des visuellen Umfelds: POSITIV

4. Blickfeld mit abwechslungsreicher Objekte-Aneinanderreihung. POSITIV.
5. Keine störende Sichteinschränkung durch Nachbarbauten. POSITIV.
6. Keine ästhetischen Störungen im visuellen Wohnumfeld. POSITIV.

S 2/1.3 Ästhetik des Baukörpers: POSITIV

7. Ästhetische Akzentuierung der Baukörper-Proportionen. POSITIV.
8. Auflockerung des Baukörpers durch interessante Stil-Elemente. POSITIV.
9. Stiefmütterlich behandelter Hauseingangsbereich. NEGATIV.

S 2/1.4 Ästhetik des Wohnumfelds: POSITIV

10. Schöne Wohnbauten im Wohnumfeld. POSITIV.
11. Keine störenden Funktionsbauten. POSITIV.

S 2/2 NATURBESATZ

S 2/2.1 Topographie und Morphologie: POSITIV

12. Wohnstandort in bevorzugter Mittelgebirgs-Höhenlage. POSITIV.
13. Fernsicht nach Osten und Norden in fußläufiger Entfernung vom Wohnstandort. POSITIV.
14. Standort im Reigen abwechslungsreicher Kulturlandschaften. POSITIV.

15. Standort eingebettet in naturräumliche Vielfalt. POSITIV.
16. Der Waldrand als interessantes landschaftsmorphologisches Element. POSITIV.
17. Interessante geologisch-tektonische Position des Kreuzberg-Horsts. POSITIV.
18. Reste steinzeitlicher Siedlungsspuren als kulturlandschaftliche Kostbarkeiten. POSITIV.

S 2/2.2 Vegetationsbestand: POSITIV

19. Abwechslungsreiche Vegetationsensembles auf dem Wohngrundstück. POSITIV.
20. Gelungene Verbindung von Gebäude- und Gartenbereichen. POSITIV.
21. Artenreicher Baumbestand im Naturparkbereich des Wohnumfelds. POSITIV.
22. Sehr alte Bäume als Naturdenkmale im Wohnumfeld. POSITIV.
23. Artenreiche Strauchvegetation im Wohnumfeld. POSITIV.
24. Blütenpflanzenvielfalt im Wohnumfeld. POSITIV.
25. Vielfalt urbaner Vegetationselemente. POSITIV.
26. Geringer Beschädigungs-, mittlerer Schadensgrad des Waldes. NEGATIV.

S 2/2.3 Tierwelt, Refugien, Habitate, Biotope: POSITIV

27. Artenreiche Vogelwelt im Wohnumfeld. POSITIV.
28. Artenvielfalt an Säugetieren im Wohnumfeld. POSITIV.
29. Refugien, Habitate und Biotope im fußläufig erreichbaren Waldbereich. POSITIV.

S 2/2.4 Bodengüte, Altlastenverdacht: POSITIV

30. Ausreichende Bodengüte für nichtlandwirtschaftliche Bodennutzung. POSITIV.
31. Einwandfreier Grundwasserzustand. POSITIV.
32. Kein Altlastenverdacht durch Gruben- und Haldenverfüllungen. POSITIV.
33. Tolerabler Cadmium-Eintrag. POSITIV.
34. Keine Kampfstoff-Altlasten aus dem 2. Weltkrieg. POSITIV.

S 2/3 GESUNDHEITLICHE KLIMA-INDIKATION

S 2/3.1 Regentage, Schwüle-Index: POSITIV

35. Mäßige Anzahl von Regentagen im nationalen Vergleich. POSITIV.
36. Hohe Anzahl an Schwületagen im nationalen Vergleich. NEGATIV.
37. Moderate Schwüle-Ausprägung am Wohnstandort im Vergleich zum Talklima. POSITIV.

38. Zu viele Tage mit Überhitzungsklimastufe (nach Conrad). NEGATIV.

39. Keine wohnfunktionale Minderung durch Wetterseiten-Einflüsse. POSITIV.

S 2/3.2 Luftbewegung: NEGATIV

40. Zu geringe Windgeschwindigkeiten in Bodennähe. NEGATIV.
41. Zu hohe Anzahl schwachwindiger Tage. NEGATIV.
42. Wenige Sturmtage, geringes Sturmschadenpotential. POSITIV.
43. Günstige Exposition zu Hauptwindrichtungen. POSITIV.
44. Günstige Exposition zu Kaltluftschneisen. POSITIV.
45. Geringe Auswirkungen häufiger Inversionswetterlagen. POSITIV.

S 2/3.3 Temperatur-Regime: POSITIV

46. Angenehm mildes Temperatur-Regime im Jahresgang. POSITIV.
47. Reichliche Anzahl von Sommertagen. POSITIV.
48. Geringe Winterausprägung durch Frost- und Eistage. POSITIV.
49. Früher Frühlingsanfang. POSITIV.

50. Günstige Länge der Vegetationsperiode. POSITIV.
51. Keine mikroklimatischen Extreme (Aufheizen von Pflasterflächen). POSITIV.
- S 2/3.4 Sonnenscheindauer: POSITIV
52. Ausreichende Sonnenscheindauer als Stundenquantum. POSITIV.
53. Ausreichende Sonnenscheindauer im Jahresgang. POSITIV.
54. Wenig günstige Relation von heiteren zu trüben Tagen. NEGATIV.
55. Mäßige Anzahl von Nebeltagen, wenig Bodennebeltendenz. POSITIV.
- S 2/4 LUFTQUALITÄT
- S 2/4.1 Schadstoffkonzentration im Tagesgang: POSITIV
56. Umfangreiches Spektrum gefährlicher Autoabgas-Gifte (ubiquitär). NEGATIV.
57. Straßenseitige Emissionen in Atemhöhe für den gesundheitlich Robusten unbedenklich. POSITIV.
58. Geringes Autoaufkommen im Tagesgang. POSITIV.
59. Überschreiten des globalen Belastungshorizonts nur kurzzeitig und geringfügig. POSITIV.
60. Quasi-Industrielle Emissionsquelle (Kliniken) in Wohnstandortnähe. NEGATIV.
61. Häufige Smog-Tage. NEGATIV.
62. Geringer Staubeintrag in bodennahe Luftschichten (Belästigungskomponente). POSITIV.
- S 2/4.2 Schadstoffkonzentration nachts: POSITIV
63. Umfangreiche Liste nächtlich überstreichender Schadstoffe (ubiquitär). NEGATIV.
64. Minimales Verkehrsaufkommen in der Nachtperiode. POSITIV.
65. Kein Überschreiten des Belastungshorizonts zu irgendeinem Zeitpunkt der Nachtperiode. POSITIV.
- S 2/4.3 Belastungsspezifika für Anfällige: NEGATIV
66. Hohes urbanes Belastungsniveau für Sensible, Anfällige, Kranke. NEGATIV.
67. Keine akuten Gesundheitsgefahren für Sensible, Anfällige, Kranke. POSITIV.
68. Tolerable Schwermetallabstrahlung aus Müllverbrennungsanlagen im Stadtgebiet. POSITIV.
69. Heizanlage der Kliniken als Menetekel für Sensible. NEGATIV.
70. Smogbildung innerhalb des Bonner Trichters tangiert Wohnstandort. NEGATIV.
71. Standort unterliegt ubiquitärer Luftschmutz-Belastung. NEGATIV.
- S 2/4.4 Planungspotential am Grundstück: POSITIV
72. Tolerable Exposition zu Heizungsanlagen der Nachbarn. POSITIV.
73. Vegetationsschirm kann bei Bedarf verstärkt werden. POSITIV.
74. Vegetationsschäden im weiteren Umfeld nachgewiesen. NEGATIV.
75. Bauliche Abschirmung kann bei Bedarf verstärkt werden. POSITIV.
76. Baumaterialschäden durch Luftverpestung nicht nachgewiesen. POSITIV.
77. Mindestabstandsauflagen für gewerbliche Emittenten eingehalten. POSITIV.
78. Baugesetzbuch-Normen des Umweltschutzes erfüllt. POSITIV.
79. Wertminderungsproblematik aus Umweltgründen nicht gegeben. POSITIV.
- S 2/5 LÄRMBELASTUNG UND SONSTIGE REINHEITSGEBOTE
- S 2/5.1 Dauerlärmpegel am Tage: POSITIV
80. Generell umfangreiche Lärmpalette an urbanen Wohnstandorten. NEGATIV.

81. Pauschalierte Lärmhöhe unerheblich (TA Lärm). POSITIV.
82. Geringes Straßenverkehrsaufkommen im Tagesgang mit minimaler Geräuschkulisse. POSITIV.
83. Frontseitige Vibration durch Direktverkehr am Grundstück. NEGATIV.
84. Völlige Lärmstille der rückwärtigen Grundstückspartie. POSITIV.
85. Keine nennenswerte Lärmbelastung des Hausinnern. POSITIV.
86. Keine permanente, sondern stark aufgelöste Geräuschkulisse im Tagesgang. POSITIV.
87. Gedämpfte Wochenend-Geräuschkulisse. POSITIV.
88. Keinerlei baugesetzliche lärmbezogene Auflagen für den Wohnstandort. POSITIV.
89. Keine extreme Belastungskonsequenz (Unbewohnbarkeit) durch Lärmemissionen. POSITIV.
- S 2/5.2 Dauerlärmpegel nachts: POSITIV
90. Gering besetzte nächtliche Geräuschkulisse. POSITIV.
91. Minimales nächtliches Verkehrsaufkommen. POSITIV.
92. Keine nächtlichen Lärmspitzen durch Anliegerverkehr. POSITIV.
- S 2/5.3 Sporadische Lärmspitzen: POSITIV
93. Abträgliches urbanes Lärmspektrum für Sensible, Anfällige, Kranke. NEGATIV.
94. Keine Lärmbelästigung durch nächstgelegenen Verkehrsflughafen. POSITIV.
95. Sporadische, schlagartige Lärmspitzen durch Rettungshubschrauber. NEGATIV.
96. Kreativitätsförderliche "feine" Tonkulisse. POSITIV.
97. Neutrale Geräuschkulisse "menschlichen Lärms". POSITIV.
98. Kein zu beanstandender Schulsportlärm. POSITIV.
99. Keine Störung durch informationshaltigen Lärm. POSITIV.
100. Sporadische Lärmpegel durch Naturpflegeeinsätze. NEGATIV.
101. Keine Wertminderung durch akustische "wesentliche Beeinträchtigung" (906 BGB). POSITIV.
102. Hohes Lärm-Eindämpfungspotential am Grundstück. POSITIV.
- S 2/5.4 Sonstige Reinheitsgebote (Gerüche, Trinkwasser): POSITIV
103. Wohlriechende Duftnote aus dem nahen Waldsaum. POSITIV.
104. Einwandfreie chemische und biologische Trinkwasserqualität. POSITIV.
105. Einwandfreie sensorische Kenngrößen des Trinkwassers. POSITIV.
106. Ungeklärtes Restrisiko in urbanem Trinkwasser. NEGATIV.
107. Trinkwasser-Belastungsfaktor Bleirohre nicht relevant. POSITIV.
108. Austauschaktion bei Asbestverwendung im Rohrleitungsnetz läuft. POSITIV.
109. Störungspotential elektrischer Felder gering. POSITIV.
110. Potentielle urbane Radioaktivität nicht tolerabel. NEGATIV.
- S 2/6 UNFALLRISIKEN
- S 2/6.1 Unfallrisiken in Haus und Grundstück: POSITIV
111. Keine Unfallrisiken aus den Bauelementen des Baukörpers. POSITIV.
112. Keine Unfallrisiken aus Bau- und Ausstattungsmaterialien. POSITIV.
113. Keine Unfallrisiken durch Wasser-Versorgungssystem. POSITIV.
114. Risikobehaftete Wärmeversorgung durch Gasanschluß. NEGATIV.
115. Elektro-Versorgung ohne Risiko. POSITIV.

- 116. Keine nennenswerten Unfallrisiken auf dem Hausgrundstück. POSITIV.
- S 2/6.2 Verkehrssicherheit im Wohnumfeld: POSITIV
- 117. Keine Autounfälle mit Personenschaden im Wohnumfeld. POSITIV.
- 118. Keine Unfälle durch Radfahrer und Fußgänger ohne KFZ-Beteiligung. POSITIV.
- 119. Keine Unfallrisiken durch Gefahrgut-Transporte. POSITIV.
- 120. Unfallrisiko durch Flugeinsätze gegeben. NEGATIV.
- 121. Ungenügende Sicherung der Unfall-Gefahrenpunkte im Wohnumfeld. NEGATIV.
- S 2/6.3 Kriminalitätspotential: NEGATIV
- 122. Potentielle Übergriffe auf Personen möglich. Negativ.
- 123. Potentielle Belästigungen von Bewohnern, Passanten, Kindern. Negativ.
- 124. Keine Sachbeschädigungen und Einbrüche. POSITIV.
- S 2/6.4 Katastrophenschutz: POSITIV
- 125. Risikostandorte weit vom Wohnstandort entfernt. POSITIV.
- 126. Ungenügende Katastrophenschutzräume. NEGATIV.
- 127. Schutzraum gegen Naturkatastrophen ausreichend. POSITIV.

F 1 NACHBARSCHAFTS-TABLEAU

F 1/1 EIGNUNGSFLEXIBILITÄT DER WOHNEINHEIT

F 1/1.1 Belegungsziffern: POSITIV

- 1. Mindestwohnungsgröße übertroffen. POSITIV.
- 2. Ausreichende Wohnfläche für 1-2 Familien. POSITIV.
- 3. Keine Kapazitätsprobleme selbst für sehr große Familien. POSITIV.
- 4. Belegungsziffern von Wohnstandort und Wohnumfeld harmonieren. POSITIV.
- 5. Ökonomie der Wohn-Wege nach Grundriß und Wohnfläche gegeben. POSITIV.

F 1/1.2 Alters- und Familienkompatibilität: POSITIV

- 6. Sehr gute Eignung der Wohneinheit für jüngere Altersgruppen. POSITIV.
- 7. Sehr gute Eignung für berufstätige Altersgruppen. POSITIV.
- 8. Gute Eignung für Senioren. POSITIV.
- 9. Familienkompatibilität der Wohneinheit gegeben. POSITIV.
- 10. Keine Eignung der Wohneinheit für Körperbehinderte, NEGATIV.

F 1/1.3 Flächen für Grundaktivitäten: POSITIV

- 11. Flexibel verwendbare Funktionsräume. POSITIV.
- 12. Funktionsoptimale Ausrichtung der Schlafräume. POSITIV.
- 13. Funktional kurze Wohn-Wege für die Grundaktivität "Essen". POSITIV.
- 14. Optimale Positionierung der Grundaktivität "Arbeiten". POSITIV.

F 1/1.4 Flächen für Interessenaktivitäten: POSITIV

- 15. Optimale Akkomodierung handwerklicher Interessenaktivitäten. POSITIV.
- 16. Garage für Aktivitäten "Rund ums Auto". POSITIV.
- 17. Interessen zu "Spiel, Erholung, Zerstreuung" aktivierbar. POSITIV.
- 18. Hohe Umfeldqualität für Interessenaktivitäten der geistigen Entspannung und Erholung. POSITIV.
- 19. Gute Akkomodierung von Interessenaktivitäten in Garten und Wohnumfeld. POSITIV.

F 1/2 SOZIALSTRUKTUR DER WOHNGEGEND

- F 1/2.1 Statusausgewogenheit (nach Zeitbudget): POSITIV
20. Breites Reflexionsspektrum der Arbeitswelt in der beruflichen Orientierung der Bewohner des Wohnumfelds. POSITIV.
21. Bewohnerschaft mit vielfältigen Zeitbudgets. POSITIV.
- F 1/2.2 Pluralismus von Sprachen und Kulturen: POSITIV
22. Bewohnerschaft mit weltoffener sprachlicher Vielfalt. POSITIV.
23. Kultureller Pluralismus durch Nationalitätenvielfalt. POSITIV.
- F 1/2.3 Demographische Ausgewogenheit: NEGATIV
24. Jüngere Altersgruppen nicht ausreichend präsent. NEGATIV.
25. Labile Bevölkerungsstruktur bisher nicht durch Milieuschutzsatzung geschützt. NEGATIV.
26. Einpersonenhaushalte überproportional präsent. NEGATIV.
- F 1/2.4 Kontaktfelder: POSITIV
27. Positive Nachbarschaftskontakte und Nachbarschaftshilfe. POSITIV.
28. Wohnumfeldweite Kontakte ausgeprägt. POSITIV.
29. Ausgeprägte stadtweite bis internationale Kontaktlinien. POSITIV.
30. Ausreichende Anzahl "nächster Nachbarn". POSITIV.
- F 1/3 IMMOBILIENKAPITALKRAFT
- F 1/3.1 Einkommensniveau der Wohngegend: POSITIV
31. Dezente optische Wohlstandszeichen gehobener Einkommenschichten. POSITIV.
32. Einbruchsicherungsanlagen vorhanden. POSITIV.
- F 1/3.2 Wertermittlung im Sachwertverfahren: POSITIV
33. Sachwert-Komponenten mit hohem Geldwert-Ansatz. POSITIV.
34. Hohe Wertsteigerung durch fehlendes Bauland im Wohnumfeld. POSITIV.
- F 1/3.3 Lasten und Beschränkungen: POSITIV
35. Keine Lasten und Beschränkungen in Abt. II des Grundbuchs. POSITIV.
36. Keine öffentlichen Lasten auf dem Grundstück. POSITIV.
- F 1/3.4 Renditen: POSITIV
37. Stabile Besitz-Strukturen über die letzten Jahrzehnte im Wohnumfeld. POSITIV.
38. Überdurchschnittliche Ertragskraft aus Vermietung. POSITIV.
39. Keine Wertminderung durch Staffelmietverträge und Sozialbindungen. POSITIV.
40. Geringe Neubau-Objektrendite, günstige Renditeerwartungen. POSITIV.
41. Leichte Vermietbarkeit des Wohnobjekts. POSITIV.
- F 1/4 RAUM-IMAGE DER WOHNGEGEND
- F 1/4.1 Imagekategorien (nach Lynch): POSITIV
42. Markante Imagekonturen der Wohngegend. POSITIV.
- F 1/4.2 Soziale und technische Valenzen: POSITIV
43. Soziale Valenz der Wohnstraße als positive Imageausprägung. POSITIV.
44. Das Image der "großen Namen". POSITIV.
- F 1/4.3 Introversion und Extraversion: POSITIV
45. Wertvolle Charakterzüge der Introversion im Wohnumfeld. POSITIV.
46. Abwesenheit extravertierter Umfeldattribute kein Nachteil. POSITIV.
- F 1/4.4 Lageposition im Stadtgebiet: POSITIV
47. Verträgliche psychologische Distanz zum Stadtkern. POSITIV.

48. Stadtteil "Venusberg" im obersten Bereich der Beliebtheitsskala. POSITIV.

F 2 VERSORGUNGSNETZE-TABLEAU

F 2/1 INFRASTRUKTURELLE VERSORGUNGSQUALITÄT

F 2/1.1 Öffentliches Arbeitsplatzangebot: POSITIV

1. Günstiger "öffentlicher Arbeitsplatz-Index" Bonns. POSITIV.
2. Vielseitiges Mischungsverhältnis der Arbeitsplätze öffentlicher Arbeitgeber. POSITIV.

3. Positive Diversifikation durch internationale Institutionen. POSITIV.

F 2/1.2 Öffentliche Versorgungsnetze (incl. Verkehrsanbindung): POSITIV

4. Hervorragende Versorgung des Wohnstandorts im Gesundheitswesen. POSITIV.
5. Umfassende Sicherheit durch Rettungs- und Polizeiwesen. POSITIV.
6. Keine Servicedefizite bei Verwaltungs- und Rechtsinstitutionen. POSITIV.
7. Ausgezeichnete Nahverkehrsanbindung des Wohnstandorts. POSITIV.
8. Gute Fernverkehrsanbindung per Bahn. POSITIV.
9. Weltweite Flugnetz-Anbindung. POSITIV.

10. Bundesautobahn-Anbindung hervorragend. POSITIV.

11. Niveauprobleme für Radfahrer als Handicap. NEGATIV.

12. Ausreichende Kommunikationsangebote. POSITIV.

F 2/1.3 Öffentliche Kultur- und Bildungsangebote: POSITIV

13. Oper, Ballett, Musiktheater herausragend. POSITIV.
14. Theateraufführungen vielseitig. POSITIV.
15. Konzertangebot herausragend. POSITIV.
16. Galerien, Museen auf hohem Exponate-Niveau. POSITIV.
17. Bibliothekswesen umfassend. POSITIV.
18. Breite Palette des allgemeinbildenden Schulwesens. POSITIV.
19. Breites Angebot zur Erwachsenenbildung. POSITIV.
20. Universität. POSITIV.

F 2/1.4 Anlagen für Erholungsaktivitäten: POSITIV

21. Defizit an öffentlichen Einrichtungen zur Pflege der Geselligkeit am Standort. POSITIV.

22. Erholungsflächen ausreichend vorhanden. POSITIV.

23. Wenig Sportanlagen im Nahbereich, viele im Stadtbereich. POSITIV.

F 2/2 SUPERSTRUKTURELLE VERSORGUNGSQUALITÄT

F 2/2.1 Arbeitsplatzpotential der Privatwirtschaft: POSITIV

24. Hohe Arbeitsplatzdichte der freien Wirtschaft im Bonner Wirtschaftsraum. POSITIV.

25. Bonner Tertiärsektor stärker als im Bundesdurchschnitt. POSITIV.

26. Steuerungsbranche der Volkswirtschaft in Bonn stark vertreten. POSITIV.

F 2/2.2 Handels- und Dienstleistungsniveau: POSITIV

27. Andienungserfordernisse im Gesundheits-, Rechts-, Kreditwesen erfüllt. POSITIV.

28. Defizite bei Einrichtungen der Bedarfskategorie "Mobilität und Kommunikation". NEGATIV.

29. Bedarfskategorie "Persönliche Ausstattung" (Einkaufszentren u.ä.) günstig. POSITIV.
30. Bedarfskategorie "Häusliche Ver- und Entsorgung" günstig. POSITIV.
31. Andienungserfordernisse der Bedarfskategorie "Häusliche Ausstattung" erfüllt. POSITIV.
- F 2/2.3 Kulturelle Aktivitäten privater Träger: POSITIV
32. Internationales Niveau der klassischen Kulturangebote. POSITIV.
33. Private Bildungsangebote ausreichend. POSITIV.
34. Konfessionelle Einrichtungen ausreichend. POSITIV.
35. Informationsangebote ausreichend. POSITIV.
- F 2/2.4 Freizeitangebote privater Träger: POSITIV
36. Vielfältiges gastronomisches Angebot. POSITIV.
37. Ausreichende Freizeit-Andienung des Handels. POSITIV.
38. Ausreichende Sportangebote privater Träger. POSITIV.

Zu den hier vorgestellten 64 Merkmalsurteilen aus 288 Merkmalsausprägungen für einen ganz bestimmten Wohnstandort ist folgendes festzuhalten: Jede Merkmalsausprägung hat positives oder negatives "Erbgut" für das Merkmal beizusteuern. Überwiegen ihrem Inhalte nach die positiven Merkmalsausprägungen, so erhält auch das Merkmal diese Beurteilung; dabei ist klar, daß eine positive Einstufung eines Merkmals nur selten von sämtlichen Merkmalsausprägungen einhellig positiv eingefärbt wird; meist ist nur ein relatives Überwiegen der positiven gegenüber ebenfalls vorhandenen negativen Merkmalsausprägungen zu konstatieren. Umgekehrt ist also auch eine negative Merkmalsausprägung nie ganz negativ, sondern enthält auch positive Merkmalsausprägungen. Das im Auge zu behalten ist wichtig, denn dadurch erkennt man, daß jedes Merkmal den "Keim der Umkehr" in sich trägt, also durch faktische äußere Umstände wie auch durch geschmackliche, z.B. ästhetische Langzeittrends "umkippen" kann ins Gegenteil seines gegenwärtigen Beurteilungsergebnisses. Bei dieser Bedrohung (Abstieg in eine ungünstige Bewertung) oder Hoffnung (Aufstieg in die positive Bewertung) setzt nun die Rolle des Staates an, insbesondere der Kommunalpolitik und des gesellschaftlichen Überbaus generell, in dem sich das Wohnobjekt geriert. Ist diese Rolle wohnwertbewußt, kann tendenzmäßig für noch im Negativen verharrende Merkmale Besserung erwartet werden, handelt die Kommunalpolitik so als gehe sie die ganze Sache nichts an, rutschen Merkmale ins Negative oder bleiben dort besonders fest verklammert, etwa durch das Umfärben von bisher noch in dem negativen Merkmal befindlichen positiven Merkmalsausprägungen.

3.2. Zweite Urteilsetappe: Benotung der Teilaggregate aus den Urteilen über ihre Merkmale

Die vorgenannten Beurteilungsergebnisse der 64 Merkmale werden nun zu Teilaggregaten zusammengefaßt, wobei jedes Teilaggregat durch 4 in der obigen Liste fett gedruckte Merkmale repräsentiert wird. Die vier Merkmals-Urteile werden zu einer

Note zusammengezogen, wobei es kein einheitliches oder schematisches Verfahren geben kann: Die Bedeutung der einzelnen Beurteilungen der Merkmale eines Teilaggregats bestimmt sich NACH DEM WOHNQUALITATIVEN GEWICHT eines jeden der 4 Merkmale. Dadurch kann es passieren, daß ein einziges negatives Merkmal die Benotung für das gesamte Teilaggregat z.B. auf Note 3 herunterziehen kann, obwohl die übrigen drei Merkmalsurteile positiv sind; umgekehrt kommt es auch vor, daß selbst bei einem negativen Merkmal noch die Note 1 vergeben werden kann, wenn die Bedeutung des Merkmals im Konzert der vier das Teilaggregat konstituierenden Merkmale gering ist UND wenn die negative Beurteilung nur knapp ausgefallen ist, wenn also nicht sämtliche Merkmalsausprägungen dieses Merkmals negativ beurteilt wurden; hinzu kann auch kommen, daß die das negative Resultat auslösenden negativen Merkmalsausprägungen in naher Zukunft und ohne erheblichen Aufwand in eine positive Bewertung umgedreht werden können. All dies macht es nötig, für jedes Teilaggregat in dieser Zusammenfassung die die Benotung begründende Kombination von Merkmalsurteilen mit anzugeben. In einem ausführlichen Begründungsteil müssen für jedes Teilaggregat sämtliche 16 möglichen Kombinationen der 4 Merkmalsurteile in ein Notenraster eingebracht werden. Der Auftraggeber kann also genau nachvollziehen, weshalb die zu dem betreffenden Wohnobjekt gehörenden Merkmalsurteile getroffen und zu einer bestimmten Note zusammengezogen wurden. Aus Platzgründen kann nur an einem Beispiel dieses Verfahren der Überführung von vier Merkmalsurteilen eines Teilaggregats in eine Note für dieses Teilaggregat erläutert werden:

Der Notenspiegel zum Teilaggregat S 2/4 "Luftqualität" zeigt die Notenbedingungen für alle 16 theoretisch möglichen Variationen der vier Urteilkombinationen. Dabei kann ein einziges Merkmal Sperrfunktion ausüben; verheerend wirkt eine nicht zu tolerierende Nachtbelastung der Atemluft: denn selbst wenn Berufstätige die Wohnung gar nicht als Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen den Tag über nutzen, wird die Wohnung vollends zum Gefährdungsherd, wenn der Bewohner in der einzig verbleibenden Zeit, in der er entspannen und schlafen will, gesundheitlich beeinträchtigt werden kann. Daher kann eine hohe Nachtbelastung nur die Note 6 nach sich ziehen, unabhängig von den Qualitäten der anderen Merkmale. Dieses Extrem liegt am gegebenen Wohnstandort nicht vor. Der zu beurteilende Standort in Bonn auf dem Venusberg erreicht im Teilaggregat S 2/4 Luftqualität die Note 3. Die Note 3 konnte vergeben werden, weil sowohl der Tagesgang wie die Nachtperiode der Schadstoffanreicherung aus standortnahen Emissionsquellen als ungefährlich eingestuft werden konnten (Merkmale 1 und 2 positiv). Für Sensible, Anfällige und Kranke wird der Belastungshorizont jedoch durch ubiquitären Luftschmutz gelegentlich überschritten, da der Standort dicht an der Talkante liegt und deren Smogbelastung nicht selten auf den Wohnstandort überschwappt. Das 4. Merkmal - u.a. Belastung durch Nachbarkamine - ist dagegen aufgrund der lockeren Bebauung und der zusätzlich möglichen, wenngleich zur Zeit nicht nötigen, Abschirmmöglichkeiten wieder positiv zu beurteilen.

Damit haben wir für unser Beispiel der Urteilsfindung für die Teilaggregate schon einen der seltenen relativ schlecht benoteten Fälle herausgegriffen. Wie aus der vorangegangenen Urteilsliste aller 64 Merkmale hervorgeht, ist das Gros der Teilaggregate an dem hier zu beurteilenden Wohnstandort durch positive Merk-

malsbeurteilungen in der obersten Benotungskategorie angesiedelt. Auf einen Blick bietet sich folgendes Bild:

NOTE 1 IDEAL erhielten die Teilaggregate

S 1/1 Grundstücksfläche

S 1/2 Geschoßfläche

S 1/3 Ausstattung der Bausubstanz

S 1/4 Verkehrsflächen

S 2/1 Visuelles Umfeld

S 2/2 Naturbesatz

S 2/5 Lärmbelastung und sonstige Reinheitsgebote

F 1/1 Eignungsflexibilität der Wohneinheit

F 1/3 Immobilienkapitalkraft

F 1/4 Raum-Image der Wohngegend

F 2/1 Infrastrukturelle Versorgungsqualität

F 2/2 Superstrukturelle Versorgungsqualität;

Note 2 GUT erhält das Teilaggregat

S 2/3 Gesundheitliche Klima-Indikation;

Note 3 BEFRIEDIGEND erhalten die Teilaggregate

S 2/4 Luftqualität,

S 2/6 Unfallrisiken

F 1/2 Sozialstruktur der Wohngegend.

Noten 4,5,6 mußten gar nicht vergeben werden!

Die Würdigung dieses guten Wohnstandorts kann in diesem ersten Schritt alle Seiten zufriedenstellen. Die guten Noten bestärken alle politischen Ebenen, vom Bundes- bis zum Kommunalpolitiker. Die schlechten Noten streuen: vom Bundesgesetzgeber (Luftqualität) über die Kommunalpolitik (soziale Durchmischung der Wohnquartiere) bis zum Bürger (persönliches Sicherheitsrisiko im waldnahen menschenleeren Wohnumfeld). Von daher ist alles scheinbar "politisch gleichgewichtig", was es im Feld der Note 3 zu verbessern gilt.

Mit diesem ersten Schritt kann man es bewenden lassen. Es bleibt dem Interessenten - Kommunalpolitiker oder Hauskäufer - überlassen, auf welche Teilaggregate er besonderes Gewicht legt. Auch die Schwere des Gewichts mag er seiner eigenen Interessenlage nach bemessen.

3.3. Dritte Urteilsetappe: Tableau nach Bedeutungsgewicht aller Teilaggregate

Es liegt auf der Hand, daß neben der freien Gewichtung der Teilaggregate durch den einzelnen es auch interessiert, welcher Konsens unter Fachleuten über die Wichtigkeit einzelner Teilaggregate herbeigeführt werden kann. Als Grundlage für eine solche Expertenmeinung haben wir die Beurteilungen von 102 Geographiestudenten (aus 6 Spezialseminaren) anzubieten, die sich einem Test unterzogen haben, in dem sie jedes

Teilaggregat auf seine wohnqualitative Bedeutung taxierten. Gedanklich vorgegeben war eine Zielgruppe, die auch für die Benotungsansätze Grundlage war: Gefragt wurde nach der Bedeutung des Teilaggregats für einen quantitativ nicht festgelegten Mix folgender 4 demographischer Standardgruppen:

- Familien mit zwei Minderjährigen (Kleinkind bis Jugendlichen),
- berufstätige Singles,
- Senioren (Ein- und Zweipersonenhaushalte),
- Körperbehinderte und gesundheitlich Anfällige.

Da jeder Student 16 Teilaggregate bewertete, fußt das Testergebnis auf 1.632 Bewertungs-Prozentsätzen. Die Bedeutungsfestlegungen schwanken: einige Testpersonen bewegen sich vom Gleichbedeutungsdurchschnitt von 6,25%-Punkten je Teilaggregat nur wenig nach oben oder unten, andere gaben einem besonders wichtig erscheinenden Teilaggregat 20 Prozentpunkte.

Das Ergebnis der Testreihe, die Expertenmeinung, setzt mit Abstand an die höchste Stelle

Ausstattung der Bausubstanz (9,4%-Punkte) und
Lärmbelastung (9,1%-Punkte). Es folgen
Infrastrukturelle Versorgungsqualität (8,0%),
Luftreinheit (7,9%),
Grundstücksfläche (7,4%),
Superstrukturelle Versorgungsqualität (7,0%),
Geschoßfläche (6,8),
Naturbesatz (6,3),
(der Prozentsatz bei Gleichverteilung liegt bei 6,25%)
Visuelles Umfeld (5,6%),
Eignungsflexibilität der Wohneinheit (5,4%),
Gesundheitliche Klima-Indikation (5,2%),
Sozialstruktur der Wohngegend (4,9%),
Unfallrisiken (4,5%),
Verkehrsflächen (4,4%),
Raum-Image der Wohngegend (4,2%),
Immobilienkapitalkraft (3,9%).

Diese Rangreihe verblüfft: die vieluntersuchte Sozialstruktur der Wohngegend ist in der vorgestellten Expertenmeinung ebenso nachrangig wie die Resultate der Image-Forschung. Die Reihung bestätigt aber auch den hohen Rang, den die Politik der Bauqualität und der Umwelt einräumt. Verbindet man nun diesen Rang in Form eines Bedeutungsprozentsatzes mit der vom jeweiligen Wohnstandort erzielten (Schul-)Note, so kann im Idealfall, wenn alle Teilaggregate Note 1 erreichen, der Wohnstandort 1000 Basispunkte sammeln. Im schlechtesten, für Wohnzwecke nicht mehr vorstellbaren Fall erreichen alle Teilaggregate Note 6 = katastrophal und der Standort damit 6000 Basispunkte.

Das Produkt aus Note und Bedeutungsprozentsatz liefert für die Residenz auf dem Venusberg nur eine geringe Abweichung von den 1000 Basispunkten einer idealen Wohnsituation:

S 1 Baustruktur-Tableau: 280 Basispunkte (Optimum; Pessimum:1680); und zwar

S 1/1 Grundstücksfläche: 74 Basispunkte

S 1/2 Geschoßfläche: 68 Basispunkte

S 1/3 Ausstattung der Bausubstanz: 94 Basispunkte

S 1/4 Verkehrsflächen: 44 Basispunkte.

S 2 Umwelt-Tableau: 686 Basispunkte (Optimum: 386, Pessimum: 2316), und zwar

S 2/1 Visuelles Umfeld: 56 Basispunkte (Optimum)

S 2/2 Naturbesatz: 63 Basispunkte (Optimum)

S 2/3 Gesundheitliche Klima-Indikation: 104 Basispunkte (Optimum: 52)

S 2/4 Luftqualität: 237 Basispunkte (Optimum: 79)

S 2/5 Lärmbelastung u.a.: 91 Basispunkte (Optimum)

S 2/6 Unfallrisiken: 135 Basispunkte (Optimum: 45).

F 1 Nachbarschafts-Tableau: 282 Basispunkte (Optimum: 184, Pessimum: 1104), und zwar

F 1/1 Eignungsflexibilität der Wohneinheit: 54 Basispunkte (Optimum)

F 1/2 Sozialstruktur der Wohngegend: 147 Basispunkte (Optimum: 49)

F 1/3 Immobilienkapitalkraft: 39 Basispunkte (Optimum)

F 1/4 Raum-Image der Wohngegend: 42 Basispunkte (Optimum).

F 2 Versorgungsnetze-Tableau: 150 Basispunkte (Optimum; Pessimum: 900), und zwar

F 2/1 Infrastrukturelle Versorgungsqualität: 80 Basispunkte (Optimum)

F 2/2 Superstrukturelle Versorgungsqualität: 70 Basispunkte (Optimum).

Zusammengezogen ergibt sich die Gesamtnote 1 = Ideal mit 1398 Basispunkten. So entfernt sich dieser nahezu ideale Wohnstandort nur wenig von der Basis von 1000 Punkten (für die absolut in allen Teilaggregaten ideale Wohnsituation).

4. Der kommunalpolitische Sprengsatz

Das vorgestellte Bewertungssystem hat insbesondere zwei politische Implikationen:

- 1) Die Stadt Bonn dürfte von dem glänzenden Ergebnis eines ihrer repräsentativen Dienstwohnsitze erbaut sein. Wird sie aber auch die Courage haben, nach dem Machtwechsel auf Rot-Grün einen vermutlich katastrophalen Wohnstandort (im Eigentum der Stadt) mit gleicher Intensität testen zu lassen? Geographiestudenten haben in Vorjahren eine Wohnung in einem Mietshaus am Zeisigweg in Bonn-Tannenbusch prophylaktisch unter die Lupe genommen. Die zu begutachtende Wohnung liegt wenige (!) Meter von der Autobahntrasse der BAB 565 entfernt und genießt damit a priori Katastrophalstatus. Der ausführliche, noch zu führende Nachweis fällt vermutlich verheerend aus: zieht die Stadt dann die Konsequenzen?
- 2) Mit zunehmender Anzahl werden Wohnwertanalysen als umfassende geographische Systeme eine durchschlagende Wirkung auf das Preisgefüge des Immobilienmarkts

entwickeln: Das Gros der Wohnobjekte dürfte danach einen geringeren als den "unbesehenen", gegenwärtig gehandelten Wert erreichen. Die gegenwärtige de-facto-Überbewertung wird bei den z.B. mit Umwelt-Bearstandungen versehenen Objekten (einschließlich ihrer Umfeldler) Verbesserungsdruck entstehen lassen: dieser Druck wird sich - nicht ausschließlich, aber zentral - auf die Kommunalpolitik richten und ihr ausgiebig Gelegenheit geben, die Ursachen menschenunwürdigen und gesundheitsgefährdenden Wohnens zu attackieren - wenn sie sich wissenschaftlichem Anmahnen nicht verschließt.

Summary

- 1) There is considerable demand for Residence Quality Assessment both for implementing legal requirements (§1 Baugesetzbuch) and judicial discrimination of housing abandonment criteria.
- 2) In addition to pointing out the environmental and other assets of a specific residential site - an example examined in Bonn-Venusberg gets close to a state of an ideal location - it is necessary for the geographer to examine delapidated and environmentally infested dwelling units. This, in the long run, may lead to demolition of housing units extremely close to thruways. To date, there are virtually no examples in Germany of tearing down buildings because of hazardous residential quality.
- 3) Residential Quality Assessments will in the long run have implications on the real estate market. The gap between less favorable objects and environmentally as well as structurally sound and comfortable structures and their wohnumfeld will widen. Political pressure to improve the legal standards e.g. of air quality will mount as soon as people are not any longer willing to accept their daily exposure to hazardous environments.

Literatur

- Amtsgericht Frankfurt/Main (Bleigehalt des Trinkwassers), Urteil v. 9.12.1987 - 33 C 5008/86 - 27; auch die Berufung hatte keinen Erfolg.
- Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, (Unbewohnbarkeit von Wohnungen wegen Straßenverkehrslärm), Urteil vom 2.12.1987, Az. 7 B 84 A.2203. Mitgeteilt in Deutsche Wohnungswirtschaft 1988, Heft 6, S. 183-86.
- BOESLER, K.-A.: Die städtischen Funktionen. Abhandlungen des Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin. Bd. 6, Berlin 1960.
- GREEN, J.E.: Real estate office desk book for appraising residential property. Englewood Cliffs, N.J., 1980.
- KRAUS, Theodor, Bemerkung über den Stadtbegriff. In: Geogr. Taschenbuch 1956/57, S. 461.
- MÜLLER, Michael (Düsseldorf), Mitglied des Bundestags: Debattenbeitrag. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 253. Sitzung, Bonn, 4.12.1986, lfd. Seite 19.693.
- Oberlandesgericht Frankfurt/Main, Urteil v. 21.7.1989, Az. 25 U 96/88 (zur Gutachtenqualität gerichtlicher Schätzungen).

Volksh Heimstättenwerk, Bundesbauministerium richtet neues Forschungsfeld "Sicherung städtebaulicher Qualitäten" ein. Informationsdienst vhw 9/1991, S.98.

WIEK, Klaus: Der ideale Wohnstandort. Wohnwertgutachten für die Residenz Don-Bosco-Straße 6, Bonn - Venusberg. akzente urbanen lebens, Bd. 2, Bonn 1995 (in Vorbereitung).

Wohnmedizin (Zeitschrift), "Facharbeitskreis Wohnungsgesundheit gegründet". 1984, Heft 3, S. 4-5.

Prof. Dr. Klaus Wiek
Mittelstraße 7
D-56651 Oberzissen

Verzeichnis der Schriften von K.-A. Boesler

- 1956: Berlin und Apolda als Standorte der Bekleidungs- und Textilindustrie. In: Städtebau und Siedlungswesen [Hrsg.: Deutsche Bauakademie] Heft 4, 1956, S. 146-159
- 1959: Quantitative Erfassung der Stadt-Umland-Beziehungen. In: Berichte zur deutschen Landeskunde. 24, 12/1959, S. 58-62
- 1960: Der 19. Internationale Geographenkongreß "Norden" 1960. In: Die Erde, 91, 4/1960, S. 301-303
- 1960: Zum Problem der quantitativen Erfassung städtischer Funktionen. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography Lund 1960. Lund Studies in Geography, S. 145-155
- 1960: Die städtischen Funktionen. Ein Beitrag zur allgemeinen Stadtgeographie aufgrund empirischer Untersuchungen in Thüringen. Abhandlungen des Geographischen Institutes der FU Berlin, Bd. 6, 1960.
- 1960: Luftbild Daaden - Interpretation. In: Die Erde. 91, 4/1960, S. 237-240
- 1961: Die Bedeutung der Baublockstatistik der Bevölkerungsdichte für die Stadtgeographie von Berlin. In: Die Erde, 92, 2/1961, S. 133-141
- 1968: Bericht über die Zusammenkunft der "Arbeitsgemeinschaft Marienburg" vom 20.-22. Oktober 1967. In: Die Erde, 99, 1/1968, S. 80-82
- 1969: Infrastrukturraum und Wirtschaftsraum. In: Deutscher Geographentag Kiel, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Wiesbaden 1969, S. 299-309
- 1969: Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit. In: Abhandlungen des 1. Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin, Bd. 12, Berlin 1969, S. 9-27
- 1970: mit H. Hagedorn: Der 37. Deutsche Geographentag - Ein Bericht. In: Die Erde, 101, 1/1970, S. 61-65
- 1970: Infrastrukturpolitik und Dynamik der zentralen Orte. In: Aktuelle Probleme Geographischer Forschung. Abhandlungen des 1. Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin, Band 13 (Festschrift Joachim Heinrich Schultze zum 65. Geburtstag), Berlin 1970, S. 311-322

- 1971: Finanzkraft, Infrastrukturausstattung und Verwaltungsgebietsstruktur. Dargestellt am Beispiel der Region Straubing/Deggendorf. In: Deutscher Geographentag Erlangen-Nürnberg 1971: Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, S. 106-113. Wiesbaden 1971
- 1972: Wandlungen in der räumlichen Struktur der Standortqualitäten durch die öffentlichen Finanzen im Nordteil des Modellgebietes (Rhein-Neckar) In: Die Ansprüche der modernen Industriegesellschaft an den Raum (2. Teil). Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Band 74, Hannover 1972, S. 31-80
- 1974: Spatially-effective government actions and regional development in the Federal Republic of Germany. In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie, 65, 3/1974, S. 208-220
- 1974: Gedanken zum Konzept der politischen Geographie. In: Die Erde, 105, 1/1974, S. 7-33
- 1975: Der "Staatliche Wirtschaftsraum". Fortführung oder Erneuerung des wirtschaftsräumlichen Denkansatzes? In: Der Wirtschaftsraum. Erdkundliches Wissen, 41, Wiesbaden 1975, S. 243-252
- 1976: mit F. Boesler, H.J. Klink: Problemanalyse der kommunalen Umweltsituation einer Großstadt (Kommunaler Umwelt-Atlas Stuttgart). In: structur 8/1976, S. 187-188
- 1976: Umweltpolitische Erfordernisse in der Stadtentwicklungsplanung. In: Arbeiten zur Angewandten Geographie und Raumplanung. Abhandlungen des Geographischen Instituts - Anthropogeographie, Bd. 24, Berlin 1976, S. 39-46
- 1977: Joachim Heinrich Schultze (1903-1977, Nachruf). In: Raumforschung und Raumordnung, 35, S. 194-195
- 1978: Neue Geographische Forschungen in den Verdichtungsräumen Rhein-Neckar und mittlerer Neckar. In: Wirtschaftsgeographische Studien 3/1978, S. 3-38
- 1978: Recherche sur la Zone de Concentration Urbaine Rhin-Neckar et les problèmes qu'elle pose. In: L'espace Géographique, 3/1978, p. 219-231

- 1979: Die geographische Qualität von Grenzen. In: Verband Deutscher Schulgeographen e.V. [Hrsg.]: Arbeitstagung "Zur Behandlung Deutschlands im Unterricht"- Berlin 1979, S. 96-109
- 1979: Politische und ökonomische Steuerungsfaktoren der Stadtentwicklung seit Beginn des Industriezeitalters. Einführung in die Fachsitzung. In: 42. Deutscher Geographentag Göttingen 1979, Tagungsberichte und wissenschaftliche Abhandlungen, S. 395-396
- 1980: The Impact of the Federal System on Regional Developments - Erstes Amerikanisch-Deutsches Seminar vom 29.9.1979-13.10.1979. In: Erdkunde, 34, 1980, S. 74-75
- 1980: mit H. Toepfer. Zur Problematik der Länderneuordnung im Verdichtungsband Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe. Bonn 1980
- 1980: Geographie und Raumordnung. In: Geographie und Schule - Heft 4, Raumplanung- Angewandte Geographie, April 1980, S. 4-12
- 1980: Industriegeographische Probleme Europas seit der industriellen Revolution. Frankfurt/M. 1980
- 1980: Raumordnung. Wege der Forschung Bd. 330. Darmstadt 1980
- 1981: Central and Federal Legislation and their instruments for Regional Development. In: G.W. Hoffmann (ed.): Federalism and Regional Development. Case Studies on the Experience in the United States and the Federal Republic of Germany. Austin (Texas) 1981, p. 3-40
- 1981: Natürliche Ressourcen und Ressourcenpolitik, Einführung in die Fachsitzung. In: 43. Deutscher Geographentag Mannheim 1981, Tagungsberichte und wissenschaftliche Abhandlungen, S. 341-342
- 1982: Raumordnung. Erträge der Forschung, Bd. 165. Darmstadt 1982
- 1982: Industriegeographische Probleme Europas seit der industriellen Revolution. Kollegmaterial Geographie, Frankfurt/M. 1982 (Normalausgabe und Lehrerheft)
- 1983: Instrumentarium zur Lärmbekämpfung durch Planung. In: Vereinigung der Technischen Überwachungs-Vereine e.V., Seminar: Recht und Technik im Lärmschutz, München 8.11.1983, S. 35-46
- 1983: Politische Geographie. Stuttgart 1983

- 1984: mit R. Graafen: Zum Problem der Raumwirksamkeit rechtlicher Instrumente aus politisch-geographischer Sicht. In: Geographische Zeitschrift, 72, 4/1984, S. 197-210
- 1984: Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland - Möglichkeiten und Grenzen. In: Geowissenschaften unserer Zeit, 2, 1984, S. 52-58
- 1984: mit H. Breuer: Standortprobleme der NE-Metallhütten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Erdkunde 38, 1984, S. 229-236
- 1985: Das Zonenrandgebiet. Eine Einführung in die aktuellen Probleme seiner Struktur und Entwicklung. In: Geographische Rundschau, 37, 8/1985, S. 380-384
- 1985: Die Raumbezüge politischen Handelns - Ansätze einer Neubelebung der Politischen Geographie in der Bundesrepublik Deutschland. In: 45. Deutscher Geographentag Berlin 30.9 bis 5.10.1985, S. 83-94
- 1985: Regionale Beschäftigungseffekte umweltpolitischer Maßnahmen in der NE-Metallindustrie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Regensburger Geographische Schriften, Heft 19/20: Martin Hartl und Willi Engelchalk [Hrsg.]: Geographie - Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft - Festschrift für Ingo Schaefer, Regensburg 1985, S. 391-407
- 1986: mit H. Breuer, E. den Hartog-Niemann, K. Herrmann und A. Löser. Analyse und Perspektiven der Wirtschaftsstruktur der Stadt Leverkusen. Gutachten. Bonn 1986
- 1986: Der Rhein - eine europäische Verkehrsachse mit industriell-urbanen Entwicklungsschwerpunkten. In: Ernst Hinrichs [Hrsg.]: Die Bundesrepublik Deutschland und der Norden im Geographieunterricht. Studien zur internationalen Schulbuchforschung - Schriftenreihe des Georg-Eckert-Institutes, Band 42, Braunschweig 1986
- 1986: Die Stadt als Lebens- und Belastungsraum. In: VDI-Berichte 605, 1986, S. 23-41
- 1986: mit H. Breuer und A. Löser. Zum Problem der Prognose kommunaler Arbeitsmärkte aus wirtschaftlicher Sicht. In: Beiträge zur empirischen Wirtschaftsgeographie, Colloquium Geographicum, Bd. 19 (Festschrift Helmut Hahn zum 65. Geburtstag). Bonn 1986, S. 57-72

- 1987: Spatial policy in a post-industrial society - creation, conservation or endangering of industrial locations? In: H.-W. Windhorst (Ed.): The Role of Geography in Post-Industrial Society. Vechtaer Arbeiten zur Geographie und Regionalwissenschaft, Bd. 5, 1987, S. 95-106
- 1988: Die Weltmeere - ihre wirtschaftliche und politische Bedeutung. In: Dokumentation zur katholischen Militärseelsorge, Heft 15, S. 73-117
- 1988: Politische Geographie (Lexikonartikel). In: Staatslexikon. Herausgegeben von der Görres-Gesellschaft. 7. Auflage, Bd. 4/1988, Frankfurt, Basel, Wien, Sp. 406-462
- 1988: mit A. Ebus, E. den Hartog-Niemann: Die Entwicklung der Berufsgruppen in den Wirtschaftsabteilungen in Köln zwischen 1978 und 1986. (als Manuskript vervielfältigt, Bonn 1988)
- 1989: mit H. Breuer: Standortrisiken und Standortbedeutung der Nichteisen-Metallhütten in der Bundesrepublik Deutschland. Wechselwirkung zwischen Ressortpolitik, Industriestruktur und Raum. Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 233. Trier 1989
- 1989: Mitteleuropa. In: W. Sperling und A. Karger [Hrsg.]: Fischer Länderkunde, Band 8 - Europa, Frankfurt/M. 1989, S. 389-452
- 1989: Rohstoffwirtschaft. Materialien zur Geographie Sekundarstufe II, Frankfurt/M. 1989
- 1989: Politische Geographie. Japanische Übersetzung. Tokio 1989
- 1990: mit W. Tietze, H.J. Klink und G. Voppel [Hrsg.]: Geographie Deutschlands. Bd. I: Die Bundesrepublik Deutschland. Berlin/Stuttgart 1990
- 1990: Politisch-Geographische Grundlagen. In: mit W. Tietze, H.J. Klink und G. Voppel [Hrsg.]: Geographie Deutschlands. Bd. I. Die Bundesrepublik Deutschland. Berlin/Stuttgart 1990, S. 1-110
- 1990: mit C. Poschmann: Sozialökonomische und ökologische Wechselwirkungen landwirtschaftlicher Nutzung und Nutzungsänderungen im verdichtungsnahen Bereich - ein Modellsystem für den Rhein-Sieg-Kreis. In: MAB-Mitteilungen, 33, 1990, S. 19-21
- 1990: mit A. Bott und A. Ebus: Die Beschäftigungswirkungen von Zulieferverflechtungen und konsumrelevanten Einkommenszahlungen des Kölner Chemiegürtels (Manuskript) Bonn 1990

- 1990: mit A. Bott und A. Ebus: Die Beschäftigungswirkungen der Ford AG, Köln. (Manuskript) Bonn 1990
- 1990: mit A. Ebus: Pilotstudie zur "Kleinräumigen betriebsbezogenen Datenerhebung" (Manuskript) Bonn 1990
- 1990: mit E. den Hartog-Niemann, M. Karutz, J. Zepp: Konsequenzen des EG-Binnenmarktes für die Wirtschaftsförderung in der Region Köln. Gutachten im Auftrag des Arbeitskreises 'Europäischer Binnenmarkt' Köln. (Manuskript) Bonn 1990.
- 1991: mit J. Grunert: The Bonn area as an example for the development of an interdisciplinary agrarian ecological system model. In: Euromab - Vol. 1, 1991 seminars, p. 245-253
- 1991: mit A. Bott: Die regionale Erfassung sekundärer Beschäftigungswirkungen. Das Beispiel der Ford AG in Köln. In: Erdkunde 45, 1991, S. 168-180
- 1991: mit D. Haserich, M. Thöne, D. Klaus, J. Grunert: Energiebilanzanalyse zur Bewertung von Geosystemleistungen im Bonner Raum. In: Geomorphologische Prozeßforschung und Landschaftsökologie im Bonner Raum, Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde, Heft 60, S. 163-181
- 1991: Politische Geographie. Einführung und ausgewählte Probleme. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 35, 1/1991, S. 49-68
- 1992: mit M. Thöne: Sozialökonomische und ökologische Wechselwirkungen landwirtschaftlicher Nutzungen und Nutzungsänderungen im verdichtungsnahen Bereich. In: K.H. Erdmann und J. Nauber [Hrsg.]: Beiträge zur Ökosystemforschung und Umwelterziehung. (MAB-Mitteilungen 36), Bonn 1992, S. 57-75
- 1992: mit A. Ebus: Aufbau und Nutzungsmöglichkeiten eines Betriebsstätten-Informationssystems (BISKO) für die kommunale Wirtschaftsförderung. In: VOP, Fachzeitschrift für öffentliche Verwaltung, Mai/Juni 1992, S. 170-173
- 1993: "Sustainability" (Nachhaltigkeit) - ein Schlüsselbegriff der modernen Wirtschaftsgeographie? In: Würzburger Geographische Arbeiten, 87, 1993, S. 549-561
- 1993: mit A. Marquardt-Kuron: Wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Wirtschaftsräumen Rheinschiene und Sachsen/Thüringen. Bonn 1993

- 1993: Die Behandlung der Äußerer Sicherheit in der Politischen Geographie. Einführende Bemerkungen. In: Geographische Zeitschrift, 81, 4/1993, S. 199-203
- 1993: Agrarökosystemmodelle: Landnutzungsänderungen im stadtnahen Raum am Beispiel des Rhein-Sieg-Kreises. In: Erdmann, K.A. und Nauber, J. [Hrsg.]: Der deutsche Beitrag zum UNESCO-Programm "Der Mensch und die Biosphäre", Bonn 1993, S. 37-41
- 1993: mit S. Bauer: Entwicklung von interdisziplinären Agrarökosystemmodellen am Beispiel des Rhein-Sieg-Kreises: Testphase 1 Endbericht. Lehr- und Forschungsschwerpunkt "Umweltverträgliche und standortgerechte Landwirtschaft" an der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn. Manuskript, Bonn 1993
- 1994: "Sustainability" - a Key Concept in Modern Economic Geography. In: Applied Geography and Development, 44, 1994, p. 7-16
- 1994: mit E. den Hartog-Niemann: Einzelhandelsstandorte des Verdichtungsraumes Leipzig im Spannungsfeld zwischen kommunaler Entwicklung und räumlicher Ordnung. In: Erdkunde 48, 1994, S. 291-301
- 1995: mit P. Geueke, I. Kietzmann und D. Kuester: Parkraumgutachten Venusberg/ Universitätskliniken. Manuskript, Bonn 1995.
- 1995: Neue Ansätze der politischen Geographie und der Geopolitik zu Fragen der Sicherheitspolitik. In: Jorke, W.-U. [Hrsg.]: Sicherheitspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Festschrift für D. Wellershof: Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Schriftenreihe, Jahresband 1994/95, Hamburg 1995, S. 75-87
- 1995: mit D. Herold: International Geopolitical Research Colloquium on Euro-Atlantic Security - a Fresh Start. In: GeoJournal 37.2, 1995, S. 286
- 1996: "Sustainability" (Nachhaltigkeit) - ein Schlüsselbegriff der modernen Wirtschaftsgeographie? In: Erdmann, K.-H. u. J. Nauber [Hrsg.]: Beiträge zur Ökosystemforschung und Umwelterziehung III. MAB-Mitt. 38, 1996

Bei K.-A. Boesler angefertigte Dissertationen

Abs, Christoph (1984): Probleme der Wasserversorgung des Verdichtungsraumes Rhein-Ruhr

Brunnengräber, Richard (1988): Wissenschaft und Medien. Öffentlichkeitswirksame Auswahl und Vermittlung wissenschaftlichen Schrifttums - dargestellt am Beispiel geographiebezogener Veröffentlichungen in ausgewählten Tageszeitungen und populär-wissenschaftlichen Fachzeitschriften zwischen 1798 und 1984

Eich, Marion (1989): Die Raumwirksamkeit der Fremdenverkehrspolitik in Spanien am Beispiel La Mangsa del Mar menor - eine politisch-geographische Studie

Ganter, Jörg (1980): Umweltbelastung und kommunale Planung in Wuppertal

Göttlicher, Manfred (1985): Zentrale Orte im Konzept der ländlichen Regionalentwicklung - dargestellt an Beispielen aus den Communal Land-Gebieten Zimbabwes

Graafen, Rainer (1983): Die rechtlichen Grundlagen der Ressourcenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Beitrag zur Rechtsgeographie

Hartog-Niemann, Eva den (1993): Frauenarbeitsmarkt und regionale Wirtschaftsstruktur - Ein Beitrag zur Geographischen Arbeitsmarktforschung - dargestellt am Beispiel der Städte Köln und Leverkusen

Hoffmann, Klaus G. (1984): Raumbedeutsamkeit von Schnellfahrstrecken im Schienenverkehr

Jaeger, Norbert (1985): Strukturpolitik und Regionaler Wandel in der Bundesrepublik Deutschland - dargestellt am Beispiel der Textilindustrie

Kleinhenz, Ralf G. (1993): Die räumlichen Auswirkungen der Liegenschaftskonversion am Abzug der Westgruppe der Truppen (WGT) im Land Brandenburg

Kost Klaus (1986): Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Politischen Geographie und ihrer Terminologie unter besonderer Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie

Nie, Linhong (1992): Die Bedeutung der Wirtschaftsförderungsgesellschaften für die regionale ökonomische Entwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen

Philippi, Rainer (1987): Die politische Interessenorganisation der Landwirtschaft und ihre Bedeutung für die raumwirksame Staatstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland - Ein Beitrag zur Politischen Geographie

Richter, Wolfgang (1986): Sozial- und Siedlungsgeographische Bedingungen des Fahrradverkehrs in der Stadt Köln - Ein Beitrag zur Lösung innerstädtischer Verkehrsprobleme

Schlimm, Jutta (1988): Ein räumliches Optimierungsmodell für Müllverbrennungsanlagen am Beispiel potentieller Standorte in der Bundesrepublik Deutschland

Schulte, Regine (1992): Substitut oder Komplement - die Wirkungsbeziehungen zwischen der Telekommunikationstechnik Videokonferenz und dem Luftverkehrsaufkommen deutscher Unternehmen

Schultz, Hans-Dietrich (1974): Kritik und Metakritik anthropogeographischer Erklärungsversuche. Orientierungshypothesen zu einer sozialwissenschaftlichen Fundierung einer zeitgemäßen Geographie des Menschen

Selke, W. (1976): Die Ausländerwanderung als Problem der Raumordnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Tenderich, Burghardt (1995): Standortfaktoren und Wettbewerbsfähigkeit der Softwareindustrie in einem globalen Wirtschaftssystem

Voll, Dieter (1972): Infrastruktur-Investitionen in Berlin-Siemensstadt

Wagner, Gerhard (1984): Abbau regionaler Strompreisdiskrepanzen durch raumwirksame Maßnahmen und Planungen in der Bundesrepublik Deutschland